BERNHARD SCHWERTFEGER

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

Dritter Teil:
Die Politik der Freien Hand

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN
1

Die
Diplomatischen Akten
des Auswärtigen Amts
1871–1914

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Kommentar / Dritter Band

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

von

BERNHARD SCHWERTFEGER

1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

HMod.
S4157d

Dritter Teil

Die Politik der Freien Hand 1899–1904

(Band XIII—XVIII)

224427
10. 8. 28

1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Zur Einführung

Die Bände 13—18 des Aktenwerkes, der Handlichkeit wegen in acht Teile zerlegt, führen uns bis an den Anfang des Jahres 1904 heran. Sie zeigen uns die Entwicklung Deutschlands zur Weltpolitik und damit den Hinaustritt unseres Vaterlandes aus den Bedingtheiten einer im wesentlichen kontinentalen Macht in die Gefahrenzone einer Weltpolitik, deren Umfang und Tiefe anfangs weder vom deutschen Volke noch von seinen Führern übersehen wurde.

Damit entrollen sich dem Leser alle die gewichtigen Fragen, die gegenwärtig und auf lange Zeit hinaus das historische und politische Denken des deutschen Volkes in erster Linie beschäftigen werden. Hängt doch von ihrer Beantwortung — auch innenpolitisch gesehen — für die Zukunftsgestaltung unseres Vaterlandes unendlich viel ab. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die endgültige Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Entwicklungen, die uns von der hohen Machtstellung eines glücklichen, von aller Welt beneideten Staates bis in das tiefe und fast hoffnungslose Tal unserer gegenwärtigen staatlichen Ohnmacht hinuntergeführt haben.

Suchen wir zunächst einen Überblick über den geschichtlichen Inhalt der Dokumente der dritten Reihe zu gewinnen.

Den Jahren nach umfassen die Bände 13—18, von denen der 14. und 18. ihres Umfanges wegen in je zwei Hälften zerlegt sind, etwa die Jahre von 1897 ab bis zum Anfang des Jahres 1904. In diesen Jahren war — und zwar von 1894 bis 1900 — Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst Reichskanzler, der 1900 sein Amt an Bernhard v. Bülow — 1900 bis 1909 — übergab. An wichtigen politischen Ereignissen fallen in diese Zeit die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland, das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien, der englisch-französische Konflikt über Faschoda, das Abkommen über Samoa und über die Bagdadbahn, der amerikanisch-spanische Krieg 1898, die Erörterungen über die Philippinen- und Karolinen-Inseln und schließlich im Jahre 1899 die erste Haager Friedenskonferenz. Damit gelangen wir zu einer weltpoli-

tischen Streitfrage ersten Ranges, denn Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen wird uns von unseren Gegnern und von den Vertretern der pazifistischen Richtung sogar innerhalb Deutschlands immer wieder als einer der entscheidenden Fehler der wilhelminischen Politik vorgeworfen. Der 15. Band des Aktenwerkes vermittelt uns alle Unterlagen für ein gerechteres Urteil.

Wie eine Ironie der Weltgeschichte berührt es, daß bald nach Beendigung der Haager Konferenz der Burenkrieg ausbrach. Deutschlands Haltung war schwierig, nachdem zur Zeit des Jameson-Einfalles Kaiser Wilhelm II. durch sein Telegramm an den Präsidenten Krüger eine starke Teilnahme für die Buren nicht nur selbst bekundet, sondern vor allem auch im deutschen Volke, das sich in politischen Fragen gern von Impulsen leiten läßt, erzeugt hatte. Die englisch-deutschen Beziehungen waren hierdurch aufs stärkste belastet worden. Trotzdem sind in der Zeitspanne, die durch die Dokumente der dritten Reihe ausgefüllt wird, immer wieder Versuche Englands festzustellen gewesen, mit Deutschland zu guten Beziehungen oder sogar zu einem Bündnis zu gelangen. Über die Frage der Deutschland zugeschobenen Wahl zwischen England und Rußland werden nachher noch einige Worte zu sagen sein.

Der Boxeraufstand in China und die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking, v. Ketteler, schufen der deutschen Politik im Sommer 1900 zum ersten Male die Möglichkeit, ihre gewonnene Machtstellung an der Spitze eines von mehreren Großmächten zusammengestellten Expeditionskorps zu betätigen. Es gelang Kaiser Wilhelm II., die Zustimmung Rußlands zu der Entsendung des Generalfeldmarschalls Grafen v. Waldersee als Oberkommandierenden zu erreichen und bei den sich daran anschließenden zwischenstaatlichen Abmachungen als ehrlicher Makler zwischen Rußland und England zu vermitteln.

Die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts zeigen die entscheidende Wendung im Verhältnisse Deutschlands zu England. Letzteres fand die Anlehnung, deren es zu bedürfen glaubte, und die ihm Deutschland versagte, am Zweibunde. Damit trat bereits die Kräftegruppierung in Erscheinung, die sich im Weltkriege so verhängnisvoll zu Deutschlands Ungunsten ausgewirkt hat. Das endgültige Abschwenken Englands fiel um so mehr ins Gewicht, als das innere Gefüge des Dreibundes sich immer mehr zu lockern begann. Die Gefahren der inneren Gegensätzlichkeit der russischen und österreichischen Politik konnten durch eine auch noch so nahe Anlehnung des deutschen Kaisers an den Zaren höchstens abgeschwächt werden, und von Italien wußte man bereits seit Jahren, daß es niemals auf der Seite des Dreibundes fechten würde, wenn es etwa mit einer Gegnerschaft Englands zu rechnen hatte. Hätte daran noch der geringste Zweifel bestehen können, so wäre er durch die in der dritten Reihe des Aktenwerkes mit-

geteilten Schritte der italienischen Staatsmänner zerstreut worden. Dadurch gewinnen die im 18. Bande enthaltenen Aktenstücke über die Erneuerung des Dreibundvertrages im Jahre 1902 und über Italiens militärische Dreibundverpflichtungen ein großes Interesse. Auch auf Rumäniens Anschluß an Österreich-Ungarn im Falle eines Krieges konnte, wie die Dokumente erweisen, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gerechnet werden.

Den Abschluß der Dokumente des 18. Bandes bildet eine Reihe von Aufzeichnungen über die Entwicklung der deutsch-französischen und der russisch-französischen Beziehungen in den Jahren 1900 bis 1903.

In der heutigen Geschichtsschreibung ist die Frage noch keineswegs geklärt, welche politische Anlehnung für Deutschland bei seiner geographischen Lage die beste, und ob es insonderheit ein richtiger Gedanke Kaiser Wilhelms II. gewesen sei, Deutschland aus seiner Rolle als stärkste Kontinentalmacht Europas herauszuführen und durch die Schaffung einer selbst für England bedrohlich werdenden Seemacht alle Gefahren der Weltpolitik auf das von neidischen Nachbarn umgebene Deutsche Reich herabzubeschwören. Wer in folgerichtiger Weiterführung Bismarckscher und Moltkescher Anschauungen von den Grundbedingungen der deutschen Kraft einer Zersplitterung der deutschen Machtmittel und der Schaffung neuer Feindschaften für Deutschland ablehnend gegenübersteht, der wird kaum umhin können, in den mitgeteilten Dokumenten der dritten Reihe eine Bestätigung seiner Ansichten zu finden. Ganz zweifellos hat — nach Ausweis dieser Akten — das persönliche Verhältnis Kaiser Wilhelms II. zum Zaren Nikolaus dazu beigetragen, den Weltfrieden in mancher kritischen Lage zu erhalten. Aber ebenso deutlich tritt auch zutage, daß für die Feindschaft Englands in einem Zukunftskriege, die man deutscherseits durch die Ablehnung einer rechtzeitigen Option für England auf sich nahm, ein hinreichender Ersatz, etwa durch den Gewinn Rußlands, das allzufest an Frankreich gebunden war, oder durch einen angemessenen militärischen inneren Kraftzuwachs der deutschen Bundesgenossen, besonders Österreich-Ungarns, nicht gefunden werden konnte. Auf Italien war, wie bereits angedeutet, niemals zu rechnen, wenn England dem Dreibunde feindlich gegenüberstand, und der Gedanke, die Türkei durch Hebung ihrer militärischen Machtmittel und durch politische Förderung aller Art allmählich zu einem beachtlichen Bundesgenossen des Dreibundes heranzubilden, bot doch allzuwenig Aussicht auf Erfolg. Immer aber hat die Leitung der deutschen Politik, mögen ihre Wege im einzelnen vom Standpunkte heutiger nachträglicher Erkenntnis aus auch nicht immer die richtigen gewesen sein, mit allen Kräften danach gestrebt, den Weltfrieden zu erhalten. Für Kaiser Wilhelm II. war dieses Streben, wie auch die neuen Dokumente erweisen, stets ein innerstes Herzensbedürfnis.

Die neuen Bände bieten allen historisch Interessierten und politisch nicht völlig Gleichgültigen ein schier unerschöpfliches Material zur Bereicherung ihrer Kenntnisse und Anschauungen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die zusammenhängende Lektüre der Bände oder auch nur einzelner Kapitel einen hohen geistigen und politischen Genuß von gelegentlich geradezu dramatischer Spannung auslöst. Es wird so oft darüber geklagt, daß es dem deutschen Volke an politischem Sinne fehle. Nun wohl, hier ist ein Hilfsmittel, durch Nachprüfung lebendiger, zu Geschichte gewordener Aktenstücke ein pragmatisches Lehrbuch politischen Denkens und Wollens sich anzueignen. Vom Wesen der Geheimdiplomatie und ihren Methoden fallen hier die letzten Siegel, und voll Staunens erkennt man, wie letzten Endes auch die schwierigsten Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen immer wieder dann ihre beste Lösung finden, wenn sie auf die nüchterne Erwägung der tatsächlichen Gegebenheiten sich stützen und sich von überfeinernden Spitzfindigkeiten fernhalten, wie sie der „grauen Eminenz", dem Geheimrate von Holstein, dem langjährigen allmächtigen spiritus rector der deutschen Politik im Auswärtigen Amte, zu eigen waren. Nicht nur im Kriege, sondern auch in der Politik verspricht nur das Einfache Erfolg.

Die Kritik hat durch ihre lebhafte Zustimmung meine Weiterarbeit an den „Wegweisern" wesentlich erleichtert, da sie übereinstimmend den Grundgedanken und die praktische Gestaltung dieses wissenschaftlichen Hilfswerkes anerkannt hat. Für die mir bei den Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente und beim Lesen der Korrekturen geleistete Mitarbeit und Unterstützung spreche ich Fräulein Grete Siemers, Hamburg, auch an dieser Stelle meinen Dank aus.

Hannover, 15. Mai 1925

Bernhard Schwertfeger

Inhalt

1. Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 bis 1914. Dritter Teil: Die Politik der freien Hand 1899—1904. Ein Wegweiser durch die Bände 13—18 des Aktenwerkes der deutschen Regierung (Inhaltsübersicht nachstehend) 1
2. Synchronistische Zusammenstellung der Aktenstücke der Bände 13—18 209
3. Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente der Bände 13—18 255
4. Verzeichnis der in den Bänden 13—18 des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente . . . 331

Druckfehlerverzeichnis zum „Wegweiser", Band 2 445

Inhaltsübersicht der Bände XIII—XVIII

Dreizehnter Band 1

Die Europäischen Mächte untereinander 1897—1899

KAPITEL 84
Das Deutsch-Englische Verhältnis 1897 3

KAPITEL 85
Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz. Kaiser Wilhelms II. und Faures Besuche in Rußland 1897 7

KAPITEL 86
Das Deutsch-Französische Verhältnis 1897 11

KAPITEL 87
Das Vordringen des Tschechentums in Österreich und der Dreibund. Der Zwischenfall Graf Thun 1898—1899 13

KAPITEL 88
Deutschlands und Österreichs Verhältnis zu Rußland 1898—1899 20

KAPITEL 89
Das Deutsch-Französische Verhältnis 1898—1899 26
Anhang: Die Dreyfus-Affäre und die inneren Verhältnisse Frankreichs 1896—1899 31

Vierzehnter Band
Weltpolitische Rivalitäten

Erste Hälfte 33

KAPITEL 90
Das Vorgehen der Europäischen Mächte in Ostasien
A. Die Vorbereitung der Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1895—1897 35
B. Die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1897 39
C. Die Erwerbungen Rußlands und Englands. Port Arthur. Wei-hai-wei. Das Jangtsetal 1898—1899 40

KAPITEL 91
Englands erste Allianzfühler 1898 44

KAPITEL 92
Deutsch-Englisches Abkommen über die Portugiesischen Kolonien 1898 . . 50

Vierzehnter Band
Weltpolitische Rivalitäten

Zweite Hälfte 55

KAPITEL 93
Der Englisch-Französische Konflikt wegen Faschoda 1898—1899 57
Anhang: Die Dreibundmächte und das Englisch-Französische Abkommen über Zentralafrika 1899 64

KAPITEL 94
Die Bagdadbahn 1890—1900 66
Anhang: Deutsche Bahnbauten und Kohlenstationen in Persien und Arabien? 69

KAPITEL 95
Der Russische Vorschlag eines Abkommens mit Deutschland über die Meerengen und Kleinasien 1899 70

KAPITEL 96
Das Abkommen über Samoa und die Deutsch-Englischen Beziehungen 1899 72

Fünfzehnter Band 81

Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz

KAPITEL 97

Der Amerikanisch-Spanische Krieg. Schiedsspruch- und Interventionsfrage 1898 83

KAPITEL 98

Die Philippinen- und die Karolinenfrage. Die Englisch-Amerikanische Annäherung 1898—1899 86
Anhang: Ein deutscher Stützpunkt auf San Domingo? 90

KAPITEL 99

Spanien und der Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen England 1899 90

KAPITEL 100

Die erste Haager Friedenskonferenz. 91
A. Das russische Friedensmanifest und die Vorbereitung der Konferenz 1898—1899 92
B. Die Rüstungsfrage auf der Konferenz 98
C. Die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auf der Konferenz 99
D. Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz 101
E. Abschluß der Konferenz. Epilog 103

KAPITEL 101

Entstehung und Anfänge des Burenkrieges. Die deutsche Haltung 107

KAPITEL 102

Ein Deutsch-Englischer Zwischenfall im Burenkriege: Die Beschlagnahme der deutschen Dampfer 1899—1900 111

KAPITEL 103

Die Interventionsfrage im Burenkriege 1900 114
Anhang: Kaiser Wilhelms II. Aphorismen über den Krieg in Transvaal . 117

Sechzehnter Band 119

Die Chinawirren und die Mächte 1900—1902

KAPITEL 104

Der Boxeraufstand und die Mächte. Die Frage des Oberkommandos. Vorfriedensverhandlungen 1900—1901 121

KAPITEL 105

Das Deutsch-Englische Jangtseabkommen. Deutschland als ehrlicher Makler zwischen England und Rußland (Eisenbahnfragen, Tientsinfrage) 1900 bis 1901 123

KAPITEL 106

Das Russisch-Chinesische Mandschureiabkommen und die Mächte 1901 . . 125

KAPITEL 107
Die Kriegsentschädigungsfrage 1901 128

KAPITEL 108
Die Räumung von Schanghai 1900—1902 133

Siebzehnter Band 135

Die Wendung im Deutsch-Englischen Verhältnis

KAPITEL 109
Das Englische „Bündnisangebot" 1901 137
Anhang: Lord Lansdownes Memorandum vom 10. August 1901 146

KAPITEL 110
Das Englisch-Japanische Bündnis und die Russisch-Französische Gegenaktion 1901—1902
A. Englisch-Japanisches Bündnis 1901—1902 147
B. Russisch-Französische Gegenaktion. Deutschlands Zurückhaltung 149

KAPITEL 111
Der Burenkrieg und die öffentliche Meinung 150

KAPITEL 112
Das gemeinsame Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela 1902—1903 153

KAPITEL 113
Die Marokkofrage 1899—1904. Englische Hinwendung zu Frankreich . . 155

KAPITEL 114
Die Vorderasiatischen Angelegenheiten. Hinwendung Englands zu Rußland?
A. Die Bagdadbahn 1900—1903 157
B. Die Kueitfrage 1900—1904 158
C. Die Persische Frage 1899—1904 159

KAPITEL 115
Akademische Erörterungen über eine drohende Englisch-Französisch-Russische Tripelentente 160

Achtzehnter Band

Zweibund und Dreibund 1900—1904

Erste Hälfte 165

KAPITEL 116
Deutsch-Russische Beziehungen 1900—1903. Die Entrevuen von Danzig, Reval und Wiesbaden 167

KAPITEL 117
Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1900—1902. Das Russisch-Österreichische Reformprogramm 1902 173

KAPITEL 118
Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1903. Das Mürzsteger Programm 175

KAPITEL 119
Die Dardanellenfrage 1899—1903 180

KAPITEL 120
Der Französisch-Türkische Konflikt 1901 183

Achtzehnter Band

Zweibund und Dreibund 1900—1904

Zweite Hälfte 185

KAPITEL 121
Das Protokoll über die Fortdauer des Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses 1902 187

KAPITEL 122
Der vierte Dreibundvertrag 1902 188
Anhang: Die Dreibundmächte 1902—1904 190

KAPITEL 123
Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1902 192

KAPITEL 124
Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1901—1902 194

KAPITEL 125
Italiens „Extratouren". Die Tripolisfrage 197

KAPITEL 126
Deutsch-Französische Beziehungen 1900—1903 200

KAPITEL 127
Russisch-Französische Beziehungen 1900—1903 203

Die europäischen Mächte untereinander 1897—1899

Der dreizehnte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 13. Bandes

KAPITEL 84

Das Deutsch-Englische Verhältnis 1897. Dokumente Nr. 3396—3423 . . . 3

KAPITEL 85

Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz. Kaiser Wilhelms II. und Faures Besuche in Rußland 1897. Dokumente Nr. 3424—3452 7

KAPITEL 86

Das Deutsch-Französische Verhältnis 1897. Dokumente Nr. 3453—3470 . . 11

KAPITEL 87

Das Vordringen des Tschechentums in Österreich und der Dreibund. Der Zwischenfall Graf Thun 1898—1899. Dokumente Nr. 3471—3513 . . 13

KAPITEL 88

Deutschlands und Österreichs Verhältnis zu Rußland 1898—1899. Dokumente Nr. 3514—3551 20

KAPITEL 89

Das Deutsch-Französische Verhältnis 1898—1899. Dokumente Nr. 3552—3585 26

Anhang:

Die Dreyfus-Affäre und die inneren Verhältnisse Frankreichs 1896 bis 1899. Dokumente Nr. 3586—3644 31

Kapitel 84

Das Deutsch-Englische Verhältnis 1897

Die im dreizehnten Bande des Aktenwerkes mitgeteilten Dokumente aus den Jahren 1897—1899 beanspruchen insofern ganz besondere Bedeutung, als gerade in diesen Jahren die deutsche Politik inmitten der Welthändel zu dem Entschlusse genötigt war, nach welcher Seite hin sie sich anlehnen wollte. Zwar bestand der von Bismarck zusammengefügte Dreibund scheinbar noch in alter Kraft. Es traten aber doch immer aufs neue Erscheinungen zutage, die auf eine Lockerung des Dreibundverhältnisses deuteten. Was sollte geschehen? War die Anlehnung an England oder an Rußland geboten?

England war, seiner ganzen parlamentarisch-politischen Tradition gemäß, keiner Macht gegenüber fest und endgültig gebunden, Rußland aber hatte durch seine militärischen Abmachungen mit Frankreich und durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von ihm seine Selbständigkeit bereits bis zu einem hohen Maße eingebüßt. Diese Tatsache ist von den deutschen Staatsmännern zweifellos nicht immer genügend in Rechnung gestellt worden, und die Berichterstattung des Grafen Münster aus Paris hat gelegentlich dazu beigetragen, der Hoffnung Vorschub zu leisten, als sei zwischen Frankreich und Rußland noch nichts Endgültiges abgemacht[1]).

Die im 84. Kapitel abgedruckten Aktenstücke führen uns aufs neue in den Gedanken ein, deutscherseits eine Kontinentalliga gegen England oder wenigstens eine Schutzliga gegen Kolonialübergriffe Englands zustande zu bringen[2]). Sie beweisen zugleich, welche Erregung bei Kaiser Wilhelm II. infolge des Verhaltens der Engländer in Transvaal zurückgeblieben war.

Am 24. Oktober 1896 meldete Konsul Richarz aus Bagdad, ein englisches Kriegsschiff sei auf dem Schatt el Arab bis ins Wilajet Basra vorgedrungen; eine Flottendemonstration im Persischen Golf scheine bevorzustehen. Kaiser Wilhelm II. geriet außer sich. Er witterte heimliche Verabredungen Englands mit dem Zweibunde und

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 142 ff.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 117 ff. u. 120 ff.

3396 beklagte sich in einem Telegramm vom 25. Oktober 1896 an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe bitter über das stetige Anwachsen der antideutschen Strömung in England. „Sie könnte auch eines Tages dazu führen, daß à la Transvaal im geeigneten Moment England uns unsere Kolonien wegnehmen könnte, was zu hindern wir völlig außerstande sind. Wir könnten auch deswegen keinen Krieg führen, da England gegenüber unsere Flotte einer Hand voll Erbsen gleich zu erachten ist. Es wäre also eine billige Weise, uns eine Ohrfeige zu geben, und uns vor der Welt zu diskreditieren." Der Kaiser wünschte daher, daß baldigst mit Petersburg und Paris in Verhandlungen eingetreten werden sollte, denen man eine gemeinsame Abwehr zur Garantie des gegenseitigen Kolonialbesitzes zugrunde legen könnte. „Es zeigt sich eben wiederum zur Evidenz, wie töricht es war, vor zehn Jahren Kolonialpolitik anzufangen, ohne eine Flotte zu haben, und diese Politik zu entwickeln, ohne im Ausbau der Flotte gleichen Schritt zu halten. Jetzt stehen wir da mit einem großen Kolonialbesitz behaftet, der für das bisher für England unantastbare Deutschland eine Achillesferse geworden ist, denn er bringt uns fortwährend mit letzterem in kleinere und größere Verwicklungen, die über kurz oder lang unsere völlige Ohnmacht zu Wasser kundtun werden."

Es war also der schon einmal zur Zeit der Transvaal-Krise deutscherseits erwogene Gedanke einer Kontinentalliga gegen England, der hier beim Kaiser in der Form eines Schutzbundes gegen koloniale Übergriffe Englands wieder auftrat. Seiner Anregung wurde aber nicht Folge gegeben. Der Staatssekretär Freiherr v. Marschall
3397 hob dem Kaiser gegenüber in mündlicher Besprechung hervor, daß eine Annäherung Deutschlands an die franko-russische Gruppe jetzt und aus diesem Anlaß nicht nötig sei; sie werde nur Deutschlands Stellung gegenüber dem Zweibunde vermindern, den Dreibund aber gefährden. Der kaiserliche Vorschlag scheint nur dem Botschafter Grafen Hatzfeldt nach London mitgeteilt worden zu sein, der in einem
3398 Privatbriefe vom 28. Oktober 1896 an den Vortragenden Rat v. Holstein diesen Gedanken auf das Schärfste zurückwies. Die Engländer dächten gar nicht daran, schrieb Hatzfeldt, über die deutschen Kolonien herzufallen, da Deutschland sodann mit Pauken und Trompeten in das russische Lager abrücken und jede Feindseligkeit der Russen und Franzosen gegen England verstärken und ermutigen würde. Wie sollte Salisbury auf den Gedanken kommen, „uns durch einen Überfall unserer Kolonien unwiederbringlich in die Arme der Gegner zu treiben, den Dreibund zu sprengen und sich auch um die Freundschaft Österreichs und Italiens zu bringen? Wie ist es möglich, ihm einen solchen Wahnsinn zuzutrauen?" — Es gelang denn auch, den Kaiser von weiterer Verfolgung seines Planes abzubringen.

Am 24. Oktober 1896 hatte Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" seine berühmte Enthüllung über die Nichterneuerung des

„Rückversicherungsvertrages" gebracht[1]). Der Kaiser fühlte sich 3399
durch diesen Schritt des Fürsten persönlich verletzt. Er bezeichnete Bismarcks Enthüllungen als Landesverrat und sah in ihnen einen Akt der Rachsucht gegen seine Person. Nicht mit Unrecht befürchtete er, daß sich aus Bismarcks Schritt eine neue Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen ergeben werde, war aber entschlossen, alles zu tun, um den in England entstandenen üblen Eindruck zu verwischen.

Dazu bot sich anläßlich des im November 1896 in Hamburg ausgebrochenen Streiks der Hafenarbeiter eine Gelegenheit. Man behauptete damals in der Presse, vor allem auch in den „Hamburger Nachrichten", der Streik sei von englischen Reedern künstlich ins Werk gesetzt und werde mit englischem Gelde geschürt. Der Kaiser regte gegenüber dem englischen Botschafter, Sir Frank Lascelles, eine 3400
amtliche Dementierung dieser Pressemeldungen an, deren Notwendigkeit und Nutzen aber von Lord Salisbury abgelehnt wurde[2]). Da der Kaiser im Interesse der Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland aber weiterhin darauf bestand, entschloß sich Lord Salis- 3401
bury, in den „Times" die Frage erörtern zu lassen[3]). Die „Times" 3402
brachten daraufhin am 5. Dezember 1896 einen Artikel, in dem die Behauptung einiger deutscher Blätter, die englischen Kaufleute seien für den Hamburger Ausstand verantwortlich, als eine Friedrichsruher Erfindung lächerlich gemacht wurde.

Im April 1897 weilte der englische Parlaments-Unterstaatssekretär G. N. Curzon in Berlin zum Besuch und hatte am 17. April eine lange Unterredung mit dem Staatssekretär Freiherrn v. Marschall 3403
über die englisch-deutschen Beziehungen. Marschall erklärte, Deutschland wünsche wie in früheren Zeiten, in den besten Beziehungen zu England zu stehen, müsse dabei aber allerdings von dem Grundsatze der unbedingten Gegenseitigkeit ausgehen; „dies würde auch das sicherste Mittel sein, um aus unserer öffentlichen Meinung alle die wenig angenehmen Empfindungen zu beseitigen, welche die englische Politik vornehmlich in Afrika in den letzten Jahren hervorgerufen habe." Von London aus befürwortete Graf Hatzfeldt lebhaft eine unmittelbare Verständigung mit England über die Transvaalfrage. Deutschlands Stellung in Europa, so berichtete er am 22. April 1897 3404
an den Reichskanzler, würde eine viel freiere und einflußreichere werden, „wenn allgemein bekannt wird, daß die gespannten Beziehungen zwischen England und Deutschland, auf welche von verschiedenen Seiten spekuliert wird, wieder normale geworden, und daß wir in der Lage sind, gleichzeitig mit Rußland und mit England auf 3405
gutem Fuße zu stehen." Der Kaiser trat diesen Auffassungen mit lebhafter Zustimmung bei.

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 146.
[2]) Anlage zu Nr. 3400. Deutscher Wortlaut siehe S. 257.
[3]) Anlage zu Nr. 3402. Deutscher Wortlaut siehe S. 257.

Die vom Grafen Hatzfeldt empfohlene Linie entsprach auch den Wünschen Österreichs, wie sich beim Besuche Kaiser Wilhelms II. am 21. und 22. April 1897 in Wien erneut herausstellte. Gerade während der Kaiser in Wien weilte, traf dort die Nachricht ein, daß
3406 sechs englische Kriegsschiffe in die Delagoa-Bai eingelaufen und vier davon flußaufwärts in der Richtung auf Transvaal gefahren wären. Kaiser Wilhelm II. sah darin eine erneute Herausforderung, die ihn um so mehr erregte, als er sich außerstande fühlte, irgend etwas Wirksames dagegen zu tun.

In einer langen Unterhaltung, die Graf Hatzfeldt anfangs Mai
3407 1897 mit Lord Salisbury hatte, wünschte letzterer den Grafen zu überzeugen, daß England mit seinen Schiffen in der Delagoa-Bai keinen besonderen Vorteil erstrebe und auch nicht an die Erwerbung Mozambiques von Portugal denke. Aggressive Absichten Englands gegen den Transvaal stellte Lord Salisbury in Abrede. Graf Hatzfeldt verließ ihn mit dem Eindruck, daß Lord Salisbury nicht abgeneigt sein würde, sich mit Deutschland über Südafrika gegen nicht zu hohe Bedingungen zu verständigen. Bei einer späteren Unterhaltung schien er auch geneigt, den Erwerb eines Stückes der chinesischen Küste im Anschluß an einen entsprechenden Gewinn für England allenfalls zuzugestehen, suchte aber diesen Eindruck späterhin wieder zu verwischen, so daß Kaiser Wilhelm II. daraus die Schlußfolgerung zog, wir würden gutwillig nichts bekommen, was wir nicht mit bewehrter Faust uns selbst nähmen. Graf Hatzfeldt wurde ermächtigt, bei
3408 geeigneter Gelegenheit die Frage weiter mit Salisbury zu erörtern.

Der Abschluß des amerikanisch-hawaiischen Annexionsvertrages vom 16. Juni 1897 ließ in weiteren Kreisen Deutschlands den Wunsch laut werden, bei dieser Gelegenheit eine endgültige Regelung des unbefriedigenden Verhältnisses auf Samoa
3409 herbeizuführen. Fürst Hohenlohe ermächtigte den Botschafter Grafen Hatzfeldt, in diesem Sinne die Fühlung mit Lord Salisbury aufzunehmen, der seinerseits im Januar 1889 eine Überlassung von Samoa an Deutschland, von Tonga an England und von Hawaii an Amerika ins Auge gefaßt hatte[1]). Lord Salisbury wich aus und schien jeden-
3410 falls nicht geneigt, Samoa Deutschland zu überlassen.

Am 30. Juli 1897 kündigte England den deutsch-englischen Handelsvertrag vom 30. Mai 1865, regte aber zugleich den Abschluß eines neuen Meistbegünstigungsvertrages an. In Deutschland wuchs die Erregung, da man einen schweren Schlag gegen den deut-
3411 schen Handel darin erkennen zu müssen glaubte, während Lord Salisbury der Kündigung keinen besonderen politischen Wert beimaß. In ein oder zwei Jahren, sagte er dem Botschafter Grafen Hatzfeldt, werde wahrscheinlich ein ganz ähnlicher Handelsvertrag wieder ab-

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 70.

geschlossen werden, da die Handelsinteressen beider Länder dies zur Notwendigkeit machten. Auf die Überlassung von Samoa wollte er einstweilen noch nicht eingehen. 3412

Kaiser Wilhelm II. war über die plötzliche Kündigung des Handelsvertrages sehr erregt. Er erblickte darin Englands Wunsch, die deutsche Industrie zu vernichten; diesen Zweck werde England auch unzweifelhaft erreichen, wenn nicht energisch und rasch ein starker deutscher Flottenbau dem Unheil entgegenwirke. England selbst wolle nicht zum Schutzzoll übergehen, sondern nur seine Kolonien. „Da dieselben überall auf der Welt sind," schrieb der Kaiser an den Schluß eines ihm vorgelegten Berichtes aus München, „so hat England Handelsbewegung und Austausch zur Genüge mit ihnen, während Deutschland aus ihnen hinausgeworfen wird! Caeterum censeo, naves esse aedificandas." Und an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe telegraphierte er am 1. August 1897 in Klarschrift: „Von tiefstem Herzen bedauere ich die so plötzlich erfolgte Kündigung der Handelsverträge, welche einen schweren Schlag für unser armes, durch Wetterkatastrophen so schwer heimgesuchtes Volk bedeutet; dieses unqualifizierbare Vorgehen ist gleichbedeutend mit dem Beginne eines Krieges bis aufs Messer gegen (den Handel) unseres eben aufblühenden produktiven Staates . . . Hätten wir eine starke, achtunggebietende Flotte gehabt, wäre Kündigung nicht erfolgt; als Antwort muß eine schleunige bedeutende Vermehrung unserer Neubauten ins Auge gefaßt werden." Der Kanzler suchte den Monarchen zu beruhigen, indem er darauf hinwies, daß das gleichzeitige Angebot eines mit England abzuschließenden Meistbegünstigungsvertrages auf ein bevorstehendes befriedigendes Verständnis mit England hindeute. Auch der Kanzler hielt eine Vermehrung der deutschen Flotte zum Schutze des deutschen Handels für erwünscht und unter gewissen Voraussetzungen für erreichbar. 3413 3414 3415

Hinsichtlich der Annexion von Hawaii durch die Amerikaner und bei den damit zusammenhängenden Erörterungen über Samoa und Neu-Guinea wurde im Verlaufe des Jahres 1897 eine abschließende Verständigung nicht erzielt. 3416–3423

Kapitel 85

Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz

Kaiser Wilhelms II. und Faures Besuche in Rußland 1897

Die deutsch-russischen Beziehungen in den Jahren 1896 und 1897 wurden durch die Vorgänge auf dem Balkan und die Haltung der

Mächte in den Konstantinopeler Botschafterkonferenzen entscheidend beeinflußt[1]).

Deutschland hatte es sich zum Grundsatze gemacht, seinen Botschafter in Konstantinopel allem zustimmen zu lassen, worüber Rußland, Österreich und Italien einig waren. Diese Haltung schien auch fernerhin angezeigt und bildete die Grundlinie für die Besprechungen der deutschen Staatsmänner mit dem neuernannten Verweser des russischen Außenministeriums, dem Grafen Murawiew, der Ende Januar 1897 Paris besuchte, am 30. Januar in Berlin eintraf, wo er am 31. mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall konferierte, um am 1. Februar vom deutschen Kaiser in Kiel empfangen zu werden.

Über den Inhalt der damaligen Unterredungen werden wir durch einen Bericht des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe vom 31. Januar und durch eine ausführliche Niederschrift des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom gleichen Tage unterrichtet. Graf Murawiew stellte das Zusammengehen der russischen und deutschen Politik zum Zwecke der Erhaltung des Friedens, des status quo und der Integrität des türkischen Reiches ausdrücklich fest. Zu einem Vorgehen gegen England, etwa in der Form einer Koalition des Kontinents gegen das Inselreich, wollte sich aber die deutsche Politik nicht verleiten lassen. Vielmehr strebte man an, England in allen Fällen den Beitritt zu den Entschließungen der Kontinentalmächte freizuhalten. Das war um so wichtiger, als Graf Murawiew ein starkes Mißtrauen gegen England offensichtlich zur Schau trug. Kaiser Wilhelm II. betonte daher in seiner Unterredung mit Murawiew auch seinerseits energisch die Notwendigkeit der Erhaltung des status quo im Orient.

An der Festigkeit des Zweibundes glaubte der Botschafter Graf Münster, wie in seiner Berichterstattung immer wieder zum Ausdruck kommt, zweifeln zu dürfen. Schon in seinem spöttisch ablehnenden Berichte vom 3. Oktober 1896 über den damals unmittelbar bevorstehenden Besuch des Zaren in Frankreich[2]) hatte er die wirkliche Bedeutung dieser Reise im Hinblick auf die so leicht zu beeinflussende französische Psyche unterschätzt. Er sah in dem Kaiserbesuch eine Enttäuschung für Frankreich und wurde in dieser Auffassung durch ärgerliche Äußerungen der Franzosen über den Zweibund gelegentlich bestärkt. „Nach und nach", berichtete er am 3. Februar 1897, „fängt Frankreich an, aus den Revancheträumen gegen uns und aus den Träumen, in denen Rußland als der Racheengel für Elsaß-Lothringen erschien, zu erwachen. Die wirklichen Verhältnisse, die praktischen Interessen fordern ihr Recht, und die aus diesen Träumen erwachenden Franzosen fangen an, sich zu fragen,

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 161 ff.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 145.

wo diese liegen, und was ihnen Rußland bieten kann. Daß bei einem Kriege gegen uns auf Rußland nicht mehr zu rechnen ist, wird hier immer mehr verstanden, und ohne Rußlands Hilfe will weder die Republik noch die Armee den Krieg mit uns."

Verstimmend wirkte in Paris die offensichtliche Besserung der deutsch-russischen Beziehungen, während Hanotaux zwar, nach An- 3431
sicht des Grafen Münster, das Verhältnis Frankreichs zu Rußland 3432
täglich unsicherer werden sah, dies aber aus Furcht vor der öffentlichen Meinung nicht zugestehen durfte. „Das intelligente Paris hat den Glauben an die russische Allianz verloren, die unteren Klassen und die Provinzen halten aber an diesem Glauben noch ganz fest." Jetzt hoffte man, die Beziehungen durch eine Reise des Präsidenten Felix Faure nach Petersburg verbessern zu können und hoffte gleichzeitig auf einen Besuch des Zaren im Sommer. Die politische Atmosphäre wurde aber, nach Münsters Urteil, dauernd durch ein erhebliches Mißtrauen der französischen Staatsmänner gegen England und Rußland bezeichnet, und man begann zu fürchten, daß diese beiden Nationen trotz ihrer so sehr verschiedenen Interessen sich wenigstens zeitweise zum Schaden Frankreichs verständigen könnten.

Eine entscheidende Besserung der gegenseitigen Beziehungen Frankreichs und Rußlands erreichte aber tatsächlich doch der Besuch des Präsidenten Felix Faure in Petersburg vom 23. bis 27. August 1897, der auf eine besonders herzlich abgefaßte Einladung des Zaren vom 26. Juni 1897 erfolgte.

In Deutschland hatte man gehofft, daß der vorhergehende Be- 3433, 3442
such des deutschen Kaisers den größeren und bleibenderen Eindruck machen werde. Diese Hoffnung hat sich indes nicht verwirklicht. Das deutsche Kaiserpaar weilte vom 7. bis 10. August, begleitet vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und vom Botschafter Bernhard v. Bülow, der seit dem 28. Juni 1897 den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vertrat, in Petersburg. Der Verkehr der Kaiserpaare 3439
war ein sehr herzlicher und die nach der Rückkehr des deutschen Kaiserpaares nach Deutschland gewechselten Telegramme der Monarchen[1]) zeigen einen sehr freundschaftlichen Ton. Der Zar hatte 3440, 3441
Kaiser Wilhelm II. zum russischen Admiral ernannt, und das Ergebnis der in Petersburg stattgehabten politischen Besprechungen wurde auch vom Botschafter B. v. Bülow als sehr günstig angesehen; auch 3438, 3444
er hielt die Franzosenschwärmerei in Rußland für im Rückgange begriffen.

Über den Besuch des Präsidenten Felix Faure im August 1897 und über die ihm vorangehenden Erörterungen unterrichten uns die Dokumente Nr. 3434, 3435, 3436, 3437, 3445—3450. Ganz wider 3434–3437

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Kaisertelegramme vom 13. und 14. August 1897 (Nr. 3440 und 3441) siehe S. 257/258.

Erwarten wurde der Zar dem französischen Präsidenten gegenüber von Stunde zu Stunde entgegenkommender, und bei dem großen Abschiedsfrühstück an Bord des „Pothuau" gebrauchte Präsident Felix Faure den Ausdruck: „Die beiden vereinigten und alliierten Nationen", während der Zar in seiner Erwiderungsrede von den beiden
3445, 3448 „befreundeten und alliierten" Nationen sprach. Diese Worte lösten
3446 in Frankreich den größten Enthusiasmus aus. „Wenn der Ausdruck ‚alliance' auch nicht gefallen ist," meinte Fürst Radolin in einem
3447 Petersburger Berichte vom 28. August 1897, „auf den die Franzosen wie auf das gelobte Land hinblickten, so genügen doch die erwähnten Worte, um die Franzosen nahezu in frenesie (Raserei) zu versetzen." Nachdenklich fügt er hinzu: „Es mag sein, daß der so milde und freundliche Kaiser sich im Laufe der Zeit eine herzlichere Auffassung für Deutschland angeeignet hat, was ich nicht nur nicht in Abrede stelle, sondern sogar glaube, so ist doch leider bei den Charaktereigenschaften des Kaisers darauf nicht unbedingt zu bauen. Er gilt allgemein als schwach und kann leicht, wie mir viele absolut loyale und hochgestellte Russen sagen, im gegebenen Momente, ohne es vielleicht zu wollen, zu manchem fortgerissen werden, über dessen Tragweite er sich vielleicht keine Rechenschaft gibt." Die französische Hochflut werde natürlich nach einiger Zeit wieder verlaufen und eine ruhigere Beurteilung der Verhältnisse wieder eintreten. „Man darf indessen niemals vergessen, daß wir hier in Rußland auf irgendwelche nachhaltige Herzenssympathien nicht rechnen dürfen. Diese gehören nach Anlage des russischen Charakters unbedingt Frankreich." Als Ziel unserer deutschen Politik bezeichnete es Fürst Radolin, ohne Sentimentalität mit Rußland auf dem allerbesten Fuße zu stehen und zu bleiben: dann werde auch Rußland ein Interesse daran haben, sich an Deutschland anzulehnen, so weit und so lange es uns brauche.
3443 Seiner schon früher geäußerten Meinung nach mußte Rußland im eigenen Interesse, so lange Deutschland sein Schwert scharf hielt, stets den Anschluß an Deutschland suchen, schon aus Rücksicht auf die polnische Frage.

Die Wirkung des Präsidentenbesuches in Petersburg war nach
3449 dem Urteil unparteiischer und wohlunterrichteter Kreise eine Zu-
3450 nahme der Revanche-Idee in Frankreich. Graf Münster indes bezweifelte nach wie vor das Vorhandensein eines wirklichen schriftlichen Vertrages und sah den Vorteil der Allianz ganz allein auf russischer Seite. Könne Frankreich nicht sicher auf russische Hilfe im Falle eines deutsch-französischen Krieges rechnen, so habe die Allianz für Frankreich keinen Wert. Für Frankreich war es außerdem schwierig, gleichzeitig eine „entente cordiale" mit England und mit Rußland aufrecht-
3435 zuerhalten, denn es war — nach dem Urteil des Fürsten Radolin in Petersburg — gerade die Gegnerschaft gegen England ein prägnanter Zug in der Physiognomie der russischen Politik. Nach Radolins An-

sicht konnte eine französisch-englische „Entente cordiale“ nur auf Kosten der bestehenden französisch-russischen hergestellt werden, und jede Annäherung Frankreichs an England mußte bei geschickter Ausnutzung durch Deutschland eine Annäherung Rußlands an Deutschland hervorrufen.

Trotzdem war man in Berlin vorsichtig genug, im September 1897 den vom russischen Generalstabschef General Obroutcheff in einer Unterredung mit B. v. Bülow in Homburg gemachten Vorschlag 3451 abzulehnen, wonach die Kontinentalmächte auf der Basis und zur Erhaltung des „status quo“ bis 1900 ein Schutz- und Trutzbündnis untereinander abschließen sollten. Die scharfe Betonung des Zweibundverhältnisses bei dem Besuche des Präsidenten Faure in Petersburg hatte in Berlin verstimmt, und man hielt es dort jetzt für angezeigt, freundliche Beziehungen zu England zu pflegen. Man entschloß sich daher dazu, den Vorschlag des Generals Obroutcheff 3452 im strengsten Vertrauen und gegen Zusicherung völliger Geheimhaltung durch den Botschafter Grafen Hatzfeldt zur Kenntnis des Lords Salisbury bringen zu lassen.

Kapitel 86

Das Deutsch-Französische Verhältnis 1897

Zu den wesentlichsten Zielen, die Kaiser Wilhelm II. sich persönlich gesetzt hatte, gehörte die Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich[1]). Das Jahr 1897 bot verschiedene Anlässe, diesen Wunsch zu betätigen.

Im Januar erregte ein Duell des französischen Marineattachés in Berlin Buchard, das er in Toulon ausfocht, in der Presse unliebsames Aufsehen. Der Präsident der französischen Re- 3453 publik ließ daraufhin vertraulich anfragen, ob der Kaiser die Ablösung des Leutnants Buchard wünsche, da er ja in der eigenen Armee den Duellen scharf entgegentrete. Der Kaiser war über diesen Schritt 3454 sehr erfreut, willigte gern in die Rückkehr des Leutnants Buchard auf seinen Posten und ließ der französischen Regierung als Aufmerksamkeit die soeben fertiggestellten Pläne des deutschen Kanonenbootes für die chinesische Station überreichen, eine Aufmerksamkeit, 3455 die in Paris dankbar begrüßt wurde.

Kurze Zeit darauf bot sich eine neue Gelegenheit zu einem entgegenkommenden Schritt, indem Kaiser Wilhelm II. sich durch den Botschafter Grafen Münster nach dem Befinden des erkrankten Generals Gallifet erkundigen und ihm eine baldige Wieder- 3456

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 94 ff. u. S. 141 ff.

herstellung wünschen ließ. Der „Figaro“ bezeichnete diesen Schritt als „chic“; er verwahrte sich zwar gegen die Annahme, daß ein solcher kaiserlicher Schritt die Vergangenheit verwischen könne, betonte aber, daß die Enkel der Krieger von Fontenoy einer derartigen Höflichkeit unbedingt Anerkennung zollen könnten.

Im April 1897 erregte die französischerseits einseitig vollzogene Ernennung von Residenten im Hinterlande von Togo durch den Gou-
3457 verneur von Damohey eine Verstimmung in Berlin[1]). Graf Münster erhob Einspruch, worauf die französische Regierung ihre Geneigtheit bekundete, sich auf diesem Gebiete mit Deutschland in freundschaft-
3463–3466 licher Weise auseinanderzusetzen. Es kam zu Verhandlungen in Paris, an denen deutsche Kolonialsachverständige teilnahmen, und die im Juli zu einem Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen
3467 Gebiete im Hinterlande von Togo und Dahomey führten. Diese Verständigung trug wesentlich zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen bei.

Großes Aufsehen erregte in der ganzen Kulturwelt am 4. Mai 1897 der große Brand in einem Pariser Wohltätigkeitsbazar, bei dem 120 Personen, darunter die Herzogin von Alençon, Schwester der Kaiserin von Österreich und ehemalige Braut des Königs Ludwig II. von Bayern, sowie viele Mitglieder der Aristokratie ums Leben kamen.
3458 Kaiser Wilhelm II. sprach sofort dem Präsidenten Faure seine Teilnahme aus und stiftete auch 10 000 Francs für die Zwecke des abgebrannten Bazars. Eigentlich nur der „Figaro“ nahm diesen Schritt des Kaisers freundlich auf, die chauvinistischen Blätter aber verhöhnten zum Teil die Spende als Abschlagszahlung auf die fünf
3459 Milliarden der französischen Kriegsentschädigung von 1871. Man fing jetzt in der Pariser Presse an, die Frage zu erörtern, ob der deutsche Kaiser etwa ernstlich daran denke, zur Weltausstellung im
3460 Jahre 1900 nach Paris zu kommen. Der „Gaulois“ veranstaltete sogar eine Rundfrage darüber, die dazu führte, den scheinbar schon im Ab-
3461 nehmen begriffenen Chauvinismus wieder zu steigern.

Die Haltung des deutschen Kaisers blieb trotzdem dauernd freundlich. Als am 13. Juni 1897 während einer Fahrt des Präsidenten Faure zu den Rennen nach Longchamps im Bois de Boulogne eine Bombe gegen seinen Wagen geschleudert wurde, ohne indes Schaden anzurichten, sandte ihm der Kaiser sofort, zugleich im Namen
3462 der Kaiserin, ein warmherziges Begrüßungstelegramm[2]). Präsident Faure antwortete am gleichen Tage: „Lebhaft bewegt von den Empfindungen, die Eure Majestät mir auszudrücken die Güte haben, bitte ich Sie, meinen aufrichtigsten Dank zugleich im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin entgegennehmen zu wollen.“

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 95.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 258.

Eine vorübergehende Trübung empfingen die deutsch-französischen Beziehungen im November 1897 durch die Verhaftung dreier Refraktäre an der deutschen Grenze und deren zwangsweise Einstellung in die deutsche Armee. Sie waren im Glauben gewesen, Franzosen zu sein, und hatten daher in Frankreich ihrer Dienstpflicht genügt. Da sich die Gutgläubigkeit der drei Männer nachweisen ließ und sie nur versehentlich nicht aus den deutschen Listen gestrichen worden waren, wurden sie alsbald freigelassen. Graf Münster, der immer für eine versöhnliche Politik in den Grenzgebieten eingetreten war, benutzte diese Gelegenheit, um aufs neue für die Milderung der noch bestehenden Härten einzutreten. „Seit 12 Jahren", schrieb er am 13. November 1897 an den Reichskanzler, „suche ich auf alle 3468
Weise die guten Beziehungen zu erhalten und zu verbessern. Daher werden Euere Durchlaucht es verstehen und mir zugute halten, wenn ich vielfach ärgerlich und entmutigt werde, wenn ich sehe, daß diese Bemühungen durch Zwischenfälle an der Grenze, die doch meistens durch falsch verstandenen Diensteifer untergeordneter Beamten veranlaßt worden sind, durchkreuzt werden."

Ein wertvolles Urteil über den damaligen Zustand des französischen Chauvinismus erschließt sich uns in dem Dezemberheft 1897 3469
der Monatsschrift „Mercure de France". Es war darin eine Rundfrage über die Haltung der Franzosen gegenüber dem Frankfurter Frieden und der Möglichkeit des Ausbruches eines neuen deutsch-französischen Krieges gestellt und von 138 Personen beantwortet worden. Darunter befanden sich Männer, wie Joseph Reinach, Jules Claretie, Henry Houssaye, Vandal, der Komponist Saint-Saëns, aber auch Arbeiter und Handwerker. Die älteren hielten überwiegend an der Revanche fest, während die jüngere Generation fast durchgängig mit dem Frankfurter Frieden als einer geschichtlichen Tatsache rechnete.

Die Krönung der Versöhnungsbemühungen des Botschafters Grafen Münster im Jahre 1897 bildete die Absicht des Präsidenten 3470
der Republik, dem Botschafter das Großkreuz der Ehrenlegion zu verleihen. Graf Münster machte die Annahme von der Genehmigung des Kaisers abhängig, der gern seine Zustimmung gab.

Kapitel 87

Das Vordringen des Tschechentums in Österreich und der Dreibund

Der Zwischenfall Graf Thun 1898—1899

Die Akten des 87. Kapitels führen uns in die Schwierigkeiten der innerösterreichischen Beziehungen ein. Seit langen Jahren stand das Tschechentum in scharfem Kampfe gegen die deutschen Teile der

Donaumonarchie, woraus sich eine erhebliche Schwächung der Gesamtenergie des Staates, besonders für einen Kriegsfall, ergab. Da Österreich-Ungarn aber für Deutschland leider der einzige feste Bundesgenosse war, so hatte alles, was sich auf die inneren Schwierigkeiten Österreichs bezog, ohne weiteres eine erhebliche Bedeutung für Deutschland. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der Donaumonarchie bildeten geradezu für Deutschland ein außenpolitisches Problem erster Ordnung. Sollte es beim Dreibunde verharren oder eine andere, bessere und zuverlässigere Anlehnung suchen, wenn eine solche möglich war?

Seit Jahren schon hatte der österreichische Nationalitätenstreit innerhalb der Regierung und der Parlamente alle Verhältnisse zu ungunsten der Deutschen verschoben. Noch die Ministerien Graf Taaffe und Fürst Windischgrätz hatten für den Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten gekämpft. Als aber infolge der Sprachenfrage und der Berufung des Ministeriums Graf Badeni die Deutschen aus der Regierungskoalition austraten und das Vordringen des Tschechentums durch die Sprachenverordnung des Grafen Badeni vom 5. April 1897 stark begünstigt wurde, sank der Einfluß des Deutschtums immer mehr.

Kaiser Wilhelm II. hatte die Vorgänge in Österreich immer
3471 sorgenvoll betrachtet. Auf einen Bericht vom 1. März 1898, den der Botschafter Graf zu Eulenburg aus Wien an den Reichskanzler erstattete, und in dem er über die Haltung der tschechischen Majorität im österreichischen Parlament sehr besorgt berichtete, setzte er die Randbemerkungen: „Finis tripliciae“ (Ende des Dreibundes) und gab der Meinung Ausdruck, die seit Jahren dauernde Krisis, zu deren Lösung nach dem Urteil des Grafen Goluchowski noch Jahre nötig wären, werde dazu führen, daß sich das Land auflöse. Nach der Ansicht des Grafen Eulenburg war bei der österreichischen Regierung die Wage bereits zugunsten der Slawen gesunken. Am Schlusse des sehr ernsten Berichtes vermerkte der Kaiser: „Sollte wirklich beabsichtigt werden, den Slawen eine so weit entgegenkommende Konzession zu machen, dann bekommt Österreich ein anderes Gesicht und kommt in ein anderes Fahrwasser. Es wird eine ernste Bedrohung des Dreibundes dadurch stattfinden. Denn die Slawen werden alle zusammen gegen die Deutschen und Deutschland wühlen und unsere Polen mitreißen. Rußland wird das Seine dazu tun, und Habsburg geht verloren. Wir müssen uns beizeiten eine feste Brücke zu Rußland bereitstellen[1])!“

Mit diesen Worten bekundete der Kaiser also bereits anfangs März 1898 seine ernstesten Zweifel an der inneren Festigkeit des

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

Dreibundes. Er zog daraus die Nutzanwendung, wir müßten beizeiten eine feste Brücke zu Rußland bereitstellen. War dies nach der ganzen bisherigen Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen und insonderheit der Zweibundverhältnisse noch möglich? War Rußland noch frei? War es geneigt, in dauernde und zuverlässige Beziehungen zu Deutschland einzutreten? Reichte die persönliche Intimität der beiden Herrscher aus, um ein solches Ergebnis sicherzustellen? Mußte nicht ein historischer Rückblick auf Rußlands Verhalten in den vergangenen Jahrzehnten, besonders im Anschluß an den Berliner Kongreß, die Leiter der deutschen Politik mit Mißtrauen erfüllen?

Diese und ähnliche Gedanken sind damals von den verantwortlichen Staatsmännern zweifellos und nach Ausweis verschiedener Aufzeichnungen innerhalb des Aktenwerkes wiederholt erörtert worden. Stets aber, und das zeigen uns auch die Dokumente des 87. Kapitels, hat man letzten Endes an dem deutsch-österreichischen Bündnis festgehalten und nur immer zu feilen und bessern gesucht, wo es irgendwie möglich war. Die entscheidende Frage der Abkehr vom Dreibunde in seiner bisherigen Gestalt ist niemals ernstlich erwogen worden, wenn auch der Kaiser aus den innerösterreichischen Schwierigkeiten heraus die schwerste Sorge für den Weiterbestand des Dreibundes heraufdämmern sah und zeitweise ernstlich erwog, „eine feste Brücke zu Rußland bereitzustellen." Erschwerend wirkte auch, daß Kaiser Franz Joseph mit zunehmenden Jahren immer weniger 3472
geneigt schien, feste Entschlüsse zu fassen und durchzuführen.

Am 15. März 1898 wurden die für die Deutschen so ungünstigen Sprachenverordnungen außer Kraft gesetzt. Die neuen Erlasse, die an ihre Stelle traten, befriedigten das Deutschtum aber ebenso wenig, und der Kampf in den Parlamenten ging in unverminderter Heftigkeit weiter. Entscheidende Änderungen wurden nicht getroffen. Von dem 3473
Ministerpräsidenten Grafen Thun hatte man die Ansicht, daß er zunächst nur die Absicht habe, „möglichst ohne Krach" über das Jubiläumsjahr hinauszulavieren und dann zu sehen, was sich weiter machen lasse. Vor dem 2. Dezember 1898, an dem sich der Regierungsantritt des Kaisers Franz Joseph zum 50. Male jährte, war also ein entscheidender Wandel nicht zu erwarten.

Eine erhebliche Verstimmung zwischen Deutschland und Öster- 3474, 3475
reich ergab sich im Anschluß an die Ausweisung einiger österreichischer Polen aus Preußisch-Schlesien, besonders als der österreichische Ministerpräsident Graf Thun bei Beantwortung einer Interpellation über die neuerdings seitens der preußischen Regierung schärfer gehandhabte Ausweisung österreichischer Untertanen slawischer und polnischer Abkunft am 29. November die Hoffnung aus- 3476
sprach, „daß das nunmehrige Verhalten der preußischen Behörden bei der Ausweisung österreichischer Untertanen mit jenen Rücksichten werde in Einklang gebracht werden, welche wir für unsere Staats-

angehörigen beanspruchen können." Graf Thun hatte seine Rede mit den drohenden Worten geschlossen, daß er für den Fall nicht genügender Rücksicht seitens Preußens im vollen Einvernehmen mit der gemeinsamen Regierung „nicht zögern werde, die Rechte der österreichischen Untertanen mit allem Nachdrucke zu wahren, eventuell dem Grundsatze der Reziprozität entsprechende Maßregeln in Anwendung zu bringen."

Botschafter Graf Eulenburg erhob sofort beim Grafen Golu-
3477 chowski Einspruch wegen dieser Worte, die in Deutschland tiefste Mißstimmung erregten. Ton und Inhalt dieser Rede, so äußerte der Vorsitzende des bayerischen Staatsministeriums, Freiherr v. Crailsheim, zu dem preußischen Gesandten in München, Grafen Monts, seien höchst befremdend: eine derartige Sprache sei doch wohl kaum einem befreundeten, geschweige denn einem eng verbündeten Reiche gegenüber zulässig.

In Berlin entschloß man sich zu energischen Schritten. Am
3478 5. Dezember übersandte der Staatssekretär B. v. Bülow dem Kaiser
3479 einen an den Botschafter Grafen zu Eulenburg gerichteten Erlaß, in dem ausgesprochen wurde, der Geist der Rede des Grafen Thun lasse es zweifelhaft erscheinen, ob die unter solchen Umständen erfolgende Fortsetzung des deutsch-österreichischen Bündnisses mehr als eine Form bedeuten würde. „Das deutsche Volk hat sich daran gewöhnt, mit diesem Bündnis wie einem effekten Bestandteil des nationalen Inventariums zu rechnen. Die deutsche Regierung würde daher genötigt sein, über die Erwägungen, welche eine Änderung dieses Zustandes herbeizuführen geeignet sind, öffentliche Aufklärung zu geben, sobald wir mit der Tatsache zu rechnen haben, daß das Drohprogramm des österreichischen Ministerpräsidenten ausdrücklich oder stillschweigend als politische Norm akzeptiert wird." Der Kaiser willigte rückhaltlos in die Absendung dieses Erlasses.

Der durchaus bundestreue Graf Goluchowski nahm den peinlichen Erlaß mit großem Ernst auf und erklärte sofort, von einer Drohung des Grafen Thun dürfe keine Rede sein. Offensichtlich
3480 unterschätzte Graf Goluchowski die deutsche Bewegung, und Graf Eulenburg gewann den Eindruck, daß die Österreicher bei ihrer Politik verharren würden.

Nunmehr schienen wirkungsvollere Schritte angezeigt. Auf einen
3481 Vorschlag des Staatssekretärs v. Bülow, Kaiser Wilhelm möge sich selbst mit einem direkten Auftrage an Kaiser Franz Joseph wenden, sandte der Kaiser am 12. Dezember 1898 einen Brief an Kaiser Franz
3482, 3484 Joseph, in dem er die „für unser Bündnis gefährlichen Folgen" der Drohungen des Grafen Thun hervorhob. „Mein Vertrauen zu dem Bestand unseres Bündnisses, so weit dasselbe auf unseren beiderseitigen persönlichen Gesinnungen und denen unserer Armeen beruht, ist zu fest gewurzelt, als daß ich an eine Gefährdung desselben

lediglich durch unbedachte Äußerungen eines Ministers glauben könnte. Ich kann mich aber der Besorgnis nicht verschließen, daß Äußerungen dieser Art, wenn sie unwidersprochen bleiben oder gar wiederholt werden, geeignet sind, unsere Völker irrezuführen und den Mut der Feinde des Dreibundes und des Friedens zu erhöhen."

In Wien vertrat man trotzdem noch weiter den Standpunkt, die 3483
Wichtigkeit des Falles sei von Anfang an überschätzt worden. In 3485
diesem Sinne äußerte sich das „Fremdenblatt" in Wien am 13. Dezember 1898.

Einen wesentlichen Schritt zur Entspannung bildete die große Reichstagsrede des Staatssekretärs B. v. Bülow vom 12. Dezember 1898. Hierin wies er die Befürchtung zurück, daß durch diese Ausweisungen Deutschlands Beziehungen zu anderen Staaten getrübt werden könnten. Sie seien ein Ausfluß der Souveränität, die wir von keinem Staate antasten ließen. Die internationalen Beziehungen würden dadurch nicht beeinflußt. „Der Dreibund ist nicht erschüttert worden; er gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die Bäume mit jedem Jahre höher wachsen, was aber nicht hindert, daß im Falle des Krieges, den ich in diesem Augenblick nicht voraussehe und nicht wünsche, die Festung in kürzester Zeit sturmfrei gemacht werden kann."

Kaiser Franz Joseph erblickte in dieser Rede den endgültigen Abschluß der verdrießlichen Angelegenheit. Sehr deutlich betonte er 3486
dem Botschafter Grafen zu Eulenburg gegenüber seinen Wunsch, daß der Zwischenfall als beendet angesehen werden möge. Dieser Meinung waren aber die Berliner Staatsmänner keineswegs, wie aus den an den Generalkonsul in Budapest, Prinzen Hans von Hohenlohe- 3490
Oehringen, gerichteten Weisungen vom 10. Dezember und seinen Telegrammen vom 22. und 24. Dezember 1898 hervorgeht. Aus der 3492, 3493
Rücksichtnahme auf den Kaiser von Österreich ergab sich die auf Kaiser Wilhelm II. zurückzuführende Unterlassung einer Veröffent- 3487
lichung der Vorgänge in deutschen Zeitungen. Ein herzlich gehaltener Brief des Kaisers Franz Joseph vom 17. Dezember 1898 sprach dann 3489
aus, daß das stets erfolgreiche persönliche Eingreifen Kaiser Wilhelms II. auch diesmal die Ursachen des so bedauerlichen jüngsten Mißverständnisses beseitigen werde, „wie ich meinerseits stets darauf bedacht bin, daß meine Regierung in der Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Deinem Reiche das rücksichtsvollste Entgegenkommen beobachte." Kein Schatten dürfe auf das den beiden Monarchen so wertvolle persönliche und politische Verhältnis fallen.

Kaiser Wilhelm II. freute sich zwar über den warmen und freundschaftlichen Ton des Schreibens, fand aber die Verurteilung des Ver- 3491
haltens des Grafen Thun nicht scharf genug. Dem Botschafter v. Szögyényi, der das Antwortschreiben des Kaisers Franz Joseph am 20. Dezember überreichte, sagte der Kaiser, daß er aus Paris die

Nachricht erhalten habe, der frühere Vizepräsident des österreichischen
3488 Abgeordnetenhauses Kramár wolle in nächster Zeit einen Artikel in der „Revue de Paris" erscheinen lassen, um unter Hinweis auf das „angekränkelte" Bündnis mit Deutschland ein österreichisch-russisch-französisches Bündnis zu empfehlen. Diese Nachricht sei im hohen Grade charakteristisch für die deutsch-feindliche Gruppe und deren Anhang, sowie für die Lage der Dinge in Wien.

3499 Am 1. Februar 1899 berichtete Graf Münster aus Paris, daß ein Aufsatz des Tschechen Kramár über „Die Zukunft Österreichs" in der „Revue de Paris" erschienen sei. Er verlangte zur Erhaltung Österreichs, die eine geschichtliche Notwendigkeit sei, den Bruch mit dem zentralistischen System und für die auswärtige Politik einen engen Anschluß an Rußland, „da der Dreibund, einem ausgespielten Luxusklavier vergleichbar, seinen Wert eingebüßt habe. Für Rußland sei, außer England, Deutschland der einzige Rivale. Österreich aber müsse den Augenblick fürchtend voraussehen, wo die bisher loyale deutsche Politik nicht länger dem Druck der öffentlichen Meinung würde widerstehen können." Dieser Artikel wirkte in Berlin um so tiefer, als man dort auf eine Meldung des Grafen zu Eulenburg angenommen hatte, daß der Aufsatz anscheinend auf einen Wink der österreichischen Regierung in letzter Stunde zurückgezogen worden sei. Der Kaiser sah in dem Erscheinen des Aufsatzes, wenn auch in der etwas abgemilderten vorliegenden Form, „geradezu eine Provokation". „Quem Deus perdere vult, eum prius dementat," fügte der Kaiser dem
3500 Berichte über die Pariser Veröffentlichung hinzu. In Wien suchte man
3501 weiteren Erörterungen des Vorfalles schweigend aus dem Wege zu gehen.

Die innere Schwäche des Dreibundes zeigte sich immer deutlicher. In Österreich setzten die Tschechen große Hoffnungen auf ein rus-
3502 sisch-österreichisches Bündnis, das dazu berufen wäre, den morschen Dreibund zu ersetzen. Den Kaiser Franz Joseph verletzte die durch
3503 den Aufsatz in der „Revue de Paris" vor das Forum der europäischen Öffentlichkeit gebrachte tschechische Veröffentlichung tief, während
3504 österreichische Politiker sich dahin äußerten, man möge dem „abgegebenen Schuß eines unruhigen Geistes", womit Kramár gemeint war, keine zu große Bedeutung beimessen.

Wir sind mit der Besprechung des Aufsatzes in der „Revue de Paris" und seiner Wirkung in Österreich und Deutschland der Entwicklung vorausgeeilt und müssen nochmals bis zum Dezember 1898 zurückgehen.

3494 Am 25. Dezember hatten die „Wiener Abendpost" und das „Fremdenblatt" amtlich beeinflußte Artikel gebracht, durch die eine völlige Beruhigung und Klärung zwischen Deutschland und Österreich herbeigeführt werden sollte. Staatssekretär B. v. Bülow ver-

ständigte daraufhin den Generalkonsul in Budapest und den Bot- 3495, 3496
schafter in Wien, daß der Zwischenfall nunmehr als formell erledigt angesehen werden sollte. In diesem Sinne äußerte sich auch am 11. Januar 1899 Kaiser Franz Joseph unter starker Hervorhebung der 3497
Unwandelbarkeit, der Treue und Zuverlässigkeit Österreichs in bezug auf das Bündnis mit Deutschland.

Als durch die erwähnte Veröffentlichung in der „Revue de Paris“ die gegenseitigen Beziehungen aufs neue eine Belastung erhalten 3505
hatten, gab offenbar der Kaiser Franz Joseph dem Ministerium Thun eine neue und noch deutschfreundlichere Marschanweisung. Deutscherseits lag daher kein Interesse mehr vor, einen Wechsel der österreichischen Staatsmänner zu wünschen.

Die innere Gegensätzlichkeit der beiden Dreibundmächte wurde noch im Frühjahr 1899 aufs neue anläßlich der evangelischen „Los-von-Rom-Bewegung“ deutlich sichtbar, da evangelische Kreise Deutschlands offen dafür Partei nahmen. In Wien beklagte man sich 3506
bitter darüber, daß ein Aufruf zur Förderung der evangelischen Bestrebungen Österreichs auch von dem preußischen Generalsuperintendenten und Probst von Berlin Faber unterzeichnet worden war. Die deutsche Regierung hielt sich zurück, bezeichnete aber, entsprechend 3507
der Auffassung des Botschafters Grafen zu Eulenburg, die religiöse Bewegung als eine Folge der unhaltbaren und schwierigen Parteiverhältnisse in Österreich; sie sei in erster Linie eine politische, gegen das System des Grafen Thun gerichtete. Eine öffentliche tadelnde 3508
Erklärung wegen der Haltung des Generalsuperintendenten Faber lehnte sie daher ab.

Die Stellung des Grafen Thun wurde dadurch nicht unwesentlich 3509
erschwert. Als im Mai 1899 der präsumptive österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand zum Zeichen der Wiederannäherung Österreichs an Deutschland Berlin besuchte, deutete er denn auch dem zu ihm nach Berlin berufenen Fürstbischof von Breslau, Kardinal 3510
Kopp, gegenüber an, die gegenwärtige Krisis würde erst mit der Entlassung des Grafen Thun endigen. Vorläufig wurde in Österreich notdürftig absolutistisch weiterregiert. Der über seine Berliner Eindrücke 3511
sehr erfreute Erzherzog vertrat aber nach seiner Rückkehr den Standpunkt, den Deutschen sei Unrecht geschehen, und ereiferte sich 3512
gegen die Tschechen und Magyaren.

Mit Besorgnis verfolgte die deutsche Botschaft in Wien damals die zunehmende Abhängigkeit des alternden Monarchen von den Jesuiten. „Die österreichische Staatsidee“, berichtete am 17. Juni 1899 3512
Prinz v. Lichnowsky an den Staatssekretär v. Bülow, „hat sich in den Klerikalismus geflüchtet; in ihr erblickt die Dynastie ihren mächtigsten Stützpunkt, im Slawentum aber einen unentbehrlichen Wall gegen den Pangermanismus . . . Es ist der allgemeine Zersetzungsprozeß, die

Agonie des Staatswesens. Die für 1903 zu gewärtigende wirtschaftliche Lostrennung Ungarns wird ein weiterer Schritt sein."

Auch Graf zu Eulenburg erkannte an, daß die Wendung des
3513 Kaisers zum Deutschtum zweifelsohne einen allgemeinen slawischen Widerspruch hervorbringe, der sein Echo an der Newa finden werde. So werde der auswärtige Kurs von der inneren Politik bis zu einem gewissen Grade beeinflußt bleiben, „bis die Regierung des Kaisers nicht mehr imstande und in der Laune sein wird, dem slawischen Druck der Gesamtmonarchie zu widerstehen".

Kapitel 88

Deutschlands und Österreichs Verhältnis zu Rußland 1898—1899

War es für Deutschland wirklich möglich, beizeiten eine feste Brücke nach Rußland bereitzustellen, wie Kaiser Wilhelm II. im
3471 Anschluß an den Bericht des Botschafters Grafen zu Eulenburg vom 1. März 1898 gemeint hatte? Oder war es geboten, nach Möglichkeiten auszuspähen, um mit den angelsächsischen Mächten zu einer Bindung zu gelangen?

Material für die Beantwortung dieser Frage bietet uns das 88. Kapitel mit seinen Dokumenten über Deutschlands und Österreichs Verhältnis zu Rußland in den Jahren 1898 und 1899. Sie zeigen uns, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Zaren im Jahre 1898 noch sehr herzliche waren, wie es sich aus dem umfangreichen Telegrammwechsel der Monarchen ergibt, daß aber 1899 eine Abkühlung eintrat. Sie zeigen uns ferner mit großer Deutlichkeit den inneren Gegensatz Österreichs und Rußlands besonders im Orient, und vor allem die Unzuverlässigkeit der russischen Politik gegenüber Deutschland.

3514 Die Sammlung der Dokumente beginnt mit dem am 1. Januar 1898 gesandten Glückwunschtelegramm des Zaren an den Kaiser[1])
3515 und eines weiteren vom 13. Januar als Antwort auf die Neujahrsbegrüßung des Kaisers[2]), die ziemlich farblos gehalten sind. Dann aber beginnt ein ziemlich unerfreulicher — meist telegraphischer — Notenwechsel mit deutschen Beschwerden wegen der Haltung der
3516—3519 russischen Presse. Graf Murawiew verschanzte sich immer wieder dahinter, daß es der russischen Regierung an gesetzlichen Mitteln fehle, um gegen die Presse vorzugehen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 258.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 258/259.

Ein freundlicherer Ton belebt das Bild mit dem Glückwunschtelegramm des Zaren vom 16. Juni 1898 an Kaiser Wilhelm II. anläßlich seines zehnjährigen Regierungsjubiläums. Der Kaiser dankte sogleich telegraphisch [1]) und hob in seiner Antwort hervor, die größte 3520
Gnade des Allmächtigen während der verflossenen zehn Jahre sei gewesen, daß er in dem Zaren einen Monarchen mit denselben Idealen und Grundsätzen gefunden habe, und der zugleich sein geliebter Freund sei. „Wenn unsere beiden Länder Seite an Seite stehen, wer wird den Weltfrieden zu brechen wagen?"

Politische Verstimmungen zwischen den beiden Mächten blieben 3521
aber weiterhin nicht aus. Mit Schärfe beschwerte sich im Juli der russische Finanzminister v. Witte über Schwierigkeiten, die die preußische Regierung, gedrängt von den preußischen Agrariern, Rußland auf dem Gebiete der Gänse- und Schweineausfuhr bereite. Wenn fortwährend Reibungen auf handelspolitischem Boden zwischen beiden Reichen entständen, dann müßten diese schließlich einen ernsteren, gefährlichen Rückschlag auf die politischen Beziehungen der beiden Reiche haben. — Kaiser Wilhelm II. erkannte die Berechtigung 3523
dieser Klage an und ließ für Abhilfe sorgen. „Man sieht daraus," schrieb er auf die Meldung des Fürsten Radolin von dem günstigen Eindruck der getroffenen Maßnahmen, „wie unglaublich kurzsichtig und töricht es ist, auf dem agrarischen Gebiet aus Konnivenz gegen den Spektakel der östlichen Agrarier Maßregeln zu treffen, welche umgehend eine Spannung zwischen Rußland und uns herbeiführen! So etwas darf in Zukunft nicht wieder vorkommen."

In Petersburg hatte Fürst Radolin am 1. August 1898 die Gelegenheit einer Audienz beim Kaiser Nikolaus II. benutzt, um mit 3522
großer Entschiedenheit nochmals die deutschen Klagen wegen der Haltung der russischen Presse vorzubringen. Der Zar versprach Ab- 3524
hilfe, ohne daß eine Besserung der Verhältnisse festzustellen gewesen wäre. Fürst Radolin ergriff daher die Gelegenheit einer Audienz 3525
am 25. August, in der er dem Zaren verschiedene wichtige Mitteilungen zu machen hatte, um seine Klagen zu erneuern.

Am 24. August hatte Graf Murawiew allen in Petersburg beglaubigten Botschaftern und Gesandten das Friedensmanifest übergeben, das den Zusammentritt einer allgemeinen Abrüstungskonferenz vorschlug. In Berlin rechnete man damit, daß Graf Murawiew, von Frankreich gedrängt, und um ein Scheitern des Kongreßgedankens an französischer Ablehnung zu hindern, sich nunmehr Deutschland als ehrlicher Makler anbieten würde, um eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu versuchen. Fürst Radolin wurde daher angewiesen, dem Grafen Murawiew offen zu 3526
verstehen zu geben, daß Regierung und Volk in Deutschland davon

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 259.

überzeugt seien, eine Annäherung an Frankreich nur durch Aufopferung dessen, was die Väter des heutigen Geschlechts in heldenmütigem Kampfe zurückerobert hätten, erkaufen zu können. Man rechne darauf, daß Rußland nicht die Interessen Deutschlands denen Frankreichs zu opfern gedenke und müsse in diesem Falle die Konsequenzen ziehen.

Vielleicht war es mit eine Folge dieser Vorstellungen, daß der Zar im Oktober während seines Aufenthaltes in Schloß Bernstorff, wo er zur Beisetzung der verstorbenen Königin Luise von Dänemark weilte, den französischen Gesandten in Kopenhagen und den zur
3527 Beisetzung der Königin als Vertreter entsandten französischen Admiral Gervais nicht empfing und aus diesem Grunde auch den deutschen Gesandten v. Kiderlen, der ihm im Auftrage des Kaisers ein Werk über die gegenwärtigen Heere und Flotten Europas überreichen sollte, nicht persönlich sprechen konnte.

Im Oktober 1898 weilte Graf Murawiew längere Zeit in Paris, wo er sich um die Beilegung des Faschoda-Konfliktes bemühte, und hielt sich auf der Rückreise kurze Zeit in Wien auf, wo sein Besuch
3528 einen sehr günstigen Eindruck machte. Man wollte darin den erneuerten Ausdruck der zwischen Österreich-Ungarn und Rußland glücklich wiederhergestellten freundschaftlichen Beziehungen erkennen.

Während seiner Orientreise hatte Kaiser Wilhelm II. am 20. Oktober und 9. November 1898[1]) zwei Briefe an den Zaren geschrieben und in ihnen auf die schwebenden politischen Fragen Bezug genommen[2]). Kaiser Nikolaus antwortete aus Livadia am
3529 14. Dezember mit einem längeren Schreiben, dessen deutscher Wortlaut auf Seite 259 enthalten ist.

Von großem Wert für die Beurteilung der persönlichen Haltung Kaiser Wilhelms II. zu den damaligen Problemen der Weltpolitik
3530 sind die beiden am 20. Dezember 1898 und am 2. April 1899 erstatteten Berichte des Botschafters Fürsten Radolin über Gespräche mit dem Finanzminister v. Witte. Der Kaiser hat seine Ansichten in Form ausführlicher Rand- und Schlußbemerkungen hier deutlich klargelegt. Dem Gedanken Wittes, ein enges Zusammengehen von Rußland, Deutschland und Frankreich werde den Frieden in Europa sichern, stellte er — allerdings nur in fragender Form — das Zusammengehen von England, Deutschland, Amerika und Japan entgegen. Rußland und Deutschland vereint, so meinte Witte in seiner
3537 Unterredung am 2. April 1898, hätten den Weltfrieden in der Hand. Wenn England sich erst von dieser Übermacht überzeugt hätte, würde es sich bescheiden müssen. Dann wäre aber auch ein sehr gutes

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 177 ff.
[2]) Text der beiden Briefe siehe W. Goetz, Kaiser Wilhelms II. Briefe an den Zaren, 1894—1914, S. 313 ff.

Verhältnis auf kommerziellem Gebiete mit dem Inselreiche zum allgemeinen Segen zu erreichen. Hierzu vermerkte der Monarch: „Ich bin ja so oft schon dazu bereit gewesen, aber es hat stets an ernstem Willen und zielbewußtem Vorgehen in Rußland im letzten Augenblick gefehlt."

Ein näheres Zusammengehen Österreichs mit Rußland, was gelegentlich in Wien erörtert wurde, wurde von allen einsichtigen Beurteilern als unmöglich angesehen. Dafür fehlte es an der notwendigen Interessengemeinschaft. Gelegentliche Liebenswürdigkeiten von der einen und von der anderen Seite konnten nie über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Interessen beider Reiche auf der Balkanhalbinsel und in der Polenfrage diametral entgegengesetzt waren. In diesem Sinne äußerte sich der österreichische Botschafter in Petersburg, 3531
Prinz Lichtenstein.

Das Ende des Jahres 1898 wurde durch eine neue Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland infolge einer wohl zu scharfen Anwendung der deutschen Bestimmungen über die russischen Saison- 3533
arbeiter bezeichnet. Deutschland lenkte in der Sache ein, wendete sich 3534
aber auf das schärfste gegen die in der russischen Presse erfolgten Drohungen von Gegenmaßregeln. Auch Graf Murawiew lenkte ein, da er alle Schärfen in den deutsch-russischen Beziehungen beseitigt 3535
zu sehen wünschte. Er versprach jetzt auch, gesetzgeberische Maßnahmen zu fördern, die eine bessere Überwachung der Presse ermög- 3536
lichen würden.

Über die österreichisch-russischen Beziehungen zu dieser Zeit äußerte sich im April 1899 in Petersburg der dort zu Besuch weilende russische Botschaftsrat bei der Wiener Botschaft, Baron Budberg. 3538
Dieser beklagte sich lebhaft darüber, wie schwer es sei, mit dem russischen Ministerium, besonders mit dem Grafen Murawiew, zu arbeiten und ihm die Lage der Dinge in Österreich klarzumachen. Aus seinen Äußerungen ergab sich, daß man in Petersburg von jeder vertrauensvolleren Stimmung Wien gegenüber weit entfernt war, daß aber die russische Botschaft in Wien gern ein intimeres Verhältnis zwischen Rußland und Österreich hergestellt hätte.

Die persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Zaren erhielten durch ein Gespräch des russischen Gesandten in Stuttgart, Fürsten Kantakuzen, mit dem dortigen preußischen Gesandten, v. Derenthall, eine eigenartige Beleuchtung. Der von Deren- 3539
thall daraufhin am 21. Juni 1899 an den Fürsten Hohenlohe erstattete Bericht erhält dadurch ein besonderes Interesse, daß Kaiser Wilhelm ausführlich dazu Stellung genommen hat. Er wisse nicht, meinte der Fürst, welche Sympathien oder Antipathien bei Kaiser Wilhelm beständen. Bei Kaiser Nikolaus aber habe sich seinem hohen Verwandten gegenüber seit längerer Zeit und in fast ununterbrochener Folge eine kleine Verstimmung an die andere gereiht. Hervorgerufen würden die-

selben bald durch Deutschlands politisches Verhalten, bald durch Äußerungen des Kaisers, offizielle wie zugetragene private, die in Petersburg durch Zwischenträger in unfreundlichem Lichte dargestellt würden und um so nachhaltiger wirkten, als Kaiser Nikolaus eine verschlossene Natur sei, die sich nicht auszusprechen pflege. Ein gewisses Rivalitätsgefühl könnte dabei eine Rolle spielen, eine Bemerkung, die Kaiser Wilhelm als richtig bestätigte.

Wichtiger noch waren die Bemerkungen über den Verfall Österreichs, der nach Ansicht des Fürsten Kantakuzen, gleichviel ob von Deutschland gewollt oder ungewollt, die Angliederung der österreichischen Kronländer an das Deutsche Reich zur Folge haben müßte. „Der Himmel bewahre uns davor!" vermerkte der Kaiser hierzu. Eine Machtverschiebung von solchem Umfange könne Rußland nicht gleichgültig lassen, meinte der Russe, denn die Bevölkerung der fraglichen Länder sei nicht ausschließlich deutsch, sondern zum Teil slawisch; die Unterstellung slawischer Elemente unter deutsche Herrschaft aber sei mit dem russischen Nationalgefühl durchaus unvereinbar. Der Fortbestand Österreichs sei aus diesen und anderen Gründen für Rußland eine Art von Notwendigkeit („für uns noch viel mehr," notierte Kaiser Wilhelm). Der Gesandte v. Derenthall hatte dem Fürsten Kantakuzen erwidert, Österreich habe schon viele schwere Krisen überstanden und werde hoffentlich auch die jetzige überstehen; jedenfalls könne der Wunsch, daß ihm dies gelingen möge, nirgends aufrichtiger als in Deutschland empfunden werden. Den besorgten Bemerkungen des Fürsten Kantakuzen über deutsche Ausdehnungsgelüste in Kleinasien begegnete Derenthall mit dem Hinweise, daß wir dort nichts anderes erstrebten als eine Erweiterung des Absatzgebietes für unsere Industrie. Gerade Rußland könnte daran doch wohl wenig Anstand nehmen. Oder ob es sich im Süden des Bosporus vergrößern wolle? Fürst Kantakuzen antwortete darauf: „Und wenn auch! Die Expansionswut hat unglücklicherweise von uns Besitz ergriffen, und sie ist sogar fast schon krankhaft."

Wie sehr sich die persönliche Rücksichtnahme des Zaren auf den deutschen Kaiser damals vermindert hatte, geht am deutlichsten daraus hervor, daß der Zar wiederholt in Deutschland weilte, ohne das deutsche Kaiserpaar in Berlin oder Potsdam zu besuchen. Diesen Zustand empfanden die Leiter der deutschen Politik nachgerade als
3540—3544 unerträglich. Die Dokumente Nr. 3540—3544 zeigen, welcher scharfen deutschen Druckmittel es im Herbst 1899 bedurft hat, um das russische Kaiserpaar dazu zu veranlassen, anschließend an seinen Darmstädter Aufenthalt das deutsche Kaiserpaar am 8. November für einige Stunden in Wildpark zu besuchen. Aus diesen Vorgängen wird es deutlich, daß es der deutschen, Rußland gegenüber geübten Persönlichkeitspolitik niemals gelungen ist, die Wirkungen der französisch-russischen,

auf tatsächlichen Abmachungen beruhenden Bindung ganz zu überwinden. Unter diesen Verhältnissen wäre es für die deutsche Politik angezeigt gewesen, „den Umschlag nach der angelsächsischen Gruppe hin nicht nur in der Volksstimmung, sondern auch in der deutschen Politik," von dem Bülow in seinem Telegramm vom 30. August 1898 gesprochen hatte (vgl. oben Nr. 3526), tatsächlich zu vollziehen.

Auch in Wien schwankte man dauernd hin und her, „bald von 3545
der slawischen zur deutschen, bald von der deutschen zur slawischen Richtung, je nach der Stärke der augenblicklichen Strömungen". Des aktiven Auftretens auf internationalem Gebiete enthielt Österreich sich unter dem Grafen Goluchowski eigentlich vollkommen, da es der 3546
Wunsch des alternden Kaisers war, vor allem Ruhe zu haben und von Belästigungen und Sorgen möglichst unbehelligt zu bleiben. Auch auf dem Balkan verzichtete Goluchowski damals auf jede aktive Politik und ließ die Bulgaren wissen, er erstrebe nur die autonome, selbständige Entwicklung der Balkanstaaten und wünsche für Österreich-Ungarn lediglich dieselbe Stellung auf dem Balkan wie für jede andere Großmacht. Kaiser Wilhelm II. begründete die Enthaltung Österreichs von jeder internationalen Politik mit seinem Mangel einer Flotte. „Hat ja auch keine Flotte! Wie soll es denn da auftreten?" schrieb er an den Rand eines Berichtes des Prinzen von Lichnowsky 3546
vom 2. November 1899.

Die Dokumente Nr. 3547—3549 unterrichten uns genau über den Verlauf des Zarenbesuches am 8. November 1899 und über die politischen Besprechungen, die Kaiser Nikolaus sowohl wie Graf Murawiew mit dem Staatssekretär Grafen v. Bülow hatten. Über die deutsche Flottenvorlage sprach der Zar sich mit dem Wunsche sehr 3547
anerkennend aus, daß Deutschland sich nur zur See recht stark machen möge. Solange die englische Flotte den Flotten der übrigen Länder so sehr überlegen wäre wie gegenwärtig, sei es schwer, England entgegenzutreten; je stärker die Kontinentalstaaten zu Wasser würden, um so besser sei es für sie alle.

Auch über die deutsch-russischen Beziehungen sprach der Zar. „Es gäbe keinen Punkt, wo Deutschland und Rußland entgegen- 3547
gesetzte Interessen hätten. Beide Länder könnten überall in Freundschaft und für den Frieden zusammenwirken. Nur einen Punkt gebe es," fügte Kaiser Nikolaus hinzu, „wo wir die russische Tradition berücksichtigen und schonen müßten, nämlich im Orient. Wir dürften nicht den Anschein erwecken, als ob wir Rußland politisch oder wirtschaftlich aus dem Orient verdrängen wollten, mit dem es seit Jahrhunderten durch zahlreiche Bande nationaler und religiöser Natur verknüpft wäre." In dieser Beziehung könne er, der Zar, sich nicht in Widerspruch mit den Überlieferungen und Hoffnungen seines Volkes setzen. — Graf Murawiew betonte, Rußland wünsche trotz 3548
seiner „entente assez intime" mit Frankreich die Aufrechterhaltung

bester Beziehungen zu Deutschland. Bei deutscherseits beabsichtigten Bahnbauten im Orient empfehle sich vielleicht eine vorherige Verständigung mit Rußland, wie Murawiew überhaupt den Eindruck vermieden sehen wollte, als ob Deutschland die Türkei gegen Rußland mobilisieren und Rußland sogar in Armenien Schwierigkeiten bereiten wolle. Rußland mißgönne Deutschland nicht seine Stellung in der Türkei, aber es wünsche dort auch einen gewissen Einfluß zu behalten.

Den deutschen Botschaften und Gesandtschaften kennzeichnete
3549 Graf Bülow in einem Runderlaß das Ergebnis des Kaiserbesuches in Wildpark als erfreulich. Gegenwärtig herrsche in allen wesentlichen politischen Fragen zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg volle Übereinstimmung. Im Hinblick auf die Verschiedenheit der Grundlagen, auf denen einerseits die russisch-französische Entente, andererseits der Dreibund und die deutsch-englischen Beziehungen beruhten, bilde eine solche Gruppierung der Mächte kein Hindernis für die fortgesetzte Pflege der freundschaftlichsten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland.

Zwei Schriftstücke, die in die Dunkelkammer politischer Intrige hineinführen, schließen das 88. Kapitel. Wie oben erwähnt, hatte Graf Murawiew längere Zeit, nämlich vom 6. bis 28. Oktober 1899, in Paris geweilt, sich dann beim Zaren in Darmstadt gemeldet und ihn auf der Fahrt nach Potsdam begleitet. Nun meldete anfangs
3550 Dezember Fürst Münster aus Paris, daß Graf Murawiew sich im Kreise von Franzosen sehr unvorsichtig geäußert haben solle und von dem notwendigen Rückerwerb Lothringens mit Metz, der Auflösung der Donaumonarchie und anderen Dingen gesprochen habe. Graf
3551 Bülow ließ dem Grafen Murawiew diese Behauptungen vertraulich mitteilen, dem es ein leichtes war, die Unhaltbarkeit dieses Klatsches darzutun.

Kapitel 89

Das Deutsch-Französische Verhältnis 1898—1899

Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland in den Jahren 1898 und 1899 konnten trotz aller Bemühungen des deutschen Kaisers, wie die Dokumente des 89. Kapitels erweisen, immer nur fragwürdige
3552 bleiben. Am 31. Dezember 1897 berichtete Graf Münster noch, die Chauvinisten hätten noch zuviel Einfluß in der Presse, und das Rachegeschrei für Elsaß-Lothringen sei „noch nicht so weit verstummt, um der Regierung freie Hand zu lassen."

Kaiser Wilhelm II. hielt an seinem Wunsche einer Verständigung mit Frankreich fest und nahm jeden Anlaß wahr, den Franzosen Auf-

merksamkeiten zu erweisen. So ließ er z. B. der französischen Re- 3553
gierung für die freundliche Aufnahme des „Seeadler“ in den madagaskischen Häfen im Juni 1898 ausdrücklich danken.

Am 30. Juni 1898 berichtete Münster ausführlich über einen der in Frankreich häufigen Ministerwechsel und kennzeichnete den neuen Minister des Auswärtigen Delcassé mit mißtrauischen Worten. Er habe von vornherein für die russische Allianz zu wirken versucht, und sein Traum solle eine „russisch-slawisch-österreichische Allianz“ sein. Zu der Kennzeichnung Münsters, daß Delcassé ein für uns und England unangenehmer Kolonialminister gewesen sei, vermerkte Kaiser Wilhelm II.: „Um so besser! Desto eher wird England sich mit uns ohne Frankreich zu verständigen bestrebt sein, als bisher, hinter unserem Rücken mit Frankreich!“ Seit dem Mißerfolge Frankreichs in der 3555
Faschoda-Angelegenheit sprach man in Paris viel von einer bevorstehenden Annäherung Frankreichs an Deutschland.

Mit dem Ende des Jahrhunderts änderte sich, wie Graf Münster am 24. November 1898 berichtete, die Weltlage so rasch, daß es 3556
schwer wurde, die Folgen dieses Umschwunges zu ermessen. „Vom allgemeinen Weltfrieden“, meinte Münster, „sind wir trotz der guten Absichten des jungen wohlmeinenden Kaisers von Rußland noch weit entfernt,“ und Kaiser Wilhelm II. fügte dieser Feststellung die Bemerkung hinzu, daß der Zar hierfür die Schuld tragen werde. Neigte auch die öffentliche Meinung Frankreichs unter dem Gefühl der Furcht vor England und eines gewissen Mißtrauens gegen Rußland zeitweise etwas mehr zu einer Annäherung an Deutschland hinüber, so blieb die auf einen Abbau des französischen Gegensatzes abzielende deutsche Politik doch immer, wie zahlreiche Anlässe erweisen, aufs ungewisse gestellt. Viel trug zur gelegentlichen Verbesserung der Beziehungen die Tatsache bei, daß der französische Botschafter Marquis de Noailles beim Kaiser in hohem persönlichen 3557
Ansehen stand.

Bezeichnend für die Beurteilung der damaligen deutsch-französischen Beziehungen ist ein ausführlicher Bericht des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ Arthur v. Huhn vom 5. De- 3558
zember 1898. Dieser knüpfte an die Vorgänge von 1896 an, über die im 70. Kapitel — Band XI der Akten — ausführliches Material mitgeteilt ist[1]). A. v. Huhn war im November 1898 wiederum in Paris gewesen und hatte die Besprechungen mit dem ehemals dänischen Legationsrat z. D. Hansen fortgesetzt, der eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gerade damals für möglich hielt. A. v. Huhn sprach auch mit Delcassé, und dieser bezeichnete die Annäherung an Deutschland als ein mit allen Mitteln anzustrebendes Ziel, das das Fortbestehen des bisherigen Verhältnisses zu Rußland

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 141/142.

nicht ausschließe. Die Revanche-Idee habe in den letzten Jahren sehr viel Anhänger verloren.

3559 Von Zeit zu Zeit suchte Graf Münster immer wieder für die Aufhebung der in den Reichslanden geltenden Paßvorschriften zu wirken, scheiterte aber noch an dem Widerspruche des Generalstabs-
3560 chefs. Ob es richtig beobachtet war, wenn Graf Münster am 18. Dezember 1898 berichtete, viele Franzosen träumten von einer „alliance
3561 avec l'Allemagne" ist wohl fraglich. Graf Münster erblickte hauptsächlich in dem französischen Gefühl der Isolierung, in seiner Furcht vor England und in seinem Mißtrauen gegen Rußland die Triebfeder zu der seiner Meinung nach gewollten „Annäherung an Deutschland".

3562 Im Februar 1899 wurde die vom Grafen Münster angeregte Aufhebung der in Elsaß-Lothringen noch bestehenden Paßvorschriften in Berlin ernstlich erörtert. Die kommandierenden Generale des XIV., XV. und XVI. Armeekorps und das preußische Kriegsministerium hatten sich gegen die Aufhebung des Paßzwanges ausgesprochen. Man faßte aber eine Beseitigung der doppelten Meldepflicht ins Auge.

Im Februar zeigten die deutschen Kriegsschiffe „Charlotte" und
3563 „Stosch" ihre Flagge in den Häfen von Oran und Algier, wo sie von
3565 den französischen Behörden zuvorkommend empfangen wurden. Der Kaiser begrüßte das mit großer Freude und wünschte, daraufhin einige französische Beamte mit Orden auszuzeichnen, falls dies in Paris angenehm empfunden werden würde. Graf Münster riet am 1. April 1899 von einer Ordensverleihung in größerem Maßstabe ab, worauf sie unterblieb. Einige Personen wurden indes dekoriert, und der deutsche Geschäftsträger in Paris erhielt den Auftrag, dem General-Gouverneur von Algerien und dem dort kommandierenden Admiral den Dank der deutschen Regierung durch Vermittlung der französischen Regierung aussprechen zu lassen.

3561 Anfangs Februar hatte der Präsident Felix Faure in einem Gespräche mit Graf Münster durchblicken lassen, daß es sein sehnlichster Wunsch sein würde, dem deutschen Kaiser zu begegnen. Der Staats-
3564 sekretär B. v. Bülow teilte daraufhin am 11. Februar 1899 dem Grafen Münster mit, daß eine deutsche Initiative in Rücksicht auf die unberechenbaren Strömungen der französischen Volksstimmung unmöglich sei, daß aber auch ohne deutsche Initiative eine solche Begegnung ins Auge gefaßt werden könnte.

Als im Frühjahr 1899 Prinz Heinrich von Preußen als Chef des dort stationierten deutschen Kreuzergeschwaders nach Ostasien fuhr, verfaßte der Staatssekretär B. v. Bülow eine ausführliche
3566 Aufzeichnung[1]), die dem Prinzen zur politischen Orientierung dienen

[1]) Vgl. Band 14, Nr. 3778 u. Wegweiser S. 143

sollte. Hierin hieß es über Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, daß der Ersatz des — am 16. Februar 1899 verstorbenen — Präsidenten Felix Faure, unter dem die napoleonische Propaganda zuletzt bedenkliche Fortschritte gemacht hatte, durch Herrn Loubet für Deutschland ein günstiges Moment sei, weil dadurch der Bestand der Republik befestigter erscheine. „Den französischen Annäherungsversuchen an uns stehen wir höflich, aber ohne Illusionen gegenüber, da wir in denselben zunächst nur das Bestreben erblicken können, Deutschlands Schwergewicht unter einstweiliger Offenhaltung der elsaß-lothringischen Frage zu benutzen zur Niederwerfung der Gegner Frankreichs auf kolonialem Felde, und zwar mit dem Hintergedanken, nach Lösung dieser Aufgabe, gestützt auf den dadurch erlangten Kraftzuwachs, zur endlichen Abrechnung mit uns wegen Elsaß-Lothringen zu schreiten. In den für die europäische Politik im Vordergrund stehenden großen Gegensätzen, die einmal zwischen England und Frankreich und sodann wiederum zwischen England und Rußland vorliegen, kann es für uns auch in Zukunft einstweilen nur richtig sein, eine abwartende Mittelstellung einzunehmen."

Bülows Erwartungen gegenüber Frankreich waren also durchaus skeptisch. Unter einer Voraussetzung war Bülow bereit, mit Rußland oder mit Rußland und Frankreich sofort jedes Abkommen und jede Allianz abzuschließen, nämlich wenn Rußland und Frankreich sich bereit erklärten „zu allseitiger Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes der drei Mächte". Der russische Botschafter Graf Osten-Sacken, mit dem Bülow diesen Gedanken im Mai 1899 besprach, erwiderte, daß dies für die Franzosen noch nicht möglich sei. Die französische Vernunft habe auf Elsaß-Lothringen verzichtet, das französische Gefühl aber erlaube noch nicht, daß dieser Verzicht formell ausgesprochen werde. Eine auf Deutschland und Rußland beschränkte Verständigung schien aber den russischen Staatsmännern unmöglich, da sie in der Hauptsache immer den Wunsch hegten, Deutschland gegen England vorzuschieben. Deutschland mußte also dauernd damit rechnen, daß Frankreich, der Bundesgenosse Rußlands, ihm feindlich gegenüberstehe, und daß es von seiner Politik der Leidenschaft nicht ablassen würde. Graf Murawiew mußte dem Fürsten Radolin bei einer Besprechung im Juni 1899 zugeben, daß die Stimmung in Frankreich gegen Deutschland tatsächlich jede ernste Annäherung unmöglich mache, meinte aber, daß die Gefahr einer aggressiven Politik Frankreichs gegen Deutschland ausgeschlossen sei. Dafür habe Rußland gesorgt und werde fernerhin dafür sorgen.

3567

3568

Trotz dieser Lage der Dinge blieb Kaiser Wilhelm II. unablässig bemüht, den Franzosen in ritterlicher Weise entgegenzukommen. So besuchte er während seiner Nordlandreise im Juli 1899 bei Bergen das französische Schulschiff „Iphigénie" und richtete daraufhin ein Begrüßungstelegramm an den französischen Präsidenten, lud auch

3569

67 Kadetten auf die „Hohenzollern“ ein. Als der deutsche Geschäfts-
3570 träger in Paris am 10. Juli 1899 meldete, der Kaiserliche Besuch an Bord der „Iphigénie“ und der anschließende Depeschenwechsel hätten in Paris keine gute Presse gehabt, vermerkte der Kaiser dazu, eine solche brauche er nicht; das schade auch nichts, gut Ding wolle Weile haben.

Im gleichen Sinne kam der Kaiser den Franzosen bei der Enthüllung eines Denkmals für das erste Garderegiment zu Fuß auf dem Schlachtfelde von St. Privat am 18. August 1899 entgegen. Schon
3571 während seiner Nordlandsreise hatte er den Entschluß gefaßt, nach der Feier in offizieller Form namens des Regiments und seiner gesamten Armee durch seinen Generaladjutanten, der von den Herren des Hauptquartiers begleitet sein sollte, einen Lorbeerkranz auf das bedeutendste in der Nähe befindliche französische Grabdenkmal irgendeines Regiments als Huldigung für die Tapferkeit des französischen Heeres niederlegen zu lassen. Botschafter Graf Münster
3572 wollte über diese Absicht mit General Gallifet sprechen. Kurz darauf veröffentlichte die „Nowoje Wremja“ einen auffallenden Artikel über „Das franko-russische Bündnis und Deutschland“, in dem ein Bündnis
3573 der drei Mächte für undenkbar erklärt wurde. Dieser Aufsatz gab
3576 zweifellos die Anschauungen des französischen Botschafters in Petersburg, Grafen Montebello, wieder.

Kaiser Wilhelm II. war inzwischen nach Deutschland zurück-
3574 gekehrt und drängte auf Feststellung des Programms für die St. Privat-
3575 Feier. Graf Münster berichtete aus Paris, General Gallifet bäte dringend darum, daß die Frankreich so sehr ehrende Demonstration in diesem Augenblick unterlassen werden möge, da die Gemüter durch den Dreyfus-Prozeß bis zum Wahnsinn erregt seien.

Zu der gleichen Zeit, wo hierüber verhandelt wurde, weilte der
3577 Minister Delcassé in Petersburg, wo es ihm gelang, eine ausdrückliche Erneuerung der Zweibund-Abmachungen von 1891 und 1892 mittelst eines Notenaustausches vom 9. August 1899 durch-
3578 zusetzen. Dabei wurde als Ziel des Zweibundes neben der Erhaltung des Weltfriedens ausdrücklich die Wahrung des europäischen Gleichgewichts bezeichnet und die Dauer der französisch-russischen Militärkonvention, die nach der bisherigen Bestimmung mit der Auflösung des Dreibundes ihr Ende finden sollte, mit der Dauer des Zweibundes gleichgesetzt. Die neuen, der deutschen Diplomatie unbekannt bleibenden Abmachungen richteten ihre Spitze deutlich gegen eine Vergrößerung Deutschlands in dem Falle, daß es nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph zu einer Auflösung Österreich-Ungarns gekommen wäre.

3579 Die in Wiener Blättern ausgesprochene Anschauung, als wenn anläßlich des Besuches von Delcassé in Petersburg Rußland den „ehrlichen Makler“ zwischen Frankreich und Deutschland spiele,

lehnte Bülow ab. Bezeichnend ist, daß die Königin-Regentin Maria Christine von Spanien in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter v. Radowitz im August 1899 eine Aussöhnung des französisch- 3580
deutschen Gegensatzes hauptsächlich durch eine größere Selbständigkeit für das Reichsland für erreichbar hielt. Nicht nur die Elsaß-Lothringer, sondern auch die Franzosen würden dadurch gewonnen, und man könne bei dieser Nation das gewaltige Imponderabile der nationalen Eitelkeit nicht hoch genug anschlagen.

Die von General Gallifet widerratene Absicht des Kaisers, am 3581
18. August 1899 ein französisches Grab schmücken zu lassen, unterblieb. Der Kaiser hielt aber bei der Einweihung des Denkmals für das erste Garderegiment zu Fuß eine Rede, in der er auch der französischen Armee ritterlich gedachte. General Gallifet war tief bewegt, als er die Rede las, und hoffte, sie würde trotz der tollen Stimmung, die Frankreich für den Augenblick beherrsche, einen sehr guten Eindruck machen.

Im September 1899 ergab sich aus einem gemeinsamen Vorgehen 3582
der deutsch-französischen Abgrenzungskommission im Hinterlande von Togo gegenüber dem Widerstande der eingeborenen Kafiris eine erfreuliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland; die russische Presse machte aber alsbald darauf aufmerksam, daß derartige Zufälligkeiten in Afrika nicht selten seien und nur von der euro- 3583
päischen Presse weit über Gebühr aufgebauscht würden. Dieser Auffassung kann man kaum unrecht geben, wenn auch Delcassé amtlich 3584
in Berlin seine Befriedigung über das Zusammenwirken deutscher und französischer Truppen an der Togogrenze aussprechen ließ.

Daß die gereizte Stimmung Frankreichs gegen Deutschland trotz allen Entgegenkommens von deutscher Seite immer lebendig blieb, beweist das Mißtrauen und nervöse Unbehagen der Franzosen anläßlich des Zarenbesuches in Potsdam[1]) am 8. November 1899, über das Fürst Münster am 10. November aus Paris berichtete. 3585

Anhang

Die Dreyfus-Affäre und die inneren Verhältnisse Frankreichs 1896—1899

Die in dem Anhange zusammengefaßten Dokumente Nr. 3586 bis 3586
3644 stehen alle im Zusammenhange mit der Affäre Dreyfus[2]) und 3644
geben ein außerordentlich interessantes Bild der damaligen Vorgänge. Der Zeit nach erstrecken sie sich vom 16. September 1896, wo an-

[1]) Vgl. o. S. 25/26.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 94.

läßlich des angeblichen Entweichens des Kapitäns Dreyfus von der Teufelsinsel die deutsche Botschaft in Frankreich scharf angegriffen worden war, über das Jahr 1897 hinweg, wo die Revision des Prozesses in Frankreich durchgesetzt wurde, bis zum 4. Dezember 1899.

Am 9. September 1899 wurde Dreyfus von dem Kriegsgerichte
3639 in Rennes nochmals verurteilt, „im Jahre 1894 Machenschaften angezettelt oder Beziehungen mit einer fremden Macht oder einem ihrer Agenten unterhalten zu haben, um sie zu veranlassen, Feindseligkeiten zu begehen oder Krieg gegen Frankreich zu unternehmen, oder um ihr die Mittel dafür zu liefern, indem er ihr die im Bordereau aufgezählten Schriftstücke überlieferte". Ihm wurden aber mildernde Umstände zugebilligt und er daher nicht wieder zur Deportation, sondern zu vier Jahren „détention" verurteilt.

Erst im Jahre 1906 gelang es Dreyfus, auf Grund neuer entlastender Punkte eine abermalige Verhandlung beim Kassationshofe durchzusetzen und dort am 12. Juli 1906 seine völlige Freisprechung zu erzielen. Dreyfus wurde wieder in das Heer aufgenommen und zum Major befördert.

Im Zusammenhange gelesen geben die Dokumente Nr. 3586 bis 3644 ein ungewöhnlich spannendes Bild der Vorgänge und beleuchten die schwierige Lage der deutschen Diplomatie gegenüber den unverhüllten Angriffen der französischen Presse auf die deutsche Politik im allgemeinen und besonders auf das Verhalten der deutschen Botschaft in Paris und des deutschen Militärattachés. Eine nähere Wiedergabe des Inhaltes an dieser Stelle erübrigt sich daher.

Weltpolitische Rivalitäten

Der vierzehnte Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 14. Bandes

Erste Hälfte

KAPITEL 90

Das Vorgehen der Europäischen Mächte in Ostasien
A. Die Vorbereitung der Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1895—1897. Dokumente Nr. 3645—3685 36
B. Die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1897. Dokumente Nr. 3686—3753 39
C. Die Erwerbungen Rußlands und Englands. Port Arthur. Wei-hai-wei. Das Jangtsetal 1898—1899. Dokumente Nr. 3754—3778 40

KAPITEL 91

Englands erste Allianzfühler 1898. Dokumente Nr. 3779—3805 44

KAPITEL 92

Deutsch-Englisches Abkommen über die Portugiesischen Kolonien 1898. Dokumente Nr. 3806—3883 50

Kapitel 90

Das Vorgehen der europäischen Mächte in Ostasien

A. Die Vorbereitung der Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1895—1897

Die Dokumente des 90. Kapitels vermitteln uns über die Vorgänge, die schließlich zu der Erwerbung Kiautschous geführt haben, ein so reichhaltiges Material, daß es eine lohnende Aufgabe der Spezial-Geschichtsschreibung sein würde, Deutschlands ostasiatische Politik in den Jahren 1895—1897 auf Grund dieser Akten neu darzustellen.

Zunächst werden wir in die Vorbereitung der Erwerbung Kiautschous durch die Mitteilung zahlreicher Schriftstücke, Aufzeichnungen und Denkschriften aus den Jahren 1895—1897 eingeführt.

Aus den Dokumenten des 57. Kapitels über den „Ostasiatischen Dreibund“ [1]) ging bereits hervor, daß schon im Februar 1895 wiederholt Erwägungen über einen etwaigen Besitzerwerb in Ostasien deutscherseits angestellt worden waren [2]). Deutsche Wünsche nach Erwerb einer oder mehrerer Kohlen- und Flottenstationen in China waren für die Beteiligung Deutschlands an dem ostasiatischen Dreibunde mitbestimmend gewesen. Sie konnten aber damals noch nicht verwirklicht werden, weil man sich über die Haltung der anderen Mächte noch nicht völlig im klaren war, die in Betracht kommende Örtlichkeit noch nicht hinreichend erkundet und auch noch keinen passenden Anlaß zur Geltendmachung der Forderung gefunden hatte.

Am 11. März 1895 teilte der Staatssekretär des Auswärtigen 3645
Amtes, Frhr. v. Marschall, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, Vizeadmiral Hollmann, mit, die chinesische Regierung scheine die Aussichtslosigkeit weiteren Kampfes eingesehen zu haben und habe einen Unterhändler zur Einleitung von Friedensverhandlungen nach Japan entsandt. Einstweilen rechnete Marschall noch mit dem Weitergehen der Feindseligkeiten, zugleich aber damit, daß die Bestrebungen einzelner Großmächte, zugunsten Chinas einzuschreiten, zur Verwirklichung gelangen, und daß dann vielleicht die beteiligten Mächte die

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 86 ff.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 87.

Gelegenheit benutzen würden, um, etwa unter der Form einer Entschädigung, einzelne Punkte oder Landstriche des chinesischen Gebietes für sich selbst in Besitz zu nehmen. Deutschland würde unter Umständen in der Lage sein, sich der Intervention anzuschließen und auch seinerseits entsprechende Kompensationen auf chinesischem Gebiete zu beanspruchen. In erster Linie würde es sich um den Erwerb einer oder mehrerer geeigneter Kohlen- und Flottenstationen für die Kaiserliche Marine handeln.

Schon zu Anfang der siebziger Jahre hatten zwischen der damaligen Admiralität und dem Reichskanzleramt Erörterungen darüber stattgefunden, waren aber infolge der damaligen politischen Verhältnisse ohne praktische Folgen geblieben. Damals hatte der bekannte Chinaforscher Frhr. v. Richthofen die Erwerbung der Insel Tschusan ins Auge gefaßt, außerdem die Mirsbai östlich von Hongkong und die kleine Insel Kulangseu bei Amoy. Gegen diese drei Punkte waren übrigens schon damals Bedenken geltend gemacht worden. Neuerdings hatte nun der deutsche Gesandte in Peking, Frhr. Schenck zu Schweinsberg, die Kiautschoubucht in der Provinz Schantung und die Peskadores-Inseln als empfehlenswert bezeichnet. Der Staatssekretär Frhr. v. Marschall ersuchte nun in einem Schreiben vom 11. März 1895 den Vizeadmiral Hollmann, sich an der Hand des im Reichsmarineamt wahrscheinlich vorliegenden Materials darüber zu äußern, ob und aus welchen Gründen auch gegenwärtig noch die Erwerbung von Kohlen- und Flottenstationen in China für die Kaiserliche Marine erwünscht sei und welche Punkte hierfür nach der Ansicht des Reichsmarineamts in Aussicht zu nehmen sein würden.

3616 Vizeadmiral Hollmann antwortete am 17. April 1895, nachdem er die ihm gestellte Frage mit dem Oberkommando der Marine eingehend erwogen hatte. Die Erwerbung von Flottenstationen bezeichnete er als sehr wichtig. Sei ihr Besitz im Frieden hauptsächlich auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, so hebe er doch zugleich die politische Macht und das Ansehen im Auslande. Im Kriege aber bildeten solche Stationen die Basis für alle Unternehmungen. Sie dienten der Flotte als Sammelpunkt und Rückhalt und den Handelsschiffen als sichere Zufluchtsstätte. Eine gesicherte Flottenstation in China an der chinesischen Küste würde nicht nur Handel und Schiffahrt gegen Schädigung europäischer Mächte schützen, sondern auch Deutschlands politisches Ansehen gegenüber China und Japan heben. Nur so sei es möglich, dem Einflusse der konkurrierenden Mächte in den dortigen Gewässern mit Erfolg die Spitze zu bieten und die im Interesse des deutschen Nationalwohlstandes so notwendigen Wechselwirkungen zwischen Handel und Macht herzustellen.

Auf die Einzelheiten eingehend, führte Hollmann aus, daß sich die Wirksamkeit der in Ostasien stationierten Schiffe von Singapore bis über Hakodate (Jesso) hinaus zu erstrecken, also den weiten

Raum von über 3000 Seemeilen der chinesischen und japanischen Gewässer, zu decken habe. Überall auf diesen Gebieten hätten die Schiffe deutschen Handel und deutsche Interessen zu schützen. Eine Station entspreche daher dem deutschen Bedürfnis nicht, es müßten deren mindestens zwei vorhanden sein, die eine im nördlichen, die andere im südlichen Teile unserer Interessensphäre. Es sei wünschenswert, daß die Plätze durch ihre natürliche Beschaffenheit günstige Bedingungen für die Anlage von Befestigungen böten. Im allgemeinen entsprächen Inseln dieser Anforderung am besten, aber auch Küstenplätze seien keineswegs ausgeschlossen. Die unmittelbare Nähe der Stationen anderer Mächte Europas sei, wenn möglich, zu vermeiden. Schließlich schlug Hollmann in erster Linie die Insel Tschusan im Norden, die Insel Amoy im Süden vor; in zweiter Linie die Kiautschou-Bucht im Norden und die Mirsbai im Süden; in dritter Linie nannte er die Montebello-Inseln im Norden und die Peskadores-Inseln im Süden.

Maßgebend für die Aussicht, ohne Verwicklung mit anderen Mächten zu dem erstrebten Ziele zu gelangen, war die Haltung Rußlands und Englands. England vertrat noch im August 1895 den 3647
Standpunkt, im Falle weiterer Verwicklungen in China nicht an den Erwerb besonderer Punkte für England zu denken. In der englischen Presse war aber, besonders nach der Ermordung englischer und amerikanischer Missionare in der zweiten Hälfte des August 1895 in China, wiederholt von der Absicht die Rede gewesen, chinesische Häfen zu besetzen.

Am 1. September 1895 telegraphierte Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, daß für Deutschland der Mo- 3648
ment gekommen sei, unverzüglich Wei-hai-Wei zu besetzen, falls Rußland die Besetzung von koreanischem Gebiet oder eines Seehafens vornähme. Wir dürften nicht wieder, wie in Afrika, hinter den Engländern oder Franzosen zurückstehen. Der Kaiser bezog sich in seinem Telegramm darauf, daß er schon im Frühjahr 1895 vom Zaren seine schriftliche Zustimmung zur Besetzung eines chinesischen Platzes erhalten habe. In dem gleichen Sinne hatte sich der Zar am 11. September 1895, als er den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe in Audienz empfing, diesem gegenüber geäußert.

In den weiteren Verhandlungen tritt nun, wie die Dokumente erweisen, die Kiautschou-Bucht immer weiter in den Vordergrund. 3650
Einen guten Überblick über die endgültige Entwicklung gewährt eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1897. Aus ihr 3669
geht hervor, daß man schließlich einen Platz forderte, der als Ausgangspunkt für die Begründung eines deutschen Kolonialgebietes geeignet sein sollte. Mehrere günstige Gelegenheiten, schnell durch Besetzung irgendeines Punktes eine vollendete Tatsache zu schaffen, hatten inzwischen versäumt werden müssen, weil die Platzfrage noch

nicht geklärt war. Hätte man es bei dem ursprünglichen, bescheideneren Standpunkte des Auswärtigen Amtes belassen und das Augenmerk nur auf eine Kohlenstation für die Marine gerichtet, so wäre dieses Ziel wahrscheinlich schneller zu erreichen gewesen. Kaiser Wilhelm II. ist sich offenbar bei einem Immediatvortrage am 29. No-
3670 vember 1896 über die Wahl von Kiautschou endgültig schlüssig geworden, denn am 30. November erteilte er dem Admiral v. Knorr den Auftrag, einen Plan zur Besitzergreifung der Kiautschou-Bucht und zur Bereitstellung der Mittel vorzubereiten. Die Festhaltung des Platzes bis zum Eintreffen einer genügend starken Garnisontruppe sollte der Marine, im besonderen der Kreuzerdivision, zufallen, und die Aufstellung einer Kolonialtruppe in die Wege geleitet werden.

Wichtig war die Feststellung, ob die russische Regierung etwa
3676 auf die Kiautschou-Bai Absichten habe. Man vertrat in Petersburg den Standpunkt, daß die russische Flotte berechtigt sei, wenn sie es für
3677 angezeigt erachte, in Kiautschou zu überwintern. Der Reichskanzler
3678 Fürst Hohenlohe entschloß sich daraufhin im Juli 1897, die Frage der Kiautschou-Bucht bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Petersburg mit der russischen Regierung unmittelbar zu regeln.

Vom 7. bis 11. August weilte Kaiser Wilhelm II., begleitet vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Staatssekretär Bernhard v. Bülow, zum Besuch des russischen Kaisers in Peterhof. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der Kiautschou-Bucht erörtert.
3679 Kaiser Wilhelm II. fragte den Zaren, ob Rußland Absichten auf die genannte Bucht habe. Dar Zar erwiderte, Rußland habe ein Interesse daran, sich den Zutritt zu dieser Bucht solange zu sichern, bis es über einen anderen, nördlicher gelegenen und schon ins Auge gefaßten Hafen verfügen könne. Die Frage des deutschen Kaisers, ob Bedenken dagegen beständen, daß deutsche Kriegsschiffe in Ermangelung einer deutschen Flottenstation im Bedürfnisfalle und nach eingeholter Erlaubnis der russischen Marinebehörden in der Kiautschou-Bucht vor Anker gingen, wurde vom Zaren mit der Versicherung bereitwilligen Entgegenkommens beantwortet; Rußland beabsichtige nicht, die Kiautschou-Bucht endgültig zu behalten; es wünsche vielmehr, diese Bucht nach erfolgter Räumung Deutschland zuzuwenden, schon damit England sich ihrer nicht bemächtige.

In diesem Sinne legte B. v. Bülow am 17. August 1897 in einer
3680 Aufzeichnung fest, daß Rußland gegen den Übergang der Kiautschou-Bucht in deutschen Besitz später nichts einzuwenden haben werde.
3681, 3683 Der Botschafter in Petersburg, Fürst Radolin, erhielt demgemäß den Auftrag, dem Grafen Murawiew mitzuteilen, daß die deutsche Regierung nunmehr an die chinesische mit der Mitteilung herantreten wolle, daß im Laufe des kommenden Winters im Notfalle zeitweilig deutsche Kriegsschiffe in der Kiautschou-Bucht vor Anker gehen
3682 würden. Selbstverständlich sollte dies immer erst nach Benehmen mit

dem dortigen russischen Befehlshaber geschehen. Als der deutsche Gesandte in Peking, Frhr. v. Heyking, am 1. Oktober 1897 seinen Auftrag in Peking ausführte, warfen Prinz Tsching und Li-Hung- 3684
Tschang sofort ein, daß Rußland auf Kiautschou keine Ansprüche habe; Kiautschou sei chinesisches Gebiet, das die Russen nichts angehe.

Am 13. Oktober 1897 erhielt die deutsche Botschaft in Petersburg 3685
ein Telegramm über das Einlaufen deutscher Schiffe in die Kiautschou-Bucht. Der deutsche Geschäftsträger v. Tschirschky suchte unverzüglich den Grafen Lamsdorff auf, um ihm die befohlene Mitteilung zu machen. Graf Lamsdorff stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß Rußland nicht, wie Deutschland anzunehmen scheine, von China das Recht erlangt hätte, endgültig über die Kiautschou-Bucht zu verfügen. Russische Schiffe befanden sich zu jener Zeit nicht dort. Deutschland hatte mit dieser Mitteilung in Petersburg seine Verpflichtung erfüllt, nicht ohne Benachrichtigung der russischen Regierung Schiffe in die Kiautschou-Bucht einlaufen zu lassen.

Besondere Verhandlungen mit England haben in dieser Frage nicht stattgefunden, da man seit Herbst 1896 im Auswärtigen Amt der Ansicht war, den Erwerb von Kiautschou lediglich im Einverständnis mit Rußland regeln zu können. Im Mai 1897 hatte Graf Hatzfeldt Lord Salisbury gegenüber den deutschen Wunsch nach einem Stützpunkt in China zum Ausdruck gebracht, und Lord Salisbury hatte ausdrücklich erklärt, daß er eine Erwerbung Deutschlands ohne Eifersucht sehen würde[1]).

B. Die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1897

Die Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare in der Provinz Süd-Schantung am 4. November 1897 schuf für die deutsche Politik eine neue Lage. Kaiser Wilhelm II. forderte am 6. November 1897 ausgiebige Sühne durch energisches Eingreifen der Flotte; Ad- 3686
miral v. Diederichs in Wusung erhielt Weisung, sofort mit seinem 3687
ganzen Geschwader nach Kiautschou zu gehen, dort geeignete Punkte und Ortschaften zu besetzen und vollkommene Sühne zu erzwingen. Die größte Energie sei geboten, der Zielpunkt der Fahrt geheimzuhalten. Der Gesandte in Peking wurde gleichzeitig angewiesen, eine 3688
Genugtuungsforderung zu stellen. Kaiser Wilhelm II. hatte sich tele- 3689
graphisch mit dem Zaren in Verbindung gesetzt. Dieser antwortete am 7. November, daß er über Kiautschou „nichts zu erlauben oder zu verhindern habe". Die Gelegenheit zu schnellem Handeln war deshalb günstig, und der Kaiser freute sich, die bisherige „schwankende und 3690
laue Politik in Ostasien energischer gestalten" zu können. Auch wegen

[1]) Vgl. Nr. 3407.

der Beleidigung deutscher Marineoffiziere in Wutschang sollte Genugtuung gefordert werden.

Mit der Besetzung Kiautschous durch das deutsche Geschwader des Admirals v. Diederichs am 14. November 1897 wurde nunmehr eine vollendete Tatsache geschaffen. Über die schwierigen Verhandlungen, einerseits mit China, wo man berechtigterweise von einer Begünstigung Deutschlands in der Hafenfrage ähnliche Schritte der anderen Großmächte befürchtete, andererseits mit Rußland und England, liegt in den Dokumenten Nr. 3692—3753 ein so umfangreiches Material aus den Monaten November 1897 bis zum Januar 1898 vor, daß es hier nur erforderlich erscheint, darauf hinzuweisen. Die deutschen Übersetzungen der Dokumente Nr. 3693, 3699, 3700, 3705, 3706, 3711, 3733, 3734, 3739 und 3743 sind im Teil 3 (fremdsprachige Dokumente) enthalten.

Im Zusammenhange mit dem deutschen Verhalten in Kiautschou stand das Einlaufen des russischen Geschwaders in Port Arthur am 19. Dezember 1897. Kaiser Wilhelm II. sprach sofort dem Zaren zu diesem Schritte seine Glückwünsche aus. „Rußland und Deutschland am Eintritt des Gelben Meeres mögen als Vertreter von St. Georg und St. Michael angesehen werden, die das Heilige Kreuz im Fernen Osten schützen und die Tore zum asiatischen Kontinent bewachen. Mögest Du imstande sein, die Pläne, die Du mir oft entrollt hast, völlig zu verwirklichen. Meine Sympathie und Hilfe sollen im Notfalle nicht fehlen." Die russische Regierung begann alsbald, mit China über die dauernde oder zeitweise Überlassung von Port Arthur und Talienwan zu verhandeln, obwohl Graf Murawiew gelegentlich behauptete, Rußland bedürfe keines Hafens an der chinesischen Küste.

C. Die Erwerbungen Rußlands und Englands. Port Arthur. Wei-hai-wei. Das Jangtsetal 1898—1899

Am 6. März 1898 stellte Rußland in Peking die bestimmt gefaßte Forderung der dauernden Besetzung von Port Arthur und Talienwan, der Konzessionierung einer Eisenbahn, die von der russisch-mandschurischen Linie abzweigend über Kirin-Mukden nach Port Arthur führen sollte, und forderte russische Militärinstrukteure für den Norden Chinas einschließlich der Provinz Petschili. Nach Berlin ließ Graf Murawiew mitteilen, daß er auf Deutschlands Zustimmung rechne, und versprach wohlwollende Förderung der deutschen Kiautschou-Verhandlungen in Peking. Hatte doch die schnelle Besetzung von Kiautschou durch Deutschland die beschleunigte Besitzergreifung von Port Arthur und Talienwan ermöglicht. Der russischen Politik schwebte damals hauptsächlich das Ziel der Verhinderung einer japanisch-englischen Annäherung vor. Ihren ersten Erfolg konnte sie bereits am 27. März 1898 mit dem Abschlusse des russisch-chine-

sischen Vertrages über die pachtweise Abtretung von Port Arthur und Talienwan einheimsen.

Jetzt regte sich auch England. Am 4. April 1898 teilte der Botschafter Sir Frank Lascelles in der Wilhelmstraße mit, England habe sich zum Abschlusse einer Vereinbarung mit China entschlossen, um das Gleichgewicht der Machtverhältnisse im Golfe von Petschili wiederherzustellen. Dieses sei durch das Vorgehen Rußlands bedroht, und England wünsche daher, daß Wei-hai-wei, sobald die Japaner es räumten, in ein Pachtverhältnis zu England trete. China hatte bei den Verhandlungen mit England darauf hingewiesen, daß Wei-hai-wei noch sein einziger Kriegshafen sei, und man erwog deshalb eine Vereinbarung, nach der China eine Mitbenutzung des Hafens von Wei-hai-wei für chinesische Flottenzwecke möglich sei. Einstweilen sollte jedoch Wei-hai-wei von den Engländern besetzt werden. Auf Wunsch des deutschen Auswärtigen Amtes sollte England bei dieser Gelegenheit erklären, daß es nicht beabsichtige, die Rechte und Interessen Deutschlands in der Provinz Schantung zu beeinträchtigen oder zu bekämpfen, daß es ihm dort keine Schwierigkeiten bereiten und keine Eisenbahnverbindungen in dieser Provinz herstellen lassen wolle. 3760 3761

Nun lag aber schon eine russische Anregung vor, dem chinesischen Reiche nach Räumung von Wei-hai-wei durch die Japaner den Besitz eines Platzes vertragsmäßig zu garantieren, wogegen China sich verpflichten sollte, Wei-hai-wei keiner fremden Macht abzutreten. Staatssekretär v. Bülow wünschte[1]), die Beantwortung dieser russischen Anregung bis nach Eingang der englischen Rückäußerung hinauszuschieben, gab aber nach London zu verstehen, daß nicht nur die englische, sondern auch die deutsche Regierung vor eine ernste Entscheidung gestellt sei. England erklärte sich zur Abgabe der gewünschten Erklärung mit einer unerheblichen Abänderung bereit. 3762 3762 3763

Während Kaiser Wilhelm II. nun der Meinung war, daß man vom Standpunkte der deutschen Politik aus England im Golfe von Petschili frei gewähren lassen könnte, wenn es nur verspreche, Wei-hai-wei lediglich als einen Flottenstützpunkt zu benutzen, suchte Rußland nach wie vor Deutschland zu Sonderschritten zu veranlassen, ohne daß es seinerseits Verpflichtungen eingehen wollte, deren Vorhandensein auf die Stimmung Frankreichs ungünstig wirken konnte. Bülow sah in dieser Haltung Rußlands für die deutsche Regierung den Vorteil, daß sie ihre Entschließungen „auch ihrerseits frei und ohne andere Beweggründe als die aus unseren eigenen Interessen fließenden“ werde fassen können. Mit Genehmigung des Kaisers schob er daher die Beantwortung der russischen Anregung noch auf. Dem Kaiser schien es angesichts der „unsicheren, widersprechenden und falschen Haltung der russischen Regierung gegen uns“ nur erwünscht, wenn in Wei- 3764, 3765 3766 3767 3768

[1]) Vgl. Nr. 3761.

hai-wei ein englischer Keil zwischen die sonst mit der Zeit vielleicht dort nicht ganz gefahrlose deutsch-russische Nachbarschaft getrieben
3769 wurde. Bülow überschätzte aber doch wohl die Freiheit der deutschen Stellung zwischen England und Rußland, wenn er es für möglich hielt, nach gewonnenem Einverständnis mit England nun auch Rußland gegenüber eine sehr freundliche Haltung einnehmen zu können.

Am 21. April konnte Bülow telegraphisch an den Kaiser nach
3770 Homburg v. d. H. berichten, die Verhandlungen mit der englischen Regierung über Wei-hai-wei seien zum Abschluß gelangt. Englische Versuche, von Wei-hai-Wei aus mit Eisenbahn- oder sonstigen Unternehmungen in die deutsche Interessensphäre einzugreifen, waren nun nicht mehr zu befürchten. Der Gedankenaustausch zwischen England und Deutschland wurde im „Reichs- und Staatsanzeiger" vom 22. April 1898 der Öffentlichkeit in zusammenfassender Form mitgeteilt.

Trotzdem kam es schon wenige Tage später zwischen der deutschen und der englischen Regierung zu einer Auseinandersetzung über die gegenseitigen Rechte und Interessen einerseits in der Provinz Schantung, andererseits im Jangtsetale, das England sich als Einflußsphäre zu sichern trachtete.

Am 30. April 1898 telegraphierte der deutsche Gesandte in Peking,
3771 daß nach einer Mitteilung des dortigen englischen Gesandten England als politische Konzession die Eisenbahn von Schanghai nach Nanking für englische Unternehmungen fordern wolle. Bülow erblickte darin ein Abgehen der englischen Regierung von der bis dahin ihrerseits wiederholt und feierlich, namentlich auch für das Jangtsegebiet, verkündeten Politik der offenen Tür und freien Konkurrenz. Er ließ
3772 daher in London feststellen, ob wirklich eine derartige Forderung gestellt sei. Lord Salisbury zeigte sich entgegenkommend. Bei weiteren Besprechungen mit dem englischen Unterstaatssekretär M. Bertie ließ Botschafter Graf Hatzfeldt erkennen, daß Deutschland, falls
3773, 3774 England seinen Anspruch festhalte, seinen ganzen Einfluß in Peking dagegen einsetzen würde.

Die Unterhandlungen gestalteten sich ziemlich schwierig, wenn
3775 auch Lord Salisbury und Graf Hatzfeldt eine Verständigung wünschten. Englischerseits blieb man bestrebt, die Frage der Nanking-Schanghai-Bahn mit der der Schantung-Bahn zu verquicken. Deutscherseits wünschte man indes, die Erörterung auf die erstgenannte Bahn zu beschränken, um so neue Streitpunkte zu vermeiden. England war es offensichtlich darum zu tun, seine Ansprüche auf das Jangtsetal als englische Interessen- und Einflußsphäre aufrechtzu-
3776 erhalten. So erklärte schließlich Lord Salisbury am 11. Mai dem Grafen Hatzfeldt, er sehe keine Möglichkeit der Verständigung, falls man sich deutscherseits nicht auf ein Schiedsgericht einlassen wolle. Er hatte das so gemeint, daß die beiden in Frage kommenden Banken

beider Länder, die Hongkong-Bank und die Deutschasiatische Bank, sich über ein Schiedsgericht verständigen sollten.

Staatssekretär v. Bülow ließ die Frage durch eine ausführlichere Denkschrift klären, die er dem englischen Botschafter in Berlin auf 3777
seinen Wunsch zustellte. Auch Graf Hatzfeldt erhielt eine Abschrift, an Hand deren er die irrigen Auffassungen Lord Salisburys zu widerlegen suchen sollte. Lord Salisbury dürfte sich für das, was er im gesamten Jangtse-Gebiet für England zu beanspruchen beabsichtige, unmöglich auf Deutschlands Vorgehen in Schantung berufen. Im übrigen suchte Bülow die Erörterung lediglich auf den vorliegenden Fall, nämlich auf die Eisenbahn-Angelegenheit, zu beschränken. Das Ergebnis dieser Zurückhaltung war, daß auch England bald darauf seinerseits den Wunsch zu erkennen gab, die gemeinsame Betätigung deutschen und englischen Kapitals in China zur Verwirklichung kommerzieller Pläne möge wieder aufgenommen werden, da diese gemeinsamen Zwecke niemals zu erreichen seien, solange deutsches und englisches Kapital getrennt tätig seien oder gar sich feindlich gegenüberständen.

Am 2. September 1898 fand nunmehr die Einigung der deutschen und der englischen Interessengruppe statt. Das Flußgebiet des Jangtse, die Provinzen südlich dieses Flusses und die Provinz Schansi wurden als englische Interessensphäre anerkannt, die Provinz Schantung aber und das Tal des Hwangho Deutschland zugesprochen. Die deutsche Regierung hat aber dieses Bankabkommen niemals amtlich genehmigt, weil es für die deutschen Interessen zu ungünstig schien. Bald mischte sich auch die chinesische Regierung ein und spielte unter Benutzung der widerstreitenden Interessen der verschiedenen Nationen diese gegeneinander aus. Es waren hierbei auch Rußland, Amerika, Frankreich und Belgien beteiligt. Erst Ende Mai 1899 erlangte die vereinigte deutsch-englische Gruppe ein Edikt der chinesischen Regierung, das den Vertrag zur Errichtung einer Eisenbahn von Tientsin nach Tschingkiang genehmigte[1]).

Den Abschluß des 90. Kapitels bildet die ausführliche, für den Prinzen Heinrich bestimmte Niederschrift vom 14. März 1899, aus 3778
der die auf das deutsche Verhältnis zu Frankreich bezüglichen Bemerkungen bereits oben mitgeteilt worden sind[2]).

Als Grundlinie für Deutschlands gegenwärtige Politik in Ostasien wurde darin festgestellt: „Wir suchen, soweit es sich mit unserer Würde verträgt und ohne Einbuße an unserer Stellung möglich ist, Konflikte zu vermeiden und bei Konflikten zwischen dritten Mächten uns wenigstens freie Hand zu bewahren.“ Der Gesandte in Peking hatte daher die allgemeine Weisung erhalten, „unbeschadet unserer

[1]) Über die weitere Entwicklung der Dinge vgl. Band 16, Wegweiser Band 3, S. 123 ff.
[2]) Vgl. S. 28/29.

dank der persönlichen Freundschaft der beiden Souveräne ausgezeichneten Beziehungen zu unserem russischen Nachbarn auch die Fortdauer des zurzeit bestehenden guten Verhältnisses zu England sich angelegen sein zu lassen. Wir binden uns auf diese Weise nicht vorzeitig die Hände und können uns im gegebenen Moment auf diejenige Seite schlagen, die alsdann unseren Interessen am besten entspricht."

Das ist die kürzeste Formel für die Politik der „freien Hand", die nur leider, wenn die Bindungen der anderen Mächte zu stark waren, gar zu leicht zu einer Politik zwischen zwei oder mehreren Stühlen werden konnte.

Kapitel 91

Englands erste Allianzfühler 1898

Im Frühjahr 1898 wurde die deutsche Politik vor ihre seit Bestehen des Reiches gewichtigste Entscheidung gestellt.

3779 Am 24. März 1898 meldete Graf Hatzfeldt aus London, der Mitinhaber des Londoner Bankhauses Rothschild, Baron Alfred v. Rothschild, habe ihn gebeten, bei ihm zu frühstücken, um einige der Kabinettsminister, darunter den in Vertretung Lord Salisburys die Geschäfte des Auswärtigen Amts führenden Lord Balfour, zu treffen. Hatzfeldt mutmaßte sofort, daß englischerseits ein vertraulicher Versuch zu einer Annäherung an Deutschland gemacht werden solle, und bat um telegraphische Weisungen. Staatssekretär B. v. Bülow ließ
3780 sofort telegraphieren, er möge den englischen Ministern gegenüber hervorheben, Deutschland sei zum Abschlusse seiner chinesischen Aktion gelangt, ohne mit anderen Mächten feste Verbindlichkeiten für den Kriegsfall eingegangen zu sein. Andererseits sollte er aber auch auf Englands unfreundliche Haltung und die sich daraus ergebenden natürlichen Folgen hinweisen. Am 25. März 1898 traf Balfour in
3781 London bei Rothschild mit dem Grafen Hatzfeldt zusammen. Balfour legte durchaus freundschaftliche Gesinnungen für Deutschland an den Tag und ließ den Wunsch einer Annäherung und besseren Verständigung deutlich durchblicken.

3782 Wichtiger war eine Begegnung des Grafen Hatzfeldt am 29. März 1898 mit Chamberlain, über die Hatzfeldt noch am gleichen Tage in einem ausführlichen Telegramm berichtete. Chamberlain setzte dem Botschafter auseinander, die politische Lage habe jetzt eine Wendung genommen, die es England nicht mehr gestatte, „die bisherige traditionelle Politik der Isolierung aufrechtzuerhalten". Die englische Regierung stehe vor der Notwendigkeit, demnächst weittragende Entschlüsse zu fassen und würde jetzt auf die Zustimmung der öffent-

lichen Meinung rechnen können, wenn sie die Isolierungspolitik aufgäbe und sich nach Allianzen umsähe, die ihr die auch von ihr gewünschte Aufrechterhaltung des Friedens erleichterten. Chamberlain entwickelte kurz die Gründe, die zu der bisherigen Entfremdung Englands und Deutschlands geführt hätten, und bemerkte schließlich, die beiden Länder hätten seiner Meinung nach dieselben politischen Interessen; etwa vorhandene kleine koloniale Gegensätze ließen sich ausgleichen, wenn man zu einer Verständigung über die großen politischen Fragen gelangen könnte. Man erkenne es in England ausdrücklich an, daß Deutschlands Vorgehen in Kiautschou England nicht schädige.

Ganz im Gegensatze zu Englands bisheriger Haltung, das allen Versuchen, es zu einem Bündnis zu veranlassen, stets aus dem Wege gegangen war, lag hier ein nicht mißzuverstehendes unmittelbares Bündnisangebot vor. Deutschland mußte sich entscheiden, ob es die ihm dargebotene Hand ergreifen oder seine Unabhängigkeit zwischen Rußland und England beibehalten wollte. Es war die schwerste Schicksalsfrage, die ihm seit 1871 gestellt worden ist. Alles hing davon ab, wie weit sich Deutschland wirklich auf die russische Politik verlassen konnte. Hierüber aber herrschte in der Wilhelmstraße — mit unter dem Eindrucke der deutschen amtlichen Berichterstattung über die Vorgänge in Frankreich — dauernd eine gewisse Unklarheit: man kannte die ganze Tragweite der russisch-französischen Abmachungen nicht und unterschätzte daher die ernste Bedeutung des Zweibundes. Immer beherrschte die deutsche Politik der Gedanke, daß ein wirklich ernsthaftes Zusammengehen des zaristischen autokratischen Rußlands mit der von allen Fiebern des Parlamentarismus geschüttelten französischen Republik letzten Endes doch eine Unmöglichkeit sei. Es war sicherlich nicht richtig empfunden, wenn man glaubte, die gemeinsame Notwendigkeit, für die Erhaltung des monarchischen Grundsatzes in Europa einzutreten, würde Rußland doch immer wieder an die Seite Deutschlands führen, denn gerade in Rußland war der politische Boden von revolutionären Gefahren derart unterwühlt, daß von ihm ein wirkungsvoller Schutz des monarchischen Gedankens kaum erhofft werden konnte. In dieser Beziehung bedurfte es eher fremder Unterstützung von außen her.

Am 30. März 1898 ließ zunächst Staatssekretär B. v. Bülow an den Grafen Hatzfeldt telegraphieren, der Botschafter möge Herrn 3788
Chamberlain für seine vertrauensvollen Eröffnungen danken. Den schwachen Punkt des englischen Vorschlages erblickte er darin, daß jede solche Abmachung nur die jeweilige englische Regierung binden würde. Einen Vertrag mit England könnten wir daher ohne Ratifikation durch das englische Parlament nicht schließen, da ein solcher

3784 nur Deutschland, aber nicht England binden würde. Graf Hatzfeldt sprach sich in diesem Sinne mit Chamberlain aus, der diese Bedenken zu beschwichtigen suchte. Bülow blieb aber mißtrauisch. Die deutsche
3785 Regierung könne, schrieb er am 3. April 1898 an den Grafen Hatzfeldt, der englischen Regierung bei der gegenwärtigen Lage der
3786 Dinge keine Zusicherungen geben. Daraufhin zog man sich in England ein wenig zurück, was Bülow nicht unangenehm war, denn er sah
3787 in dem Vorschlage Chamberlains einen für Deutschland gefährlichen Schritt.

Dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe berichtete Graf Hatz-
3788 feldt auf Veranlassung Bülows am 7. April in einer auf den Kaiser berechneten, historisch zusammenfassenden Darlegung, der Annäherungsversuch der englischen Regierung sei nach seinem Urteile zu einem vorläufigen Abschlusse gelangt. Den Hauptnachdruck legte Graf Hatzfeldt auf die Feststellung, daß es bei der zwischen den beiden Ländern immer noch bestehenden Verstimmung vor allem darauf ankomme, diese Verstimmung durch eine entgegenkommende Haltung der beiden Regierungen in kleineren Fragen allmählich zu beseitigen und „die öffentliche Meinung hier wie in Deutschland dadurch auf die Möglichkeit eines politischen Zusammengehens in
3789 der Zukunft vorzubereiten". Gleichfalls am 7. April 1898 erstattete Graf Hatzfeldt einen weiteren ausführlichen Bericht, in dem er darauf hinwies, Chamberlain habe doch wohl ein bereitwilligeres Eingehen auf die englischen Vorschläge erwartet. Auch wies Hatzfeldt die Besorgnis, als ob England uns nach abgeschlossenem Vertrage im Stich lassen könnte, als unbegründet und durch kein Beispiel in der englischen Geschichte berechtigt zurück. Hierzu vermerkte Kaiser Wilhelm II., Friedrich der Große sei schmählich von Georg im Stiche gelassen worden, und an den Schluß des Schreibens setzte er: „Der p. Chamberlain muß nicht vergessen, daß ich in Ostpreußen einem preußischen Armeekorps gegenüber drei russische Armeen und neun Kavallerie-Divisionen hart an der Grenze stehen habe, von denen mich keine chinesische Mauer trennt, und die kein englisches Panzerschiff mir vom Leibe hält!"

Die Zurückweisung des Chamberlainschen Bündnisangebots durch die deutsche Regierung löste sofort bei dem englischen Kolonialminister eine franzosenfreundlichere Haltung aus und erleichterte die englisch-französischen Verhandlungen über Westafrika, so daß schon am 14. Juni 1898 ein endgültiger Abschluß der Niger-Verhandlungen erfolgte. Man hat das aber offenbar in Berlin damals nicht als einen
3790 Nachteil angesehen. „Der Niger und der Golf von Petschili bekümmern uns weniger als Elsaß-Lothringen", telegraphierte Kaiser Wilhelm II. am 10. April an das Auswärtige Amt. „Die kolonialen Vorteile, welche uns England gewähren kann, obwohl nützlich, schlagen doch weniger ins Gewicht als der engere Zusammenschluß Frankreichs

und Rußlands, welcher aus einem deutsch-englischen Bündnis wegen Ostasiens und des Niger notwendig erfolgen müßte. Sollte das englische Anlehnungsbedürfnis sich in Zukunft auch auf europäische Angelegenheiten richten, so können wir ihm näher treten als jetzt.“ Der Kaiser wünschte daher, „die offizielle Stimmung in England uns günstig und hoffnungsvoll zu erhalten“, ein Standpunkt, den Bülow nach Ausweis einer Randbemerkung nachdrücklich teilte. Zu der Bemerkung des Kaisers, durch ein uns freundlich gesinntes England behielten wir eine Karte mehr gegen Rußland in der Hand, vermerkte er: „Sehr wahr, wir müssen uns zwischen beiden unabhängig halten, die Zunge an der Wage sein, nicht der unruhig hin und her fahrende Pendel.“ Die von Bülow stets empfohlene Politik der freien Hand findet hiermit ihre treffendste Begriffsbestimmung.

Am 23. April 1898 berichtete Graf Hatzfeldt telegraphisch über eine neu bevorstehende Unterredung mit Chamberlain. Bülow tele- 3791
graphierte ihm sofort, er habe seinen bisher geäußerten Ansichten 3792
kaum etwas hinzuzufügen. Die Unterredung fand am 25. April in
London statt, und tatsächlich drängte Chamberlain auf den alsbaldigen 3793
Abschluß der von ihm bereits angeregten Defensiv-Allianz zwischen Deutschland und England, wobei er sich große Mühe gab, die Einwendungen des Botschafters zu widerlegen. Hatzfeldt antwortete ausweichend, und der Kaiser sah, nach Ausweis seiner zahlreichen Randbemerkungen zu den ausführlichen Hatzfeldtschen Berichten, in Chamberlains Wunsche nur eine Falle. Auch der Vortragende Rat v. Holstein machte abfällige Bemerkungen zu diesem Berichte. Chamberlain hatte gesagt, er fürchte, daß die orientalische Frage einer allgemeinen Verständigung zwischen England und Österreich hindernd im Wege stehen würde. Dazu bemerkte Holstein: „Wenn wir die Wahl zwischen den beiden haben, stehen wir doch natürlich bei Österreich. Wir sollen also mit England zusammen eine anti-österreichische Politik machen!“

Auch Chamberlains zweiter Bündnisfühler scheiterte somit an der ausweichenden Haltung der deutschen Staatsmänner. Bülow begründete in einem Schreiben vom 30. April ausführlich, warum jetzt 3794
eine weitere Verfolgung der Bündnisverhandlungen nicht angezeigt erscheine. Großes Aufsehen erregte es, daß trotzdem Chamberlain am 13. Mai in Birmingham zum ersten Male öffentlich den Gedanken eines Anschlusses Englands an den Dreibund erörterte, indem er auf die drohende Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Rußland wegen China hinwies. „Man hat nach meinem Eindruck die Hoffnung 3795
auf uns noch nicht ganz aufgegeben,“ telegraphierte Graf Hatzfeldt am 14. Mai an Holstein.

Auch nach der Haltung des im Mai nach England zurückkehrenden Lords Salisbury war eine gewisse Enttäuschung Chamberlains unverkennbar. Der Gedanke einer österreichisch-russischen Allianz, von

der die Rede gewesen war, berührte ihn unsympathisch, so daß er sich
3796 darüber zum Grafen Hatzfeldt äußerte. In Berlin sah man darin nur einen taktischen Zug zur Abwehr des den englischen Ministern von jeher unsympathischen Gedankens eines Zusammengehens Englands mit Kontinentalmächten. Man hoffte, daß Lord Salisbury den Nutzen guter Beziehungen zu Deutschland und namentlich auch zu Österreich später wieder höher einschätzen werde. Offenbar hatte die Freund-
3797 schaft des Dreibundes keinen Wert für England, wenn dessen zweitwichtigstes Mitglied, Österreich, sich mit Rußland über eine Teilung der Interessensphären im Orient endgültig verständigte. Aber Lord Salisbury war offensichtlich zurückhaltender geworden, so daß Graf
3798 Hatzfeldt in seinem ausführlichen Berichte vom 20. Mai 1898 es als richtig bezeichnete, sich der Besprechung weiterer wichtiger Fragen zu enthalten, solange die jetzige Stimmung Lord Salisburys andauere. Kaiser Wilhelm sah in Salisburys Verhalten nur den Neid darüber, daß Deutschland ohne Englands Zutun in China an die erste Stelle rücke.

Einen sehr weitgehenden Schritt tat Kaiser Wilhelm II., als er am 30. Mai 1898 dem Zaren einen Brief schrieb und ihm die englischen Bündnisversuche rückhaltlos unter Hinzufügung der Frage enthüllte, was der Zar ihm bieten könne, falls der Kaiser das englische
3799 Bündnis ablehne[1]). Dem Briefe wurde eine Aufzeichnung des Kaisers beigelegt, wonach England seine Annäherungsschritte nur aus Besorgnis vor den Folgen des deutschen Flottengesetzes unternommen
3803 habe. Die Antwort des Zaren vom 3. Juni 1898 war ablehnend. Der Kaiser, hieß es darin, möge selbst entscheiden, was für sein Land das Beste und Notwendigste sei. Der Wortlaut des Zarenbriefes erscheint hier, soweit bekannt, zum ersten Male in deutscher Übersetzung[2]).

In London war man ernüchtert. In einer neuen Unterhaltung am
3800 2. Juni mit Hatzfeldt betonte Lord Salisbury, daß Allianzverträge, die lange im voraus und vor dem Eintritt des wirklichen Bündnisfalles abgeschlossen würden, sich später nicht immer als wirksam herausstellten. Er hielt es daher für besser, die Verständigung erst im Bedürfnisfalle zum Ausdruck zu bringen. Hervorragende Mitglieder des englischen Kabinetts wünschten und hofften aber nach wie vor, daß eine politische Verständigung mit Deutschland zustande kommen werde. Chamberlain war begreiflicherweise über seinen bisherigen Mißerfolg verstimmt. Deutschland verharrte bei seiner Haltung. In seinem
3801 ausführlichen Bericht vom 3. Juni 1898 bezeichnete es Graf Hatzfeldt auf Grund der ihm erteilten Weisungen nach wie vor als seine Aufgabe, die ihm entgegentretenden englischen Bemühungen um eine Allianz mit Deutschland freundlich, aber dilatorisch zu behandeln und

[1]) Text des Kaiserbriefes siehe Walter Goetz, Briefe Wilhelms II. an den Zaren, S. 50 ff. und S. 309 ff.
[2]) Deutscher Wortlaut S. 266/267.

gleichzeitig darauf hinzuwirken, daß die Möglichkeit einer späteren Verständigung offen bleibe. Kaiser Wilhelm II. war besonders darüber verstimmt, daß England jeder Abmachung mit Deutschland eine Spitze gegen Rußland zu geben beabsichtige. Bülow trat diesem Urteil bei und schrieb dem Kaiser am 5. Juni 1898, er habe gewiß das 3802
Richtige mit dem Entschluß getroffen, „sich ohne einen unmittelbar zwingenden Anlaß vorläufig nach keiner Seite hin zu binden".

In seinem oben erwähnten Briefe vom 3. Juni hatte der Zar erwähnt, daß ihm schon vor einigen Monaten gelegentlich der Unter- 3803
handlungen mit China englische Anerbietungen gemacht worden seien. Das Mißtrauen des deutschen Kaisers war durch diese Mitteilung erheblich gesteigert worden, zumal Bülow es für ausgeschlossen hielt, daß der Zar etwas Derartiges behaupten könne, ohne tatsächliche Unterlagen dafür zu besitzen. Derartige Anerbietungen sind auch tatsächlich gemacht worden, wie aus Äußerungen des am 9. Juni 3804
durch Berlin reisenden Grafen Murawiew zu dem russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken bekannt wurde. Kaiser Nikolaus soll auf die ihm gemachten Anerbietungen geäußert haben, er wünsche die Fortdauer der guten Beziehungen zu Deutschland, werde keinesfalls irgendwelche Offensive ergreifen und hoffe, in Europa wie in Asien mit Deutschland nie in Konflikt zu geraten. Bülow hielt es daher für richtig, wenn Kaiser Wilhelm II. nach dem Grundsatze „Meine Herren Engländer! Schießen Sie zuerst!" ruhig abwartete, bis die Engländer von amtlich kompetenter Stelle aus tatsächlich Vorschläge machten.

Einen gewissen Abschluß der damaligen englischen Bündnisfühler bildet ein Gespräch des englischen Botschafters in Berlin, Sir Frank Lascelles, mit Bülow anfangs Juni 1898. Darin wurde der gegenseitige Wunsch festgestellt, geduldig und vorsichtig die vergangenen Mißverständnisse in Vergessenheit zu bringen und neuen Mißverständnissen vorzubeugen: damit werde die Bahn „für eine zukünftige, noch intimere Annäherung" frei. Der englische Botschafter erwähnte bei dieser Gelegenheit zum ersten Male die Bündnisfühler Chamberlains, worauf ihm Bülow erwiderte, gegen eine solche Allianz müsse jede gewissenhafte deutsche Regierung drei große Bedenken haben. Erstens müßte die Sicherheit vorliegen, daß die gesamte englische Regierung, die gerade in England so mächtige öffent- 3805
liche Meinung und das Parlament die Allianz ratifizieren würden. Zweitens müsse klargestellt sein, was England als Rückversicherung und Rückendeckung für die aus einem deutsch-englischen Bündnisse zu erwartende Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen zu bieten habe. Drittens müsse England in kolonialen Angelegenheiten entgegenkommender werden. Sir Frank Lascelles, der damals gerade nach England reiste, verließ den Staatssekretär v. Bülow mit der Bemerkung, man solle ohne Hast, aber auch ohne Rast weiter

zwischen Deutschland und England das Terrain für eine engere, dauernde und auf gegenseitige Gleichberechtigung basierte Freundschaft vorbereiten. „Wir dürften in dieser Beziehung nicht das Gute dem Besseren opfern und nichts übereilen, sollten aber vor allem darauf hinwirken, daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern jedenfalls vor neuen Trübungen bewahrt bleibe."

Das Ergebnis der englischen Bündnisfühler im Jahre 1898 ist also gewesen, daß Deutschland höflich auswich und sich die Freiheit vorbehielt, von Fall zu Fall seine Stellung zu wählen, also die Politik der „Freien Hand" zu treiben. Das Mißtrauen des deutschen Kaisers und seiner Staatsmänner gegen England hatte sich nur noch vermehrt.

Kapitel 92

Deutsch-Englisches Abkommen über die Portugiesischen Kolonien 1898

Als einziges Ergebnis der englischen Annäherungsversuche an Deutschland im Frühjahr 1898 ist das deutsch-englische Abkommen
3806–3883 über die portugiesischen Kolonien vom 30. August 1898 zu betrachten. Die im 92. Kapitel hierüber mitgeteilten Dokumente Nr. 3806—3883 beginnen mit dem 8. Juni 1898 und schließen mit dem 21. Dezember des gleichen Jahres.

Portugal wünschte seine ständigen Geldverlegenheiten durch die Aufgabe seiner afrikanischen Kolonien Mosambique, Angola und Portugiesisch-Timor zu beseitigen, und es gelang nach langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und England schließlich, eine Verständigung dieser beiden Mächte zu schaffen und dadurch allen weiteren Verwicklungen in Südafrika, auch im Interesse Portugals, vorzubeugen. Die Möglichkeit eines Eingreifens einer dritten Macht wurde dadurch ausgeschlossen, daß Deutschland und England zur Verteidigung des Abkommens zusammenstanden. Die deutschen Über-
3845 tragungen der für die Kenntnis der Einzelheiten wichtigen Dokumente
3858 Nr. 3845 und 3858 sind auf Seite 267 ff. enthalten.

Von besonderer Wichtigkeit ist aus diesem Abschnitt eine Auf-
3865 zeichnung Kaiser Wilhelms II., die er in Wilhelmshöhe am 22. August 1898 auf Grund einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles niederschrieb. Der Kaiser hatte sich bei diesem Anlasse sehr offenherzig ausgesprochen und unter anderem auch geäußert, die englische Regierung müsse sich jetzt darüber klar sein, ob sie durch schroffe Ablehnung aller seiner berechtigten Wünsche ihn mit Gewalt dazu drängen wolle, bei anderen Mächten die Anlehnung zu suchen, die er bei England vergeblich zu finden gehofft hätte, wie

z. B. schon die Erwerbung von Kiautschou beweise. Der englische Botschafter erwiderte, daß nach Auffassung der englischen Regierung Deutschlands koloniale Ansprüche zu weit gingen. Auch habe sich in England ein gewisses Mißtrauen gegen die deutsche Politik zweifellos eingebürgert, zumal da es sich ganz deutlich herausgestellt hätte, daß Deutschland sich in China nicht von England gegen Rußland vorschieben lassen würde. Chamberlain habe aber nunmehr in London mehreren Kabinettsmitgliedern den Vorschlag gemacht, für ein Defensivbündnis zwischen Deutschland und England unter der Bedingung zu wirken, daß beide Mächte sich zum gegenseitigen Beistande verpflichteten, sobald eine von ihnen von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen würde. Der Kaiser bemerkte hierzu: „Solange das russisch-französische Bündnis besteht, kann eine vernünftige russische Politik es uns nicht verargen, wenn wir bei klarer Darlegung, daß wir Rußlands Pläne in keiner Weise stören wollen, bei einem Doppelangriff uns gegen Frankreich zu schützen suchen: Rückversicherung! Der russisch-englische Antagonismus allein kann uns bei einem Defensivbündnis mit England unter der Bedingung, daß zwei Gegner den einen Teil angreifen müssen, um den casus foederis zu erwirken, in keine Verwicklung ziehen."

Der Kaiser versprach sich von dieser Unterredung mit dem englischen Botschafter eine gute Wirkung in London. Es sollte nunmehr 3866
weiter abgewartet werden, was die Engländer tun würden. Bülow beantwortete die ihm zugegangene ausführliche Aufzeichnung des Kaisers am 24. August mit einem Briefe voll stärkster Anerkennung für die Haltung des Kaisers. „Wir haben Freiheit, mit jedermann 3867
zusammenzugehen, soviel als uns beliebt," notierte der Kaiser an den Rand des ihm zugegangenen Briefes, in dem Bülow ihn als „arbiter mundi" gefeiert hatte.

Auch der Vortragende Rat v. Holstein war — und das ist, nach allem, was wir über Holstein wissen, schließlich bestimmend geworden — gegen einen Anschluß an England. Das Gefährlichste, was für Deutschland geschehen könne, bestand nach seiner Meinung darin, 3868
daß Rußland den Argwohn faßte, es bestehe zwischen Deutschland und England ein bündnisartiges Abkommen allgemeiner Natur. Rußland würde daraus den Anreiz entnehmen, erst recht mit Frankreich zusammenzugehen. Augenblicklich handele es sich vor allem nur um die Frage, wie es anzufangen sei, um ohne einen Krieg mit Frankreich und Rußland, dessen Hauptlast auf dem Festlande naturgemäß auf Deutschland fallen würde, eine Teilung der portugiesischen Kolonien zwischen Deutschland und England mit Ausschluß Dritter anzubahnen und durchzuführen. Seiner Meinung nach sollte man den Russen unzweideutig mitteilen, Deutschland habe sich notgedrungen zu einer Verständigung mit England entschließen müssen und sei verpflichtet, England bei einem Kriege wegen der südafrikanischen portugiesischen

Kolonien beizustehen. Diese Verpflichtung erstrecke sich aber nur auf diese eine Frage. Bei einem derartigen Verfahren könne Deutschland hoffen, ohne Kriegsgefahr seinen südafrikanischen Besitz zu erweitern. Rußland dürfe unter keinen Umständen in die südafrikanische Frage hineingezogen werden.

Ende August 1898 wurden die drei auf die portugiesischen
3869, 3870 Kolonien in Südafrika bezüglichen Verträge in London und Berlin
3871 wechselseitig geprüft und am 30. August in London unterzeichnet. Die Texte der drei Verträge (Konvention, Geheime Konvention, Geheime Note) sind in deutschem sowie in englischem Wortlaute in
3872 Nr. 3872 enthalten.

Nun handelte es sich darum, die Ausführung der Verträge durch
3873 eine Verständigung mit Portugal sicherzustellen. Staatssekretär v. Bülow wünschte hierfür die Vorschläge des viel erprobten Grafen
3874 Hatzfeldt, der daraufhin vorschlug, den nicht geheimen Teil der Abmachungen an die portugiesischen Vertreter in London und Berlin mitzuteilen und gleichzeitig die beiderseitigen Vertreter in Lissabon mit dem Hinweise darauf davon zu verständigen, daß die Einmischung einer dritten Macht in Südafrika als ausgeschlossen betrachtet werden
3875 müsse. Wichtig schien es, die weiteren Schritte zu beeilen, um die Franzosen vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Leider wurde in England nicht nach diesem Vorschlage verfahren, sondern die Tatsache des mit Deutschland abgeschlossenen Abkommens nicht hinreichend geheimgehalten. Schleuniger Abschluß
3876 mit Portugal schien nunmehr für Deutschland angezeigt. Da eine, wenn auch nur diplomatische, Einmischung Rußlands gleichfalls zu be-
3877 fürchten schien, mußte der Botschafter Fürst Radolin ihm gegenüber betonen, daß die deutsch-englische Einzelabmachung wegen der portugiesischen Kolonien sich nicht gegen Rußland richte, auch nicht
3878 indirekt. Graf Murawiew erklärte es als selbstverständlich, daß Deutschland sich in Afrika mit England verständige; Rußland werde sich hüten, sich in irgend etwas einzumischen, „was das delikate deutsch-französische Verhältnis tangieren könnte".

Am 29. September 1898 erklärte der portugiesische Minister-
3879 präsident de Castro dem deutschen Gesandten Grafen v. Tattenbach, die deutsch-englischen Vorschläge seien für Portugal unannehmbar, weil sie die finanzielle und politische Abhängigkeit Portugals zur Folge haben würden. Portugal müsse vor allem seinen Kredit herstellen und deshalb ein Abkommen mit den Gläubigern erstreben; darauf bezügliche Verhandlungen in Paris seien dem Abschluß nahe. Obwohl der portugiesische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
3880 am 1. Oktober wiederholt dem deutschen Gesandten versicherte, die Erklärungen des Ministerpräsidenten seien nicht als eine Ablehnung der deutsch-englischen Vorschläge aufzufassen, lehnte die portugie-

sische Regierung die deutsch-englischen Anerbietungen doch tatsäch- 3881
lich ab und stellte die Überreichung eines Memorandums in Aussicht.

Ein weiterer Druck auf die portugiesische Regierung schien einst- 3882
weilen nicht angezeigt. Auch Lord Salisbury vertrat den Standpunkt, 3883
daß man die weitere Entwicklung der Dinge abwarten müsse.

Weltpolitische Rivalitäten

Der vierzehnte Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 14. Bandes

Zweite Hälfte

KAPITEL 93

Der Englisch-Französische Konflikt wegen Faschoda 1898—1899. Dokumente Nr. 3884—3945 57

Anhang: Die Dreibundmächte und das Englisch-Französische Abkommen über Zentralafrika 1899. Dokumente Nr. 3946—3957 64

KAPITEL 94

Die Bagdadbahn 1890—1900. Dokumente Nr. 3958—3995 66

Anhang: Deutsche Bahnbauten und Kohlenstationen in Persien und Arabien? Dokumente Nr. 3996—4014 69

KAPITEL 95

Der Russische Vorschlag eines Abkommens mit Deutschland über die Meerengen und Kleinasien 1899. Dokumente Nr. 4015—4027 70

KAPITEL 96

Das Abkommen über Samoa und die Deutsch-Englischen Beziehungen 1899. Dokumente Nr. 4028—4117 72

Kapitel 93

Der Englisch-Französische Konflikt wegen Faschoda 1898—1899

Der Faschoda-Konflikt bildete eine der ernstesten Belastungen für den europäischen Frieden gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Im Frühjahr 1897 war der französische Major Marchand mit einer Expedition vom Ubangi her in der Richtung nach dem oberen Nil aufgebrochen und hatte von vornherein die Aufmerksamkeit der englischen Regierung erregt, die mit großer Eifersucht ihre Besitz- und Einflußsphäre am oberen Nil vor jeder fremden Unternehmung zu schützen suchte. Schon am 10. Dezember 1897 hatte sich der englische Botschafter in Paris gegenüber dem französischen Minister des Äußern ausdrücklich dagegen verwahrt, daß etwa irgendeine europäische Macht außer England irgendeinen Teil des Niltales besetze. Im Juli 1898 traf nun Major Marchand mit acht Offizieren und 120 Sudanesen in Faschoda am Nil ein. Die erste Nachricht von dieser Tatsache gelangte über Alexandrien am 10. September 1898 nach 3884
Berlin.

Die Dinge nahmen sofort eine ernste Wendung, obwohl der französische Minister des Äußern bereits anfangs September mit dem englischen Botschafter in Paris die Möglichkeit der Besetzung Fa- 3885
schodas besprochen hatte, um einen freundschaftlichen Weg zur Erzielung einer Verständigung zu finden.

Am Nil hatte inzwischen der englische Sirdar, Sir H. Kitchener-Pascha, in Faschoda die ägyptische Flagge hissen lassen und eine Besatzung in den Ort gelegt. Marchand erklärte ihm dort am 19. Sep- 3886, 3887, 3888
tember bei einer persönlichen Begegnung, er werde auf seinem Posten bleiben und Weisungen seiner Regierung abwarten. In Paris pro- 3889
testierte der englische Botschafter gegen das Vorgehen der französischen Expedition. Marchand hatte weder Munition noch Proviant und befand sich daher ganz in der Gewalt Englands. Da eine Rückkehr auf seinem Anmarschwege ausgeschlossen war, mußte er sich als tatsächlich von Frankreich abgeschnitten betrachten. Kitchener-Pascha, 3890
der vor der Leistung des Franzosen Marchand als Afrika-Durchquerer 3894
Respekt hatte, trat in Faschoda gleichsam als sein Retter auf, denn Marchand hätte sich kaum mehr 14 Tage in Faschoda halten können.

Die englische Regierung verharrte bei ihrem Standpunkte
3889 schroffer Ablehnung, da das Vordringen Marchands nach Faschoda einer von Hanotaux am 5. April 1895 abgegebenen Erklärung widerspreche, wonach der ganze Sudan unter der Souveränität des Sultans zu Ägypten gehörte. Die öffentliche Meinung in England war sehr
3890 erregt, so daß Lord Salisbury in der Faschoda-Angelegenheit die ganze öffentliche Meinung Englands für sich hatte. Er schien daher entschlossen, auch nicht einen Schritt zurückzuweichen.

Eine leichte Entlastung schien der französischen Regierung im Oktober 1898 aus den aufeinander folgenden Besuchen des Großfürsten Wladimir, des Grafen Murawiew und der russischen Minister
3891 des Krieges und der Finanzen zu erwachsen. Man hoffte in Paris auf russische Unterstützung den Engländern gegenüber. Außenpolitisch
3892 hatte sich Delcassé seine Stellung dadurch sehr erschwert, daß er nicht von vornherein die Verantwortung für das Vorgehen des Majors
3893 Marchand ablehnte. Graf Murawiew riet daher den Franzosen, Faschoda zu verlassen und weitere Verhandlungen über Ägypten und die Abgrenzung in Afrika anzubieten. Rußland würde Frankreich dabei unterstützen.

England vertrat seinen Standpunkt mit großem Nachdruck. Schon
3895 um die Mitte Oktober 1898 demonstrierte das britische Kanalgeschwader vor Brest, und alles wurde für den Kriegsfall instandgesetzt.
3896, 3897 Graf Murawiew, der bei seiner Rückreise von Paris am 24. Oktober Wien berührte und dort den Botschafter Grafen zu Eulenburg sprach, gab trotzdem seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, dem Zwischenfalle seine Schärfe zu nehmen und Frankreich zu ruhiger Auffassung seiner Lage zu bewegen. Trotzdem traf man in England ernste Kriegsvorbereitungen. Nach einem Berichte des deutschen
3898 Marineattachés in London, des Korvettenkapitäns Coerper, vom 25. Oktober 1898 waren alle Maßnahmen zur Bereitstellung der nicht zur aktiven Flotte gehörigen Schiffe in aller Stille und ohne Aufsehen schon so weit gefördert, daß es nur noch des Mobilmachungsbefehls bedurfte, um Material und Personal in kurzer Zeit bereitzuhalten.
3899 Man hielt offenbar in London den Augenblick für günstig, den immerhin gefährlichen französischen Rivalen zu entkräften und unschädlich zu machen.

Von der größten Bedeutung mußte bei einer so gesteigerten Kriegsgefahr die Haltung Rußlands sein. Kaiser Wilhelm II., der gerade seine Orientreise[1]) unternahm, ließ daher am 28. Oktober 1898
3900 aus Jaffa eine Anfrage folgenden Wortlauts über das Generalkonsulat Odessa nach Livadia an den Zaren ergehen:

„An Seine Kaiserliche Majestät den Kaiser aller Reußen, Livadia.

Ich habe von London und Paris Nachrichten erhalten, daß beide Länder ihre Flotte mobilisieren. Paris scheint sich für einen Staats-

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 177 ff.

streich vorzubereiten. Im Falle eines Zusammenstoßes zwischen den beiden Ländern würde Deine Haltung ihnen gegenüber für mich von größtem Wert sein. Wie siehst Du die Lage an?

Willy."

Der Zar antwortete am 3. November 1898 telegraphisch nach Jerusalem[1]), er wisse nichts von einem bevorstehenden Konflikte 3905
zwischen Frankreich und England. Graf Murawiew, der gerade von Paris zurückgekehrt sei, habe im Gegenteil berichtet, daß nach einer Äußerung Delcassés der Faschoda-Zwischenfall zwischen Frankreich und England kaum zu einem ernsten Mißverständnis führen würde. „Ich denke, man sollte in diesem Falle die Ereignisse abwarten, bevor man irgendeine Entscheidung trifft, um so mehr, als es immer verkehrt ist, sich in andere Angelegenheiten einzumischen, ohne gefragt zu sein." In dem letzten Satze dieser Antwort zeigt sich unbezweifelbar eine leichte Gereiztheit. Der Zar wünschte offenbar nicht, in die Sache hineingezogen zu werden, zumal Delcassé dem Grafen Mura- 3897
wiew gegenüber betont hatte, die Faschoda-Frage gehe nur Frankreich und England und keine dritte Macht an.

In Paris war man in größter Verlegenheit. Delcassé erklärte dem 3901
Grafen Münster, Marchand niemals nach Faschoda geschickt zu haben, da diese Stellung an und für sich wenig Wert habe, und er für sie 3902
die Verantwortung eines Krieges nicht übernehmen wolle. Er hoffe, 3903
nunmehr im Ministerrate durchzusetzen, daß der Befehl zur Räumung von Faschoda gegeben werde. In England wurde weiter gerüstet. 3904, 3906

Am 5. November 1898 zeigte die Agence Havas an, daß der Ministerrat beschlossen habe, die Mission Marchand zurückzuberufen. 3907
Die Engländer hatten sich erboten, die Expedition den Nil herunterbefördern zu lassen, eine Demütigung, über die sich die Franzosen damit zu trösten versuchten, daß die englischen Rüstungen keine Drohung gegen Frankreich, sondern mehr ein Mobilisierungsversuch gegen Rußland gewesen seien. Graf Münster berichtete von einer etwas drastischen Äußerung eines Franzosen, die die Stimmung in Frankreich gut wiedergab: „Ich ziehe einen Fußtritt von hinten einem Faustschlage in das Gesicht vor, den uns die Engländer gegeben haben würden."

Die Kriegsgefahr war aber noch nicht beseitigt. In England hielt man — so sprach sich auch Chamberlain einem Bekannten gegenüber aus — den Zeitpunkt für gekommen, wo Frankreich und 3908
England alle ihre Differenzen einmal und für immer beizulegen hätten. Die englische Nation sei in einer Stimmung, wo sie lieber kämpfen, als nur ein Jota nachgeben wolle. Das Gespräch Chamberlains, über das der preußische Gesandte in Hamburg, Graf von Metternich, an

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 270.

das Auswärtige Amt berichtete[1]), ließ zugleich eine Annäherung Englands an den deutschen Standpunkt erkennen. Man rechnete in London damit, daß im Falle eines Zusammenstoßes zwischen England und Frankreich die guten Wünsche der deutschen Regierung und des deutschen Volkes England begleiten würden.

Die Kriegsvorbereitungen in London wurden inzwischen mit Eifer
3909 fortgeführt, und am 9. November erklärte Lord Salisbury in einer großen Rede beim Lordmayorsfeste in der Guildhall, der Krieg sei vielleicht nicht so nahe gewesen, wie die Zeitungen glauben machen wollten, aber die Regierung habe Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um nicht überrascht zu werden, wenn plötzlich irgendeine Gefahr eingetreten wäre. „Man hat Erstaunen darüber ausgedrückt, daß die Vorsichtsmaßregeln nicht plötzlich wieder beseitigt seien; wir können jedoch nicht alle Vorsichtsmaßregeln im Augenblicke einstellen."

3910 Vielfach vermutete man damals, auch außerhalb Europas, daß England den Moment ergreifen würde, um sein Verhältnis zu Ägypten
3911 endgültig festzulegen. In Frankreich hatte jedenfalls das bisherige Selbstvertrauen einen herben Schlag erlitten. Man glaubte dort vielfach, daß England jetzt sein Protektorat über Ägypten erklären werde. Aus dem zunehmenden Hasse der Franzosen gegen England ergab sich aber keinesfalls eine Annäherung Frankreichs an Deutschland, wie Graf Münster folgern zu können glaubte. Der Kaiser verhielt sich denn auch dieser Andeutung gegenüber skeptisch.

3912 In Italien rechnete man zeitweise mit der Absicht französischerseits, den von England zugeworfenen Handschuh aufzunehmen, falls Sicherheit bestand, daß England bei einem ausbrechenden Kriege nur auf sich selbst angewiesen bleiben würde. In diesem Sinne suchte der französische Botschafter Barrère in Rom zu ermitteln, ob zwischen Italien und England irgendwelche Allianzverhältnisse beständen.

Kaiser Wilhelm II. war inzwischen auf seiner Orientreise nach Baal-
3913 bek in Syrien gelangt. Von dort beantwortete er am 11. November[2]) das oben erwähnte Telegramm des Zaren vom 3. November 1898[3]). Der Kaiser ließ dem Zaren telegraphieren, daß nach den ihm zugegangenen Nachrichten nicht nur die britische Flotte, sondern seit einigen Tagen auch die britischen Landstreitkräfte in aller Ruhe für den Krieg vorbereitet würden. Zweifellos bereite sich England auf einen plötzlichen Schlag vor, wahrscheinlich auf die Annektierung Ägyptens und des gesamten Gebietes von Bahr-el-Ghazal, das den Franzosen gehöre. Der französische Rückzug von Faschoda habe den Briten in keiner Weise genügt. Die Engländer sähen die Lage als sehr günstig an, da Rußland nicht helfen könne und seine Flotte im Winter eingefroren sei. Da die deutsche Flotte nicht der Rede wert sei, würde Frankreich

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 270/272.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 272.
[3]) Nr. 3905.

ganz von der Gnade Englands abhängen. Im Schlusse seines Telegramms wies der Kaiser die ihm in der Zarenantwort vom 3. November zweifellos erteilte Lektion, man solle sich nicht unbefugt in die Dinge anderer einmischen, mit folgenden Worten zurück: „Ich bin erstaunt, daß Graf Murawiew von allem nichts gesehen und gehört hat. Du wirst zugeben, daß die Lage äußerst gefährlich ist, und es um so mehr geworden ist durch den unglücklichen und unzeitigen Rückzug der Franzosen von Faschoda, der der britischen Habgier und skrupellosen Herrschsucht einen starken Antrieb gegeben hat. Ich träume nicht von Einmischung, aber da ich ein Unwetter heraufziehen sehe, bin ich gezwungen, meine Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, und wünsche, meine Politik, falls Schwierigkeiten entstehen sollten, der Deinigen so weit wie möglich anzupassen."

Dieses zweifellos in der Beurteilung Englands viel zu scharf gefaßte Telegramm gab der den Kaiser begleitende Staatssekretär B. v. Bülow zunächst chiffriert nach Berlin. Dort erhob der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Richthofen, gegen die Fassung Bedenken. Er befürchtete mit Recht, daß der 3914
Inhalt des Telegramms bei der nächsten Gelegenheit vom Grafen Murawiew nach England hin mitgeteilt werden würde. Durch eine 3915
solche Mitteilung konnte Deutschlands zurzeit freundschaftliches Verhältnis zu England ernstlich in Frage gestellt werden, und es war vor allem auch ganz unsicher, ob das Telegramm des Kaisers bei dem Zaren eine sehr viel verständnisvollere und freundlichere Aufnahme finden würde als das erste vom 28. Oktober (Nr. 3900). Kaiser Wilhelm II. entschloß sich daraufhin zu einer Milderung des Telegramms [1]) und ließ den oben erwähnten Satz: „Ich bin sehr erstaunt, 3916
daß Graf Murawiew von allem nichts gesehen und gehört hat", und den folgenden Satz mit der scharfen Kennzeichnung der „britischen Habgier und skrupellosen Herrschsucht" fort. Bemerkenswert ist bei diesem Telegrammwechsel, daß B. v. Bülow der scharfen Fassung des kaiserlichen Telegramms nicht von vornherein entgegengetreten ist. In der gemilderten Form schien dem Reichskanzler Fürsten Hohen- 3917
lohe das Telegramm des Kaisers unbedenklich.

Der gerade in Berlin anwesende deutsche Botschafter in Petersburg, Fürst Radolin, war mit dem Kaisertelegramm auch in seiner abgeschwächten Form keineswegs einverstanden, da das Telegramm 3918
sofort nach England mitgeteilt werden würde. Wenn der Kaiser trotz des ablehnenden Wortlautes des Zarentelegramms (Nr. 3905) Wert darauf lege, dem Zaren derartige Mitteilungen zu machen, so empfehle sich jedenfalls nur der mündliche Weg, am besten durch den russischen Botschafter in Berlin. Der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe schloß 3919
sich diesen Bedenken nicht an und entschied sich für die Absendung

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 273.

des Kaisertelegramms nach Petersburg, die nun auch am 14. November tatsächlich erfolgte.

Bezeichnend für die damalige amtliche deutsche Auffassung der Lage ist eine für den Prinzen Heinrich von Preußen bestimmte Auf-
3920 zeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow, die er am 15. November von Malta zur Überlieferung an die Prinzessin Heinrich bei ihrer Durchreise nach Kairo telegraphieren ließ[1]). Darin hieß es — nach einer Kennzeichnung der französischen Kapitulation von Faschoda, die ein zweites Sedan genannt zu werden verdiene —, daß England, angesichts der nur matten Unterstützung Frankreichs durch die Russen, jetzt den Versuch machen würde, auf dem ganzen Erdball mit den Franzosen abzurechnen. „Gegenüber allen diesen Verwicklungen und Gegensätzen zwischen den verschiedenen Mächten bleibt die Politik Seiner Majestät des Kaisers eine unabhängige, feste und gerade. Sie läßt sich in den Mahlstrom weder der englischen noch der russischen Tendenzen hineinziehen, sondern verfolgt, in gleich guten Beziehungen zu jenen beiden Mächten, wie in intimer Fühlung mit den Dreibundsalliierten, nur deutsche Interessen. Daß dies im Inland und Ausland mehr und mehr anerkannt wird, ist ein schöner Lohn für die 10jährige mühevolle Arbeit unseres Kaiserlichen Herrn." Daß diese Auffassung des Staatssekretärs v. Bülow eine viel zu günstige war, hatte gerade eben der Telegrammwechsel mit dem Zaren gezeigt.

3921 In England war man noch keineswegs befriedigt, und in den diplomatischen Kreisen Petersburgs sah man nicht ohne Besorgnis die
3922 Entwicklung der Dinge zwischen Frankreich und England, da man dort nicht gesonnen war, anders als moralisch zugunsten Frankreichs vermittelnd einzutreten. In England aber gestattete die öffentliche
3923 Meinung keinerlei Nachgiebigkeit. Nach der Ansicht des Grafen Hatzfeldt hielt man die eingeleiteten Rüstungen vor allem deshalb aufrecht, weil Frankreich vielleicht nachträglich mit unannehmbaren Kompensationsforderungen hervortreten konnte, die man nachdrücklich zurückzuweisen entschlossen war.

Rußland wirkte in England dauernd für eine freundlichere Ge-
3924 staltung der Beziehungen zu Frankreich. Man war in Petersburg schon aus dringenden finanziellen Gründen durchaus friedensbedürftig,
3925 und die inneren Zustände in Frankreich schienen ein größeres Vertrauen der Russen keineswegs zu rechtfertigen. Daher suchte man in
3926 Paris den Krieg durchaus zu vermeiden. Der Gedanke einer Annäherung an Deutschland wurde zwar, nach dem Urteil des Grafen Münster vom 29. Dezember 1898, allgemeiner, hatte aber politisch keinen Wert, solange dabei noch von Elsaß-Lothringen die Rede war.

Noch im Januar 1899 hielt man in Paris die von England
3927 drohende Kriegsgefahr für noch nicht beseitigt. In Portsmouth und

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 178 (Nr. 3347).

Plymouth wurde Tag und Nacht gearbeitet, viele Fabriken hatten noch Bestellungen für Kriegsmaterial zu erledigen. Delcassé allerdings sprach in Paris mit der größten Zuversicht von der Erhaltung des Friedens. Graf Münster meinte aber, daß England einen Vorwand zum Kriege schließlich schon in Neufundland oder Afrika finden werde. Man hoffte in Paris auf eine Auflösung des Dreibundes und machte alle Anstrengungen, um mit Österreich und Italien auf möglichst gutem Fuße zu stehen. Die freundliche Haltung Deutschlands 3928
erkannte man an, wenigstens in Regierungskreisen. Von der russischen Hilfe erwartete man nicht viel, da Rußland in der Faschodafrage keinen Finger gerührt habe. 3929

Am 26. Januar 1899 berichtete Graf Hatzfeldt aus London, die Stimmung gegen Frankreich habe sich abgekühlt, und eine neue Kriegs- 3930
gefahr zwischen England und Frankreich sei fürs erste wohl nicht zu erwarten. Aus Paris berichtete Graf Münster am 31. Januar in gleichem Sinne. Eine Verständigung über die Bahr-el-Ghazal-Frage 3931
schien bevorzustehen, wenn auch Lord Salisbury große Zurückhaltung 3932
zeigte. 3933

Ende November 1898 hatte in Maskat am Persischen Golf ein Besuch des französischen Kriegsschiffes „Scorpion" stattgefunden. Der Sultan von Oman war bereit, der französischen Regierung einen Platz zur Errichtung einer Kohlenstation in der Nähe von Maskat einzuräumen. Hieraus ergab sich im Februar 1899 eine neue Spannung 3934
zu England, da der britische dortige Resident die drei ständig im Persischen Golf befindlichen englischen Kriegsschiffe bei Maskat vereinigte und noch ein weiteres Schiff hinzuzog, um die Errichtung der Station und das Hissen der französischen Flagge gewaltsam zu verhindern. Gegenüber der Drohung mit einem englischen Bombardement 3935
zog der Sultan von Maskat die den Franzosen erteilte Genehmigung zurück. Die Angelegenheit wurde aber schließlich dann doch friedlich geregelt. Nach der Ansicht des Grafen Münster hatten es die Fran- 3936–3939
zosen hauptsächlich der Königin Viktoria von England zu verdanken, daß der Frieden erhalten blieb. 3940

In Nr. 3941 der Dokumente ist aus der oben schon erwähnten Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow vom 14. März 1899[1]) 3941
für den in Ostasien weilenden Prinzen Heinrich von Preußen als Richtlinie für die deutsche Politik die Ansicht festzuhalten, daß es bei den im Vordergrunde der europäischen Politik stehenden großen Gegensätzen, einmal zwischen England und Frankreich, und sodann wiederum zwischen England und Rußland, für Deutschland auch in Zukunft nur richtig sei, eine abwartende Mittelstellung einzunehmen.

Am 15. März 1899 berichtete Graf Hatzfeldt über eine befriedi-

[1]) Vgl. Nr. 3566, 3778, 4248.

3942 gende Wendung der englisch-französischen Verhandlungen. Tatsächlich kam am 21. März 1899 in London eine englisch-französische Erklärung über die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen südlich und westlich vom Niger und der Interessensphären östlich vom Niger zustande. England behielt Bahr-el-Ghazal und Darfur, Frankreich Wadai, Bagirmi und das Gebiet im Osten und Norden des Tschadsees. Beide Teile gestanden sich gleichartige Behandlung in den strittigen Gebieten zu. Das Abkommen wurde beiden Teilen gerecht und ließ
3943 auf keiner Seite den Wunsch zurück, sich anderweit zu rächen.

Delcassé war sichtlich befriedigt. Das Abkommen mit England über Afrika gab ihm nach einem Berichte des Grafen Münster vom
3944 24. März 1899 das Gefühl eines Mannes, der einer großen Gefahr entronnen ist. Eine stets drohende Ursache zu Konflikten war beseitigt worden, die Besorgnis, daß die englische Kriegspartei weiter nach einem Vorwande zum Kriege suchen werde, aber noch nicht verschwunden. Der von Münster erwähnten Ansicht, wenn England seine Auseinandersetzung mit Frankreich bis nach der großen Pariser Ausstellung von 1900 verschob, werde ein für Frankreich gefährlicher Moment kommen, trat Kaiser Wilhelm II. entgegen. Er nahm an, daß Rußland und Frankreich, durch Englands Drohungen und Rüstungen kirre gemacht, in den nächsten Jahren an Schiffen bauen würden, was nur möglich sei. Dadurch verschlechtere sich die Lage für England.

Den Abschluß des Faschoda-Konfliktes bildet in der Dokumenten-
3945 sammlung ein Bericht des Grafen Hatzfeldt über ein Gespräch, das er am 29. Juni mit dem englischen Marineminister, Viscount Goschen, über die Haager Friedenskonferenz führte. Goschen begründete seine ablehnende Haltung gegen ein ständiges Schiedsgericht mit Englands Erfahrungen im Faschoda-Konflikt. Hätte Frankreich sich damals auf ein solches Schiedsgericht zurückziehen können, so wäre es in der Lage gewesen, seine Rückständigkeit in den Kriegsvorbereitungen zu Englands Ungunsten auszugleichen. Dabei kam zur Sprache, daß die Stellung Deutschlands für die Entscheidung des Faschoda-Konflikts von entscheidender Bedeutung gewesen sei. Falls Deutschland damals aus seiner für England immer noch freundlichen Reserve herausgetreten wäre und sich zu einer politischen Annäherung an Frankreich und seine Alliierten entschlossen hätte, so würde England nicht die gleiche Nachgiebigkeit in Paris gefunden haben.

Anhang

Die Dreibundmächte und das Englisch-Französische Abkommen über Zentralafrika 1899

In Italien hatte das Bekanntwerden der englisch-französischen Abmachung über das tripolitanische Hinterland — Deklaration vom

21. März 1899[1]) — große Bestürzung erregt. Man wünschte zu 3946
wissen, wie Deutschland über die in diesem Vertrage begangene
Verletzung der von England anerkannten Grundsätze des status quo
im Mittelmeer sowie der Souveränität des Sultans denke. Von
Deutschland erhoffte man offenbar ein wirksames Eingreifen und 3947
fühlte sich durch die drohende Überlieferung des Hinterlandes von
Tripolitanien an Frankreich politisch bloßgestellt. Deutschland be-
schränkte sich darauf, durch eine vom Grafen Hatzfeldt am 3. Mai 3948
1899 in London überreichte Note in aller Form seine Rechte zu
wahren.

Auch in der Türkei befürchtete man von dem Abschlusse der Deklaration vom 21. März 1899 Übergriffe der französischen Kolonialpolitik; die Türkei fühlte sich durch die Schädigung des Handels von Tripolitanien nach dem inneren Afrika besonders schwer betroffen. Wenn Frankreich durch den Besitz des Hinterlandes von Tripolitanien 3949
den Handel dieser Provinz nach dem inneren Afrika in seine Gewalt bekomme, so befürchtete man auch in Italien, daß dann der politische Einfluß Frankreichs in Tripolitanien der maßgebende werden müßte. „Für Italien bleibt dann von der afrikanischen Mittelmeerküste überhaupt nichts mehr übrig." Demgemäß betonte der italienische Botschafter in London die Unzufriedenheit Italiens mit der geschlossenen Vereinbarung. „Die Herren Italiener werden nun wieder einmal praktisch darüber belehrt," schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Bericht des Grafen Hatzfeldt vom 4. April 1899, „wohin man kommt, wenn man 3950
England gute Dienste leistet ohne vorherige klare bindende Abmachungen, nur aus gutem Herzen! Wir haben sie genügend gewarnt."

Es ergab sich nunmehr eine Annäherung Italiens an Frankreich. 3951,
Die französische Regierung, die seit längerer Zeit jede Gelegenheit 3952
ergriffen hatte, um Italien durch Gefälligkeiten für sich zu gewinnen, 3953
ließ durch ihren Botschafter Barrère in Rom erklären, daß, wenn sie auch mit England ein Abkommen über das Hinterland von Tripolitanien getroffen habe, Italien in keiner Weise zu fürchten brauche, Frankreich auf seinem Wege zu finden, wenn es einst selbst Absichten auf Tripolitanien haben sollte.

In Berlin und Wien billigte man den Standpunkt der italienischen Regierung, daß der gegenwärtige Besitzstand von Tripolitanien nicht 3954,
ohne italienische Zustimmung verändert werden dürfe. Der italienische 3955
Außenminister Graf Canevaro wurde dahin verständigt, daß er in
seiner Parlamentsrede am 1. Mai 1899 erklären könne, Deutschland 3956
sei mit seinem Standpunkte einverstanden, den er bereits am 24. April 1899 dahin klargestellt hatte, „daß weder jetzt noch in Zukunft eine Unternehmung der beiden Mächte Frankreich und England gegen

[1]) Vgl. Nr. 3943.

Tripolitanien als integrierenden Teil des Türkischen Reiches zu befürchten wäre, und daß nichts geschehen würde, was die Handelsbeziehungen zwischen Tripolis und dem inneren Afrika unterbinden könne."

Die gleiche Auffassung ließ übrigens auch Lord Salisbury der
3957 Türkei gegenüber bekunden. Diese hatte sich schon vorher dazu entschlossen, Besitzergreifungsakte im Hinterlande von Tripolitanien zu vollziehen, militärische Posten unter Hissung der türkischen Fahne dort zu errichten und durch Verhandlungen mit den dortigen Scheichs die Oberhoheit der Pforte anerkennen zu lassen.

Kapitel 94

Die Bagdadbahn 1890—1900

Schon am 4. Oktober 1888 war ein erster Konzessionsvertrag zwischen der Pforte und einer von der Deutschen Bank in Berlin geführten Finanzgruppe über den Bau der Strecke Ismid—Angora und den Ankauf der von der türkischen Regierung gebauten Strecke Haidar Pascha—Ismid geschlossen worden. Am 23. März 1889 war die Begründung der anatolischen Eisenbahngesellschaft erfolgt.

Die Dokumente des 94. Kapitels setzen mit einem Berichte des deutschen Botschafters zu Konstantinopel v. Radowitz vom 4. Juni
3958 1890 über die feierliche Übergabe der ersten fertiggestellten Strecke der kleinasiatischen Bahn, nämlich der Strecke von Ismid bis Angora, ein. An der Feierlichkeit nahmen von den deutschen Leitern der Unternehmung Dr. Georg Siemens aus Berlin, Direktor Kaulla von der Württembergischen Vereinsbank und der Generaldirektor der Anatolischen Bahn v. Kühlmann teil.

Im Oktober 1891 bat der Sultan den deutschen Kaiser um mora-
3959 lische Unterstützung für das aus seiner — des Sultans — persönlichen Initiative hervorgegangene Eisenbahnprojekt Angora—Bagdad und
3961 äußerte den Wunsch, dieses Unternehmen niemand anderem als dem Vertreter der deutschen Gruppe, dem Direktor Kaulla, mit dem er bereits darüber verhandelt hatte, zu übertragen [1]). Deutscherseits
3960 schien es angezeigt, dem Wunsche des Sultans Rechnung zu tragen.
3962, 3963 Jetzt erhob England Einspruch, was in Berlin scharfe Mißstimmung
3964 erregte. Der Staatssekretär des Äußern, Frhr. v. Marschall, sagte daraufhin am 6. Januar 1893 dem englischen Botschafter in Berlin,
3965 Sir Edward Malet, die Stellungnahme der englischen Regierung stehe zu dem deutscherseits stets bewiesenen Entgegenkommen in einem

[1]) Deutscher Wortlaut eines vom Sultan Abdul Hamid II. an den türkischen Botschafter in Berlin gerichteten Schreibens siehe S. 273.

derartigen Mißverhältnis, daß Deutschland in Erwägung ziehen müsse, „ob wir in Zukunft dies Mißverhältnis nicht durch eine andere Gruppierung der Interessen bei vorkommenden Fragen auszugleichen haben werden". Ein Einspruch in dieser Form gegen die Konzessionserteilung an Deutsche sei nicht nur eine Unhöflichkeit, sondern geradezu ein feindseliger Akt. Der englische Botschafter, der über die 3966
Sache selbst noch nicht unterrichtet war, entgegnete, daß die Erbauung der fraglichen Eisenbahnen für England große Bedeutung habe, da sie den Zukunftsweg nach Indien bildeten.

England lenkte ein, da es einen Wechsel der deutschen Politik in 3967
Ägypten befürchtete. Demgemäß telegraphierte am 9. Januar 1893 3968
Lord Rosebery nach Berlin, die englische Regierung wünsche unter 3969
keinen Umständen, eine Konzession an die deutsche Gruppe für die Eisenbahn von Angora nach Bagdad zu hindern[1]).

Ein ausführlicher Bericht des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Fürsten v. Radolin, vom 9. Januar 1893 zeigt die Vielfältig- 3970
keit der Interessen der verschiedenen Großmächte an den türkischen Bahnbauten. England zog sich auf die Betonung der Interessen seiner 3971
Kapitalisten zurück, und in London betonte Lord Rosebery wiederholt, 3972, 3974
daß er kein Interesse daran habe, durch eine Störung der deutschen Eisenbahnprojekte in Kleinasien die ihm so wertvolle deutsche Freundschaft, für die er stets und überall eingetreten sei, aufs Spiel zu setzen. Dennoch bestand in Berlin der berechtigte Verdacht, daß 3973
England in Konstantinopel heimlich ein französisches Bahnprojekt unterstütze.

In der Berichterstattung über die Bagdadbahn tritt in den Dokumenten nunmehr eine Pause von über fünf Jahren ein. Mit dem 17. Mai 1898 beginnt wieder eine lebhafte, und soweit als Berichtender der neue Botschafter am Goldenen Horn, Frhr. v. Marschall, in Frage kommt, zum Teil sehr ausführliche Berichterstattung über die weiteren Bahnprojekte und die damit in Verbindung stehenden Verhandlungen mit den Großmächten.

In seinem Berichte vom 9. April 1898 vertrat Marschall den 3975
Standpunkt, daß allen Einwendungen gegenüber, die Rußland gegen die Fortsetzung der anatolischen Bahn bis Bagdad erheben könnte, Deutschland sich nicht dazu bringen lassen dürfe, auf die wirtschaftliche Entwicklung eines weiten Gebietes zu verzichten, dessen wir für unsere Industrie bedürften. Damals schien der Moment für die Vorbereitung der Verlängerung der anatolischen Bahn zunächst von Angora nach Cäsarea gekommen, und gleichzeitig sollte sich die anatolische Bahngesellschaft das Vorrecht für den Weiterbau nach Bagdad unter Ausschluß jeder fremden Konkurrenz sichern. Kaiser

[1]) Deutscher Wortlaut des Telegramms siehe S. 274.

3976 Wilhelm II. war dem Plan geneigt. Es ergaben sich aber Schwierig-
3977 keiten, weil der preußische Finanzminister die Beteiligung der See-
handlung bei der Finanzierung des Weiterbaues nicht zulassen wollte.

Durch ein Kaiserliches Irade vom 29. Januar 1899 wurde der
3978 anatolischen Eisenbahngesellschaft endgültig die Konzession zur Er-
bauung eines großen Handelshafens in Haidar Pascha erteilt. Zugleich
willigte die türkische Regierung ein, die Bahn nach Skutari weiter-
führen und dort selbst einen Hafen anlegen zu lassen. Marschall
erblickte darin einen Erfolg der deutschen Politik gegenüber den
französischen Treibereien, und in der Tat erhob der französische
3979 Botschafter am Goldenen Horn anfangs Februar Einspruch gegen die
erteilte Konzession.

Über die weiteren Erörterungen enthalten die Dokumente Nr.
3980–3987 3980—3987 ein für die Spezialgeschichte wertvolles Material. Einen
guten Überblick gewährt der ausführliche Bericht des Botschafters
3988 Frhr. v. Marschall vom 6. Juni 1899, in dem er die Haltung der
Franzosen und Russen genau untersucht. Er erblickte in den Bahn-
bauten eine Notwendigkeit für die Mobilisierung der türkischen Armee
und für die Erschließung der reichen Hilfsquellen des Landes. Damit
sei eine Entwicklung angebahnt, die Rußland nicht wünschen könne,
3989, 3990 weil sie der Stärkung des Türkischen Reiches diene, die zu hindern
Rußland aber außerstande sei. Es würden indes noch Jahre, vielleicht
Jahrzehnte darüber hingehen, bis das jetzt Geschaffene vollen Ertrag
gewähre. Vor den russischen Drohungen dürfe Deutschland nicht
zurückweichen.

3991 Im November 1899 erhielt Deutschland die Vorkonzession für die
Bagdadbahn der anatolischen Eisenbahngesellschaft. Sie wurde am
23. Dezember 1899 ausgefertigt, die Konzession selbst und der end-
gültige Vertrag wurden aber erst am 21. Januar 1902 und am 5. März
1903 unterzeichnet. Von besonderem geschichtlichen Wert ist unter
den hierüber mitgeteilten Dokumenten der sehr ausführliche Bericht
3992 Marschalls vom 27. November 1899, den er nach Abschluß der Ver-
handlungen mit dem Sultan über die Konzession der Bahnlinie Konia—
Bagdad—Bassorah erstattete. Englischerseits waren gelegentlich
Schwierigkeiten gemacht worden. Die Haltung der russischen Bot-
schaft in Konstantinopel war amtlich zwar eine neutrale gewesen,
aber einzelne Mitglieder der Botschaft hatten auf eigene Faust gegen
die deutschen Pläne operiert.

Mit dem Irade des Sultans über die Vorkonzession vom 23. De-
zember 1899 war nun ein entscheidender Schritt zur Durchführung
des großen Unternehmens der Bagdadbahn unter deutscher Führung
geschehen, und Marschall hoffte zuversichtlich, etwaiger künftiger
Schwierigkeiten Herr zu werden. Im Auswärtigen Amte hatte man
3993 in richtiger Erkenntnis der Schwierigkeiten der Lage alles zu ver-
meiden gesucht, was die Eifersucht der Engländer unnötig erregen und

namentlich, was dem Mißtrauen der Russen in dieser Richtung Vorschub leisten konnte. Graf Bülow legte Wert darauf, auch in der Presse den Standpunkt vertreten zu sehen, daß es der deutschen Politik 3994
gelungen sei, auch in dieser Frage mit Rußland sowie mit England gute und fruchtbare Beziehungen zu unterhalten. Die englische Presse behandelte den neuen wirtschaftlichen Erfolg der deutschen Politik verhältnismäßig wohlwollend.

Anhang

Deutsche Bahnbauten und Kohlenstationen in Persien und Arabien?

Seit langen Jahren bildete das Sultanat Maskat, dessen staatsrechtliche Stellung zur Türkei unklar war, den Gegenstand der Rivalität zwischen England und Frankreich[1]). Beide Regierungen hatten dem Lande in einem Vertrage vom 20. März 1862 seine Unabhängigkeit garantiert. Der Einfluß Frankreichs war aber mehr und mehr zurückgedrängt worden, so daß England seit geraumer Zeit eine Art von Protektorat über Maskat ausübte.

Nun regte im Winter 1898/99 ein preußischer Offizier, der im Hinterlande von Aden eine Reise gemacht hatte, Oberleutnant Werther vom 2. Pommerschen Feldartillerieregiment Nr. 17, den Ab- 3996
schluß eines Protektoratsvertrages über das am Golfe von Oman gelegene Sultanat Maskat an. Der Londoner Botschafter Graf Hatzfeldt wurde um seine Meinung gebeten, riet aber von einem solchen Versuche dringend ab, denn gerade damals fanden zwischen England 3997–4004
und Frankreich über die Maskatfrage gereizte Verhandlungen statt. Auch Rußland beobachtete Deutschlands Vorgehen im persischen Gebiet mit Argwohn. Als Oberleutnant Werther im April 1899 auf seinen Vorschlag nochmals zurückkam, widerriet Graf Hatzfeldt seiner Ausführung nochmals aus Rücksicht auf die damaligen englisch-deutschen Beziehungen.

Für die Haltung der deutschen Politik gegenüber der Entwicklung der Dinge im südlichen Kleinasien und im Persischen Meerbusen ist ein Schreiben des Staatssekretärs B. v. Bülow an den Grafen Hatzfeldt 4005
vom 13. Mai 1899 und die Antwort des Botschafters Grafen Hatzvom 16. Mai aufschlußreich. Graf Hatzfeldt war gern bereit, in 4006
London vorsichtig zu sondieren, ob und wie weit der Gedanke deutscher Mitarbeit in jenen Gegenden in London eine günstige Aufnahme finden würde, empfahl aber, diese Sondierung nicht übereilen zu müssen. Er wollte sie auf einen Augenblick verschieben, wo in den Londoner maßgebenden Kreisen der Wunsch einer An-

[1]) Vgl. o. S. 63 (Kap. 93, Nr. 3934).

4007 lehnung an Deutschland wieder mehr in den Vordergrund trete. Diesem Vorschlage stimmte Bülow zu.

4008 Im Sommer 1899 äußerte der Sultan in Therapia die Absicht, eine Bahn vom Hafen von Hodeida am Roten Meer nach der 310 Kilometer entfernten Hauptstadt der Jemenprovinz Sana bauen zu lassen. Er wünschte, daß die anatolische Eisenbahngesellschaft den Bau und 4009 Betrieb dieser Linie übernehmen möge. In Berlin war man aus Rücksicht auf die entstehenden hohen Kosten wenig geneigt, diesem 4010 Wunsche nachzukommen. Die deutsche Botschaft empfahl daraufhin, den Bahnbau wenigstens grundsätzlich anzunehmen, da bei der Ablehnung des Vorschlages sich so leicht für Deutschland keine Gelegenheit wieder bieten würde, sich im Roten Meer Vorteile zu 4011 sichern. Auch Graf Hatzfeldt trat dieser Ansicht bei und empfahl, den türkischen Vorschlag prinzipiell anzunehmen.

Nunmehr erklärten sich die anatolische Eisenbahngesellschaft und die Deutsche Bank grundsätzlich bereit, die Bahn von Hodeida nach 4012 Sana zu bauen und zu betreiben. Marschall wurde ermächtigt, ungesäumt in die Verhandlungen mit dem Sultan einzutreten, die durchaus geheimgehalten werden sollten. Die Voraussetzung sollte bilden, daß genügend staatliche Sicherungen gegeben und sichergestellt würden.

Der Sultan erklärte sich einverstanden und bat um die sofortige 4013 Entsendung eines tüchtigen deutschen Eisenbahningenieurs nach Kon-4014 stantinopel, ein Wunsch, dem entsprochen werden sollte. Das Interesse des Sultans für den Bahnbau erlahmte aber bald, so daß aus dem Plane nichts wurde.

Ebensowenig verwirklichte sich der deutsche Wunsch nach Erlangung einer Kohlenstation am Roten Meere. Zwar wurde ein deutsches Kohlendepot auf den Farsan-Inseln im Roten Meere angelegt, auf seine weitere Benutzung aber im Herbst 1902 ausdrücklich verzichtet, als russische Verdächtigungen auf eine „deutsche Besitznahme der Farsan-Inseln" hinwiesen.

Kapitel 95

Der Russische Vorschlag eines Abkommens mit Deutschland über die Meerengen und Kleinasien 1899

4015 Am 24. März 1899 meldete sich der russische Botschafter in Berlin, Graf von der Osten-Sacken, bei dem Staatssekretär B. v. Bülow mit Besorgnissen wegen der zwischen der Türkei und der anatolischen Eisenbahngesellschaft über die Anlage des Hafens von Haidar Pascha abgeschlossenen Konvention [1]). Bülow erwiderte ihm, Deutsch-

[1]) Vgl. o. S. 68 (Nr. 3981).

land erstrebe in Konstantinopel keinen vorherrschenden Einfluß. Daß das Deutsche Reich in einem gewissen Grade das Vertrauen des Sultans und der türkischen Regierung genösse, könne Rußland vom Standpunkte der wirklichen russischen Interessen nicht unangenehm sein. Deutschland verfolge im Türkischen Reiche überhaupt keine politischen, sondern kommerzielle Ziele, da es Absatzmärkte brauche. Der russische Botschafter hob schließlich mit besonderem Nachdruck hervor, daß die Sicherung des Schwarzen Meeres und seines Zuganges für Rußland die eigentliche Haupt- und Lebensfrage sei.

Aus diesem Gespräche entwickelte sich allmählich der russische Vorschlag eines Abkommens mit Deutschland über die Meerengen und 4016–4018
Kleinasien, über den im Frühjahr 1899 hin und her verhandelt worden ist. Deutscherseits vertrat man den Standpunkt, daß jede geheime Abmachung mit Rußland über den Orient mit dem Dreibundvertrage 4019
in Widerspruch stehe, und daß man dadurch in die Abhängigkeit Rußlands geraten würde. Ein deutsch-russischer Gedankenaustausch könne 4020
daher notgedrungen vorläufig nur einen akademischen Charakter tragen. Für einen festen Vertrag schienen die Voraussetzungen nicht 4021
gegeben. Rußland sei verbündet mit Frankreich, und letzteres mache aus seinem Wunsche kein Hehl, bei erster sich bietender Gelegenheit Deutschland anzugreifen. Solange Frankreich nicht anderen Sinnes werde, wolle sich Deutschland nicht ohne Not neue Feinde machen. Das von Rußland empfohlene Abkommen über die Meerengen und Kleinasien könne aber die Wirkung haben, Mächte, die bisher noch Rücksicht auf Deutschland nähmen, zu festen Gegnern Deutschlands zu machen, und andere Mächte, deren Politik jetzt in einem überwiegend deutschfreundlichen Sinne geleitet werde, mindestens abzukühlen.

Die russischen Staatsmänner gaben sich aber noch nicht zufrieden. In Petersburg nahm Graf Murawiew die Besprechungen mit dem Fürsten Radolin Ende Juni 1899 wieder auf und erklärte, Rußland 4022
wolle sich mit den deutschen Fortschritten in Kleinasien abfinden und auch weitere Fortschritte gutheißen, wenn „Deutschland seinerseits die traditionellen ausschließlichen Ansprüche Rußlands auf den Bosporus unzweideutig anerkenne und dementsprechend gegebenen Falles auch auf die anderen Mächte einwirke". Hierzu vermerkte Kaiser Wilhelm II.: „Wie unendlich großmütig und gnädig! So ungefähr muß Nikolaus I. Friedrich Wilhelm IV. gegenüber geredet haben! Das ist aber unter mir verflucht anders! . . ." Der Ton des Grafen Murawiew war in der Tat auffallend und entsprach wenig dem Grundgedanken einer wirklich freundschaftlichen Vereinbarung.

Am gleichen Tage, dem 29. Juni 1899, berichtete der deutsche 4023
Botschafter in Petersburg nochmals über seine Besprechung mit dem Grafen Murawiew vom 28. Juni. Er hatte sich bei diesem Anlaß über das Verhalten zweier preußischer Offiziere, darunter des Majors

Morgen, der sich als Militärattaché bei der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel befand, beklagt. Die beiden Offiziere hätten an der russisch-türkischen Grenze bei Erzerum die türkischen Truppen besichtigt und an den dortigen Übungen teilgenommen, gleichsam als wären sie türkische Offiziere. Solche Vorgänge gerade an der Grenze könne Rußland nicht mit Gleichgültigkeit ansehen. Fürst Radolin schnitt das Gespräch kurz ab und verwies auf den amtlichen Weg über
4024 den russischen Botschafter in Berlin. Es schien fast, als wenn Graf Murawiew Deutschland durch Drohungen seinen Vorschlägen geneigt machen wollte.

Der Kaiser war über die gegen seinen Flügeladjutanten, den
4025 Major Morgen, erhobenen Vorwürfe sehr erbost und bezeichnete das Auftreten des Grafen Murawiew als eine Unverschämtheit, die er sich
4026 verbeten haben wolle. Der deutsche Botschafter in Petersburg wurde angewiesen, aus eigener Initiative auf die Meerengenfrage nicht mehr zurückzukommen. Sollte dies vom Grafen Murawiew geschehen, so sollte er sich ausweichend verhalten. Fürst Radolin wurde ferner beauftragt, dem Grafen Murawiew das Erstaunen Seiner Majestät und die scharfe Zurückweisung der gegen den Major Morgen erhobenen Klagen auszusprechen. Er sollte darauf hinweisen, daß der Kaiser noch keinem Fremden verboten habe, in Lothringen vor den
4027 Mauern von Metz die Schlachtfelder zu bereisen. Als Fürst Radolin sich in Petersburg seines Auftrages entledigte, entschuldigte sich Graf Murawiew zwar wegen des Anlasses zu einer Verstimmung des Kaisers, erhielt aber die Klagen über das Verhalten des Majors Morgen aufrecht, das ihm mit der Vertretung lediglich kommerzieller deutscher Interessen wenig übereinzustimmen scheine. Fürst Radolin wies diesen erneuten Angriff mit Schärfe zurück.

Aus den Dokumenten des 95. Kapitels geht klar hervor, wie wenig günstig sich die deutsch-russischen Beziehungen allmählich entwickelt hatten. Für die sachlichen Verstimmungen zwischen den beiden Mächten boten die persönlichen Beziehungen der Monarchen keinen zufriedenstellenden Ausgleich mehr.

Kapitel 96

Das Abkommen über Samoa und die Deutsch-Englischen Beziehungen 1899

Die Samoa-Frage hat in den Jahren 1898 und 1899 die an der samoanischen Inselgruppe beteiligten Großmächte, Amerika, England und Deutschland, Monate hindurch auf das Ernsteste beschäftigt und zeitweise zu einer erheblichen Verstimmung zwischen England und Deutschland geführt. Die über diesen spannenden Zeitabschnitt der

deutschen Kolonialgeschichte veröffentlichten Dokumente — es sind aus der Zeit vom August 1898 bis zum November 1899 nicht weniger als neunzig Stück — ergeben ein klares Bild der durch die deutsche Politik damals zu überwindenden Schwierigkeiten, die zweifellos durch die Nichtannahme des englischen Bündnisantrages durch Deutschland noch erheblich verschärft worden sind.

Für unsere Zwecke genügt die Hervorhebung der allgemeinen politischen Zusammenhänge und der Hinweis darauf, daß hier für die Spezialgeschichtsschreibung der deutschen Kolonialpolitik eine neue wichtige Quelle gegeben ist. Mehr noch als bei den anderen Kapiteln wird es zur Aufrechterhaltung des geschichtlichen Zusammenhanges nützlich sein, sich der synchronistischen Zusammenstellung zu bedienen. Dadurch wird im besonderen klar werden, wie die Verhandlungen Deutschlands mit den Zweibundmächten von den Samoa-Wirren mittel- und unmittelbar beeinflußt worden sind.

Schon in den neunziger Jahren war es ein Ziel der deutschen Kolonialpolitik gewesen [1]), Samoa an Deutschland abgetreten zu sehen. Bisher hatten sich Amerika, England und Deutschland in die Verwaltung der Inselgruppe geteilt, und der Wunsch Amerikas, sich aus Samoa zurückzuziehen, schien für Deutschland eine gute Gelegenheit, in den Alleinbesitz der Insel zu gelangen.

Im August 1898 schuf der Tod des Königs Malietoa in Samoa neue Schwierigkeiten. Der bisher verbannt gewesene Thronprätendent Mataafa wurde zum König gewählt und diese Wahl von den Konsuln Deutschlands, Englands und Amerikas zunächst gebilligt, später aber von dem amerikanischen Oberrichter Chambers für ungültig erklärt. In Apia entstanden schwere Unruhen, die im Frühjahr 1899 schließlich zu der gewaltsamen Auseinanderjagung der von den Konsuln eingesetzten provisorischen Regierung, zum Eingreifen englischer und amerikanischer Kriegsschiffe und zum offenen Bürgerkrieg zwischen den Eingeborenen führten.

Sofort auf die Nachricht von dem Tode Malietoas erwog Staatssekretär B. v. Bülow einen Weg, um die Samoa-Frage „in leidlicher 4028
Art" aus der Welt zu schaffen. Hierfür schien ihm nur ein einziger Weg gangbar, nämlich eine Teilung dahin, daß Amerika die Inseln Tutuila (mit Pago-Pago) und Manua, Deutschland Upolu (mit Saluafata) und Sawaii, England hingegen die Tonga-Inseln erhielten. Hierüber sollte Graf Hatzfeldt vertraulich, aber mit möglichster Eile verhandeln.

Graf Hatzfeldt fand indes nur geringes Entgegenkommen, so daß eine ernstliche Spannung zwischen ihm und den englischen Staatsmännern entstand. Von den Einzelheiten der Unterhandlungen darf 4029–4055

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 70 ff.

hier abgesehen werden, da Graf Hatzfeldt in einem ausführlichen
4056 Telegramm vom 1. April 1899 einen guten Überblick über seine bisherige Tätigkeit gegeben hat. Seiner Auffassung nach ließ sich die dilatorische Taktik Lord Salisburys nur durch den Hintergedanken erklären, daß die Engländer die ganze Inselgruppe oder doch jedenfalls die Insel Upolu selbst erwerben wollten. „Ohne es zu einem Bruch mit uns treiben zu wollen," berichtete Hatzfeldt, „welcher den Engländern politisch nicht erwünscht wäre, hat man gehofft, uns durch die fortgesetzte Krisis in Samoa und die uns gegenüberstehende einmütige Aktion der Engländer und Amerikaner schließlich so zu ermüden und zu entmutigen, daß wir zuletzt freiwillig ein Arrangement vorziehen würden, durch welches England entweder Upolu oder die ganze Gruppe erhielte, in welchem letzteren Fall man uns vielleicht eine kleine Entschädigung, etwa die Gilbert-Inseln, zugestehen würde . . . Ich habe von Anfang an hier bei j e d e r Gelegenheit, namentlich in meinen Unterredungen mit Lord Salisbury, mit Herrn Chamberlain und schließlich auch mit Rhodes sehr deutlich hervorgehoben, daß die unfreundliche Haltung Englands in Samoa, falls dies dort zu einer Krisis führe, auf unsere öffentliche Meinung einen unberechenbaren Eindruck hervorbringen, und daß dies uns in die peinliche Notwendigkeit setzen würde, unserer ganzen Politik eine andere Richtung zu geben. Diese unverblümte Drohung hat aber wenig Eindruck gemacht, und ich überzeuge mich immer mehr, daß sie nicht für ernst gehalten wird, vielleicht weil sie im Laufe der Jahre und schon zu Zeiten des Fürsten Bismarck häufig als Druckmittel angewendet worden ist, ohne daß eine Handlung darauf gefolgt wäre, vielleicht auch, weil man hier glaubt, eventuell immer noch einlenken und uns abfinden zu können." Aus diesem Grunde hatte Graf Hatzfeldt schon wiederholt empfohlen, den Franzosen gegenüber eine äußerlich erkennbare freundlichere Haltung einzunehmen, um so die Engländer durch den Eindruck zu schrecken, daß Deutschland sich auch mit den Franzosen, etwa über Ägypten, verständigen könnte; England glaube sonst nicht an den Ernst Deutschlands. Zu einem Bruche mit den Amerikanern durfte es Deutschland nach Hatzfeldts Ansicht in der samoanischen Frage unter keinen Umständen kommen lassen.

Anfangs April 1899 schien Lord Salisbury einlenken zu wollen.
4057–4059 Vielleicht war das schon eine Wirkung der Tatsache, daß die deutsche Regierung den russisch-französischen Anschauungen in der Frage der
4060 gemischten ägyptischen Gerichtshöfe beigetreten war. Bald aber
4061 wurde Salisbury wieder unzugänglicher. Nunmehr erwog das deutsche Auswärtige Amt, „gegenüber der unfreundlichen Haltung der eng-
4062 lischen Regierung und der durch diese unfreundliche Haltung bedingten Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen" dem Kaiser den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England bis zu dem

Zeitpunkte vorzuschlagen, wo die Auffassung der englischen Regierung über Wahrung geschlossener Verträge und über die Deutschland schuldige Rücksichtnahme sich geklärt haben werde. Graf Hatzfeldt 4063
bat nur, vor einem solchen weitgehenden deutschen Schritte der englischen Regierung noch auf privatem Wege einen Brief über den Ernst der Lage zugehen lassen zu dürfen. Hiermit war man in Berlin 4064
einverstanden.

Man verhandelte nun in London sachlich über die den Kommissaren in Samoa einzuräumenden Befugnisse[1]). Graf Hatzfeldt 4065, 4066
glaubte aufatmen zu können. Er war der Meinung, daß die drohende Annäherung Deutschlands an Rußland Lord Salisbury schließlich zum 4067
Einlenken veranlaßt habe.

Nach einer Unterredung, die der deutsche Legationsrat Frhr. v. Eckardstein im April 1899 mit Cecil Rhodes gehabt hatte[2]), wollte 4068
Cecil Rhodes, der in Berlin vom Kaiser, vom Auswärtigen Amt und von der offiziellen Welt mit seinen großen afrikanischen Plänen sehr freundlich aufgenommen war, die englische Regierung dahin beeinflussen, Deutschland bei der Beilegung der Samoa-Schwierigkeiten auf freundschaftliche Weise und in Übereinstimmung mit dem Samoa-Vertrage von 1889 zu helfen. Er selbst hielt das englische und amerikanische Vorgehen in Samoa für widerrechtlich. Wie könne, meinte er, England Deutschlands Empfindlichkeit und Stolz wegen dreier kleiner Inseln im Stillen Ozean verletzen, und das zu einer Zeit, wo die englische Politik in Afrika mit Deutschland zu einer vollständigen und freundschaftlichen Verständigung zu gelangen suchte.

Wenn auch Bülow gelegentlich eine Annäherung an Rußland als Druckmittel England gegenüber gern benutzte, so legte er doch, wie sein Telegramm vom 21. April 1899 beweist, entscheidenden Wert 4069
darauf, die politische Unabhängigkeit Deutschlands nicht aufgeben zu müssen. Es handelte sich damals um den russischen Vorschlag eines deutsch-russischen Abkommens über die Meerengen und Kleinasien[3]). 4070
In London hielt sich Graf Hatzfeldt angemessen zurück, da er vor allem den Eindruck vermeiden wollte, als wenn Deutschland England nachlaufe. Nur eins machte nach seiner Ansicht in London Eindruck: 4071
„Kühle Ruhe und Zurückhaltung ohne jegliche Drohung und gleichzeitig gelegentliches Parteiergreifen in vorkommenden Fragen gegen England, wie neulich in Ägypten bezüglich gemischter Gerichte." Nur bei der Befolgung dieses Systems durch Deutschland werde man in England einlenken und größeres Entgegenkommen zeigen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut eines von Lord Salisbury stammenden Entwurfes (4066) siehe S. 274.
[2]) Deutscher Wortlaut der Äußerungen von Cecil Rhodes (4068) siehe S. 275.
[3]) Vgl. Kapitel 95, siehe o. S. 70/72.

Die Stellung Chamberlains gegen Deutschland war damals zweifellos eine gereizte, da seine Bündnisvorschläge 1898 abgelehnt worden waren[1]). Zu einer Darlegung des Grafen Hatzfeldt in seinem Berichte vom 22. April 1899, daß in London ein schrankenloser Hoch-
4071 mut herrsche, besonders seit sich der Mahdi unterworfen habe und Frankreich bei Faschoda zurückgewichen sei, auch die Regierung eine starke Flottenvermehrung durchgesetzt habe, bemerkte der Kaiser, der englische Hochmut werde erst fallen, wenn auch Deutschland seine Flotte vermehre.

Anfangs Mai 1899 äußerte Chamberlain zu Hatzfeldt, für ein deutsch-englisches Bündnis sei es jetzt zu spät. Hierzu bemerkte
4072 B. v. Bülow, für Deutschland sei es augenblicklich das Richtigste, sich nicht zu binden und ruhig abzuwarten, ob Englands Haltung die Fortsetzung der deutschen bisherigen wohlwollenden Neutralität möglich mache. Für England werde es eine gute und zinstragende Politik sein, dem deutschen Volke gerade in der Samoa-Frage freundlicher
4073 entgegenzukommen. Auch in England gab es verschiedene Staatsmänner, so Balfour, die Englands Verhalten gegenüber Deutschland
4075 in der Samoa-Frage mißbilligten.

Am 20. Mai 1899 erhielt Kaiser Wilhelm II. einen ziemlich gereizten Brief von seiner Großmutter, der Königin Viktoria von England, der vom 18. Mai datiert war und über das Verhalten der deutschen öffentlichen Meinung gegen England lebhafte Klage führte. Sie lud zwar den Kaiser nach Cowes ein, erwähnte aber die Samoa-Angelegenheit mit keinem Worte. Daraufhin entschloß sich der Kaiser zu einem ausführlichen Handschreiben an die Königin, dessen Hauptinhalt er mit dem Staatssekretär des Äußern besprach.

Der Brief des Kaisers[2]) ist vom 22. Mai datiert und hat den Aus-
4074 gangspunkt für eine lebhafte Verstimmung zwischen den Monarchen gebildet. Der Kaiser ging davon aus, daß in Deutschland niemals Artikel erschienen seien, die eine Verstimmung wegen einer Nichteinladung des Kaisers nach Cowes zum Ausdruck gebracht hätten. Hierin müsse die Königin falsch unterrichtet worden sein. Dann aber ging der Kaiser zum Angriff über und betonte, die öffentliche Meinung Deutschlands sei über das Verhalten Lord Salisburys in der Samoa-Angelegenheit sehr erregt und aufs tiefste empört gewesen. Er, der Kaiser, habe alles getan, was zur Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen seiner Meinung nach möglich war. Er habe zugunsten der Sieger von Omdurman am 4. September 1898 auf dem Waterloo-Platze in Hannover eine militärische Kundgebung veranstaltet, er habe bei der Rückkehr von seiner Orientreise Malta besucht, da es ihm leider nicht möglich gewesen sei, auch noch Ägypten anzulaufen. Als Vergeltung

---

[1]) Vgl. o. S. 46.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 275 ff.

für alles dies habe Lord Salisbury Deutschland in der Samoa-Frage in einer Art behandelt, die den Höflichkeitsgesetzen durchaus widerspreche. Im deutschen Volke habe sich daraufhin die Ansicht festgesetzt, Lord Salisbury kümmere sich um Deutschland nicht mehr als um Portugal, Chile oder die Patagonier. Das ganze mühevolle Werk von Jahren sei durch das anmaßende und hochmütige Verfahren von Ministern zerstört worden, die sich kaum die Mühe gegeben hätten, Deutschland auch nur zu verstehen. Er, der Kaiser, habe bisher geschwiegen, habe es aber jetzt für seine Pflicht gehalten, die Tatsachen so darzulegen, wie sie wirklich seien. Niemand sei bekümmerter und unglücklicher darüber als er. „Und alles das wegen einer dummen Insel, die für England im Vergleich zu den Tausenden von Quadratmeilen, die es rechts und links jedes Jahr ungehindert annektiert, eine Haarnadel ist."

Die Königin antwortete am 12. Juni 1899[1]) kurz und mit schärfster Zurückweisung. Der Ton, in dem der Kaiser über Lord Salisbury 4076
geschrieben habe, könne wohl nur einer vorübergehenden Erregung zugeschrieben werden. „Ich zweifle, ob jemals ein Souverän einem anderen Souverän in solchen Ausdrücken geschrieben hat, und zwar diesem Souverän, seiner eigenen Großmutter, über ihren Premierminister. Ich würde so etwas nie tun, und so habe ich auch niemals den Fürsten Bismarck persönlich angegriffen oder mich über ihn beschwert, obwohl ich sehr genau wußte, welcher erbitterte Feind er für England war, und obwohl ich allen Schaden kannte, den er verursacht hat." Beigefügt war eine Aufzeichnung Lord Salisburys[2]), die eine Art von Entschuldigung darstellte. Er habe, meinte Salisbury, alle Akten vom November 1898 bis Juni 1899 durchgesehen und könne keinen Grund für die Unzufriedenheit des Kaisers finden; es sei ihm ganz unverständlich, wenn der Kaiser behaupte, daß das britische Vorgehen hinsichtlich Samoas gegen die deutsche Regierung irgendwie unfreundlich gewesen sein solle.

Die Angelegenheit selbst war hiermit erledigt, eine sehr gereizte Stimmung blieb aber naturgemäß zurück.

In den Monaten Juli bis Oktober 1899 zeigte sich nun doch ein gewisses Einlenken seitens Englands. Über die Einzelheiten der Regelung der samoanischen Streitfragen wurde von den deutschen und englischen Staatsmännern mit großer Energie hin und her verhandelt, wobei die Hauptlast der Verantwortung auf den Schultern des bewährten Botschafters in London, Grafen Hatzfeldt, ruhte, dem in diesen Monaten der Legationsrat Frhr. v. Eckardstein zur Seite stand.

Die Einzelheiten der Unterhandlungen bieten nur für die Spezialgeschichte dieser Zeit Interesse. Zeitweise erwog man in Berlin die 4078–4117

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 278.
[2]) Deutsche Übersetzung siehe Anlage zu Nr. 4076, S. 278/279.

Aufgabe der samoanischen Forderungen, erbat aber vorher — am 10. Oktober 1899 — vom Chef des Admiralstabes der Marine sowie vom Staatssekretär des Reichsmarineamts gutachtliche Äußerungen über die Wirkungen eines Verzichtes auf Samoa und die Tonga-Inseln.

Beide Gutachten sprachen sich gegen den Verzicht aus. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz bezeichnete in einem
4107 Schreiben vom 11. Oktober 1899 den Besitz der Samoa-Inseln schon heute als von großer strategischer Bedeutung für die deutsche Flotte. Diese Inseln bildeten eine wichtige Etappenstation auf dem Wege von Kiautschou über unsere Besitzungen in der Südsee nach Südamerika. „In Zukunft würde eine von Deutschland auszuübende Kontrolle über die Samoa-Inseln von noch viel höherer Bedeutung sein, da der Panama-Kanal dem Welthandel neue Wege weisen wird, und so auch neue strategische Heerstraßen entstehen werden. Die Erweiterung unserer schon jetzt auf den Tonga-Inseln (Vavau) bestehenden Kohlenplatzrechte durch Überlassung der betreffenden oder einer anderen Insel dieser Gruppe an Deutschland würde — wenn auch nicht ganz ohne Wert — einen Ersatz nicht bieten." Auch hob Tirpitz die außerordentlich günstige Lage Samoas als Anlandestelle und Station für die in Zukunft anzustrebende Ausgestaltung eines deutschen Weltkabels (Südamerika—Samoa—Neuguinea—Ostafrika—Westafrika) besonders hervor. Dadurch würde diese Inselgruppe in Zukunft eine nicht unerhebliche Bedeutung gewinnen. War der Verzicht unvermeidlich, so empfahl Tirpitz die Forderung vollwertiger Kompensation.

Zeitweilig hatte man sich in London bereit erklärt, sich in der
4092 Samoa-Frage dem Schiedsspruche des Königs von Schweden zu unterwerfen [1]). Es bestand aber keine Aussicht für Deutschland, seine samoanischen Forderungen ohne Hineinziehung der afrikanischen Kolonialgebiete durchzusetzen. So war es im besonderen nicht zu um-
4115 gehen, als Gegenleistung den Verzicht auf die deutsche Exterritorialität in Sansibar mit anzubieten [2]).

Man einigte sich schließlich dahin, daß Deutschland die Inseln Upolu und Sawaii sowie den östlichen Teil der neutralen Zone in Westafrika mit dem Lande Jendi erhielt und dagegen seine Rechte auf Gambaga aufgab. England erhielt die Tonga-Inseln mit Einschluß Vavaus, den westlichen Teil der neutralen Zone in Westafrika mit Ausschluß von Jendi, sowie von der deutschen Salomo-Gruppe die östlich und südöstlich von Bougainville gelegenen Inseln. Deutschland gab seine exterritorialen Rechte in Sansibar auf. Die beiderseitigen Konsuln in Apia und auf den Tonga-Inseln sollten abberufen werden. Der endgültige Abschluß des Vertrages erfolgte am 14. November

[1]) Deutscher Wortlaut eines von Lord Salisbury als richtig anerkannten Schriftsatzes vom 22. September 1899 (4092) siehe S. 279/280.

[2]) Deutscher Wortlaut eines am 27. Oktober 1899 von Graf Hatzfeldt an Lord Salisbury gerichteten Briefes siehe S. 280/281.

1899. Ein weiteres Abkommen vom 7. November 1900 überwies die Regelung der Entschädigung der in Samoa ansässigen Weißen für die während der Kämpfe erlittenen Schäden dem Schiedsspruche des Königs von Schweden. Dieser entschied im Oktober 1902 dahin, daß England und die Vereinigten Staaten für die durch ihre ungerechtfertigte militärische Aktion in den ersten Monaten des Jahres 1899 entstandenen Schäden verantwortlich seien.

Bei der Prüfung der zahlreichen über die Samoa-Frage mitgeteilten Dokumente empfiehlt es sich, die Darstellung dieser Ereignisse in den „Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten" des Frhrn. v. Eckardstein (2. Band), sowie den Wortlaut der von ihm mitgeteilten Belegstücke zu vergleichen.

Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz

Der fünfzehnte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 15. Bandes

KAPITEL 97

Der Amerikanisch-Spanische Krieg. Die Schiedsspruch- und Interventionsfrage 1898. Dokumente Nr. 4118—4144 83

KAPITEL 98

Die Philippinen- und die Karolinenfrage. Die Englisch-Amerikanische Annäherung 1898—1899. Dokumente Nr. 4145—4200 86
Anhang: Ein deutscher Stützpunkt auf San Domingo? Dokumente Nr. 4201—4204 90

KAPITEL 99

Spanien und der Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen England 1899. Dokumente Nr. 4205—4214 90

KAPITEL 100

Die Erste Haager Friedenskonferenz 91
A. Das Russische Friedensmanifest und die Vorbereitung der Konferenz 1898—1899. Dokumente Nr. 4215—4257 92
B. Die Rüstungsfrage auf der Konferenz. Dokumente Nr. 4258—4263 98
C. Die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auf der Konferenz. Dokumente Nr. 4264—4274 99
D. Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz. Dokumente Nr. 4275—4349 101
E. Abschluß der Konferenz. Epilog. Dokumente Nr. 4350—4355 . . 103

KAPITEL 101

Entstehung und Anfänge des Burenkrieges. Die deutsche Haltung. Dokumente Nr. 4356—4411 107

KAPITEL 102

Ein Deutsch-Englischer Zwischenfall im Burenkriege: Die Beschlagnahme der deutschen Dampfer 1899—1900. Dokumente Nr. 4412—4458 . . 111

KAPITEL 103

Die Interventionsfrage im Burenkriege 1900. Dokumente Nr. 4459—4506 . 114
Anhang: Kaiser Wilhelms II. Aphorismen über den Krieg in Transvaal. Dokumente Nr. 4507—4510 117

Kapitel 97

Der Amerikanisch-Spanische Krieg Die Schiedsspruch- und Interventionsfrage 1898

Durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik, der sich in den Jahren vollzog, wo die europäischen Großmächte ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Kolonialfragen Afrikas und auf den nahen Orient richteten, und durch die Auseinandersetzungen Amerikas mit Spanien wurde auch die deutsche Politik in Mitleidenschaft gezogen. Im Vordergrunde des deutschen Interesses stand der Wunsch, von dem spanischen Kolonialbesitz an Südsee-Inseln einen Teil zu erhalten, falls Spanien sich genötigt sehen sollte, sich dieses Besitzes zu entledigen, um sich der inneren Gesundung des Königreiches zuzuwenden. Man verfolgte daher den amerikanisch-spanischen Krieg des Jahres 1898 auch in Berlin mit gespannter Aufmerksamkeit.

Seit Anfang 1895 waren auf der spanischen Insel Kuba aufständische Bewegungen im Gange, die von Nordamerika her fortdauernd mit Geld und Waffen unterstützt wurden, so daß es den Spaniern nicht gelang, die Ordnung auf der Insel herzustellen. Als Ende Februar 1896 der Senat der Vereinigten Staaten und im April 1896 auch das Repräsentantenhaus die aufständischen Kubaner als kriegführende Macht anerkannten, spitzten sich die Beziehungen zwischen Spanien und Amerika in immer gefährlicherer Weise zu. Im September 1897 erhielt der amerikanische Gesandte in Madrid den Auftrag, gegen die spanische Kriegführung auf Kuba Einspruch zu erheben und auf schleunige Beendigung des Krieges zu dringen. Mit diesem Zeitpunkte setzen die Dokumente des 97. Kapitels ein.

Kaiser Wilhelm II. hatte die Absicht, in Betätigung seines monarchischen Solidaritätsgefühls ein Eingreifen der europäischen Kontinentalmächte zugunsten Spaniens anzuregen, da dessen monarchische Regierungsform durch einen etwaigen Verlust Kubas bedroht schien. Er telegraphierte in diesem Sinne am 28. September 1897 an das 4118
Auswärtige Amt. Als indes der Staatssekretär des Äußeren auf die Gefahr hinwies, die daraus entstehen könne, wenn Deutschland in einer derartigen Frage die Führung übernähme, ohne der Haltung 4119
Frankreichs und Englands sowie der anderen Großmächte im voraus 4120
sicher zu sein, ließ der Kaiser seinen Gedanken sofort fallen. Auch

in Österreich, von dem eine solche Anregung vielleicht hätte ausgehen
4121, 4122 können, dachte man nicht daran, sich irgendwie zugunsten Spaniens einzusetzen, falls letzteres nicht die Kabinette ausdrücklich darum anging.

Eine unmittelbare Anfrage des spanischen Botschafters in Berlin, ob Deutschland angesichts der bedrohlichen Bewegungen der nord-
4123 amerikanischen Seestreitkräfte in den kubanischen Gewässern und anderwärts nicht bereit sein werde, „zum Schutze des monarchischen Prinzips sich an die Spitze einer europäischen Aktion gegen die republikanischen Übergriffe Amerikas zu stellen", wurde abgelehnt.
4124 Zu einer diplomatischen Aktion hatte man auch in Wien wenig Vertrauen und war der Ansicht, daß in Amerika nur durch eine gemeinschaftliche und energische Flottendemonstration ein Ergebnis erzielt
4125 werden könnte. Als am 14. März 1898 der österreich-ungarische Botschafter in Berlin den Gedanken anregte, Deutschland möge die entscheidende Rolle bei einer europäischen Aktion in der kubanischen Frage übernehmen, lehnte daher Deutschland den Vorschlag ab. In gleichem Sinne wurde der deutsche Botschafter in Madrid, v. Radowitz, am
4126 17. März 1898 dahin verständigt, „daß Seine Majestät der Kaiser nach ernster Prüfung dieser Angelegenheit zu seinem tiefen Bedauern sich außerstande sieht, zur Beilegung des spanisch-amerikanischen Krieges mitzuwirken, solange nicht Frankreich fest und unzweideutig zu dieser Frage Stellung genommen und seine Mitwirkung, o h n e den erwähnten Vorbehalt nach Rußland hin, in bestimmte Aussicht gestellt hat" Der Vorbehalt bezog sich auf die republikanische Staatsform Frankreichs, da ja gerade Frankreich schwerlich ein Interesse an der
4127, 4128 Erhaltung der Monarchie in Spanien haben konnte. Deutschland erwog aber einen Schiedsspruch des Papstes. Aber auch diese Mög-
4131–4134 lichkeit zerschlug sich, da die spanische Regierung es für unmöglich erklärte, ein Schiedsgericht auf der Grundlage der Abtretung von
4129 Kuba anzunehmen. Unter diesen Verhältnissen mußte die am 26. März 1898 in Madrid den Botschaftern mündlich mitgeteilte Bitte der
4130 spanischen Regierung um ein Eingreifen zu ihren Gunsten ergebnislos bleiben.

Es kam nun aber anfangs April 1898 doch zu einem gemeinsamen
4135 diplomatischen Schritte der Großmächte in Washington, da man be-
4136 fürchtete, daß sich aus dem erwarteten Sturze der spanischen Monarchie eine weitere Machterweiterung Amerikas ergeben würde, die Europa nicht wünschen konnte. Deutschland beteiligte sich nur
4137 unter der Bedingung daran, daß alle anderen Mächte mitgingen, und wünschte, jede unnötige Parteinahme gegen Amerika zu vermeiden.

Am 7. April 1898 überreichten die Vertreter der sechs Groß-
4138 mächte in Washington dem Präsidenten eine Kollektivvorstellung, in der sie ihn vom Standpunkte der Menschlichkeit zum Frieden ermahnten und die Hoffnung aussprachen, daß sich auch unter Aufrecht-

erhaltung des Friedens die Ordnung in Kuba herstellen lassen werde. In Madrid rieten die Vertreter der sechs Mächte, auch der russische, am 9. April dem spanischen Staatsminister, die Feindseligkeiten auf 4139
Kuba sofort und bedingungslos einzustellen. Die spanische Regierung ging sofort darauf ein und gab dem kommandierenden General in Kuba sofort entsprechende Weisungen.

Es kam aber doch zum Kriege. Am 11. April 1898 hatte Präsident Mac Kinley beim Kongreß die Ermächtigung zu einem sofortigen Eingreifen in die spanisch-kubanischen Feindseligkeiten erhalten. Zwei Tage darauf ermächtigte ihn das Repräsentantenhaus, mit Waffengewalt einzuschreiten. Am 22. April brach daraufhin Spanien die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab, und am 24. April erfolgte ein Dekret über den Ausbruch des Krieges.

Inzwischen hatte am 15. April der englische Botschafter in Washington, Sir J. Pauncefote, nochmals die Initiative zu einem neuen 4140
Kollektivschritt der Vertreter der Großmächte unternommen, ein Schritt, dem sich der deutsche Kaiser nicht anzuschließen wünschte, da er ihn für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich hielt. Wir blamierten uns nur vor den Amerikanern, meinte der Kaiser in einer Randbemerkung, ebenso wie früher vor den Griechen und Türken, die auch auf unsere Kollektivnoten gepfiffen hätten[1]). In diesem Sinne wurden die deutschen Botschafter in London und Petersburg verständigt.

Graf Murawiew war durchaus derselben Meinung. Auch er fürchtete, daß durch einen solchen Schritt nur Amerika verstimmt 4141
werden würde. Spanien müsse sich zum Kriege entschließen, auch wenn wenig Aussichten auf einen glücklichen Ausgang vorhanden seien. Die Königin müsse sich selber an die Spitze der Bewegung stellen. Graf Murawiew brauchte die Worte: „Wenn die Königin weise, gemäßigt und wahrhaft patriotisch ist, so wird sie unterliegen und fortgeschickt werden; wenn sie sich aber im Gegenteil an die Spitze der Bewegung stellt und weder weise noch patriotisch ist, so kann sie ihre Krone retten; das ist zwar zynisch, aber es ist so."

Dem Grafen Murawiew wurde nun durch den deutschen Bot- 4142
schafter mitgeteilt, daß auch nach Ansicht des deutschen Kaisers platonische Schritte mit leeren Protesten keinen Nutzen für Spanien, sondern nur Nachteile für das Ansehen der Mächte haben würden. Deutschland blieb sodann auch während des Krieges seinem Wunsche der Nichteinmischung treu. Unklar war dauernd die Haltung Eng- 4143
lands, das nach Ansicht Kaiser Wilhelms II. nicht zu Europa gehören, sondern einen selbständigen Weltteil für sich zwischen dem Kontinent und Amerika oder Asien darstellen wollte.

---

[1]) Siehe Wegweiser Band 2, Botschafterkonferenzen in Konstantinopel.

Im Jahre 1902 entstand anläßlich einer Interpellation im englischen Unterhause eine lebhafte Preßfehde in den englischen, amerikanischen und deutschen Blättern, da der englische Unterstaatssekretär Lord Cranborne am 21. Januar 1902 im Unterhause behauptet hatte, die Vorschläge zu einem neuen Kollektivschritte der Mächte in Washington seien 1898 von Deutschland ausgegangen und am Widerstande der englischen Regierung gescheitert. Die deutsche Regierung veröffentlichte daraufhin im Reichs- und Staatsanzeiger am 12. Februar
4140 das Telegramm des Staatssekretärs v. Bülow vom 15. April 1898. In der
4144 Tat war es der englische Botschafter in Washington, Sir J. Pauncefote, gewesen, der diesen Vorschlag, wahrscheinlich ohne Ermächtigung seiner Regierung, gemacht hatte.

Kapitel 98

Die Philippinen- und die Karolinenfrage Die Englisch-Amerikanische Annäherung 1898—1899

In der zweiten Hälfte des Monats April 1898 brach der spanisch-amerikanische Krieg aus. Auf den Inseln erhoben sich die eingeborenen Tagalen aufs neue gegen die spanische Herrschaft. Da Deutschland zwei Kriegsschiffe vom ostasiatischen Kreuzergeschwader nach den Philippinen entsandte, denen im Laufe des Juni der Geschwaderchef
4147 Vizeadmiral v. Diederichs auf der „Kaiserin Augusta" und demnächst noch zwei weitere Kreuzer folgten, glaubten die Eingeborenen, auf den Schutz Deutschlands rechnen zu können.

4145 Am 14. Mai 1898 meldete der deutsche Konsul aus Manila, daß die Eingeborenen am liebsten ein Königreich gründen und den Thron einem deutschen Prinzen anbieten würden. Der Kaiser wies diesen
4146 Gedanken entschieden zurück, vertrat aber den Standpunkt, daß die Philippinengruppe nicht ganz oder teilweise in den Besitz einer fremden Macht würde übergehen können, ohne daß Deutschland eine angemessene Entschädigung erhielte.

Die Entsendung des Vizeadmirals Diederichs erregte in Washing-
4148 ton eine gewisse Beunruhigung, und auch in London wurden unerfreuliche Stimmen laut, als wenn Deutschland die Absicht habe, sich die Philippinen anzueignen. Nun brachte der spanische Botschafter in Berlin am 19. Juni 1898 den Wunsch zur Sprache, die Spanien befreundeten Mächte möchten Manila besetzen und in Verwahrung nehmen. Auf diese Weise würden Massakers vermieden, die zu erwarten seien, wenn die Eingeborenen sich Manilas bemächtigten oder die amerikanische Flotte die Stadt bombardierte. Rußland und Frankreich seien bereit, Manila zu besetzen. Der spanische Generalgouver-

neur könne sich dann mit den spanischen Truppen in eine andere treu gebliebene Provinz zurückziehen, um dort den Kampf bis zum Eintreffen von Verstärkungen weiterzuführen. In Wirklichkeit war aber 4149
der spanische Vorschlag nicht nur in Petersburg und Paris, sondern auch in London abgewiesen worden. Vor Manila lehnte Vizeadmiral 4150
v. Diederichs die Besetzung Manilas, die ihm spanischerseits angeboten wurde, ab.

Wenn man auch eine unbefugte Einmischung zurückwies, so war man doch in Berlin geneigt, den Gedanken einer Erwerbung weiterer maritimer Stützpunkte in Ostasien aus Anlaß des spanisch-amerikanischen Konflikts ins Auge zu fassen. Der deutsche Botschafter in Washington, v. Holleben, erhielt den Auftrag, die Stimmung der 4151
Amerikaner im Hinblick auf diesen Wunsch der deutschen Politik zu erkunden. Holleben erbat darauf zunächst genauere Mitteilungen über 4152
die konkreten Ziele der deutschen Politik. Solche Mitteilungen konnten 4153
ihm einstweilen nicht gemacht werden.

Auch Graf Hatzfeldt erhielt den Auftrag, sich dazu zu äußern, 4154
wie er die Stellung Englands und Amerikas gegenüber Gebietsveränderungen bei Abschluß des spanisch-amerikanischen Krieges beurteile. Er telegraphierte daraufhin am 8. Juli 1898, es sei vor allem not- 4155
wendig, die mit der europäischen Politik wenig bekannten Amerikaner darüber aufzuklären, daß die englischen Nachrichten über unfreundliche Absichten Deutschlands auf Erfindung beruhten, und daß die deutschen Ansprüche bescheidener seien als diejenigen anderer Mächte. Den Erwerb der Karolinen erklärte nun der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, Frhr. v. Richthofen, gegenüber dem amerikanischen Botschafter als erwünscht, während dieser sich als Gegner kolonialer Erwerbungen für Amerika bezeichnete und sich bereit erklärte, den deutschen Wunsch in Washington nach 4156
Kräften zu vertreten, da er in einer Erweiterung der deutschen Ko- 4157
lonialmacht eine Erweiterung der Zivilisation und damit einen Segen für die Welt erblickte. Deutschland habe in den wenigen Jahren seines kolonialen Wirkens schon gezeigt, was es könne.

Einstweilen waren aber die eigenen Pläne Amerikas noch so unklar, 4158
daß es angezeigt erschien, zu warten. In einem Gespräche des Grafen Hatzfeldt mit dem amerikanischen Botschafter in London fiel aber die 4159
Andeutung, daß Amerika Deutschland nicht entgegen sein werde, falls man die Philippinen nicht selbst behalten und sich mit Kohlenstationen begnügen wolle. In Samoa aber habe Amerika große Interessen.

Vor Manila kam es leider verschiedentlich zu Mißhelligkeiten zwischen dem Kommandanten der amerikanischen Seestreitkräfte, Admiral Dewey, und dem Chef des deutschen Kreuzergeschwaders, v. Diederichs, über die Ausübung der Blockade. Der amerikanische Botschafter in Berlin beschwerte sich am 25. Juli darüber. Der von 4160
ihm angedeutete Wunsch einer Zurückführung des deutschen Ge-

schwaders von Manila wurde aber deutscherseits höflich abgelehnt. In Amerika hetzte die Presse gegen Deutschland.

Am 26. Juli 1898 übernahm Frankreich die Vermittlung zwischen den kriegführenden Staaten. Nunmehr kamen die Erörterungen über die Zukunft der Inseln in schnelleren Fluß. Spanien mußte sich entschließen, die amerikanischen Friedensbedingungen anzunehmen, und daran denken, den Rest seines Kolonialbesitzes politisch vorteilhaft zu verwerten. Der deutsche Botschafter in Madrid, v. Radowitz, erhielt daraufhin Weisung, hinsichtlich eines etwaigen Kaufes der spanischen Kolonien zu ermitteln, ob etwa Frankreich Neigung hatte, als Käufer aufzutreten. Radowitz sollte erkunden, ob und für welchen Preis die Karolinen-Inseln Kusaie, Ponape und Jap an Deutschland würden abgetreten werden können. Spanien zeigte sich geneigt, und Deutschland bat in jedem Falle um vertrauliche Vorherbenachrichtigung, falls sich Spanien zum Verkauf entschloß.

Auf Grund dieser Weisungen kam es am 10. September 1898 in Madrid zu einer Abmachung zwischen dem Botschafter v. Radowitz und dem spanischen Staatsminister, Herzog v. Almodóvar, folgenden Wortlauts:

„Die Regierungen von Deutschland und Spanien haben sich darüber geeinigt, daß die Inseln Kusaie, Ponape und Jap vom Karolinen-Archipel an Deutschland gegen eine pekuniäre Entschädigung abgetreten werden sollen, deren Höhe noch zu bestimmen bleibt. In jedem Falle wäre für das endgültige Abkommen über die Abtretung der oben genannten Inseln die Lage abzuwarten, die auf der Pariser Konferenz hinsichtlich der Souveränität Spaniens über den Philippinen-Archipel entschieden würde. Bis diese Abmachung der verfassungsmäßigen Genehmigung, die durch die Gesetze der beiden Länder vorgeschrieben ist, unterbreitet werden kann, verpflichten sich die interessierten Regierungen, völliges Geheimnis darüber zu bewahren.

Madrid, 10. September 1898.

(gez.) Radowitz. Almodóvar del Rio."

Außerdem sollte, falls Spanien in Zukunft noch anderen Kolonialbesitz aufzugeben sich entschloß, das deutsche Angebot jedesmal mit besonderem Wohlwollen behandelt werden.

Am 1. Oktober 1898 trat in Paris die spanisch-amerikanische Friedenskonferenz zusammen. Graf Münster wurde angewiesen, möglichst unauffällig in Erfahrung zu bringen, wie die maßgebenden Personen über die Philippinen-Frage dachten. Die Amerikaner schienen nicht übel geneigt, die ganze Inselgruppe zu verlangen. Zeitweise bestand in Washington sogar die Absicht, auch die Karolinen-Inseln zu fordern. Nun erhielt Graf Münster den Auftrag, die amerikanischen Friedenskommissare in geeigneter Form darauf aufmerksam zu machen, Deutschland erwarte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika

die deutschen langwierigen und wohlbegründeten Ansprüche auf die Karolinen-Gruppe, wo so erhebliches deutsches Kapital investiert sei, berücksichtigen würden. Falls diese Inseln früher oder später aufhörten, spanisch zu sein, müßten sie oder wenigstens doch die drei Inseln Kusaie, Ponape und Jap an Deutschland zurückfallen. Der deutsche Anspruch gründete sich hauptsächlich auf den deutsch-englischen Vertrag vom 10. April 1886, wonach sämtliche von Deutschland 4179
beanspruchte Inseln in der Deutschland damals zugesprochenen Machtsphäre lagen.

Während nun von amerikanischer Seite Gegenwünsche geltend 4180, 4181
gemacht wurden, war man in Madrid geneigt, den ganzen Karolinen-Archipel an Deutschland zu verkaufen. Deutscherseits suchte man 4182
daher so schnell wie möglich zu einem Abschlusse mit Spanien zu 4183–4187
gelangen [1]).

Am 20. Dezember 1898 wies der Staatssekretär B. v. Bülow den Botschafter v. Radowitz an, eine neue provisorische Abmachung mit der spanischen Regierung folgenden Wortlautes abzuschließen: „Um 4188
die vorläufige, am 10. September 1898 unterzeichnete Verständigung noch zu erweitern, verpflichtet sich die spanische Regierung, an Deutschland die Karolinen- mit den Palau-Inseln ebenso wie die Marianen (ausgenommen Guam) abzutreten. Der Betrag der von Deutschland zu zahlenden pekuniären Entschädigung bleibt noch zu bestimmen usw.“ In dieser Form wurde die Abmachung in Madrid am 21. De- 4189
zember unterzeichnet. Nunmehr ließ das Auswärtige Amt in Amerika 4190
erklären, daß Deutschland darauf rechne, Amerika werde ihm bei dem Kauf der Südsee-Inseln keine Schwierigkeiten bereiten: Deutschland sei bereit, amerikanischen Wünschen nach einer für eine amerikanische Kabellegung günstig gelegenen Insel der deutschen Marschallgru, pe entgegenzukommen. Amerika verzichtete daraufhin auf die Insel 4191
Kusaie, die es hatte beanspruchen wollen, nicht ohne eine gewisse Verstimmung, wie überhaupt ein gewisses Mißtrauen der Amerikaner gegen Deutschlands ostasiatische Politik von nun an bemerkbar wird. Die Lage in der Südsee wurde unbequem, da auf der Hauptinsel 4192–4194
Ponape völlig anarchische Zustände eingerissen waren. Man erwog 4195
daher zeitweise in Berlin die Entsendung eines Kriegsschiffes nach den Karolinen.

Im Februar 1899 kam es zum endgültigen Abschluß zwischen Spanien und Deutschland. Ersteres hatte den Kaufpreis der Karolinen 4196
auf 25 Millionen Pesetas festgesetzt, und am 8. Februar vermochte 4197
der Botschafter v. Radowitz zu melden, daß die Königin das Abkommen mit Deutschland genehmigt habe [2]). Sorge bereitete nun zeitweise noch die Frage, wie die konservative Opposition Spaniens 4198, 4199

[1]) Deutscher Wortlaut zu Nr. 4187 siehe S. 281.
[2]) Deutscher Wortlaut des Abkommens siehe S. 281/282.

sich zu der Annahme des Vertrages stellen würde. Nachdem indes die Königin-Regentin am 17. März den Friedensvertrag mit den Ver-
4200 einigten Staaten unterzeichnet hatte, erfolgte am 15. bzw. 19. Juni 1899 die Annahme des deutsch-spanischen Abkommens durch die Cortes.

Anhang

Ein deutscher Stützpunkt auf San Domingo?

Im August 1898 hatte der Präsident der dominikanischen Republik
4201 den Wunsch ausgesprochen, Deutschland möge mit der Republik einen Handelsvertrag abschließen und einen Landstrich oder eine Insel auf längere Dauer zu eigener Verwaltung übernehmen, um dadurch einen deutschen Stützpunkt auf San Domingo anzulegen.

Für Deutschland war es wichtig, zunächst festzustellen, welchen Eindruck ein militärisches Einnisten Deutschlands auf San Domingo auf die Vereinigten Staaten machen würde. Der Botschafter v. Hol-
4202 leben glaubte, daß ein solcher Plan sehr ungünstig wirken müßte. Wolle Deutschland das Projekt zur Ausführung bringen, so müsse es auf alle Konsequenzen gefaßt sein. Staatssekretär B. v. Bülow
4203 schloß sich diesem Urteil des Botschafters an, worauf Kaiser Wil-
4204 helm II. erklärte, auf den Vorschlag des Präsidenten von Haiti fiele er nicht herein: er wolle sich nicht mit den Vereinigten Staaten entzweien.

Kapitel 99

Spanien und der Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen England 1899

Nach Abschluß seines Krieges mit Amerika hatte Spanien auf Jahre hinaus mit der Besserung seiner inneren und finanziellen Verhältnisse und mit der Sicherung seines ihm nach dem Verluste der Kolonien noch verbliebenen Besitzstandes zu tun. Es entstand nun bei den Leitern der spanischen Politik der Wunsch, wenn möglich eine Liga der Kontinentalmächte Frankreich, Deutschland und Rußland gegen England zustandekommen zu sehen, um sich nicht ganz
4205 in die Arme Frankreichs werfen zu müssen.

Der Erörterung derartiger politischer Gedankengänge gegenüber verhielt sich Deutschland durchaus zurückhaltend. Die Kaiserliche
4206 Regierung habe, schrieb B. v. Bülow am 27. April 1899 an den Botschafter v. Radowitz, im Laufe der letzten 30 Jahre wiederholt und bei Anlässen der verschiedensten Art die Möglichkeit eines solchen Zusammengehens auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete er-

wogen oder auch angeregt, immer aber ohne praktisches Ergebnis. Der spanische Ministerpräsident Silvela möge sich indes nicht entmutigen lassen, wenn seine ersten Sondierungen bei den anderen Kabinetten nur wenig Erfolg zeitigten. Der deutsche Kaiser folge der neuen Entwicklung Spaniens und seiner Rückkehr zu den traditionellen Gebieten der europäischen Politik mit aufrichtiger Sympathie. Spanien suchte nun vor allem seine Kräfte nach innen und außen wieder zu 4207
sammeln.

Frankreich verhielt sich den spanischen Wünschen gegenüber gleichfalls zurückhaltend. In Spanien hoffte man, daß eine größere 4208, 4209
Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erreichbar sei, sah 4210
aber ein, „daß das entscheidende Wort über eine ausreichende An- 4211
näherung zwischen Deutschland und Frankreich als Basis jeder wirksamen Kontinentalverständigung bei den Franzosen liege, und daß Deutschland in dieser Hinsicht noch erheblich größere Sicherheit verlangen müsse, als wie die gegenwärtige Lage einschlösse".

Bezeichnend war, was die Königin-Regentin von Spanien als Mittel für die Förderung einer deutsch-französischen Annäherung vorschlug. Es müsse, meinte sie, von Deutschland mehr zugunsten von Elsaß-Lothringen getan werden. So könne vielleicht der Schwager des deutschen Kaisers an die Spitze von Elsaß-Lothringen gestellt und dabei mehr den übrigen deutschen Bundesfürsten angenähert werden: das würde nicht nur auf die Elsaß-Lothringer, sondern auch auf die Franzosen Eindruck machen. Kaiser Wilhelm II. war — nach Ausweis seiner Randbemerkungen — wenig geneigt, darauf einzugehen.

Als im Oktober 1899 Graf Murawiew in San Sebastian von der Königin-Regentin empfangen wurde, sprach er sich zu dem Ministerpräsidenten Silvela über die Möglichkeit einer größeren Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland gleichfalls sehr zurückhaltend aus. Wenn eine französische Regierung in dieser Richtung weitergehen wolle, würde sie noch immer eine Macht der öffentlichen Meinung gegen sich haben, der vorläufig keine dortige Staatsleitung 4212,
gewachsen sei. Die Königin-Regentin gewann aus dem allem den 4213
Eindruck, „daß jede größere Intimität zwischen Frankreich und 4214
Deutschland von der russischen Politik und ganz speziell vom Grafen Murawiew ungern gesehen und zu hindern gesucht werde".

Kapitel 100

Die Erste Haager Friedenskonferenz

Den größten Raum des 15. Bandes beanspruchen die Aktenstücke, die sich auf die erste Haager Friedenskonferenz im Jahre 1899 beziehen. Gerade bei diesem wichtigen Abschnitte deutscher Ge-

schichte haben die Herausgeber des Aktenwerkes auf die Vollständigkeit und Durchsichtigkeit des zusammengestellten Aktenmaterials, soweit es sich auf die große Politik bezieht, besonderes Gewicht gelegt. Mit lebhafter Dankbarkeit bestätigt es das damalige Mitglied der deutschen Delegation, Professor Philipp Zorn, daß den Herausgebern des Aktenwerkes die Erfüllung dieses Vorsatzes in ausgezeichneter Weise gelungen sei: Das Aktenwerk über die erste Friedenskonferenz sei ein Meisterwerk diplomatischer Vollständigkeit und Genauigkeit[1]). Es gewährt dem Leser einen hohen Genuß, die Aufzeichnungen dieses Kronzeugen aus den Tagen der Konferenz mit den im Aktenwerk enthaltenen Dokumenten in Verbindung zu bringen.

Vorgreifend darf hier bemerkt werden, daß gerade bei dem sehr umfangreichen Stoffgebiete der Haager Erörterungen der Wegweiser davon Abstand nehmen muß, in alle Phasen der Verhandlungen hineinzuleuchten. Wenn bei irgendeinem Abschnitte des Aktenwerkes der Nachweis des hauptsächlichsten Inhalts ausreichend erscheint, so ist es gerade an dieser Stelle.

Das Aktenwerk faßt die zahlreichen Dokumente nach gewissen Gesichtspunkten zusammen und legt zunächst das grundlegende russische Friedensmanifest, sowie die Vorbereitung der Konferenz selbst in einer Reihe von Dokumenten (Nr. 4215—4257), sodann in weiteren Unterabschnitten die sachlichen Hauptgebiete der Erörterungen auf der Konferenz klar. Der Rüstungsfrage (Nr. 4258 bis 4263), der Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See (Nr. 4264—4274) und der Schiedsgerichtsfrage (Nr. 4275—4349) widmet es besondere Kapitel und läßt den Abschluß der Konferenz als Epilog folgen (Nr. 4350 bis 4355).

A. Das russische Friedensmanifest und die Vorbereitung der Konferenz 1898—1899

Am 24. August 1898 überraschte in Petersburg Graf Murawiew
4215 die Botschafter der Mächte durch eine von ihm selbst unterzeichnete Denkschrift, die aber auf die eigene Initiative des Zaren zurückzuführen war. In Deutschland war man auf einen derartigen Schritt der russischen Regierung nicht gefaßt, zumal gerade in der letzten Zeit wieder russische Streitkräfte an der deutschen Ostgrenze in auffallender Weise angehäuft waren. Nun sprach auf einmal gerade jetzt

[1]) „Zur Geschichte der ersten Haager Friedenskonferenz." Von Philipp Zorn. Heft 9 (Oktober 1924) der Monatsschrift „Archiv für Politik und Geschichte", Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8.

der russische Kaiser „von der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und einer Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen", die auf allen Nationen laste. „Die Aufrechterhaltung des Friedens und eine möglichste Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen," so hieß es in dem Manifest vom 24. August [1]), „die auf allen Nationen lasten, stellen sich der gegenwärtigen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein sollten." Die humanitären und hochherzigen Bestrebungen des Zaren seien ganz und gar darauf gerichtet. Die russische Regierung halte den gegenwärtigen Zeitpunkt für günstig zur Erforschung der wirksamsten Mittel, um auf dem Wege einer internationalen Besprechung allen Völkern die Wohltaten eines wirklichen und dauerhaften Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen. Es gehe nicht länger an, die geistigen und physischen Kräfte der Völker, ihre Arbeit und ihr Kapital zum größeren Teile ihrer natürlichen Verwendung zu entziehen und unergiebig zu verbrauchen. „Die wirtschaftlichen Krisen, die zum großen Teile auf das Vorhandensein der übertriebenen Rüstungen zurückzuführen sind, und die dauernde Gefahr, die in dieser Anhäufung von Kriegsmaterial liegt, verwandeln den bewaffneten Frieden unserer Tage zu einer drückenden Last, die zu tragen den Völkern immer größere Mühe bereitet." Diesen unablässigen Rüstungen ein Ziel zu setzen und nach Mitteln zu suchen, um den Unglücksfällen zu begegnen, die die ganze Welt bedrohten, das sei die erhabenste Pflicht, die sich heute allen Staaten aufdränge. Von diesem Gefühl durchdrungen, habe der Zar dem Grafen Murawiew zu befehlen geruht, allen Regierungen den Zusammentritt einer Konferenz vorzuschlagen, die sich mit diesem ernsten Problem zu beschäftigen hätte.

Als der deutsche Botschafter Fürst Radolin einen Tag später, am 25. August 1898, bei Kaiser Nikolaus II. eine Audienz hatte, 4216
ergriff er die Gelegenheit, über die Denkschrift mit dem Zaren zu sprechen. Dieser bemächtigte sich dieses Gesprächsgegenstandes mit großer Wärme und betonte seine Zuversicht, daß seine Vorschläge den Keim zu einer ruhigeren Auffassung und friedlichen Lösung etwa brennender Fragen und drohender Kriegsgefahren zu legen vermöchten, sofern er nur auf die Mitwirkung der anderen Staaten rechnen könne. In erster Linie baue er auf die mächtige Unterstützung Kaiser Wilhelms II. Fürst Radolin erwähnte in seinem Berichte vom
26. August 1898 auch das Gerücht, wonach die erste Anregung zum 4216
Friedensmanifest nicht vom Zaren angeregt sei, sondern auf den weiterer Ausgaben für Geschütze und Schiffe überdrüssigen Finanzminister v. Witte zurückgeführt werden müsse. Der Zar fasse aber jedenfalls

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 282/283.

die von ihm erlassene Kundgebung in idealer Weise auf und habe dabei nur das Wohl der Menschheit im Auge.

Kaiser Wilhelm II. hielt den ganzen Vorschlag für eine Utopie. Er bestritt, daß der Abrüstungsvorschlag, wie der Zar meinte, der Sozialdemokratie eine mächtige Waffe und ein gewaltiges Agitationsmittel aus der Hand nehme, meinte vielmehr, daß er es ihnen im Gegenteil in die Hand gebe, und daß der Zar mit seinem Manifeste unseren Demokraten und der Opposition eine brillante Agitationswaffe zur Verfügung stelle.

In Berlin suchte man hauptsächlich mit England über den russischen Vorschlag zu einer übereinstimmenden Auffassung zu ge-
4217 langen. Am 26. August bereits verständigte B. v. Bülow den Grafen Hatzfeldt telegraphisch von dem Wortlaute des Manifestes und betonte, daß der Gedanke, England solle seine Sicherheit künftig in einem Vertragsdokumente und in Rußlands Vertragstreue sehen, anstatt in den englischen Schlachtschiffen, keiner Prüfung bedürfe. Um so erwägenswerter sei aber die Frage, ob Rußland und Frankreich nicht das Scheitern der Konferenz an dieser Klippe bereits vorhersähen und die Konferenz lediglich als ein Mittel betrachteten, um England „als Vorbereitung für den Krieg in eine für den Zweibund günstigere Gruppierung zu bringen". Für Deutschland würde es von Wert sein, wenn dieser Friedens- und Abrüstungsgedanke, der unter seiner idealen äußeren Form reale Kriegsgefahren berge, an Englands Ablehnung scheitere, ohne daß Deutschland dabei in den Vordergrund trete. Der Zar habe Kaiser Wilhelm II. in besonders dringender Weise um Förderung seines Planes gebeten. Der Kaiser wolle aber nicht, wo gerade eine wichtige deutsch-englische Abmachung — nämlich die über die portugiesischen Kolonien [1]) — zum Abschlusse gelangt sei, an anderer Stelle vielleicht Schwierigkeiten machen. Er wünsche deshalb zu wissen, wie England sich zu der Frage der Einschränkung aller Rüstungen und der „Prüfung aller schwebenden Fragen im Hinblick auf die Beseitigung von Kriegsgefahren" verhalte.

Damit mußte man unbedingt rechnen, daß England zu einer Beschränkung seiner Seestreitkräfte sich kaum durch eine Konferenz drängen lassen würde. Man könne, meinte der englische Geschäfts-
4218 träger in Berlin, einer Seemacht die Beschränkung ihrer Streitkräfte, wenn man sie nicht benachteiligen wolle, nicht in demselben Maße zumuten, wie einer Landmacht. Andererseits wollte man aber in
4219 London den Zaren auch nicht durch unmittelbare Ablehnung persönlich kränken.

Kaiser Wilhelm II. war bei näherem Durchdenken des Friedensmanifestes außer sich über die russische Naivität. „Jahraus, jahrein", vermerkte er zum Schlusse des Dokuments Nr. 4219, „sind Divi-

[1]) Vgl. o. S. 50 ff.

sionen und Armeekorps, erster Linie und Reserve, neuformiert und aufgestellt worden; strategische Eisenbahnen, ohne Wert für die Erschließung des Landes, nur für das Heranfahren von ‚Kanonenfutter' und Zubehör sind gebaut worden. Das muß alles unterhalten werden. Dazu kommt die plötzliche Expansion nach China, der Bau der Sibirischen Bahn — allein ein Objekt von Hunderten von Millionen — mit Aussicht auf Steigerung der Ausgaben für die Flotten. Und das alles, während im Lande der Hungertyphus, durch kolossale Mißernten und Mißwirtschaft hervorgerufen, wütet, die Steuern kaum noch zu erheben sind und die Kultur auf der untersten Stufe steht! Witte hat keine Quellen mehr, seit Frankreich versiegte und Deutschland und England nicht wollen. Wodurch klar bewiesen, daß Europa bisher Rußland seine Rüstungen bezahlte! Das alles mag mit zu dem ‚Humanitätsdusel' getreten sein, der den jungen Kaiser erfüllt, und ihn zu diesem unglaublichen Schritt gebracht haben. Daneben steckt eine Portion Teufelei; indem dem Ablehnenden sofort das Motiv des Friedensbruchs untergeschoben werden soll. Während jetzt Rußland nicht weiter kann, während wir anderen — zumal Deutschland — jetzt wieder anfangen können, um versäumtes nachzuholen."

Dieser Grundauffassung des deutschen Kaisers entsprach die ganze Behandlung des Friedensmanifestes und der Arbeiten bei der Konferenz in den kommenden Monaten deutscherseits. Immerhin verfügte der Kaiser sofort, einer Prüfung des russischen Vorschlages 4220, 4221
näherzutreten. Man nahm in Berlin an, daß sich England mit der Beantwortung der russischen Vorschläge nicht übermäßig beeilen und vielleicht die russische Regierung um ein technisches Ausführungsprogramm ersuchen werde.

Die besondere Wärme, mit der Kaiser Nikolaus II. den deutschen Kaiser ersucht hatte, seine Pläne zu fördern, erforderte eine persönliche Antwort des Monarchen. Eine solche richtete Kaiser Wilhelm II. am 29. August an den Zaren [1]). Er verhehlte darin nicht die außer- 4222
ordentliche Schwierigkeit der Frage, obwohl es sich theoretisch um einen scheinbar einfachen Grundsatz handele. So könne man sich doch kaum einen seine Armee persönlich befehligenden Monarchen vorstellen, der seine durch eine hundert Jahre alte Geschichte geweihten Regimenter auflöse und ihre glorreichen Fahnen den Wänden der Zeughäuser und Museen überweise, dabei aber seine Städte dem Anarchismus und der Demokratie überliefere. Den menschlichen Grundgedanken des russischen Vorschlages erkannte der Kaiser an, wenn er das Abrüstungsmanifest als den interessantesten und überraschendsten Vorschlag des Jahrhunderts bezeichnete. „Ehre wird hinfort von der ganzen Welt auf Dich gehäuft werden," so schloß

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 283/284.

der Kaiser in seinem Telegramm, „sogar wenn der praktische Teil infolge der Schwierigkeiten im einzelnen fehlschlagen sollte." Zum Schluß versprach der Kaiser, der Angelegenheit die ernsteste Auf-
4223 merksamkeit der deutschen Regierung zuwenden zu lassen. Der Zar äußerte sich über dieses Telegramm sehr erfreut.

In Wien behandelte Graf Goluchowski den russischen Abrüstungs-
4224 vorschlag mit „wohlwollender Heiterkeit". Dieser Kennzeichnung widersprach Kaiser Wilhelm II. in seiner Randbemerkung, da er die Sache als eine sehr ernste betrachtete und annahm, sie könne leicht zu schweren Konflikten, ja sogar zum Kriege führen. Am Goldenen Horn stand der Sultan der neuen Wendung der russischen Politik
4225 skeptisch gegenüber in der Furcht, daß eine türkische Abrüstung für ihn und sein Reich nicht das Signal zum Frieden, sondern zu gefahrvollen Konflikten und neuen Opfern bilden würde. Auch in Washing-
4226 ton äußerte man sich sehr skeptisch. Daß Frankreich hingegen sich
4227 alsbald amtlich zur Teilnahme an der Konferenz ansagte, war selbstverständlich, nachdem Graf Murawiew dem französischen Kabinett hatte erklären lassen, auf der in Aussicht genommenen Konferenz dürfe keine politische Frage zur Sprache kommen.

Von Deutschland erwartete man in Petersburg, daß es vielleicht
4228 die russische Hauptstadt als Ort für die Konferenz vorschlagen werde. Hierzu war Kaiser Wilhelm II. nicht geneigt. Er ließ aber nach
4229 Petersburg mitteilen, daß es an der deutschen Mitwirkung nie fehlen solle, wo es sich um die Aufrechterhaltung der traditionellen Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg und den beiderseitigen Regierungen handele.

Im Oktober 1898 weilte Graf Murawiew mehrere Tage in Paris,
4230 um Frankreich für die Konferenz zu gewinnen. Als Ort nannte er nunmehr Kopenhagen oder den Haag. Über seinen Pariser Besuch
4231 sprach er sich einige Tage darauf in Wien mit dem deutschen Botschafter Grafen zu Eulenburg eingehend aus und nahm bei dieser Gelegenheit die Bearbeitung des Friedensmanifestes als seine persönliche Tat in Anspruch. In Petersburg betonte der Finanzminister Witte, die wach-
4232 senden Ausgaben für militärische Rüstungen auf dem Festlande würden alle Kontinentalmächte so erschöpfen, daß für eine Vermehrung der Flotte nichts mehr übrig bleibe. Dann würde England mit oder ohne Amerika leichtes Spiel haben, die Weltherrschaft zu gewinnen, und der Kontinent Europa werde zu einer quantité négligeable.

Endlich um die Weihnachtszeit verdichteten sich die russischen
4233 Vorschläge zu einem Programm für die Friedenskonferenz. Ein Programmentwurf wurde am 11. Januar 1899 allen Missionen in Peters-
4234 burg überreicht. Darin waren alle politischen Fragen von der Konferenz ausgeschlossen. Deutschland erklärte, sich an der allgemeinen
4235 Erörterung der angeregten Fragen gern beteiligen zu wollen. Es

verzichtete aus diesem Grunde auf die Vorlage eines Separat- 4236
programms.

Nicht nur in England, sondern sogar in Rußland selbst sah man übrigens im Januar 1899 die Aussichten der Konferenz als sehr 4237
zweifelhafte an. Auch der Papst war zur Beteiligung aufgefordert 4238, 4239
worden, wodurch Schwierigkeiten mit der italienischen Regierung entstanden. Auch war damit zu rechnen, daß die Einladung der 4241
Regierung des Transvaal-Staates zur Teilnahme an der Konferenz in 4240
London Anstoß erregen würde.

So vollzog sich die Vorbereitung der ersten Haager Friedenskonferenz unter allseitigem Mißtrauen. Deutscherseits wurde es für nötig 4241–4251
erachtet, auf das amtliche Einladungsschreiben der niederländischen Regierung vom 8. April 1899 einen Tag später unter Hinweis darauf 4252
zu antworten[1]), daß die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, so wie es heute zwischen den Mächten bestehe, die natürliche Grundlage für die Arbeiten der Konferenz bilden müßte, und daß dieses Gleichgewicht nur durch die Mitwirkung wenigstens aller Großmächte gewahrt werden könnte. „In dem Augenblick, wo aus irgend einem Grunde die eine oder andere der Großmächte auf die Beteiligung an der Konferenz grundsätzlich verzichten oder aufhören würde, sich an den Entschließungen zu beteiligen, würde keine der übrigen Mächte der Notwendigkeit entraten können, in der dann schwebenden Frage entweder im Sinne der widersprechenden Macht oder Mächte, oder im Sinne der übrigen Konferenzmitglieder Partei zu ergreifen. Um dieser Zwangslage zu entgehen, und um nicht in eine Politik, die unseren friedlichen Absichten nicht entsprechen würde, hineingezogen zu werden, stellt die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs schon heute grundsätzlich fest, daß sie sich von der Konferenz zurückziehen wird, sobald diese die Unterstützung aller Großmächte nicht oder nicht mehr haben wird."

Einen üblen Auftakt für die Konferenz bildete das Manifest des Zaren vom 15. Februar 1899, durch das er die Verfassung Finnlands umstieß, zumal in ganz Rußland darauf eine lebhafte Agitation gegen die Aufhebung der finnischen Sonderrechte einsetzte. Theorie und 4257
Praxis stießen hier hart aufeinander.

Die Monate April und Mai 1899 waren der Vorbereitung der 4250–4256
Konferenz gewidmet. Deutscherseits wurde der Botschafter Graf Münster als Erster deutscher Delegierter für die Haager Konferenz ausersehen, und die Völkerrechtslehrer Professor Frhr. v. Stengel, München, und Professor Zorn, Königsberg, wurden ihm beigegeben. Als militärischen Sachverständigen entsandte Deutschland den früheren Pariser Militärattaché, Obersten Groß v. Schwarzhoff, und den damaligen Pariser Marineattaché, Kapitän zur See Siegel.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 284/285.

Graf Münster war über sein neues Amt wenig erbaut. „Mit Illusionen", schrieb er am 24. März 1899 an den Staatssekretär v. Bülow, „gehe ich nicht in die Konferenz, so ehrenvoll es auch ist. Leeres Stroh dreschen ist stets eine undankbare Aufgabe, besonders wenn es, wie in diesem Falle, russisches Stroh ist, denn darin findet sich immer viel giftiges Unkraut. — Die Aufgabe ist besonders deshalb schwierig, weil eine Konferenz wie diese, bei der die Mächte sich durch Botschafter und frühere Minister vertreten lassen, nicht mit einem Fiasko enden darf und ein Vorbereiten des ewigen Friedens eine kindische Illusion ist. Es muß vor allem vermieden werden, daß in dem leeren Stroh nicht ein Zankapfel verborgen ist."

Kaiser Wilhelm II. sah der Konferenz mit großer Sorge entgegen. Er selbst hatte durch seine Politik zweifellos zehn Jahre des Friedens tatsächlich bereits gesichert. Von der Friedenskonferenz versprach er sich nichts und erblickte darin nur einen russischen Schlag gegen Deutschlands militärische Fortentwicklung. „Ich lasse mich aber gar nicht dadurch beirren," schrieb er unter einen Bericht des Staatssekretärs v. Bülow über eine Unterredung mit dem russischen Vertreter auf der Haager Friedenskonferenz, Herrn v. Staal. „Die Konferenzkomödie mache ich mit, aber den Degen behalte ich zum Walzer an der Seite."

B. Die Rüstungsfrage auf der Konferenz

Die Friedenskonferenz trat am 18. Mai 1899 im Haag zusammen und wurde am 29. Juli geschlossen. An ihr beteiligten sich die europäischen Großmächte, die Türkei, Japan, China, die Vereinigten Staaten von Amerika und eine Anzahl kleinerer Staaten. Der Papst nahm an der Konferenz nicht teil. Die deutsche Regierung hat in der Frage der Zulassung des Papstes, die während der ganzen Dauer
1241 der Konferenz nicht zur Ruhe kam und der niederländischen Regierung ernste Schwierigkeiten bereitete, die äußerste Zurückhaltung bewahrt.

Über die Rüstungsfrage auf der Konferenz liegen die Dokumente Nr. 4258—4263 vor. Man entnimmt aus ihnen, daß die Rüstungsfrage am 23. Juni 1899 in der ersten Kommission aufgenommen wurde. Graf Murawiew hatte vorgeschlagen, durch eine internationale Verständigung für einen Zeitraum von fünf Jahren die Nichterhöhung der Effektivstärken der von den Staaten unterhaltenen Truppen
4258 durchzusetzen. Die Kolonialtruppen sollten ausgenommen sein, im übrigen das gegenwärtig gültige Militärbudget in allen Staaten für fünf Jahre aufrechterhalten werden. Der Vorsitzende der ersten Kommission, Präsident Beernaert von der belgischen Repräsentantenkammer, suchte eine Vertagung der Sitzung herbeizuführen. Es meldete sich aber der deutsche Militärdelegierte, Oberst Groß v. Schwarzhoff, als erster zum Wort. Er führte aus, Deutschland sei nicht von

Steuern und Lasten erdrückt, sondern erfreue sich wachsenden Wohlstandes. Die Friedensstärke einer Armee stehe im engsten Zusammenhange mit einer Fülle anderer Faktoren, die in ihrer Gesamtheit die „Nationale Verteidigung" ausmachten. Diesem eminent nationalen Werke eine Konvention entgegensetzen zu wollen, sei nicht angängig. Man könne also nicht von der Friedensstärke allein sprechen, ohne auf die anderen Fragen einzugehen.

Daß Oberst Groß v. Schwarzhoff entgegen der vom Auswärtigen Amt gewünschten Zurückhaltung hier als erster das Wort ergriff, ähnlich wie es auch Kapitän zur See Siegel in der Marinekommission 4259
getan hat, erklärt sich daraus, daß die Engländer und Amerikaner nicht Französisch verstanden, die anderen Teilnehmer schwiegen, und daß deshalb die Deutschen sich veranlaßt fühlten, die Debatten zu führen. So wurde denn auch der deutsche Oberst von dem Militärkomitee zur Vorberatung der russischen Abrüstungsvorschläge gebeten, eine Er- 4260
klärung aufzusetzen, die das Ergebnis der bisherigen Besprechungen zusammenfasse.

Am 30. Juni 1899 nahm die Militärkommission einstimmig die Erklärung des Komitees über militärische Abrüstung an, worauf 4261
Italien, Schweden und Dänemark ihre Sympathie für die russischen Vorschläge aussprachen. Der französische Erste Delegierte zur Friedenskonferenz, Bourgeois, schloß sich der deutschen Auffassung an, daß die Militärkosten weder in Deutschland noch in Frankreich erdrückend seien, beantragte aber den Zusatz: „Die Kommission ist der Meinung, daß die Begrenzung der militärischen, augenblicklich auf der Welt lastenden Verpflichtungen für das Anwachsen des materiellen und moralischen Wohlstandes in hohem Maße wünschenswert ist."

Die russischen Abrüstungsvorschläge konnten am 30. Juni als endgültig beseitigt gelten. Widerspruchsvoll und unklar war bei den 4262
Beratungen die Haltung des italienischen Militärdelegierten gewesen.

In Berlin erklärte der stellvertretende Kriegsminister die von dem 4263
russischen Militärdelegierten vorgeschlagenen Festsetzungen [1]) für unannehmbar. Der organische Ausbau des Heeres werde stets Vermehrungen der Ausgaben für einzelne Zwecke notwendig machen. Die russischen Vorschläge waren inzwischen auf der Konferenz bereits abgelehnt worden.

C. Die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auf der Konferenz

Die Dokumente Nr. 4264—4274 enthalten die Haager Verhandlungen über die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See.

[1]) Vgl. Nr. 4258.

Der niederländische Gesandte in Berlin hatte vertraulich angeregt,
4264 ob Deutschland wohl hinsichtlich dieser Frage die Initiative ergreifen
4265 würde. Staatssekretär B. v. Bülow wandte sich daraufhin mit der Anfrage an den Grafen Münster, ob er die Anregung für nützlich halte. Er wünschte insonderheit zu wissen, von welcher Seite der Gedanke ausgegangen sei, und welche Vertreter sich zu dieser Frage zustimmend oder ablehnend geäußert hätten. Graf Münster tele-
4266 graphierte zurück, die Frage sei allein von der holländischen Regierung angeregt worden, und er würde es im Interesse unseres Welthandels mit Freuden begrüßen, wenn wir unseren Einfluß dafür geltend machten. Die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt würde ein
4267 solches Vorgehen sehr günstig aufnehmen. Bülow wünschte aber
4268 zunächst abzuwarten. Ähnlich verhielt man sich in London, während die amerikanischen Delegierten die bestimmte Weisung hatten, diese
4269 Fragen zur Sprache zu bringen. Mit Rücksicht auf Rußland verzichtete
4270 aber damals Deutschland auf eine Initiative in dieser Angelegenheit.
4271 Auf eine Anfrage der amerikanischen Regierung nach Deutschlands Haltung in dieser Frage erklärte B. v. Bülow, Deutschland wünsche
4272 nicht, in dieser Frage eine führende Rolle zu übernehmen, solange auf Einmütigkeit der Mächte hierbei nicht zu rechnen sei.

Den Schluß des Kapitels bilden zwei Berichte des deutschen
4273 Marinedelegierten, Kapitäns zur See Siegel, vom 28. Juni, beide aus Scheveningen, über Besprechungen mit dem Marinedelegierten Englands, dem Vizeadmiral Sir John Fisher. Auch England wollte die heikle Frage nicht berühren, da Amerika, Rußland und Frankreich aus ganz verschiedenen Gründen in dieser Angelegenheit zusammengingen.

4274 Sir John Fisher sprach sich zu dem deutschen Kapitän mit vollem Freimute aus. Da er demnächst die Führung der englischen Flotte zu übernehmen hatte, so war sein Urteil politisch von Bedeutung. Er befürchtete nun, daß eine Unverletzlichkeitserklärung des Privateigentums auf See den bisherigen Schutz durch die Kriegsflotte mehr oder weniger als entbehrlich erscheinen lassen würde. Die Kaufleute würden es dann für sicherer halten, ihre Güter einem neutralen Schiffe anzuvertrauen. Der Handelsverkehr der Kriegführenden würde dann aber unzweifelhaft zu einer fremden Flagge übergehen, und die Geschichte lehre, daß der Handel in einem solchen Falle fast niemals wieder zurückkehre. Werde das Privateigentum auf See für unverletzlich erklärt, so würden sich sofort im Lande Stimmen erheben, die eine Verminderung der Seestreitkräfte, im besonderen aber der Kreuzer, fordern würden. Einer solchen Auffassung im Lande müsse unter allen Umständen entgegengetreten werden, denn es würde der größte Fehler sein, wenn man die Kreuzerflotte vermindern wollte. Nur dadurch, daß England die Macht habe, auf der ganzen Welt überall als der Stärkste aufzutreten, habe es die Stellung, die es brauche. Kam die Frage auf der Konferenz zur Diskussion, so mußte man damit

rechnen, daß der englische Delegierte die Diskussion zwar zulassen, sich aber nur im allgemeinen daran beteiligen werde, ohne eine bestimmte Ansicht zu äußern.

Nach der persönlichen Überzeugung des Kapitäns Siegel war nicht damit zu rechnen, daß England sein Kriegsinstrument durch Kommissionsbeschlüsse irgendwelcher Art verringern lassen würde. „England hat den festen Entschluß, das Kriegsinstrument, das es in seiner Flotte besitzt, im Falle der Notwendigkeit mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit zu gebrauchen, nach dem Grundsatze: Macht ist Recht."

D. Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz

Bei weitem der umfangreichste Teil der Dokumente (Nr. 4275 bis 4349) bezieht sich auf die Schiedsgerichtsfrage, die von der dritten Kommission bearbeitet wurde. Für diesen Abschnitt gilt, was oben im ganzen für die Behandlung der ersten Haager Konferenz im Wegweiser ausgeführt wurde: Ein näheres Eingehen auf den reichen Inhalt gerade dieses Abschnittes ist an dieser Stelle unnötig und darf dem Sonderstudium überlassen bleiben. 4275–4319

Hervorgehoben sei, daß in den mitgeteilten Dokumenten eine zusammenhängende Berichterstattung des Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission vorliegt. Es sind dies die Dokumente Nr. 4278, 4282, 4283, 4284, 4301, 4304, 4316, 4329, 4332 bis 4334, 4337, 4338, 4345, 4346. Zeitlich erstrecken sich die Arbeiten der dritten Kommission von Ende Mai bis Ende Juli 1899. Das Dokument Nr. 4297 ist auf Seite 285 in deutschem Wortlaut wiedergegeben. 4297

Der Standpunkt der deutschen Regierung zur Schiedsgerichtsfrage kommt am kürzesten in einer Denkschrift für die italienische Regierung vom 10. Juni zum Ausdruck. Hiernach hielt die deutsche Regierung die Errichtung eines ständigen Gerichtshofes zur Schlichtung internationaler Konflikte für gefährlich, um nicht zu sagen naturwidrig. Bei jeder auftauchenden bedeutenderen Frage sei jede Großmacht mehr oder weniger erheblich interessiert, und es werde dann im Einzelfalle nicht leicht sein, Staaten ausfindig zu machen, die das erste Erfordernis der Richterqualität, die Parteilosigkeit, besäßen. 4302

Graf Münster befürwortete verschiedentlich eine versöhnliche Haltung Deutschlands in der Schiedsgerichtsfrage. Offenbar hat der Vortragende Rat v. Holstein gemeinsam mit dem Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, Hellwig, die Seele des Widerstandes gegen jede Nachgiebigkeit Deutschlands gebildet. 4312

Am 15. Juni 1899 war man in Berlin schon so weit, daß man dem Grafen Münster den Auftrag gab, Deutschlands Rücktritt von der Einrichtung einer ständigen Schiedsinstanz zu erklären. Graf Münster 4308

warnte telegraphisch, durch eine solche Erklärung Deutschlands sehr gute Position auf das Spiel zu setzen; es könne sich eine Sprengung der dritten Kommission, vielleicht sogar der ganzen Haager Konferenz daraus ergeben. Graf Münster schickte den Professor Zorn nach Berlin, um den ihm für Deutschlands Beurteilung in der Welt gefährlich erscheinenden Beschluß abzuwenden. Seinen Vorstellungen gelang es, Bülow zum Einlenken zu bewegen.

Auch in Petersburg hatte Bülow angefragt, wie man dort die Sachlage beurteile. Fürst Radolin berichtete am 19. Juni, für ihn stehe es außer Frage, daß im Falle der Vereitelung eines ständigen Schiedsgerichts durch den Widerstand Deutschlands die Verantwortung und das Odium für das Fiasko der Konferenz von Rußland aus für die Zukunft allein Deutschland zugeschoben werde. Man müsse damit rechnen, daß bei fortgesetzter Ablehnung nicht allein die Stellung der deutschen Delegierten im Haag, sondern auch Deutschlands politisches Verhältnis zu Rußland von Grund aus verdorben werden würde.

Eine gute Zusammenfassung der damaligen Beweggründe der deutschen Politik ist in einem Berichte des Staatssekretärs B. v. Bülow vom 21. Juni 1899 an den Kaiser enthalten. Der Kaiser vermerkte dazu: „Was doch der alberne Streich eines träumerhaften Knaben für wichtige Interessen auf das Spiel gesetzt hat!" Bülow befürwortete in diesem Schreiben, den Grafen Münster anzuweisen, „sein Verhalten in der Schiedsgerichtsfrage auf der Grundlage einzurichten, daß wir bereit seien, auf den von Rußland befürworteten Vorschlag eines permanenten Schiedsgerichts und eines permanenten Bureaus einzugehen, jedoch selbstverständlich nur in derjenigen Gestalt, welche jener Vorschlag jetzt angenommen habe, mit allen etwa noch weiter erreichbaren Modifikationen und lediglich versuchsweise". Ferner empfahl er, durch den deutschen Botschafter in Petersburg der russischen Regierung darlegen zu lassen, „wie unsere sachlichen Bedenken gegen den Schiedsgerichtsvorschlag zwar nicht entkräftet wären, daß aber gleichwohl Euere Majestät, um in Bekräftigung der zuletzt noch in Wiesbaden bekundeten Gesinnungen Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus einen Beweis treuer Freundschaft zu geben, Allerhöchstsich entschlossen hätten, an Graf Münster die vorstehend . . . angegebene Instruktion gelangen zu lassen".

Der Kaiser machte zu diesem grundlegenden Schreiben die Schlußbemerkung: „Ich habe in Wiesbaden versprochen, dem Zaren zu einer befriedigenden Lösung meine Hilfe angedeihen zu lassen! Damit er sich nicht vor Europa blamiere, stimme ich dem Unsinn zu! Aber werde in meiner Praxis auch für später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen und berufen!" Dann fügte der Monarch noch einen seinen ganzen Unwillen über die Haager Konferenz bezeichnenden, schwer wiederzugebenden Ausdruck hinzu. In Wirklichkeit aber ist der Monarch dem Gedanken einer friedlichen

Lösung aufkommender Konflikte stets treu geblieben und hat bald darauf, als die Beschlagnahme deutscher Dampfer während des Transvaalkonfliktes zu einer deutsch-englischen Auseinandersetzung führte, die Einsetzung eines Schiedsgerichts vorschlagen lassen, was indessen von der englischen Regierung nicht angenommen wurde [1]).

Am 29. Juli 1899 wurde die Konferenz in feierlicher Sitzung geschlossen. Das Schlußprotokoll unterzeichneten sämtliche Delegierte. 4349
Graf Münster setzte aber für seine Person seinen Namen weisungsgemäß nicht unter die Konvention und Resolution. Seitens der deutschen Delegierten war von vornherein bis zum Schluß der Standpunkt festgehalten worden, daß alles, was eine Verpflichtung der Unterwerfung unter das Schiedsgericht enthielt, gestrichen würde und die Anrufung des Schiedsgerichts streng fakultativ bliebe. „Ich möchte nicht," schrieb Münster am 30. Juli 1899, „daß die Konferenzen, wie manches Unkraut, perennierend würden."

E. Abschluß der Konferenz. Epilog

Die Dokumente Nr. 4350—4355 unterrichten uns über den Abschluß der Konferenz.

Ein ausführlicher Bericht des Fürsten Radolin vom 13. Juli 1899 4350
vermittelt zunächst interessante Einzelheiten über die Entstehung und Entwicklung der zaristischen Friedensidee, die schließlich zu der Haager Konferenz geführt hatte. Deutschlands standhaftes Verharren auf der einzig möglichen Basis habe Rußland, nach dem Urteil eines höheren Beamten des auswärtigen Ministeriums in Petersburg, einen unermeßlichen Dienst geleistet, den größten seit dem polnischen Aufstande 1863. Alle vernünftig denkenden Russen erkännten es an, wenn es auch amtlich nie zugegeben werden würde.

Bemerkenswert ist die scharfe Verurteilung, die Graf Münster am 4351
17. Juli dem Konferenzgedanken zuteil werden ließ. Er berichtete, daß die Konferenz hoffentlich bald geschlossen werden könne und fügte hinzu: „Vor allem wünsche ich als guter Deutscher, daß die europäischen Staaten es niemals wieder dulden werden, daß ein russischer Zar unter dem heuchlerischen Vorwande der Friedensliebe Europa auszubeuten und zu bevormunden versucht. Dieser Versuch ist zwar mißlungen, aber nicht ganz, und nicht ohne Schaden zu tun. Mir ist es immer unbegreiflich gewesen, daß Rußland ein so freches Spiel treiben konnte, und daß auf der andern Seite die Kulturstaaten so leicht darauf eingegangen sind . . . Die Hinterlist der russischen Ratgeber der slawischen Partei ist zu spät erkannt und wird auch jetzt noch von wenigen ganz verstanden. Der Zweck war Schwächung der Wehrkraft der europäischen Staaten — „vor allem Deutschlands",

[1]) Vgl. u. S. 112.

setzte der Kaiser hinzu —, Schwächung der Unabhängigkeit der großen Staaten durch Schiedsgerichte, Gewährung eines größeren Einflusses den kleineren Staaten, Neutralisation der Großen durch die Kleinen, Gleichberechtigung derselben wie beim allgemeinen Stimmrechte. Dabei sind alle Mittel, erlaubte und unerlaubte, angewandt, und suchte man vor allem die öffentliche Meinung, namentlich die der Sozialisten, aufzuregen, zu beeinflussen und wollte die europäische Presse mißbrauchen. Es ist das um so schamloser, als die russische Presse noch ganz unter der russischen Knute steht. — — — Man müßte doch mit geistiger Blindheit geschlagen sein, wenn man an die Aufrichtigkeit des Kaisers und seiner Ratgeber glauben wollte. Ein Blick nach Rußland hin muß uns eines Besseren belehren. — Während der Frieden und die Zivilisation durch den russischen Kaiser in Europa angeblich gesichert werden sollen, werden die letzten Spuren europäischer Zivilisation, die noch in Finnland erhalten waren, mit roher Hand vernichtet. Ich bedauere aufrichtig den Kaiser, der dem vernichtenden Einflusse der slawischen Partei nicht widerstehen konnte und durch sie sich verführen ließ, das Wort seines Vaters und sein eigenes, welches er bei der Thronbesteigung den Finnländern gab, zu brechen." Kaiser Wilhelm II. trat diesen Äußerungen lebhaft bei. „Der Bericht trifft den Nagel auf den Kopf. Münster ist der Zar zu hohem Dank verpflichtet, denn er hat S(einer) M(ajestät) das ‚face' gerettet. Wir anderen vernünftigen Europäer müssen ihm dankbar sein, daß er mit gesundem Menschenverstande den ganzen russischen Heucheleien, Quatsch und Lügen den Garaus gemacht hat."

Sehr bezeichnend war es, daß bald nach Schluß der Konferenz
4352 der französische Minister Delcassé in Rußland weilte, um eine ausdrückliche Erneuerung der Zweibundabmachungen von 1891 und 1892 zu erreichen. Hierbei wurde als Ziel der Allianz nicht mehr wie bisher die Wahrung des Friedens, sondern auch die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, vor allem im Falle einer Auflösung Österreichs bei dem Tode des Kaisers Franz Joseph, hingestellt. Auf
4353 der Konferenz hatten die Franzosen fast völlig den deutschen Standpunkt vertreten, dabei aber dauernd versucht, sich den Russen angenehm zu machen.

Ein Schreiben des Auswärtigen Amtes an Kaiser Wilhelm II.
4354 vom 20. Dezember 1899 vermittelt uns das Schlußergebnis der ersten Haager Konferenz, soweit Deutschlands Standpunkt in Betracht kommt. In Übereinstimmung mit dem Votum des Grafen Bülow hatten sich das preußische Staatsministerium und die Staatssekretäre des Reichsamts des Innern, des Reichsjustizamts, des Reichsschatzamts und des Reichspostamts dahin ausgesprochen, daß der Beitritt Deutschlands zu der „Konvention über die friedliche Beilegung der internationalen Konflikte" unbedenklich sei. Auch gegen die „Konvention über die Anwendung der Genfer Konvention auf den See-

krieg“ hatten sich Anstände nicht ergeben. Über die „Konvention betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ wurde ein gemeinsamer Bericht des Auswärtigen Amtes und des Kriegsministeriums in Aussicht gestellt. Schließlich waren die drei Deklarationen, die das Verbot des Schleuderns von Geschossen aus Luftballons, das Verbot der Verwendung von Geschossen mit zerstörenden oder Stickgasen und das Verbot der Verwendung von Geschossen mit veränderlichem Mantel aussprachen, von Österreich und Italien bereits ohne jeden Vorbehalt unterzeichnet worden. Noch vor dem 1. Januar 1900 war mit der Unterschrift Englands und der Vereinigten Staaten zu rechnen. Deutscherseits erfolgte auf den Antrag des Staatssekretärs des Äußeren, Grafen Bülow, die Unterzeichnung der Konventionen und Erklärungen seitens des dazu bevollmächtigten Botschafters Fürsten Münster am 28. Dezember 1899 im Haag.

Die schärfste Enttäuschung für alle diejenigen, die in der ersten Haager Konferenz einen Fortschritt auf dem Wege zum ewigen Frieden erblickt hatten, bildeten der Boxeraufstand in China und das sich daraus ergebende kriegerische Vorgehen der Mächte[1]).

Auf den Zaren machten diese Vorgänge begreiflicherweise einen tiefen Eindruck. „Die Illusionen seiner geträumten Friedenspolitik 4355
sind dahin,“ berichtete Fürst Radolin am 1. August 1900 aus Petersburg, „und er wird zur Überzeugung gekommen sein, daß der menschliche Wille, selbst der seinige, mitunter ohnmächtig den Ereignissen gegenübersteht.“ Als Graf Murawiew am 21. Juni 1900 unerwartet verstorben war, hatte man ernstlich geglaubt, daß die aus dem Mißerfolge der Haager Friedenskonferenz sich ergebende Mißstimmung des Zaren gegen seinen Minister daran nicht unbeteiligt gewesen, und daß der Graf, die kaiserliche Ungnade fürchtend, sich selbst das Leben genommen habe. Für den Zaren wurde die an sich schon schwierige Lage durch den jähen Hingang seines vertrauten Ratgebers noch wesentlich erschwert.

Ein vortreffliches Urteil über die wirkliche Bedeutung der Haager Friedenskonferenz gewährt der schon erwähnte[2]) Aufsatz des Professors Philipp Zorn „Zur Geschichte der ersten Haager Friedenskonferenz“ im Heft 9 des „Archivs für Politik und Geschichte“. Es sei gestattet, aus seinen Darlegungen das Schlußurteil hier im Wortlaute anzuführen:

„Das Verhalten Deutschlands auf der ersten Haager Friedenskonferenz ist schon vor dem Weltkriege vielfach einer herben Kritik unterzogen worden, und während des Weltkrieges hat sich diese

---

[1]) Vgl. Band 16 des Aktenwerkes, siehe u. S. 121 ff.
[2]) Vgl. o. S. 92.

Kritik durch die die ganze Welt vergiftende Northcliffepresse zu unerhörter Heftigkeit gesteigert, und man hat dies deutsche Verhalten als eines der Hauptargumente für die größte und infamste Lüge der Weltgeschichte, die im Versailler Frieden, Artikel 231, niedergelegte Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands an der Weltkatastrophe, verwertet.

„Diese Behauptung entbehrt, wie dies auch die jetzt veröffentlichten Akten des Urkundenwerkes bezeugen werden, jeder Begründung.

„Deutschland hat, wenn auch widerwillig, das russische Konferenzprogramm angenommen und an seiner Durchführung eifrig und ehrlich mitgearbeitet. Daß es den damals noch vollkommen unreifen und bis zum heutigen Tage noch nicht zur Reife gelangten Abrüstungsgedanken zu Fall brachte, ist richtig; aber Deutschland stand hierbei nicht allein, sondern wurde von sämtlichen Großmächten unterstützt; das zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Komitee war in der Ablehnung einstimmig gegen Rußland, und die Gesamtkonferenz billigte diese Ablehnung. Dem fakultativen Schiedsgericht und der gesicherten Ordnung des Verfahrens stimmte Deutschland ohne jeden Vorbehalt zu; das Obligatorium dagegen lehnte es grundsätzlich ab, auch hierin unterstützt von zahlreichen anderen Staaten. Daß darin Deutschland zu weit ging, ist meine persönliche Überzeugung; der Artikel 10 des Martensschen Entwurfes hätte unbedenklich angenommen werden können. Aber eine gerechte Beurteilung wird anerkennen müssen, daß bei der völligen Unerprobtheit der Sache die deutschen Bedenken staatsmännischer Vorsicht doch wohl verständlich waren und keineswegs die Behauptung rechtfertigen, Deutschland sei in imperialistischer Selbstsucht der alleinige Friedensstörer auf der ersten Friedenskonferenz gewesen.

„Gegen den ständigen Schiedshof nahm das Auswärtige Amt gleichfalls eine schroff ablehnende Stellung ein. Aber es gelang doch schließlich, diesen Widerspruch des Auswärtigen Amtes, wenn auch nach langwierigen kritischen Erörterungen, zu beseitigen, und Deutschland hat den ständigen Schiedshof ohne jeden Vorbehalt angenommen und weiterhin an seiner Verwirklichung und praktischen Betätigung regsten Anteil genommen; der spätere große Gedanke des ständigen Prisenhofes ging von Deutschland aus und gibt den Beweis, wie sehr inzwischen das Auswärtige Amt sich in den Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingelebt und vertieft hatte. Es entbehrt demnach für ein ruhiges unparteiisches Urteil jeder Begründung, wenn man Deutschland aus seinem Verhalten gegenüber der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit den Vorwurf machen will, als sei es in bewußter militaristischer Überhebung und im Bestreben nach militärischer Weltherrschaft grund-

sätzlicher Gegner aller Bestrebungen auf friedliche Erledigung internationaler Streitfälle gewesen. Dies war Deutschland niemals, im Gegenteil; sowohl die Bismarcksche als die Wilhelminische Politik verfolgten als ihr Hauptziel die Erhaltung des Weltfriedens . . .

„Zu allen Zeiten war auch die kaiserliche Politik Wilhelms II. die gleiche ehrliche und feste Friedenspolitik, wie es die Politik Bismarcks 1875 und 1888 gewesen war.

„An dem ehrlichen Friedenswillen Deutschlands kann kein Zweifel obwalten; das hat heute schon die Weltgeschichte außer Zweifel gestellt. Ob das Verhalten anderer Staaten zu dem gleichen Urteil berechtigt, ist eine andere Frage . . ."

Kapitel 101

Entstehung und Anfänge des Burenkrieges
Die deutsche Haltung

Gerade während der Monate, wo die Haager Friedenskonferenz vorbereitet wurde, erwiesen die Vorgänge der praktischen Politik, daß von einem Zeitalter des ewigen Friedens noch keineswegs gesprochen werden konnte. Eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen England und den Buren kündigte sich an.

Mit dem Beginn des Jahres 1899 hatten sich die Beziehungen zwischen England und der Transvaal-Regierung von neuem verschärft[1]). Am 21. März 1899 richtete der Kolonialminister Chamberlain in einer Unterhausrede scharfe, beinahe schon drohende Anklagen gegen die Burenrepublik, auf die Präsident Krüger am 24. März mit der Bemerkung antwortete, die Uitlanders, die sich immer beschwerten, hätten wohl nur einen Wunsch, nämlich daß das Land an England gegeben werden möge.

Um einer Verschlimmerung der Lage vorzubeugen, richteten die deutsche, ebenso wie die niederländische Regierung von vornherein ihre Bemühungen darauf, die Transvaal-Regierung in der Uitlanders-Frage zu einem möglichst weiten Entgegenkommen zu veranlassen.

Die deutschen Dokumente setzen mit dem 10. Mai 1899 ein und erstrecken sich zeitlich bis zum Januar 1900. Sie zeigen die Entwicklung zum Kriege, der unvermeidlich wurde, nachdem im Juli 1899 in den Verhandlungen zwischen England und der Burenrepublik die Souveränitätsfrage aufgeworfen worden war. Den ersten Schritt auf diesem Wege tat Chamberlain in einer Depesche vom 13. Juli, nachdem Präsident Krüger bei einer Zusammenkunft mit dem Gouverneur Milner in Bloemfontein auf die Unantastbarkeit der Unab- 4356–4368 4374

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 117 ff.

hängigkeit der südafrikanischen Republiken hingewiesen hatte. Die Erörterungen über die Souveränität haben von diesem Zeitpunkte an die schwebenden Verhandlungen dauernd ungünstig beeinflußt. War Präsident Krüger anfangs zu einem gewissen Entgegenkommen in der Uitlanders-Frage bereit, so zog er, nach einer scharf ablehnenden Note der englischen Regierung vom 28. August, das angebotene Entgegenkommen am 2. September 1899 wieder zurück. Nun wurde die Lage unhaltbar, und am 9. September drohte die englische Regierung, „die Lage von einem neuen Standpunkte aus zu betrachten und eigene Vorschläge zu machen, um eine endgültige Erledigung herbeizuführen".

Deutschland hat trotz aller Sympathien für die Buren, die übrigens auch von anderen Ländern geteilt wurden, von vornherein einen ruhigen vermittelnden Standpunkt eingenommen. In diesem Sinne suchte auch das Auswärtige Amt die deutsche Presse dahin zu beeinflussen, daß sie sich einer sachlichen und kühlen Sprache gegenüber der Transvaal-Krisis befleißigte (Telegramm des Staatssekretärs
4384 B. v. Bülow vom 20. September 1899). Sogar Chamberlain hatte am 14. September, also noch vor dieser Beeinflussung der Presse durch das Auswärtige Amt, in einem Briefe an den Legationsrat Frhrn. v. Eckardstein ausdrücklich anerkannt, daß die deutsche Presse im allgemeinen eine sehr gemäßigte Linie halte und im ganzen nicht
4382 ungünstig sei [1]).

Die deutsche Regierung legte damals den größten Wert darauf, daß nicht der Anschein entstehen sollte, als ob Deutschland die wirkliche oder vermeintliche Notlage der Engländer für sich ausnutzen wolle. Indessen wünschte man doch nicht so weit zu gehen, daß
4388 man anfangs Oktober die englische Bitte [2]) um Übernahme der Wahrnehmung der englischen Interessen in Transvaal im Kriegsfalle erfüllte. Als der englische Botschafter am 7. Oktober im Auswärtigen Amt vorsprach, um wegen der deutschen Entschließung anzufragen,
4389 wurde ihm in freundlicher Form erwidert, es sei leider unmöglich, dem Wunsche seiner Regierung zu entsprechen, da der erst kürzlich ernannte Vertreter Deutschlands in Transvaal, ein einfacher Konsul,
4390 einer solchen Aufgabe nicht gewachsen sein würde. England wendete sich nun mit der gleichen Bitte nach Washington.

Am 9. Oktober 1899 ließ Chamberlain dem deutschen Botschafter
4391 in London durch den Frhrn. v. Eckardstein sagen, er könne den Krieg mit Transvaal als unbedingt sicher betrachten. Ebenso fest stehe, daß die englischen Truppen unter allen Umständen bis nach Pretoria und Johannisburg gehen würden. Chamberlain hatte sehr zuversichtlich gesprochen, woraus hervorging, daß er die Majorität des Kabinetts

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 286.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 286.

hinter sich hatte, und daß er mit seiner Transvaal-Politik auf die etwaigen Bedenken und Einwendungen Lord Salisburys keine weitere Rücksicht zu nehmen brauchte.

Der Kriegsausbruch stand tatsächlich unmittelbar bevor. Am 10. Oktober richtete die Transvaal-Regierung ein Ultimatum an England, das dort am 13. Oktober eine scharfe Ablehnung fand. Nunmehr trat mit dem Einrücken von Truppen der beiden Burenrepubliken in Natal der tatsächliche Kriegszustand ein.

Inzwischen hatte sich durch die von England angeregte Beschlagnahme eines deutschen Transportes mit 400 Kisten Patronenhülsen portugiesischerseits, der von Laurenzo Marquez nach Transvaal gehen sollte, eine deutsch-englische Verstimmung ergeben. Der deutsche Gesandte in Lissabon, Graf v. Tattenbach, berichtete am 9. Oktober 4392
1899, daß der dortige englische Gesandte sich äußerst erregt über Deutschland ausgesprochen habe. Gerade die deutsche Presse führe die schärfste Sprache gegen England und ermutige die Buren, und doch hätte es in Deutschland nur eines Machtwortes von oben bedurft, um alles zum Schweigen zu bringen. Hierzu vermerkte der deutsche Kaiser: „Man kann manches von ‚oben' machen, nicht aber das Rechtsgefühl des Deutschen zum Schweigen bringen! Gott sei Dank!" Der Kaiser erblickte in der englischen Gereiztheit nur die Erkenntnis, daß England sich in seiner „glorious isolation" nicht mehr wohl fühlte.

Die deutschen Dokumente Nr. 4393—4411 zeigen im ganzen, 4393—4411
daß die deutsche Regierung während des Burenkrieges streng neutral geblieben ist und weder amtlich noch halbamtlich und auch nicht durch Mittelspersonen den Versuch gemacht hat, Frankreich und Rußland zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen. Sie bilden ein wichtiges Beweismaterial gegen die Behauptungen von Georges Pagès in seinen der französischen Untersuchungskommission über die Verantwortlichkeit im Kriege erstatteten Berichten. Es war tatsächlich so, wie das Auswärtige Amt am 1. April 1900 erklärt hat[1]): „Die deutsche Regierung hat weder offiziell noch offiziös, etwa durch Mittelspersonen, versucht, Frankreich und Rußland zur Intervention im südafrikanischen Kriege zu bewegen."

Eine außergewöhnliche Tragweite hatte angesichts der Weltlage der Besuch des deutschen Kaiserpaares in England vom 20. bis 28. November 1899. Da schon die Ankündigung dieses Besuches in der deutschen, russischen und französischen Presse im ganzen 4396
ungünstig aufgenommen wurde, entschloß sich der Kaiser dazu, den rein verwandtschaftlichen Charakter des Besuches möglichst hervorzuheben und auf alle öffentlichen Festlichkeiten zu verzichten. Über den Kaiserbesuch selbst liegt eine sehr ausführliche Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen v. Bülow vor, der den Monarchen begleitete

[1]) Vgl. Nr. 4497.

(Windsor, 24. November 1899). Er berichtete darin auch über Vorwürfe, die Balfour gegen die Haltung der deutschen Presse anläßlich der englischen Niederlage bei Ladysmith erhoben hatte. Diese Vorwürfe waren unbegründet, und Graf Bülow hatte sogar nach der englischen Niederlage bei Ladysmith in einem Telegramm an das Auswärtige Amt am 31. Oktober 1899 darauf hingewiesen, für die deutsche Presse empfehle sich eine kühle und ruhige Sprache; deutlich hervortretende Schadenfreude und offener Jubel würden nur die Erbitterung der Engländer gegen uns lenken und gleichzeitig bei den Russen und Franzosen die Hoffnung nähren, daß wir bereit wären, uns allein gegen England vorschieben zu lassen. Bülows Aufzeichnung vom 24. November schloß mit den Worten: „Die Zukunftsaufgabe der deutschen Regierung sehe ich darin, im Besitze einer starken Flotte und unter Wahrung guter Beziehungen nach der russischen wie nach der englischen Seite die weitere Entwicklung der elementaren Ereignisse mit Geduld und Sammlung abzuwarten."

Frhr. v. Eckardstein erblickte in dem Besuche des Kaiserpaares in England einen durchschlagenden Erfolg. Seiner Meinung nach durfte dieser Besuch keineswegs als eine offizielle Parteinahme gegen die Buren gedeutet werden, andererseits wurde Deutschland von dem Odium entlastet, „bei der Parteinahme des Kontinents für die Buren in erster Linie zu stehen, wie es vielleicht im Interesse anderer Mächte, aber nicht Deutschlands gelegen hätte".

Botschafter Graf Hatzfeldt erhoffte aus dem Besuche auch für die Zukunft segensreiche Folgen. Eine bedauerliche Wirkung ergab sich aber aus einer Rede Chamberlains vom 29. November, in der er geradezu von der neuen Tripelallianz zwischen der germanischen Rasse und den zwei großen Zweigen der Angelsachsen sprach. Graf Bülow fühlte sich nunmehr veranlaßt, am 11. Dezember der englisch-deutschen Beziehungen in einer so kühlen Weise zu gedenken, daß seine Worte in England verstimmend wirkten. Jedenfalls hat Chamberlain aus dieser Rede die Veranlassung hergeleitet, weitere Bündnisangebote an Deutschland vorderhand nicht zu machen.

Wie sehr der deutsche Kaiser damals bemüht gewesen ist, England und Transvaal gegenüber strenge Neutralität zu üben, ergibt sich aus dem Verbot der Teilnahme preußischer Offiziere, auch solcher des Beurlaubtenstandes, an den Kämpfen in Südafrika.

In derselben Zeit schwebten Erörterungen zwischen England und Portugal über die Kontrolle der Delagoa-Bai, auf die einzugehen Deutschland nicht geneigt war. Nach Portugal wurde mitgeteilt, daß ein auf die Delagoa-Bai bezügliches Übereinkommen, welches etwa unter Beiseitelassung Deutschlands erreicht werde, als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden würde.

England wünschte sich über diese Frage zunächst mit Deutschland zu verständigen. Es übte daher einen erneuten Druck auf die por-

tugiesische Regierung aus, und Lord Salisbury sagte zu Eckardstein, England werde keinen wichtigen Schritt in der Frage der Delagoa-Bai 4411
tun, ohne vorher die deutsche Regierung zu befragen. In England setzte sich nämlich allmählich die Überzeugung durch, daß es hauptsächlich der Neutralität der deutschen Regierung zu verdanken sei, wenn England von etwaigen Interventionsgelüsten kontinentaler Mächte verschont geblieben war. Dabei hatte Fürst Münster am 4405
22. Dezember 1899 aus Paris berichtet, daß man sich überall auf die Möglichkeit eines Konflikts mit England vorbereite.

Kapitel 102

Ein Deutsch-Englischer Zwischenfall im Burenkriege Die Beschlagnahme der deutschen Dampfer 1899—1900

Deutschlands streng neutrale und England gegenüber geradezu freundliche Haltung wurde im Dezember 1899 durch die unberechtigte Beschlagnahme deutscher Dampfer ernstlich in Frage gestellt.

Nach Meldungen des deutschen Konsulats in Durban vom 28. Dezember war der Reichspostdampfer „Bundesrat" vor der Delagoa-Bai englischerseits angehalten und von einem englischen Kriegsschiff als Prise in den Hafen von Durban eingebracht worden. Dabei befand sich nach Versicherung der Reederei Kriegskonterbande nicht an Bord. 4412
Graf Bülow ließ unverzüglich in London um Aufklärung ersuchen und 4413
mit allem Nachdruck die sofortige Freigabe des Schiffes beantragen.

In London schien man das möglicherweise übereilte Vorgehen des englischen Kriegsschiffes zu bedauern. Man zog telegraphisch 4414—4421
Aufklärungen aus Durban ein und zeigte Neigung zu einer für Deutschland befriedigenden Regelung.

Am 3. Januar 1900 ging aus Aden die Nachricht ein, daß noch ein weiterer Postdampfer der Deutschen Ostafrika-Linie angehalten, von englischen Truppen zwangsweise besetzt und ihm die Löschung 4422, 4423
seiner Ladung aufgegeben worden sei. Graf Hatzfeldt erbat nunmehr von der englischen Regierung bindende Weisungen an die britischen Schiffskommandanten in den südafrikanischen Gewässern, dahingehend, daß sie unter Beachtung der völkerrechtlichen Normen dem Handel der Neutralen untereinander keine weiteren Hindernisse in den Weg legen dürften.

Die Beschlagnahme der deutschen Dampfer erregte naturgemäß in Deutschland große Verstimmung und forderte scharfe diplomatische Schritte heraus. Gerade die neutrale Haltung Deutschlands war es 4424, 4425
gewesen, die England vor Interventionsgelüsten anderer Mächte bisher

gesichert hatte. In der Langsamkeit der englischen Regierung, ehe
4426 sie Abhilfe eintreten ließ, erblickte man in Berlin „einen Mangel an
der durch unsere politischen Beziehungen bedingten Rücksichtnahme".
4427 Als vollends am 6. Januar die Meldung einging, noch ein dritter
deutscher Dampfer sei von den Engländern beschlagnahmt, forderte
Deutschland unverzüglich die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder
4428–4437 einer gemischten Kommission. Dafür, daß der deutsche Kaiser die
Entsendung eines Admirals nach London zeitweise ins Auge gefaßt
haben soll, um eine schnellere Lösung des Konflikts zu erzielen, wie
es Frhr. v. Eckardstein in seinen „Lebenserinnerungen [1])" behauptet,
bringen die deutschen Akten keinerlei Belege. Von ihm ist lediglich
der Vorschlag eines Schiedsgerichts ausgegangen.

Ein ausführliches Schreiben des englischen Botschafters in Berlin,
4438 Sir Frank Lascelles, vom 14. Januar 1900 [2]) teilte mit, daß wiederholte
und dringende telegraphische Anweisungen gegeben worden seien,
um der deutschen Regierung entgegenzukommen. Die Durchsuchung
4439 von Schiffen in Aden sollte aufhören. In Berlin hielt man aber das
4440–4445 englische Entgegenkommen für noch nicht ausreichend, während
Eckardstein aus London berichtete, Lord Salisbury habe sicherlich den
Wunsch, eine den deutschen Wünschen entsprechende Lösung herbei-
zuführen.

In einer persönlichen Unterredung mit Eckardstein bzw. dem
Grafen Hatzfeldt erklärte sich am 16. Januar 1900 Lord Salisbury
namens der großbritannischen Regierung bereit, jede legitime Genug-
tuung zu geben und, falls nötig, die Frage der zu zahlenden Ent-
4446 schädigung einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Damit schien der
4447 Zwischenfall in der Hauptsache erledigt, und Graf Bülow ließ nach
London mitteilen, er werde bei der bevorstehenden Interpellation im
deutschen Reichstage diese so beantworten, daß daraus eine Störung
der guten Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht zu
erwarten sei. Zwischen Lord Salisbury und dem Grafen Bülow wurden
daraufhin entgegenkommende Erklärungen ausgetauscht, und Graf
4448–4450 Bülow ließ nach London mitteilen, deutscherseits sei man entschlossen,
von der Veröffentlichung irgendwelcher Schriftstücke über die Ange-
4451 legenheit bis auf weiteres abzusehen. Die englische Regierung hin-
gegen veröffentlichte alsbald ein Blaubuch über die Vorgänge, mit
der Wirkung, daß die englische Öffentlichkeit sich nachträglich erregt
gegen das deutsche Verfahren wandte.

Am 19. Januar 1900 hielt Graf Bülow anläßlich einer Inter-
pellation über die Beschlagnahme der deutschen Schiffe im Reichs-
tage eine Rede, in der er ausführte, die englische Regierung habe in
4452 dieser Angelegenheit einen völligen Rückzug angetreten, und die

---

[1]) Band 2, S. 151.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 286/288.

Aufrechterhaltung guter und aufrichtiger Beziehungen zwischen England und Deutschland sei nur auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme möglich. Eine Besprechung der Interpellation unterblieb daraufhin. Letzteres wurde in England angenehm begrüßt, wenn man dort in der Presse die Worte Bülows auch vielfach mißdeutete. In Amerika betrachtete man das Ergebnis als einen vollständigen diplomatischen Sieg Deutschlands über England. 4453

Am 23. Januar 1900 übersandte der englische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, dem Grafen Bülow einen ausführlichen Schriftsatz Lord Salisburys vom 17. Januar[1]) über die Vorgänge bei Beschlagnahme des Postdampfers „General" der Deutschen Ostafrika-Linie. Hierin wurde ausgeführt, daß hinsichtlich der Postdampfer das Untersuchungsrecht hinfort mit aller nur möglichen Rücksicht ausgeübt und dazu nur geschritten werden sollte, wenn die Umstände so klar lägen, daß der ernsteste Verdacht gerechtfertigt sei. Die englische Regierung bedauerte die bei diesem Anlaß verursachten Ungelegenheiten, worauf die deutsche Regierung in entgegenkommender Weise antworten ließ. 4454 4455

Vom 8. Februar bis 17. Mai 1900 war der preußische Gesandte in Hamburg, Graf Metternich, mit der Vertretung des erkrankten Grafen Hatzfeldt in London beauftragt. Am 19. März erstattete er einen ausführlichen Bericht über seine ersten Londoner Eindrücke. Er gab darin auf Grund eines wichtigen Gespräches mit Chamberlain seine Eindrücke über die englisch-deutschen Beziehungen wieder, die besonders nach der Beschlagnahme der deutschen Dampfer leider zu wünschen übrig ließen. Graf Bülow antwortete telegraphisch am 28. März, gute und sichere Beziehungen zwischen Großmächten seien nur denkbar unter Zugrundelegung des Grundsatzes, daß Rücksichtnahme und gute Behandlung gegenseitig sein müßten, und daß beide Teile den gleichen Anspruch darauf hätten. Das Soll und Haben der beiden Länder stelle sich so, daß auf beiden Seiten unfreundliche Worte gefallen seien. Deutschland aber habe England einen allerdings nur den Regierungen bekannten Dienst von weltgeschichtlicher Bedeutung geleistet, und zwar in einem kritischen Moment. 4456 4457

Nach einem weiteren Berichte des Grafen Metternich vom 24. März 1900 beruhte die englische Verstimmung hauptsächlich auf der Erwägung, daß Deutschland wohl nur deshalb so scharf in der Dampfer-Angelegenheit aufgetreten sei, weil England sich zu jener Zeit in einer schwierigen Lage befunden habe. Kaiser Wilhelm II. vermerkte dazu, Metternichs Vertrauensmann schiene keine Ahnung von den Diensten zu haben, die Deutschland im Stillen England erwiesen habe. 4458

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 289/290. Vgl. Nr. 4422.

Kapitel 103

Die Interventionsfrage im Burenkriege 1900

Vom Ende des Jahres 1899 ab beschäftigte sich die öffentliche Meinung der ganzen Welt lebhaft mit der Frage, ob es nicht Sache der europäischen Festlandsmächte sei, durch eine Intervention den Burenkrieg zu beenden.

In Paris wurde der deutsche Botschafter Fürst Münster daraufhin sondiert, auch von englischer Seite, ob er eine Vermittlung anderer
4459 Mächte schon für möglich halte. Wenn er darauf antwortete, er glaube nicht an eine Vermittlung Deutschlands im südafrikanischen Kriege, so sprach er damit die auch vom deutschen Kaiser und Staats-
4460 sekretär geteilte Auffassung aus. Es schien auch unwahrscheinlich,
4461 daß der Zweibund gegen England energisch Stellung nehmen würde. Die Vereinigten Staaten aber, auf deren Eingreifen die Buren-
4466 republiken Hoffnungen setzten, hielten unmittelbare Parteinahme oder gar ein bewaffnetes Eingreifen zu deren Gunsten für einen Verstoß gegen die amerikanischen Traditionen. In Europa wirkte als Vertreter
4462 der Buren Dr. Leyds, der trotz aller Erfolge der Buren im Felde deren Gesamtlage als sehr ernst ansah und eine Vermittlung auf der Grundlage der Unabhängigkeit von Transvaal herbeiwünschte.

Am gleichen Tage, wo Dr. Leyds in Brüssel mit dem deutschen Gesandten Grafen v. Alvensleben hierüber sprach, landete der neue englische Oberbefehlshaber Lord Roberts mit seinem Generalstabschef Lord Kitchener in Kapstadt. Damit kam ein neuer Zug in die Kriegführung. Man befürchtete in Europa eine englische Beschlagnahme der Delagoa-Bai. In Berlin sprach Graf Bülow mit dem
4463 russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken ganz offen darüber, ob in einem solchen Falle Rußland und Frankreich wohl gemeinsam dagegen protestieren würden. Ein deutscher Minister des Äußern könne die Verantwortung für Verwicklungen mit England bei der verhältnismäßig schwachen deutschen Flotte nicht wohl übernehmen, solange er nicht der Haltung Frankreichs sicher sei. Graf Osten-Sacken antwortete ausweichend, daß Rußland jetzt keine Schwierigkeiten für England herbeiführen wolle, daß die russische Regierung aber die Festsetzung der Briten in der Delagoa-Bai und die vollständige Abwürgung der Buren nicht zugeben würde. Er regte bei
4464 dieser Gelegenheit — schon zum dritten Male — den Gedanken an, französische, russische und deutsche Schiffe nach der Delagoa-Bai zu senden, worauf Bülow nicht weiter einging.

Am 13. Januar fragte Graf Osten-Sacken den deutschen Kaiser anläßlich eines Besuches, den dieser ihm am russischen Neujahrsfeste
4465 erstattete, nach dem Zustande der englischen Flotte und nach der Möglichkeit einer Koalition gegen England. Der Kaiser antwortete,

„daß er einer solchen nicht beitreten und seine bisherige neutrale Haltung nicht aufgeben würde, solange er nicht durch zu weitgehende englische Rücksichtslosigkeiten dazu gezwungen würde". Als der russische Botschafter weiter zu wissen wünschte, ob Rußland im Falle ernster Verwicklungen in Asien sicher sei, von Deutschland nicht im Rücken angegriffen zu werden, erwiderte der Kaiser, seine freundschaftlichen und herzlichen Beziehungen zu Kaiser Nikolaus, ebenso die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen und Völkern schlössen einen deutschen Angriff auf Rußland völlig aus.

Als bald darauf der Herzog Johann von Mecklenburg dem Vertreter eines französischen Blattes gegenüber von einem Kontinentalbunde gegen England gesprochen haben sollte, trat der Kaiser scharf dagegen auf. 4467 4468

Anfang Februar 1900 beschwerte sich der englische Botschafter in Petersburg im Gespräche mit seinem deutschen Kollegen darüber, daß Kaiser Wilhelm II. sich dahin geäußert haben sollte, jetzt sei der Moment für die Mächte gekommen, über England herzufallen. Graf Bülow ließ erwidern, der Kaiser habe niemals etwas Derartiges oder Ähnliches gesagt. Der deutschen Politik liege es ebenso fern, England wie Rußland schwächen zu wollen. „Nie und zu keiner Zeit habe die deutsche Politik zwischen diesen beiden Mächten Zwietracht zu säen versucht, denn nicht ein Weltkrieg, sondern die Aufrechterhaltung des Weltfriedens entspräche den Interessen des Deutschen Reiches und dem Wunsche des deutschen Kaisers." In diesem Sinne hatte sich auch der Kaiser am 30. Januar 1900 mit dem Botschafter v. Szögyényi ausgesprochen. Graf Hatzfeldt verwendete diese Worte anläßlich einer Unterredung mit Lord Salisbury am 28. Februar 1900. 4469 4470 4471

Anfang März 1900 ließ Murawiew in Berlin durch den Grafen Osten-Sacken den Gedanken anregen, ob es nicht möglich sein würde, dem südafrikanischen Kriege durch eine gemeinsame Vermittlung von Rußland, Frankreich und Deutschland ein Ende zu machen. Der Botschafter überreichte ein amtliches Schriftstück[1]), in dem ausgeführt war, ein freundschaftlicher Druck der europäischen Regierungen würde jetzt wünschenswert erscheinen; der Zeitpunkt sei günstig, da die englische Armee soeben einen Sieg davongetragen hätte, der ihre nationale Eigenliebe zu befriedigen vermöge. Rußland sei bereit, seine moralische Unterstützung einem Werke zu leihen, das den humanitären, auf der Haager Konferenz anerkannten Grundsätzen entspreche. 4472

Deutschland wünschte nicht hervorzutreten, solange es nicht der Haltung Frankreichs völlig sicher war. Diese Sicherheit mußte nach Bülows Ansicht durch eine Abmachung geboten werden, durch die die vertragschließenden Mächte sich für eine längere Reihe von Jahren

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 290/291.

ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantierten. Deutschland ließ also Rußland den Vortritt, während Frankreich auch das Kabinett von Washington mit heranzuziehen wünschte. In London erkannte es der Prinz von Wales ausdrücklich an, daß Deutschland sich in den traurigen Tagen, die England durchzumachen gehabt habe, als treuer, zuverlässiger Freund Englands erwiesen hätte. Kaiser Wilhelm II. war über diesen Vorgang außerordentlich erfreut. Rußland aber zeigte wenig Neigung, die Führung zu übernehmen.

Am 6. März 1900 lief in London ein Telegramm der beiden Burenrepubliken ein, worin sie Frieden unter Wahrung der Unabhängigkeit der beiden Republiken vorschlugen. Diese Bedingung wurde sofort als unannehmbar bezeichnet. Die Lage für die Buren hatte sich bereits so verschlimmert, daß die europäischen Mächte ihren Untergang für unabwendbar hielten, wenn auch der Zar die Möglichkeit einer Intervention erörterte. Kaiser Wilhelm II. aber war unwiderruflich entschlossen, hierbei den Vortritt nicht zu übernehmen. Er verständigte sogar den Prinzen von Wales über die Vorschläge des Grafen Murawiew (vgl. Nr. 4472), dem er aus tiefstem Herzen mißtraute. Prinz Eduard erwiderte und dankte ihm am 7. März[1]) mit dem Hinweise, daß ihn die Nachrichten über das Verhalten des Grafen Murawiew nicht überrascht hätten. Man hoffe in England immer auf Deutschland als auf Englands besten Freund. Leider sei die Stimmung in Deutschland nicht freundlich gegen England, aber man könne hoffen, daß sie sich mit der Zeit bessern würde.

Da das unmittelbare Friedensersuchen der Buren in London abgewiesen worden war, baten die Regierungen der Republiken am 10. März außer anderen Mächten auch Deutschland, Österreich und die Schweiz um freundschaftliche Vermittlung zur Herstellung des Friedens. Deutschland erklärte sich zur Mitwirkung bei einer freundschaftlichen Vermittlung bereit, falls festgestellt sei, daß beide Gegner eine solche wünschten. KaiserWilhelm II. telegraphierte sofort an die Königin Viktoria[2]), was er hatte antworten lassen. Die Republiken sollten sich zunächst in London unmittelbar erkundigen, ob England bereit sei, eine Vermittlung anzunehmen. Ein gleichlautendes Telegramm des Kaisers ging an den Prinzen von Wales. Die englische Königin und der Prinz sandten bereits am 11. März herzliche Danktelegramme.

Der Antrag der Buren wurde englischerseits abgelehnt. Der Prinz von Wales meinte, England könnte sich der Wiederholung eines solchen Krieges nicht aussetzen und dürfe und werde daher den Republiken ihre Unabhängigkeit nicht belassen. Da die Engländer jeden Versuch der Einmischung fremder Mächte ablehnten, Deutschland aber in seiner gebotenen Zurückhaltung verharrte, blieb den

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 291.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 292.

Republiken nichts anderes übrig als die unmittelbare Verhandlung mit England. Auch die Entsendung eines Burendeputierten nach Holland und Amerika vermochte trotz begeisterter Aufnahme durch das Publikum ein amtliches Vorgehen der dortigen Regierungen nicht zu erreichen. In Berlin wurden die Deputierten ebensowenig empfangen wie einige Monate später — im Dezember 1900 — Präsident Krüger. 4498–4505 4506

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhange ein ausführlicher Brief Kaiser Wilhelms II. an die Königin Wilhelmine von Holland vom 27. März 1900. Die Königin hatte bei Kaiser Wilhelm II. einen Schritt der Mächte bei England zugunsten der Buren angeregt und die Überzeugung ausgesprochen, daß Rußland und Frankreich mitgehen würden. Der Kaiser setzte der Königin ausführlich auseinander, daß jetzt nichts übrig bleibe, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Er betonte bei diesem Anlasse die Notwendigkeit einer starken Flotte. „Schwimmt sie erst, dann wird, wie in alter Zeit, Oraniens und Brandenburgs Banner auf allen Wassern nebeneinander wehen, so daß es auch dann noch heißen kann: ‚En toch Oranje bove!' Bis dahin schweigen und arbeiten." 4494

Anhang

Kaiser Wilhelms II. Aphorismen über den Krieg in Transvaal

Der Anhang zum 103. Kapitel enthält die Aphorismen Kaiser Wilhelms II. über den Krieg in Transvaal, die er am 4. Februar 1900 dem Prinzen von Wales übersandt hatte. Das Anschreiben des Kaisers zu der Anlage („Aphorismen über den Krieg in Transvaal"), das Dankschreiben des Prinzen von Wales vom 8. Februar, ein weiterer Brief des Kaisers an den Prinzen vom 23. Februar und die Antwort des Prinzen vom 28. Februar sind in deutscher Übersetzung auf Seite 292 ff. wörtlich abgedruckt. 4507 4508 4509 4510

In den Aphorismen findet sich der Satz, daß der tüchtigste Fußballklub, wenn er trotz tapferster Gegenwehr geschlagen werde, schließlich seine Niederlage mit Gleichmut hinnehme, eine Bemerkung, die der Prinz von Wales in seiner Antwort vom 8. Februar als auf den Ernst der Lage im Burenkriege nicht anwendbar zurückwies, und die ihn offenbar stark gereizt hatte 4508

Die Chinawirren und die Mächte 1900—1902

Der sechzehnte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 16. Bandes

KAPITEL 104

Der Boxeraufstand und die Mächte. Die Frage des Oberkommandos. Vorfriedensverhandlungen 1900—1901. Dokumente Nr. 4511—4698 . . 121

KAPITEL 105

Das Deutsch-Englische Jangtseabkommen. Deutschland als ehrlicher Makler zwischen England und Rußland (Eisenbahnfragen, Tientsinfrage) 1900 bis 1901. Dokumente Nr. 4699—4807 123

KAPITEL 106

Das Russisch-Chinesische Mandschureiabkommen und die Mächte 1901. Dokumente Nr. 4808—4839 125

KAPITEL 107

Die Kriegsentschädigungsfrage 1901. Dokumente Nr. 4840—4941 . . . 128

KAPITEL 108

Die Räumung von Schanghai 1900—1902. Dokumente Nr. 4942—4976 . 133

Kapitel 104

Der Boxeraufstand und die Mächte
Die Frage des Oberkommandos
Vorfriedensverhandlungen
1900—1901

Für den umfangreichen 16. Band hat der Herausgeber den bisherigen Weg der möglichst kurzen Zusammenfassung wenigstens der hauptsächlichsten Schriftstücke verlassen zu müssen geglaubt. Einerseits ist die Zahl der auszuwertenden Dokumente so ungewöhnlich groß, daß der dem Wegweiser zur Verfügung stehende Raum schwerlich ausgereicht hätte, und andererseits bilden die ostasiatischen Vorgänge trotz des durch den deutschen Feldmarschall Grafen Waldersee ausgeübten Oberbefehls nur ein Nebengebiet der deutschen Politik.

Am 29. Mai 1900 ging in Berlin die Meldung ein, daß ein 4000 bis 5000 Mann starkes Aufgebot aufrührerischer Boxer bis in unmittelbare Nähe von Peking vorgedrungen sei, daß die beiden Eisenbahnlinien Tientsin—Peking und Pautingfu—Peking von ihnen besetzt seien, und daß Gefahr für die Mitglieder der Gesandtschaften und die in Peking befindlichen Staatsangehörigen der fremden Mächte bestehe. Die chinesische Regierung, berichtete der Gesandte Frhr. v. Ketteler, 4511
sei zum energischen Einschreiten mit Truppen unwillig und unfähig. Deshalb hätten die Gesandten von England, Frankreich, Rußland, Italien, Japan, Österreich und Amerika Detachements von 50 und mehr Marinesoldaten oder Matrosen zum Schutze der Gesandtschaften und der in Peking weilenden Fremden nach dort zu beordern sich entschlossen. Frhr. v. Ketteler hielt es für unumgänglich nötig, daß die deutsche Regierung sich dieser Maßregel anschließe, da ihre Zurückhaltung mißverstanden werden würde. Er bat daher um Entsendung eines Detachements von 50 Mann aus Tsingtau und um entsprechende Weisungen an den Chef des Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral Bendemann. Der Kaiser war einverstanden, und am 3. Juni traf ein deutsches Detachement von einem Offizier und fünfzig Mann gemeinsam mit einer österreichischen Abteilung in Peking ein.

Damit wurde die Beteiligung Deutschlands an den chinesischen Wirren eingeleitet, die in ihrem weiteren Verlaufe für die deutsche

Politik zum ersten Male die Möglichkeit schuf, durch Stellung des Oberbefehlshabers einer internationalen Truppenabteilung im fernen Ostasien weltpolitisch an vorderster Stelle zu stehen.

Das 104. Kapitel bringt über den Boxeraufstand, über die Frage des Oberkommandos, über die Beziehungen Deutschlands zu den in Ostasien interessierten Mächten während der kritischen Monate und schließlich über die Vorfriedensverhandlungen eine so große Zahl von Dokumenten aus der Zeitspanne von Mai 1900 bis zum Januar 1901
4511–4698 — Dokumente Nr. 4511—4698 —, daß hierdurch eine völlig neue und spannende politische Geschichtsdarstellung dieses auch für die deutsche Politik bedeutsamen Zeitabschnittes ermöglicht wird. Wenn man den dritten Band der „Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee“ [1]) zur Ergänzung heranzieht, so entsteht ein abschließendes Bild von der damaligen deutschen Politik im Fernen Osten. Der überaus große Umfang der über diese Zeitspanne vorliegenden Dokumente — 195 Druckseiten — schließt eine eingehendere Auswertung der zum Teil kurzen Stücke an dieser Stelle aus. Für die Zwecke des Wegweisers möge der Hinweis darauf genügen, daß zu den Dokumenten Nr. 4542, 4583, 4591, 4602, 4607, 4611, 4613, 4628, 4654 und 4663, die im Aktenwerke ganz oder teilweise in französischem oder englischem Wortlaute zum Abdruck gebracht sind, der Leser die deutschen Übersetzungen im „Verzeichnis der Aktenstücke [2])“ nachgewiesen findet.

Besondere Hervorhebung verdienen die auf die Übertragung des ostasiatischen Oberkommandos an Deutschland bezüglichen Doku-
1578ff. mente (4578 ff.). Nachdem der deutsche Gesandte Frhr. v. Ketteler in Peking am 20. Juni 1900 ermordet worden war, durfte damit gerechnet werden, daß die anderen Mächte in dieser Frage Deutschland vielleicht den Vortritt überlassen würden. Die Dinge haben sich damals so abgespielt, daß die deutsche Regierung zunächst in London durch den Botschafter Grafen Hatzfeldt einen persönlichen Fühler hat ausstrecken lassen und demnächst auf eine englische Sondierung
4584 zu verstehen gab, Deutschland würde den Oberbefehl übernehmen, falls England einen dahingehenden Antrag stelle. Daraufhin wendete
4601 sich Kaiser Wilhelm II. am 5. August in einem persönlichen Telegramm an den Zaren und fragte ihn, ob es sein besonderer Wunsch sei, daß ein russischer General den Oberbefehl übernehmen sollte. Falls der Zar wünsche, daß ein deutscher General gewählt würde, so stelle er für diesen Fall den Feldmarschall Grafen Waldersee zur
4602 Verfügung. Der Zar antwortete telegraphisch, er freue sich, dem

---

[1]) „Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee.“ Auf Veranlassung des Generalleutnants Georg von Waldersee. Bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Otto Meisner. 3. Band. 1900—1904. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin 1923.

[2]) S. u. S. 331 ff.

Kaiser mitteilen zu können, daß er der Ernennung des Feldmarschalls Grafen Waldersee zu diesem Posten durchaus zustimme[1]). Er kenne ihn gut; sicherlich sei Waldersee einer der fähigsten und erfahrensten deutschen Generale, und sein Name habe in der russischen Armee einen guten Ruf. Er, der Zar, unterstelle ihm seine Truppen in Petschili mit vollem Vertrauen. Der Vorschlag der Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber von China ist somit vom deutschen Kaiser ausgegangen.

Wichtig ist für den ganzen ostasiatischen Zeitabschnitt der Vergleich der deutschen Dokumente mit den bei Georges Pagès in seinen „Rapports de la commission d'enquête sur les faits de la guerre", Band 1, mitgeteilten Aktenstücken und mit den Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten des Botschaftrats a. D. Hermann Frhrn. v. Eckardstein.

Kapitel 105

Das Deutsch-Englische Jangtseabkommen Deutschland als ehrlicher Makler zwischen England und Rußland (Eisenbahnfragen, Tientsinfrage) 1900—1901

Das 105. Kapitel greift zeitlich bis auf den Juni 1900 zurück und belegt mit einer langen Reihe von Dokumenten, die bis zum März 1901 reichen — Dokumente Nr. 4699—4807 —, die Entstehung des deutsch-englischen Jangtseabkommens. Deutschland erscheint als ehrlicher Makler zwischen England und Rußland in allen damals zur Erörterung stehenden Fragen der Eisenbahnkonzessionen und der von Rußland gewünschten Erwerbungen bei Tientsin. Auch bei diesem Sonderabschnitt der ostasiatischen Geschichte darf an dieser Stelle ein kurz zusammenfassender Hinweis als ausreichend gelten, um so mehr als die deutsche Politik in Ostasien in der Hauptsache nur eine vermittelnde Tätigkeit zwischen den in vorderster Linie interessierten Großmächten ausgeübt hat. Der Sonderforschung darf es überlassen bleiben, an der Hand des neuen amtlichen Materials die politische Geschichte der deutsch-ostasiatischen Beziehungen zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts neu darzustellen. 4699—4807

Die im Frühjahr 1900 in China ausgebrochenen Boxerunruhen hatten sich im Sommer auch auf die Mandschurei ausgedehnt, wo Rußland sich schon seit Jahren durch sein Eisenbahnabkommen mit China von 1896 und durch die Besitznahme von Port Arthur

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 298.

1898 eine Machtstellung geschaffen hatte. Zusammenstöße zwischen russischen und chinesischen Truppen führten Rußland Ende Juli 1900 zur Besetzung weiterer Teile der Mandschurei. Allerdings versicherte die russische Regierung in London und Berlin, es sei nicht auf eine dauernde Okkupation oder gar Besitznahme abgesehen, die Truppen sollten vielmehr zurückgezogen werden, sobald die Verhältnisse es erlaubten, sich aus dem gemeinsamen Vorgehen der Mächte gegen China herauszuziehen, um wieder eigene Zwecke zu verfolgen.

Im Herbst 1900 verdichteten sich die in Berlin eingehenden Nachrichten dahin, Rußland habe ein geheimes Abkommen mit China getroffen und erstrebe ein Protektorat über die Mandschurei. Ein solcher Vertrag hätte nach Ansicht der Engländer und Japaner dem allerdings nicht ganz unbedingt erfolgten Beitritte Rußlands zu dem deutsch-englischen Jangtseabkommen vom 16. Oktober 1900[1]) widersprochen. Deutscherseits war man der Meinung, der Jangtsevertrag finde auf die Mandschurei keine Anwendung, und betonte diesen Standpunkt auch Rußland gegenüber. Deutschland war mit dieser Auffassung im Recht, denn aus der Entstehungsgeschichte des Jangtsevertrages (Dokumente Nr. 4699 ff.) und aus der unklaren Fassung dieses Vertrages geht hervor, daß die Engländer kein Recht hatten, Vorwürfe gegen die deutsche Regierung wegen ihrer Haltung in der Mandschureifrage zu erheben. Die deutsche Regierung vermied es daher auch, sich wegen der von England gewünschten Verdrängung der Russen von Tientsin „lediglich England zu Gefallen auf eine
4792 Aktion von nicht zu bemessender Tragweite einzulassen".

Die Durchsicht der zahlreichen Dokumente ergibt, mit welchen Schwierigkeiten die deutsche Politik damals zwischen den widerstrebenden Interessen der Mächte, besonders Englands und Rußlands, dauernd zu lavieren gehabt hat. Besonders in der Tientsinfrage ergab sich zeitweise eine erhebliche Verstimmung zwischen Deutschland und England.

Rußlands unverhohlener Wunsch, das deutsche Oberkommando in Ostasien sobald wie möglich wieder beseitigt zu sehen, schuf
4789 anfangs 1901 auch eine erhebliche Mißstimmung des Kaisers gegen Rußland. Kaiser Wilhelm II. hatte fortgesetzt mit der Gereiztheit Englands oder Rußlands zu kämpfen. Er könne, sagte er am 4. Fe-
4793 bruar 1901 in England zum Grafen Metternich, doch nicht immerzu zwischen Russen und Engländern schwanken; er würde sich schließlich damit zwischen zwei Stühle setzen.

In Ostasien selbst gelang es der diplomatischen Geschicklichkeit des Grafen Waldersee wiederholt, die Streitigkeiten zwischen den
4807 Mächten auszugleichen. So meldete er am 21. März 1901, daß auch der englisch-russische Streitfall zu Tientsin, wo die Russen sich über

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 304/305.

die Verletzung ihrer Flagge und über die Entfernung russischer Grenzzeichen durch die Engländer beschwert hatten, in einer für beide Teile befriedigenden Weise beigelegt sei.

Für die fremdsprachigen Dokumente Nr. 4723, 4728, 4730, 4732, 4736, 4744 (deutsch-englisches Abkommen vom 16. Oktober 1900), 4747, 4770 und 4799 und die fremdsprachigen Teilstücke in den erwähnten Dokumenten findet der Leser die deutschen Übersetzungen im „Verzeichnis", S. 331 ff., einzeln nachgewiesen.

Kapitel 106

Das Russisch-Chinesische Mandschureiabkommen und die Mächte 1901

Wie schon erwähnt, hatte Rußland die Gelegenheit der Boxerunruhen benutzt, um vom Sommer 1900 ab seine Machtstellung in der Mandschurei zu erweitern. Nachdem einmal Zusammenstöße zwischen russischen und chinesischen Truppen erfolgt waren, fing Rußland an, weitere Teile der Mandschurei und namentlich des wichtigen Niutschwang zu besetzen. Alle Beteuerungen der russischen Regierung, in der Mandschurei keine besonderen Ziele zu erstreben, fanden bei den anderen Mächten keinen Glauben. Die „Times" veröffentlichten im Januar 1901 ganz bestimmte Angaben über ein chinesisch-russisches Mandschureiabkommen, und aus Peking und Tokio kamen Nachrichten über einen chinesisch-russischen Protektoratsvertrag. In London und Tokio entstand über diese Nachrichten eine ziemlich erhebliche Erregung, während man in Berlin die Auffassung vertrat, den Russen zu sagen, es berühre die deutschen Interessen nicht, ob Rußland die Mandschurei dauernd oder vorübergehend besetzen oder daselbst ein Protektorat errichten wolle.

Die Dokumente setzen anfangs Februar 1901 mit einer Anfrage der englischen Regierung ein[1]), ob Deutschland dem unabhängigen 4808
und aggressiven Vorgehen Rußlands in China weiter zusehen oder s ch dazu verstehen werde, in Gemeinschaft mit England und Japan Rußland Einhalt zu gebieten. Die japanische Regierung wünschte einen gemeinsamen Schritt der Mächte gegen das bevorstehende Mandschurei-Abkommen[2]). 4809

In Deutschland wollte man vor allem neutral bleiben, wenn man 4810
auch anerkannte, daß die Lage der Engländer eine schwierige war. Um ihnen noch mehr das Rückgrat zu stärken und Deutschland ihre militärische Hilfe in Petschili zu sichern, bis der Friede geschlossen

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 306/307.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 307.

und Graf Waldersee wieder zu Hause sei, stellte Graf Bülow anheim, China gegenüber den Standpunkt zu vertreten, daß die chinesische Regierung keine Einzelverträge abschließen dürfe, ehe sie die Friedensbedingungen und die Kriegsentschädigungsforderungen erfüllt habe. Es waren damals keine genügend bedeutenden deutschen Interessen und noch weniger vertragsmäßige Verpflichtungen England gegenüber vorhanden, die Deutschlands Beteiligung bei einem kriegerischen Vorgehen Englands gegen Rußland gerechtfertigt hätten. Dahin dürfe das deutsch-englische Abkommen nicht ausgelegt werden.

In London war man zufrieden, und in Peking ließ Deutschland erklären, die chinesische Regierung möge, ehe sie nicht ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit der Mächte übersehen könne, und ehe nicht die Erfüllung dieser Verpflichtungen gesichert sei, Einzelverträge territorialer oder finanzieller Bedeutung mit irgendwelchen Staaten oder Gesellschaften nicht eingehen. In dieser Einwirkung auf China lag eine bedeutungsvolle Unterstützung der damaligen englischen Politik, und man rechnete in Berlin damit, daß die Engländer jetzt auch die deutschen Forderungen hinsichtlich Südafrikas rasch erfüllen würden [1]).

Das Hauptkennzeichen der ostasiatischen Politik Deutschlands in den kommenden Monaten war eine ausgesprochene Zurückhaltung. Den Vortritt bei allen maßgebenden Entschließungen wünschte man den in Ostasien stärker interessierten Mächten zu überlassen. Kündigte sich doch bereits in Ostasien Japans Wunsch zu einem energischen Vorgehen gegen russische Ausdehnungsgelüste in Korea und Nordchina an.

Naturgemäß ergab sich aus Deutschlands Haltung eine gewisse Verstimmung Rußlands. Am 17. Februar 1901 beschwerte sich der russische Botschafter in Berlin darüber, daß Deutschland offenbar gemeinsam mit England und Japan die Chinesen verhindern wolle, Rußland in der Mandschurei gewisse Konzessionen zu machen. Graf Bülow erklärte ihm, die Mandschurei sei für Deutschland ebenso gleichgültig wie früher, und auch das deutsch-englische Abkommen — das Jangtseabkommen — beziehe sich nicht auf die Mandschurei. Solange aber China keine ausreichende Bürgschaft für die Erfüllung der Friedensbedingungen gebe, hätten wir ein Interesse daran, daß China sein Staatsvermögen nicht durch Verfügen über chinesische Wertobjekte verringere. Diese Linie würde auch weiterhin innegehalten. Kaiser Wilhelm II. mißtraute gleichfalls der russischen Politik und hielt ein Zusammengehen von Japan und England für ausreichend, um Rußland in Ostasien in Schach zu halten.

Am 5. März 1901 fand Reichskanzler Graf Bülow im Reichstage Gelegenheit, sich über die Probleme der großen Politik zu äußern.

---

[1]) Vgl. Band 17, Kapitel 109, S. 137 ff.

Ein Abgeordneter hatte an der Englandfreundlichkeit des Kaisers Anstoß genommen und in diesem Zusammenhange den langen Aufenthalt des Kaisers in England im Januar und Februar 1901 anläßlich der Krankheit und des Todes der Königin Viktoria hervorgehoben. Graf Bülow erklärte: „In unserem Verhältnis zu England hat sich 4825
nichts, gar nichts politisch geändert, seitdem ich Mitte Dezember hier erklärt, daß wir gerne bereit seien, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden und Freundschaft zu leben. Wenn also der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England die Bahn freigemacht hat für die Fortsetzung eines solchen normalen und guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich.“ Für den Kaiser sei nur die gewissenhafte Sorge für die Sicherung des Reiches maßgebend.

Je mehr die anderen Mächte in Ostasien gegeneinander verstimmt wurden, um so mehr hielt sich Deutschland zurück, da es dort so 4826
gut wie keine politischen, sondern lediglich Handelsinteressen besaß. Japan zeigte es Entgegenkommen, so daß sowohl England wie Japan 4827–4829
mit Deutschlands Neutralität bestimmt zu rechnen vermochten. Als 4830
der japanische Gesandte in Berlin sich nach der Stellungnahme der kaiserlichen Regierung zum russischen Vorgehen in China erkundigte, wurde ihm gesagt, die Mandschureifrage biete für Deutschland selbst 4831
zwar kein besonderes Interesse, doch sei die kaiserliche Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegen jedes Separatabkommen zwischen China und irgendeiner anderen Macht. Im Falle eines russisch-japanischen Konfliktes werde sie Japan gegenüber eine wohlwollende Neutralität bewahren. Wie diese „wohlwollende Neutra- 4832
lität“ aufzufassen war, erörterte in Berlin der stellvertretende Staatssekretär v. Mühlberg mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles. Deutscherseits verstand man darunter eine Neutralität, die weder den einen noch den anderen Teil in irgendeiner Weise begünstigte.

Rußland drängte nun China dauernd zum Abschlusse eines Man- 4833,
dschureivertrages und drohte im März 1901 mit Gewalt. China bat 4834
England um Hilfe gegen die russischen Übergriffe. In Berlin be- 4835
schwerte sich der russische Botschafter Graf Osten-Sacken über die 4836
Haltung Deutschlands in Ostasien, worauf ihm erwidert wurde, die russische Regierung habe Deutschland letzthin mehrfach vor vollendete Tatsachen gestellt und es dadurch unmöglich gemacht, die deutsche Politik rechtzeitig in russenfreundlichem Sinne zu orientieren oder bestehende Bedenken in Petersburg rechtzeitig geltend zu machen. So sei es mit dem Mandschureivertrage geschehen, der noch über die Mandschurei hinausgehe, ebenso mit der Schaffung der russischen Konzessionen in Tientsin, die durchaus geeignet seien, deutsche Interessen zu beeinträchtigen, und Deutschland habe trotzdem aus Liebens-

würdigkeit gegen Rußland jeden Einspruch unterlassen. Überhaupt habe Rußland seine Maßnahmen in einem von allen Mächten kriegerisch besetzten Lande ohne Zustimmung der Mitokkupanten getroffen.

Ein klares Bild der damaligen ostasiatischen Politik Deutschlands ergibt eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein vom
4837 27. März 1901. Danach war es nicht Deutschlands Aufgabe, Japan zu einer energischen Politik und zur Geltendmachung seiner Ansprüche auf Korea zu bewegen. Deutschland müsse seine Beziehungen zu Rußland nach Möglichkeit wahren und dürfe sich daher mit den Japanern nicht in Besprechungen über eine gemeinsame politische Haltung einlassen, da man daraus folgern müsse, Deutschland wolle aus seiner bisherigen rein defensiven Haltung zu einer Angriffspolitik übergehen. „Es ist aus naheliegenden Gründen nicht vorteilhaft, daß wir uns heute ohne andere Anlehnung als den wackeligen Dreibund einem derartigen Verdachte aussetzen, welcher danach angetan ist, die chauvinistischen Elemente und Regungen des Zweibundes in den Vordergrund zu bringen." Auf jeden deutschen Annäherungsversuch würden die Japaner mit der Frage reagieren, ob wir ihnen helfen wollten, nach Korea hineinzukommen oder die Russen aus der Mandschurei herauszubringen. Neutralität bei einem russisch-japanischen Konflikt sei daher geboten, und nach menschlicher Berechnung sichere Deutschlands Neutralität auch die Neutralität Frankreichs.

Angesichts der starken, ihm gezeigten Widerstände zog Rußland
4838 seine Wünsche nach einem Mandschureiabkommen anfangs April 1901 zurück. Am 5. April bekundete der russische Regierungsanzeiger den Verzicht Rußlands auf den Abschluß dieses Abkommens und schob die Verantwortung dafür, daß diese lediglich friedlichen Zwecken dienende Abmachung gescheitert sei, der durch die übrigen Mächte beeinflußten Haltung Chinas zu. Rußland suchte es nun auch in
4839 London so darzustellen, als wenn ein amtlicher Vertragsentwurf in bezug auf die Mandschurei niemals bestanden habe. Dieser Erklärung Glauben zu schenken, war unmöglich, da der von den Chinesen mitgeteilte amtliche Text der russischen Forderungen sich bereits seit Wochen in den Händen des Foreign Office befand.

Kapitel 107

Die Kriegsentschädigungsfrage 1901

Auch in der Frage der von China zu verlangenden Kriegsentschädigung spielte die Haltung der deutschen Politik eine wichtige Rolle. Nicht weniger als 102 Dokumente aus der Zeit vom November
4840—4901 1900 bis zum August 1901 erweisen (Nr. 4840—4941), wie außerordentlich schwierig sich die Verhandlungen über die Kriegsentschädi-

gungsfrage gestalteten. Waren doch mehrere Großmächte mit völlig widerstreitenden Interessen an der Niederwerfung des Boxeraufstandes in China beteiligt gewesen, und besonders Rußland und England versuchten, ihre ostasiatischen Wünsche bei diesem Anlasse zur Geltung zu bringen.

Hierbei ist bemerkenswert, daß die deutsche Politik, solange es sich um Übergriffe Rußlands handelte, wie bei den Verhandlungen über den Mandschureivertrag, sich dem Standpunkte der englischen Politik genähert hat. Mit dem Fortschreiten der Verhandlungen über die Kriegsentschädigung aber stellte sich immer deutlicher heraus, daß hauptsächlich England durch immer neue Bedenken und Wünsche den Abschluß der Friedensverhandlungen hinauszögerte und dadurch eine Heimkehr des Feldmarschalls Grafen Waldersee, der in China stehenden Expeditionstruppen und des Panzergeschwaders unmöglich machte. Hieraus ergab sich aufs neue eine erhebliche Verstimmung Deutschlands gegen England.

Im ganzen bietet Deutschlands Politik bei den Friedensverhandlungen das Bild des Zusammengehens anfangs hauptsächlich mit England, später mit Rußland. Auch hier trieb Deutschland die vom Standpunkte der damaligen Verhältnisse aus vielleicht wünschenswert erscheinende Politik der freien Hand, entfremdete sich aber nach Ausweis der Dokumente schließlich beide Mächte und blieb in der Mitte allein zurück. Bestimmend für diese Haltung war der immerwährende scharfe Gegensatz zwischen Rußland und England, der gelegentlich zu einer nahen Entladung zu führen drohte. Außerdem dämmerte bereits eine Auseinandersetzung zwischen Rußland und Japan herauf.

Der deutsche Standpunkt in der Kriegskostenfrage geht aus einer Weisung des Reichskanzlers Grafen Bülow an den Botschafter Grafen Hatzfeldt vom 29. Dezember 1900 hervor. Dieser Erlaß war auf 4846
vier Gutachten aufgebaut, die von Spezialisten der ostasiatischen Frage, den Herren v. Brandt, den Professoren Hirth und Schumacher und dem Chef der deutschen Firma Melchers in Schanghai, erstattet waren. Man ging deutscherseits davon aus, daß Deutschland für das gemeinsame bewaffnete Einschreiten in China höhere Aufwendungen habe machen müssen als die anderen Staaten. Auch England hatte erhebliche Opfer gebracht, und Deutschland wendete sich daher zunächst an England in der Hoffnung, mit ihm am ehesten zu einer Verständigung zu gelangen. Bestimmend erschien von vornherein, daß 4847
durch große Forderungen der Mächte gerade Deutschland und England am meisten leiden mußten, da sie den größten Handel in China in Händen hatten. Für die Entschädigung glaubte man hauptsächlich nur die Seezölle heranziehen zu können, und zur Lösung der ver- 4848
schiedenen mit der Kriegsentschädigungsfrage zusammenhängenden Fragen schien zeitweise die Einberufung einer Konferenz angezeigt, 4850

für die Amerika, falls nicht Peking gewählt würde, Washington vorschlug [1]).

Wenn man die Amerikaner nicht verletzen wollte, konnte eine
4851 europäische Hauptstadt nicht in Frage kommen. Peking aber schien geeigneter als Washington. Auch in England hielt man daher an Peking als dem geeignetesten Orte für die Verhandlungen fest.

Eine erhebliche Sorge für die deutsche Diplomatie bildete die Befürchtung, daß der Generalfeldmarschall Graf Waldersee seine
4854 f. Rückkehr aus China beantragen würde, ehe die Kriegskostenfrage endgültig geregelt und chinesischerseits sichergestellt sei. Graf Waldersee ordnete aber seine persönlichen Wünsche den Forderungen
4860 der Politik unter. Er beantragte die Belassung des Panzergeschwaders in Ostasien und ließ sich hauptsächlich von dem Wunsche leiten, Konflikte mit den anderen Kontingenten nach Möglichkeit zu vermeiden. Mit Rücksicht auf die immer noch vorhandene politische Empfindlichkeit der Japaner gegen Deutschland schlug er vor, den Kaiser von Japan vor Rückkehr nach Europa persönlich besuchen zu dürfen. Kaiser Wilhelm II. war hiermit einverstanden.

Auch der Chef des Generalstabes der Armee, Graf Schlieffen,
4861 trat dafür ein, daß die Land- und Seestreitkräfte in China erst vermindert werden dürften, wenn die diplomatische Aufgabe erledigt sei.

Am 16. Januar 1901 wurde der Friedensvertrag durch die Chinesen unterzeichnet. Die Verhandlungen über die Kriegsentschädigung und Räumung zogen sich aber noch bis zum Sommer des Jahres
4866 –4871 hin. Um einen angemessenen Druck auszuüben, erwog Graf Waldersee für Anfang März eine weitere Ausdehnung der Besetzung Chinas, ein Druckmittel, das zu wirken schien. Im übrigen sah er seine Aufgabe als erledigt an, sobald die Chinesen die Zahlung der Kriegsentschädigung zugesagt hätten.

Ende Februar 1901 fing Kaiser Wilhelm II. an, auf die Rückkehr
4872 der Panzerschiffe aus Ostasien zu drängen. Waldersee sprach sich mit Entschiedenheit dagegen aus und wünschte das Geschwader in China belassen zu sehen, bis die Hauptbedingungen des Vertrages
4873 erfüllt seien. Gerade dieses Geschwader mache im Jangtse einen großen moralischen Eindruck, seine Abberufung würde die Chinesen
4876 aber sogleich ermutigen. Mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse wünschte aber der Feldmarschall, militärische Maßregeln nach Mitte Mai nicht mehr vornehmen zu müssen.

In einem Telegramme des Reichskanzlers an den deutschen Ge-
4878 sandten in Peking, Mumm v. Schwarzenstein, vom 18. März 1901, erscheinen zum ersten Male genauere Zahlen für die Kriegsentschädigung. Deutschland bezifferte seine Ansprüche auf rund 240 Millionen Mark bis 1. Mai 1901 und für jeden weiteren Monat, den das Expe-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 308.

ditionskorps über den 1. Mai hinaus in China bleiben müßte, sollte sich die deutsche Forderung um rund 7,8 Millionen Mark erhöhen. Befriedigt vermerkte Graf Waldersee in seinem Tagebuche vom 20. März: „Endlich, endlich ein Lichtpunkt im Dunkel der Friedensverhandlungen! Wir wissen jetzt die Summe, die Deutschland fordert. Ich denke, es wird nun alles in ein schnelleres Tempo kommen." Für den Fall, daß die Zahlung der Kriegskostenentschädigung erst nach dem 1. Juli 1901 erfolgte, sollte sich die Forderung für jeden Monat um rund 600 000 Mark erhöhen.

Am 23. März 1901 telegraphierte Graf Waldersee an den Kaiser, die Friedensverhandlungen könnten noch viele Monate dauern, wenn 4881
sie so langsam wie bisher fortgingen, und einzelne Gesandte immer wieder neue Aufschübe erreichten. Namentlich der englische Gesandte schien die Verhandlungen absichtlich zu verlangsamen. In seiner Eigenschaft als militärischer Oberbefehlshaber meldete er außerdem, daß die Generale einem langen Verweilen ihrer Truppen in der bisherigen Untätigkeit und bei der kommenden ungünstigen Jahreszeit nicht ohne Besorgnis entgegensähen. Auf Grund dieses Telegrammes und seiner eigenen Eindrücke berichtete der Kanzler am 24. März dem 4882
Kaiser, es liege vorwiegend an der englischen Regierung, wenn die Regelung der von China den Mächten zu zahlenden Entschädigungen nicht vom Fleck käme. Er befürwortete die sofortige Entsendung eines genauen Kenners der einschlägigen chinesischen Verhältnisse, des Direktors der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Stuebel, nach London, damit dieser in mündlicher Aussprache mit den englischen Staatsmännern ihnen die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der von Deutschland seit Monaten empfohlenen Beschaffung der Geldmittel durch Erhöhung der chinesischen Seezölle überzeugend darlege. Der Kaiser willigte ein, und Dr. Stuebel reiste 4883
sofort nach London. Seine von dort erstatteten Berichte (Nr. 4884, 4885, 4889) zeigten aber sofort, daß in England sehr wenig Neigung bestand, auf die deutschen Anschauungen einzugehen. Nach einer telegraphischen Meldung des Frhrn. v. Eckardstein vom 2. April 1901 lag das daran, daß in London von russisch-französischer Seite stark 4890
gegen Deutschland intrigiert wurde. Dr. Stuebel berichtete nach seiner Rückkehr, daß man ihm in England gezeigt habe, für wie un- 4892
bequem und auch unberechtigt man Deutschlands Drängen halte. Damit begann eine Periode neuer Verstimmungen zwischen Deutschland und England.

Die deutsche Politik näherte sich nunmehr wiederum Rußland. Am 12. April 1901 ließ das Auswärtige Amt den deutschen Botschafter in Petersburg, Grafen v. Alvensleben, wissen, man wünsche 4894
die Truppen in die Heimat zurückkehren zu lassen, sobald die Zahlung der Kriegskosten einigermaßen sichergestellt sei; man nehme an, daß die russische Regierung das gleiche Interesse habe und würde sich

deshalb freuen, wenn auch die russische Regierung auf baldige Er-
4897 4899 ledigung der Kriegskostenfrage hinwirken wolle. Im April 1901 brannte der Kaiserpalast mit der Wohnung des Grafen Waldersee ab. Man vermutete erst böswillige Brandstiftung und erwog scharfe Schritte gegen China. Da sich aber die Mutmaßung nicht bestätigte, sah man von weiteren Forderungen ab.

Von russischer Seite ging im April 1901 der Vorschlag aus,
4899 Deutschland, Frankreich und Rußland möchten für eine chinesische Anleihe in Höhe der für diese drei Mächte von China zu fordernden Entschädigungssumme eine Garantie übernehmen. In Berlin hatte man Bedenken dagegen, da man mit den finanziellen Schwierigkeiten Rußlands rechnete. Andererseits wollte man aber auch angesichts der schroff ablehnenden Haltung Englands Rußland nicht verstimmen, wenn man auch eine Verständigung mit England auf vernünftiger Basis, falls sie erreichbar war, immer vorgezogen hätte.

Ende April legte Graf Waldersee den Generalen der Mächte auf
4903 einer Konferenz die Frage vor, ob jetzt schon mit teilweiser Räumung begonnen werden könne. In Taku waren die Schwierigkeiten der Einschiffung so groß, daß die Räumung nur ganz allmählich vor sich gehen konnte und nach Waldersees Ansicht viele Monate erfordern mußte.

Der anfangs Mai immer schärfer betonte Wunsch des deutschen
4911 4912 Kaisers, die Panzerschiffe zurückzuberufen, da sie im Herbst an einem Seemanöver in den deutschen Gewässern teilnehmen sollten, führte zu dem Wunsche, so schnell wie möglich in Ostasien irgendeinen Abschluß zu erreichen. Endlich, am 11. Mai, nahmen die chinesischen Bevollmächtigten die Zahlung des Betrages von 450 Millionen Taels als Kriegsentschädigung an, erbaten eine Herabsetzung der Summe
4916 und wollten zur Deckung des Ausfalles an Staatseinnahmen die Seezölle um ein Drittel erhöhen. Kaiser Wilhelm war sehr erfreut über diesen Abschluß, stellte aber in einem Telegramme an den Reichs-
4917 kanzler vom 14. Mai ausdrücklich fest, daß England ganz allein den Abschluß des Friedens verhindere. Waldersees dringendem Wunsche, mit dem Abrücken aus Ostasien beginnen zu dürfen, hatte der Kaiser entsprochen. „Es sind wieder die infamen falschen Briten," telegraphierte er an den Grafen Bülow, „die den Zusammenstoß mit Rußland scheuend uns dazwischen schieben wollen. Daher müssen wir fort, sobald als möglich, und die beiden allein lassen."

Die Absicht der deutschen Räumung wurde daraufhin nach London ohne jede Spitze mit rein sachlich-hygienischer Motivierung und nach Petersburg in freundlicher Form mitgeteilt. Den Schlüssel
4918 der englischen Chinapolitik erblickte auch Graf Bülow in Englands Angst vor Rußland, dem gegenüber es Deutschland auszuspielen suche. Am 17. Mai unterzeichnete der Kaiser die Kabinettsorder, durch die das Gros des Expeditionskorps aus China zurückgezogen wurde. Dort

sollten nur 3000—4000 Mann zurückbleiben. Am 24. Mai teilte der 4922
Kaiser den verbündeten Monarchen in Wien und Rom sowie dem 4923
russischen Kaiser und dem Könige von England persönlich die Auf- 4924
lösung des Oberkommandos in China mit.

Die ostasiatischen Schwierigkeiten waren damit aber noch nicht behoben, da England neue Einwände machte. Russischerseits betonte 4927
man geflissentlich die Überzeugung, daß allein England die Verhandlungen verschleppe. So entschloß sich denn Kaiser Wilhelm II. dazu, 4928
am 7. August 1901 dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles 4933
in Homburg zu sagen, daß der endliche Abschluß der Finanzfrage im Interesse aller Teile dringend geboten sei.

Nun erfolgte am 20. August 1901 die Veröffentlichung des Schlußprotokolls durch die Gesandtschaften, nachdem endlich eine Einigung wenigstens in der Hauptsache erzielt war, und am 7. September 1901 4941
wurde es in aller Form von den Vertretern der Mächte und den Bevollmächtigten der chinesischen Regierung vollzogen. Deutschland veröffentlichte den endgültigen Text im Reichs- und Staatsanzeiger vom 16. Oktober 1901.

Die weiteren Verhandlungen über die endgültige Regelung der chinesischen Kriegsentschädigung an die Mächte und über die Sicherung ihrer Abtragung sowie die Räumung der von den Mächten noch besetzten Teile Chinas, insbesondere Tientsins und Schanghais, zogen sich bis in das Jahr 1903 hin. Deutscherseits kann man auf Grund der Gesamtheit der mitgeteilten Dokumente mit Recht für die deutsche Regierung in Anspruch nehmen, daß sie in der grundlegenden Frage der Kriegsentschädigung das Möglichste zur Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten und damit zur Erhaltung des Weltfriedens getan hat. „In allen chinesischen Detailfragen", schrieb Reichskanzler Graf Bülow am 13. August 1901 in einer für den Kaiser bestimmten Aufzeichnung, „bestand die Aufgabe des deutschen Gesandten während der ganzen langen Monate der Verhandlungen darin, die Einigkeit zwischen den Mächten zu erhalten. In der letzten Zeit modifizierte sich die Rolle desselben dahin, daß es sich meistens darum handelte, einen Bruch zwischen England einerseits und den übrigen Interessenten andererseits zu verhindern. Dies ist Herrn v. Mumm auch mehrfach gelungen, und es ist wesentlich seiner Tätigkeit zu verdanken, daß die Verhandlungen heute dem Abschlusse ziemlich nahe gerückt zu sein scheinen."

Kapitel 108

Die Räumung von Schanghai 1900—1902

Zum Schutze der europäischen Niederlassungen in Schanghai war im Sommer 1900 Schanghai von zwei deutschen Kompagnien,

die später auf ein Bataillon verstärkt wurden, und von ebensoviel Franzosen besetzt worden. Die deutschen und französischen Truppen zusammen erreichten aber bis zum Sommer 1901 noch nicht die Stärke der englischen Garnison. Trotzdem nahm man in England Anstoß an dem Vorhandensein deutscher Truppen in Schanghai, obwohl auch Japaner dort waren und England im Sommer 1901 etwa 2500 Mann Truppen dort hatte.

Die Dokumente des 108. Kapitels geben die Unterlage für die Beurteilung der Verhandlungen, die vom Juni 1901 bis zum Dezember 4942–4976 1902 dauerten und schließlich zu dem deutschen Befehl an die Besatzungstruppen von Schanghai führten, am gleichen Tage mit den Engländern Schanghai zu räumen. 150 Mann der deutschen Truppen schifften sich schon am 20. Dezember 1902 mit dem Postdampfer „Bayern" ein, die Engländer folgten zwei, die Franzosen sechs Tage später. Aus der deutschen Garnison in Schanghai wurden zur Belassung in Ostasien zwei Maschinengewehrabteilungen ausgeschieden, deren eine für Kiautschou bestimmt wurde, während die andere zur Ablösung der noch bei Tientsin stehenden, gleichfalls nach Kiautschou bestimmten Artillerie dienen sollte.

Die Wendung im Deutsch-Englischen Verhältnis

Der siebzehnte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 17. Bandes

KAPITEL 109

Das Englische „Bündnisangebot" 1901. Dokumente Nr. 4977—5032 . . 137
Anhang: Lord Lansdownes Memorandum vom 10. August 1901. Dokumente Nr. 5033—5035 146

KAPITEL 110

Das Englisch-Japanische Bündnis und die Russisch-Französische Gegenaktion 1901—1902.
A. Englisch-Japanisches Bündnis 1901—1902. Dokumente Nr. 5036—5046 147
B. Russisch-Französische Gegenaktion. Deutschlands Zurückhaltung. Dokumente Nr. 5047—5065 149

KAPITEL 111

Der Burenkrieg und die öffentliche Meinung. Dokumente Nr. 5066—5105 150

KAPITEL 112

Das gemeinsame Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela 1902—1903. Dokumente Nr. 5106—5151 153

KAPITEL 113

Die Marokkofrage 1899—1904. Englische Hinwendung zu Frankreich. Dokumente Nr. 5152—5210 155

KAPITEL 114

Die Vorderasiatischen Angelegenheiten. Hinwendung Englands zu Rußland?
A. Die Bagdadbahn 1900—1903. Dokumente Nr. 5211—5277 . . . 157
B. Die Kueitfrage 1900—1904. Dokumente Nr. 5278—5331 158
C. Die Persische Frage 1899—1904. Dokumente Nr. 5332—5368 . . 159

KAPITEL 115

Akademische Erörterungen über eine drohende Englisch-Französisch-Russische Tripelentente 1903. Dokumente Nr. 5369—5376 160

Kapitel 109

Das Englische „Bündnisangebot“ 1901

In höherem Maße noch als bei den früheren Bänden kann man auf Grund des im siebzehnten Bande des großen Aktenwerkes neu mitgeteilten Materials feststellen, wie Geschichte entsteht. Alle bisherigen Darstellungen der Beziehungen Deutschlands zu England werden durch die Dokumente gerade dieses Bandes entscheidend beeinflußt. Ganz besonders gilt dies für die „Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten“ des Botschaftsrats a. D. Hermann Frhrn. v. Eckardstein. Bekanntlich hat dieser seinen Denkwürdigkeiten eine große Reihe von Dokumenten, zum Teil in Faksimiles, beigegeben. Diese ergänzen das Aktenwerk, werden aber in noch höherem Maße in Einzelheiten von ihm erweitert und an verschiedenen Stellen von ihm berichtigt. Für die historische Forschung bietet der Vergleich der Eckardsteinschen Aufzeichnungen mit den Dokumenten des siebzehnten Bandes eine untrügliche Quelle für die Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes bis in fast alle Einzelheiten hinein.

Das Problem, vor das in den ersten Monaten des Jahres 1901 die Leitung der deutschen Politik[1]) aufs neue gestellt wurde, war ernst genug. Handelte es sich doch um nichts Geringeres als um die Frage, ob es geraten sei, den unzweifelhaft aufrichtigen Wunsch verschiedener in England damals maßgebenden Männer zu einer weitgehenden Verständigung mit Deutschland zu erfüllen, oder ob man es weiterhin vorziehen wolle, unter steter Rücksichtnahme auf Rußland, das sich bei verschiedenen Anlässen in seiner großen Politik Deutschland gegenüber als unzuverlässig erwiesen hatte, und das außerdem an Frankreich fest gebunden war, fernerhin die Politik der freien Hand zu treiben.

Das 109. Kapitel behandelt das englische „Bündnisangebot“ im Jahre 1901. Die darauf bezüglichen Erörterungen werden durch zwei längere, in die Form von Privatbriefen gekleidete Aufzeichnungen des damaligen preußischen Gesandten in Hamburg, Grafen v. Metternich, eingeleitet. Sie geben ein klares und ungewöhnlich objektives Gesamtbild der Weltlage und der Bestrebungen Englands und seiner Staats- 4977 4978

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 47 ff.

männer nach der Jahrhundertwende. Graf Metternich hatte den deutschen Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt, zur Zeit seiner Erkrankung vom Februar bis Mai 1900 vertreten [1]) und konnte daher als zuverlässiger Beurteiler der englischen Verhältnisse gelten. Die Charakteristiken, die er in seinen Berichten von den leitenden Männern der englischen Politik, Salisbury, Chamberlain und Rosebery, entwirft, sind für die Beurteilung der damaligen Bülowschen Politik der freien Hand sehr wichtig. Bei der Durchsicht der Dokumente des 109. Kapitels scheint es angezeigt, stets die synchronistische Zusammenstellung heranzuziehen, um den Zusammenhang mit den nahezu gleichzeitigen Verhandlungen über ein englisch-japanisches Bündnis und mit den weiteren Vorgängen in Ostasien nicht zu verlieren.

Im Januar 1901 trat Chamberlain bei einem gelegentlichen Zu-
4979 sammentreffen mit dem Legationsrat Frhrn. v. Eckardstein auf dem Lande beim Herzog von Devonshire an diesen mit der Äußerung heran, er und seine Freunde im Kabinett seien sich jetzt darüber klar, daß für England die Zeit einer Politik der „splendid isolation" vorüber sei. England müsse sich für die Zukunft nach Bundesgenossen umsehen. Die Wahl sei zwischen Rußland-Frankreich und dem Dreibunde. Sowohl innerhalb des Kabinetts als auch im Volke gäbe es Stimmen, die einen Ausgleich sowie ein festes Zusammengehen mit Rußland wünschten und eifrig betrieben und bereit seien, zur Erlangung dieses Zieles einen sehr hohen Preis zu zahlen. Er selbst gehöre nicht zu denjenigen, die einen Anschluß an Rußland wünschten, sondern sei der Überzeugung, daß ein Zusammengehen mit Deutschland sowie der Anschluß an den Dreibund vorzuziehen sei. Er persönlich werde alles tun, um eine allmähliche Anbahnung in dieser Richtung herbeizuführen. Zunächst sei er dafür, daß ein geheimes Abkommen zwischen England und Deutschland in bezug auf Marokko zustande komme. Chamberlain hatte schon am 24. November 1899 gelegentlich einer Audienz bei dem damals in England weilenden Kaiser ein englisch-deutsches Abkommen über Marokko angeregt, worin Tanger an England fallen, Deutschland aber sich an der atlantischen Küste Marokkos schadlos halten sollte.

Die Anregung Chamberlains erregte naturgemäß bei den deut-
4980 schen Staatsmännern großes Aufsehen. Graf Hatzfeldt glaubte darin ein wirkliches englisches Bedürfnis nach Anlehnung zu erkennen. Den Gedanken einer Allianz hielt er vorläufig noch für verfrüht. Graf
4981 Bülow teilte diesen Standpunkt und telegraphierte dem Botschafter, er sei völlig damit einverstanden, daß wir abwarteten und England die Initiative überließen. Ihn leitete hierbei der Wunsch, für die Annäherung an England einen noch günstigeren Moment zu finden. „In der Zwischenzeit", hieß es in dem Telegramm vom 20. Januar 1901

[1]) Vgl. S. 113.

an den Grafen Hatzfeldt, „möchte ich der Orts- und Menschenkenntnis Ew. anheimgeben, die Engländer freundlich anzuhören, ihnen in aller Aufrichtigkeit zuzugeben, daß Deutschland und England unter Umständen zur gemeinsamen Vertretung von Lebensinteressen berufen sein können, daß aber im Augenblick die deutsche öffentliche Meinung, welche nach den Samoa-Erlebnissen sich zunächst an Burensympathien erwärmt hatte, jetzt wiederum durch die englisch-portugiesische demonstrative Annäherung neues Mißtrauen gegen England gefaßt hat." Das kam also auf eine Absage hinaus.

Am 19. Januar war Kaiser Wilhelm II. auf die Nachricht von der schweren Erkrankung der greisen Königin Viktoria nach England gereist. Dieser Besuch trug wesentlich zur Vertiefung der deutsch-englischen Beziehungen bei. Frhr. v. Eckardstein berichtete dem Kaiser nach seiner Ankunft sogleich über die Chamberlainschen Pläne. 4982
Wenn Deutschland nicht wolle, werde England nach dem Zweibunde abschwenken. Der Kaiser schien überzeugt und unterstrich in seinem am 20. Januar 1901 an den Reichskanzler gerichteten Telegramm die Wichtigkeit der Besprechungen mit den Lords Salisbury und Lansdowne. Er versprach, sofort über diese Unterredung nach Berlin zu berichten.

Graf Bülow antwortete dem Kaiser tags darauf, die Engländer 4983
müßten uns kommen. Die Hauptsache sei jetzt, die Engländer weder zu ermutigen, noch sich vorzeitig von ihnen festlegen zu lassen. Die englischen Verlegenheiten würden sich in den nächsten Monaten noch steigern, und dann steige auch der Preis, den Deutschland fordern könne. Sehr wichtig erschien es ihm, alles zu vermeiden, was den Engländern den Gedanken einflößen könnte, als ob die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und die persönlichen Beziehungen zwischen den Monarchen gespannte oder gar schlechte seien[1]). Tatsächlich waren durch die Chinawirren die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zeitweise ernstlich verschlechtert.

Sein politisches Programm legte der Reichskanzler wie folgt fest: „Wir dürfen England kein zu großes Empressement zeigen, was nur die englischen Ansprüche erhöhen und unsere Aussichten auf Gewinn verringern würde, müssen aber gleichzeitig die Engländer in der Überzeugung erhalten, daß wir den Fortbestand eines mächtigen Englands wünschen, an eine Solidarität der deutschen und englischen politischen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Interessen glauben und uns deshalb bei richtigem Verhalten von englischer Seite mit der Zeit auch zu dieser oder jener Verständigung mit England bereit finden lassen würden."

Im Auswärtigen Amt war der Vortragende Rat v. Holstein gegen den „Freundschaftssturm von Chamberlain und Genossen" besonders 4984

[1]) Vgl. Kapitel 105.

deshalb mißtrauisch, weil er an die angedrohte Verständigung Englands mit Rußland und Frankreich nicht glaubte. Er hielt ein deutsch-englisches Bündnis für eine beinahe sichere Kriegsgefahr. Für dieses ungeheure Risiko, das Deutschland zu übernehmen habe, werde eine verhältnismäßige Entschädigung erst dann von England zu erwarten sein, wenn dieses von seinen eigenen Leistungen und von der Freundschaft Amerikas eine richtigere, also eine geringere, Meinung haben werde als jetzt.

In London hatte Kaiser Wilhelm II. mit seinem Onkel, dem Könige Eduard — die Königin Viktoria war am 22. Januar 1901 gestorben — lange politische Gespräche, in denen eine starke Abneigung des englischen Königs gegen Rußland sowohl wie gegen Frankreich zum Ausdruck kam. Der Kaiser selbst diktierte einen ausführlichen Bericht darüber, den er am 29. Januar dem Reichskanzler zusandte. In einer ausführlichen Unterredung mit dem Minister des Äußern, Lord Lansdowne, hatte dieser dem Kaiser darin zugestimmt, daß man die Truppen solange in China belassen müsse [1]), bis die Chinesen die Forderungen der Mächte erfüllt hätten. Der Kaiser hatte sodann dem englischen Minister sehr ausführlich seine politischen Ansichten entwickelt, wonach es darauf ankam, die Franzosen für Europa zurückzugewinnen. Hierbei falle England eine wichtige Aufgabe zu. Die alte englische Politik der sogenannten Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts sei erledigt. Darauf falle auf dem Kontinent niemand mehr herein. Die balance of power in Europa sei er, der deutsche Kaiser, dem die Bestimmung über die auswärtige Politik Deutschlands nach der Verfassung des Reiches zufalle. Die Weltlage sei so, daß auf der einen Seite Rußland und Amerika als Staaten mit nichteuropäischen Interessen, auf der anderen Seite Europa stehe, das wieder zusammengebracht werden müßte, um ein Gegengewicht zu bieten. Er, der Kaiser, ginge bei diesen Betrachtungen nicht allein von der Gegenwart aus, er habe die Zukunft vor Augen, da er darauf bedacht sein müsse, seinen Enkeln ein gesichertes Reich zu hinterlassen. Die Zeichen der Zeit deuteten darauf hin, daß die Zukunft der slawischen oder der germanischen Rasse gehören werde. Die lateinischen Völker schritten nicht mehr voran und würden in Europa und der Welt nicht mehr den Ausschlag geben können. Deshalb halte er dafür, daß die germanische Rasse bei den Problemen der Zukunft um so fester zusammenstehen müßte. Ihm komme es darauf an, den Frieden zu erhalten, damit das Mosaikgebilde des Deutschen Reiches Zeit habe, sich zu einer festen Masse zu verdichten, und damit der deutsche Handel seine friedlichen Wege wandeln könne. Das Gleiche wünsche er für England, denn er halte einen Wettbewerb auf den Märkten der Erde für nützlich, da dadurch der eine durch den andern zu immer besseren Leistungen an-

[1]) Vgl. Kapitel 107, Wegweiser S. 128 ff.

gespornt werde. Nur müsse man den Weltmarkt offen halten. Dies sei das gemeinsame Ziel Englands sowohl wie Deutschlands und ganz Europas. Lord Lansdowne hatte den kaiserlichen Ausführungen mit besonderem Interesse zugehört.

Daß Deutschland für seinen engeren Anschluß an England Kompensationen und Garantien verlangen könne, schien damals den englischen Staatsmännern unzweifelhaft. Graf Hatzfeldt beurteilte Englands Lage so, daß es den drohenden Schwierigkeiten der Zukunft gegenüber 4988
in China und anderwärts allein nicht weiter könnte, ohne sich auf eine mächtige kontinentale Allianz zu stützen. Sollte nun Deutschland auf die englischen Vorschläge eingehen? Graf Hatzfeldt hatte immer einen vorsichtigen Standpunkt vertreten. Nun aber erklärte er es doch für seine Pflicht, es offen auszusprechen, daß eine grundsätzliche und unbedingte Ablehnung der Vorschläge sofort zu einem Wechsel der englischen Politik in China und zum Versuche unmittelbarer Verständigung mit Rußland und Frankreich über die schwebenden Fragen führen würde. In der Wilhelmstraße, besonders bei Herrn v. Holstein, über- 4989
wog aber leider ein unbesiegbares Mißtrauen. Auch der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen wollte nicht, daß England eine Freundlichkeit nach der anderen ohne greifbare Erwiderung erzeigt werde. 4990, 4991

Der Reichskanzler wünschte indes doch den Faden nicht abzuschneiden. Am 5. März 1901 übersandte er Eckardstein die Abschrift des Briefes des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom 22. November 4992
1887[1]) und die Antwort Lord Salisburys vom 30. November 1887[2]). Der Kanzler wies darin darauf hin, daß die politische Lage Deutschlands England gegenüber heute noch so sei, wie sie sich nach jenen beiden Briefen darstellte: Heute so wenig wie 1887 könne Deutschland im Falle eines Krieges mit zwei Fronten auf englische Unterstützung rechnen; es müsse daher Bedenken tragen, einer politischen Richtung zu folgen, durch die es sich mit Rußland entzweien würde. Herr v. Eckardstein sollte Lord Lansdowne auf diesen Briefwechsel aufmerksam machen und seinen Standpunkt festzustellen suchen. „Solange wir über die Haltung Englands nicht Sicherheit haben," telegraphierte der Staatssekretär Freiherr von Richthofen am 9. März 1901 an den 4993
Grafen Hatzfeldt, „ist es für uns unmöglich, zu den Fragen, die solange rein akademisch sind, irgendwie Stellung zu nehmen." In diesem Sinne sollte sich der Botschafter in London äußern.

Lord Lansdowne beschäftigte sich nun mit einem auf längere Zeit berechneten Defensivabkommen zwischen England und Deutschland. 4994
Ein solches hielt man in Berlin nicht für ungünstig, zumal es nicht aus- 4995
geschlossen war, das Verhältnis zu England später allmählich auszubauen. In diesem Sinne äußerte sich wenigstens der Vortragende 4996

[1]) Band 4, Nr. 930. Deutscher Wortlaut Wegweiser Band 1, S. 288 ff.
[2]) Band 4, Nr. 936. Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Band 1, S. 292/293

Rat Klehmet, und auch der Reichskanzler ging darauf ein. Ebenso
4997 äußerte sich Graf Hatzfeldt in London, ging aber auf weitere ihm von Lansdowne gestellte Fragen nur in der Form einer rein persönlichen Meinungsäußerung ein. Am liebsten hätte man es in Berlin gesehen,
4998 wenn sich England dazu entschlossen hätte, sich an den Dreibund anzuschließen. Dem wirkte aber die russisch-französische Diplomatie in London mit besonderem Nachdruck entgegen.

4999 Kaiser Wilhelm II. selbst blieb den englischen Staatsmännern gegenüber nach Ausweis seiner Randbemerkungen von unbesiegbarem Mißtrauen beseelt. Aus den Akten gewinnt man den Eindruck, daß der Kaiser über das Bündnisangebot Englands rechtzeitig nicht unterrichtet
5000 worden ist. Als er am 9. April in Berlin mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles sprach, beschwerte er sich in sehr entschiedenem und energischem Tone über die Mißverständnisse, die man selbst noch in neuester Zeit in London über ihn verbreitet habe, und beklagte sich auch über die dem Kolonialdirektor Dr. Stuebel zuteil gewordene Aufnahme [1]). Der englische Botschafter mußte aus der Gesamtheit der Äußerungen des Kaisers den Eindruck absoluter, aber gekränkter Englandfreundlichkeit entnehmen.

5001, Einen neuen Gedanken brachte die deutsche Diplomatie dadurch
5003 in die Verhandlungen mit England, daß man der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Hauptrolle dabei zudachte, so daß Wien gewissermaßen zum Mittelpunkte der Bündnisverhandlungen werden sollte. Es
5004 schien fast, als wenn Lord Salisbury geneigt war, auch darauf einzugehen und seine Bedenken gegenüber Österreich und Italien zu
5005 überwinden. Besorgt sahen die englischen Staatsmänner auf den kommenden Zusammenbruch Österreichs, der nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph ihrer Meinung nach nicht mehr lange ausbleiben könnte.

Mitte Mai 1901 waren die Besprechungen zwischen dem Grafen
5006 Hatzfeldt und Lord Lansdowne erst so wenig weit gediehen, daß Hatzfeldt vorschlug, nunmehr die bisher nur akademischen Gedanken zu Papier zu bringen und Punkt für Punkt zu beraten. Besorgnis er-
5007 regte auf deutscher Seite nur immer, daß der casus foederis schwer festzustellen war. Lord Salisbury aber wollte sich auf Verhandlungen mit Österreich und Italien nicht einlassen, solange er nicht unter der
5008 Hand mit Deutschland im Reinen sei. Die deutschen Staatsmänner
5009 wünschten indes den glatten Anschluß Englands an den Dreibund und identifizierten Deutschlands Interessen mit dem Fortbestande der öster-
5010 reichisch-ungarischen Gesamtmonarchie. Großbritannien mit seinen Kolonien müsse als ein Ganzes betrachtet werden, so daß also der Bündnisfall eintrete, wenn Großbritannien durch einen Angriff auf irgendeine britische Kolonie oder wenn der Dreibund durch einen

---

[1]) Vgl. S. 131.

Angriff auf irgendeinen Dreibundstaat sich zur Verteidigung genötigt sähe.

Lord Lansdowne wünschte nunmehr Näheres über die Dreibundverträge zu wissen [1]). Ihm schriftlich darauf antworten zu lassen, trug 5012
man in Berlin Bedenken. Graf Hatzfeldt schlug am 29. Mai einen 5013–5015
Wortlaut vor, wonach eine schriftliche Redaktion in höflichster Form 5016
noch vertagt wurde [2]). Mit diesem Entwurfe erklärte sich das Auswärtige Amt einverstanden, und Graf Hatzfeldt schrieb am 30. Mai 5017
in diesem Sinne an Lord Lansdowne.

Offenbar in amtlichem Auftrage reichte am 1. Juni der preußische Gesandte in Hamburg, Graf Metternich, eine ausführliche Denkschrift 5018
über die Frage ein, ob eine Anlehnung Englands an den Dreibund für diesen, insbesondere für Deutschland, erstrebenswert sei. Auch er hatte eine Reihe von Bedenken und wünschte in jedem Falle die Öffentlichkeit eines solchen Bündnisses mit England. Auch der Vortragende Rat v. Holstein hatte sich am 14. Juni 1901 ausführlich über die Vor- 5019
und Nachteile eines deutsch-englischen Bündnisses geäußert. Nach seiner Meinung mußte ein Bündnis Englands mit Deutschland allein die Lage Deutschlands verschlechtern, während er eine Angliederung Englands an den Dreibund für ein Ereignis von großer und günstiger Bedeutung für diesen ansah.

Am 29. Mai hatte der französische General Bonnal nebst seinem Adjutanten in Berlin an einem Frühstück im Kasino des 2. Garde-Regiments zu Fuß teilgenommen, und Kaiser Wilhelm bei dieser Gelegenheit einen Trinkspruch auf die französische Armee ausgebracht, unter Hinweis darauf, daß in China deutsche und französische Truppen zum ersten Male Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind in guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft gekämpft hätten. Dieser Vorgang trug dazu bei, König Eduard mißtrauisch zu machen. 5020
Man fürchtete damals in London, die deutsche Politik beschäftige sich mit dem Hintergedanken einer möglichen, für England unerwünschten politischen Annäherung an Frankreich. Für England wäre das be- 5021
sonders unbequem gewesen, da man dort befürchtete, Frankreich könne jetzt die marokkanische Frage aufrollen, in der die englischen Interessen den französischen schroff entgegenstanden.

Im August 1901 wurde es klar, daß England sich wohl an Deutschland, niemals aber an den Dreibund als Ganzes anschließen werde. Da 5022
Kaiser Wilhelm II. offenbar von den bisherigen Verhandlungen mit England keine hinreichende Kenntnis besaß, war es erforderlich, ihn für den am 11. August bevorstehenden Besuch König Eduards VII. in Homburg v. d. H. durch eine Aufzeichnung oder durch einen mündlichen Vortrag des Reichskanzlers vorzubereiten. Der Kanzler hielt also dem

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 309.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 309/310.

Kaiser in Homburg über die marokkanische Frage einen Vortrag, der darauf hinaus kam, Deutschland müsse stillschweigend abwarten und die Dinge sich entwickeln lassen. Ein Abkommen mit England soll der Kaiser bei diesem Vortrage nur für annehmbar erklärt haben, wenn ein solches nicht allein mit Deutschland, sondern gleichzeitig mit den beiden anderen Dreibundmächten abgeschlossen würde; auch müsse das englische Parlament mit sicherer Aussicht auf Annahme durch eine starke Mehrheit dem Wunsche nach Abschluß eines solchen Abkommens entsprechen. Der Bündnisgedanke wurde durch diese Forderungen, die offenbar auf den Reichskanzler selbst zurückgingen, wesentlich beschwert.

Am 23. August 1901 fand in Wilhelmshöhe die diplomatisch sehr sorgfältig vorbereitete Unterredung zwischen Kaiser Wilhelm II. und König Eduard VII. statt. Der englische König war von seinem Berliner Botschafter begleitet und hatte von Lord Lansdowne ein Memo-
5033 randum erhalten[1]), das nach dessen Ansicht nur zur persönlichen Orientierung des Königs dienen sollte und in großer Eile unmittelbar vor der Abreise des Königs niedergeschrieben worden war. König Eduard stellte aber dem deutschen Kaiser sofort dieses Schriftstück zu, der daraufhin vom Auswärtigen Amt ein Gegenmemorandum ausarbeiten ließ, das er am 21. August dem Könige übersandte, und das Punkt für Punkt die in dem englischen Schriftstück behandelten Gegenstände besprach. Die beiden Memoranden hatten keine unmittelbare Beziehung zur Bündnisfrage. Sie sind daher im Aktenwerk in einem Anhang zum 109. Kapitel abgedruckt.

Über die Unterredung mit König Eduard hat Kaiser Wilhelm II.
5023 am 23. August eine ausführliche Niederschrift veranlaßt. Bei dieser Unterredung hatte der Kaiser von der altmodischen Politikerschule gesprochen, die die Aufgabe der Politik darin gesehen hätte, die einzelnen Staaten des Kontinents hin und her zu gruppieren, gegeneinander auszuspielen und zu verhetzen. Mit diesem Rezept sei jetzt aber nichts mehr anzufangen. „Wer hätte es z. B. noch vor zehn Jahren für möglich gehalten, daß französische und deutsche Truppen unter einem preußischen General gemeinsam gegen einen Dritten fechten würden? Das gemeinsam vergossene Blut habe Wunder gewirkt, und wir verständen uns jetzt recht gut mit unsern Nachbarn jenseits der Vogesen. — Hier in der Mitte Europas stehe ich mit meiner starken Armee, und ich werde zusammen mit meinen Verbündeten, deren ich sicher bin, dafür Sorge tragen, daß alles ruhig bleibt."

Nachdem der König und sein Botschafter die hohen Verdienste des Deutschen Reiches als Friedenshort anerkannt hatten, ging der Kaiser auf die englische Politik über. England werde wohl tun, zu berücksichtigen, daß sich auf dem Kontinent eine starke Strömung zugunsten

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 311/313.

einer kontinentalen wirtschaftlichen Union geltend mache. Seine eigenen Gedanken über das englische Bündnis faßte der Kaiser wie folgt zusammen: „England muß sich klar werden, auf welche Seite es sich stellen will; es wird endlich Farbe bekennen müssen. Wenn es glaubt, daß es seine Interessen an die Seite der europäischen Zentralmächte weisen, so werde ich das mit Freude begrüßen: es würde das ein Zusammengehen mit dem Dreibunde bedeuten. Nach allem, was in der letzten Zeit und im Laufe der Geschichte sich zugetragen hat, — ich erinnere nur an die Erfahrungen, die Friedrich der Große mit der englischen Politik gemacht hat —, kann England sich aber nicht wundern, daß wir auf allgemeine Phrasen über Freundschaft und Zusammenstehen nicht mehr reagieren. Es kann nur auf Grund ganz fester Abmachungen verhandelt werden. Ohne daß die englische Regierung nicht einen paragraphierten, ganz bestimmt abgefaßten Vertrag dem Parlamente vorlegt, und von diesem vor aller Welt ratifizieren läßt, ist mit uns, das heißt mit dem Dreibund, denn ohne meine Verbündeten lasse ich mich auf nichts ein, nichts mehr zu wollen.“ Sir Frank Lascelles warf hier ein, auch Lord Lansdowne sei ganz der gleichen Ansicht.

Die weiteren Dokumente erweisen, daß die englischen Bündnis- 5024–5027
fühler an diesem Standpunkte der deutschen Staatsmänner gescheitert sind. Im Dezember 1901 konnte man bereits eine große und weitgehende Verstimmung gegen Deutschland in London feststellen. König 5028
Eduard ließ durch seinen Botschafter in Berlin erklären, er wünsche nach wie vor mit Deutschland in allen Punkten zusammenzugehen; dieses Zusammengehen aber in einem förmlichen Vertrage zu stipulieren, sei schwierig. In seinem Neujahrsbriefe vom 30. Dezember 5029
1901 an König Eduard VII. aber betonte der deutsche Kaiser mit Emphase, daß die große teutonische Rasse, die der Himmel mit der Weltkultur betraut habe, zusammen gehöre. Für Gott sei keine andere Rasse übrig geblieben, seinen Willen in und auf dieser Welt zu betätigen als die teutonische. Das sei Grund genug, Frieden zu halten, wechselseitige Anerkennung und Gegenseitigkeit zu pflegen und alles Trennende zu unterdrücken. Der sachliche Teil des Schreibens [1]) schloß mit folgenden Worten: „Die Presse ist auf beiden Seiten furchtbar, aber hier hat das nichts zu sagen, denn ich bin der einzige Schiedsrichter und Herr der deutschen auswärtigen Politik, und die Regierung und das Land müssen mir folgen, sogar wenn ich die Musik zu ändern habe. Möge Deine Regierung dies nie vergessen und mich niemals in die Gefahr bringen, einen Kurs wählen zu müssen, der ein Unglück für uns beide sein könnte!“ In London vertrat dagegen Lord 5030
Salisbury jetzt den Standpunkt, Englands Sicherheit hänge nicht so sehr von Bündnissen, wie von seinen Kreidefelsen und seiner Flotte ab.

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 310.

Eine wie starke Verstimmung der unbefriedigende Ausgang der Bündnisverhandlungen bei Chamberlain zurückgelassen hatte, ergeben die das 109. Kapitel abschließenden Dokumente Nr. 5031 und 5032 vom November 1902. Kaiser Wilhelm II. weilte vom 8. bis 20. November 1902 zum Besuch bei König Eduard VII. in Sandringham und hatte dort verschiedentlich Unterredungen mit englischen Staatsmännern. Hierbei suchte er dem Premierminister Balfour, der nach dem Rücktritte Lord Salisburys — 12. Juli 1902 — die Geschäfte übernommen hatte, die Notwendigkeit einer Flotte für Deutschland und die Möglichkeit eines kolonialen Zusammengehens mit England verständlich zu machen. Er wies die Legende zurück, als baue Deutschland eine Flotte, um über andere herzufallen. Auf ein paar Palmenbäume mehr oder weniger in den Tropen komme es ihm gar nicht an. Solche kolonialen Grenzfragen ließen sich mit einigem guten Willen immer leicht regeln.

Der Kaiser selbst wurde zwar in England wieder sehr freundlich
5031 aufgenommen, glaubte aber doch, wie er am 12. November 1902 an den Reichskanzler telegraphierte, daß man in England einen Unterschied zwischen „the Kaiser" und „the German Government" mache. Letzteres wünsche man zum Teufel. Die Eindrücke seien politisch unerfreulich und müßten durch viel Geduld, Takt, auch im Auswärtigen Amt, und „Maul halten" der deutschen Presse überwunden werden. Geschehe das nicht, so könnten sehr ernste Folgen unversehens heraufbeschworen werden. „Also Vorsicht! Hier haben sie fündunddreißig Panzerschiffe im Dienst und wir acht!!, und werden um das Jahr 1905 in England an neuen Panzerschiffen, Kreuzern und Panzerdeckskreuzern 196 zum Dienst bereit sein gegen 46 bei uns!"

Der Reichskanzler dankte am 13. November 1902 für das kaiser-
5032 liche Telegramm, indem er auf die von Lord Salisbury bei allen möglichen Gelegenheiten gegen Deutschland eingenommene unfreundliche Haltung, auf die Beschlagnahme der deutschen Postdampfer[1]) und auf die England während des südafrikanischen Krieges seitens Deutschlands geleisteten Dienste hinwies. Sein Programm entwickelte er in seinem Danktelegramm wie folgt: „Getreu Ew. Majestät Willensmeinung werde ich ferner dafür sorgen, daß wir in unserer auswärtigen Politik mit England zusammengehen, so weit dies nur möglich ist, ohne uns gegen Rußland vorschieben zu lassen."

Anhang

Lord Lansdownes Memorandum vom 10. August 1901.

Bei der Zusammenkunft der Monarchen in Wilhelmshöhe am 23. August 1901[2]) hatte König Eduard VII. dem deutschen Kaiser ein

[1]) Vgl. S. 111 ff., Kapitel 102.
[2]) Vgl. o. Nr. 5023, S. 144.

von Lord Lansdowne aufgesetztes Schriftstück überreicht, in dem 5033
nacheinander die Chinafrage, die Frage der südafrikanischen Reklamationen, die Kueit- und die Marokkofrage behandelt wurden.

Der Leser findet den deutschen Wortlaut dieser Aufzeichnung vom 10. August 1901 auf Seite 311 ff. Die Dokumente Nr. 5034 und 5034
5035 enthalten die Stellungnahme der deutschen Staatsmänner zu der englischen Denkschrift und das deutsche Gegenmemorandum von der 5035
Hand des Vortragenden Rats Rosen [1]).

Kapitel 110.

Das Englisch-Japanische Bündnis und die Russisch-Französische Gegenaktion 1901—1902

A. Englisch-Japanisches Bündnis 1901—1902

Am 15. April 1901 traf aus Tokio ein Telegramm in Berlin ein, wonach in London Gerüchte umliefen, Deutschland und England be- 5036
reiteten ein Abkommen über die ostasiatische Politik vor und beabsichtigten, demnächst Japan zum Beitritt aufzufordern, wobei Japan freie Hand in Korea erhalten sollte.

Das Auswärtige Amt teilte dieses Telegramm sofort dem Ersten Sekretär bei der Botschaft in London, Freiherrn v. Eckardstein mit, der darin eine Sondierung über die Stellungnahme der deutschen Re- 5037
gierung zu einer von den Japanern gewünschten Erweiterung des deutsch-englischen Abkommens erblicken wollte. In diesem Sinne wirkte 5038
jedenfalls der japanische Gesandte in England, Baron Hayashi. Falls er bei Lord Lansdowne Entgegenkommen fand, wollte er seiner Regierung anraten, mit unmittelbaren Vorschlägen in London hervorzutreten. Die englische Regierung war damals aber noch keineswegs zum Abschluß eines Bündnisses mit Japan entschlossen.

Im Frühjahr 1901 deuteten Anzeichen darauf hin, daß Rußland die Möglichkeit eines Angriffs von japanischer Seite wegen der Mandschurei oder Koreas ins Auge faßte. Deutschland war entschlossen, in einem solchen Falle eine korrekte, aber wohlwollende Neutralität Japan gegenüber zu beobachten. Der deutsche Gesandte in Tokio Graf Arco Valley sollte scharf darauf achten, ob von russischer oder 5039
französischer Seite versucht würde, die freie Unabhängigkeit der deutschen Politik Japan gegenüber zu verdächtigen. Bestimmend für diese Weisung war, daß die Japaner immer noch einen Rest von Mißtrauen gegen Deutschland bewahrt hatten. In London fanden die japanischen 5040
Wünsche weites Entgegenkommen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 313/315.

Aber auch Rußland schien zur Verständigung mit Japan geneigt.
5041 Korea sollte neutrales Gebiet bleiben, Japan in Korea gewisse Vorrechte erhalten und sich dafür verpflichten, die Vorherrschaft Rußlands in der Mandschurei offiziell anzuerkennen. In Japan ging man darauf ein.

Einige Monate später reiste der ehemalige japanische Minister-
5042 präsident Marquis Ito über Paris nach Petersburg, Berlin und London und machte dabei den Versuch, in Petersburg die zwischen Rußland und Japan bezüglich der Mandschurei und Korea noch bestehenden Gegensätze zu begleichen. Er wurde freundlich aufgenommen, da die Russen ernsten Verwicklungen in Ostasien noch aus dem Wege zu gehen wünschten.

Am 1. Februar 1902 ließ in London Lord Lansdowne den deutschen
5043 Botschafter Grafen Metternich wissen, daß ein geheimer Vertrag zwischen der englischen und japanischen Regierung bezüglich Koreas abgeschlossen worden sei. Beide Mächte erkannten sich gegenseitig das Recht zu, in Wahrung ihrer Interessen gegen fremde Angriffe oder innere Unruhen dort alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Wurde bei Wahrung dieser Interessen eine der beiden Mächte in Krieg verwickelt, so sollte die andere neutral bleiben. Falls eine zweite fremde Macht dem Kriege gegen den einen Verbündeten beitrat, sollte ihm der andere zur Hilfe kommen und gemeinsam Krieg führen und Frieden schließen.

Nach der Ansicht des Reichskanzlers Grafen Bülow wurde durch
5044 dieses Abkommen Deutschland nicht berührt. Er vermutete dahinter den englischen Versuch, Rußland zu der bisher immer vergeblich angestrebten Verständigung mit England zu bewegen. Graf Bülow wünschte daher, den neuen Vertrag allen dritten Mächten, auch Rußland, gegenüber gänzlich zu ignorieren.

In Petersburg führte man trotzdem oder vielleicht gerade deshalb das Zustandekommen des japanisch-englischen Vertrages vornehmlich auf deutsche Einwirkung zurück. Graf Bülow erklärte daraufhin öffent-
5045 lich im Reichstage am 3. März 1902, daß Deutschland erst nach der Unterzeichnung des Vertrages von seinem Inhalte Kenntnis erhalten habe. Dem Reichskanzler erschien bei dem Abkommen die Hauptsache, daß die englisch-russische Annäherung dadurch zurückgedrängt wurde. Diesen Gedanken sprach er in einem streng vertraulichen Privatbriefe
5046 vom 13. März 1902 dem Grafen Metternich gegenüber aus und betonte darin auch, daß der Kaiser kaum zukünftig „in irgendeinem Differenzpunkte öffentlich gegen England eine scharfe, d. h. verletzende Stellung einzunehmen sich gezwungen sehen könnte". Dies müsse unbedingt vermieden werden. „Seine Majestät ist weitaus unsere beste Karte England gegenüber und bei seinem so loyalen und freundschaftlichen Verhalten zu England sollte allerdings Seine Majestät bei vernünftigen

Engländern der Möglichkeit, von England verkannt zu werden, eigentlich nicht mehr ausgesetzt sein." Besorgnis flößte ihm nach wie vor die englische Presse ein. Ihre Haltung sollte von dem deutschen Diplomaten scharf beobachtet werden, damit man erkenne, gegen wen das gesteigerte Selbstgefühl Englands sich richten werde, ob gegen Rußland, gegen Frankreich oder etwa gegen Deutschland.

Hervorgehoben sei, daß in dem Abschnitte über das englisch-japanische Bündnis das Aktenwerk sehr umfangreiche und zu den Denkwürdigkeiten Eckardsteins kritisch Stellung nehmende Anmerkungen der Herausgeber enthält.

B. Russisch-Französische Gegenaktion. Deutschlands Zurückhaltung

In Petersburg teilte am 12. Februar 1902 der japanische Gesandte dem Grafen Lamsdorff den Text des mit England abgeschlossenen Ver- 5047
trages mit. Graf Lamsdorff war durch die japanische Mitteilung völlig überrascht und wegen der unverkennbar gegen Rußland gerichteten Spitze des Abkommens sehr ernst gestimmt. Er befürchtete, dieser Vertrag könne den Zusammenschluß noch weiterer Mächte hervorrufen. 5048
Auf Wunsch Kaiser Wilhelms II. mußte der deutsche Botschafter Graf Alvensleben daraufhin in Petersburg zum Ausdruck bringen, daß Deutschland sich auch in dieser Frage ganz loyal verhalten werde.

Graf Lamsdorff erwog damals, ob es nicht angezeigt sei, daß Deutschland und Rußland ihr Zusammengehen im Fernen Osten von neuem 5049
zum Ausdruck brächten. So weit wünschte man aber in Deutschland 5050
nicht zu gehen und betonte, daß Deutschland in Ostasien hauptsächlich ein rein wirtschaftliches Programm habe. In Petersburg drängte man 5051
aber auf einen neuen „tatsächlichen Beweis von Vertrauen und Freundschaft" seitens Deutschlands, und Deutschlands Zurückhaltung in diesem Augenblick mußte gewissermaßen als „kalter Wasserstrahl" wirken. Graf Alvensleben bat daher um die Ermächtigung, eine weniger ent- 5052
schiedene Form für die Ablehnung des russischen Vorschlages anwenden zu dürfen, als sie ihm ursprünglich (vgl. Nr. 5050) vorgeschrieben worden war. Obwohl ihm diese Genehmigung erteilt wurde, 5053
wirkte die Ablehnung des russischen Vorschlages durch Deutschland in Petersburg doch stark verstimmend. Er habe, sagte Lamsdorff, schon 5054
wiederholt in letzterer Zeit die Erfahrung machen müssen, daß ähnliche Anregungen nicht das erhoffte Entgegenkommen in Berlin gefunden hätten, wie es bei den zwischen Deutschland und Rußland bestehenden vertrauensvollen Beziehungen ihm eigentlich selbstverständlich erschiene. Da Deutschland es vorziehe, aus eigenen wirtschaftlichen Rücksichten sich freie Hand in Ostasien zu bewahren, so werde auch 5055–5060
Rußland in Zukunft dort seine eigenen Wege gehen müssen. Deutschland blieb aber fest.

5061 Im März 1902 erfuhr man in Berlin, daß nunmehr bezüglich der Stellungnahme zum englisch-japanischen Vertrage zwischen Rußland und Frankreich Verhandlungen geführt würden, die dem Abschluß nahe seien. Die übrigen Mächte sollten aufgefordert werden, der russisch-
5062 französischen Abmachung beizutreten, um „die Bedeutung des englisch-japanischen Abkommens auf das richtige Maß zurückzuführen". 5063 Deutschland war zum Beitritt indes nicht geneigt.

Als am 19. März 1902 der französische Botschafter, Marquis de Noailles, in Berlin dem Grafen Bülow die französisch-russische Dekla-
5064 ration vom 16. März 1902 überreichte [1]), ließ er durchblicken, daß ihm bei dem Zusammengehen mit Rußland gegen England und Japan etwas unheimlich zumute sei. Frankreich habe in Nordchina keine besonderen Interessen, und er hoffe deshalb dringend, daß es zu keinen Weiterungen mit England und Japan wegen der Mandschurei und Korea kommen möge.

5065 In London erregte die russisch-französische Note ein gewisses Unbehagen, da man dort eine Einmischung Frankreichs zugunsten Rußlands als ausgeschlossen betrachtet hatte. Auch der Abschluß einer größeren russischen Anleihe in Berlin beunruhigte die Engländer.

Kapitel 111

Der Burenkrieg und die öffentliche Meinung

Das 111. Kapitel umfaßt die Dokumente Nr. 5066—5105, die sich zeitlich vom August 1901 bis zum März 1903 erstrecken. Es vermittelt uns neue Aufschlüsse über die deutsch-englischen Beziehungen während des immer noch fortschwelenden Burenkrieges und über das damalige Verhalten der öffentlichen Meinung Deutschlands gegen England.

Der außerordentlich gehässige Ton eines Teiles der deutschen und der englischen Presse während des Burenkrieges und die sehr geringschätzige Art, mit der deutsche Witzblätter die Person des Königs Eduard VII. behandelten, trugen erheblich dazu bei, die gegenseitigen Beziehungen der Länder immer aufs neue zu erschweren. Hier wie so oft auch sonst rächte es sich, daß man in Deutschland nur allzu leicht geneigt war, Politik mit dem Herzen zu machen statt mit dem kühl abwägenden Verstande.

Aus der Reihe der Dokumente, die auch in diesem Kapitel durch umfangreiche und historisch wertvolle Anmerkungen erweitert sind, sei zunächst die Anregung des Zaren vom August 1901 erwähnt, daß eine freundschaftliche Intervention unverzüglich Platz greifen möge.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 315/316.

In Deutschland vertrat man den Standpunkt, falls die guten Dienste 5066
beiden Teilen erwünscht seien, werde ein russisches oder franko-
russisches Anerbieten sicher zum Ziele führen, auch ohne deutsche Be-
teiligung. Man rechnete in Berlin damit, daß der Zar anläßlich seines 5067
Zusammentreffens mit dem deutschen Kaiser vom 11. bis 13. Sep-
tember 1901 auch die Beendigung des südafrikanischen Krieges zur
Sprache bringen würde. Er ist dann aber tatsächlich gar nicht darauf
eingegangen, und deutscherseits enthielt man sich nach Möglichkeit
der Stellungnahme, wenn auch in der Presse immer wieder für die
Buren Partei genommen wurde.

Am 22. Oktober 1901 überreichte der russische Geschäftsträger
in Berlin eine Niederschrift[1]), wonach die Delegierten der südafrika- 5069
nischen Republiken sich an das Bureau des dauernden Schiedsgerichts-
hofes im Haag mit der Bitte gewendet hatten, dieser möge dem blu-
tigen Konflikte zwischen Großbritannien und den Republiken ein Ende
machen. Deutschland wünschte sich aber an einem Schritte, der in 5070 5076–5078
London ungünstig aufgefaßt werden könnte, nicht zu beteiligen und
ließ dies am 29. Oktober dem russischen Geschäftsträger in Berlin, 5071
v. Bulazell, mitteilen[2]). Auch als Kaiser Wilhelm II. im Oktober 1901 5072
dem englischen Militärattaché Oberst Waters sagte, der deutsche
Handel und besonders Hamburg würden von der langen Dauer des
Burenkrieges schwer betroffen, und falls der Krieg noch längere Zeit
fortdauere, werde doch wohl eine Intervention zu gewärtigen sein,
ließ Graf Bülow nach London mitteilen, von deutscher Seite sei
jedenfalls ein Schritt in dieser Richtung nicht zu erwarten.

Eine Rede Chamberlains in Edinburg am 25. Oktober 1901, in der
er die Kriegführung der Engländer unter ungeschickter Berufung auf
frühere Kriege, darunter auch 1870/71, verteidigte, verschlechterte die 5073
deutsch-englischen Beziehungen aufs neue und veranlaßte entrüstete
Kundgebungen aus dem deutschen Lager. Graf Metternich wurde be- 5075
auftragt, sich bei Lord Lansdowne darüber zu beschweren.

Der Friedensschluß von Pretoria zwischen England und den Buren
machte am 31. Mai 1902 der Unabhängigkeit der Burenstaaten ein
Ende. König Eduard VII. telegraphierte die Nachricht sofort an den 5080
englischen Botschafter in Berlin, der sie an den deutschen Kaiser
weitergeben sollte. Dieser beauftragte den Grafen Metternich, dem
Könige in einer Privataudienz seine Glückwünsche auszusprechen. Bei
diesem Anlasse erklärte König Eduard VII., der deutsche Kaiser habe
die Nachricht zuerst erhalten, und nun werde hoffentlich auch die 5081 5082
Verstimmung zwischen Deutschen und Engländern bald weichen. Graf 5083
Metternich wies in dieser Audienz darauf hin, daß die „Times“ der
Hauptstörenfried zwischen Deutschland und England sei.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 316.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 317.

Zu der feierlichen Krönung König Eduards VII., die ursprünglich
5084 auf den 26. Juni 1902 festgesetzt war, dann aber auf den 9. August verschoben wurde, entsandte der deutsche Kaiser eine Deputation nach England, der auch Feldmarschall Graf Waldersee angehörte. Dieser benutzte die Gelegenheit eines militärischen Diners zu einigen anerkennenden Bemerkungen über das Verhalten der englischen Armee im
5085 südafrikanischen Kriege. Graf Waldersee telegraphierte den Wortlaut
5086 seiner kurzen Ansprache am 22. Juni 1902 nach Berlin [1]), in der es u. a. hieß, die deutschen Soldaten wüßten alle sehr wohl, wie schwierige und mühsame Aufgaben die britische Armee in Südafrika zu erfüllen gehabt habe; sie wüßten auch, daß die Offiziere und Mannschaften ihre Aufgabe mit äußerster Aufopferung für ihr Vaterland, mit Tapferkeit
5087–5089 und Humanität erfüllt hätten. In London tat der Botschafter Graf Metternich alles, was möglich war, um die Stimmung zwischen den beiden Ländern zu verbessern und die Hetzereien der „Times" einzuschränken.

Nach Herstellung des Friedens trafen am 16. August die drei Burengenerale Botha, Dewet und Delarey in England ein, wurden lebhaft begrüßt und tags darauf vom englischen Könige empfangen. Die Absicht der Burengenerale war, in Holland, Deutschland und Frankreich und anderen Ländern Sammlungen für die notleidenden Buren
5090 zu unternehmen. In Berlin wünschte man sie indes nicht zu emp-
5091 fangen, da man davon eine neue Verschlechterung der Beziehungen zu
5092 England befürchtete. Jedenfalls sollten sie erst Frankreich, Rußland oder Amerika besucht haben, ehe sie nach Deutschland kamen. Der
5093 Reichskanzler aber empfahl in einem Schreiben vom 17. September 1902 dem Kaiser, dennoch den Generalen eine Audienz zu gestatten,
5095 nachdem sie auch beim Könige von England einen ehrenvollen Empfang gefunden hätten. Der Kaiser war sofort einverstanden.

In England, wo nach einem ausführlichen Berichte des Freiherrn
5094 v. Eckardstein vom 14. September 1902 die Stimmung immer noch sehr
5096, 5097 gereizt war, erregte die Nachricht, die Buren würden vom Kaiser in Berlin empfangen werden, allgemeine Aufregung. Kaiser Wilhelm II. entschied darauf, daß im Falle der Burenaudienz der englische Bot-
5098–5100 schafter Sir Frank Lascelles zugegen sein solle. Als trotzdem die eng-
5101 lische Erregung sich nicht legen wollte, bestimmte der Kaiser das Unterbleiben der Audienz.

Recht schwierig war es nun für die deutsche Politik, die Nicht-
5102 gewährung der Audienz an die Burengenerale nicht als ein Zurückweichen vor England erscheinen zu lassen, sondern sie auf die Initiative der Buren zurückzuführen. Die ausführlichen hierüber mitgeteilten Dokumente erweisen, daß die Behauptung Englands durchaus falsch ist, der Kaiser habe es sich in den Kopf gesetzt gehabt, die Burengenerale zu empfangen. Er hatte sich vielmehr nur auf ausdrückliches

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 317.

Anraten des Reichskanzlers zu diesem Empfange entschlossen und sofort davon Abstand genommen, als er die Nachricht erhielt, wie sehr die englische öffentliche Meinung sich darüber erregt hatte. Ein Brief König Eduards VII. vom 9. Oktober 1902[1]) betonte als Antwort 5103
auf einen Brief des deutschen Kaisers vom 5. Oktober, der beste Weg aus der Schwierigkeit würde sein, wenn die Burengenerale Deutschland überhaupt nicht besuchten. Ihr Nichtempfang hat jedenfalls sehr dazu beigetragen, den deutschen Kaiser zum Gegenstande von Angriffen in der deutschen Presse zu machen.

Kaiser Wilhelms II. Entgegenkommen hat aber wenig genützt. „Die Hetze gegen Deutschland wird fortgesetzt," berichtete Graf Metternich am 19. Januar 1903, „und es kann keinem Zweifel unter- 5104
liegen, daß eine tiefe Erregung und ein ausgeprägtes Mißtrauen in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen uns besteht." Das erkläre sich aus dem Verhalten des deutschen Volkes während des Burenkrieges. Die beste Politik für die nächste Zeit würde sein, sich möglichst wenig um England zu bekümmern, ruhig zu sitzen und abzuwarten, bis die Erbitterung vergehe. „Akute Ausbrüche der Leidenschaft mögen seltener werden, das englische Volk wird aber bei jeder Gelegenheit für die nächste Zukunft politisch gegen uns Stellung nehmen. Es mag dies Jahre dauern oder auch einen weniger langen Zeitraum. Das kann niemand vorhersehen und hängt von der Entwicklung und Gestaltung der Politik ab." Die englische Regierung sei korrekt, und am wenigsten Verstimmung herrsche in den höheren Gesellschaftskreisen, vielleicht auch noch nicht in der unteren Schicht der Bevölkerung, den Massen der Arbeiter. „Alles, was dazwischen liegt, und mit dem Kopf und der Feder arbeitet, ist aber der großen Mehrzahl nach uns feindlich gesinnt."

Eine Bestätigung dieser Anschauungen bildete eine Rede Lord Roseberys im Oberhause am 2. März 1903, über die Graf Metternich 5105
am 12. März im Anschluß an ein Gespräch mit Lord Rosebery berichtete. Lord Rosebery hatte aus parteitaktischen Gründen auf die Haltung der deutschen öffentlichen Meinung während des Burenkrieges hingewiesen.

Kapitel 112

Das gemeinsame Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela 1902—1903

Die Dokumente des 112. Kapitels — Nr. 5106—5151 — reichen zeitlich vom Januar 1902 bis zum Februar 1903 und zeigen uns das gemein-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 153.

same Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela in den Jahren 1902 und 1903.

In den Jahren 1899 und 1900 war Venezuela der Schauplatz von Bürgerkriegen gewesen, in denen die deutschen Ansiedler und Handelsgesellschaften, ebenso wie die anderer Nationen, vielfach schwere Schädigung an Geld und Gut erlitten hatten. Die deutsche und englische Regierung eröffneten im Winter 1901/1902 diplomatische Verhandlungen mit Venezuela, um eine Vergütung des angerichteten Schadens durchzusetzen. Die venezolanische Regierung nahm einen schroff ablehnenden Standpunkt ein und ließ sogar die diplomatischen Formen außer acht, so daß die deutsche Regierung sich dazu entschloß, im Herbst 1901 ein Geschwader nach den venezolanischen Häfen zu senden. Ein Bericht des deutschen Botschafters in Washington, v. Holleben, vom 24. Dezember 1901 schaffte Klarheit darüber, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gegen eine Blockade der venezolanischen Häfen deutscherseits nichts unternehmen würde. Nunmehr trat das deutsche Auswärtige Amt mit der Absicht hervor, diese Häfen wirklich zu blockieren.

Die Dokumente beginnen mit einem grundlegenden Berichte des
5106 Reichskanzlers Grafen Bülow an den Kaiser vom 20. Januar 1902. Dieser ging von der Feststellung aus, daß die Vereinigten Staaten gegen die Verhängung der Friedensblockade nichts einzuwenden haben würden, und daß die britische Regierung vielleicht mit der deutschen gemeinsam handeln werde. Der Kaiser wünschte, daß die Amerika-
5107 reise seines Bruders, des Prinzen Heinrich, — vom 23. Februar bis 11. März 1902 — dadurch nicht beeinflußt werden möge. Daraufhin unterblieben bis zum Herbst 1902 weitere Schritte.

Aus den Verhandlungen mit England ergab sich im Dezember 1902
5108–5110 ein übereinstimmendes Vorgehen deutscher und englischer Kriegsschiffe
5111 an der venezolanischen Küste. Kaiser Wilhelm II. hatte im November 1902 anläßlich seines Besuches in Sandringham das Vorgehen in Vene-
5112–5119 zuela mit dem englischen Könige besprochen. Demgemäß verließen der englische und der deutsche Vertreter am 8. Dezember 1902 Caracas. Mehrere deutsche Kriegsschiffe nebst einem englischen Kreuzer nahmen am gleichen Tage die vier venezolanischen, in La Guiara befindlichen Kanonenboote weg. Am 13. Dezember wurde ein Fort bei Puerto Cabello beschossen. Hier wie überall wirkten die deutschen und englischen Kriegsschiffe gemeinsam. Nunmehr lenkte die venezolanische Regierung ein und regte durch Vermittlung der Vereinigten Staaten
5120 eine schiedsgerichtliche Erledigung an. Ausdrücklich bestimmte Kaiser Wilhelm II., daß Deutschland gegenüber Venezuela keinen Schritt weiter gehen solle als England.

Die weitere Erledigung des Streitfalles geht aus den Dokumenten
5121–5151 Nr. 5121—5151[1]) hervor. Kennzeichnend für den Geist der Verhand-

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokuments Nr. 5141 siehe S. 318/319.

lungen ist, daß die deutsche Politik überall mit England zusammen- 5146
gehen und sich auf nichts einlassen wollte, was nicht der mit England
getroffenen Verständigung entsprach. Trotzdem ergaben sich neue 5149
Verstimmungen mit England. Die weiteren Verhandlungen gestalteten
sich recht schwierig, führten aber schließlich am 13. Februar 1903 zu 5150
einem protokollarischen Abschluß und somit zu einem leidlich befrie-
digenden Ergebnis. Auch in den Vereinigten Staaten hatte Deutschlands
Hervortreten eine unfreundliche Stimmung ausgelöst. 5151

Kapitel 113

Die Marokkofrage 1899–1904
Englische Hinwendung zu Frankreich

Das 113. Kapitel springt zeitlich so weit zurück, daß bei der Durchsicht der Dokumente die synchronistische Zusammenstellung berücksichtigt werden sollte. Sie beginnen mit einem Privatbriefe des Botschafters Grafen Hatzfeldt vom 8. Februar 1899. Der Botschafter 5152
hatte sich mit Lord Salisbury über Marokko unterhalten und dabei angedeutet, daß, wenn einmal die marokkanische Erbschaft eröffnet würde, auch Deutschland nicht leer ausgehen dürfe. Lord Salisbury zeigte sich 5153
zu einer Verständigung geneigt, zumal England keinen Wert darauf legen konnte, Frankreich dort territoriale Fortschritte machen zu sehen.

Im Frühjahr 1900 erregten französische Streifzüge in das marok- 5154,
kanische Gebiet die Aufmerksamkeit der Diplomatie. Als im März 5155
eine große französische Expedition aus Algier zur Besetzung der Oasen
südlich von Oran bis nach Tuat vorrückte, fühlte sich die marokkanische 5156
Regierung bedroht. Fürst Münster wurde angewiesen, Delcassé auf
diese Vorgänge anzureden. Dieser erwiderte, das Vordringen und die 5157
Expedition Frankreichs nach Tuat habe allein den Zweck, die Sahara
aufzuschließen, Handel und Karawanen zu schützen. Im übrigen be-
tonte er seine Friedensliebe. Auch in Italien war man besorgt und 5158
äußerte in Berlin seine Bedenken.

Ende Mai 1900 eröffnete Graf Hatzfeldt in London unter ausdrück- 5159,
licher Billigung dieses Schrittes durch den Grafen Bülow die Be- 5160
sprechungen über Marokko. Erstrebt wurde eine gemeinsame Durch- 5161
führung des im Einzelfalle bezüglich Marokkos Vereinbarten. Die eng- 5162
lischen Staatsmänner suchten aber Deutschland die Formulierung ge-
nauerer Vorschläge zuzuschieben, was Graf Bülow unbedingt vermieden 5163–
wissen wollte. In London wich man nun aus, so daß man in Berlin an 5166
die Möglichkeit einer englisch-französischen Annäherung in dieser Frage 5167
glaubte. Auch Graf Hatzfeldt war der Ansicht, daß Lord Salisbury
sich aus Berechnung und aus Stimmung lieber mit Frankreich als mit

Deutschland verständigen möchte. Er erhielt daher die Weisung, von einer Initiative wegen Marokkos gegenüber Lord Salisbury vorläufig abzusehen, über diesen Gedanken aber mit deutschfreundlichen Persönlichkeiten zu sprechen.

Im Juli 1900 wurde von neuen marokkanischen Plänen Frankreichs gesprochen. Die Marokkofrage hat sodann in der deutschen Politik der Jahre 1900—1903 immer insofern eine gewisse Rolle gespielt, als die Haltung Frankreichs, Englands und Spaniens ihr gegenüber sorgfältig beobachtet worden ist. Als im Februar 1903 der „Standard" meldete, Delcassé beabsichtige, mit Lord Lansdowne wegen Überlassung Marokkos an Frankreich in Verbindung zu treten, glaubte man in Berlin nicht, daß England eine so schwerwiegende Konzession machen würde. Darauf deutete auch die Haltung der englischen Staatsmänner. In Petersburg erklärte Graf Lamsdorff, Delcassé habe keinerlei Pläne in Marokko.

Im Sommer 1903 bahnte der spanische Ministerpräsident Silvela eine nähere Verständigung mit Frankreich zur Aufrechterhaltung des status quo in Marokko an. Auch die Königin-Mutter von Spanien, Maria Christine, erzählte dem deutschen Kaiser in Wien in tiefstem Vertrauen, als sie im September 1903 dort weilte, Spanien stehe im Begriff, sich mit Frankreich über Marokko zu verständigen. Ursprünglich habe Frankreich ganz Marokko für sich beansprucht, sodann Spanien einen Teil unter der Bedingung eines Schutz- und Trutzbündnisses angeboten. Beides sei von Spanien als unannehmbar bezeichnet worden. Jetzt sei man überein gekommen, Marokko in der Weise zu teilen, daß Frankreich den am Atlantischen Ozean gelegenen südlichen Teil, Spanien die nördliche Hälfte am Mittelmeer erhalte. Deutscherseits wünschte man nun zu wissen, wie Spanien sich bei der geplanten Teilung des scherifischen Reiches Deutschlands Rolle gedacht habe. Deutschland müsse unbedingt bei der Aufteilung des Landes mit berücksichtigt werden oder sonst auf kolonialem Gebiet, etwa auch durch die Überlassung von Fernando Po, einen territorialen Ausgleich erhalten. In diesem Sinne wurde in San Sebastian verhandelt.

In England hielt man sich zurück und hatte wohl auch von den angeblichen französisch-spanischen Abmachungen keine amtliche Kenntnis. Lord Lansdowne vertrat den Standpunkt, daß Frankreich infolge seiner langen algerischen Grenze mit Marokko naturgemäß der vorwiegende Einfluß in diesem Lande mit der Zeit zufallen müsse.

Den Abschluß des 113. Kapitels bilden drei Dokumente vom März 1904 (Nr. 5208—Nr. 5210), aus denen hervorgeht, daß Kaiser Wilhelm II. in der Frage von Kompensationen, die Deutschland in Marokko erstreben sollte, damals wesentlich zurückhaltender gewesen ist als der Leiter des Auswärtigen Amtes. So berichtete er nach seiner Zusammenkunft mit König Alfons XIII. in Vigo am 16. März 1904 an den Reichskanzler,

er habe dem Könige von Spanien zu dem Abkommen mit Frankreich gratuliert, das er billige und für vernünftig halte: Deutschland wünsche dort keinen Territorialerwerb. Auch empfahl der Kaiser dem jungen 5209
Könige ein gutes Verhältnis mit Frankreich und vertrauliche persönliche Beziehungen zum König Albert.

König Alfons sprach sich über diese Ratschläge und die Gesamthaltung des Kaisers ihm gegenüber später geradezu begeistert aus. 5210
Der Kaiser habe ihm geraten, sich über Marokko mit Frankreich zu verständigen; er, der deutsche Kaiser, wolle ihm gern behülflich sein, denn Deutschland habe in Marokko keine anderen Interessen, als seinen Handel gewährleistet und gesichert zu sehen.

Kapitel 114

Die Vorderasiatischen Angelegenheiten Hinwendung Englands zu Rußland?

A. Die Bagdadbahn 1900—1903

Das 94. Kapitel[1]) hatte die Verhandlungen über die Bagdadbahn in den Jahren 1890 bis Ende 1899 geschildert. Das 114. Kapitel führt die Entwicklung mit den Dokumenten Nr. 5211—5277 zeitlich vom Januar 1900 bis zum März 1904 fort.

Nachdem die Vorkonvention über den Bau der Bagdadbahn am 23. Dezember 1899 von dem türkischen Bautenminister und dem Präsidenten der Deutschen Bank, Dr. Georg v. Siemens, unterzeichnet worden war, empfahl der türkische Botschafter in Berlin im Januar 5211
1900, die Angelegenheit der Bagdadbahn so bald und so rasch als möglich zu Ende zu bringen. Die Veranlassung hierzu waren zahlreiche Intrigen von englischer, französischer, türkischer und auch russischer Seite. Während die zivilisierten Staaten Europas das türkische Asien der Kultur zu erschließen wünschten, um ihren Produkten dort neue Absatzgebiete zu eröffnen, ging Rußland — auch nach dem Urteil der französischen Staatsmänner — darauf aus, jene Landstriche in der Unkultur zu belassen und gleichzeitig durch Umklammerung ihre allmähliche Aufsaugung vorzubereiten. So beurteilte wenigstens der fran- 5215
zösische Botschafter Constans damals die russische Orientpolitik.

Die zahlreichen Dokumente über die Bagdadbahn ermöglichen bei kritischer Heranziehung der Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. Eckardstein eine endgültige Geschichtsschreibung dieses Sondergebietes, auf das an dieser Stelle im einzelnen näher einzugehen sich erübrigen dürfte. Sehr bedauerlich war es, daß die Verhandlungen zwischen der Deut- 5262

[1]) Siehe o. S. 66 ff.

schen Bank und einer englischen Finanzgruppe über eine englische Beteiligung an der Bagdadbahn im Frühjahr 1903 scheiterten. Die Veranlassung hierzu bildete die deutschfeindliche Agitation in der englischen Presse. Ein Privatbrief des Londoner Geschäftsteilhabers von Pierpont Morgan, Sir Clinton E. Dawkins, an den Direktor der Deut-
5262 schen Bank, Arthur Gwinner, vom 23. April 1903 spricht sich über die damaligen Machenschaften deutlich aus[1]).

Einen guten Überblick über den im Herbst erreichten Stand der Dinge in der Bagdadangelegenheit vermittelt eine Aufzeichnung des
5274 Vortragenden Rats Rosen vom Auswärtigen Amt vom 29. Oktober 1903. Nach den im März 1903 zwischen der Pforte und der anatolischen Bahngesellschaft getroffenen endgültigen Vereinbarungen konnte, wie
5277 Unterstaatssekretär v. Mühlberg am 14. März 1904 feststellte, der Bau der Bagdadbahn als gesichert angesehen werden. Von Ausländern war nur französisches Kapital mit 30 % an dem Bahnbau engagiert. Verhandlungen der deutschen Regierung mit fremden Regierungen über Beteiligung an der Bahn hatten zu keiner Zeit stattgefunden.

B. Die Kueitfrage 1900—1904

Für Deutschland hat die Kueitfrage, über die vierundfünfzig
5275—5331 Dokumente vom Dezember 1899 bis November 1904 mitgeteilt werden, nur insofern eine Rolle gespielt, als Kueit für die in Aussicht genommene Bagdadbahn den Endpunkt bilden sollte.

Diese Rolle war eine lediglich wirtschaftliche. Hoheitsrechte in Kueit hat Deutschland nicht erstrebt, wünschte vielmehr, daß der
5288 dortige Sultan seine Autorität zur Geltung bringen möge. Deshalb war man in Berlin geneigt, mit England sich zu verständigen, falls die Bagdadbahn nach Kueit geführt werden sollte, da England mit dem dortigen Sultan Sonderabmachungen hatte. So betonte denn auch der stellvertretende Botschafter in London, Graf Metternich,
5291 gegenüber Lord Lansdowne im August 1901, Deutschland habe nicht die geringste Absicht, sich in Kueit politisch festzusetzen oder die Engländer aus ihrer Stellung bei dem dortigen Scheich zu verdrängen.

Trotzdem entstand über diese Frage zwischen den beiden Staaten
5295—5297 im September 1901 wiederum ein Mißverständnis. Man leugnete zwar
5298 in England die Absicht, ein förmliches Protektorat über Kueit zu erklären, ließ aber durch ein englisches Kriegsschiff die Landung türkischer Truppen und Munition im Hafen von Kueit verhindern. Die Befürchtung lag nahe, daß das Vorgehen der Engländer noch andere Mächte zur Nachahmung reizen und zur Besitzergreifung
5299 anderer noch weit wertvollerer Bestandteile der Türkei treiben könnte. Deutschland riet daher dem Sultan, sich möglichst bald entweder mit

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 319/320.

den Engländern oder mit den Franzosen, die türkische Inseln zu besetzen drohten, zu verständigen und den anderen Streitpunkt dem internationalen Schiedsgericht im Haag zu unterbreiten.

Nun erklärte auch England, daß es nicht beabsichtige, Kueit zu besetzen oder die Schutzherrschaft über dieses Gebiet in Anspruch 5301
zu nehmen; die Türkei solle nur den gegenwärtigen status quo aufrechterhalten und keine Truppen dorthin schicken. Deutschland wünschte vor allem eine Verständigung des Sultans mit den Eng- 5303
ländern und empfahl am 14. September nochmals die Anrufung des 5306
internationalen Schiedsgerichts im Haag.

Anfangs Oktober entschloß sich der Reichskanzler Graf Bülow, 5311
angesichts der neuerdings entgegenkommenden Haltung Englands in der Kueitfrage die Türkei nicht weiter zur Anrufung des Haager Schiedsgerichts zu drängen. In diesem Sinne verständigte er den Botschafter Frhrn. v. Marschall, der am 5. Oktober telegraphisch 5312
antwortete [1]), eine Einigung zwischen England und der Türkei habe die Streitfrage über Kueit beendet. Lord Salisbury erklärte dem Grafen Metternich, England werde dem Bahnbau nach Kueit keine Schwierig- 5314,
keiten bereiten. In Rußland beobachtete man indes das Verhalten der 5317
Türken in Kueit mit Mißtrauen [2]).

Als im November 1904 die Kueitfrage durch das herausfordernde 5330
Verhalten eines englischen dortigen Agenten wieder aktuell geworden war, vertrat die deutsche Regierung nochmals den Standpunkt, die 5331
Pforte möge die Kueitfrage dem Haager Schiedsgericht unterbreiten.

C. Die Persische Frage 1899—1904

Die Persische Frage hatte für Deutschland insofern Bedeutung, als man sich einerseits über das Vorgehen Frankreichs am Persischen Golfe unterrichten und andererseits das Verhalten Rußlands und Englands Persien gegenüber zuverlässig feststellen wollte. Kaufmännische deutsche Interessen waren für die deutsche Berichterstattung maßgebend.

Die mitgeteilten Dokumente gliedern sich zunächst in zwei Stücke 5332,
vom Sommer 1899, die uns die allgemeinen Richtlinien für die 5333
deutschen Berichte vermitteln, sodann in eine zusammenhängende Berichterstattung vom Januar bis Februar 1900, sowie einen Bericht 5334—
des Generalkonsuls in Kalkutta v. Waldthausen vom 28. Sep- 5337
tember 1900. 5338

Anfangs Januar 1901 erstattete der Erste Sekretär bei der Londoner Botschaft, Frhr. v. Eckardstein, zwei Berichte nach Berlin, in 5339,
denen er mitteilte, das englische Kabinett sei entschlossen, eine 5340
Flottenaktion im Persischen Golf zu unternehmen, falls infolge des zwischen Persien und Rußland aus Anlaß einer Anleihe abge-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 320/321.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 321.

schlossenen Geheimvertrages das persische Kosakenkorps nach dem Süden aufbreche. Ein Zusammenstoß Rußlands und Englands am
5341 Persischen Golf trat in den Bereich der Wahrscheinlichkeit. Graf Bülow folgerte hieraus wiederum die Richtigkeit der neutralen, abwartenden und reservierten Haltung der deutschen Politik zwischen beiden Mächten.

5342 Am 27. Januar 1901 aber wußte Fürst Radolin von einer erheblichen Annäherung der russischen an die englische Regierung zu berichten.

Wenige Monate darauf nahm die englische Presse wieder eine
5343–5346 außerordentlich unfreundliche Haltung gegenüber Deutschland ein, und die englischen Staatsmänner erklärten ein schiedlich-friedliches
5348 Abkommen mit Rußland über die asiatischen Streitpunkte als nicht unmöglich. Eine ausführliche Aufzeichnung des Vortragenden Rats
5350 Rosen über die russische Politik in Zentralasien, vom Januar 1902, vermittelt uns die damalige deutsche Auffassung der persischen Dinge im Auswärtigen Amt. Graf Bülow sprach Rosen für diese „vorzügliche Aufzeichnung" seine Anerkennung aus.

Als Schlußergebnis der über die Persische Frage mitgeteilten Dokumente darf festgehalten werden, daß nach einer Äußerung Del-
5368 cassés im April 1904 der Ausgleich zwischen England und Rußland sehr schwierig, der Interessengegensatz schier unüberwindlich schien. Delcassé hoffte, die Sache dennoch zu einem guten Ende zu bringen und erklärte, hierzu mitwirken zu wollen, da diese Verständigung für den Frieden und Frankreich so wichtig sei.

Kapitel 115

Akademische Erörterungen über eine drohende Englisch-Französisch-Russische Tripelentente 1903

Das 115. Kapitel beleuchtet einen in sich geschlossenen, ungewöhnlich interessanten Ausschnitt aus der deutschen Politik. Die mitgeteilten
5369–5376 Dokumente fußen auf einem Berichte des damals aus seiner Stellung als Erster Sekretär bei der Botschaft in London ausgeschiedenen
5369 Frhrn. v. Eckardstein vom 10. Mai 1903. Die darin ausgesprochenen Ansichten veranlaßten den Reichskanzler Grafen Bülow, den Bericht den Botschaftern in Petersburg, in Paris und dem Geschäftsträger in London mit der Bitte um Meinungsäußerung mitzuteilen. Die daraufhin erstatteten Berichte bildeten sodann die Grundlage einer
5375 vom Reichskanzler für Kaiser Wilhelm II. bestimmten Niederschrift,
5376 und ein Bericht des Botschafters in London, Grafen Metternich, vom Juni 1903 schließt die Dokumente ab. Der Leser erhält dadurch einen Einblick in die Arbeitsart der damaligen deutschen Staatsmänner und vermag, seine eigene Stellung zu den damaligen Problemen zu

wählen und mit den Äußerungen von den verschiedenen Ursprungsorten zu vergleichen.

Am 10. Mai 1903 berichtete Frhr. v. Eckardstein an den Reichskanzler, er habe den bestimmten Eindruck, daß zwischen der eng- 5369
lischen und französischen Regierung erneute Verhandlungen behufs eines endgültigen Ausgleiches sämtlicher zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen im Gange seien. Die Tatsache, daß es für König Eduard VII. möglich gewesen war, vom 1. bis 4. Mai 1903 offiziell Paris zu besuchen, und die freundliche Aufnahme dieses Besuches seitens der Pariser Bevölkerung hätten den Beweis geliefert, daß die frühere leidenschaftliche Erbitterung der Franzosen einer freundlicheren Stimmung Platz gemacht habe. In England sowohl wie in Frankreich bestehe jetzt der feste Wille einer allgemeinen politischen Annäherung. Die französische Großfinanz wirke auf Delcassé im Sinne einer nicht nur französisch-englischen, sondern auch russisch-englischen Annäherung ein. Die in der letzten Zeit vielfach in der deutschen Presse ausgesprochene Anschauung, als werde eine englisch-französische Annäherung einen Keil in das russisch-französische Bündnis werfen, sei unzutreffend. Ein neuer Dreibund ziehe sich zusammen, der, wenn er auch keine geschriebene Form annehme, doch dazu angetan wäre, Deutschland für längere Zeit in der ganzen Welt zum mindesten politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten [1]).

Diese Nachricht klang alarmierend genug. Graf Bülow dachte optimistischer, zumal Eckardsteins Urteil über die Möglichkeit einer 5370
französisch-englisch-russischen Neugruppierung bisher noch von keiner anderen Seite bestätigt worden war. Er glaubte wohl daran, daß der Wunsch, eine solche Verständigung herbeizuführen, auf englischer Seite bestehe. Es liege aber bisher kein Anzeichen dafür vor, daß England eine Annäherung an Rußland um den Preis einer Zulassung Rußlands zum „Warmen Meer" erkaufen möchte. Für Deutschland habe die Frage einer englisch-russischen Verständigung zunächst nur finanziell eine aktuelle Bedeutung. Graf Bülow machte sein endgültiges Urteil von den Äußerungen der Botschafter in Petersburg, Paris und London abhängig.

Am 17. Mai berichtete zunächst der Geschäftsträger in London, Graf v. Bernstorff. Er hielt Eckardsteins Ansichten für eine zu weit- 5371
gehende Kombination aus der damaligen politischen Lage. Zweifellos werde in London lebhaft für den Zweibund geworben, und es bestehe sicherlich auch der Wunsch, die zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen zu regeln. Graf Bernstorff glaubte aber nicht, daß die Franzosen auch Rußland mit in diese Kombination ein-

[1]) Vgl. hiermit den nicht ganz wörtlichen Abdruck des Berichtes in den „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten" des Freiherrn v. Eckardstein, Band 2, S. 422 ff.

beziehen möchten. Rußland erstrebe in London vor allem die Erweiterung der zwischen Deutschland und England liegenden Kluft und die Unterbringung einer russischen Anleihe auf dem englischen Markte. Ein Zusammenwirken Deutschlands und Englands sei für die nächste Zeit unmöglich geworden; wolle man aber überhaupt von einem neu entstehenden Dreibunde sprechen, so sei dem englischen Volke die Kombination England-Frankreich-Amerika viel sympathischer. Graf Bernstorff empfahl schließlich, die öffentliche Meinung in England eifrig zu bearbeiten, die britische Regierung aber völlig in Ruhe zu lassen.

Der Botschafter in Petersburg, Graf v. Alvensleben, trat in seinem
5372 Berichte vom 18. Mai 1903 den Anschauungen des Reichskanzlers über die Möglichkeit einer unmittelbar bevorstehenden englisch-französisch-russischen Verständigung in allen Punkten bei. Es sei ja leicht möglich, daß Rußland und England sich über diese oder jene asiatische Einzelfrage verständigten: eine allgemeine Verständigung über die beiderseitigen Interessensphären in Asien mußte aber nach seiner Auffassung an den russischen Wünschen nach einem Zugange zum „Warmen Meere" scheitern.

5373 Auch Fürst Radolin — Paris — trat den Anschauungen Eckardsteins entgegen. Die politische Lage sei einem englisch-französisch-russischen Bündnisse wenigstens für absehbare Zeit nicht günstig. „Auch sind zwingende Gründe zu einem solchen nicht vorhanden; die Gegensätze sind zu schroff, um durch eine noch so große Abneigung gegen Deutschland überbrückt zu werden. Eines kann jedoch nicht verkannt werden, daß die Stellung Frankreichs in Europa durch die letzten Vorgänge wesentlich gebessert ist." In einem weiteren Be-
5374 richte, gleichfalls vom 18. Mai 1903, mußte Fürst Radolin indes hinzufügen, daß der Rothschildsche Vertrauensmann in London, Herr Betzold, gleichfalls die Ansichten Eckardsteins teile. Auch der portugiesische Gesandte in London, Marquis de Soveral, habe sich in gleichem Sinne geäußert.

Nunmehr berichtete der Reichskanzler Graf v. Bülow dem Kaiser
5375 unter Beifügung aller Unterlagen über die Ansichten des Frhrn. v. Eckardstein. Er betonte, daß Eckardstein mit seinem Urteil bisher allein stehe. Eine Verständigung zwischen England und Rußland dürfte sich noch schwerer erreichen lassen als zwischen Frankreich und England. Hinsichtlich der Anregung des Grafen Bernstorff, in der englischen öffentlichen Meinung wieder eine günstigere Stimmung für Deutschland anzubahnen, betonte Graf Bülow, der springende Punkt in der englischen Animosität sei die Besorgnis, daß England von Deutschland angegriffen werden könnte, daß die deutsche Flotte gegen England gebaut werde, und daß Deutschland nach Vollendung der Flotte die englischen Kolonien erobern werde. Diese Besorgnis sei anscheinend durch die alldeutsche Presse, eine Auslassung des

Admirals a. D. v. Livonius[1]), und eine Broschüre des Rittmeisters Frhr. v. Edelsheim „Operationen über See" großgezogen worden. Rittmeister Frhr. v. Edelsheim hatte in seiner Broschüre[2]) unter anderem darauf hingewiesen, daß ein Konflikt mit England von Deutschland ins Auge gefaßt werden müsse, „denn der gewaltig aufstrebende deutsche Handel bildet für Englands Macht eine mindestens ebenso feindlich beobachtete Gefahr wie das Vordringen der Russen gegen Indien". Graf Bülow hatte über diese Broschüre seinerzeit schon in einem Immediatberichte Beschwerde eingelegt, da solche Veröffentlichungen unseren russischen und französischen Gegnern die Möglichkeit böten, uns bei den oft unwissenden und leichtgläubigen Briten zu verdächtigen. Die bisher erfolgreichen Bemühungen, während des Ausbaues der deutschen Flotte die Beziehungen zu England sorgsam zu pflegen und dort kein Mißtrauen aufkommen zu lassen, würden dadurch erschwert.

Den Abschluß des 115. Kapitels bildet ein Bericht des Botschafters in London, Grafen v. Metternich, an den Reichskanzler vom 2. Juni 1903. Metternich führte darin aus, daß England zu Bünd- 5376
nissen auf dem europäischen Kontinent nicht geneigt sei. Die französisch-englische Annäherung sei ein Produkt der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland. Ohne die deutsch-englische Entfremdung würde eine englandfreundliche Stimmung in Frankreich nicht möglich geworden sein, und Delcassé hätte bis zur Erfüllung seiner Wünsche noch lange warten können. Der Besuch König Eduards in Paris sei sein eigenstes Werk.

Die Gefahr einer Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen glaubte Graf Metternich verneinen zu dürfen. Die englische Regierung wünsche den Draht mit Berlin nicht zu zerreißen, sondern aufrechtzuerhalten; politische Abmachungen mit Frankreich lägen nicht vor, und das Verhältnis Englands zu Rußlands sei das gleiche wie früher. Die englische Regierung werde sich hüten, Deutschland gewaltsam noch mehr in die Arme Rußlands zu drängen. „Auf der einen Seite hat sie die neue, noch nicht befestigte, wankelmütige Freundschaft der Franzosen, auf der anderen Seite das noch ebenso unversöhnliche Rußland . . . Was die Zukunft birgt, weiß niemand. Soweit sich aber an der Hand der Tatsachen und der gegebenen Verhältnisse ein Urteil bilden läßt, ist weder Aussicht für eine russische Anleihe in London, noch für eine russisch-englische Verständigung mit dem Bindeglied Delcassé vorhanden." Graf Metternich hoffte auf ein Nachlassen der englischen Verbitterung gegen Deutschland.

Kaiser Wilhelm II. war mit diesem Berichte durchaus einverstanden und ließ dem Botschafter sein „vollstes Einverständnis und Lob" telegraphieren.

[1]) Februarheft der „Deutschen Revue" 1902.
[2]) Berlin 1901.

Zweibund und Dreibund 1900—1904

Der achtzehnte Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 18. Bandes

Erste Hälfte

KAPITEL 116

Deutsch-Russische Beziehungen 1900—1903. Die Entrevuen von Danzig, Reval und Wiesbaden. Dokumente Nr. 5377—5426 167

KAPITEL 117

Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1900—1902. Das Russisch-Österreichische Reformprogramm 1902. Dokumente Nr. 5427—5515 . 173

KAPITEL 118

Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1903. Das Mürzsteger Programm. Dokumente Nr. 5516—5639 175

KAPITEL 119

Die Dardanellenfrage 1899—1903. Dokumente Nr. 5640—5667 180

KAPITEL 120

Der Französisch-Türkische Konflikt 1901. Dokumente Nr. 5668—5693 . . 183

Kapitel 116

Deutsch-Russische Beziehungen 1900—1903
Die Entrevuen von Danzig, Reval und Wiesbaden

Die deutsch-russischen Beziehungen in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurden in der Hauptsache durch das persönliche Verhältnis Kaiser Wilhelms II. zum Zaren Nikolaus bestimmt. Als Merksteine der Entwicklung dieser persönlichen Beziehungen können die Begegnungen der beiden Monarchen in den Jahren 1901, 1902 und 1903 gelten.

Die Dokumente des 116. Kapitels setzen mit der Mitteilung eines Telegrammes des Kaisers an den Zaren vom 22. Juni 1900 ein, in 5377
dem er sein Beileid anläßlich des Ablebens des Grafen Murawiew aussprach. Eine persönliche Begegnung der beiden Monarchen kam infolge der internationalen Verwicklungen des Jahres 1900 nicht zustande. Eine Einladung des Kaisers an den Zaren, an den Septembermanövern in Pommern teilzunehmen, wurde von diesem abgelehnt und auch ein geplanter Besuch Kaiser Wilhelms II. beim Zaren auf- 5378
gegeben, da wegen des Verhaltens der Russen in China eine politische Verstimmung eingetreten war. Staatssekretär Graf Bülow vertrat den 5379
Standpunkt, daß die Russen um so eher das Bedürfnis empfinden würden, sich Deutschland wieder zu nähern, je mehr der Kaiser jetzt in einer freundlichen Zurückhaltung beharre.

Als Bülow kurz darauf — am 17. Oktober 1900 — zum Reichskanzler ernannt worden war, ergriff er die erste passende Gelegen- 5380
heit, um im Reichstage das gute und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland hervorzuheben. Als den Grundgedanken der damaligen deutschen Politik gegen Rußland bezeichnete es der Vortragende Rat v. Holstein in einer Aufzeichnung vom 4. De- 5381
zember 1900, jede unnötige Provokation in Tat und Wort gegen Dritte, auch gegen Rußland zu vermeiden, gleichzeitig aber praktisch darzutun, „daß wir unsere mäßig und vernünftig gesteckten Ziele auch ohne Rußland erreichen können, da es außer Rußland auch noch andere gibt, die gern bereit sind, mit Deutschland ein Geschäft zusammen zu machen." Durch einseitige Rücksichtnahme gegenüber der russischen Überhebung beschwöre Deutschland nur eine Gefahr

herauf. Diese überhebliche Haltung Rußlands wurde auch in Österreich beklagt.

Im Januar 1901 war Kaiser Wilhelm II., wie bereits erwähnt[1]). anläßlich der schweren Erkrankung der Königin Viktoria nach England geeilt und nach dem Tode bis zu ihrer Beisetzung dort verblieben. Die darin zum Ausdruck kommende größere Intimität mit England erregte in Petersburg einige Bedenken. Einflußreiche Persönlichkeiten deuteten dort an, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit England nur die Kriegsgefahren und Rüstungen vermehre, eine Verständigung Deutschlands dagegen mit seinen östlichen und westlichen Nachbarn der Sache des Friedens förderlicher sein würde. Der Kaiser ergriff nunmehr gern die Gelegenheit, den Zaren am 20. April von Kiel aus zu den bevorstehenden kombinierten Manövern von Flotte und Heer in der Nähe von Danzig einzuladen[2]). Der Zar dankte am 21. April, indem er die Einladung annahm[3]). Er erklärte sich bereit, nicht nur für einen, sondern sogar für drei Tage zu kommen.

Der bevorstehende Zarenbesuch wurde politisch gründlich vorbereitet. Graf Bülow ließ schon im August für den Gebrauch des Kaisers knappe „Aphorismen" über die wichtigsten der zwischen Deutschland und Rußland schwebenden politischen Fragen ausarbeiten, die ihn instand setzen sollten, Anfragen, Wünsche oder Klagen des Zaren sofort zu beantworten.

Mitten in die Vorbereitungen zu dem Zarenbesuche hinein platzte am 20. August die Havas-Nachricht, daß der Zar sich im Anschluß an die Zusammenkunft von Danzig zum Besuche der französischen Armee und Flotte nach Frankreich zu begeben beabsichtige. Hierüber war Kaiser Wilhelm II., ebenso wie auch der am 23. August in Wilhelmshöhe weilende König Eduard VII., sehr unangenehm überrascht. In einem Telegramm an den Reichskanzler vom 20. August deutete der Kaiser bereits ein erhebliches persönliches Mißtrauen gegen den Zaren an. Politisch zog er aus dem Verhalten Rußlands die Schlußfolgerung, wir müßten unsere Panzerforts am Rhein weiterbauen und eine Reihe von neuen Garnisonen, wie bereits verabredet, in Posen und Westpreußen aufstellen, ferner den Ausbau der Flotte möglichst fördern.

Zwei Tage später erhielt der Kaiser einen eigenhändigen Brief des Zaren, in dem er den Wunsch aussprach, auch den Reichskanzler in Danzig zu sehen. Bülow war darüber erfreut, da es auf diese Weise Deutschlands Feinden nicht möglich sein werde, die Danziger Begegnung im Gegensatze zu dem Besuche in Frankreich als einen unpolitischen Akt hinzustellen.

---

[1]) Vgl. S. 139.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 321.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 321/322.

Am 7. September übersandte Bülow dem Kaiser die für die Begegnung in Danzig vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten „Aphorismen" über die Orientpolitik, die Bagdadbahn, den Zolltarifentwurf und den südafrikanischen Krieg. Die Aphorismen selbst waren kurz gehalten und darauf abgestellt, die großen Linien der deutschen Politik von gewissen Vorwürfen zu entlasten, die im Lager des Zweibundes geflissentlich verbreitet wurden. So wurde Deutschlands Orientpolitik mit vollem Recht als eine durchaus friedliche gekennzeichnet, die nichts anderes wünsche, als für die jährliche deutsche Bevölkerungszunahme um eine halbe Million Seelen in der Türkei ein Absatzgebiet zu finden. Unwahr sei auch die Behauptung, daß die deutsche Politik Österreich-Ungarn auf dem Balkan vorschiebe, um hierdurch selbst an das Mittelmeer vorzudringen. Auch die Bagdadbahn sei nur ein kommerzielles, nicht aber ein politisches Unternehmen, und französisches, englisches und russisches Kapital seien daran beteiligt; derartiger industrieller Unternehmungen im Auslande bedürfe ein jeder Industriestaat. Zu einer Intervention im südafrikanischen Kriege wolle sich Deutschland nicht vorschieben lassen, um nicht das Tischtuch zwischen sich und England zu zerschneiden. Der deutsche Zolltarifentwurf bilde eine geeignete Grundlage für einen beiden Teilen nützlichen Handelsvertrag. 5392

Den Aphorismen war eine ausführlichere, von Holstein bearbeitete Aufzeichnung über die „allgemeine Politik" beigefügt. Darin hatte Holstein hervorgehoben, daß der Dreibund vielleicht den Zielen der panslawistischen Aktionspartei im Wege stehe, nirgends aber mit den Interessen des monarchischen Rußlands kollidiere. Den gegen Deutschland so oft erhobenen Vorwurf, daß es die Türkei stärke, wies Holstein mit dem Hinweise darauf ab, daß die Türkei täglich schwächer werde, und daß es ein Mittel, den Rückgang aufzuhalten, ebensowenig gebe, wie etwa ein Mittel, um einen alten Mann wieder jung zu machen. In China erblickte Holstein keine Veranlassung zu irgendwelchen deutsch-russischen Gegensätzen, da Deutschland China lediglich als Absatzgebiet betrachte und sich darauf beschränke, dort für die Erhaltung des Grundsatzes der offenen Tür zu wirken.

Die Begegnung der Monarchen in Danzig fand vom 11. bis 13. September 1901 auf der Reede von Hela statt und verlief nach Ansicht aller Anwesenden vortrefflich. In einer abschließenden Aufzeichnung vom 14. September erwähnte der Reichskanzler Graf Bülow, daß Graf Lamsdorff wiederholt betont habe, wenn Deutschland und Rußland zusammengingen, sei der Friede Europas gesichert: daher sei ein Bündnis zwischen diesen beiden Mächten der größte Segen und das zu erstrebende Ziel. Alle maßgebenden russischen Blätter sprachen sich gleichfalls in diesem Sinne aus. Auch bei den monarchisch empfindenden Russen schien die Überzeugung durchzudringen, daß wohl der deutsche und der russische Kaiser der Welt 5393, 5394 5395 5396

den Frieden diktieren könnten, nicht aber der Zar gemeinsam mit dem Präsidenten der französischen Republik.

Über den Zarenbesuch in Frankreich im Anschluß an die Danziger Begegnung enthält das 127. Kapitel verschiedene Einzelheiten [1]). Der
5397 Zar weilte vom 18. bis 21. September 1901 in Frankreich und begrüßte am 23. September nach seiner Rückkehr Kaiser Wilhelm durch ein
5398 herzlich gehaltenes Telegramm [2]), auf das der Kaiser tags darauf aus Rominten ebenso antwortete [3]).

Als Prinz Heinrich von Preußen mit seiner Gemahlin vom 3. Oktober bis zum 2. November 1901 beim Zarenpaare in Spala zum Be-
5399 suche weilte, hatte auch er den Eindruck, daß die Danziger Begegnung sehr günstig gewirkt habe. Sehr bestimmt hatte der Zar sich dahin ausgesprochen, daß er eine Festsetzung der Japaner in Korea niemals dulden werde, denn eine solche bedeute in Ostasien eine neue Bosporusfrage, und die könne Rußland keinesfalls zulassen. Mit Ungeduld erwartete er die Vollendung der sibirischen Bahn, für die er französisches Geld brauchte.

Wie wenig die Monarchenbesuche an tatsächlichen, politischen Ergebnissen zu zeitigen vermochten, zeigte sich aber schon im Dezember 1901 im Anschluß an den Wreschener Schulprozeß, der am 4. Dezember in Warschau stattfand. Deutschfeindliche Demonstra-
5400 tionen fanden statt, und die russische Presse erschöpfte sich in maßlosen Angriffen gegen das Deutsche Reich und gegen die deutsche
5401 Politik. Graf Lamsdorff mißbilligte dieses Verhalten, und es bestand Aussicht, daß auch der russische Minister des Innern seine Auffassung teilte.

Im Februar 1902 wurde russischerseits bereits mit Vorbereitungen
5402 für eine Kaiserbegegnung in Reval begonnen, die sich genau nach dem Danziger Vorbilde abspielen sollte. Ihre etwa zu erzielenden politischen Ergebnisse wurden um so höher eingeschätzt, als aus der deutscherseits erfolgten Ablehnung des vom Grafen Lamsdorff an-
5403, 5404 geregten Zusammengehens Deutschlands, Rußlands und Frankreichs in den ostasiatischen Angelegenheiten eine erhebliche Verstimmung Lamsdorffs gefolgt war.

Im März 1902 ergab sich eine wirtschaftliche Annäherung zwischen
5405—5407 den beiden Ländern aus einer russischen Anleihe von 390 Millionen Mark, die in Deutschland aufgelegt und mehr als hundertfach überzeichnet wurde.

Am 2. April 1902 überreichte der russische Marineattaché
5408 v. Paulis im Auftrage des Zaren dem Kaiser das Programm für die Begegnung in Reval und sprach sich lebhaft im Sinne einer deutsch-russischen Annäherung aus. Der Reichskanzler Graf Bülow bezeichnete

[1]) Siehe S. 203 ff.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 322.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 322.

daraufhin in einem Telegramme an den Kaiser das persönliche Ver- 5409
trauen des Zaren zu Kaiser Wilhelm II. als „die festeste Säule des
Weltfriedens und die beste Karte in unserem politischen Spiel". Be- 5410
ruhigend wirkte auch, daß der neue russische Minister des Innern,
v. Plehwe, seine Absicht bekundete, den russischen Pressetreibereien
gegen Deutschland nachdrücklicher entgegenzutreten, als es bisher
geschehen sei.

Angesichts der Verstimmung des Grafen Lamsdorff war es vom
deutschen Standpunkte aus wichtig, daß er an der bevorstehenden
Kaiserbegegnung in Reval teilnahm. Kaiser Wilhelm II. war anfangs 5411—5413
durchaus nicht geneigt, in diesem Sinne irgendwelche Wünsche zu
äußern. Als ihm indes Bülow vorstellte, daß Lamsdorffs Anwesenheit
in Reval die politische Bedeutung der Begegnung unterstreichen
würde, und darauf hinwies, daß die großen Gedanken des Kaisers
und die Wirkung seiner mächtigen Persönlichkeit nicht durch kleine
Schliche subalterner Eitelkeiten gehemmt werden dürften (Norderney, 5413, Anl. 4
22. Juli 1902), lenkte der Monarch ein, und Bülow konnte nach 5414
Petersburg mitteilen lassen, der Kaiser betrachte es als selbstverständ-
lich, daß Graf Lamsdorff der Begegnung in Reval beiwohnen 5415
werde. So geschah es denn auch.

Vom 6. bis 8. August 1902 fand die Begegnung der Monarchen
auf der Reede von Reval statt und verlief wiederum politisch durch- 5416
aus erfreulich. In verschiedenen Gesprächen des Grafen Lamsdorff
mit dem deutschen Reichskanzler hatte er immer wieder den Wert
guter Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland betont.

Als Kaiser Wilhelm II. vom 8. bis zum 20. November 1902 nach
England zu reisen beabsichtigte, verständigte er sich vorher mit dem
Zaren über das, was er dem Könige als Ergebnis der Revaler Zu-
sammenkunft sagen wollte. Als das Ziel der deutsch-russischen Be- 5417
ziehungen bezeichnete er, daß der Zar als Oberhaupt des Zweibundes,
er selbst als das Oberhaupt des Dreibundes, nur das eine große Ziel
im Auge hätten [1]), den Frieden für ihre Nationen und ihre Freunde
zu sichern. Der Zar sprach telegraphisch am 1. November sein 5418
Einverständnis aus [2]). Als Kaiser Wilhelm II. aus England wieder
zurückgekehrt war, telegraphierte er am 22. November dem Zaren,
daß die von ihm in England wiederholt verwendete Formulierung 5419
dort tiefen Eindruck gemacht habe [3]), und der Zar erwiderte noch am 5420
gleichen Tage, er hoffe, daß die Monarchen — sie beide — sich auch
bei anderen Gelegenheiten immer auf ihre gegenseitige aufrichtige
Freundschaft und Friedensliebe würden stützen können [4]).

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 323.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 323.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 323
[4]) Deutscher Wortlaut siehe S. 323

Ein zu stark betontes Heranrücken der deutschen Politik an Rußland lag indes, trotz der Intimität der Monarchen, damals nicht in der Absicht der deutschen Staatsmänner. Nach der Ansicht des Vortragenden Rats v. Holstein gewann nur Rußland dadurch, während Deutschland keinen ersichtlichen Gewinn daraus zu ziehen vermochte. Eine nähere Verbindung Deutschlands mit Rußland sei unmöglich; sie müsse die gegenseitige Garantie des Besitzstandes als deutsche Mindestforderung zur Voraussetzung haben, und diese Garantie werde Rußland aus Rücksicht auf Frankreich nicht gewähren wollen.

Auch im Spätherbste 1903 kamen wichtige Begegnungen der Monarchen zustande, und zwar am 4. November in Wiesbaden und am 5. November in Wolfsgarten bei Darmstadt. Absichtlich hatte Kaiser Wilhelm II., verstimmt über einen Brief des Zaren an den Präsidenten Loubet, von dem weiter unten die Rede sein wird[1]), es bei der ersten Begegnung in Wiesbaden unterlassen, Fragen der auswärtigen Politik zu berühren. Die Folge davon war, daß Kaiser Nikolaus am 5. November in Wolfsgarten dieses Thema selbst anregte. Mit großem Freimute sprach er sich über die Lage aus und betonte dabei auch, dem Kaiser sei ja bekannt, daß er, der Zar, mit Frankreich im Bündnis stehe. Er müsse aber die Beziehungen mit Frankreich aufrechterhalten, um die Franzosen „an der Leine" zu halten und sie zu zügeln, da sie sonst Unruhe und Unheil stifteten, und Frankreich dann sofort zu den Engländern übergehen würde. Die englische Politik kennzeichnete der Zar dahin, daß sie überall die Hand im Spiele habe, um im Trüben zu fischen.

Eine Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 7. November 1903 gibt alle Einzelheiten der politischen Besprechungen in Wolfsgarten wieder. Diese Aufzeichnung ist dadurch besonders bemerkenswert, daß der Kaiser an ihr größere Streichungen und Erweiterungen, sowie zahlreiche kleinere Veränderungen vorgenommen hat. Dann erst wurde sie den Botschaftern in Paris, Petersburg, Konstantinopel und Rom zur „ganz ausschließlich persönlichen und absolut vertraulichen Kenntnisnahme" übersandt.

Die russische Presse bestrebte sich, den Unterredungen der Monarchen und ihrer Staatsmänner einen hochpolitischen Charakter zu verleihen. Tatsächlich hatte sich Graf Lamsdorff mit dem Reichskanzler Grafen Bülow sehr eingehend ausgesprochen, die Gemeinsamkeit der Interessen betont und in Aussicht gestellt, sich für die Förderung des deutsch-russischen Handelsvertrages einzusetzen. Bülow hielt es daher im Interesse des Friedens für nützlich, den Einfluß des Grafen Lamsdorff möglichst zu stärken. Letzterer schien

[1]) Siehe S. 207.

jetzt der vollen Übereinstimmung der beiden Länder in allen politischen Fragen durchaus geneigt, wie auch Graf v. Alvensleben am 5426
30. November 1903 aus Petersburg bestätigte.

Kapitel 117

Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1900—1902

Das Russisch-Österreichische Reformprogramm 1902[1])

Die im 127. Kapitel enthaltenen Dokumente erstrecken sich über einen Zeitraum von drei Jahren — März 1900 bis Februar 1903 — und zeigen, in wie hohem Maße während dieser Jahre die Politik sämtlicher europäischer Großmächte durch die Vorgänge auf dem Balkan dauernd beeinflußt worden ist.

Zunächst war es die Frage der Selbständigkeit Bulgariens, die beunruhigend wirkte, weil man davon eine Rückwirkung auf den 5427
Balkan befürchtete. Fürst Ferdinand sei in der Lage, aus selbstsüchtiger Laune einen Balkanbrand entstehen zu lassen. Beunruhigend 5428
wirkte die offensichtliche Begünstigung Bulgariens durch Rußland, das geneigt schien, Nord- und Südbulgarien zum unabhängigen Königreich zu proklamieren und auf die Teilung Mazedoniens zwischen Bulgarien und Montenegro hinzuwirken.

Auch in Berlin war man ernstlich besorgt. Der deutsche Bot- 5429
schafter in Konstantinopel, Frhr. v. Marschall, wurde am 29. März 1900 telegraphisch beauftragt, eingehend zu berichten. Er äußerte sich gleichfalls in einem für den Fürsten Ferdinand ungünstigen Sinne 5430
und glaubte auch, daß Rußland die Gunst der gegenwärtigen Lage auszunutzen gedenke, um sich in Bulgarien einen maßgebenden Einfluß auf die Armee und auf die Finanzen zu sichern.

Während in Petersburg der Minister des Äußern die Gerüchte von der beabsichtigten Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens 5431
durchaus in Abrede stellte, erblickte man in Wien in dem Ehrgeize des Fürsten Ferdinand eine politische Gefahr. Der Politik des Grafen 5432
Murawiew begegnete man mit scharfem Mißtrauen. Alles sprach 5433
dafür, daß Fürst Ferdinand tatsächlich in das russische Fahrwasser umgeschwenkt war. Graf Murawiew aber wiederholte in Petersburg 5434
seine beruhigenden Versicherungen dem deutschen Botschafter gegenüber in der bestimmtesten Form.

---

[1]) Beim Lesen dieses Kapitels muß von den synchronistischen Tabellen eingehend Gebrauch gemacht werden, da die Dokumente gegen die im 116. Kapitel behandelten Ereignisse um drei Jahre zurückliegen. Damals war in Rußland Graf Murawiew Außenminister, in Deutschland Graf Bülow Staatssekretär des Äußeren.

Vom 4. bis 6. Mai weilte Kaiser Franz Joseph zur Feier der Großjährigkeitserklärung des deutschen Kronprinzen in Begleitung des Grafen Goluchowski am Berliner Hofe, wo auch der italienische Kronprinz eingetroffen war. Eine Aufzeichnung des Staatssekretärs
5435 Grafen v. Bülow vom 7. Mai 1900 über seine Unterredung mit dem Grafen Goluchowski zeigt, daß er dem österreichischen Minister gegenüber den Gedanken nachdrücklich betont hatte, die Aufrechterhaltung der zurzeit zwischen Deutschland und Rußland bestehenden guten und vertrauensvollen Beziehungen sei eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen auswärtigen Politik. Kaiser Franz Joseph und sein Minister hatten die Bedeutung des Dreibundes lebhaft hervorgehoben und das Verhältnis zu Deutschland als den Angelpunkt der österreichischen Politik bezeichnet. Die russische Presse nahm die
5436 Berliner Monarchenbewegung ungünstig auf, während Graf Murawiew von den ihm durch den deutschen Botschafter gemachten Eröffnungen über die Berliner Monarchenbegegnung befriedigt schien.

Eine schwere Sorge für die europäische Politik bildeten nach
5437 wie vor die Zustände an der serbischen Grenze. Man wünschte aber in Berlin nicht, den Sultan zu drängen, da man in dem Weiterbestehen des Türkischen Reiches nach wie vor einen Kardinalpunkt der deutschen Politik erblickte. Auch befürchtete man eine Verschlechterung
5438 der russisch-österreichischen Beziehungen, da aus Petersburg Meldungen über eine neue Belebung der slawischen Bewegung eingingen. Aus dem Aufenthalte des Zarenpaares in Moskau während des Oster-
5439 festes 1900 glaubte man ohnehin auf eine stärkere Betonung des Panslawismus schließen zu müssen.

Auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan vom Herbst 1900 bis zum Frühjahr 1903 näher einzugehen, ist hier nicht der Ort. Die sehr ausführliche und sachlich eingehende Berichterstattung des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Frhrn. v. Marschall, gewährt dem Leser der Dokumente die Möglichkeit, die Gesamtentwicklung an der Hand der Berichte dieses klugen Diplomaten bis in alle Einzelheiten hinein zu verfolgen und dabei festzustellen, wie sich die Dinge damals auf dem Beobachtungsposten am Goldenen Horn in ihrer Rückwirkung auf die deutsche Politik dargestellt haben. Marschalls Berichte bilden den Hauptbestandteil des 117. Kapitels und gewähren, wenn man sie im Zusammenhange liest, einen ausgezeichneten Überblick über die damalige Gestaltung der
5444 Balkanverhältnisse. Seine Berichterstattung setzt am 14. Januar 1901 mit dem Dokument Nr. 5444 ein, wird nur im Juli und September 1902 durch zwei Berichte des damaligen Geschäftsträgers in Konstan-
5466, 5468 tinopel, Frhrn. v. Wangenheim, unterbrochen, um sich sodann vom Oktober 1902 bis zum Februar 1903 zu erstrecken. Manchmal hat

Marschall an einem und demselben Tage mehrere ausführliche Berichte erstattet[1]).

Zu den Dokumenten Nr. 5489 und 5507 findet der Leser auf den S. 324/325 die deutschen Übertragungen. 5489, 5507

Kapitel 118

Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1903

Das Mürzsteger Programm

Nach langen Verhandlungen hatten sich im Februar 1903 Rußland und Österreich über ein Reformprogramm geeinigt, das der türkischen Regierung überreicht werden sollte. Die Dreibundmächte waren einverstanden, und die bulgarische Regierung fühlte sich durch die energische Sprache Rußlands und Österreichs bewogen, nunmehr endlich mit Energie gegen die Bildung von Banden in Bulgarien vorzugehen. Ein Irade des Sultans vom 23. Februar 1903 hatte die Annahme des russisch-österreichischen Reformprojekts verkündet. 5513

Wenn man aber in Berlin gehofft hatte, daß der Sultan den Ernst seiner Lage begriffen habe und nunmehr die ihm auferlegten Reformen tatkräftig durchführen würde, so stellte sich das nur zu bald als ein Irrtum heraus. Die mohammedanischen Albanier widersetzten sich der Einführung der geplanten Reformen auf das Heftigste. Ein Aufstand flammte empor, gegen den die Türken zwar große Truppenmengen zusammenzogen, ernstlich mit den Waffen vorzugehen aber nicht wagten. 5516, 5520

Die Lage wurde bedrohlich, als am 30. März 1903 der neue russische Konsul Tscherbina in Mitrowitza von einem fanatischen Albanesen tödlich verwundet wurde. Rußland forderte Genugtuung. In Petersburg sagte Graf Lamsdorff zu dem türkischen Botschafter, der Sultan müsse sich des vollen Ernstes seiner Lage bewußt sein und den Albanesen durch Entfaltung größter Energie beweisen, daß er noch die Macht in der Hand habe und sich nicht vor ihnen beuge. 5521, 5523

Auch der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel, Frhr. v. Wangenheim, wurde angewiesen, die gleiche Sprache zu führen. Er sagte in Pera am 16. April zu Tewfik Pascha, wenn der Sultan sich weigere, Rußland durch sofortige Bestrafung der albanesischen Rebellen die geforderte Genugtuung zu geben, so stehe die Türkei vor der Gefahr, daß Österreich und Rußland die Züchtigung der Albanesen selbst in die Hand nähmen, und dies könne leicht den Anfang vom Ende der türkischen Herrschaft in Europa bedeuten. Wangenheim hatte den Auftrag, sich in allen Punkten den Forderungen Rußlands und Österreichs anzuschließen. Über die weitere Entwick- 5526, 5529, 5530, 5531

[1]) Die von Marschall erstatteten Berichte tragen die Nummern: 5444, 5445, 5455, 5458, 5460, 5462, 5465, 5469, 5470, 5473, 5477, 5478—5488, 5490, 5492, 5494—5497, 5501, 5503, 5505, 5506, 5508—5511, 5515.

lung der Angelegenheit in Pera geben die Berichte des Geschäftsträgers Frhrn. v. Wangenheim — Nr. 5532—5536, 5538 — Aufschluß.

In den letzten Apriltagen 1903 verschlimmerte sich die Lage auf dem Balkan durch Bombenattentate bulgarischer Revolutionäre in Saloniki, die sich hauptsächlich gegen die Filiale der Ottomanbank
5540 richteten, und wobei viele Menschen ums Leben kamen. Es bestand nunmehr die Befürchtung, daß der Sultan angesichts der zunehmenden Erregung unter den Bulgaren nichts Energisches mehr gegen die Albanesen unternehmen werde. Der Schlüssel der Lage lag damals in
5542 Sofia. Rußland drängte auf eine gewaltsame Niederwerfung des alba-
5543 nesischen Widerstandes, Österreich zog eine friedliche Lösung der albanesischen Krisis vor. Beide wünschten aber den europäischen Frieden zu erhalten.

Die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen der Türkei und Bulgarien rückte in bedrohliche Nähe, als die türkische Regierung
5545 am 2. Mai 1903 in Sofia eine sehr scharfe Note überreichen ließ und Bulgarien für die dortigen Vorgänge verantwortlich machte. In Berlin
5547 hielt man die Gefahr eines Krieges für ausgeschlossen, solange Bulgarien sich dem festen Willen der beiden Reformmächte gegenüber
5548 sah, den Frieden zu erhalten. Verstimmend hatte aber in Petersburg gewirkt, daß österreich-ungarische Kriegsschiffe nach Saloniki zum Schutze der dortigen Untertanen entsandt worden waren. Deutschland
5550 bot nach wie vor allen seinen Einfluß auf, um den Sultan zur Ausführung der versprochenen Reformen zu veranlassen.

Die außerordentlich verworrenen Vorgänge auf dem Balkan in der damaligen Zeit werden durch einen Bericht des Geschäftsträgers
5552 Frhr. v. Wangenheim vom 23. Mai 1903 klargelegt. Selbst in Pera war man kaum imstande, den tatsächlichen Hergang der Dinge in ihrem wirklichen Zusammenhange zu überschauen. Wenn Wangenheim auch dem Reformwillen der Türkei skeptisch gegenüberstand, so erkannte er in den Vorgängen der letzten Monate vor allem doch den Beweis, daß das allgemeine Friedensbedürfnis der Mächte zurzeit stärker sei als ihre Empfindlichkeit. Der Sultan werde gut tun, meinte Wangenheim, die mazedonische Frage nicht nur als internationale Komödie, sondern hauptsächlich als nationale Tragödie zu behandeln.

Während im Juni 1903 eine leichte Entspannung auf dem Balkan
5554 Platz griff, verschärfte sich die Lage im Verlaufe der Sommermonate immer wieder. Wangenheim hatte noch am 13. Juni berichtet, daß er für das Jahr 1903 keine Intervention der Mächte, keinen Krieg mit Bulgarien, dagegen kleinere Kämpfe mit den Banden und vielleicht einige Ausschreitungen der Truppen erwarte. Schon anfangs Juli aber schien es so, als wolle die bulgarische Regierung die An-
5555, 5556 sammlung türkischer Truppen an der Grenze zum Vorwande nehmen, um ihrerseits — angeblich zur Abwendung einer Bulgarien bedrohen-

den Gefahr — zu kriegerischen Maßnahmen zu schreiten. Die Kriegsgefahr lag darin, daß die Türken überzeugt waren, Rußland werde im 5557
Falle eines türkisch-bulgarischen Krieges keine Hand für Bulgarien rühren, und in der Tat hatte Rußland Bulgarien seine Unterstützung fast völlig entzogen, wenn es auch nicht in Konstantinopel den Ein- 5559
druck entstehen lassen wollte, als wenn es im Kriegsfalle unter keinen Umständen für Bulgarien eintreten werde. In Berlin suchte 5560 5561
man dahin zu wirken, daß die Bulgaren ihre Kriegsbereitschaft nicht vermehrten.

Als Graf Lamsdorff in Sofia anfangs Juli 1903 eindringliche Vorstellungen erheben ließ und sich jegliche Störung des europäischen Friedens verbat, trat eine gewisse Entspannung der Lage ein. Wangen- 5566, 5570, 5582
heims Berichte zeigen die weitere Entwicklung.

Am 8. August 1903 wurde der russische Konsul Rostkowsky in Monastir von einem türkischen Wachtposten erschossen. Rußland 5577
stellte Sühneforderungen und ließ am 17. August eine Flotte in die türkischen Gewässer einlaufen, um seinen Forderungen größeren Nach- 5580
druck zu verleihen. Das Erscheinen der Flotte in der Bucht von Inadia unweit der bulgarischen Grenze hatte aber die unerwünschte Wirkung, sofort die Unruhen im Wilajet Adrianopel wieder aufleben zu lassen.

Mit diesem Vorgehen Rußlands waren die anderen Mächte keineswegs einverstanden. Man erblickte darin den Ausdruck des Willens 5581
untergeordneter Organe der russischen Regierung, sich durch einen Balkankonflikt die Vorbedingungen für eine innere russische Umwälzung zu schaffen. Da man in Petersburg diese gefährliche Wirkung der Flottendemonstration alsbald auch einzusehen schien, beeilte man 5582, 5583
sich, den Befehl zur Rückkehr der Flotte nach Sebastopol zu geben, sobald die vom Sultan gegebene Genugtuung als zufriedenstellend 5585
angesehen werden könne. Die Pforte aber säumte nicht, sofort sämtliche Forderungen zu erfüllen, so weit sie amtlich ausgesprochen worden waren.

Für die Türkei wurde die Lage immer schwieriger. Eine Inter- 5586, 5587
vention der Mächte in Mazedonien konnte sie nicht wünschen, eine 5588
unmittelbare Verständigung zwischen der Pforte und Bulgarien aber schien einen Ausweg zu bieten. Vom Standpunkte der Großmächte aus war die Erhaltung und Befestigung des russisch-österreichischen Einvernehmens die Hauptsache. Stand Deutschland wohlwollend 5589
hinter diesen beiden Mächten, so war kaum zu befürchten, daß die anderen Mächte trotz ihrer Neigung dazu sich eindrängen würden.

Angesichts des im Wilajet Adrianopel und in der unmittelbaren Nähe Bulgariens im August 1903 immer noch wachsenden Aufstandes regte nun Graf Lamsdorff einen gemeinsamen Schritt aller Mächte 5590
in Sofia an. Die Bulgaren sollten in ernstester Weise gewarnt werden, sich nicht zum Kriege gegen die Türkei fortreißen zu lassen,

was am wirksamsten schien, wenn man ihnen bedeutete, daß sie in solchem Falle auf keinerlei Hilfe seitens der Mächte rechnen dürften.
5591 Deutschland wünschte sich zurückzuhalten, war aber dennoch bereit, dem Wunsche des Grafen Lamsdorff zu entsprechen und in Sofia nochmals vorstellig zu werden.

Noch Ende August trat aber durch ein Dynamitattentat bulga-
5594 rischer Aufrührer gegen den Konventionalzug bei Kuleli-Burgas am 26. August eine neue Verschärfung der Lage ein. Der Schlüssel der Lage lag wiederum in Sofia, und in Berlin war man der Meinung, daß die beklagenswerten Vorgänge sich nur deshalb ereigneten, weil Rußland in Bulgarien nicht mehr den früheren Einfluß besitze.

Man erwog nun aufs neue den Gedanken einer Botschafter-
5596 konferenz zur Beratung über einen gemeinsamen Schritt in Sofia.
5598 Diesem Gedanken stand das deutsche Auswärtige Amt zwar an sich ablehnend gegenüber, wollte jedoch, falls von russischer Seite die Anregung zu einer solchen Konferenz kam, sich davon nicht ausschließen. Da Kaiser Wilhelm II. indes auf eine Botschafterkonferenz
5599 keineswegs eingehen wollte, unterblieb jede Rückäußerung nach Petersburg auf die von dort gekommene Anregung. Der Kaiser blieb seinem Standpunkte getreu, selbst für den Fall eines russisch-österrichischen Eingreifens zugunsten der Bulgaren gegen die Türkei seine neutrale Türkenpolitik aufrechtzuerhalten. Ob er dadurch isoliert werde oder nicht, sei ihm völlig einerlei, und diesen Straßenüberfall
5600 mache er nicht mit, schrieb er am 3. September 1903 auf den Rand einer ihm zugegangenen Meldung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen.

Um die Frage, wie die Mächte Bulgarien und der Türkei gegenüber sich verhalten sollten, ob man eine Botschafterkonferenz zusammenberufen solle oder nicht, wurde sodann während des ganzen
5601–5611 Monats September 1903 hin und her gestritten. Für Deutschland war es wichtig, in naher Fühlung mit Österreich zu bleiben, da die russische Politik auf dem Balkan wie in allen früheren Jahren so auch 1903 undurchsichtig und zweideutig blieb.

Ein Besuch des deutschen Kaisers am 18. und 19. September
5603 1903 bei Kaiser Franz Joseph in Wien bot hierzu eine günstige Gelegenheit. Der Reichskanzler Fürst Bülow sprach sich wiederholt und eingehend mit dem Kaiser Franz Joseph und den maßgebenden österreichisch-ungarischen Staatsmännern aus. Hierbei betonte Graf
5609 Goluchowski mit großer Entschiedenheit, daß er sich auf eine Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Österreich-Ungarn und Rußland nicht einlassen könne. Eine solche würde von vornherein Österreich-Ungarn in Nachteil versetzen und überdies zweifellos den Keim zu einem österreichisch-russischen Kriege in sich tragen. Er werde auch niemals die Bildung eines Groß-Serbiens oder Groß-Montenegros zulassen; ebenso könne keine Rede davon sein, daß Konstantinopel an

Rußland falle. Von dem Augenblicke an, wo Rußland in Konstantinopel stände, oder zwischen Adria und Donau ein großer slawischer Staat sich bilde, sei Österreich nicht mehr zu regieren. Die zentrifugalen slawischen Elemente würden es auseinandersprengen. Bevor Österreich die eine oder andere dieser beiden Eventualitäten zulasse, würde es lieber an das Schwert appellieren. Die Frage der Dardanellen sei eine europäische und könne nur unter Mitwirkung aller Mächte gelöst werden. Graf Goluchowski wünschte daher den status quo auf der Balkanhalbinsel solange als irgend möglich aufrechtzuerhalten, jedenfalls aber die orientalische Frage so langsam wie nur irgend möglich zu lösen. Als Zukunftsideal schwebte ihm offenbar vor, „die türkische Herrschaft allmählich durch autonome Staatswesen zu ersetzen und ein möglichst großes Griechenland, ein großes Rumänien, ein großes Bulgarien, ein schwaches Serbien, ein kleines Montenegro und schließlich auch ein selbständiges Albanien zu schaffen".

Kaiser Franz Joseph äußerte sich ähnlich, nur mit größerer Zurückhaltung. Auch er sprach von der Notwendigkeit, einen etwaigen Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien zu lokalisieren, fügte aber hinzu, die Russen könnten sich noch nicht entschließen, in dieser Beziehung Zusagen zu machen. Hoffentlich werde es gelingen, eine solche Zusage während der Anwesenheit des Kaisers von Rußland in Wien zu erlangen.

Am 30. September 1903 traf der Zar in der österreichischen Hauptstadt ein. Begleitet von ihren Außenministern reisten am 3. Ok- 5611
tober beide Monarchen zur Gemsjagd nach Mürzsteg in die Alpen. Das Ergebnis der dortigen Besprechungen waren die „Mürzsteger Punktationen" vom 2. Oktober 1903. Rußland und Österreich- 5612
Ungarn einigten sich dahin, der Pforte am 24. Oktober ein gemeinsames Memorandum überreichen zu lassen, ihr aber diesen Schritt schon am 5. Oktober anzukündigen. Möglichst lange Hinausschiebung weiterer Gebietsveränderungen auf dem Balkan, scharfer Druck auf die Türkei zur Durchführung der Reformen in Mazedonien und die Schaffung einer mazedonischen Gendarmerie, die unter europäischen Offizieren stehen sollte, bildeten den Hauptinhalt der Mürzsteger Verabredungen.

Die deutsche Politik hielt nach wie vor daran fest, die Schritte der beiden Kaisermächte zur Beruhigung Mazedoniens und zur Er- 5614
haltung des europäischen Friedens so weit irgend möglich zu unterstützen. Einer jeden Einwirkung auf die Einzelheiten des Reformprogramms wünschte man sich indes zu enthalten. Als für die Leitung der mazedonischen Gendarmerie ein deutscher Offizier erbeten wurde, 5615
dem zur Lösung seiner Aufgabe je ein österreich-ungarischer und ein russischer Offizier zur Seite gestellt werden sollten, wünschte der Kaiser hierauf nicht einzugehen, da nach Ansicht des Reichskanzlers

5616 5622 Deutschland dadurch in die Reformaktion mit hineingezogen wurde. Erst auf das wiederholte Drängen Rußlands und Österreichs hat sich 5639 der Kaiser im Januar 1904 bereit finden lassen, sich an der im Mürzsteger Programm festgelegten Reorganisation der Gendarmerie durch Stellung eines deutschen Stabsoffiziers, des Majors v. Alten, zu beteiligen.

Als am 4. und 5. November 1903 Kaiser Wilhelm II. mit dem Zaren in Wiesbaden und in Wolfsgarten bei Darmstadt die Besprechungen hatte, über die schon im 116. Kapitel das Nötige mitgeteilt worden ist[1]), kam auch das Balkanproblem zur Sprache. Der den Kaiser begleitende Reichskanzler Graf Bülow sagte bei dieser 5625 Gelegenheit dem Grafen Lamsdorff, daß Deutschland zu jeder Zeit dem Sultan geraten habe, den nutzlosen und gefährlichen Widerstand gegen die beiden Ententemächte — Rußland und Österreich — fallen zu lassen und sich vielmehr mit diesen zu verständigen. Deutschland war bereit, die Türkei nochmals auf diesen einzig richtigen Weg, 5626–5639 nämlich auf die Befolgung der Ratschläge Österreichs und Rußlands, hinzuweisen. Die Dokumente Nr. 5626—5639 — November und Dezember 1903 — zeigen indes, daß die Türkei dazu keineswegs geneigt war und immer neue Bedenken vorbrachte.

So entschlossen sich denn Ende Dezember 1903 Rußland und Österreich, dem Sultan eine Frist zu setzen, bis zu der er die italienische Regierung um die Ernennung eines Generals für die Leitung 5628 der Gendarmerie zu ersuchen habe. Der Sultan hatte sich zwar gerade aufs neue gegen alle Bestimmungen gesträubt, die ihm als eine Einbuße an seiner Militärhoheit erschienen. Nunmehr entschloß er sich aber doch endlich, dem Drucke der beiden Großmächte zu weichen, und ernannte am 30. Dezember 1903 durch ein Irade einen italienischen General zum Kommandeur der Gendarmerie in Mazedonien.

Der Standpunkt der deutschen Regierung war in der ganzen Zeit stets der einer loyalen Durchführung des Mürzsteger Programms. Ein Schreiben des Reichskanzlers Grafen Bülow vom 27. November 5634 1903 an den Botschafter Frhr. v. Marschall[2]) gibt hierfür eine grundlegende Zusammenfassung.

Kapitel 119

Die Dardanellenfrage 1899—1903

Die Dokumente über die Dardanellenfrage setzen mit dem Oktober 1899 ein. Die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wiederholt drohend gewordene Dardanellenfrage hatte — ab-

[1]) S. o. S. 172.

[2]) Deutscher Wortlaut des darin enthaltenen Privatbriefes des Lords Lansdowne siehe S. 325/326.

gesehen von gelegentlichen Erörterungen darüber zwischen den deutschen und italienischen Staatsmännern bei der Erneuerung des Dreibundvertrages im Jahre 1902 — die europäischen Kabinette zweimal ernstlich beschäftigt. Beim Ausbruche des südafrikanischen Krieges hatte es zeitweise geschienen, als wenn Rußland die orientalische Frage lösen wollte. Der zweite Anlaß war die Durchfahrt von vier russischen Torpedobooten durch die Dardanellen im Sommer 1902, zu der der Sultan die Erlaubnis erteilt hatte, während die Engländer dagegen Einspruch erhoben. Deutschland hatte seine Stellung zu dem Problem der Meerengen niemals geändert. Es übte weitgehende Zurückhaltung, war aber bereit, gegebenenfalls den russischen Ansprüchen entgegenzukommen. In diesem Sinne waren auch die für den Kaiser vor der Zusammenkunft mit dem Zaren bei Danzig im August 1901 aufgesetzten „Aphorismen" abgefaßt[1]).

Bei Ausbruch des Burenkrieges versammelte England seine Mittelmeerflotte vor Saloniki. Darin lag eine Warnung für die Mächte, 5640
besonders für Rußland, die gegenwärtige Lage nicht etwa zu ungunsten Englands im nahen Orient oder etwa gar zu einem Vorstoße auf Konstantinopel auszunutzen. Auch sollte dem Sultan durch diese ungewöhnliche Ansammlung von Schiffen bewiesen werden, daß die Machtstellung Englands im Mittelmeer keineswegs, wie russische Blätter behauptet hatten, durch den Transvaalkrieg geschwächt werde. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Frhr. v. Marschall, be- 5641
grüßte in diesem englischen Schritt eine Gegenaktion gegen die russischen Treibereien. Die Gefahr eines russischen Handstreiches auf 5642
Konstantinopel schien jedenfalls dadurch beseitigt. In Berlin nahm man an, daß die russische Regierung jetzt bereitwillig auf Verhand- 5643
lungen mit England über die Meerengenfrage eingehen werde; mußte es doch bei anderem Verhalten auch mit der Gegnerschaft Österreich- 5644
Ungarns rechnen. In England glaubte man nicht an ernste Schritte 5645
der Russen.

Die Dokumente springen nunmehr von März 1900 bis zum August 1902, wo Rußland für vier in Frankreich gebaute, zur Vermehrung 5646
der Schwarzen-Meer-Flotte bestimmte Torpedoboote die Erlaubnis zur Durchfahrt durch die Meerengen bei der Türkei nachsuchte. Der Sultan fragte in Berlin an, was er tun solle, da England bei einer früher erfolgten Durchfahrt zweier russischer Kriegsschiffe Vorstellungen erhoben hatte. Man antwortete dem türkischen Botschafter, 5647
daß nach deutscher Auffassung dem Sultan die Befugnis zustehe, in Friedenszeiten den Kriegsschiffen befreundeter und verbündeter Mächte die Durchfahrt durch die Meerengen zu gestatten, falls er dies für angezeigt halte. Der Sultan schien aber nicht geneigt, die 5648

[1]) Vgl. Dokument Nr. 5392. Siehe o. S. 169.

Genehmigung zu erteilen, während ein Ministerratsbeschluß dafür eintrat. Am 19. September gestattete der Sultan dann die Durchfahrt unter der Bedingung, daß die Boote einzeln und unter Handelsflagge die Meerengen durchliefen.

Während Rußland sich im Herbst 1902 der Türkei zu nähern schien, wofür auch der Besuch des Großfürsten Nikolaus Nikolaijewitsch am 2. Oktober in Konstantinopel sprach, England aber den dortigen Vorgängen anfangs scheinbar geringeres Interesse beimaß, nahm letzteres aber doch an den russischen Übergriffen, so z. B. einer Durchsendung der Torpedoflotte durch die Meerengen, Anstoß. Lord Lansdowne ließ in Berlin anfragen[1]), wie die deutsche Regierung zu der türkischen Meerengenfrage stehe.

Deutschland antwortete, es müsse sich, solange eine authentische Interpretation des Artikels 63 des Berliner Vertrages nicht vorliege, vorbehalten, eintretendenfalls von den vorhandenen, widersprechenden Auslegungen diejenige zu wählen, die am wenigsten geeignet sei, Deutschland in akute Konflikte zu bringen. In diesem Sinne sprach sich anfangs November der deutsche Botschafter in London, Graf v. Metternich, mit Lord Lansdowne aus. An einem Protest gegen die Durchfahrt der russischen Torpedoboote wünschte sich Deutschland nicht zu beteiligen.

Vom 8. bis 20. November 1902 weilte Kaiser Wilhelm II. zum Besuche des Königs Eduard in Sandringham[2]). König Eduard ergriff die Gelegenheit, um über die Einfahrt der russischen Torpedoboote in die Dardanellen mit dem Kaiser zu sprechen. Dieser erwiderte, daß die Dardanellenfrage durch die langjährige abweisende Haltung Lord Salisburys eigentlich schon lange aus dem Bereiche der europäischen Diplomatie geschwunden sei, und wich jeder Festlegung der deutschen Politik geschickt aus. In Berlin erblickte der Vortragende Rat v. Holstein in dem so plötzlich erwachenden Interesse Englands für die Meerengenfrage die Absicht Englands, aus seiner Isolierung herauszugelangen und eine antirussische Gruppe zunächst in dieser Einzelfrage zu bilden.

Als Ende November 1902 das — sich nicht bestätigende — Gerücht auftrat, der Zar wünsche im Frühjahr 1903 vom Schwarzen Meere aus zur See nach Italien zu reisen und mit fünf Kriegsschiffen durch die Dardanellen zu fahren, regte sich neben England auch Österreich-Ungarn, um die Pforte auf ihre Pflicht zur Einhaltung der Verträge über die Meerengen hinzuweisen. Es gelang England, auch Italien zum Anschluß zu bewegen. Zu ernstlichen Protesten ist es aber nicht gekommen, und die Durchfahrt des ersten russischen Torpedobootes unter Handelsflagge erfolgte am 14. Januar 1903 ohne politische Zwischenfälle.

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlagen I und II siehe S. 326.
[2]) Vgl. die synchronistische Zusammenstellung.

Kapitel 120

Der Französisch-Türkische Konflikt 1901

Im August 1901 entstand ein französisch-türkischer Konflikt über den Besitz der französischen Kaigesellschaft in Konstantinopel. Schon 5668
vor längerer Zeit hatte der Sultan der französischen Botschaft seine Absicht ausgesprochen, die im Besitze der Kaigesellschaft befindlichen Kais käuflich zu erwerben. Er wünschte dadurch zu vermeiden, daß sie etwa in fremde Hände übergehen und dadurch der türkischen Regierung entzogen werden könnten. Über den Kaufpreis wurde eine Verständigung anfangs nicht erzielt.

Die Verhandlungen wurden französischerseits durch den Botschafter Constans in Konstantinopel geführt; sie nahmen aber sehr 5669
bald eine unbefriedigende Wendung, so daß der französische Bot- 5670
schafter weitere Besprechungen ablehnte. Man sprach bereits von der Abberufung des Botschafters, und die anderen Diplomaten ge- 5671
wannen den Eindruck, Frankreich verfolge neben den finanziellen 5672
Forderungen noch andere, und zwar politische Ziele.

Deutschland riet in Konstantinopel zur Verständigung, wie über- 5673
haupt die gesamten Dokumente des 120. Kapitels — Nr. 5674 bis 5692 — zeigen, daß Deutschland immer nur bestrebt gewesen ist, die französisch-türkische Spannung zu beseitigen. Eine Verdächtigung der deutschen Politik, als habe sie den Konflikt geschürt und ihn womöglich zu einem Weltzusammenstoße zu erweitern gesucht, wird durch die Akten bündig widerlegt. Ein ausführlicher Bericht des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Frhrn. v. Marschall, vom 10. November 1901 beseitigt hierüber die letzten Zweifel. 5693

Zweibund und Dreibund
1900—1904

Der achtzehnte Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 18. Bandes

Zweite Hälfte

KAPITEL 121

Das Protokoll über die Fortdauer des Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses 1902. Dokumente Nr. 5694—5702 187

KAPITEL 122

Der vierte Dreibundvertrag 1902. Dokumente Nr. 5703—5774 188
Anhang: Die Dreibundmächte 1903—1904. Dokumente Nr. 5775—5796 190

KAPITEL 123

Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1902. Dokumente Nr. 5797—5816 192

KAPITEL 124

Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1901—1902. Dokumente Nr. 5817—5829 194

KAPITEL 125

Italiens „Extratouren". Die Tripolisfrage. Dokumente Nr. 5830—5859 . 197

KAPITEL 126

Deutsch-Französische Beziehungen 1900—1903. Dokumente Nr. 5860—5888 200

KAPITEL 127

Russisch-Französische Beziehungen 1900—1903. Dokumente Nr. 5889—5919 203

Kapitel 121

Das Protokoll über die Fortdauer des Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses 1902

Als im Jahre 1887 das deutsch-österreichische Bündnis den Kabinetten von Petersburg, London und Rom mitgeteilt worden war, antwortete Fürst Bismarck dem russischen Botschafter in Berlin, Grafen 5695
Schuwalow, der ihn nach der Dauer des Bündnisses fragte: „Das Bündnis mit Österreich-Ungarn wird weder erlöschen noch gekündigt werden, solange ich lebe, und dann auch nicht." Trotz dieser Erklärung schienen den Staatsmännern der beiden Reiche die Bestimmungen so- 5694
wohl des Dreibundvertrages wie auch des 1879 zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossenen und im Jahre 1883 erneuerten Bündnisses [1]) nicht hinreichend klar genug, so daß juristisch jedenfalls Zweifel bestehen blieben, wie es mit den Verträgen stehe, falls sie nicht ausdrücklich erneuert würden. In Wien hielt man es für erwünscht, die Unklarheit, auch so weit Rumänien für seinen Geheimvertrag mit Österreich-Ungarn in Frage kam, durch eine Erklärung der beteiligten Mächte aus der Welt zu schaffen. Hinsichtlich des Dreibundvertrages schien eine klare Auslegung der Verlängerungsklausel 5696
erwünscht. In Berlin teilte man diese Ansicht, wünschte aber nicht, 5697
durch die Hineinziehung Italiens diesem Gelegenheit zu einer Abänderung des Vertragsinhaltes zu geben; man war überzeugt, daß 5698
über die unveränderte Aufrechterhaltung des Vertrages von 1879 ein formelles Einverständnis unschwer zu erzielen sein werde.

In Wien war man damit einverstanden, daß die zeitlich unbeschränkte Aufrechterhaltung des zwischen den beiden Mächten 1879 5699
abgeschlossenen Bündnisses formell konstatiert werden sollte. Man betonte dabei die Auffassung, daß das Bündnis von 1889 an sich von drei zu drei Jahren solange stillschweigend erneuere, als innerhalb der vertragsmäßig festgesetzten Frist eine Kündigung oder ein Abänderungswunsch nicht vorgebracht werde.

Weitere Schwierigkeiten entstanden nicht. Nachdem die österreichisch-ungarische Regierung im Laufe der Erörterungen über die 5700
Dreibundserneuerungen in Berlin einmal den Wunsch zum Ausdruck 5701
gebracht hatte, daß neben dem Dreibunde die fortdauernde Geltung des 1879 in Wien abgeschlossenen und bereits 1883 einmal verlängerten geheimen Defensivvertrages zwischen Deutschland und Österreich-

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 67 ff.

Ungarn, aus dem später durch Hinzutritt Italiens der Dreibund hervorgegangen war, im Wege eines besonderen diplomatischen Aktes bekräftigt und außer Zweifel gestellt werden möchte, wurde am 1. Juni 1902 in Berlin ein Protokoll über die Fortdauer des Vertrages vom 7. Oktober 1879 und des Protokolls vom 22. März 1883 aufgesetzt und vom Grafen v. Bülow, dem damaligen Reichskanzler, und dem Botschafter von Szögyényi-Marich unterzeichnet.

Kapitel 122

Der vierte Dreibundvertrag 1902

Das 122. Kapitel stellt die Dokumente zusammen, die sich auf den Abschluß des vierten Dreibundvertrages am 28. Juni 1902 beziehen. Zeitlich erstrecken sie sich über die Monate Juli 1900 bis Juni 1902 und setzen mit der Nachricht von der Ermordung des Königs Humbert in Monza durch den Anarchisten Angelo Bresci am 29. Juli 1900 ein.

In Rußland glaubte man damals, mit dem Dreibunde sei es nun vorbei, da der Kronprinz Viktor Emanuel III. ganz anders denke als sein Vater und der Einfluß seiner montenegrinischen Gemahlin sich geltend machen würde. Graf Bülow glaubte nicht an eine Abkehr Italiens vom Dreibunde, solange scharfe Gegensätze zwischen England und Frankreich bestanden. Solange dies der Fall sei, meinte er, würden die Italiener nicht geneigt sein, Zweibundpolitik zu machen.

Im Frühjahr 1901 wurde in Berlin bekannt, daß der König von Italien fest entschlossen sei, die Bündnisverträge zu erneuern. Der Dreibundvertrag vom 6. Mai 1891 [1]) lief im Mai 1902 ab. Italienischerseits legte man aber Wert darauf, den Handelsvertrag mit Deutschland vorher erledigt zu sehen. Man suchte eine dahinzielende entgegenkommende Erklärung von Deutschland zu erwirken. Die im Juli 1901 veröffentlichten Entwürfe zu einem neuen deutschen Zolltarifgesetze sollten, so erklärte man in Berlin dem italienischen Botschafter daraufhin vertraulich, ein Hindernis für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien nicht bilden.

Italienischer Botschafter in Berlin war damals Graf Lanza, ein warmer Anhänger des Dreibundgedankens. Trotz der bedeutenden Erfolge des französischen Botschafters in Rom, Barrère, zweifelte er nicht daran, daß die italienische Regierung der Erneuerung des Dreibundvertrages zugeneigt bleibe. In Berlin erregte indes ein gewisses Mißtrauen, daß über die Zukunft von Tripolis ein Meinungsaustausch

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 9 ff.

zwischen Italien und Frankreich stattgefunden hatte. Graf Bülow befürchtete, daß Italien, sobald es über Tripolis beruhigt sei, sich mit gesteigertem Eifer dem alten Irredenta-Gedanken wieder zuwenden könnte. Darin lag aber eine Bedrohung der Beziehungen zu Österreich-Ungarn.

Bei den grundlegenden Erörterungen über die Erneuerung des Dreibundes, die in den Monaten Januar und Februar 1902 gepflogen wurden, zeigte es sich bald, daß Italien bei dem Neuabschlusse des Vertrages besondere Wünsche durchzusetzen hoffte, und zwar besonders für die Garantie des „status quo" auf der Balkanhalbinsel. Am 1. März 1902 übersandte der Botschafter Graf Lanza dem Staatssekretär des Äußeren, Freiherrn v. Richthofen, die Änderungen und Zusätze, auf deren Hineinnahme in den Dreibundvertrag die Königlich Italienische Regierung Wert legte [1]). In Berlin hatte man den dringenden Wunsch, von dem alten und bewährten Grundsatze nicht abzugehen, daß Balkanfragen Deutschland erst in zweiter Linie angingen. Für Deutschland werde es immer nötig sein, über diese Fragen zunächst mit Rußland und Österreich-Ungarn Fühlung zu nehmen. 5710–5728 5729 5730, 5731

Auch in bezug auf die Handelsbeziehungen wurden verschiedene italienische Wünsche vorgebracht. (Deutscher Wortlaut von Nr. 5739 siehe S. 329.) 5732–5740

Als der Reichskanzler Graf Bülow anfangs April 1902 bei seiner Rückreise von Venedig auf Wunsch des Kaisers Wien berührte, um dort mit dem Grafen Goluchowski über die Erneuerung des Dreibundvertrages Rücksprache zu nehmen, fand er dort die größte Geneigtheit für die Verlängerung, und der Kaiser Franz Joseph sprach seine Hoffnung aus, daß Deutschland gegenüber Italien vermitteln werde, da sich Österreich-Ungarn wirtschaftlich mit Italien nicht so leicht einigen könne wie Deutschland. Über die wirtschaftlichen Dinge wurde nun während des Monats April 1902 ein lebhafter diplomatischer Kampf geführt, bis endlich die italienische Regierung am 3. Mai 1902 dem deutschen Botschafter in Rom, Grafen Karl v. Wedel, eine amtliche Note überreichte, wonach die Regierung des Königs bereit war, so weit es sie anging, den Vertrag vom 6. Mai 1891 in seinem gegenwärtigen Wortlaute, ohne jede Veränderung oder Hinzufügung, zu erneuern. 5741 5742–5761 5762

Italien schlug den verbündeten Regierungen vor, daß die Unterzeichnung des neuen Vertrages am 1. Juli 1902 erfolgen möge [2]). Graf Wedel erwiderte am 15. Mai [3]), die deutsche Regierung sei gleichfalls bereit, den Vertrag ohne jede Abänderung oder Hinzufügung zu erneuern und willige ein, daß die Unterzeichnung des formellen Erneuerungsaktes bis zum 1. Juli 1902 als letzten Termin verschoben werde. 5762 5767

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 326/328.
[2]) Deutscher Wortlaut von Nr. 5762 siehe S. 329.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 329/330.

Die vorliegenden Dokumente erweisen, wie sorgfältig die italienische Regierung damals schon mit der öffentlichen Meinung ihres
5768–5772 Landes zu rechnen genötigt war. Mit besonderer Peinlichkeit wurde
5773 auf die Geheimhaltung des Vertragsinstruments gehalten. In Berlin hielt man es für erwünscht, daß die bevorstehende Erneuerung des Dreibundes in der Presse möglichst gar nicht berührt wurde.

Die Unterzeichnung des verlängerten Dreibundvertrages erfolgte noch vor dem italienischerseits gewünschten Termin, nämlich am
5774 28. Juni 1902 in Berlin. Wolffs telegraphisches Bureau gab nur kurz bekannt: „Das Vertragsinstrument über die Verlängerung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn und Italien wurde heute vormittag hier durch den Reichskanzler Grafen von Bülow und die Botschafter von Szögyényi und Graf Lanza unterzeichnet. Der Dreibund ist in unveränderter Form erneuert worden."

Anhang.

Die Dreibundmächte 1903—1904[1]).

Die Dokumente Nr. 5775—5796 erstrecken sich über den Zeitraum von Mai 1903 bis März 1904 und zeigen uns gewisse innere Schwierigkeiten des Dreibundes, die durch die Erneuerung des Bündnisses nur äußerlich überdeckt wurden.

So sprach sich der König von Italien während eines Besuches des
5775 Kaisers Wilhelm II. in Rom vom 2. bis 5. Mai 1903 sehr sorgenvoll darüber aus, daß die Österreicher offenbar Absichten auf Albanien hätten: Italien könne aber keiner anderen Macht, namentlich nicht Österreich-Ungarn, erlauben, sich in Albanien festzusetzen. Im Juni
5776 1903 flammte anläßlich von Tumulten an der Universität Innsbruck die österreich-feindliche Bewegung in Italien lebhaft auf und führte zu so heftigen Demonstrationen römischer Studenten, daß die italienische Regierung sich genötigt sah, zeitweise die Universität in Rom zu schließen und dort den kleinen Belagerungszustand zu verhängen. Eine wirkliche Beruhigung der öffentlichen Meinung in Italien erhoffte Graf Bülow nur von der Erkenntnis, daß der Irredenta-Gedanke zu einem Schlagworte vergangener Generationen geworden sei, und daß es für
5777 Italien jetzt wichtigere Fragen gebe. In Rom betonte man den guten Willen, die Beziehungen zu Österreich zu verbessern; auch Italien habe
5778 das größte Interesse an der Erhaltung des „status quo" auf dem Balkan.

Der Gedanke des Erwerbes von Triest und Trient saß aber doch in der italienischen Bevölkerung so tief, daß sich Ende August 1903 in Udine anläßlich der Anwesenheit des Königs Viktor Emanuel wäh-

---

[1]) Druckfehler auf S. 611 des Bandes 18, 2 (1902—1904) ist hiernach zu berichtigen.

rend der großen Manöver neue Kundgebungen ereigneten. Die Stimmung des italienischen Publikums gegen Österreich war schon damals eine fast feindliche. Graf Karl v. Wedel meldete darüber am 14. September 1903 aus Wien, daß es nach seiner Ansicht ein schwerer Fehler sei, diese Tatsache zu übersehen und die Augen „vor den Erscheinungen des österreichisch-ungarischen inneren Gärungsprozesses" zu verschließen. Deutlich sprach er es aus, daß, trotz einer gewissen Popularität der Allianz mit Deutschland, wir doch mit den Tschechen, Polen und Klerikalen in Österreich als mit unseren mehr oder weniger offenen Gegnern rechnen müßten. 5779

Als Kaiser Wilhelm II. mit dem Reichskanzler Grafen Bülow[1]) am 18. und 19. September 1903 in Wien weilte, sprach sich Graf Goluchowski mit dem Reichskanzler über das Verhältnis zwischen Österreich und Italien mit großem Ernste aus, ebenso auch der Kaiser Franz Joseph selbst. Die Anhänger des Dreibundes wünschten dringend, daß Italien sowohl gegenüber den irredentistischen Bewegungen wie in Bezug auf Albanien eine vorsichtigere Politik führen möge, um es nicht zu einem Zusammenstoße zwischen Österreich und Italien kommen zu lassen, bei dem Rußland — und wohl auch England — mehr auf die Seite von Österreich-Ungarn neigen, Frankreich aber sich die Hände reiben würde, falls es Italien schlecht ginge. 5780

Beunruhigung verursachte auch der Besuch des italienischen Königs vom 14. bis 18. Oktober 1903 in Paris. Man fürchtete im Lager des Dreibundes, daß die Franzosen alles aufbieten würden, um diesen Besuch besonders gegen Deutschland demonstrativ zu verwerten. 5781—5784

Als am 3. November 1903 in Rom Giolitti ein neues Ministerium bildete, in dem Tittoni das Auswärtige Amt übernahm, beteuerte der neue Ministerpräsident dem deutschen Botschafter in Rom, Grafen Monts, gleich bei seinem Antrittsbesuche den festen Willen, den Dreibund in vollem Umfange, nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste der Verträge entsprechend, aufrechtzuerhalten. Großen Wert legte er auf die Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland und mit Österreich, wo sie schwerer zu erzielen sein werde. In Wien setzte sich der deutsche Botschafter lebhaft für eine handelspolitische Verständigung zwischen Österreich und Italien ein. Der Reichskanzler Graf Bülow sah darin geradezu eine Vorbedingung für das Weiterbestehen des Dreibundes. In Rom bat man die deutsche Regierung, ihren Einfluß in Wien im Sinne eines Entgegenkommens gegen Italien geltend zu machen. 5785 5786 5787 5788

Für die Beurteilung der Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn und damit auch zu Deutschland ist ein Bericht des Botschafters Grafen Monts vom 15. Dezember 1903 sehr aufschlußreich. Er wies darin auf das Vordringen des französischen Geschmacks und der fran- 5789

[1]) Vgl. o. S. 178 (Nr. 5609).

zösischen Literatur und auf die sich daraus ergebende italienische Franzosenfreundschaft hin. Eine solche decke sich bei den Italienern meist mit Abneigung gegen deutsches Wesen. Jeder antideutsch Denkende sei aber um so intensiver antiösterreichisch gesinnt. Den italienischen Jünglingen erschienen Patriotismus und Irredentismus beinahe als identische Begriffe.

5790 Während noch am 19. Dezember 1903 der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen an den deutschen Botschafter in Rom telegraphierte, das Wiener Kabinett zeige in der Angelegenheit des Handelsvertrages mit
5791 Italien wenig Entgegenkommen, vermochte Graf Monts am 31. Dezember 1903 aus Rom zu melden, daß es in allerletzter Stunde gelungen sei, den Zollkrieg zwischen Italien und Österreich-Ungarn durch ein Provisorium hintanzuhalten. In Rom ergab sich aus dem Verhalten Österreichs naturgemäß eine ungünstige Einschätzung der Machtmittel der Donaumonarchie.

5792–5796 Die Dokumente Nr. 5792—5796 zeigen, wie groß die Gegensätzlichkeit zwischen Italien und Österreich-Ungarn damals bereits war.
5795 Immerhin gelang es den Einlenkungsversuchen der an der Erhaltung des Dreibundes festhaltenden Staatsmänner, die Gegensätze zu überbrücken und eine gemeinsame Haltung der beiden Mächte in den
5796 Balkanfragen sicherzustellen. Österreich-Ungarn erklärte, daß es weder an dauernde, noch an zeitweise Besetzung von Teilen Albaniens oder Mazedoniens denke; es könne sich aber unter Umständen um der eigenen Sicherheit halber genötigt sehen, das sogenannte Sandschak zu besetzen. Hierzu sei aber im Vertrage von Berlin ein europäisches Mandat erteilt worden. Tittoni äußerte hierzu, der Standpunkt des Wiener Kabinetts sei korrekt, und er würde der letzte sein, Österreich sein ihm von Europa garantiertes Besetzungsrecht zu schmälern.

Kapitel 123

Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1902

Am 26. April 1901 überreichte der rumänische Gesandte in Berlin
5797 Beldiman dem Reichskanzler eine geheime Denkschrift über die weitere Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde [1]). Die Rumänen waren der Ansicht, daß die deutsche Regierung an den zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien im Jahre 1892 geschlossenen Bündnisvertrag durch ihre in demselben Jahre gegebene Adhäsionserklärung bis 1902 gebunden sei. Nunmehr hatten sie den Wunsch, anläßlich der Erneuerung der Bündnisse einige für das Königreich wichtige Fragen aufgeklärt zu sehen. Rumänien wollte gern in derselben Weise an den Dreibund an-

[1]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 17 ff.

geschlossen sein, wie die drei Großmächte, und erstrebte außerdem eine stärkere Deckung gegen einen etwaigen Angriff Bulgariens. In 5798
diesem Sinne wurde Beldiman wiederholt in Berlin vorstellig.

In Berlin war man wenig geneigt, an der bisherigen Bündnisform Änderungen vorzunehmen, zumal die Empfindlichkeit Österreichs ge- 5799
schont werden mußte, und Rumänien durch seinen Gesandten versteckt auf die Möglichkeit einer Annäherung an Rußland hatte hinweisen lassen. Als Ministerpräsident Sturdza nun im Juli 1901 den deutschen 5800
Reichskanzler Grafen v. Bülow in Norderney aufzusuchen wünschte, um ihm die rumänischen Wünsche persönlich vorzutragen, wurde sein Besuch in höflichster Form abgelehnt. Die deutsche Regierung blieb 5801, 5802
ihrer Absicht getreu, Rumänien gegenüber nicht ohne Wien vorzugehen. 5803
Sie wünschte vor allem nicht, dem Dreibunde, den sie als reinen Verteidigungsbund ansah, irgendwelche Bestimmungen hinzuzufügen, die etwa Rumänien zum Angriffe auf Bulgarien ermutigen konnten.

In Wien kam man den Wünschen der Rumänen etwas weiter entgegen. Das Berliner Auswärtige Amt befürwortete trotzdem nachdrück- 5804
lich die entschiedene Ablehnung der rumänischen Anträge und erblickte 5805
in den Wünschen der Rumänen nur die Absicht, bei Deutschland eine 5806
Rückendeckung zu suchen, weil man sich auf Österreich nicht verlassen zu können glaubte. Dem Wunsche der Rumänen, etwa den Vertrag veröffentlicht zu sehen, widersprach der deutsche Gesandte in Bukarest, 5807
v. Kiderlen, mit aller Bestimmtheit, da eine solche Veröffentlichung auch für Rumänien unheilvoll sein würde, denn die Russen, die bisher über das rumänische Bündnis nichts Bestimmtes wüßten, würden sich dann scharf gegen Rumänien wenden.

Bei den weiteren Erörterungen stellte sich schließlich die österreichische Diplomatie offen auf die rumänische Seite. Nunmehr betonte 5808, 5809
man in Berlin, daß die Interessen Österreichs in dieser Frage nicht mit den deutschen notwendig identisch seien. Eine Erwerbsklausel werde Deutschland in den neuen Vertrag keinesfalls aufnehmen und auch eine rein formale Umgestaltung der Bündnisse nur sehr ungern sehen, da die Lasten des Deutschen Reiches dadurch nicht unwesentlich vermehrt 5810
würden. Die Dreibundmächte dürften nicht in irgendeine Unabhängigkeit von dem Ministerium in Bukarest geraten, das unter Umständen — gestützt auf den Dreibund — sich zum Vorgehen gegen Bulgarien entschließen könnte. Man blieb in Berlin dabei, daß der Vertrag für 5811
jeden vertragschließenden Teil stillschweigend weiterlaufe, falls nicht ein Staat ein Jahr vor Ablauf der Frist seinen Rücktritt erklärte. Wollte das Wiener Kabinett jetzt den Rumänen weiter entgegenkommen, so bedauerte die deutsche Regierung, „auf diesem Wege der Konzessionen nicht folgen zu können".

Im April 1902 teilte die Wiener Regierung den Text des Vertragsentwurfes für den zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zu erneuernden Allianzvertrag nach Berlin mit. Da die deutsche Regierung 5812

Bedenken nicht zu erheben hatte, wurde der österreichisch-ungarisch-rumänische Vertrag am 17. April 1902 unterzeichnet. Der Text ent-
5813 sprach dem früheren, enthielt am Schluß aber eine Klausel, wonach der Vertrag ohne vorausgegangene Kündigung immer wieder von selbst auf drei Jahre gültig sein sollte.

Hinsichtlich der deutschen Beitrittserklärung legte König Karol großen Wert darauf, daß dieser Beitritt nicht nur in Form eines Noten-
5814 austausches, sondern so wie in den Jahren 1883 und 1892 mittels eines von den Souveränen zu ratifizierenden Protokolls vollzogen werden sollte. In diesem Sinne wurde sowohl zwischen Österreich-Ungarn und
5815 5816 Rumänien, wie auch deutscherseits verfahren.

Kapitel 124

Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1901—1902

Eine Hauptschwäche des Dreibundes hatte immer schon darin gelegen, daß es schwer war, Italiens militärische Verpflichtungen für den Fall eines Krieges klarzustellen. Alle Dokumente des großen Aktenwerkes erweisen, daß Italien stets in hohem Maße auf seine Beziehungen zu England Wert legen mußte und Wert gelegt hat, sich aber andererseits auch stark von der öffentlichen Meinung abhängig fühlte, die eine zu scharfe Orientierung gegen Frankreich ebensowenig gestattete wie eine weitgehende Bindung des Landes für den Kriegsfall überhaupt. Das 124. Kapitel enthält mehrere Schriftstücke, die über diese Dinge neues Licht verbreiten und uns in die militärischen Verabredungen zwischen Deutschland und Italien einführen.

Nach den im Jahre 1888 getroffenen Vereinbarungen[1]) war zwischen Deutschland und Italien abgemacht worden, daß die dritte italienische Armee im Falle eines französisch-deutschen Krieges durch österreichisches Gebiet nach dem Oberrhein befördert werden sollte, um auf dem linken deutschen Flügel Verwendung zu finden. Über die Verwendung dieser dritten italienischen Armee haben 1901 in Rom durch den deutschen Militärattaché, Major v. Chelius, wiederholt Besprechungen mit dem Chef des italienischen Generalstabes, General Saletta, und mit anderen Persönlichkeiten stattgefunden.

5817 Am 5. Februar 1901 sagte General Saletta zu Major v. Chelius, daß der König sich ungemein für den Aufmarsch der dritten Armee interessiere und befohlen habe, es dürfe ohne seine Zustimmung keine Änderung in dem Mobilmachungsplane dieser Armee vorgenommen werden. Der König werde alles daran setzen, um im Kriegsfalle die dritte italie-

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 87 ff., 120 ff., 181 ff., und Band 2, S. 12/13.

nische Armee in bester Verfassung dem deutschen Heere zur Verfügung zu stellen. Der deutsche Generalstab hatte nun den Wunsch, die Mobilmachung und den Transport dieser Armee um einige Tage zu beschleunigen. Als Major v. Chelius diesen Wunsch dem General Saletta mitteilte, verknüpfte dieser mit der Beantwortung den Hinweis auf die voraussichtliche Haltung Englands. Chelius erkannte sogleich, daß hinter dieser Bemerkung politische Bedenken stehen müßten, und fand das bei einer Audienz bestätigt, die der König ihm gewährte, und in der er über die Verwendungsmöglichkeiten der italienischen Truppen einige skeptische Bemerkungen machte. Für Italien sei es nicht angenehm, im Mobilmachungsfalle fünf der besten Korps und zwei Kavallerie-Divisionen außer Landes schicken zu sollen. Was bleibe dann zum Schutz des Landes und seiner Küste übrig?

Major v. Chelius erstattete über diese Unterredungen am 23. Februar 1901 einen ausführlichen Bericht an den ihm vorgesetzten Botschafter Grafen Karl v. Wedel. Dieser schrieb tags darauf an den Reichskanzler und zog die politische Schlußfolgerung, daß die Allianz 5818
mit Italien zwar nicht nur nützlich, sondern notwendig sei, daß sie aber zu einer wirklich aktiven Geltung nur dann kommen werde, wenn die englische Flotte Italien Rückendeckung gewähre. Graf Wedel erinnerte in diesem Zusammenhange an ein Wort des Fürsten Bismarck, der sich von dem Bündnis mit Italien nur den allerdings nicht zu unterschätzenden Vorteil versprach, „daß es Österreich nicht in die Hacken beiße."

Die aus Rom eingegangenen Berichte wurden dem Chef des Generalstabes der Armee, General Grafen v. Schlieffen, zur Kenntnis übersandt. Schlieffen äußerte sich am 12. März ausführlich über die 5819
Vorteile der italienischen Bundesgenossenschaft für Deutschland. Er sah für einen Krieg gegen Frankreich einen Vorteil nur darin, daß 150 000 Mann französischer Truppen wenigstens für die erste Zeit von Deutschland ferngehalten und 200 000 Mann italienischer Truppen, wenn auch spät, dem deutschen Heere zugeführt würden. Er hielt es daher für wünschenswert, Italien dem Dreibunde zu erhalten. In einem späteren Schreiben vom 16. März erklärte er, daß Deutschland den 5820
etwaigen Ausfall der Italiener am Oberrhein zwar selbstverständlich lebhaft bedauern, aber eine Einwendung dagegen ebensowenig erheben würde, wie seinerzeit gegen die Beschränkung der Stärke der dritten italienischen Armee auf fünf statt sechs Korps. Für die friedens-
erhaltende Bedeutung des Dreibundes war es zweifellos ungünstig, 5821
wenn in Italien allzu stark der Gedanke erörtert wurde, daß der Dreibund Italien schwere Opfer auferlege und es zu einer drückenden militärischen Rüstung zwinge.

Als am 30. März 1901 Major v. Chelius wieder mit General 5822
Saletta sprach und den Gedanken des Grafen Schlieffen andeutete, wonach Deutschland schließlich auf die Mitwirkung der italienischen Armee

am Oberrhein verzichten würde, war Saletta sichtlich erfreut. Er betonte sofort den Wunsch, daß alle Vorbereitungen für den Transport dieser Armee bestehen bleiben und wie bisher weitergeführt werden sollten, da die Entsendung dieser Armee vielleicht doch möglich sein würde. Chelius glaubte aber nicht daran. „Viel versprechen, wenig oder gar nichts halten," schrieb er in seinem Berichte vom 30. März 1901, „sich niemals die Hände derartig binden, daß man nicht mehr entweichen kann. Dies ist ganz nach ihrem Sinne; nun werden sie mit dreifachem Eifer an die Arbeit gehen." Chelius rechnete auch weiterhin
5823 nicht mehr mit der Unterstützung durch die Italiener.

Nunmehr entstand die Frage, ob man deutscherseits von dem
5824 etwaigen Ausfall der italienischen Armee der österreichischen Regierung Mitteilung machen sollte. Graf Schlieffen war entschieden dagegen. Das einzige Bindeglied zwischen Österreich und Italien, meinte er, sei nur noch das Bewußtsein, im Kriege vielleicht Seite an Seite kämpfen zu müssen; falle dies weg, so würden die Beziehungen unserer Bundesgenossen zueinander noch loser und schlechter werden.

Die Angelegenheit ruhte nun über ein Jahr. Im September 1902
5825 war General Saletta in Berlin und besuchte den Grafen Schlieffen. Bei dieser Gelegenheit verhielt er sich so, als wäre in den Dreibundabmachungen nichts geändert, und als beständen insbesondere die
5826 militärischen Abmachungen noch in voller Kraft. Deutscherseits spielte man nun auch den Unbefangenen und kam auf die früheren Erklärungen nicht mehr zurück. Trotz der dreibundfreundlichen Haltung des Generals Saletta, die dieser noch im Winter 1903 dem Major v. Chelius gegenüber betonte, blieb dieser bei seiner Überzeugung, daß Deutschland im Falle eines Krieges auf eine Unterstützung durch die italienische Armee nicht mehr rechnen könne. „Die stetig zunehmende Freund-
5827 schaft mit Frankreich," berichtete er am 1. Dezember 1903, „welche mit allen Mitteln genährt wird, sowie die immer stärker werdende Entfremdung zwischen Italien und Österreich, wie sie bei einem großen Teile des italienischen Volkes tiefgehenden Wurzeln entspringt, werden die Entscheidung über diese Frage nicht dem Obersten Kriegsherrn und seinem Generalstabschef überlassen, sondern dem italienischen Volke selbst, und dieses wird nur im negativen Sinne entscheiden."

5828 Der Reichskanzler trat dieser Auffassung bei, und ein Schreiben
5829 des Grafen Schlieffen vom 14. Dezember 1903 zog aus den bisherigen Vorgängen die endgültige Nutzanwendung, daß Deutschland im Kriegsfalle nach seiner Überzeugung nicht nur auf die dritte italienische Armee nicht rechnen dürfe, sondern daß wir auch darauf gefaßt sein müßten, es mit dem gesamten französischen Heere ohne irgendeinen Abzug an der Alpengrenze zu tun zu haben. Nichtsdestoweniger wur-

den alljährlich im Verein mit dem österreichischen Generalstabe in Berlin alle Vorbereitungen gewissenhaft ausgearbeitet, die nach den getroffenen Abmachungen für die italienische Armee erforderlich waren.

Kapitel 125

Italiens „Extratouren“ Die Tripolisfrage

Das 125. Kapitel zeigt, in wie hohem Maße der Dreibund durch Italiens „Extratouren“ und durch seine afrikanischen Wünsche, die besonders in der Tripolisfrage sich auswirkten, bereits im Jahre 1901 und 1902 innerlich geschwächt war.

Zunächst wirkten verschiedene Anzeichen einer italienisch-französischen Annäherung für die Dreibundgenossen beunruhigend. Im April 1899 hatte das französische Mittelmeergeschwader das in Cagliari weilende italienische Königspaar begrüßt. Im Frühjahr 1901 erwiderte eine italienische Eskadre in Toulon diese Höflichkeitsbezeugung durch 5830
Begrüßung des Präsidenten Loubet. Im gleichen Frühjahr ließ Loubet 5831
durch einen Offizier seines militärischen Stabes dem Könige Viktor Emanuel III. das Großkreuz der Ehrenlegion überbringen. Etwas später schenkte die französische Regierung dem Könige zwei französische Hengste für seine Staatsgestüte. Alles dies verstärkte in Italien den Eindruck der Annäherung an Frankreich, der durch den Besuch des italienischen Geschwaders im Hafen von Toulon — 8. bis 13. April 5832
1901 — noch unterstrichen wurde. Die italienischen Staatsmänner be- 5833
gründeten die Notwendigkeit der Annäherung an Frankreich mit der schweren wirtschaftlichen Lage Italiens. Die Hauptsache schien aber 5834
eine Verständigung mit Frankreich über Tripolis zu sein, über das Italien mit Argusaugen wachte.

Die deutsche amtliche Politik fühlte sich durch eine französisch-italienische Annäherung über Mittelmeerfragen nicht unmittelbar berührt. „Deutschland wird“, schrieb Reichskanzler Graf v. Bülow am 18. Dezember 1901 an den Botschafter Grafen v. Metternich nach 5835
London, „durch diese Mittelmeerfragen nicht direkt berührt. Wir haben heute nicht mehr, wie in den ersten Jahrzehnten nach unserem französischen Kriege, zu gewärtigen, daß wir der Gegenstand eines konzentrischen Angriffs sind. Die großen Ziele der heutigen Weltpolitik — Mittelmeer, Persien, Ostasien — sind Fragen, denen gegenüber wir die Freiheit der Entscheidung haben. Wenn eine derselben in Bewegung kommt, werden die dem Wirbel zunächst liegenden Staaten sich voraussichtlich vor dem Beginn der Aktion über Deutschlands Stellung orientieren.“

Trotz allem war der Dreibundgedanke in Italien noch nicht er-
5836 schüttert. Man verließ sich nicht unbedingt auf Frankreich und erblickte in der gegenwärtigen europäischen Gruppierung die beste Friedensbürgschaft. Nur befürchtete der deutsche Botschafter in Rom, Graf Wedel, daß der italienische „Erwerbstrieb" im Laufe der Zeit sich einmal wieder Südtirol, Triest und Albanien zuwenden könnte. Daraus mußte sich ein feindlicher Zusammenstoß mit Österreich ergeben.

Einstweilen lag den Italienern sehr daran, Frankreichs für die Duldung einer italienischen Besetzung von Tripolis sicher zu sein. Mit einem Lande wie Frankreich, meinte aber der italienische Außen-
5837 minister Prinetti zu dem deutschen Botschafter, wo Präsidenten, Kabinette und Parteien wechselten, könne man wirklich bindende und dauernde Erklärungen kaum austauschen. Italien werde daher unbedingt an seiner bisherigen Politik festhalten. Als Ergebnis des
5838 französisch-italienischen Mittelmeerabkommens war aber zu befürchten, daß in dem Augenblick, wo Frankreich territoriale Erwerbungen in Marokko machte, Italien gegen Tripolis vorging. Diese
5839 Aussichten bildeten eine schwere Bedrohung für den Frieden. Deutschland wollte sich jedenfalls nicht in die Mittelmeerfragen hineinziehen lassen.

Zweifellos bedeutete die italienisch-französische Annäherung für die englische Politik am Mittelmeer eine gewisse Vereinsamung. Trotz-
5840 dem sprach sich Lord Salisbury darüber befriedigt aus. Das Schwergewicht der Stärke Englands, meinte er, liege nicht im Anschluß an
5841 andere, sondern beruhe auf seinen Kreidefelsen und auf seiner Flotte. In Petersburg betonte Graf Lamsdorff die Gefahr eines gleichzeitigen Vorgehens Frankreichs und Italiens gegen Marokko und Tripolis und erblickte hierin den Anfang der Aufteilung der Türkei, woraus sich gefährliche unvorhergesehene Lagen ergeben könnten.

Italien wollte in einem französisch-italienischen Abkommen
5842 immer nur eine Erhöhung der allgemeinen Friedenserhaltung erblicken. Frankreich, das eine nähere Kenntnis des Dreibundvertrages nicht besaß, wünschte indes bei jeder Gelegenheit, herauszubekommen, wie weit Italien zur militärischen Unterstützung Deutschlands verpflichtet sei.

Im Sinne der Erhaltung des Friedens war es für Deutschland wichtig, Italien von einer gewaltsamen Angliederung von Tripolis
5843 zurückzuhalten. In diesem Sinne sprach am 26. Dezember 1901 Graf Wedel mit Prinetti, der durch seine Warnung ein wenig betroffen war. Wedel hatte auch angedeutet, ob nicht nach der Erwerbung von Tripolis die irredentistische Bewegung wieder aufflammen würde, was Prinetti lebhaft verneinte.

Nunmehr kam es für Deutschland darauf an, den Italienern den
5844 Glauben an eine Unterstützung durch Deutschland in der Tripolis-

frage zu nehmen. Ein gewaltsames Vorgehen Italiens gegen Tripolis widerstrebe dem Artikel 9 des Dreibundvertrages, gegen eine gütliche Abtretung von Tripolis würde Deutschland aber keine Einwendungen erheben, meinte Holstein.

Auch England wollte Italien gern für seine Tripolispläne gewinnen. Nach dem Abschluß des englisch-französischen Vertrages 5845
über das tripolitanische Hinterland hatte sich Italien sowohl nach Paris wie nach London mit dem Ersuchen gewendet, Erklärungen dahin abgeben zu wollen, daß Frankreich und England auf Tripolis selbst keine Ansprüche erhöben. Beide Kabinette hatten damals ablehnend geantwortet, England, da es sich nicht die Hände binden wollte.

Am 8. Januar 1902 hielt Reichskanzler Graf Bülow im Reichstage eine Rede, in der er sich auch über die französisch-italienischen Abmachungen ausließ und von den „Extratouren" Italiens sprach. 5846
Er stellte sie als harmlos dar und wünschte überhaupt nicht, daß Deutschland wegen Tripolis, das uns völlig Hekuba sein könne, irgendwelche Mißgunst oder Ängstlichkeit zeige. Nach Rom ließ das Auswärtige Amt mitteilen, daß es Deutschland ganz fernliege, 5847
Italien Schwierigkeiten wegen Tripolis zu bereiten. Das war um so richtiger gehandelt, als der einstige Anfall von Tripolis an Italien 5848, 5849
in Rom nicht nur als etwas Selbstverständliches, sondern geradezu als eine Lebensfrage betrachtet wurde.

In diesem Sinne sprach sich auch der Reichskanzler Graf Bülow am 12. Januar 1902 gegenüber dem italienischen Botschafter in Berlin 5850
aus, den er zu sich hatte bitten lassen. Hinsichtlich Tripolis, sagte er ihm, habe Italien, soweit Deutschland in Frage komme, vollkommen freie Hand. Italien sah das tripolitanische Erbe nunmehr als gesichert an und konnte die Frucht ruhig reifen lassen. Es kam insofern 5851
seinem Ziele jetzt wesentlich näher, als auch England erklärte, es 5852
habe keinerlei Absichten auf Tripolis, wünsche den Frieden in jenen Gegenden nicht gestört zu sehen und werde gegebenenfalls die Berücksichtigung der italienischen Interessen in Tripolis unterstützen. Die Beziehungen zwischen England und Italien verbesserten sich 5853
nunmehr zusehends.

Am Goldenen Horn erregten die italienischen Bestrebungen nach dem Erwerbe von Tripolis naturgemäß lebhafte Unruhe. Die Erklärung der italienischen Regierung, sie wünsche die alljährlich 5854
zumeist nach Südamerika auswandernden Italiener lieber nach Tripolitanien zu lenken, wo ungeheure Ländereien noch der Ausbeutung harrten, die Auswanderer reichlichen Verdienst finden und zugleich durch Entwicklung des Landes der Türkei Vorteil bringen würden, stand nach türkischer Auffassung mit der türkischen Gesetzgebung in Widerspruch. In Berlin ließ die Pforte sondieren, ob Deutschland wirklich in dem neuen Dreibundvertrage Italien freie Hand bezüglich

5855 Tripolis gewähren wolle. Nach Ansicht des Vortragenden Rats v. Holstein wurde Italien durch Frankreich zu der Aktion gegen Tripolis gedrängt, da Frankreich gern möglichst bald gegen Marokko vorgehen wollte, ehe noch England sich von dem südafrikanischen Kriege erholt habe. Die Türkei hatte jedenfalls in Paris feststellen lassen,
5856 ob wohl die Pforte im Falle eines italienischen Angriffes auf Tripolis auf Frankreichs Unterstützung rechnen dürfe. Delcassé hatte ausweichend geantwortet, mit der Bemerkung, daß solche Anfragen nur
5857 unter Bundesgenossen üblich seien. Die russische Regierung hingegen hatte in Paris zu verstehen gegeben, daß ihr ein französischer Angriff auf Marokko zurzeit unerwünscht sein würde, weil durch ihn Italien veranlaßt werden könnte, in Tripolis einzufallen; eine Rückwirkung dieser Vorgänge auf die Zustände der Balkanhalbinsel sei dann aber unvermeidlich.

Wie weit die französisch-italienische Annäherung bereits ge-
5858 diehen war, zeigte am 22. Mai 1902 die Kammerrede Prinettis über die im Gange befindliche Erneuerung des Dreibundvertrages, in der ausgeführt wurde, der Dreibund enthalte nichts Aggressives gegen Frankreich und könne demgemäß keinerlei Hindernis für die Erhaltung und Weiterentwicklung der herzlichen Beziehungen zu Italiens lateinischem Schwestervolke sein. Eine ähnliche Erklärung ließ Prinetti am 4. Juni 1902 dem französischen Minister Delcassé nochmals zugehen. Nunmehr suchte auch Delcassé am 2. Juli in der Deputiertenkammer die Franzosen über die Erneuerung des Dreibundes zu beruhigen.

Am 1. November 1902 erfolgte ein französisch-italienischer Notenaustausch. Italien verpflichtete sich darin in aller Form, eine strikte Neutralität zu bewahren, falls Frankreich der Gegenstand eines unmittelbaren oder mittelbaren Angriffs seitens einer oder mehrerer Mächte sein würde. Diese Verpflichtung sollte auch für den Fall gelten, daß Frankreich sich infolge einer unmittelbaren Herausforderung gezwungen sehe, für die Verteidigung seiner Ehre und seiner Sicherheit die Initiative zu einer Kriegserklärung zu ergreifen. Ein solches Abkommen war mit dem Geiste des Dreibundvertrages ebensowenig vereinbar wie mit seinem Wortlaute. Deutschland hat aber den Wortlaut dieser Verpflichtungen nicht erfahren.

Kapitel 126

Deutsch-Französische Beziehungen 1900—1903

Die Dokumente des 126. Kapitels umfassen zeitlich die Monate vom Februar 1900 bis zum April 1903 und geben von der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in dieser Zeit ein im ganzen erfreuliches Bild.

Das persönliche Entgegenkommen des deutschen Kaisers trug wesentlich dazu bei, die Gegensätze auszugleichen. Hierzu wirkte auch die starke damalige Abneigung der Franzosen gegen England 5860 5861
mit. Daß es den Russen gelingen könnte, ein besseres Verhältnis zwischen Paris und London herbeizuführen, erschien damals unwahrscheinlich. Es kam in Paris fast täglich vor, wie der Botschafter Fürst Münster am 3. März 1900 berichtete, daß englischen Damen im 5862
offenen Wagen Schimpfworte nachgerufen wurden, während die Pariser Bevölkerung sich gegen alle Deutschen so entgegenkommend verhielt wie nie zuvor. Zeitweise sprachen französische Staats- 5863
männer sogar von einem gemeinsamen deutsch-französischen Vorgehen im Orient. In Berlin wollte man sich aber nicht dadurch mit Rußland entzweien lassen.

Im Sommer 1900 fand in Paris die große Ausstellung statt. Das stärkste Kontingent der Besucher stellte Deutschland. Auch viele 5864
deutsche Offiziere weilten dort. Fürst Münster meldete aus Paris, die Franzosen wünschten jetzt wirklich ein besseres Nachbarverhältnis zu Deutschland und empfahl, ihnen entgegenzukommen, da niemand in Frankreich mehr ernstlich an die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens denke. Münsters Vorschlag, den französischen Offizieren für den 5865
Aufenthalt in den Reichslanden noch weitere Erleichterungen zu gewähren, wurde indes abgelehnt. Es fehlte in Berlin nicht an Stimmen, die in der damaligen deutschfreundlichen Strömung in Frankreich 5866
nur eine vorübergehende Erscheinung sahen, und auch Fürst Münster selbst meldete am 10. Oktober 1900, nur das Mißtrauen gegen Ruß- 5867
land und England treibe die französische öffentliche Meinung zu Deutschland. Aus Anlaß der chinesischen Wirren wünschte Frankreich jedenfalls mit Deutschland womöglich Hand in Hand zu gehen.

Fürst Münster sprach in seinem Berichte vom 10. Oktober auch von dem jetzt in Frankreich viel erörterten Gedanken einer Allianz mit Deutschland. Er erwähnte in diesem Zusammenhange den nicht ernst zu nehmenden Vorschlag, Lothringen gegen Madagaskar zu vertauschen, Metz zu schleifen oder zu neutralisieren. Das Elsaß hätten die Franzosen längst aufgegeben. Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. ironisch: Dann sei doch ein Plebiszit zu seinen Gunsten viel einfacher; er regiere sechs Monate in Paris, sechs Monate in Berlin, das Reich Karls des Großen sei wieder beieinander und Frankreich mit den Reichslanden wieder verbunden.

Bemerkenswert war im Juni 1901 das Verhalten des spanischen Botschafters[1]) in Paris, Leon Castillo, der im Sinne einer deutsch- 5868
französischen Annäherung zu wirken suchte. Er sprach hierüber auch mit Delcassé[2]), der aber den Standpunkt vertrat, der erste Schritt 5869

[1]) Vgl. die auf eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen abzielenden Äußerungen der Königin-Regentin von Spanien in Nr. 4211. S. o. S. 91.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 330.

zu einer solchen Annäherung müsse von dem deutschen Botschafter ausgehen, da er, Delcassé, die besiegte Partei vertrete.

Großes Aufsehen machte im Frühjahre 1901 die Einladung des nach Berlin entsandten Direktors der französischen Kriegsakademie, des Generals Bonnal, zu der Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Felde und zu einem Frühstück im Kasino des 2. Garde-Regiments zu Fuß [1]). Dieses Frühstück fand anschließend an das Exerzieren der 2. Garde-Infanterie-Brigade am 29. Mai statt, auf das die Einladung des französischen Generals gleichfalls ausgedehnt war. Bei dem Frühstück im Kasino brachte der Kaiser unter Hinweis darauf, daß die deutschen und französischen Truppen in China zum ersten Male gegen einen gemeinsamen Feind in guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft gekämpft hätten, ein Hurrah auf die französische Armee aus.

In Paris wirkte nach Auskunft der hierüber mitgeteilten Dokumente damals neben dem spanischen Botschafter auch der bekannte Jules Hansen [2]) im Sinne einer Verständigung, der sich zeitweise bemühte, eine persönliche Begegnung zwischen dem Reichskanzler Grafen Bülow und Delcassé zustandezubringen. Alles deutete darauf hin, daß die französische Regierung damals in irgendeiner bestimmten Frage sich mit der deutschen Regierung zu einigen wünschte. Bülow hielt es aber für richtig, bei aller Wahrung guter Beziehungen dennoch Zurückhaltung zu üben und insbesondere eine Diskussion über Marokko zu vermeiden.

Hervorhebung verdient aus den Berichten des Fürsten v. Radolin, der Ende November 1900 in Paris an die Stelle des Fürsten Münster-Derneburg getreten war, eine Äußerung vom 22. März 1902 über Poincaré. Er bezeichnete ihn darin nach Klarlegung seines Werdeganges als einen Politiker, der vielfach in letzter Zeit als kommender Mann angesehen würde: „Von den Radikalen wird Poincaré — gleich Deschanel und Barthou — als ‚Arriviste' bezeichnet, als ein Streber, dem es auf eine politische Schwenkung mehr oder weniger nicht ankomme, wenn er damit seine ehrgeizigen Ziele zu erreichen hoffe." Kaiser Wilhelm II. machte dazu die Randbemerkung: „Angenehmer Mitarbeiter am europäischen Frieden!" Ein fast prophetisches Wort! —

Die weiteren Dokumente — März 1902 bis April 1903 — müssen einzeln gelesen und mit Hilfe der synchronistischen Zusammenstellung mit den Berichten in den anderen Kapiteln in Verbindung gebracht werden. Sie beziehen sich auf die wechselnden Phasen der französisch-deutschen Annäherung, auf die Haltung des spanischen Botschafters in Paris und auf die Politik Delcassés (5876, 5880, 5884, 5885).

---

[1]) S. o. S. 143.

[2]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 141 (Dokument Nr. 2841).

Einen guten Überblick über die Entwicklung gewährt eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein vom April 1903 über 5888
die Entwicklung der französisch-deutschen Beziehungen. Veranlassung hierzu hatte ihm eine Bemerkung des Ersten Botschaftssekretärs bei der Botschaft in Paris, Grafen v. der Groeben, gegeben, wonach seit 5887
Dezember 1902 ein vollkommener Rückschlag in der Haltung der französischen Regierung gegen Deutschland zu verzeichnen wäre, so daß man das Verhalten Delcassés gegen den Fürsten Radolin fast schon als ungezogen bezeichnen müsse. Holstein stellte demgegenüber fest, daß die deutsche Regierung, seit Delcassé im Juni 1898 Minister 5888
geworden sei, viermal in Einzelfragen der französischen Regierung ein Zusammengehen angeboten habe, aber immer ohne Erfolg.

Kapitel 127

Russisch-Französische Beziehungen 1900—1903

Mit dem 127. Kapitel finden die Dokumente der dritten Reihe ihren Abschluß. Sie führen wieder bis in das Jahr 1900 zurück und umfassen den Zeitraum bis November 1903. Von den russisch-französischen Beziehungen in dieser Zeit geben sie ein wechselndes Bild.

Am 14. April 1900 war in Paris die Weltausstellung eröffnet worden. Die Hoffnung der Franzosen, daß der Zar die Ausstellung persönlich besuchen werde, ging nicht in Erfüllung. Dafür überbrachte der russische Botschafter in Paris, Fürst Urussow, am 3. Sep- 5889
tember dem Präsidenten Loubet ein Handschreiben des Zaren und zugleich den Andreasorden. Der Zar schrieb, daß er leider Paris im Ausstellungsjahre nicht besuchen könne.

In Paris war man tief enttäuscht. Man wollte nicht dauernd mit russischen Anleihen in Anspruch genommen werden, ohne daß auch 5890
nur die Formen der Höflichkeit russischerseits gewahrt würden. Trotzdem blieb aber die sachliche Bindung zwischen den beiden Mächten bestehen, und im Februar 1901 weilte der französische Generalstabschef Pendezec in Petersburg, um sich über verschiedene 5891
Fragen der Mobilmachung und Organisation der beiden verbündeten Armeen mit dem russischen Generalstabschef Sacharow auszusprechen.

Am Newastrande war man mit dem Zustande der französischen Heeresangelegenheiten keineswegs zufrieden, und auch General Pendezec sollte sich nicht günstig darüber ausgesprochen haben. Der deutsche Militärattaché, Hauptmann Frhr. v. Lüttwitz, berichtete am 5892
1. März 1901 aus Petersburg, Pendezec habe drei längeren Sitzungen im Hauptstabe beigewohnt. In diesen seien die Stärken und Auf-

marschzeiten in einem Kriege gegen den Dreibund, die bei politischen Veränderungen in Afghanistan zu ergreifenden Schritte und schließlich die letzten organisatorischen Maßnahmen der französischen Armeeleitung besprochen worden.

Der Besuch des Generals Pendezec hatte eine unmittelbare, für
5893 Deutschland wichtige Auswirkung in dem daraufhin beschlossenen Bau der ausschließlich strategischen Bahn Bologoi—Sielce. Man hatte bei den Verhandlungen festgestellt, daß die Bahnlinien Petersburg—Warschau und Moskau—Warschau für einen Mobilmachungsfall gegen Preußen zu weit auseinander lägen. Delcassé hatte die sofortige Inangriffnahme dieser Bahn zur Vorbedingung der von Rußland erbetenen neuen Anleihe gemacht. Zum ersten Male gelang es Frank-
5894 reich, die wirtschaftliche Lage Rußlands auszunutzen, um eine weitgehende politische Konzession zu erlangen, deren zukünftige Folgen unter Umständen für Deutschland von sehr schwerwiegender Bedeutung werden konnten.

Am 11. bis 13. September 1901 fand in Danzig die Zusammenkunft des deutschen und russischen Kaisers statt[1]). Um Frankreich
5895 nicht zu verstimmen, entschloß sich der Zar, mit seiner Gemahlin nach Frankreich zu reisen. In Petersburg sah man in dieser Reise nicht ein Zeichen von Liebe und Sympathie, sondern das Ergebnis nüchterner Erwägungen finanzpolitischer Art. In den Petersburger Hof-
5896 kreisen wußte man, daß sowohl das Zarenpaar wie auch Graf Lamsdorff höchst ungern nach Frankreich gingen.

Am 18. September landete das russische Kaiserpaar in Dünkirchen, reiste noch am gleichen Tage nach Compiègne und Reims und kehrte am 21. September, ohne Paris berührt zu haben, nach Petersburg zurück. In der französischen Presse wurde der Besuch nur kühl
5897 beurteilt. In Reims waren bei einem Frühstück die üblichen Trinksprüche auf die wechselseitigen Armeen ausgebracht worden. In russischen Hofkreisen war man mit dem Zarenbesuche in Frankreich, wie
5898, 5899 die Dokumente 5898 und 5899 erweisen, wenig zufrieden. Man hatte dort von vornherein besorgt, daß der Zar mit diesem Besuche bei einer Republik seiner Würde etwas vergeben könne und fand außerdem, daß diese Reise dem russisch-französischen Bündnisse nichts genützt habe.

Auch bei den Vorbereitungen des von dem französischen Prä-
5900 sidenten Loubet in Petersburg zu machenden Gegenbesuches ergaben sich Schwierigkeiten. Er fand schließlich vom 20. bis 23. Mai 1902
5901–5903 statt, und Delcassé nahm an der Seite des Präsidenten daran teil. Der
5904 Empfang der französischen Besucher sollte einen matten, beinahe kühlen Charakter getragen haben. Aus Petersburg berichtete aller-
5905 dings der Botschafter Graf v. Alvensleben, daß der Besuch des

---

[1]) Vgl. S. 169 ff. (Nr. 5393 ff.).

Präsidenten Loubet ohne jeden Mißton verlaufen sei, und daß sich die russisch-französischen Beziehungen jetzt zweifellos wieder gebessert hätten. Die bei der Begegnung gehaltenen amtlichen Reden seien von einem friedlichen Hauch durchweht gewesen. Aus Paris berichtete Fürst Radolin, daß gut informierte Kreise die vielgerühmte 5906
russisch-französische Allianz nicht mehr so hoch bewerteten wie früher. Die beiderseitigen Interessen seien aber so eng miteinander verknüpft, daß beide Reiche selbstverständlich zusammenhalten müßten. Aber es unterliege auch keinem Zweifel, daß in dieser „mariage de raison" recht empfindliche Differenzen sich geltend machten.

Eine solche Differenz ergab sich für alle Welt aus den Enthüllungen des am 30. Januar 1903 ausgegebenen französischen Gelbbuches über Mazedonien. Man entnahm daraus, daß Frankreich in Bulgarien seine eigenen Wege ging und auf Rußland nur wenig Rück- 5907
sicht nahm. Nach der Auffassung des deutschen Gesandten in Bukarest, v. Kiderlen, wollten die Franzosen im geeigneten Augenblick ihre Machtstellung in Bulgarien als Kompensationsobjekt für andere Orientfragen ausnutzen können. Die letzten Gründe für diese Haltung Frankreichs blieben dunkel. 5908

Im Frühjahr 1903 wurde der französische Botschafter in Petersburg, Graf Montebello, durch Bompard ersetzt. Graf Montebello hatte 5909
in der russischen Gesellschaft eine hervorragende Rolle gespielt. Von dem neuen Botschafter erwartete man eine nüchternere Auffassung des französisch-russischen Verhältnisses. Trotz aller gelegentlichen Verstimmungen war der Einfluß Rußlands auf Frankreich doch immer noch so stark, daß nach der Auffassung des Reichskanzlers 5910
Grafen Bülow jede französische Regierung sich im entscheidenden Augenblicke nach Rußland richtete, wie der „Maikäfer am Faden". Man schien es jetzt in Rußland auf den Sturz Delcassés abgesehen zu haben.

Bülow erblickte in dem allen eine Erleichterung für die deutsche Politik. Die bestehenden Gruppierungen, telegraphierte er am 3. April 1903 an Holstein, würden sich nicht von heute auf morgen ändern, 5911
„und wir können meo voto die Dinge gar nicht pomadig genug nehmen". Trotzdem war unverkennbar, daß sich die zeitweilige Verstimmung Rußlands über Frankreichs eigenmächtiges Verhalten in 5912
den Orientfragen bald wieder legte.

Von einer Annäherung Frankreichs an England wollten die französischen nationalistischen Blätter nichts wissen. Das kam deutlich zum Ausdruck, als gegen Ende April 1903 die bevorstehende Ankunft des Königs von England in Frankreich lebhaft erörtert wurde. Der deutsche Botschafter Fürst Radolin war aber doch der Meinung, daß 5913
die Reise des Königs von England in den bisher wenig günstigen Beziehungen zwischen Frankreich und England eine Entspannung

herbeiführen werde, auf die man am Quai d'Orsay stark hinarbeite. Trotzdem werde Frankreich nach wie vor in erster Linie am Bündnis mit Rußland festhalten.

Eine Bestätigung dieser Ansicht bildete anfangs August 1903 die abermalige Reise des französischen Generalstabschefs Pendezec nach Petersburg, die in aller Stille erfolgte. Nach einem Berichte des
5914 Militärattachés in Paris, Majors v. Hugo, vom 8. August 1903 handelte es sich nicht nur um den Besuch der großen Manöver zwischen Petersburg und Wilna, sondern vor allem um Abmachungen militärischer Natur zwischen den Mächten des Zweibundes, die sich ausschließlich gegen Deutschland richteten. Für Frankreich mußte es damals von der größten Bedeutung sein, seine politischen Beziehungen zu Rußland zu befestigen und dort seine Armee wieder zu vollem Ansehen zu bringen.

Im Herbst (vom 14. bis 18. Oktober) 1903 weilte das italienische Königspaar in Paris. Unmittelbar vorher war der bereits angesagte Besuch des Zaren in Rom wieder abgesagt worden, und zwar, weil die italienischen Sozialisten eine lebhafte Agitation dagegen unternommen hatten. In Paris hatte man den Eindruck, daß der Zar es
5915 bereue, zu vertraut mit Ländern zu sein, wo die Sozialisten das Szepter führten. Die Freude der Franzosen über den Besuch des italienischen Königspaares wurde dadurch wesentlich herabgestimmt; man war um die russische Allianz ernstlich besorgt.

Eine grundlegende Aufzeichnung über die Rückwirkung der französisch-russischen Beziehungen auf die deutsche Politik besitzen wir in einem Schreiben des Reichskanzlers Grafen v. Bülow an Kaiser
5916 Wilhelm II. vom 19. Oktober 1903. Bülow rechnete damit, daß die Russen als wirksamstes Mittel zur Erhaltung der französischen Allianz eine gewisse freundliche Koketterie Deutschland gegenüber anwenden würden. Nun sei ja ein russisches Entgegenkommen für Deutschland an sich angenehm, die von den Russen erstrebte Wirkung, nämlich die Festigung der russisch-französischen Beziehungen, aber durchaus unerwünscht. „Je mehr und je demonstrativer wir im gegenwärtigen Augenblick auch unsererseits die Annäherung an Rußland markieren, desto mehr ängstigen wir die Franzosen, und desto fester ketten wir sie an Rußland." Nach Bülows Ansicht war die Orientfrage der Keil, der den Zweibund langsam, aber sicher auseinandertreiben mußte. Dieser Prozeß sei aber erst in seinen Anfängen und werde deutscherseits am besten dadurch gefördert, daß Deutschland ruhig in seiner bisherigen Reservestellung bleibe und es den zunächst interessierten Mächten überlasse, sich auseinanderzusetzen. Der Kanzler entwickelte anschließend an diese Gedanken ein politisches Programm für die Besprechungen des Kaisers mit dem Zaren in Wiesbaden und Wolfsgarten bei Darmstadt am 4. und 5. November[1]) 1903.

[1]) Vgl. S. 172 (Nr. 5422).

Gerade während der russische Außenminister Graf Lamsdorff 5917
Ende Oktober 1903 in Paris weilte, wurde dort der am 14. Oktober zwischen England und Frankreich abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag lebhaft gefeiert. Alle Welt zerbrach sich den Kopf darüber, warum Graf Lamsdorff gerade jetzt nach Paris gekommen sei, und knüpfte Erörterungen über die Beziehungen des Zweibundes daran. Kurz darauf erregte die Nachricht, daß der Zar in einem Briefe an den Präsidenten Loubet seine besondere Genugtuung über das er- 5918
wähnte französisch-englische Abkommen und über die französisch-italienische Annäherung ausgesprochen habe, den deutschen Kaiser stark. Er hielt eine allgemeine Koalition gegen Deutschland nicht für unmöglich und betonte, daß er dem Zaren anders als auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Garantie bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Wiesbaden und Wolfsgarten keinerlei Zusicherungen geben werde.

Den Abschluß der Dokumente bildet ein Bericht des Geschäftsträgers in Petersburg, Frhrn. v. Romberg, vom 7. November 1903, 5919
wonach der französische Generalstabschef Pendezec sich sehr ungehalten über die Lässigkeit ausgesprochen habe, mit der Rußland den Bau der gelegentlich der letzten französischen Anleihe Frankreich zugesagten strategischen Bahnen für den Aufmarsch gegen Westen betreibe. Französischerseits seien bereits in Petersburg Vorstellungen darüber erhoben worden.

So schließen die Dokumente der dritten Reihe des großen Aktenwerkes für uns mit einer ernsten Frage. War Deutschland auf Grund seiner bisherigen Politik der freien Hand und im Besitze seiner Dreibundabmachungen noch wie bisher in der Lage, seinen eigenen Frieden und damit den Frieden Europas zu verbürgen? Oder dämmerten nicht vielmehr große Gefahren herauf, Gefahren der Isolierung in der Welt, die Deutschland nirgends mehr den Anschluß an eine der ausschlaggebenden Großmächte gestattete?

Mit diesem Ausblick treten wir in das letzte Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges ein.

Synchronistische Zusammenstellung der in den Bänden 13—18 enthaltenen Dokumente

Vorbemerkung

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen Anlagen zu den Aktenstücken bzw. unsichere Daten.

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1890								
4.	Juni			3958					
	1891								
6.	Oktober			(3961)					
7.	„			3959					
9.	„			3960					
11.	„			3961					
24.	„			3962					
	1892								
23.	Dez.			3963					
29.	„			3964					
	1893								
6.	Januar			3965					
7.	„			3966					
8.	„			3967, 3968					
9.	„			3969, 3970					
11.	„			3971					
14.	„			3972					
16.	„			3973					
17.	„			3974					
	1895								
11.	März		3645						
17.	April		3646						
30.	August		3647						
1.	Sept.		3648						
2.	„		3649						
9.	„		3650						
15.	„		3651						
23.	„		3652						
25.	Oktober		3653						
29.	„		3654, 3655						

Jahr Tag	Monat	Band XIII Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Band XIV,1 Weltpolitische Rivalitäten	Band XIV,2	Band XV Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Band XVI Die Chinawirren und die Mächte 1900–02	Band XVII Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Band XVIII,1 Zweibund und Dreibund	Band XVIII,2
1895									
11.	Nov.		3656						
30.	„		3657						
6.	Dez.		3658						
15.	„		3659						
1896									
1.	Februar		3660						
15.	„		3661						
18.	März		3662						
19.	Juni		3663						
22.	August		3664						
16.	Sept.	3586							
17.	„	3587							
19.	„	3588							
20.	„	3589							
25.	Oktober	3396							
26.	„	(3397)							
28.	„	3398							
9.	Nov.		3665						
19.	„		3666						
22.	„	3590							
23.	„		3667						
24.	„	3399							
27.	„		3668						
28.	„		3669						
30.	„	3400							
2.	Dez.	3401							
3.	„	(3402)							
8.	„	3402	3670						
16.	„		3671						
18.	„		3672						
1897									
22.	Januar	3453							
25.	„	3454							
26.	„	3455							
27.	„	3424							
31.	„	3425, 3426							
1.	Februar	3427, 3428							
3.	„	3429, 3430							
8.	„	3456							
9.	„								

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund nnd Dreibund	
	1897								
19.	Februar		3673						
21.	„	3431							
7.	April	3432, 3457							
17.	„	3403							
22.	„	3404							
23.	„	3406							
2.	Mai	3405							
5.	„		3674						
7.	„	3458							
12.	„	3407							
28.	„	3459							
29.	„	3460							
31.	„	3433, 3461							
5.	Juni	3408							
13.	„	3462							
22.	„		3675						
3.	Juli	3434	3676						
4.	„	3435							
8.	„		3677						
12.	„		3678						
13.	„	3463							
14.	„	3436							
17.	„	3464							
18.	„	3409							
19.	„	3465							
22.	„	3410, 3437							
23.	„	3466							
24.	„	3467							
31.	„	3411, 3412 3413							
1.	August	3414							
3.	„	3415							
10.	„	3438							
11.	„	3416	3679						
12.	„	3439							
13.	„	3440							
14.	„	3441							
17.	„		3680						
18.	„	3442, 3443							

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch. Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
Tag	Monat								
	1897								
20.	August	3444							
21.	„	3417							
27.	„	3445, 3446							
28.	„	3447							
29.	„	3448							
30.	„	3449							
9.	Sept.		3681						
13.	„	3451							
21.	„		3682						
25.	„		3683						
27.	„	3418							
29.	„				4118				
30.	„				4119, 4120				
1.	Oktober		3684						
5.	„	3450							
7.	„				4121				
14.	„		3685						
15.	„				4122				
16.	„								
19.	„								
29.	„	3591							
6.	Nov.	3419	3686, 3687						
			3688						
7.	„		3689, 3690						
			3691						
8.	„		3692						
9.	„		3694						
10.	„		3693						
11.	„		3695, 3696						
			3697						
13.	„	3468	3698, 3699						
14.	„		3700						
15.	„		3701						
16.	„		3702, 3703						
			3705, 3706						
17.	„		3704, 3708						
18.	„		3707, 3709						
19.	„	3452							
20.	„	3420	3710						
21.	„		3712, 3713						

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte untereinander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900–02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1897								
22.	Nov.		3711, 3714 3715, 3716						
23.	„	3592							
24.	„	3421							
28.	„	3593							
30.	„		3717						
1.	Dez.		3718						
2.	„		3719, 3721						
4.	„		3720, 3722						
6.	„		3723, 3724 3725						
7.	„		3727						
8.	„		3726, 3728						
9.	„	3594							
10.	„	3422							
11.	„	3469	3730						
12.	„	3595	3729, 3731						
13.	„		3732						
14.	„	3596	3733						
16.	„	3597	3735						
17.	„		3734, 3736						
18.	„	3423	3737						
19.	„		3738, 3739						
21.	„		3740						
28.	„		3741						
29.	„		3742						
31.	„	3470, 3552							
	1898								
1.	Januar	3514							
2.	„		3743, 3744						
3.	„		3745						
4.	„		3746						
5.	„		3747						
8.	„		3748						
12.	„		3749, 3750						
13.	„	3515							
22.	„		3751						
23.	„		3752						
26.	„	3598	3753						
15.	Februar				4123				

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1898								
23.	Februar				4124				
1.	März	3471							
5.	„	3472							
6.	„		3754						
12.	„		3755						
13.	„		3757						
15.	„		3756		4125				
16.	„		3758						
17.	„				4126				
24.	„		3779						
25.	„		3780, 3781						
26.	„				4127, 4129				
27.	„				4128				
28.	„				4130				
29.	„		3782		4131				
30.	„		3759, 3783		4132				
31.	„				4133				
1.	April		3784		4134				
3.	„	3599	3785						
4.	„	3600, 3601	3760, 3761		4135				
			3762						
5.	„		3763, 3765		4136				
			3786						
6.	„		3764, 3787						
7.	„		3766, 3788		4137, 4138				
			3789						
8.	„		3767, 3768						
9.	„		3769	3975	4139				
10.	„		3790						
13.	„	3602							
15.	„	3603			4140				
16.	„				4141, 4142				
21.	„		3770						
22.	„				4143				
23.	„		3791						
24.	„		3792						
26.	„		3793						
30.	„		3771, 3794						
2.	Mai		3772						
3.	„		3773						

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
1898									
4.	Mai		3774						
5.	„	3516	3775						
6.	„	3517							
8.	„	3518							
9.	„	3519							
12.	„		3776						
14.	„		3795		4145				
15.	„		3777, 3796						
			3797						
17.	„			3976					
18.	„				4146				
20.	„		3798						
22.	„	3604							
30.	„		(3799)						
31.	„	3473							
2.	Juni		3800						
3.	„		3801, 3803						
5.	„		3802						
8.	„		3804, 3806						
11.	„		3805						
13.	„	3474			4147				
14.	„		3807						
15.	„		3808						
16.	„	3520							
17.	„		3809, 3810		4148				
			3812						
18.	„	3475	3811, 3813						
19.	„		3814						
20.	„		3815, 3816						
21.	„		3817		4149				
22.	„		3818						
23.	„		3820		4150				
24.	„		3819						
25.	„	3553							
30.	„	3554	3821						
1.	Juli				4151				
4.	„				4152				
5.	„				4153				
6.	„		3822, 3823		4154				
8.	„		3824, 3825		4155				

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
Tag	Monat	Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1898								
9.	Juli		3826, 3827						
10.	„		3828		4156, 4157				
11.	„		3829						
12.	„		3830						
13.	„	3521	3831		(4158) 4159				
14.	„		3832, 3833						
16.	„		3834						
20.	„		3835, 3836 3837						
21.	„		3838						
23.	„		3840						
24.	„		3839, 3841						
25.	„				4160				
26.	„	3605							
27.	„				4161				
28.	„				(4162)				
30.	„		3842		4163				
2.	August	3522							
3.	„		3843, 3845		4164				
4.	„		3844						
5.	„	3523	3846		4165				
8.	„		3847		4167				
9.	„				4166				
11.	„		3848, 3849						
12.	„		3850		4168 (4215)				
13.	„				4169				
14.	„	3524							
15.	„				4170				
17.	„		3851						
18.	„		3852, 3853						
19.	„		3854, 3858						
20.	„		3855, 3856 3857, 3859 3860						
21.	„		3861						
22.	„		3862, 3865						
23.	„		3863, 3864						
24.	„		3866, 3867		4215				

Jahr Tag	Monat	Band XIII Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Band XIV,1 Weltpolitische Rivalitäten	Band XIV,2	Band XV Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Band XVI Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Band XVII Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Band XVIII,1 Zweibund und Dreibund	Band XVIII,2
1898									
26.	August	3525	3868		4216, 4217				
27.	„		3869		4218, 4220				
28.	„		3870		4219				
29.					4221, 4222				
30.	„	3526	3871, 3872		4201				
31.	„		3873, 3874	4028, 4029	(4202)				
1.	Sept.		3875	4030, 4031	4223				
2.	„		3877	4032	4203				
3.	„		3876	4033	4171, 4204 4226				
4.	„				4224, 4225				
5.	„		3878						
8.	„			4034					
9.	„	3606							
10.	„			3884	4228				
11.	„			3885					
12.	„			3886	4172, 4227				
19.	„				4229				
25.	„			3887					
26.	„	3607, 3608							
27.	„			3888					
29.	„	3609							
30.	„		3879	3977					
2.	Oktober		3880						
8.	„			3889					
9.	„	3610							
10.	„	3611							
13.	„			3890					
14.	„	3527, 3612							
16.	„			3891					
17.	„			3892					
20.	„			3893, 3894					
22.	„			3895	4173				
23.	„		3881		4231				
24.	„	3613		3896, 3897	4230				
25.	„			3898					
26.	„	3528							
27.	„			3899					
28.	„			3900					
29.	„	3614		3901	4174				

Jahr Tag	Monat	Band XIII Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Band XIV,1 Weltpolitische Rivalitäten	Band XIV,2 Weltpolitische Rivalitäten	Band XV Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Band XVI Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Band XVII Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Band XVIII,1 Zweibund und Dreibund	Band XVIII,2 Zweibund und Dreibund
	1898								
30.	Oktober	3615							
2.	Nov.			3902	4175				
3.	„			3903, 3904					
				3905, 3906					
5.	„			3907	4176				
6.	„			3908					
8.	„			3909					
9.	„			3910, 3911					
10.	„			3912					
11.	„			3913, 3914					
				3915					
13.	„			3916					
14.	„			3917, 3918					
				3919					
15.	„			3920					
16.	„				4177				
21.	„				4178				
22.	„				4179				
23.	„	3555							
24.	„	3556							
26.	„				4180				
30.	„	3476			4181				
1.	Dez.	3477							
2.	„				4182				
3.	„	3557			4183				
5.	„	3478, 3479			4184				
		3558							
6.	„	3559							
8.	„	3480			4185				
10.	„	3481							
11.	„	3616							
12.	„	3482, 3483		3921					
13.	„	3484, 3485							
14.	“	3529							
15.	„	3486							
16.	„	3487, 3488		3922	4186				
17.	„	3489, 3617	3882						
18.	„	3560, 3618							
19.	„	3490			4187				

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte untereinander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch. Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1898								
20.	Dez.	3530		3923	4188, 4232				
21.	„	3491	3883	3924	4189				
22.	„	3492		3925	4233				
24.	„	3493							
25.	„	3494							
26.	„	3531							
27.	„	3495							
28.	„	3532			4190				
29.	„			3926					
31.	„				4191				
	1899								
1.	Januar	3496							
2.	„	3533							
3.	„	3534							
4.	„	3535			4192				
6.	„			3927					
10.	„			3928					
11.	„	3497			4234				
12.	„	3536			4193				
13.	„			3929					
15.	„				(4194)				
					4195				
16.	„				4235				
19.	„				4236				
20.	„			4035					
21.	„			4036					
22.	„			4037, 4038					
				4039					
25.	„	3498							
26.	„			3930	4237				
29.	„			3978					
31.	„			3931					
1.	Februar	3499							
2.	„			3932, 3996					
3.	„	3500		3979					
4.	„	3561			4196				
8.	„			4040	4197, 4238		5152		
9.	„	3562							
10.	„	3563							

Jahr Tag	Monat	Band XIII Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Band XIV,1 Weltpolitische Rivalitäten	Band XIV,2 Weltpolitische Rivalitäten	Band XV Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Band XVI Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Band XVII Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Band XVIII,1 Zweibund nnd Dreibund	Band XVIII,2 Zweibund nnd Dreibund
	1899								
11.	Februar	3564							
12.	„			3934					
13.	„	3501							
15.	„				4198				
16.	„				4199				
17.	„			3933, 4041	4239				
18.	„	3502							
20.	„	3565		4042					
21.	„				4240				
22.	„			3935					
23.	„			4043, 4044					
24.	„			3936, 4045					
				4046					
25.	„				4241, 4242				
27.	„	3619		3937					
1.	März			3938	4243				
4.	„				4200, 4244				
5.	„				4245				
9.	„			3939, 4048					
10.	„			4000	4246				
11.	„	3503			4247				
13.	„			3940					
14.	„	3566	3778	3941	4248				
15.	„			3942					
16.	„			4047					
17.	„			3980, 3997					
18.	„			3998					
22.	„			3943					
23.	„			3981, 3999					
24.	„			3944, 4015					
25.	„			4049					
26.	„	3504							
27.	„	3505			4249				
28.	„			4050					
29.	„			3946, 3948					
				4051					
30.	„			4052					
31.	„	3506							

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1899								
1.	April			3947, 3949					
				4053, 4054					
				4055, 4056					
2.	„	3537		4057	4251				
3.	„			4058					
4.	„			3950	4250				
5.	„			3982, 4059					
6.	„	3507							
8.	„								
9.	„				4252				
10.	„			4060, 4061					
11.	„			4062					
12.	„	3508		3983, 4001					
				4063, 4064					
				4065					
13.	„	3509		3951, 4066					
14.	„			3952, 3984					
15.	„			4067, 4068	4205				
17.	„			4016					
18.	„	3538		4017					
21.	„			4069, 4070	4253				
22.	„			4071					
26.	„			4018					
27.	„				4206				
28.	„			3953					
29.	„			3954, 4002					
30.	„			3955, 3956					
1.	Mai			4019	4254				
3.	„			3985					
4.	„			3986, 4003					
5.	„	3567		4020	4207				
6.	„			4021, 4072					
9.	„				4255				
10.	„				4208, 4356				
11.	„			4004	4357				
12.	„				4256, 4358				
					4359				
13.	„			4005					
14.	„				(4257)				
15.	„				4257				

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1899								
16.	Mai			4006, 4073	4209				
22.	„			4074					
23.	„			4007					
25.	„			4075	4264, 4265				
					4268				
26.	„				4266, 4275				
27.	„				4267				
28.	„				4210, 4276				
30.	„	3510		3987					
31.	„				4277, 4278				
2.	Juni				4279, 4282				
3.	„			3957	4269, 4280				
4.	„				4270, 4281				
					4360				
5.	„				(4283)				
					4284				
6.	„			3988	4285, 4286				
					4295				
7.	„				4287, 4288				
					4289, 4292				
					4293, 4294				
					4361				
8.	„				4290, 4296				
					4362				
9.	„				4291, 4297				
					4298				
10.	„				4299, 4300				
					(4301)				
					4302				
12.	„			4076	4271				
					(4304)				
					4363				
13.	„				4303				
14.	„				4272, 4305				
					4306, 4307				
					4364				
15.	„				4308, 4309				
16.	„	3511			4310, 4311				
					4312, 4315				

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV, 2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1899								
17.	Juni	3512			4313, 4314				
					4365				
18.	„				4316				
19.	„				4317, 4318				
					4319				
21.	„	3539			4320				
22.	„				4321, 4325				
					4366				
23.	„				4258, 4322				
					4323				
24.	„				4324, 4326				
26.	„				4259, 4327				
27.	„				4260				
28.	„				4273, 4274				
29.	„	3568			4328				
				4022, 4023	(4329)				
30.	„				4261, 4262				
				3945	4330				
1.	Juli				4263				
2.	„				4331				
3.	„			4024	(4332)				
4.	„			4025	4367		5332		
5.	„								
6.	„	3569, 3620			(4333)				
					(4334)				
7.	„				4336				
8.	„				4335				
					(4337)				
10.	„	3570			(4338)				
12.	„				4339, 4341				
13.	„			4077	4340, 4342				
					4343, 4350				
16.	„	3571			4344				
17.	„	3572		4026	(4345)				
					4351				
20.	„			4078					
22.	„				(4346)				
23.	„			4079					
24.	„				4347				

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
Tag	Monat	Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1899								
26.	Juli				4348				
29.	„	3573							
30.	„			4027	4349, 4368				
31.	„				4369				
1.	August				4352				
4.	„	3574							
5.	„	3575							
7.	„	3577			4353				
8.	„	3576, 3578							
9.	„	3579			4370				
10.	„				4371				
12.	„	3580			4211, 4372				
13.	„	3621			4373				
14.	„	3622, 3623							
15.	„			4080					
17.	„			4008					
18.	„	3581							
19.	„			4009					
21.	„	3624							
23.	„			4010					
24.	„	3625					5333		
25.	„	3626, 3627		4011					
27.	„				4374				
28.	„	3628							
29.	„	3629, 3630		4012, 4081	4375				
30.	„				4376				
31.	„				4377				
1.	Sept.				4378				
5.	„	3631, 3632							
6.	„	3633, 3634							
		3635, 3636							
7.	„	3637							
8.	„	3638		4013, 4082	4379				
10.	„	3639							
11.	„			4014, 4083					
12.	„	3640, 3641							
13.	„			4084, 4085	4380				
14.	„			4086	4382				
15.	„	3642		3989	4381				
16.	„	3540		4087, 4088					

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
Tag	Monat								
	1899								
19.	Sept.	3541							
20.	„			4089	4383, 4384				
21.	„	3542		4090					
22.	„	3543, 3582		4091, 4092					
24.	„			4093					
25.	„			4094	4385				
28.	„			4095					
29.	„			4096					
30.	„			4097	4386				
2.	Oktober			4098	4387				
3.	„			4099	4388				
4.	„			4100, 4101					
5.	„				4212				
6.	„	3583		4102					
8.	„			4103, 4104	4389				
9.	„			4105	4391, 4392				
10.	„	3584		4106				5640	
11.	„			4107					
12.	„				4390				
13.	„			4108					
15.	„							5641	
16.	„				4393				
18.	„			4109				5642, 5643	
19.	„	3643							
20.	„	3544		4110					
21.	„			4111					
22.	„			4112					
24.	„				4213				
26.	„			4113, 4114					
27.	„			4115					
29.	„				4394				
30.	„				4395				
31.	„	3545							
1.	Nov.			4116, 4117					
2.	„	3546							
3.	„						5153		
8.	„	3547, 3548		3990					
10.	„	3585							
13.	„	3549							
15.	„				4396, 4397				

Jahr Tag	Monat	Band XIII Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Band XIV,1 Weltpolitische Rivalitäten	Band XIV,2 Weltpolitische Rivalitäten	Band XV Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Band XVI Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Band XVII Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Band XVIII,1 Zweibund und Dreibund	Band XVIII,2 Zweibund und Dreibund
1899									
21.	Nov.	3513							
24.	„				4398, 4399				
26.	„			3991					
27.	„			3992					
28.	„			3993					
29.	„			3994					
30.	„			3995	4400				
2.	Dez.				4401				
4.	„	3644							
7.	„	3550							
13.	„	3551							
20.	„				4354, 4402				
21.	„				4403, 4404				
22.	„				4405				
23.	„						5278		
24.	„				4406				
25.	„				4407				
					(4459)				
26.	„				4408		5279		
27.	„				4459		5280		
28.	„				4409				
30.	„				4410, 4412				
31.	„				4413, 4414				
1900									
1.	Januar				4415, 4416				
2.	„				4417, 4460				
					4461, 4507				
3.	„				4418, 4419				
4.	„				4420, 4421				
5.	„				4411, 4422				
					4423				
6.	„				4424, 4425				
					4426				
7.	„				4427, 4428				
					4429				
8.	„				4430				
9.	„				4431, 4432				
10.	„				4433, 4462				
11.	„				4434				

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
Tag	Monat								
	1900								
12.	Januar				4435, 4436				
					4463, 4464				
13.	„				4437, 4465				
14.	„				4438, 4439				
					4441				
15.	„				4440, 4442				
					4443, 4444				
					4445				
16.	„				4446		5211		
17.	„				4447, 4454				
18.	„				4448		5281		
19.	„				4449, 4450				
20.	„				4451, 4452				
21.	„				4453				
22.	„						5212		
28.	„				4455				
30.	„						5334		
31.	„						5213		
1.	Februar						5282		
2.	„				4466				
4.	„				4214, 4507				
5.	„				4469				5860
6.	„				4467			5644	
7.	„				4468				
8.	„				4508				
9.	„				4470				
11.	„						5214		
12.	„						5215		
13.	„						5335		
14.	„						5216		
15.	„								5861
23.	„				4509				
26.	„						5217		
27.	„						5336		
28.	„				4471, 4510		5154, 5218		
							5337		
1.	März						5155		
3.	„				4472, 4473				5862
					4474				

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte untereinander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1900								
5.	März				(4475)				
	„				4476				
6.	„				4479				
7.	„				4477, 4478				
					4480				
8.	„								5863
10.	„				4481, 4482		5219		
					4483				
					(4484)				
11.	„				4485, 4486				
					4487				
13.	„				4488, 4489				
14.	„				4490, 4491				
19.	„				4456			5427	
20.	„				4492, 4493				
24.	„				4458				
26.	„							5428	
27.	„				4494				
28.	„				4457, 4495			5645	
29.	„							5429	
30.	„							5430, 5431	
31.	„				4496				
1.	April				4497			5432	
4.	„						5220, 5221	5433	
9.	„						5283		
11.	„						5284		
12.	„						5285		
19.	„						5286		
25.	„							5434	
27.	„						5156, 5287		
28.	„				4498				
7.	Mai						5222	5435	
9.	„						5157		
14.	„						5158		
18.	„							5436	
21.	„						5159		
23.	„						5160, 5161		
26.	„							5437	
27.	„						5162		
28.	„				4499		5163		

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1900								
29.	Mai					4511	5164, 5165	5438	
31.	„					4512			
1.	Juni						5166		
2.	„				4500	4513			
4.	„					4515			
5.	„					4514	5167		
6.	„					4516			
7.	„					4517			
8.	„					4518			
9.	„					4519			
10.	„							5439	
11.	„					4520, 4521			
12.	„					(4522)			
13.	„						5168		
14.	„						5288		
15.	„						4977		
18.	„					4523, 4524			
						4525, 4526			
19.	„					4527, 4528			
20.	„				4501				
22.	„					4529		5377	
24.	„						4978		
25.	„					4530			5864
26.	„					4531, 4532			
27.	„					4533, 4534			
						4535			
28.	„					4536			
30.	„					4537, 4538	5169		5865
						4699			
1.	Juli					4539, 4542			
2.	„					4540, 4541			
						4544			
						(4552)			
						4700			
3.	„					4543, 4545			
						4546, 4549			
						4552			
4.	„					4547, 4548			
						4550, 4551			
6.	„					4553, 4554			

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
Tag	Monat	Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1900								
7.	Juli					4555, 4556 4557			
8.	„					4558, 4559 4560			
9.	„					(4561), 4563			
10.	„					4562			
12.	„					4564, 4565 4567, 4568			
13.	„					4566			
15.	„					4569			
16.	„					4570			
17.	„					4571, 4572			
18.	„					4573, 4574 4575, 4576			
20.	„					4577, 4578 4579			
21.	„					4580, 4581 4583, 4584			
22.	„					4582, 4585 4586			
23.	„					4587			
25.	„					4588			
27.	„					4589, 4590 4591, 4701			
28.	„					4702			
29.	„					4592, 4593 4594, 4703			
30.	„					4705			
31.	„					4595, 4596			5703
1.	August				4355	4597, 4704 4706			
2.	„					4707	5170		
3.	„					4598			5866
4.	„					4599, 4600			
5.	„					4601, 4708			
6.	„					4602			
7.	„				4502	4604			
8.	„				4503	4603, 4606			

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
Tag	Monat								
	1900								
10.	August					4612, 4711			
						4605, 4607			
						4608, 4609			
11.	„					4610			
14.	„					4709			
15.	„					(4611)			
19.	„					4710	5223		
20.	„					4612, 4711			
21.	„					4613, 4614			
						4615, 4616			
22.	„					4617, 4712			
23.	„					4618, 4619			
25.	„					4620			
26.	„					4621			
27.	„					4622, 4713			
28.	„					4623			
29.	„				4504	4624	5224		
30.	„					4625, 4626			
						4627			
31.	„					4629, 4630			
1.	Sept.					4628, 4714			
						4715, 4716			
4.	„					4631, 4717			
5.	„					4632, 4718	5225		5889
7.	„					4633, 4634			
9.	„					4635, 4638			
10.	„					4636, 4637			
						4639			
12.	„					4640, 4719			
13.	„					4642		5378, 5379	
14.	„					4641, 4720			
16.	„					4643, 4644			
						4645			
17.	„					4646			
18.	„					4647, 4648	5171		
21.	„					4649, 4650			
22.	„					4721			
25.	„					4651, 4652			
						4722			
27.	„					4723			

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
Tag	Monat	Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1900								
28.	Sept.					4724, 4725	5338		
						4726			
29.	„					4727			
1.	Oktober					4653			
2.	„					4728			
3.	„					4729			
5.	„					4654, 4730			
						4731			
7.	„					4735			
8.	„					4732, 4734	5226		
9.	„					4655, 4656			
						4733, 4736			
						4737			
10.	„					4738			5867, 5890
11.	„					4740			
12.	„					4739, 4741			
						4742			
14.	„					4743			
16.	„					4657			
						(4744)			
17.	„					4744			
20.	„					4658			
21.	„					4659			
22.	„					4745			
23.	„					4660, 4746			
26.	„					4661			
29.	„					4747			
30.	„					4748, 4752			
31.	„					4749, 4751			
5.	Nov.				4505	4663			
6.	„					4662			
7.	„					4758			
8.	„					4664, 4759			
9.	„					4665, 4666			
						4753, 4754			
						4760			
10.	„					4761			
12.	„					4755			
16.	„					4667			
17.	„					4668, 4750			

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
1900									
19.	Nov.					4756			
20.	„					4762		5380	
22.	„					4669, 4764			
						4765			
23.	„					4670, 4671		5440	
						4766, 4767			
						4840, 4841			
27.	„					4672			
29.	„					4842			
30.	„					4673, 4674			5704
						4763			
1.	Dez.				4506				
4.	„					4675, 4676		5381	
5.	„					4678, 4679			
6.	„					4677, 4680			
						4681			
7.	„					4682			
8.	„					4683			
11.	„					4757			
12.	„					4684			
13.	„					4685, 4692			
14.	„					4686, 4687			
15.	„					4688, 4689			
16.	„					4690		5441	
17.	„					4691			
23.	„					4768			
24.	„					4693			
27.	„					4843			
28.	„					4844		5442	
29.	„					4845, 4846			
30.	„					4694			
31.	„					4695			
1901									
1.	Januar					4696			
2.	„					4847, 4848	5339		
						4849			
3.	„					(4769)			
5.	„					4850	5340		

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte untereinander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1901								
6.	Januar					4770, 4851		5443	
						4854			
7.	„					4697, 4852			
8.	„					4771, 4853			
9.	„					4772, 4855	5227		
10.	„						5341		
12.	„					4773, 4774			
13.	„					(4775)			
14.	„							5444	
16.	„					4776		5445	
17.	„					4698, 4777		5446	
						4778, 4856			
18.	„						4979, 4980		
19.	„					4857		5447	
20.	„						4981, 4982		
21.	„					4780	4983, 4984		
							4985		
23.	„					4858		5448, 5449	
24.	„					4781			
25.	„					4782			
26.	„					4783			
27.	„					4784	5342		
28.	„					4785			
29.	„					4786, 4859	4986, 4987		
30.	„							5450	
1.	Februar					4787, 4788		5451	
2.	„					4779, 4789			
3.	„					4790, 4791			
						4792			
4.	„					4793, 4794			
						4795, 4860			
5.	„								5817
7.	„					4808, 4809			
8.	„					4796, 4861			
9.	„					4810, 4811		5452	
10.	„						4988		
11.	„					4812	4989	5382	
12.	„					4813	4990	5453	
13.	„					4814			
15.	„					4515, 4862			

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1901								
16.	Februar					4817, 4863	4991		
17.	„					4816, 4818			
						4864			
19.	„					4865, 4866		5454	
20.	„							5383, 5455	5830
21.	„					4867, 4868			
	„					4869, 4870			
23.	„								(5818)
24.	„								5818
25.	„					4871			
26.	„								5891
27.	„					4872			
28.	„					4819, 4820			
1.	März					4821, 4822			5892
						(4873)			
						4875			
2.	„					4823, 4874			
5.	„					4824, 4826	4992		
6.	„					4825, 4827	5289		
8.	„					4829			
9.	„					4828, 4830	4993		
11.	„					4876			
12.	„					4797, 4877			5819
13.	„					4831		5456	
14.	„					4832			
15.	„						5172		
16.	„					4798			5820
17.	„					4799			
18.	„					4801, 4878			
19.	„					4800	4994		
20.	„					4802, 4803	4995, 4996		5821
						4804, 4805			
						4833			
21.	„					4806, 4807			
22.	„					4834, 4835			
						4836			
23.	„					4880, 4881	4997		
24.	„					4882	4998		
25.	„					4879, 4883			
27.	„					4837, 4884			

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV, 2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1901								
28.	März					4885			
29.	„					4886			
30.	„					4887, 4888			5822
31.	„								5831
2.	April					4889, 4890			
4.	„					4838, 4891			
6.	„					4892	4999		
8.	„							5457	
9.	„					4893			
10.	„						5000		5832
12.	„					4894			
13.	„					4895	5173		
14.	„						5001		
15.	„						(5036)		5823
16.	„					4896	5037, 5228		
17.	„						5038		
18.	„					4897, 4898			
19.	„								5833
20.	„					4899, 4900	5002, 5174	5384	(5797)
						4901, 4902			
21.	„					4903		5385	
22.	„					4904	5175		
23.	„					4839			
24.	„					4905, 4906			
26.	„								5797
29.	„					4907			
1.	Mai					4908			
7.	„					4909			
9.	„					4910			
10.	„					4911, 4915			
11.	„					4912, 4913	5003		
						4914, 4916			
14.	„					4917, 4919	5229		5705
						4920			
15.	„					4918	5004		
16.	„						5005		5706
17.	„					4921, 4922	5006		
18.	„						5007, 5008		
20.	„						5009		
23.	„					4923, 4925	5010, 5176		

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1901								
24.	Mai					4924			
25.	„								(5798) 5799
26.	„						5011		
27.	„						5012		
28.	„						5013, 5014		
29.	„						5015, 5016		
30.	„					4926			
31.	„						5017		
1.	Juni						5018		
4.	„						5230		
5.	„								5868
6.	„								5893, 5894
11.	„							5386	
14.	„						5019		
15.	„					4942	5020		5869, 5870
19.	„						5177		5871
21.	„					4927			
25.	„							5458	
27.	„						5039		
1.	Juli					4928	5231		
3.	„						5232		
5.	„								5872
8.	„						5178		
9.	„					4943			
19.	„					4929	5040 (5179) 5180, 5181		
20.	„								5824
22.	„								5800
23.	„								5801
24.	„								5802, 5803
26.	„					4930	5041		5804
29.	„						5021, 5182		5707
30.	„						5290		
31.	„					4931			
1.	August								5805
2.	„						5022, 5233		
5.	„								5806
6.	„					4932			

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900–02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
Tag	Monat								
	1901								
7.	August					4933		5387	
8.	„					4934, 4935	5183, 5184		
9.	„					4936, 4944	5185		5807
10.	„					4937	5033		
11.	„					4938			
12.	„					4939		5668	
13.	„						5034		
14.	„					(4940)			
15.	„						5234	5669	
16.	„					4941	5291		
20.	„						5035	5388	
21.	„							5390	
22.	„							5389, 5391	
								5670	
23.	„						5023, 5066		5895
28.	„								5808
29.	„						5292	5671	
30.	„						5293	5672	
31.	„						5294		
4.	Sept.						5295, 5296		
5.	„						5067, 5297		
6.	„						5298-5301	5673	5809
7.	„						5302, 5303	5392	5896
8.	„						5304	5674	
12.	„						5305	5393	
14.	„						5306	5394, 5395	
16.	„						5024, 5025	5396	
19.	„								5897
22.	„							5675	
23.	„							5397	
24.	„							5398	
25.	„						5068		
27.	„						5307		
28.	„						5235, 5308		
29.	„					4945			
1.	Oktober						5309		
2.	„						5310		
4.	„						5311		
5.	„						5312		
10.	„						5313		

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1901								
15.	Oktober						5314		
16.	„						5315, 5316		
19.	„						5236	5676	
21.	„							5459	
22.	„						5069		5898
24.	„							5677	
25.	„						5070		
26.	„						5072		
27.	„						5071		5873, 5899
31.	„						5026		
1.	Nov.						5027, 5343	5678	
2.	„						5237, 5344		
3.	„							5679, 5680	
4.	„							5399, 5681	
5.	„							5460, 5683	
								5684	
6.	„							5682, 5685	5874
7.	„							5686, 5687	
								5688, 5690	
8.	„							5689, 5691	
10.	„							5692, 5693	
11.	„								5810
12.	„						5238		
14.	„						5345		
15.	„						5317		
16.	„						5318		
19.	„						5073		
21.	„						5076		
23.	„						5319		
26.	„						5074, 5075		
3.	Dez.						5346		
4.	„						5042		
5.	„								5811
8.	„						5347		
9.	„						5348		
12.	„								5834
15.	„						5320		
17.	„								5708, 5709
									5836
18.	„						5321	5400	5835, 5837

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1901								
21.	Dez.								5838, 5839
									5840
26.	„							5401	5841, 5842
27.	„						5028		5843
28.	„						5030		
30.	„						5029		
31.	„						5322		5844
	1902								
1.	Januar								5710
2.	„						5239		
5.	„								5711, 5845
6.	„						5349		
7.	„						5077		
9.	„						(5350)		5712, 5713
									5714, 5846
10.	„								5847, 5848
11.	„								5849
12.	„								5715, 5716
									5850
14.	„								5717
15.	„								
16.	„								5694
17.	„						5240, 5241		
							5242		
18.	„								5718
19.	„								5695, 5696
									5719, 5851
20.	„						5106		
21.	„					4946			
22.	„								5697, 5720
23.	„								5721
24.	„						5243		
25.	„								5722
27.	„								5698
28.	„						5323		
30.	„						5186		
31.	„						5244, 5245		
2.	Februar						5246, 5247		
3.	„						5043, 5187		

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1902								
4.	Februar						5044		
5.	„								5723
10.	„					4947	5324		
13.	„				4144	4948	5047		5699
14.	„						5048		5724, 5833
15.	„								5852
16.	„						5078		
17.	„						5045, 5079		
18.	„								5900
19.	„						5049		
22.	„						5050		5725
23.	„								5726
24.	„								5727
25.	„						5051		
26.	„						5052		5728
27.	„						5053	5402	
1.	März						5248		5729
2.	„						5054, 5056		
3.	„						5249	5461	
4.	„						5055, 5057		
6.	„								5730
7.	„						5058		
9.	„						5059	5403, 5462	5731
12.	„						5060		5732
13.	„						5046		5733
14.	„						5061, 5351		5853
15.	„						5062	5404	
16.	„						(5064)		
17.	„						5063	5405	
18.	„						5250	5406	5734
19.	„							5407	5735
20.	„						5064		5736
21.	„						5065		5737, 5901
22.	„							5463	5738, 5875
									5902
26.	„								5876
28.	„								5739
29.	„						5325		
1.	April							5464	
2.	„								5740

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
Tag	Monat								
	1902								
3.	April							5408	
5.	„							5409	
11.	„								5741
12.	„						5352		
13.	„								5742
14.	„								5812
15.	„								5743
16.	„								5744
17.	„								5745
18.	„								5746, 5747
20.	„								5748
22.	„								5813
23.	„								5749, 5750
									5751
24.	„								5752, 5753
25.	„								5754
26.	„								5755
28.	„								5756, 5815
29.	„								5854
30.	„								5757, 5758
									5855
1.	Mai								5856
2.	„								5759, 5760
3.	„								5761, 5762
5.	„								5763
7.	„								5764
8.	„								5765
10.	„								5766, 5857
15.	„								5767
17.	„								
20.	„							5465	5877
22.	„								5768
23.	„								5769
24.	„								(5700)
									(5814)
									5878
25.	„								5770
26.	„								5816
27.	„								5771, 5879
28.	„								5880

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1902								
29.	Mai								5903
30.	„								5701
1.	Juni								5702, 5904
2.	„						5080, 5081		
							5326		
3.	„						5082		
6.	„							5410	5772
7.	„								5905
10.	„								5773
14.	„						5084		
15.	„						5083		
21.	„						5085		
22.	„						5086		
24.	„						5087		
27.	„								5858
28.	„								5774
30.	„								5881
5.	Juli							(5413)	
6.	„								5859
9.	„						5088	5411	
11.	„						5353	(5413)	
15.	„							(5413)	
17.	„						5089, 5327		
							5354		
21.	„							5466	
22.	„							(5413)	
23.	„							5412, 5413	
28.	„							5414	
30.	„					4949		5415	
1.	August					4950			
8.	„					4951		5416	
13.	„					4952		5467	
14.	„					4953			
18.	„								5882
21.	„					4954			
27.	„					4955			
29.	„							5646	
30.	„							5647	
1.	Sept.						5107	5648	
2.	„							5468	

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
Tag	Monat	Die Europäischen Mächte untereinander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900–02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1902								
7.	Sept.								5825
12.	„						5090, 5091		
14.	„						5094, 5188		
							5251		
15.	„						5092	5649	
17.	„						5093		
22.	„					4956			5883
25.	„						5189		
27.	„					4957			
28.	„						5095		
29.	„						5191		
30.	„						5096		
1.	Oktober					4958	5097		
3.	„						5098, 5099		
							5100		
4.	„					4959, 4960	5101, 5190		
5.	„					(4961)			
7.	„							5469	
8.	„						5102		
9.	„						5103		
11.	„							5650	
13.	„							5470, 5651	
15.	„							5652	5884
17.	„					4962		(5654)	
18.	„							5471, 5653	
19.	„							5472	
21.	„							(5654)	
22.	„							5654	
23.	„					4963			5885
24.	„							5473	
26.	„					4964		5655	
27.	„					4965, 4966			
30.	„						5355		
31.	„					4967		5417	
1.	Nov.					4968		5418	
2.	„							5474	
3.	„						5108		
5.	„						5109, 5356		
6.	„							5656	
7.	„							5657	

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1902								
9.	Nov							5475	
10.	„							5658	
11.	„						5110		
12.	„					4969, 4970	5031, 5111		
							5112		
13.	„						5032, 5113		
14.	„								5906
17.	„						5114	5659	
18.	„							5660	5826
19.	„					4971	5115		
20.	„					4972			
21.	„							5476	
22.	„							(5419),	
								5420, 5661	
23.	„					4973		5477	
24.	„							5478, 5662	
25.	„						5116		
26.	„					4974	5117	5479, 5480	
27.	„							5663	
28.	„							5481, 5482	
29.	„							5483	
2.	Dez.					4975			
3.	„							5484	
4.	„							5485, 5664	5886
5.	„						5118	5486	
7.	„					4976			
9.	„						5119		
12.	„						5120		
13.	„						5122	5487	
14.	„						5121		
15.	„						5123	5488, 5489	
16.	„						5124, 5125		
17.	„						5126	5490, 5491	
18.	„						5127	5492, 5494	
								5495	
19.	„							5493, 5496	
20.	„							5497	
21.	„							5498	
22.	„							5499	
24.	„						5128		

Jahr Tag	Monat	Band XIII: Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Band XIV,1 / Band XIV,2: Weltpolitische Rivalitäten	Band XV: Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Band XVI: Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Band XVII: Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Band XVIII,1 / Band XVIII,2: Zweibund und Dreibund
1902							
28.	Dez.					5129	5500, 5501
30.	„					5130	
31.	„					5192	
1903							
1.	Januar						5502
4.	„						5503, 5504
							5665
							5666
5.	„						5667
6.	„						5505
11.	„						5506
13.	„						5507
19.	„					5104	
20.	„					5131, 5132	
23.	„					5133, 5135	5508
24.	„					5134, 5136	
27.	„					5137, 5138	
28.	„					5139	5509
29.	„					5140, 5141	
30.	„					5142	
31.	„					5143, 5144	5510
						5252	
1.	Februar						5511
2.	„						5512
3.	„					5145	
4.	„					5146, 5147	
						5149	
6.	„					5148	
12.	„					5253	
13.	„					5254	
14.	„					5150	5907
17.	„						5513
18.	„						5514
19.	„					5151	5515
20.	„					5193	
21.	„						5908
22.	„					5255	
25.	„					5194, 5195	
28.	„						5516

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1903								
7.	März						5196		
12.	„						5105		5909
13.	„							5517	
16.	„						5256		
17.	„							5518	
21.	„							5519	
26.	„						5357		
2.	April								5910
3.	„						5358	5520	5911
4.	„						5257		
5.	„						5359	5521	
6.	„								5912
9.	„						5258	5522	
11.	„							5523, 5524	
								5525	
12.	„						5259		
13.	„						5260	5526	
14.	„						5259, 5360		
15.	„							5527, 5528	
16.	„							5421, 5529	
								5530	
17.	„							5531, 5532	
								5533	
18.	„							5534	
19.	„							5535	5887
									(5888)
22.	„							5536	
23.	„						(5262)		
24.	„						5261		
25.	„						5263, 5361		
26.	„						5262	5537	
28.	„						5264		
29.	„							5538, 5539	5913
3.	Mai							5540, 5541	
4.	„						5265	5542	
5.	„							5543, 5544	
6.	„						5362		
7.	„							5545, 5546	
								5547	
9.	„						5363		5775

Jahr		Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
Tag	Monat	Die Europäischen Mächte untereinander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1903								
10.	Mai						5369	5548	
13.	„						5370	5549	
15.	„							5550	
17.	„						5371		
18.	„						5371, 5372	5551	
							5373, 5374		
19.	„						5266		
20.	„						5364, 5375		
21.	„						5267		
23.	„							5552	
2.	Juni						5376		
9.	„								5776
10.	„								5777
11.	„							5553	5778
12.	„						5268		
13.	„							5554	
27.	„							5555	
3.	Juli							5556, 5557	
4.	„							5558	
5.	„							5559, 5560	
6.	„							5561	
7.	„							5562, 5563	
9.	„							5564	
11.	„							5565	
15.	„							5566	
16.	„						5269		
19.	„						5197		
23.	„							5567, 5568	
24.	„						5270		
29.	„							5569	
30.	„						5271		
31.	„							5570, 5573	
1.	August							5571	
2.	„							5572	
3.	„						5272		
4.	„							5574	
5.	„							5575	
8.	„						5273	5576, 5577	5914
14.	„							5578	
15.	„							5579	

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900 - 02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1903								
17.	August							5580	
18.	„							5581	
19.	„							5582	
20.	„							5583	
21.	„							5584	
22.	„							5585	
24.	„							5586	
25.	„							5587, 5588	
26.	„							5589, 5590	
27.	„							5592	
28.	„							5591, 5593	
								5594	
29.	„							5595, 5596	
30.	„							5597	
31.	„							5598	
1.	Sept.							5599	
2.	„							5600	
4.	„							5601	
5.	„							5602	
12.	„							5603	
14.	„							5604	5779
15.	„							5605	
16.	„							5606, 5607	
17.	„						5198	5608	
18.	„						5199		
20.	„							5609	5780
21.	„						5365		
22.	„							5610	
24.	„						5200		
26.	„						5201		
28.	„						5202		
29.	„						5203		
30.	„						5204	5611	
4.	Oktober						5205		
5.	„							5612	
9.	„							5613	
10.	„							5614	5781
11.	„								5782
15.	„							5615	
16.	„							5617	

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1903								
17.	Oktober								5915
18.	„							5616	
19.	„								5916
20.	„						5206		5783
21.	„							5618	
22.	„								5784
23.	„							5619	
25.	„							5620	
26.	„							5621	
28.	„							5622	
29.	„						5274		5917
30.	„							5623, 5624	
31.	„								5918
5.	Nov.								5785
6.	„							5626	
7.	„						5366	5422, 5423	5919
								5625	
8.	„							5627, 5628	
14.	„							5424, 5629	
								5630	
15.	„							5631	
16.	„							5632	5786
17.	„						5275	5633	
22.	„								5787
26.	„						5207, 5328	5425	
							5367		
27.	„							5634	
30.	„							5426	
1.	Dez.								5827
4.	„						5276		
5.	„							5635, 5636	
10.	„							5637	
11.	„								5828
12.	„								5788
14.	„								5829
15.	„								5789
19.	„								5790
23.	„							5638	
26.	„							5639	
31.	„								5791

Jahr Tag	Monat	Band XIII	Band XIV,1	Band XIV,2	Band XV	Band XVI	Band XVII	Band XVIII,1	Band XVIII,2
		Die Europäischen Mächte unter einander 1897—99	Weltpolitische Rivalitäten		Rings um die Erste Haager Friedenskonferenz	Die Chinawirren und die Mächte 1900—02	Die Wendung im Deutsch-Englisch. Verhältnis	Zweibund und Dreibund	
	1904								
2.	Januar						5329		
18.	Februar								5792
19.	„								5793
26.	„								5794, 5795
5.	März								5796
14.	„						5277		
16.	„						5208		
23.	„						5209		
30.	„						5210		
26.	April						5368		
9.	Nov.						5330		
23.	„						5331		

Übersetzungen
der fremdsprachigen Dokumente der Bände 13—18

Zu Band XIII, S. 9

Nr. 3400

Anlage

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm. Unsignierte und undatierte Abschrift, vom englischen Botschafter dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall am 30. November 1896 übergeben

Erinnern Sie bitte den Kaiser daran, daß England hinsichtlich sozialistischer Unruhen sich in einer ebenso großen Gefahr befindet wie Deutschland; und daß weder die Regierung Ihrer Majestät noch die Kapitalisten dieses Landes für diese Bewegung die geringste Sympathie haben. Wir würden von unseren politischen Anhängern sofort verlassen werden, wenn sie uns der Begünstigung der Streikenden und der Gewerbsverbände verdächtigten.

Die Beschuldigung entbehrt dermaßen der Begründung, daß eine amtliche Ableugnung mit Hohn aufgenommen werden würde.

Der Minister des Innern ist, in Übereinstimmung mit dem Wunsche der deutschen Regierung, mit der Angelegenheit befaßt worden.

Zu Band XIII, S. 11

Nr. 3402

Anlage

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Unsignierte Abschrift, vom englischen Botschafter dem Fürsten von Hohenlohe mitgeteilt

Nr. 204 London, 3. Dezember 1896

Da der Kaiser unserem Einflusse auf die Haltung der Presse in diesem Punkte großes Gewicht beizumessen scheint, will ich mit Sir Donald Mackenzie Wallace in Verbindung treten, der bei der Schriftleitung der „Times" ist, und mit dem ich eine flüchtige persönliche Bekanntschaft habe. Aber betonen Sie bitte Seiner Majestät gegenüber, daß wir ganz außerstande sind, die Presse zu beeinflussen oder zu kontrollieren, und daß ich hinsichtlich des Eindruckes, der durch meinen Appell an Wallace hervorgerufen werden könnte, nicht sicher sein kann. Der einzige für die „Times" einzuschlagende Weg, sich mit der Sache zu befassen, würde sein, den Fürsten Bismarck zu rügen. Könnte dies als geeignet angesehen werden?

Zu Band XIII, S. 77/78

Nr. 3440

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Kiel, den 13. August 1897

Gerade zu Hause angekommen ist mein Erstes, Dir für die herzliche, freundliche und glänzende Art, in der Du uns empfangen hast, zu danken. Worte

fehlen mir, um Dir meine ganze Dankbarkeit für alles zum Ausdruck zu bringen, was Du besonders für meine Ernennung zum russischen Admiral getan hast, die mich wirklich in hohem Grade erfreut hat. Ich werde die Erinnerung an meinen Aufenthalt in Peterhof treu bewahren und versichere Dir, daß Du in allen ernsten Momenten ganz und gar rechnen kannst auf Deinen aufrichtigen Freund

Wilhelm

Zu Band XIII, S. 78

Nr. 3441

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Ausfertigung

Peterhof Alexandria, den 14. August 1897

Sehr erfreut, von Deiner glücklichen Heimkehr zu hören. Wir werden immer mit dem größten Vergnügen auf Deinen lieben und freundlichen Besuch in Rußland zurückblicken. Laß mich Dir für Dein Telegramm danken und Dir meine aufrichtigen und brüderlichen Gefühle treuer Freundschaft ausdrücken.

Nicky

Zu Band XIII, S. 101

Nr. 3462

Kaiser Wilhelm II. an den Präsidenten der Französischen Republik Felix Faure

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

(13. Juni 1897)

Empfangen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck der lebhaftesten Befriedigung seitens Ihrer Majestät der Kaiserin und meinerseits darüber, daß die Hand des Allmächtigen Gottes Ihr Leben Frankreich und Ihrer Familie erhalten hat.

Wilhelm

Zu Band XIII, S. 179

Nr. 3514

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoe Selo, den 1. Januar 1898

Empfange bitte von Alix und mir unsere besten Wünsche für das Neue Jahr; möge es ein friedliches und gedeihliches für unsere Länder werden, die bis jetzt glücklich Hand in Hand gearbeitet haben, und ich hoffe, daß es so bleiben wird. Wir senden ebenfalls Viktoria unsere herzlichen Glückwünsche.

Nicky

Zu Band XIII, S. 179

Nr. 3515

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Ausfertigung

St. Petersburg, den 13. Januar 1898

Ich spreche Dir meinen aufrichtigsten Dank für Deine freundlichen Neujahrsgrüße und besonders für Deinen Wunsch aus, daß unsere gemeinsamen

Bestrebungen immer erfolgreich sein mögen. Ich bete immer, daß Gott uns Frieden und ruhige Zeiten gewähren möge, um uns dadurch die Erfüllung unserer Pflichten gegen unsere Länder zu erlauben. Viele Grüße von uns Beiden an Viktoria.

Nicky

Zu Band XIII, S. 183

Nr. 3520

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland.

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, 16. Juni 1898

Tief gerührt durch Deine liebenswürdigen Worte beeile ich mich, Dir von ganzem Herzen für Dein freundliches Gedenken an diesen Tag zu danken. Wenn ich auf die verflossenen 10 Jahre zurückblicke, kann ich nur dem Allmächtigen für die väterliche Hilfe, die er mir bei meinem ganzen Tun gewährt hat, danken. Aber seine größte Gnade war, daß ich in Dir einen Monarchen mit denselben Idealen und Grundsätzen wie die meinigen fand, und der mein geliebter Freund ist. Möge Deine Freundschaft für mich immer die gleiche sein, wie ich sie für Dich habe und haben werde. Wenn unsere beiden Länder Seite an Seite stehen, wer wird den Weltfrieden zu brechen wagen?

Willy

Zu Band XIII, S. 195/196

Nr. 3529

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia, an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Livadia, 2./14. Dezember 1898

Liebster Willy!

Es war sehr freundlich von Dir, zwei lange und interessante Briefe während Deiner Reise — einen von Konstantinopel, den zweiten von Damaskus — zu schreiben. Ich danke Dir herzlich für dieselben; besonders hat mich interessiert, von Deinen persönlichen Eindrücken zu hören, da ich unglücklicherweise nicht Gelegenheit hatte, Syrien und Palästina während meiner Reise nach dem Osten zu besuchen. Vor einigen Tagen bekam ich einen Sonderbericht vom Grafen Osten-Sacken über eine Unterhaltung mit Dir an dem Tage, als er das Bild von Deiner Ankunft in Kronstadt im letzten Jahre überreichte. Deine gewohnte Offenheit ihm gegenüber macht mich glücklich, und ich bitte Dich, Dich auch fernerhin ebenso auf ihn zu verlassen, wie Du Dich auf mich verläßt und mir vertraust. Wenn Du eine gute Erklärung über eine Frage zu haben oder einige Neuigkeiten, die uns Beide betreffen mögen, zu erfahren wünschst, schicke bitte zukünftig zu Osten-Sacken, und schreibe mir außerdem (wenn Du dafür Zeit hast). Ich versichere Dir, daß die Angelegenheit auf diese Weise schnell und geräuschlos erledigt werden würde.

Ich hoffe, daß Englands anmaßendes Betragen nicht lange währen wird. Beim Beginn seiner Kriegsvorbereitungen schien es sie sehr ernst zu nehmen, aber jetzt, wo es sieht, daß die Wirkung, die es auf die Großmächte auszuüben hoffte, nicht so groß war, wie es gehofft hatte, daß sie sein würde, wird seine kriegerische Stimmung sich bald legen. Ich glaube nicht, daß England sehr viel Aussicht hat, ein wirkliches Bündnis mit den Vereinigten Staaten gegen Europa im allgemeinen und Rußland im besonderen zu bilden — da soviele auseinandergehende Interessen vorhanden sind . . . Kanada oder die wachsende Frage des Nicaragua-Kanals. Natürlich würden sie (ich meine die Engländer)

die Amerikaner gern gegen uns in China vorschieben. Dies beängstigt mich auch nicht, weil wir zu Lande fest in Port Arthur stehen, — und vor allem — Rußlands Grenzen berühren sich mit dem afghanischen Grenzgebiet. Und England sollt das nicht vergessen!

Ich bin froh, daß die kretensische Angelegenheit sich endlich ihrem Ende nähert. Du kennst den Grund, weshalb Rußland einen so hervorragenden Anteil an ihrer Lösung zu nehmen hatte, — auf die Gefahr hin, unsere guten und herzlichen Beziehungen mit der Türkei zu schädigen, — nämlich die Furcht, daß eine andere Großmacht sich auf der Insel einrichten könnte, und den natürlichen Wunsch, dem dauernden Blutvergießen endlich ein Ziel zu setzen. Es gab keinen anderen Weg, die Frage zu regeln, als die Entsendung Georgs als Oberbevollmächtigter der 4 Mächte; es ist eine durchgreifende Maßnahme, aber daher nach meiner Ansicht die einzig mögliche.

Unsere Truppen werden so lange dort bleiben, wie England die seinigen auf der Insel behält.

Wir haben beide hier eine sehr erfreuliche Zeit verlebt; der Herbst ist für uns, die wir aus dem Norden kommen, ein wirklicher Sommer gewesen. Man fühlt sich so wohl, alle Tage im Freien zu sein, zu reiten, Lawn-Tennis zu spielen usw. und nicht täglich langweilige Minister empfangen zu müssen. Noch haben sie nicht vergessen, mich mit Bergen von Schriftstücken zu bearbeiten, die ich zweimal in der Woche bekomme.

Ach! das Ende unseres Aufenthaltes in Livadia nähert sich, das wir etwa am 10./22. Dezember zu verlassen gedenken. Alix sendet Dir die besten Grüße; bitte bestelle die meinigen an Viktoria, und mit warmem Dank für Deine freundlichen Briefe verbleibe ich, liebster Willy, immer Dein Dir sehr zugetaner Vetter und getreuer Freund.

(gez.) Nicky

Zu Band XIV, 1, S. 73

Nr. 3693

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Groß-Strehlitz

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 10. November 1897

Der russische Geschäftsträger hat heute hier folgende ihm von Graf Murawiew zugegangene Telegramme vorgelesen:

I. 8. November.

Unser Erlauchter Herr ist durch Kaiser Wilhelm von dem Massaker der deutschen katholischen Missionare durch die Chinesen in der Provinz Chaidounen und davon benachrichtigt worden, daß infolge dieser Tatsache das deutsche Geschwader nach Kiautschou geschickt ist. Auf Befehl seiner Majestät habe ich unserem Vertreter in Peking telegraphiert, Schritte, die vom deutschen Vertreter mit dem Zweck, Bestrafung der in die Massakers verwickelten Chinesen zu erlangen, unternommen würden, zu unterstützen. Gleichzeitig ist unser Admiral im Stillen Ozean aufgefordert worden, in dem Falle, wo das deutsche Geschwader in Kiautschou einlaufen würde, einen Teil unseres Geschwaders dorthin zu schicken, da wir seit dem Jahre 1895 das Vorrecht haben, in diesem Hafen vor Anker zu gehen. Wir hoffen überdies, daß dieser Zwischenfall zwischen Deutschland und China auf freundschaftliche Art geregelt werden und die Intervention anderer Großmächte dadurch unnötig gemacht wird.

II. 9. November.

Wir glauben, daß die Erklärungen der chinesischen Regierung genügen werden, Deutschland zu befriedigen und die Entsendung eines deutschen

Geschwaders nach Kiautschou unnötig zu machen. Aber, wenn das der Fall wäre, ist es selbstverständlich, daß unsere Schiffe dort einfahren würden, nicht um an einer feindlichen Handlung teilzunehmen, sondern einzig und allein zur Bestätigung unseres Vorrechtes, dort vor Anker zu gehen. Wenn fremde Schiffe in einen Hafen, den China als geschlossen ansieht, eindringen, ist es nur zu wahrscheinlich, daß eine andere Macht von diesem Beispiel Nutzen zu ziehen suchen würde."

. . . . . Rotenhan

Zu Band XIV, 1, S. 83/84

Nr. 3699

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift vom Grafen Osten-Sacken am 14. November überreicht

(St. Petersburg, den 13. November 1897)

Hier ist die Erklärung des Inhalts meiner beiden letzten Telegramme: Wir sollen die Bai von Kiautschou nach dem Wortlaute der Erklärungen, die uns von der chinesischen Regierung gegeben worden sind, als geschlossen betrachten. Aber es würde uns augenscheinlich das Recht nicht bestritten werden, unsere Geschwader in dem Augenblick in die Bai einlaufen zu lassen, wo fremde Geschwader in den Hafen eindringen würden, da uns im Jahre 1895 das Vorrecht des Ankerwerfens in erster Linie für unsere Schiffe zuerkannt worden ist. Diese Lage ist in dem Briefe, den Fürst von Hohenlohe am 10. August aus Peterhof an mich gerichtet hat, und in der geheimen Notiz, die mir durch den Fürsten Radolin am 4. September zugestellt worden ist, deutlich anerkannt worden. Diese beiden Stücke machen die etwaige Einfahrt der deutschen Kriegsschiffe in die fragliche Bai von einem vorherigen Übereinkommen mit den russischen Marinebehörden abhängig.

Zu Band XIV, 1, S. 84

Nr. 3700

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Abschrift

Berlin, 14. November 1897

Nachdem ich die Mitteilungen, die mir heute zu machen Sie beauftragt gewesen sind, und deren ernster Charakter mir nicht entgehen konnte, geprüft habe, sehe ich mich zu meinem aufrichtigen Bedauern in der Unmöglichkeit, meine Ansicht, die Ihnen bekannt ist, und die sich wie folgt zusammenfassen läßt, zu ändern:

Alle beiderseits erfolgten Darlegungen, die damals bei den die Bai von Kiautschou betreffenden Besprechungen als Beweisstücke hätten dienen können, sind früheren Datums als das Telegramm, in dem Seine Majestät der Kaiser Nikolaus deutlich erklärt, sich zufolge neuerlicher Nachrichten für diese Frage nicht mehr zu interessieren. Die vorhergehenden Äußerungen, welcher Art sie auch seien, finden sich also durch diese Kaiserliche Erklärung mit vollem Rechte außer Kraft gesetzt.

(gez.) Fürst von Hohenlohe

Zu Band XIV, 1, S. 89

Nr. 3705

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Rom

Entzifferung

Nr. 31 Berlin, den 16. November 1897

Der russische Botschafter hat heute folgendes Telegramm des Grafen Murawiew übergeben:

„Unser Geschäftsträger in Peking verständigt uns, daß die Minister auf die Schritte hin, die von ihm bei der chinesischen Regierung unternommen worden sind, erklärt haben, daß sie alles tun würden, um Deutschland auf der Grundlage der Vorgänge, die in den von Frankreich, England und Amerika im gleichen Sinne gestellten Forderungen Platz gefunden haben, unverzüglich die weiteste Genugtuung zu geben, nämlich:

Todesstrafe für die Schuldigen, pekuniäre Entschädigung der Familien der Opfer und exemplarische Bestrafung der chinesischen Beamten, die schuldig befunden sind, die zur Vermeidung der Massakers notwendigen Maßnahmen nicht ergriffen zu haben. Der Kaiser von China hat bereits einen Kaiserlichen Erlaß in diesem Sinne veröffentlicht."

Der Herr Reichskanzler hat brieflich geantwortet:

„Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung. Es ist bis jetzt nicht zu meiner Kenntnis gelangt, daß der deutsche Gesandte, der sich zur Zeit der Massakers auf Reisen befand, unsere Forderungen der chinesischen Regierung bereits vorgelegt hätte."

Im Auftrage

Holstein

Zu Band XIV, 1, S. 90

Nr. 3706

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift. Vom Grafen Osten-Sacken am 17. November mitgeteilt

St. Petersburg, den 4./16. November 1897

Der Kaiser ist sehr überrascht von der Auslegung des persönlichen und in Klarschrift gegebenen Telegramms, das Seine Majestät an Kaiser Wilhelm gerichtet hat.

In den Augen unseres Erhabenen Herrn änderte dieses Telegramm in keiner Weise die Lage, und Seine Majestät hat durchaus nicht daran gedacht, sich für Kiautschou nicht mehr interessieren zu wollen, wenn er die Tatsache feststellte, daß wir diesen Hafen infolge der Erklärungen der chinesischen Regierung als gegenwärtig für die fremden Geschwader geschlossen betrachten müßten. In Anbetracht des Anker-Vorrechts, das uns im Jahre 1895 zugestanden worden ist, könnten wir nicht auf Kiautschou verzichten, in dem Moment, wo andere fremde Schiffe dort eindringen würden, und das um so weniger, als Rußland, wie wir in Peterhof festgestellt haben, im Augenblick über keinen anderen Hafen in diesen Gewässern verfügt.

Unser Erhabener Herr beauftragt Sie, alles Vorstehende dem Kaiser Wilhelm zu übermitteln.

Zu Band XIV, 1, S. 97/98

Nr. 3711

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Note. Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 22. November 1897

Seine Majestät der Kaiser von Deutschland wünscht, daß die folgenden Betrachtungen Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland zukommen.

Die Bai von Kiautschou war, obwohl sie durch ihre räumliche Nähe am Schauplatze der kürzlichen Massakers von vornherein als Gegenstand unserer Gegenforderungen angezeigt war, indessen ausdrücklich erst gewählt worden, als Seine Majestät der Kaiser von Deutschland das Telegramm erhalten hatte, auf Grund dessen Seine Majestät der Kaiser von Rußland erklärt, nicht imstande zu sein, eine Meinung zu äußern, da die russische Besetzung Kiautschous während der Jahre 1895 und 1896 nur einen vorübergehenden Charakter gehabt habe.

Schon vorher im Laufe seiner letzten Reise nach Rußland und infolge von Nachrichten aus zuverlässiger Quelle hatte der Kaiser von Deutschland die Überzeugung gewonnen, daß Rußland, da es die Bai von Kiautschou von seiner Operationsbasis zu weit entfernt fand, nicht beabsichtige, sich dort dauernd einzurichten. Das Telegramm, das Seine Majestät der Kaiser von Deutschland unter dem 7. dieses Monats an Seine Majestät den Kaiser von Rußland richtete, hatte also nur den einzigen Zweck, die Frage zu klären, ob schon im gegenwärtigen Zeitpunkte Rußland sich an Kiautschou desinteressierte, oder ob heute ein deutscher Schritt der russischen Politik in irgendeinem Grade lästig sein könnte.

Die Antwort Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus, die keinerlei Rückhalt aussprach oder auch nur ahnen ließ, machte die letzten Zweifel verstummen, und Seine Majestät der Kaiser von Deutschland gab dem Geschwader Befehl, sich nach Kiautschou zu begeben.

Hier sei daran erinnert, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland durch einen in Petersburg im März 1895 unternommenen Schritt seinen Beistand angeboten und auf diese Weise die Initiative für die gemeinsame diplomatische Aktion ergriffen hatte, die das Vorgehen der Japaner in Korea und auf dem Kontinent einengte. Unter den Folgen dieser Gruppierung der drei Mächte ist einerseits zu verzeichnen, daß Rußland nicht nur Korea, sondern den ganzen Norden Chinas, Peking und das innere Gelbe Meer einbegriffen, tatsächlich in seine ausschließliche Einflußzone hat hineinziehen können; daß andererseits Deutschland seine Lage im äußersten Osten gefährdet sieht, wie es die Reihe der gegen die Deutschen, Missionare, Marinesoldaten und andere, gerichteten Erpressungen, Beleidigungen und Missetaten beweist.

Dieses Phänomen, auf den ersten Blick unerklärlich, könnte sich nur durch die Wirkung feindlicher Beeinflussungen erklären lassen, die, die Ursprünglichkeit der deutschen Beteiligung im Jahre 1895 in Zweifel ziehend, die Uneigennützigkeit, die Deutschland während dieser Epoche bewiesen hat, als ein Symptom der Schwäche ausgelegt hätten.

Was auch die Ursache sei, die Tatsache ist offenkundig, daß Deutschland sich China gegenüber heute in einer unwürdigen Lage befindet, der ein für allemal und mit allen verfügbaren Mitteln abzuhelfen der Kaiser verpflichtet ist. Seine Majestät glaubt, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland, dessen Politik in Asien wie in Europa er unterstützt hat, und dessen Meinung er im vorliegenden Falle vor dem Handeln zu erfahren gewünscht hatte, sich in dem Gedanken mit ihm in Übereinstimmung befinden wird, daß im gegenwärtigen

Zeitpunkt jede an dem bereits angenommenen Aktionsplane vorgenommene Veränderung die chinesische Regierung und das chinesische Volk in einer mit den Interessen wie mit der Würde Deutschlands unvereinbaren Haltung bestärken würde.

Es ist kaum nötig hinzuzufügen, daß die Anwesenheit der Deutschen in der Bai von Kiautschou die russischen Schiffe, die sich dort aufzuhalten wünschten, nicht beeinträchtigen könnte, solange Rußland keine dauernden Einrichtungen im inneren Gelben Meere haben wird.

Zu Band XIV, 1, S. 121

Nr. 3733

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift. Vom Grafen Osten-Sacken am 14. Dezember mitgeteilt

(St. Petersburg), den 2./14. Dezember 1897

Angesichts der Besetzung der Bai von Kiautschou durch Deutschland hat Seine Majestät der Kaiser, nach erfolgter Genehmigung der chinesischen Regierung, einem Detachement seines Geschwaders im Stillen Ozean befohlen, in Port Arthur vor Anker zu gehen, um sich bis zum Empfang eines neuen Befehls vorübergehend dort aufzuhalten. Seine Majestät, davon überzeugt, daß Rußland und Deutschland im äußersten Osten Hand in Hand gehen müssen und können, beauftragt Eure Exzellenz, Seine Majestät den Kaiser Wilhelm davon zu unterrichten.

Zu Band XIV, 1, S. 122/123

Nr. 3734

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 17. Dezember 1897

Seine Majestät der Kaiser, dem ich Ihre Mitteilung vom 14. dieses Monats unverzüglich unterbreitet hatte, stimmt der ebenso energischen wie klugen Maßnahme, die soeben von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland angeordnet worden ist, herzlich zu. In der Tat wird Rußland von dem Augenblick an, wo die uneinnehmbare Stellung von Port Arthur gegen einen Handstreich gesichert worden ist, in der Lage sein, in Ruhe die Ereignisse kommen zu sehen, die den langsamen, aber fortschreitenden Zusammenbruch des chinesischen Reiches bezeichnen werden.

Mein Erhabener Herr hat auf die gute Botschaft, deren sympathischer Vermittler Sie gewesen sind, sofort antworten wollen. Seine Antwort stellt mit gleicher Klarheit einerseits den in eigentlichstem Sinne friedlichen Zweck der Entsendung des Prinzen Heinrich fest, andererseits die Übereinstimmung, die von nun an zwischen den Ansichten der beiden mächtigen Herrscher in allem besteht, was die Solidarität ihrer Interessen im äußersten Osten betrifft, eine Solidarität, die die beiden Reiche notwendigerweise dazu führen wird, angesichts einer gemeinsamen Gefahr dort gemeinsame Sache zu machen.

Ich bin glücklich, hinzufügen zu können, daß nach unseren Erkundigungen diese letzte Möglichkeit nicht unmittelbar bevorzustehen scheint, denn Japan, dessen Tätigkeitstrieb unter anderen Umständen hätte lästig werden können, wird durch die Schwierigkeit, die ihm die Annexion von Formosa geschaffen hat, in hohem Maße in Anspruch genommen. Aber augenscheinlich wird der Anteil des Zufalls an den Zukunftsereignissen noch beträchtlich verringert

werden, und die Gefahren, die aus einem anhaltenden Widerstande der chinesischen Regierung erwachsen könnten, werden mit einem Schlage beseitigt sein, wenn der russische Vertreter in Peking den Befehl erhält, unsere Forderungen zu unterstützen, deren hauptsächliche hier folgen:

Besetzung des Grenzgeländes der Bai von Kiautschou, das sich von einer für neutral erklärten Zone eingerahmt finden würde, in Form einer Pacht auf lange Zeit; Konzessionen für die Anlage von Eisenbahnen und die Ausbeutung von Steinkohlenlägern in der Provinz Schantung. Ich lege Wert darauf, auch auf einen Punkt von geringerer Wichtigkeit aufmerksam zu machen, bei dem wir indessen einem hartnäckigen Widerstand zu begegnen erwarten: ich will von der Art der Erhebung der Einfuhrzölle sprechen, die für Rechnung der chinesischen Regierung auf die von Kiautschou nach dem Inneren gehenden Waren im voraus erhoben werden sollen. Da die gegenwärtige Organisation der chinesischen Seezölle, unter dem Vorsitze von Sir Robert Hart, eher eine englische Einrichtung ist, möchten wir sie in unseren Gewässern durch eine gleichartige Organisation ersetzen, die ebenfalls für Rechnung der chinesischen Regierung arbeitet, aber von einem deutschen Chef mit chinesischen Untergebenen geleitet wird. — Was den Gedanken einer Neutralisierung des Jangtse-Tales betrifft, die die Handelsvölker der ganzen Welt auf gleichem Fuße behandelt, so ist das ein viel zu weit gesteckter Plan, als daß er in unserem einfachen heutigen Programm Platz finden könnte, und ich erwähne ihn hier nur streng vertraulich, in der Voraussicht, daß sein vorzeitiges Erscheinen auf der Tagesordnung Eifersüchteleien, die im Verborgenen bereits bestehen, zum Ausbruch bringen könnte.

Das ist das ohne Umschweife zusammengefaßte Programm, das Seine Majestät mich ermächtigt hat darzulegen, um die Gleichheit der zwischen ihm und Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland bestehenden Ansichten ausdrücklich festzustellen.

Bülow

Zu Band XIV, 1, S. 129/130

Nr. 3739

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland.

Telegramm. Eigenhändige Abschrift

(pr. 19. Dezember 1897)

Besten Dank für die freundlichen Wünsche für Heinrich. Nimm bitte meine Glückwünsche zur Ankunft Deines Geschwaders in Port Arthur entgegen. Rußland und Deutschland am Eintritt des Gelben Meeres mögen als Vertreter von St. Georg und St. Michael angesehen werden, die das Heilige Kreuz im Fernen Osten schützen und die Tore zum asiatischen Kontinent bewachen. Mögest Du imstande sein, die Pläne, die Du mir oft entrollt hast, völlig zu verwirklichen; meine Sympathie und Hilfe sollen im Notfalle nicht fehlen.

Willy

Zu Band XIV, 1, S. 134/135

Nr. 3743

Russisches Promemoria

Unsignierte und undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Osten-Sacken am 1. Januar dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow übergeben

(pr. 2. Januar 1898)

Ausgehend von dem von der deutschen Regierung tatsächlich anerkannten Grundsatze unserer ausschließlichen Aktionssphäre in den Provinzen Nordchinas, die die ganze Mandschurei, die Provinz Tschili und den chinesischen Turkestan

umfaßt, können wir dort fremden politischen Einfluß nicht zulassen, und alle Anstrengungen der Kaiserlichen Regierung werden auf die Bekräftigung und Befestigung dieses Einflusses gerichtet werden, um gute nachbarliche Beziehungen zum chinesischen Reiche aufrechtzuerhalten.

Daraus folgt mit aller Klarheit, daß diese Bedingungen uns die Verpflichtung auferlegen, darüber zu wachen, daß die in den genannten Provinzen garnisonierenden chinesischen Truppen vor jeder Einmischung von europäischem Einfluß bewahrt bleiben, und uns der Zulassung fremder Offiziere und Instrukteure in seine Kadres durchaus zu widersetzen, und das mit um so mehr Grund, da die Zentralregierung von China die Zustimmung dazu in Form einer formellen Verpflichtung erteilt hat.

Nichtsdestoweniger haben, in Anbetracht der in der chinesischen Militärverwaltung herrschenden Undisziplinierheit, die Kommandanten der verschiedenen Armeekorps es sich erlaubt, sich entgegen ihren Instruktionen unmittelbar an die in Peking akkreditierten Vertreter der verschiedenen Regierungen zu wenden, um fremde Instrukteure für die unter ihr Kommando gestellten Truppen zu erhalten.

So sind wir in letzter Zeit von der immer häufigeren Ankunft deutscher Instrukteure bei den in unserer politischen Einflußsphäre garnisonierenden Truppen benachrichtigt worden.

Im Vertrauen auf die aufrichtigen Erklärungen der deutschen Regierung, daß sie unsere Verpflichtung anerkennt, die Überlegenheit unseres politischen Einflusses in den Provinzen Chinas, die an unsere chinesische Grenze stoßen, zu wahren, — sind wir berechtigt, darauf zu zählen, daß das Berliner Kabinett seinerseits alle nötigen Maßregeln ergreifen wird, um den deutschen Offizieren und Soldaten den Eintritt als Instrukteure in den chinesischen Dienst in den im Norden Chinas garnisonierenden Armeen zu untersagen.

Die Beharrlichkeit, die die deutschen Agenten aufwenden, um die Führer der chinesischen Streitkräfte mit deutschen Instrukteuren zu versorgen, stellt sich nicht nur als eine Verletzung unserer Interessen dar, — sondern gibt für die anderen Mächte, wie England, Belgien und andere, einen berechtigten Anlaß, die Annahme der ihrigen zu erstreben.

Die feste und unerschütterliche Erklärung der deutschen Regierung, gemäß unseren Wünschen diesem schädlichen Zustande der Dinge im südlichen China ein Ende zu machen, würde in unseren Augen als unwiderleglicher Beweis für die Aufrichtigkeit des Wunsches des Berliner Kabinetts dienen, mit uns in den Fragen des äußersten Ostens zu einer freundschaftlichen Verständigung zu gelangen.

Sie sind beauftragt, sich bei Gelegenheit in diesem Sinne gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm und dem Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu äußern und über Ihre hierüber gepflogenen Unterredungen Bericht zu erstatten.

Zu Band XIV, 1, S. 250/251

Nr. 3803

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Handschreiben. Abschrift

Zarskoe Selo, 22. Mai/3. Juni 1898

Liebster Willy!

Ich danke Dir herzlich für Deinen interessanten und langen Brief, dessen Inhalt mich sehr überrascht hat.

Ich bin Dir sehr dankbar für die loyale und offene Art, in der Du wie gewöhnlich vor Entscheidung einer Frage meine Ansicht über sie zu wissen wünschst.

Vor drei Monaten, mitten in unseren Verhandlungen mit China, überreichte uns England ein Memorandum, das verschiedene verlockende Vorschläge enthielt, um uns möglichst dazu zu bewegen, zu einer vollständigen Übereinstimmung über alle die Punkte zu gelangen, in denen unsere Interessen mit den seinigen zusammenstießen. Diese Vorschläge hatten einen so neuen Charakter, daß ich sagen muß, wir waren sehr erstaunt und doch — ihre wahre Natur schien uns verdächtig, denn niemals vorher hat England solche Anerbietungen an Rußland gemacht. Das zeigte uns klar, daß England unsere Freundschaft zu jener Zeit brauchte, um in der Lage zu sein, unserer Entwicklung im Fernen Osten, in verschleierter Form, Einhalt zu tun. Ohne zum zweitenmal darüber nachzudenken, wurden seine Vorschläge abgelehnt. Zwei Wochen später war Port Arthur unser. Wie Du weißt, sind wir mit Japan zu einer Verständigung über Korea gekommen, und wir sind seit langer Zeit in den besten Beziehungen mit Nordamerika gewesen.

Ich sehe wirklich keinen Grund, weshalb das letztere sich plötzlich gegen alte Freunde wenden sollte — nur wegen der „schönen Augen" Englands?

Es ist sehr schwer für mich, wenn nicht ganz unmöglich, auf Deine Frage zu antworten, ob es für Deutschland nützlich ist oder nicht, diese oft wiederholten englischen Vorschläge anzunehmen, da ich nicht die geringste Kenntnis ihres Wertes gewonnen habe.

Du mußt natürlich entscheiden, was für Dein Land das Beste und Notwendigste ist.

Deutschland und Rußland haben seit alten Zeiten in Frieden als gute Nachbarn gelebt, und Gott gebe, daß sie in dieser Weise, in enger und loyaler Freundschaft, fortfahren mögen.

Zwischen unseren Ländern bestehen glücklicherweise keine politischen Reibungen, und nirgends stoßen unsere Interessen zusammen.

Die Geschichte von Kiautschou ist ein gutes Beispiel für das, was ich gerade sagte, und ich bin ganz sicher, daß es auch zukünftig so sein wird! Du kennst meine Gedanken und Überzeugungen, und Du kannst Dich deshalb vollkommen auf die friedliche und ruhige Haltung meines Landes verlassen.

Ich danke Dir nochmals, daß Du mir in einem für Dich so ernsten Augenblick geschrieben hast! Gott segne Dich, mein lieber Willy.

Vertraue immer Deinem Dich liebenden Vetter und getreuen Freunde

(gez.) Nicky

Zu Band XIV, 1, S. 313/314

Nr. 3845

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 548 London, den 3. August 1898

Zu Telegramm Nr. 195.

Die nachstehende französische Redaktion der bisher in der portugiesischen Frage zwischen uns besprochenen Punkte habe ich heute Lord Salisbury vorgelesen, um festzustellen, wie weit in diesen Punkten zwischen uns Einigung besteht:

„1. Gemeinsame oder gleichzeitige Anleihe gegen die Verpfändung der Zölle von Angola, Mozambique und des portugiesischen Teiles von Timor.

2. Von den oben erwähnten Zöllen sollen die von Mozambique im Süden von Zambesi und die von der Provinz Angola im Norden von Egito bis zur Linie von . . . für die englische, die übrigen für die deutsche Anleihe bestimmt werden.

3. Deutschland und England werden das Recht haben, nach dem Abschluß der Anleihe Abgeordnete zu entsenden, um an Ort und Stelle die Verwaltung der Zölle, die für jedes Land besonders bestimmt sind, zu überwachen.

In den Fällen, wo die Zinsen der Anleihe nicht genau zu den vereinbarten Zeitpunkten von Portugal bezahlt würden, soll die Verwaltung der im besonderen für Deutschland und England bestimmten Zölle ihnen zu gleicher Zeit wieder übergeben werden.

4. Im Falle neuer finanzieller Schwierigkeiten der portugiesischen Regierung, welcher Art sie auch seien, und falls sie sich an eine der beiden Regierungen wendete, um unmittelbar oder durch ihre Vermittlung einen pekuniären Beistand zu erlangen, wird sich diese letztere ohne eine vorherige Verständigung dieserhalb zwischen Deutschland und England jeder Einmischung enthalten.

5. Wenn die portugiesische Regierung sich entschließt, nach dem Abschluß der Anleihe die Kontrolle über den Hafen von Lourenzo Marques und die Eisenbahn in Transvaal England einzuräumen, wird Deutschland sich dem nicht widersetzen, aber es ist selbstverständlich, daß diese Abtretung erst wird verwirklicht werden können, wenn Deutschland seinerseits die Verwaltung der Zölle, die ihm besonders zugewiesen sind, erhalten wird.

Die Privatrechte deutscher Untertanen in Delagoa, wie sie sich aus der Konzession von Catembe ergeben, sollen sichergestellt werden.

6. Für den Fall, daß Portugal auf seine Souveränitätsrechte über Mozambique, die Provinz Angola und den portugiesischen Teil von Timor verzichten, oder es diese Gebiete auf andere Weise verlieren würde, ist es durchaus selbstverständlich, daß die Teile dieser portugiesischen Gebiete, in denen die Kontrolle der Zollverwaltung zugunsten Deutschlands und Englands festgesetzt worden ist, als volles Eigentum jeder der beiden Mächte zukommen sollen."

Die im Telegramm Nr. 195 erwähnten Bemerkungen des Premierministers beziehen sich auf diese Redaktion, die ich ausdrücklich als eine rein persönliche bezeichnet habe.

Hatzfeldt

Zu Band XIV, 1, S. 324/326

Nr. 3858

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 579 London, den 19. August 1898

Der mir gestern unamtlich und vertraulich mitgeteilte Text der beiden Deklarationen in der portugiesischen Frage lautet:

Vertraulich

Erklärung A

Angesichts der Möglichkeit, daß Portugal die finanzielle Unterstützung einer oder mehrerer fremder Mächte nachsuchen könnte, und in der Absicht, den internationalen Verwicklungen, die aus einer derartigen Lage der Dinge hervorgehen könnten, vorzubeugen und um Portugals Integrität und Unabhängigkeit zu erhalten, sind die von den Regierungen von Großbritannien und Deutschland vorschriftsmäßig bevollmächtigten Unterzeichneten wie folgt übereingekommen:

1. Sobald entweder die britische oder die deutsche Regierung der Ansicht ist, daß es ratsam ist, dem Ersuchen um ein Gelddarlehen an Portugal gegen die Sicherheit der üblichen Zölle von Mozambique oder Angola nachzukommen,

wird sie die Tatsache der anderen Regierung mitteilen, und die andere Regierung soll das Recht haben, einen Teil der geforderten Gesamtsumme darzuleihen.

Falls die andere Regierung ihre Absicht, dieses Recht auszuüben, kundgibt, sollen die beiden Anleihen so bald wie möglich gleichzeitig ausgegeben werden, und (? zwei Drittel) der Gesamtsumme soll von Großbritannien und (? ein Drittel:) von Deutschland gegeben werden.

2. Von den in Artikel 1 erwähnten Zolleinnahmen sollen diejenigen der Provinz Mozambique, südlich vom Sambesi und des Teiles derjenigen Provinz, die westlich und nördlich des Zusammenströmens der Flüsse Schire und Sambesi liegt; und der Provinz von Angola, nördlich von Egito bis zur Linie, die von Ambriz bis zur Kreuzung des 8. Breitengrades südlicher Breite mit dem 16. Längengrad östlicher Länge von Greenwich führt, von dort diesen Grad hinunterführend bis zum 9. Breitengrad und diesem Grad ostwärts folgend bis zur Grenze des Kongo-Freistaates dem britischen Darlehen oder dem Teil des von England geleisteten Darlehens zugewiesen werden; die Zölle der Provinz Mozambique nördlich von Sambesi, mit Ausnahme des westlich und nördlich von dem Zusammenfluß der Ströme Schire und Sambesi liegenden Teiles, und diejenigen der Provinz von Angola südlich von Egito und nördlich der Linie von Ambriz, wie oben genau erklärt, sollen dem deutschen Darlehen oder dem Anteil des von Deutschland zu gewährenden Darlehens zugewiesen werden.

3. Delegierte, welche etwa von England oder Deutschland entsandt werden, um die Erhebung der für die Sicherheit der betreffenden Anleihen verpfändeten Einnahmen zu beobachten, sollen nur das Recht der Inspizierung, aber nicht das Recht der Verwaltung, des Einspruchs oder der Kontrolle haben, solange kein Fehler in der Zinszahlung oder im Schuldentilgungsverfahren vorkommt.

4. Im Falle des Verschuldens in der Zinszahlung oder im Schuldentilgungsdienst jeder Anleihe soll die Verwaltung der verschiedenen ausdrücklich verpfändeten Zollstellen in den beiden Provinzen von Portugal abgegeben werden; und zwar die als Sicherheit für die deutsche Anleihe verpfändeten an Deutschland, die als Sicherheit für die britische Anleihe verpfändeten an Großbritannien.

5. Kein Privatrecht irgendwelcher britischen oder deutschen Untertanen soll von dieser Vereinbarung berührt werden, und im besonderen soll die sogenannte Katembe-Konzession geschützt werden, unter der Voraussetzung, daß diese Konzession ausschließlich rein private Rechte zediert und keine territoriale oder administrative Gerichtsbarkeit in sich schließt.

Erklärung B

Nichtamtlich mitgeteilt.
Balfour.

Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß es, ungeachtet der Festsetzungen der vorstehenden Erklärung vom heutigen Tage oder irgendeiner anderen schon in Kraft befindlichen oder hier später zwischen Portugal und irgendeiner der vertragschließenden Parteien zu treffenden Abmachung, nicht für möglich befunden werden möchte, die Integrität der afrikanischen Besitzungen Portugals südlich vom Äquator aufrechtzuerhalten, haben die Unterzeichneten, im Namen ihrer entsprechenden Regierungen weiterhin wie folgt vereinbart:

1. Großbritannien und Deutschland vereinbaren, sich der Einmischung irgendeiner dritten Macht in den Provinzen von Angola und Mozambique, entweder auf dem Wege einer Anleihe für Portugal gegen die Sicherheit der Einnahmen aus diesen Provinzen, oder mittels Gebietserwerbung, Schenkung, Abtretung, Ankauf, Pacht oder auf andere Weise, gemeinsam zu widersetzen.

2. Falls Portugal auf seine Souveränitätsrechte über Mozambique oder Angola verzichtet oder diese Gebiete auf irgendeine andere Weise verliert, ist ausgemacht, daß Großbritannien davon Abstand nimmt, einen Anspruch irgend-

welcher Art auf den Besitz, die Besetzung, die Kontrolle oder auf die Ausübung politischen Einflusses in den Teilen oder über die Teile der portugiesischen Provinzen geltend zu machen, in denen die Zolleinnahmen an Deutschland verpfändet worden sind, und daß Deutschland in gleicher Weise davon Abstand nehmen wird, einen Anspruch irgendwelcher Art auf den Besitz, die Besetzung, die Kontrolle oder auf die Ausübung politischen Einflusses mit Wirksamkeit über diejenigen Teile dieser portugiesischen Provinzen geltend zu machen, in denen die Zolleinnahmen an England verpfändet worden sind.

3. Wenn das an den Kongofluß angrenzende portugiesische Gebiet unter die Kontrolle Deutschlands kommen sollte, wird die Kaiserliche deutsche Regierung Großbritannien zwei Grundstücke an diesem Flusse überlassen, eines an einem geeigneten Platze an der Mündung und das andere höher hinauf gelegen, zu Bedingungen ähnlich denjenigen, die im Hinblick auf den Niger zwischen Großbritannien und Frankreich in der Konvention vom 14. Juni 1898 vereinbart worden sind.

4. Nichts in dieser Erklärung soll als Beeinträchtigung der Festsetzungen der zwischen Großbritannien und Portugal bestehenden Verträge angesehen werden.

Hatzfeldt

Zu Band XIV, 2, S. 385/386

Nr. 3905

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Jerusalem

Telegramm. Unsignierte Abschrift. Vom russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken am 3. November im Auswärtigen Amt zur Beförderung an Kaiser Wilhelm II. übergeben

Livadia, den 22. Oktober/3. November 1898

Ich weiß nichts von einem bevorstehenden Konflikt zwischen Frankreich und England. Murawiew, der gerade von Paris zurückgekehrt ist, berichtet, daß im Gegenteil Delcassé ihm gesagt hätte, er hätte keinen Grund anzunehmen, der Faschoda-Zwischenfall könnte Frankreich und England zu einem ernsten Mißverständnis führen. Ich denke, man sollte in diesem Falle die Ereignisse abwarten, bevor man irgendeine Entscheidung trifft, um so mehr, als es immer verkehrt ist, sich in andere Angelegenheiten einzumischen, ohne gefragt zu sein.

Zu Band XIV, 2, S. 387/389

Nr. 3908

Der preußische Gesandte in Hamburg Graf von Metternich an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Eigenhändiger Privatbrief

Hamburg, den 6. November 1898

Aus London erhalte ich ferner folgende geheime Mitteilung eines Bekannten über ein Gespräch, welches derselbe am 4. d. Mts. mit Mr. Chamberlain geführt hatte.

Hiernach sagte Mr. Chamberlain:

„Es gibt nur wenige, die sich den Ernst der augenblicklichen Lage vergegenwärtigen. England ist eine friedliche, handeltreibende Nation und hat es bis jetzt immer fertig gebracht, Krieg zu vermeiden. Wir sind indessen an einem Punkte angelangt, wo unsere Geduld zu Ende ist, und die öffentliche Meinung ist der sogenannten liebenswürdigen Konzessionen überdrüssig. Ich

glaube, daß Frankreich Faschoda räumen wird, aber das wird nicht die Frage entscheiden, ob Frankreich auf der Weigerung besteht, aus Bahr-el-Ghazal herauszugehen. Frankreich wird versuchen, dort denselben Trick anzuwenden, wie kürzlich in Westafrika und vorher in Madagaskar, Tunis und Siam. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo England und Frankreich alle ihre Differenzen einmal und für immer beizulegen haben. Tatsächlich ist die englische Nation in einer Stimmung, wo sie lieber kämpfen als nur ein Jota nachgeben will. Ich sowohl wie meine Kollegen sind uns der Tatsache sehr wohl bewußt, daß das Nachgeben von auch nur einem Jota den Umsturz der jetzigen Regierung bedeuten würde."

Als mein Bekannter frug, ob Lord Salisbury wohl eine tatkräftige Politik einschlagen werde, erwiderte Mr. Chamberlain im engsten Vertrauen:

„Ich befürchte, daß Lord Salisbury selbst nicht über die Geistesstärke verfügt, um die nötige Krisis zuwegezubringen und den richtigen Augenblick zu wählen, um, wie Bismarck es in Ems tat, zu kämpfen. Sie mögen indessen versichert sein, daß alle meine Kollegen, sogar Mr. Arthur Balfour, derselben Meinung sind wie ich, nämlich daß Lord Salisburys Politik „Frieden um jeden Preis" durchaus nicht länger weitergehen kann, und daß England der ganzen Welt zu zeigen hat, daß es handeln kann. Ich betrachte den gegenwärtigen Zeitpunkt für sehr günstig für uns, und Sie werden sehen, was sich ereignen wird, sobald unsere Kriegsvorbereitungen beendet sind."

Auf die Frage meines Bekannten, „ob sie beabsichtigten, Lärm zu machen," erwiderte Mr. Chamberlain:

„Sicherlich nicht, wie ich Ihnen bereits sagte; wir sind eine friedliche, handeltreibende Nation; aber sobald wir fertig sind, werden wir unsere Rechnung Frankreich nicht nur in Ägypten, sondern auf der ganzen Welt vorlegen, und sollte es sich weigern zu zahlen, dann Krieg. Weihnachten mag ruhig vorübergehen, aber was sich im Januar oder Februar ereignen wird, kann niemand vorhersagen."

Auf die Frage, wie sich Rußland im Falle eines Krieges stellen würde, antwortete Mr. Chamberlain:

„Wir haben guten Grund anzunehmen, daß Rußland versuchen wird, sich von dem Zusammenstoß fernzuhalten, wenn es ihn irgend vermeiden kann; nebenbei ist, da im Januar und Februar seine Flotte im Baltischen Meer und in China eingefroren sein wird, seine einzige verfügbare Flotte die Schwarze-Meer-Flotte, die wir nicht fürchten. Rußland wird sehr wahrscheinlich Frankreich seiner moralischen Unterstützung versichern, aber das ist alles. Heute nachmittag werden wir tatsächlich etwas darüber hören, da Baron de Courcel und Herr von Staal sich verabredet haben, zusammen im Foreign Office vorzusprechen. Wir werden sicherlich keine Notiz davon nehmen, was Rußland sagt."

Schließlich erwähnte Mr. Chamberlain noch, wie sehr er sich freue, daß die im vorigen Jahr von ihm vorgeschlagene Anbahnung freundlicher Beziehungen zu Deutschland in dem afrikanischen Abkommen einige Früchte getragen habe. Er drückte sich meinem Bekannten gegenüber folgendermaßen aus:

„Meiner Meinung nach besteht zwischen England und Deutschland überhaupt kein wesentlicher Gegensatz, aber die Deutschen sind ein sentimentales Volk und nehmen mitunter ohne irgendeinen triftigen Grund etwas übel. Sollte es zu einem Zusammenstoß zwischen England und Frankreich kommen, so werden uns, hoffe ich, die guten Wünsche der deutschen Regierung und des deutschen Volkes begleiten. Ich stehe einer noch engeren Annäherung der beiden Nationen sehr wohlwollend gegenüber. Wir wissen sehr genau, daß im Falle von Feindseligkeiten Deutschland sich davon fernhalten wird, aber wir hoffen, daß seine Neutralität uns gegenüber wohlwollend sein wird. Ich hoffe auch

aufrichtig, daß die deutsche Presse unserem Volke keinen Grund zum Angriff geben wird, da eine wohlwollende Haltung der deutschen Presse England gegenüber im Falle eines Krieges wesentlich dazu beitragen würde, eine dauerhafte gute Stimmung zwischen den beiden Nationen und zwischen der teutonischen und angelsächsischen Rasse in der ganzen Welt herbeizuführen. Ich glaube in der Tat, daß ein Krieg Englands mit Frankreich alle englisch sprechenden Völker in der ganzen Welt vereinigen und eine dauernde Verständigung untereinander zustandebringen würde."

. . . . . P. Metternich

Zu Band XIV, 2, S. 394/395

Nr. 3913

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Baalbek (Syrien), an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Baalbek, den 11. November 1898

Ganz geheim

Das nachstehende ganz geheime Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs bitte ich durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in St. Petersburg auf dem dortigen Ministerium des Äußern zur Weiterbeförderung an Seine Majestät den Kaiser von Rußland übergeben zu lassen:

„Mit bestem Danke für Dein Telegramm vom achten*, das ich gerade erhielt, beeile ich mich, es zu beantworten. Die Berichte, die mir gestern von England zugegangen sind, teilen mit, daß nicht nur die britische Flotte, sondern auch seit einigen Tagen die britischen Landstreitkräfte in aller Ruhe für den Krieg vorbereitet werden. Die britische Kanalflotte soll irgendwo im Mittelmeer sein, eine Tatsache, die sich niemals vorher ereignet hat. Das läßt keinen Zweifel, daß England sich auf einen plötzlichen Schlag vorbereitet; wie ich aus sicherer Quelle höre, wahrscheinlich auf die Annexion Ägyptens und auch des ganzen Gebietes von Bar-el-Ghazal, das den Franzosen gehört. Der Rückzug der letzteren von Faschoda hat in keiner Weise die britischen Aspirationen befriedigt. Die Minister in London haben geäußert, England beabsichtige, sich unauffällig auf den Krieg vorzubereiten, und wenn sie fertig sind (falls sie nicht vorher gestört werden), plötzlich mit Frankreich auf dem ganzen Erdball auf einmal „die Rechnungen zu begleichen". Es wurde höhnisch hinzugefügt, daß Rußland nicht helfen könnte, da Frankreich knapp an Geld und daher unfähig sei, Krieg zu führen; und daß im Winter Rußlands Flotte eingefroren sei. Da die deutsche Flotte nicht der Rede wert sei, würde Frankreich ganz von ihrer** Gnade abhängen. Ich bin sehr erstaunt, daß Graf Murawiew von alledem nichts gesehen und gehört hat. Du wirst zugeben, daß die Lage äußerst gefährlich ist und es um so mehr geworden ist durch den unglücklichen und unzeitigen Rückzug der Franzosen von Faschoda, der der britischen Habgier und skrupellosen Herrschsucht einen starken Antrieb gegeben hat. Ich träume nicht von Einmischung, aber da ich ein Unwetter heraufziehen sehe, bin ich gezwungen, meine Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, und wünsche, meine Politik, falls Schwierigkeiten entstehen sollten, der Deinigen so weit wie möglich anzupassen. Willy."

Bülow

---

* In Wirklichkeit war das Telegramm vom 3. November 1898. Vgl. Nr. 3916.

** Nämlich der Engländer.

Zu Band XIV, 2, S. 397

Nr. 3916

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Rhodos, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 140 Rhodos, den 13. November 1898
Ganz geheim

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 164.

Seine Majestät haben dem Telegramm an Seine Majestät den Kaiser von Rußland nunmehr die nachstehende Fassung zu geben geruht:

„Baalbek, 10. November

Mit bestem Danke für Dein Telegramm vom 3., das ich gerade erhielt, beeile ich mich, es zu beantworten. Die Berichte, die mir gestern zugegangen sind, teilen mit, daß nicht nur die britische Flotte, sondern auch seit einigen Tagen die britischen Landstreitkräfte in aller Ruhe für den Krieg vorbereitet werden. Das läßt keinen Zweifel daran, daß der Rückzug von Faschoda in keiner Weise die britischen Aspirationen befriedigt hat. Von den Ministern in London wird gesagt, sie hätten geäußert, daß England sich unauffällig auf den Krieg vorzubereiten beabsichtige, um, wenn es fertig ist, plötzlich mit Frankreich auf dem ganzen Erdball auf einmal „die Rechnungen zu begleichen". Es wurde höhnisch hinzugefügt, daß Rußland nicht helfen könne, da Frankreich knapp an Geld und daher unfähig sei, Krieg zu führen; und daß im Winter Rußlands Flotte eingefroren sei. Da die deutsche Flotte nicht der Rede wert sei, könnte Frankreich ganz von ihrer * Gnade abhängig sein. Du wirst zugeben, daß die Lage ziemlich gefährlich ist. Ich träume nicht von Einmischung, aber da ich ein Unwetter heraufziehen sehe, bin ich gezwungen, meine Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, und wünsche, meine Politik, falls Schwierigkeiten entstehen sollten, der Deinigen so weit wie möglich anzupassen. Willy."

Bülow

Zu Band XIV, 2, S. 446

Nr. 3961

Anlage

Sultan Abdul Hamid II. an den türkischen Botschafter in Berlin Tewfik Pascha

Telegramm. Unsignierte Abschrift

(Konstantinopel, den) 6. Oktober 1891

Seine Majestät der Sultan hat den Wunsch, die Hauptstadt mit den Armeekorps, die bis Bagdad stehen, verbunden zu sehen. Da er dieses Unternehmen keinen anderen Personen als Herrn Kaulla übertragen will, der seine deutsche Gruppe vertritt, hat er Herrn Kaulla beauftragt, dieses Werk zu verwirklichen, indem er ihm seine volle Unterstützung versprach, und ihm versicherte, einen großen persönlichen Anteil daran zu nehmen. Im Vertrauen auf die Freundschaft seiner Majestät des Kaisers bittet ihn Seine Majestät der Sultan, seinen hohen Schutz und seine moralische Unterstützung der Verwirklichung dieses Unternehmens bei den deutschen Banken und Kapitalisten gütigst zuwenden zu wollen.

* Nämlich der Engländer.

Zu Band XIV, 2, S. 455

Nr. 3969

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 9. Januar 1893

Telegramm Lord Roseberys.

„Die Regierung Ihrer Majestät wünscht unter keinen Umständen, eine Konzession an die deutsche Gruppe für die Eisenbahn von Angora nach Bagdad zu hindern. Der Botschafter Ihrer Majestät hat der Pforte nur vorgestellt, daß eine Konzession zur Verlängerung der Heidar-Pascha-Ismid-Linie bis Konie die beiden britischen Linien, die von Smyrna nach dem Inneren führen, und die den Konie-Distrikt als ihr natürliches Operationsfeld betrachten, sehr beeinträchtigen würde. Gerade im Hinblick auf diese Angelegenheit hat er nur um Aufschub ersucht, damit die Interessen der britischen Gesellschaften berücksichtigt werden möchten.

Die Regierung Ihrer Majestät wünscht, keinen für den deutschen Einfluß oder das deutsche Interesse in Konstantinopel nachteiligen Schritt zu unternehmen."

Wunsch, daß beide Botschafter sich mündlich besprechen.

Marschall

Zu Band XIV, 2, S. 605/606

Nr. 4066

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 84 Berlin, den 13. April 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 78 und Privattelegramm.

Der meines Erachtens die uneingeschränkte Annahme des Einstimmigkeitsprinzips aussprechende, hier vom englischen Botschafter vorgelegte Entwurf Lord Salisburys für das Kommissionsabkommen lautet:

„Im Hinblick auf die Unruhen, die kürzlich in Samoa ausgebrochen sind, und zum Zwecke der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung haben die drei Mächte, Teilnehmer an der Berliner Konferenz, eine Kommission zur Übernahme der provisorischen Regierung auf den Inseln bestimmt.

Zu diesem Zwecke sollen sie die höchste Befehlsgewalt auf den Inseln ausüben. Jede andere Person oder alle anderen Personen, die dort Befehlsgewalt ausüben, ob sie nach den Festsetzungen der Berliner Schlußakte handeln oder auf andere Weise, sollen ihren Befehlen gehorchen: und die drei Mächte werden ihre Konsulatsbeamten und Marineoffiziere anweisen, gleichen Gehorsam zu leisten. Keine von den Kommissionsmitgliedern in Verfolgung der oben genannten Befehlsgewalt unternommene Handlung soll gültig sein, wenn sie nicht von allen drei Kommissionsmitgliedern gebilligt worden ist. Es gehört mit zu der Eigenschaft der Kommissionsmitglieder, die Verfügungen, die sie für die zukünftige Regierung der Inseln und für die Abänderung der Berliner Schlußakte für notwendig erachten mögen, zu erwägen und ihren Regierungen die Schlußfolgerungen, zu denen sie gekommen sein mögen, mitzuteilen."

. . . . . .

Bülow

Zu Band XIV, 2, S. 609/610

Nr. 4068

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 291 London, den 15. April 1899

Der Legationsrat Freiherr von Eckardstein hat mir soeben Aufzeichnungen über die Unterhaltung zugehen lassen, welche er mit Herrn Cecil Rhodes gehabt hat.

. . . . . .

Über Samoa äußerte sich Herr Cecil Rhodes in folgender Weise:

„Vor einigen Wochen, als ich von Berlin zurückkehrte, wo ich sehr freundlich und höflich vom Kaiser, vom Auswärtigen Amt und von der offiziellen Welt empfangen worden bin, was mir eine große Ermutigung für meinen großen afrikanischen Plan gegeben hat, habe ich sofort begonnen, die englische Regierung zu veranlassen, Deutschland bei der Beilegung der Samoa-Schwierigkeiten auf freundschaftliche Weise und in Übereinstimmung mit dem Samoa-Vertrage von 1889 zu helfen. Der Kaiser selbst hat mich gebeten, das zu tun, und ich verwendete meinen ganzen Einfluß auf das Kabinett, das Auswärtige Amt und die Presse. Ich sah Lord Salisbury ein oder zwei Tage vor seiner Reise nach dem Süden, und nachdem ich eine lange Unterhaltung mit ihm über Samoa gehabt hatte, verließ ich ihn mit dem Eindruck, daß alles ohne Unterschied in befriedigender Weise gelöst werden würde. Die Nachricht über die Kämpfe in Samoa, die uns eine Woche später erreicht hat, kam mir deshalb ganz unerwartet, und ich konnte das kaum verstehen, weil ich nach meiner Unterredung mit Lord Salisbury dachte, er habe den englischen Behörden in Samoa genaue Anweisungen gegeben, von jeder übereilten Handlung Abstand zu nehmen. Ich selbst halte das englische und amerikanische Vorgehen in Samoa für durchaus widerrechtlich und für eine Unfreundlichkeit gegen Deutschland. Ich kann es unmöglich verstehen, wie die Politik des Auswärtigen Amtes so kurzsichtig sein kann, Deutschlands Empfindlichkeit und Stolz wegen dreier kleiner Inseln im Stillen Ozean zu verletzen, zu einer Zeit, wo die englische Politik in Afrika mit Deutschland zu einer vollständigen und freundschaftlichen Verständigung zu gelangen sucht.

Ich ermächtige Sie, von meiner Ihnen dargelegten Ansicht soviel, wie Sie wollen, Gebrauch zu machen, wenn Sie es für geeignet halten, sogar gegenüber der Presse in Deutschland.

Was ich vorstehend erklärt habe, habe ich jedem gegenüber, den ich in London sah, erklärt, und alle meine Freunde sind derselben Meinung."

. . . . . .

P. Hatzfeldt

Zu Band XIV, 2, S. 615/619

Nr. 4074

Kaiser Wilhelm II. an Königin Viktoria von England

Privatschreiben. Eigenhändiges unsigniertes Konzept

Neues Palais, den 22. Mai 1899

L(iebe) Gr(oßmama)!

Der Brief vom 18. d. M., den Du mir freundlichst sandtest, kam am 20. an. Die Nachricht bezüglich der Gerüchte, die in Deutschland umlaufen sollen, und die Dir Verdruß bereitet haben, hat mich aufs äußerste in Erstaunen

gesetzt, da ich niemals etwas darüber gehört habe. Ich habe sofort eine Unterredung mit meinem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gehabt, alle deutschen Presse-Artikel, die seit meiner Rückkehr vom Mittelmeer erschienen sind, nachgeprüft und auch veranlaßt, in der Berliner Gesellschaft sowohl wie in den süddeutschen Staaten sehr strenge Untersuchungen anzustellen. Das Ergebnis dieser sehr durchgreifenden und nachdrücklichen Untersuchungen ist, daß solche Gerüchte niemals irgendwo in Umlauf gewesen sind — nämlich, daß man darüber erstaunt gewesen wäre, daß Du mich dieses Jahr nicht nach Cowes eingeladen hättest —, und daß derartige Artikel niemals in unseren Zeitungen veröffentlicht worden sind, ja daß nicht einmal in ihnen darauf angespielt worden ist. Ich neige deshalb zu der Vermutung, daß Dein Berichterstatter irgendeinen außergewöhnlichen Irrtum begangen haben muß, oder daß er über die Vorgänge in Deutschland nicht ganz im Bilde ist. Ich bin sehr glücklich, Deine Befürchtungen hinsichtlich der Möglichkeit, daß infolge dieser durchaus unbegründeten Gerüchte zwischen den beiden Ländern Mißverständnisse entstehen könnten, beschwichtigen zu können. Andererseits halte ich es für meine Pflicht, zu betonen, daß die öffentliche Meinung sehr erregt und aufs tiefste empört gewesen ist über die unglückliche Art, wie Lord Salisbury Deutschland in der Samoa-Angelegenheit behandelt hat. Nachdem wir zu dem südafrikanischen Abkommen gelangt waren — das ich sehr gegen den Willen unserer Kolonialkreise durchgesetzt habe —, dachte man in Deutschland, daß eine neue Basis für gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Wohlwollen in Kolonialfragen geschaffen worden sei. Dann kam unsere militärische Kundgebung für die Sieger von Omdurman auf dem Waterlooplatz in Hannover, die ein Zeichen wärmsten Interesses unserer Armee für die Taten ihrer britischen Waffenbrüder war. Mein Besuch in Malta — da ich meinen Besuch leider nicht auf Ägypten ausdehnen konnte — war ein Zeichen meines wohlwollenden Interesses an Deiner Flotte und Deiner Flagge, deren Admiral zu sein ich so stolz bin. Und, nicht zum letzten, unter entschiedener Mißbilligung durch die öffentliche Meinung — die darüber sehr gereizt war — und dem sehr heftigen Widerstande aller deutschen Gesellschaftsklassen zum Trotz empfing ich Sir Cecil Rhodes. Nur um dadurch zu zeigen, daß ich es für meine Pflicht hielt, alles, was in meiner Macht stand, zu tun, um Deiner Regierung in dem Werk des Friedens und der Verständigung zum Segen meines Landes zu helfen. Als „Vergeltung" („rendu") für alles dies hat Lord Salisbury Deutschland in der Samoafrage in einer Art behandelt, die mit den die Beziehungen zwischen Großmächten regelnden Sitten gemäß den europäischen Höflichkeitsgesetzen durchaus in Widerspruch standen. Er ließ nicht nur meine Regierung monatelang ohne eine Antwort auf unsere vom Herbst letzten Jahres datierenden Vorschläge, sondern er enthielt sich sogar jeder Äußerung seines eigenen Bedauerns oder des Bedauerns der Regierung nach den ersten Gewalttätigkeiten des Kommandeurs Sturdee und der anderen Schiffe, die sich in Samoa ereignet hatten. Eine um so unverständlichere Tatsache, als der Präsident der V(ereinigten) S(taaten) (von) A(merika) sofort hat sagen lassen, wie betrübt er wäre, daß solche Handlungen sich seitens amerikanischer Offiziere und Mannschaften ereignet hätten. Die britischen Schiffe fuhren fort, sogenannte „Stellungen" der sogenannten „Rebellen" wochenlang zu beschießen, — obwohl niemand wußte, gegen wen sie „rebellierten" —, deutschen Untertanen gehörige Plantagen und Häuser zu verbrennen, und dadurch Verluste von Hunderttausenden von Mark zu verursachen, ohne auch nur sich entschuldigt zu haben, und das auf einer Insel, die zu drei Vierteln in deutschen Händen ist!

Diese Art, Deutschlands Empfindungen und Interessen zu behandeln, hat auf das Volk gewirkt wie ein elektrischer Schlag und den Eindruck hervorgerufen, daß L(ord) S(alisbury) sich um uns nicht mehr kümmert als um Portugal, Chile oder die Patagonier, und aus diesem Eindruck heraus ist das

Gefühl entstanden, daß Deutschland von seiner (Salisburys) Regierung schlecht behandelt worden sei, und das hat meine Untertanen aufs tiefste verletzt. Diese Tatsache wird als eine Befleckung der Nationalehre und ihrer Gefühle der Selbstachtung angesehen. Daher bin ich sehr traurig, feststellen zu müssen, daß die öffentliche Stimmung gerade jetzt gegen England sehr erbittert ist, und, wie ich während meiner Frühjahrsreise überall beobachtet habe, ist es dasselbe mit dem einfachen Volk wie mit seinen Fürsten; es ist darin einmütig, was für meine aufrichtigen Bemühungen, die beiden Länder zu einem besseren Einverständnis zu bringen, sehr entmutigend ist. Wenn diese Art anmaßender Behandlung Deutschlands durch L(ord) S(alisbury's) Regierung noch länger erduldet werden soll, wird, befürchte ich, eine dauernde Quelle von Mißverständnissen und Gegenbeschuldigungen zwischen den beiden Ländern bestehen, was letzten Endes böses Blut machen könnte. Ich habe natürlich von dem geschwiegen, was ich persönlich durchzumachen hatte, von dem beschämenden Kummer, den ich in diesen letzten Monaten erlitten habe, und wie mein Herz geblutet hat, wenn ich zu meiner Verzweiflung beobachten mußte, daß das ganze mühevolle Werk von Jahren, die beiden Länder zur gegenseitigen Verständigung und gegenseitigen Achtung ihrer Wünsche und Bestrebungen zu bringen, mit einem Schlage durch das anmaßende, hochmütige Verfahren von Ministern zerstört wurde, die nicht einmal herübergekommen sind, um sich in Deutschland aufzuhalten oder es zu studieren, und sich kaum die Mühe gegeben haben, sein Volk zu verstehen.

Die Regierung L(ord) S(alisbury's) muß lernen, uns als gleichwertig zu achten und zu behandeln; solange er nicht dazu gebracht werden kann, wird das deutsche Volk immer mißtrauisch bleiben, und eine Art von Kühle wird das unvermeidliche Ergebnis sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die weitverbreitete Unzufriedenheit wegen der Behandlung der Samoa-Angelegenheit auf Umwegen Deinem Berichterstatter zugekommen ist und ihn hat annehmen lassen, daß sie mit Cowes in Zusammenhang steht; aber das ist nicht der Fall. Wie sehr schade ist es, daß Du nicht Straßburg oder eine andere Station passieren konntest, wo ich Dich hätte treffen und mit Dir über das schmerzliche Mißverständnis hätte sprechen können. Nun wirst Du verstehen, liebe Großmama, weshalb ich so brennend wünschte, zu Deinem Geburtstage herüberkommen zu können. Dieser Besuch wäre hier vollkommen verstanden worden als die Pflicht des Enkels gegenüber seiner Großmutter, der den „Kaiser" usw. beiseite läßt und mit den Familienbanden in Übereinstimmung steht, und niemand würde ein Wort dagegen gesagt haben. Um so mehr, als die Kinder ihrer großen Großmutter gezeigt werden sollten. Aber ein Ausflug nach Cowes nach all dem, was sich ereignet hat, und mit Rücksicht auf die Stimmung der öffentlichen Meinung hier ist jetzt vollkommen unmöglich. Ich hatte nicht das Herz, Dir über diese unangenehmen Dinge zu schreiben, da ich Dich nicht beunruhigen wollte, und da ich immer hoffte, L(ord S(alisbury) würde seine Meinung wieder ändern, deshalb habe ich alle widrigen Dinge hinuntergeschluckt und meine Zunge gehütet. Aber da Du Dich freundlichst nach dem Stande der hiesigen öffentlichen Meinung erkundigt hast, hielt ich es für meine Pflicht, die Tatsachen offen so darzulegen, wie sie sind. Ich kann Dir versichern, daß niemand hierüber bekümmerter und unglücklicher ist als ich. Und alles das wegen einer dummen Insel, die für England im Vergleich zu den Tausenden von Quadratmeilen, die es rechts und links jedes Jahr ungehindert annektiert, eine Haarnadel ist. Onkel Arthur * kennt den Inhalt dieses Briefes mehr oder weniger, da ich die Fragen mit ihm besprochen habe, so daß er vollkommen in der Lage ist, Dich zu unterrichten, wenn Du fragen solltest.

---

* Prinz Arthur, Herzog von Connaught.

Zu Band XIV, 2, S. 620/623

Nr. 4076

Königin Viktoria von England an Kaiser Wilhelm II.

Privatschreiben. Abschrift

Balmoral Castle, 12. Juni 1899

Lieber Wilhelm!

Ich danke Dir für Deine Briefe, die Onkel Arthur mir gesandt hat. In bezug auf Koburg denke und hoffe ich, daß alles leicht zur Zufriedenheit der Familie und der Herzogin zu regeln ist.

Dein anderer Brief hat mich, ich muß das sagen, s e h r in Erstaunen gesetzt. Den Ton, in dem Du über Lord Salisbury schreibst, kann ich nur einer vorübergehenden Erregung Deinerseits zuschreiben, da ich nicht annehmen kann, daß Du sonst in dieser Weise geschrieben haben würdest. Und ich zweifle, ob jemals ein Souverän einem anderen Souverän in solchen Ausdrücken geschrieben hat, und zwar diesem Souverän, seiner eigenen Großmutter, über ihren Premierminister. Ich würde so etwas nie tun, und so habe ich auch niemals den Fürsten Bismarck persönlich angegriffen oder mich über ihn beschwert, obwohl ich sehr genau wußte, welcher erbitterte Feind er für England war, und allen Schaden kannte, den er verursacht hat.

Ich habe natürlich sofort Lord Salisbury Deine Beschwerde über ihn mitgeteilt, und ich füge jetzt ein von ihm zu meiner Information geschriebenes Memorandum bei *, das die Anschuldigungen durchaus zurückweist, und das Dir zeigen wird, daß Du Dich in einem Mißverständnis befindest.

Deinen Besuch in O s b o r n e , n i c h t i n C o w e s , habe ich als einen B e s u c h zu meinem G e b u r t s t a g e angesehen, da ich Dich an dem Tage selbst nicht e m p f a n g e n konnte. — Ich kann nur wiederholen, daß, falls Du kommen kannst, ich glücklich sein werde, Dich Ende Juli oder im August zu empfangen.

Ich kann Dich und zwei Deiner Söhne sowohl wie zwei Herren in Osborne unterbringen, und Du kannst den Rest Deines Gefolges an Bord Deiner Jacht zurücklassen.

Ich verbleibe als Deine Dir stets sehr zugeneigte

Großmama
(gez.) V. R. I.

Anlage

Aufzeichnung des englischen Premierministers Marquess of Salisbury

Abschrift. Unsigniert

Bezugnehmend auf die Bemerkung des deutschen Kaisers, daß die deutsche Regierung monatelang ohne eine Antwort auf ihre vom letzten Herbst datierten Vorschläge geblieben ist, kann Lord Salisbury sich nicht vorstellen, welchen Vorschlag der Kaiser meint. Er hat die Schriftstücke durchgesehen und kann nicht finden, was unbeantwortet geblieben wäre. Der einzige Vorschlag, den der Kaiser im Herbst letzten Jahres gemacht hat, war, daß Samoa unter die drei Mächte aufgeteilt werden sollte. Seine Kaiserliche Majestät ist nicht eine Woche lang ohne eine Antwort geblieben: die britische Regierung erwiderte sofort, daß sie befürchte, der Vorschlag sei unausführbar, weil es nur z w e i Inseln von Bedeutung in der Gruppe gebe, und es unmöglich wäre, diese unter d r e i Mächte zu teilen.

Was die Feststellung betrifft, daß „Lord Salisbury sich sogar jeder Äußerung seines eigenen Bedauerns oder des Bedauerns seiner Regierung nach den ersten Gewalttätigkeiten des Kommandeurs Sturdee und der anderen Schiffe,

* Siehe Anlage.

die sich in Samoa ereignet hatten, enthielt — eine um so unverständlichere Tatsache, als der Präsident der Vereinigten Staaten sofort hat sagen lassen, wie betrübt er wäre, daß solche Handlungen sich seitens amerikanischer Offiziere und Mannschaften ereignet hätten," sagt Lord Salisbury, daß die britische Regierung aus dem Grunde sich nicht entschuldigt habe, weil sie den deutschen Untertanen oder dem deutschen Eigentum nichts zugefügt habe, für das eine Entschuldigung erforderlich sein konnte. Die Amerikaner, stellt er fest, h a b e n das deutsche Konsulat beschossen. Es war ein Zufall, und sie haben ihr Bedauern darüber sehr anständig zum Ausdruck gebracht. — Aber britisches Feuer hat kein deutsches Eigentum und keinen deutschen Untertanen getroffen: und die bewaffneten Abteilungen, die von dem englischen Schiffe gegen die rebellischen Eingeborenen geschickt waren, hatten strengen Befehl, jedes europäische Besitztum zu achten, und sie befolgten gewissenhaft diese Befehle. Zur Erklärung der Feststellung des deutschen Kaisers, daß „das Gefühl entstanden ist, daß Deutschland von Lord Salisbury's Regierung schlecht behandelt worden wäre, und das hat meine Untertanen aufs tiefste verletzt", bemerkt Lord Salisbury, daß, nachdem er die Akten vom November bis jetzt sorgfältig durchgesehen habe, er gar keinen Grund für des Kaisers Unzufriedenheit finden kann. Alles, was Seine Kaiserliche Majestät verlangt hätte, wäre tatsächlich getan worden. Der Kaiser verlangte, daß der britische Konsul angewiesen werden sollte, sich der provisorischen Regierung nicht zu widersetzen. Die Anweisung ist sofort gegeben worden. Der Kaiser wünschte, daß eine internationale Kommission zur Übernahme der Verwaltung von Samoa berufen werden sollte. Der Vorschlag wurde angenommen, und Großbritannien ernannte seinen Vertreter. Der Kaiser wünschte, daß ihre Entscheidungen nicht rechtsgültig sein sollten, sofern sie nicht einstimmig wären. Die britische sowohl wie die amerikanische Regierung widersetzten sich heftig dieser Regelung: aber sie haben dem deutschen Kaiser nachgegeben.

Der Kaiser wünschte die Abberufung der Konsuln. Die Regierung Ihrer Majestät konnte diesen Vorschlag nicht annehmen, weil er eine Verurteilung des britischen Konsuls eingeschlossen hätte, der nicht im Unrecht war. Aber sie stimmte der völligen Aufhebung der Autorität der Konsuln zu, und diese wurde in die Hände der Kommission gelegt.

In allem, meint daher Lord Salisbury, hat der Kaiser freie Bahn gehabt, und es ist ihm ganz unverständlich, aus welchen Gründen der Kaiser behaupten kann, daß das britische Vorgehen hinsichtlich Samoas gegen die deutsche Regierung irgendwie unfreundlich gewesen sein soll.

Zu Band XIV, 2, S. 641/642

Nr. 4092

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 277 London, den 22. September 1899

Der nachstehend französisch redigierte Bericht über die heutigen Äußerungen Lord Salisburys in der Samoafrage hat letzterem vorgelegen und ist von ihm als richtig anerkannt worden:

„Lord Salisbury hat mir heute bezüglich meines Vorschlages folgendes gesagt:

1. Nachdem er mit seinen Kollegen gesprochen hat, nimmt er den Schiedsspruch des Königs von Schweden, so wie ich ihn vorgeschlagen habe, an. Er wünscht nur, daß wir die Abfassung der Richtlinien übernehmen, auf die der König von Schweden seine Entscheidung gründen soll, und daß ich ihm den Entwurf der Fassung mitteile, damit er Abänderungen vorschlagen könne.

2. Derjenige von den beiden, dem Sawaii zugesprochen werden wird, wird zu gleicher Zeit die Tonga-Inseln erhalten.

3. Wenn Deutschland Sawaii erhält, wird es auch die Gilbert-Inseln erhalten. Wenn England Sawaii erhält, wird es auch den deutschen Verzicht auf das Recht der Exterritorialität im Sultanat von Sansibar erhalten.

Lord Salisbury hat heute zu mir ebenfalls von einem von Mr. Chamberlain herrührenden Vorschlage gesprochen, nach dem Deutschland auf alle seine Rechte an den Samoa-Inseln verzichten und gleichzeitig die neutrale Zone an England abtreten würde, wofür es als Entschädigung das Volta-Delta erhalten würde.

Ich habe erwidert, daß dieser letzte Vorschlag mir nicht annehmbar schiene, und daß Deutschland das Volta-Delta als eine genügende Entschädigung für die Verzichtleistung auf die neutrale Zone und alle seine Rechte auf Samoa nicht ansehen könnte."

. . . . . .

Hatzfeldt

Zu Band XIV, 2, S. 671/672

Nr. 4115

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den englischen Premierminister Marquess of Salisbury

Privatbrief. Abschrift

London, den 27. Oktober 1899

Da ich mich noch nicht wohl genug befinde, um Sie um eine Unterredung zu bitten, erlaube ich mir, Ihnen zu schreiben, um Ihnen beifolgenden, die Samoa-Angelegenheit betreffenden Vorschlag zu unterbreiten, dem ich vertraulich die folgenden Bemerkungen hinzufüge:

1. Nach Artikel I des beigefügten Vorschlages ist es selbstverständlich, daß England außer den Tonga-Inseln mit Wawau und der neutralen Zone mit Ausnahme von Yendi alle gegenwärtig Deutschland gehörigen Salomon-Inseln, die östlich und südöstlich von der Insel Bougainville liegen, erhalten würde. Wir haben keineswegs die Absicht, hinsichtlich einer dieser Inseln eine Ausnahme zu machen, aber meine Regierung muß auf die gegenwärtige Fassung dieses Artikels aus internen Gründen und im Hinblick auf die spätere Veröffentlichung des Vertrages in Deutschland Gewicht legen.

Ich bitte Sie, diese Bemerkung gütigst als völlig vertraulich ansehen zu wollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Buka-Insel im Norden von Bougainville, das zu dieser Insel gehört, ebenfalls im Besitze Deutschlands bleiben würde.

2. Nach Artikel III würde Deutschland auf seine Exterritorialitätsrechte in Sansibar verzichten, aber meine Regierung hat in Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung den lebhaften Wunsch und würde außerordentlich dafür verbunden sein, wenn die englische Regierung einwilligte, daß diese Festsetzung derart abgefaßt würde, daß unser Verzicht erst zu dem Zeitpunkte tatsächlich in Wirksamkeit treten würde, wo die gleichartigen, anderen Nationen zukommenden Exterritorialitätsrechte aufgehoben sein werden.

Es scheint uns erwünscht, daß die auf unseren Verzicht auf das Recht der Exterritorialität bezügliche Festsetzung in einem besonderen und dem Vertrag angefügten Artikel Platz findet, den man vielleicht vorläufig geheimhalten könnte, Ihnen indes freie Hand lassend, wenn Sie in geheime Verhandlungen mit anderen Regierungen über die Frage der Exterritorialität in Sansibar treten, sie vertraulich über den Inhalt dieses Artikels zu unterrichten.

3. Meine Regierung wünscht lebhaft, daß, falls wir zu einem Abkommen gelangen, das Geheimnis durchaus bis zur Unterzeichnung des Vertrages gewahrt bliebe.

Ich bitte Sie, nachdem Sie das beigefügte Schriftstück und die Bemerkungen, die hinzuzufügen ich mir erlaubt habe, geprüft haben, mich so bald wie möglich gütigst benachrichtigen zu wollen, ob unser Vorschlag von der englischen Regierung angenommen wird. Es würde dann angezeigt sein, wenn ich mich nicht irre, uns so bald wie möglich über die Form und die endgültige Fassung des fraglichen Vertrages zu verständigen.

Ich erlaube mir, zu Ihrer persönlichen Bequemlichkeit eine englische Übersetzung des beifolgenden Vorschlages beizufügen, ohne ihre Genauigkeit zu gewährleisten.

Glauben Sie mir usw.

(gez.) P. Hatzfeldt

Zu Band XV, S. 91/92

Nr. 4187

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 246 Madrid, den 19. Dezember 1898

Geheim

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 154.

Bei Unsicherheit der Lage des Ministeriums kommt es (auch nach Meinung der Königin) jetzt vor allem darauf an, schleunig durch provisorische Abmachung die Sache festzulegen. Es wird folgende Fassung vorgeschlagen: „Um die vorläufige, am 10. September 1898 unterzeichnete Verständigung noch zu erweitern, haben sich die Regierungen von Spanien und Deutschland dahin geeinigt, daß die Karolinen-Inseln (im Notfalle Kusaie ausgenommen) mit den Palau-Inseln ebensowohl wie die Marianen (ausgenommen Guam) gegen pekuniäre Entschädigung, deren Höhe noch festzusetzen ist, an Deutschland abgetreten werden sollen.

Deutschland verpflichtet sich im voraus, dem spanischen Handel und den spanischen landwirtschaftlichen Unternehmern auf den Karolinen dieselbe Behandlung und die gleichen Erleichterungen zuzugestehen, die es dort dem deutschen Handel zubilligen würde, und den Missionen der spanischen religiösen Orden auf den genannten Inseln die vollkommenste Freiheit zuzugestehen.

Spanien wird, selbst zu Kriegszeiten, ein Kohlendepot für die Königliche und Handelsmarine im Karolinen-Archipel und ein weiteres im Marianen-Archipel einrichten und erhalten können.

Bis dieses Abkommen der verfassungsmäßigen, durch die Gesetze der beiden Länder vorgeschriebenen Genehmigung unterbreitet werden kann, werden die beteiligten Regierungen das strengste Geheimnis darüber wahren."

. . . . . .

Radowitz

Zu Band XV, S. 102/103

Nr. 4197

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 Madrid, den 8. Februar 1899

Ganz geheim

. . . . . .

Danach würde der Text des Abkommens lauten:

„Die Regierung von Deutschland und die Regierung von Spanien haben sich über die folgenden Punkte verständigt." Folgen die Bestimmungen gemäß

dem Text vom 21. Dezember mit Einfügung des Kaufpreises von 25 (fünfundzwanzig) Millionen Pesetas. Am Schluß: „Diese Abmachung soll so bald wie möglich der verfassungsmäßigen, von den Gesetzen der beiden Länder vorgeschriebenen Genehmigung unterbreitet und, sobald diese Genehmigung erfolgt sein wird, ratifiziert werden."

Die Note betreffend Gewährung der Meistbegünstigung würde nach hiesigem Wunsche lauten: „Als Ergänzung der heute unterzeichneten, die Abtretung der Inseln im Stillen Ozean betreffenden Abmachung bin ich ermächtigt, Euer Exzellenz im Namen meiner Regierung zu erklären, daß sie sich verpflichtet, vom Bundesrat und vom deutschen Parlament die Ermächtigung zu erbitten, Spanien für seine Einfuhr nach Deutschland und im Austausch gegen seinen Konventionaltarif die Rechte der meistbegünstigten Nation zu gewähren; daß es selbstverständlich ist, daß diese Ermächtigung der Ratifikation der fraglichen Abmachung voraufgehen muß, und daß diese gegenseitigen Zugeständnisse bis zu einer neuen Verständigung über die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in Kraft bleiben sollen."

. . . . . .

Die geheim zu haltende Klausel wegen Fernando Po soll folgendermaßen lauten: „Die spanische Regierung verspricht, daß sie, falls sie es in der Zukunft mit ihren Interessen vereinbar erachten sollte, in die Abtretung der Insel Fernando Po gegen eine pekuniäre Entschädigung zu willigen, dem Angebote Deutschlands den Vorzug geben wird, soweit dieses Angebot sich auf derselben Höhe mit dem höchsten von irgendeiner Seite gemachten halten würde."

. . . . . .

Radowitz

Zu Band XV, S. 142/143

Nr. 4215

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Anlage

Russische Denkschrift*

Ausfertigung

St. Petersburg, den 24. August 1898

Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine möglichste Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, die auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein sollten.

Die humanitären und hochherzigen Bestrebungen Seiner Majestät des Kaisers, meines erhabenen Herrn, sind ganz und gar darauf gerichtet.

In der Überzeugung, daß dieses erhabene Ziel den wesentlichsten Interessen und den berechtigten Wünschen aller Mächte entspricht, hält die Kaiserliche Regierung den gegenwärtigen Zeitpunkt für sehr günstig zur Erforschung der wirksamsten Mittel, um auf dem Wege einer internationalen Besprechung allen Völkern die Wohltaten eines wirklichen und dauerhaften Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre haben die Bestrebungen nach einer allgemeinen Befriedung in dem Gewissen der zivilisierten Nationen besonders

* Mehrfach gedruckt, so auch bei Hans Wehberg, „Die internationale Beschränkung der Rüstungen" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart u. Berlin, 1919), S. 177/178.

festen Fuß gefaßt. Die Aufrechterhaltung des Friedens ist als Ziel der internationalen Politik aufgestellt worden; in ihrem Namen haben die großen Staaten starke Bündnisse untereinander geschlossen; um den Frieden besser zu gewährleisten, haben sie ihre militärischen Kräfte bis zu bisher unbekannten Ausmaßen entwickelt und fahren fort, sie noch zu erhöhen, ohne vor irgendeinem Opfer zurückzuschrecken.

Alle diese Bemühungen haben indessen noch nicht zu den wohltuenden Ergebnissen der gewünschten Beruhigung führen können.

Da die finanziellen Lasten eine aufsteigende Richtung verfolgen, treffen sie die öffentliche Wohlfahrt an ihrer Quelle; die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital werden zum größeren Teile ihrer natürlichen Verwendung entzogen und unergiebig verbraucht. Hunderte von Millionen werden dazu verwendet, furchtbare Zerstörungsmaschinen zu erwerben, die, heute als die letzte Errungenschaft der Wissenschaft betrachtet, dazu bestimmt sind, morgen infolge irgendeiner neuen Entdeckung auf diesem Gebiete jeden Wert zu verlieren. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt und die Erzeugung von Werten finden sich in ihrer Entwicklung gelähmt oder irregeführt.

Auch entsprechen die Rüstungen einer jeden Macht, in dem Maße wie sie anwachsen, immer weniger dem Ziele, das die Regierungen sich gesetzt hatten. Die wirtschaftlichen Krisen, die zum großen Teile auf das Vorhandensein der übertriebenen Rüstungen zurückzuführen sind, und die dauernde Gefahr, die in dieser Anhäufung von Kriegsmaterial liegt, verwandeln den bewaffneten Frieden unserer Tage zu einer drückenden Last, die zu tragen den Völkern immer größere Mühe bereitet. Schon jetzt scheint es klar, daß, wenn diese Lage andauerte, sie unglücklicherweise gerade zu jener Katastrophe führen würde, die man zu beseitigen wünscht, und deren Schrecken von vornherein jedes menschliche Denken erschauern lassen.

Diesen unablässigen Rüstungen ein Ziel zu setzen und nach Mitteln zu suchen, um den Unglücksfällen zu begegnen, die die ganze Welt bedrohen, das ist die erhabenste Pflicht, die sich heute allen Staaten aufdrängt.

Von diesem Gefühl durchdrungen hat seine Majestät der Kaiser mir zu befehlen geruht, allen Regierungen, deren Vertreter bei dem Kaiserlichen Hofe beglaubigt sind, den Zusammentritt einer Konferenz vorzuschlagen, die sich mit diesem ernsten Problem zu beschäftigen hätte.

Diese Konferenz würde, mit Gottes Hilfe, ein glückliches Vorzeichen für das Jahrhundert bilden, das sich demnächst eröffnet. Sie würde in einem gewaltigen Bündel die Bestrebungen aller Staaten zusammenfassen, die ernstlich danach suchen, den großen Gedanken des allgemeinen Friedens über die Elemente der Unordnung und Zwietracht triumphieren zu lassen. Sie würde gleichzeitig die Übereinstimmung der Mächte durch eine solidarische feierliche Annahme der Grundsätze der Billigkeit und des Rechts verstärken, auf denen die Sicherheit der Staaten und das Wohl der Völker beruhen.

Graf Murawiew

Zu Band XV, S. 151/152

Nr. 4222

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Moskau

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 29. August 1898

Fürst Radolin hat mir auf Deinen Befehl die Denkschrift über den Vorschlag einer internationalen Konferenz zwecks allgemeiner Abrüstung mitgeteilt. Diese Anregung rückt wieder einmal Deine reinen und erhabenen Beweggründe,

von denen Deine Ratschläge eingegeben werden, in helles Licht und wird Dir den Beifall aller Völker erwerben. Die Frage selbst — theoretisch ein scheinbar einfacher Grundsatz — ist in der Praxis, befürchte ich, außerordentlich schwierig, in Anbetracht der großen Empfindlichkeit der Beziehungen und Stimmungen der verschiedenen Nationen zueinander, ebenso auch im Hinblick auf die sehr verschiedene Entwicklung ihrer jeweiligen Geschichte. Können wir uns z. B. einen seine Armee persönlich befehligenden Monarchen vorstellen, der seine durch eine hundert Jahre alte Geschichte geweihten Regimenter auflöst und ihre glorreichen Fahnen den Wänden der Zeughäuser und Museen überweist (und seine Städte dem Anarchismus und der Demokratie ausliefert)? Dies indessen nur nebenbei. Die Hauptsache ist die Menschenliebe, die Dein warmes Herz erfüllt, und die Dich zu diesem Vorschlage treibt, dem interessantesten und überraschendsten in diesem Jahrhundert! Ehre wird hinfort von der ganzen Welt auf Dich gehäuft werden; sogar wenn der praktische Teil infolge der Schwierigkeiten im einzelnen fehlschlagen sollte. Meine Regierung wird der Angelegenheit ihre ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden.

Willy

Zu Band XV, S. 185/186

Nr. 4252

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den niederländischen Gesandten Jonkheer van Tets

Reinkonzept

Berlin, den 9. April 1899

Euer Exzellenz haben mir gütigst durch eine Note vom 8. ds. Mts. die Mitteilung zukommen lassen, die die Regierung Ihrer Majestät der Königin der Niederlande, gemäß der von dem Petersburger Kabinett ergriffenen Initiative, an die Mächte richtet, um ihnen vorzuschlagen, Abgeordnete nach dem Haag zu entsenden, um in einer internationalen Konferenz die wirksamsten Mittel zu prüfen, um der fortschreitenden Entwicklung der Rüstungen ein Ziel zu setzen. Schon als im Monat August letzten Jahres von S. M. dem Kaiser von Rußland der Gedanke aufgeworfen wurde, diese Konferenz zusammenzubringen, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs als eine der ersten dieser hochherzigen Initiative zugestimmt. Nachdem sie von der Tatsache Kenntnis genommen hatte, daß das Petersburger Kabinett schon ausdrücklich die den territorialen Besitzstand der europäischen Mächte betreffenden Fragen vom Programm der Konferenz ausgeschaltet hatte, hat die Kaiserliche Regierung geantwortet, daß sie bereit sein würde, an der Besprechung aller Gegenstände, die auf die Tagesordnung gesetzt werden könnten, teilzunehmen. Sie hat diese Erklärung ohne irgendeinen Rückhalt und ohne ihre Mitwirkung von irgendeiner Bedingung hinsichtlich des Arbeitsprogramms abhängig zu machen, abgegeben.

Wo es sich nun aber darum handelt, auf die amtliche Einladung, die die Regierung Ihrer Majestät der Königin der Niederlande den Mächten soeben übermittelt hat, formell zu antworten, glaubt das Berliner Kabinett als Grundsatz aufstellen zu müssen — wenigstens was die Mitwirkung Deutschlands betrifft —, daß die Arbeiten einer zur Erörterung allgemeiner, die Interessen aller Länder nahe berührender Fragen einberufenen Konferenz naturgemäß die fortdauernde Zusammenarbeit wenn nicht aller Staaten, so doch wenigstens aller europäischen Großmächte zulassen müsse.

Bereits während der Verhandlungen, die der Versendung der Einladungen vorausgingen, hatte der zwischen den Kabinetten der Großmächte über mehrere Fragen gepflogene Gedankenaustausch für Augenblicke die Möglichkeit durch-

blicken lassen, daß die eine oder andere dieser Mächte darauf verzichten würde, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen. Angesichts der Möglichkeit, daß Fragen dieser Art im Verlaufe der Verhandlungen wieder auftauchen könnten, hält die Kaiserliche Regierung es für richtig, festzustellen, daß die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, so wie es heute zwischen den Mächten besteht, die natürliche Grundlage für die Arbeiten der Konferenz bildet, und daß dieses Gleichgewicht nur durch die Mitwirkung wenigstens aller Großmächte gewahrt werden könnte.

In dem Augenblick, wo aus irgendeinem Grunde die eine oder andere der Großmächte auf die Beteiligung an der Konferenz grundsätzlich verzichten oder aufhören würde, sich an den Entschließungen zu beteiligen, würde keine der übrigen Mächte der Notwendigkeit entraten können, in der dann schwebenden Frage, entweder im Sinne der widersprechenden Macht oder Mächte, oder im Sinne der übrigen Konferenzmitglieder, Partei zu ergreifen.

Um dieser Zwangslage zu entgehen und um nicht in eine Polemik, die unseren friedlichen Absichten nicht entsprechen würde, hineingezogen zu werden, stellt die Regierung Sr. M. des Kaisers und Königs schon heute grundsätzlich fest, daß sie sich von der Konferenz zurückziehen wird, sobald diese die Unterstützung aller Großmächte nicht oder nicht mehr haben wird.

Da sich unsere Haltung also nach einem allgemeinen, vorher festgestellten und zur unterschiedslosen Anwendung bei den verschiedensten Umständen bestimmten Grundsatze richten wird, wird unsere Enthaltung oder unser Rücktritt von der Konferenz auf keinen Fall den Charakter einer Parteilichkeit haben können.

Die Regierung Sr. M. des Kaisers und Königs nimmt also die Einladung, die mir zu übermitteln Euer Exzellenz beauftragt worden sind, an und wird nicht zögern, seine Delegierten für die Konferenz zu ernennen.

Bülow

Zu Band XV, S. 266

Nr. 4297

Der italienische Minister des Äußern Marquis Visconti Venosta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Telegramm. Unsignierte Abschrift, vom Grafen Lanza am 9. Juni 1899 übergeben

Nach einer Mitteilung des deutschen Geschäftsträgers soll die Kaiserliche Regierung dem Vorschlage eines dauernden Schiedsgerichts abgeneigt sein; der Geschäftsträger hat die Gründe dafür nicht angegeben. Ich habe dem Geschäftsträger gesagt, daß ich mir die möglichen Einwendungen gegen eine derartige Einrichtung gar nicht verhehle, sondern daß ich seit mehreren Tagen den Grafen Nigra ermächtigt hätte, keinen Einspruch zu erheben, jedoch unter den folgenden Bedingungen: 1. daß die zur Ernennung der Mitglieder des Schiedsgerichtshofes berufenen Mächte von der Konferenz bestimmt werden; 2. daß es immer freigestellt bleibt, sich an den ständigen Schiedsgerichtshof oder vielmehr an Schiedsrichter zu wenden, über die man sich in jedem Falle einigen würde.

Ich bitte Sie, Vorstehendes gütigst zur Kenntnis des Staatssekretärs bringen zu wollen. Ich würde ihm sehr dankbar sein, wenn er mich seine Anschauung in dieser Hinsicht wissen lassen wollte: nämlich, ob er in seiner völligen Ablehnung verharrt, oder ob ihm — in Anbetracht der oben genannten Bedingungen und gegebenenfalls im Hinblick auf spätere Änderungen — ein Vorschlag annehmbar erscheint, ohne den der Mißerfolg der internationalen Konferenz, worauf mich Graf Nigra aufmerksam macht, nur allzu offensichtlich sein würde.

Zu Band XV, S. 394

Nr. 4382

Der englische Staatssekretär der Kolonien Chamberlain, z. Z. in Birmingham, an den Legationsrat a. D. Freiherrn von Eckardstein, z. Z. in London

Abschrift. Vom Botschafter in London Grafen Hatzfeldt mit Bericht 771 vom 15. September eingereicht

Birmingham, 14. September 1899

Ich werde ziemlich sicher nächste Woche in London sein, und sobald ich die Zeit weiß, werde ich versuchen, eine Ihnen genehme Verabredung zu treffen.

Ich werde mich sehr freuen, Sie zu sehen und zu hören, was in Berlin vor sich geht.

Die Transvaal-Affäre ist wirklich eine gute Gelegenheit, etwas Sympathie zu zeigen und dadurch alle Überreste früherer Verstimmungen aus dem Wege zu räumen, und ich freue mich zu sehen, daß die deutsche Presse im allgemeinen eine sehr gemäßigte Linie einnimmt und im ganzen nicht ungünstig ist.

In der Hoffnung, Sie in wenigen Tagen zu sehen, bin ich . . . .

(gez.) J. Chamberlain

Zu Band XV, S. 398/399

Nr. 4388

Der englische Botschafter Sir Frank Lascelles an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Note. Ausfertigung

Berlin, 3. Oktober 1899

Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich telegraphische Weisungen vom Marquess of Salisbury erhalten habe, zu erkunden, ob die Kaiserliche Regierung dem deutschen Vertreter in Pretoria erlauben würde, die britischen Interessen wahrzunehmen, falls es für notwendig befunden würde, den britischen Agenten infolge einer von den Buren gegen britisches Gebiet unternommenen feindlichen Handlung abzuberufen.

Ich habe Euer Exzellenz zu bitten, mich gütigst umgehend wissen zu lassen, welche Antwort ich der Regierung Ihrer Majestät geben kann.

Frank C. Lascelles

Zu Band XV, S. 466/469

Nr. 4438

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Note. Ausfertigung

Berlin, 14. Januar 1900

Ich bin von dem Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Ihrer Majestät angewiesen worden, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß Seine Lordschaft eine Note vom 4. ds. Mts. von Seiner Exzellenz dem Grafen Hatzfeldt erhalten hat, über die Beschlagnahme des deutschen Dampfers „Bundesrat" durch Ihrer Majestät Schiff „Magicienne", da es im Verdacht stand, für die südafrikanischen Republiken bestimmte Kriegskontrebande zu führen.

In dieser Note stellte Graf Hatzfeldt fest, daß die deutsche Regierung nach gründlicher Prüfung der juristischen Gesichtspunkte dieses Falles der

Ansicht ist, daß ein prisengerichtliches Verfahren nicht gerechtfertigt sei. Seine Exzellenz fügte hinzu, daß die Kaiserliche Regierung diese Ansicht auf die Auffassung gründe, daß es nach den anerkannten Völkerrechtsgrundsätzen eine Frage von Kriegskontrebande im Handel zwischen neutralen Häfen nicht geben könne, und in Anlehnung an dieses Argument beruft er sich auf den Standpunkt, „den die Regierung Ihrer Majestät selbst im Jahre 1863 im Falle der Beschlagnahme des ‚Springbok' gegenüber dem Spruch des Prisengerichts der Vereinigten Staaten eingenommen hat, und der auch von der britischen Admiralität in ihrem Manual of Naval Prize Law (Handbuch des See-Prisen-Gesetzes) von 1866 vertreten worden sein soll".

Der Marquis von Salisbury ist der Ansicht, daß, bevor die Prüfung der Auffassung durch die Kaiserliche Regierung in dieser Weise gefördert wird, es wünschenswert ist, einige tatsächliche Irrtümer hinsichtlich der erwähnten Entscheidungen zu beseitigen, und ich bin daher durch Seine Lordschaft angewiesen, folgende Aufklärung über diese Punkte zur Kenntnis Euer Exzellenz zu bringen.

Es ist nicht der Fall, daß die britische Regierung im Jahre 1863 irgendeinen Anspruch oder irgendeine Behauptung gegen den Spruch des Prisengerichts der Vereinigten Staaten im Falle des „Springbok" erhoben habe. Bei der ersten Beschlagnahme dieses Schiffes und bei einer einseitigen und unvollständigen Feststellung der Tatsachen durch die Eigentümer, verständigte Earl Russell, damals Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten, den Minister Ihrer Majestät in Washington, daß keine Berechtigung für die Beschlagnahme des Schiffes und seiner Ladung vorzuliegen schiene, daß der angebliche Grund, nämlich daß von dem Kapitän in dem Manifest nicht deklarierte Waren vorhanden gewesen seien, sicherlich nicht die Beschlagnahme gerechtfertigt hätte, um so weniger, als die Bestimmung des Schiffes bona fide neutral gewesen zu sein schien, sondern daß — da es wahrscheinlich war, daß das Schiff damals zur Aburteilung vor ein Prisengericht der Vereinigten Staaten gebracht werden würde, und daß der Rechtsspruch bald erfolgen würde, wenn er nicht bereits gefällt worden sei — die einzige Anweisung, die er gegenwärtig Lord Lyons geben könne, die sei, das Verfahren und das Urteil des Gerichtshofes abzuwarten und gegebenenfalls ausführliche Nachricht über den Verlauf der Verhandlung und ihre Ergebnisse zu übermitteln.

Das Prisengericht der Vereinigten Staaten verfügte in einem langen und wohlerwogenen Urteilsspruch die Beschlagnahme des Schiffes sowohl wie der Ladung. Die Eigentümer bemühten sich um das Eingreifen der Regierung Ihrer Majestät und übersandten zur Bekräftigung ihres Ersuchens ein Gutachten von zwei hervorragenden englischen Anwälten.

In diesem Gutachten wurde tatsächlich behauptet, daß die Waren wirklich bona fide an einen Neutralen in Nassau adressiert waren. Es kann daher, nach Meinung der Regierung Ihrer Majestät, zur Bekräftigung der von der Kaiserlichen Regierung jetzt geäußerten Anschauung als Beweis nicht angeführt werden. Die Regierung Ihrer Majestät weigerte sich aber, nachdem sie die Rechtsberater der Krone gefragt hatte, irgendeinen diplomatischen Protest oder irgendwelchen Einspruch gegen die Entscheidung des amerikanischen Prisengerichts zu erheben, brachte auch niemals irgendein Abweichen von jener Entscheidung oder den Gründen, auf denen sie beruhte, zum Ausdruck.

Das Buch, das in Graf Hatzfeldts oben genannter Note als „The Manual of Naval Prize Law of the British Admiralty" bezeichnet ist, und aus dem Seine Exzellenz verschiedene Sätze als Ausdruck der Ansicht der Lord Commissioners über diesen Gegenstand anführt, ist tatsächlich ein ursprünglich von Mr. Lushington (jetzt Sir Godfrey) zusammengestelltes Buch, das im Auftrage der Lord Commissioners veröffentlicht worden ist, da es in geeigneter Form

die allgemeinen Grundsätze feststellt, von denen die Offiziere Ihrer Majestät sich in der Ausübung ihrer Pflichten leiten lassen; aber es hat niemals den Anspruch erhoben, und es kann nicht zugegeben werden, fügt Lord Salisbury hinzu, eine erschöpfende oder maßgebende Darlegung der Ansichten der Lord Commissioners zu sein. Das Vorwort des Buches stellt fest, daß es nicht Fragen behandelt, die später durch das Prisengericht zu erledigen sind, die aber nicht die Pflichten der Offiziere vom Dienst betreffen.

Ich habe zu betonen, daß die Richtlinien in diesem Handbuche, die für praktische Zwecke im Falle von Kriegen, die in der Vergangenheit von Groß-Britannien geführt worden sind, ausreichten, für den Fall ganz unanwendbar sind, der jetzt in einem Kriege mit einem inländischen Staate, dessen einzige Verbindung mit der See über einige Eisenbahnmeilen zu einem neutralen Hafen geht, eingetreten ist. Es muß ferner bei der Bezugnahme auf das Handbuch beachtet werden, daß in einem Teile der Einführung der Verfasser die Frage der Bestimmung der Ladung, als unterscheidbar von der Bestimmung des Schiffes, in einer Art erörtert, die der in Lord Hatzfeldts Note aufgestellten Behauptung keineswegs günstig ist. Überdies hat Professor Holland, der 1888 eine verbesserte Auflage dieses Handbuches herausgegeben hat, kürzlich in einem in den „Times" veröffentlichten Briefe eine der Anschauung, die die Kaiserliche Regierung auf den Wortlaut des Handbuches zurückführt, durchaus widersprechende Ansicht geäußert.

Nach der Ansicht der Regierung Ihrer Majestät findet der aus dem Handbuche zitierte Satz, „daß die Bestimmung des Schiffes für die Bestimmung der an Bord befindlichen Waren entscheidend ist", auf die jetzt eingetretenen Umstände keine Anwendung. Er kann sich offenbar nicht auf Kriegskontrebande an Bord eines neutralen Schiffes beziehen, wenn solche Kontrebande zur Zeit der Beschlagnahme zur Auslieferung an einen Agenten des Feindes in einem neutralen Hafen bestimmt oder vorgesehen, oder in der Tat für das Land des Feindes bestimmt war.

Die richtige Ansicht hinsichtlich der letzteren Warengattung ist, wie die Regierung Ihrer Majestät glaubt, in Paragraph 813 von Professor Bluntschli's „Droit International Codifié" genau festgestellt, wie folgt (die französische Übersetzung der 2. Auflage des Werkes dieses sehr angesehenen deutschen Juristen im Jahre 1874 wird zitiert): —

„Wenn die Schiffe oder Waren nur zur besseren Unterstützung des Feindes mit Bestimmung für einen neutralen Hafen versandt werden, so liegt Kriegskontrebande vor, und die Beschlagnahme ist gerechtfertigt."

Ich bin unter den oben genannten Umständen von dem Marquis von Salisbury angewiesen, Euer Exzellenz zur Weitergabe an die Kaiserliche Regierung mitzuteilen, daß die Regierung Ihrer Majestät nicht zugeben kann, daß Gründe zur Anordnung der Freilassung des „Bundesrat" vorhanden sind, ohne vorherige Untersuchung durch das Prisengericht, ob es Kriegskontrebande geführt hat, die den südafrikanischen Republiken gehörte oder für dieselben bestimmt war. Aber die Regierung Ihrer Majestät erkennt vollauf an, wie wünschenswert es ist, daß diese Untersuchung so bald wie möglich durchgeführt werde, und daß alle geziemende Rücksicht auf die Eigentümer und an Bord befindliche unschuldige Passagiere und Waren bezeigt werden müßte. Ich bin angewiesen, Euer Exzellenz zu versichern, daß zu diesem Zwecke wiederholte und dringende telegraphische Anweisungen gegeben worden sind, und hinzuzufügen, daß Anordnungen zur schnellen Übermittlung der Postsachen getroffen worden sind.

Frank C. Lascelles

Zu Band XV, S. 481/483

Nr. 4454

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Abschrift. Vom englischen Botschafter am 23. Januar 1900 dem Grafen von Bülow übersandt

London, 17. Januar 1900

Ich übermittle hiermit Euer Exzellenz die Übersetzung einer Note, die ich am 5. ds. Mts. von dem deutschen Botschafter am hiesigen Hofe erhalten habe, und die feststellte, daß laut einer von seiner Regierung erhaltenen Mitteilung der Postdampfer „General" der Deutschen Ostafrika-Linie in Aden angehalten, gewaltsam von britischen Truppen besetzt und ihm befohlen worden ist, seine Ladung zu löschen. Graf Hatzfeldt stellte die Forderung, es möchten Befehle für die sofortige Freilassung des Dampfers und seiner Ladung gegeben werden, ferner, daß derjenige Teil seiner Ladung, der bereits gelöscht worden war, wieder an Bord gebracht, und daß dem Schiff gestattet wurde, seine Reise nach den in seinem Reiseplan angegebenen Plätzen fortzusetzen. Seine Exzellenz verlangt weiterhin, daß den Kommandanten britischer Schiffe in afrikanischen Gewässern ausdrückliche Anweisungen gegeben werden möchten, die Regeln des internationalen Rechts zu berücksichtigen und dem Handel zwischen Neutralen keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen.

Ich habe mit einer gewissen Überraschung eine in einer so schroffen Weise ausgedrückte und in einer Sprache abgefaßte Mitteilung von dem Vertreter einer Macht entgegengenommen, mit der die Regierung Ihrer Majestät in den freundschaftlichsten Beziehungen zu stehen glaubte, die die Marinekommandanten Ihrer Majestät beschuldigt, daß sie eine Nichtachtung des internationalen Rechts zu erkennen gegeben und dem neutralen Handel unnötige Hindernisse in den Weg gelegt hätten. Für diese Beschuldigungen fehlt jegliche Begründung. Ich ersuchte sofort die Lord Commissioners der Admiralität und den Staatssekretär für Indien, Nachforschungen anzustellen, ob die Tatsachen den Berichten der Kaiserlichen Regierung entsprächen.

Nach Berichten, die telegraphisch an die Regierung Ihrer Majestät gelangt sind, scheint folgendes der tatsächliche Hergang zu sein:

Vor Ankunft des Schiffes in Aden war es bereits bekannt, daß es unter seinen Passagieren 31 Personen deutscher und flämischer Nationalität an Bord hatte, die allem Anscheine nach zum Zwecke militärischer Dienstleistung auf dem Wege nach den südafrikanischen Republiken waren. Bei seiner Ankunft wurde der britische Resident verständigt, daß sich verschiedene verdächtige, für Delagoa-Bay bestimmte Waren an Bord befänden, und eine Person an Bord des Schiffes, die anscheinend gut unterrichtet war, erklärte, daß Kisten mit Kriegsvorrat unter den Reserve-Kohlenlägern verborgen seien.

Der rangälteste Seeoffizier in Aden beschlagnahmte es daraufhin wegen starken Verdachts, daß es für den Feind bestimmte Kriegskontrebande mit sich führe, und begann mit seiner Untersuchung.

Die Lord Commissioners der Admiralität telegraphierten, nachdem sie von der Beschlagnahme des Schiffes verständigt waren, an den rangältesten Seeoffizier, daß eine solche Beschlagnahme, nur auf einen Verdacht hin, unerwünscht wäre, wenn das Schiff Postsachen beförderte, es sei denn, daß Kriegskontrebande an Bord gefunden wäre.

Der rangälteste Seeoffizier wurde zu gleicher Zeit aufgefordert, die erforderliche Untersuchung so schnell als möglich durchzuführen, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß er in dieser Hinsicht sein Äußerstes getan hat, um jede unnötige Verzögerung zu vermeiden.

Die Mannschaft I. M. Schiffes „Marathon" arbeitete, von 100 Kulis unterstützt, Tag und Nacht. Das Schiff war am 4. Januar angekommen, am 6. be-

richtete er, daß die Untersuchung beendet worden sei. Die Ladung war mit der größtmöglichen Schnelligkeit wieder eingeladen, und das Schiff lief am Morgen des 10. ds. Mts. aus. Der rangälteste Seeoffizier berichtete, daß er verschiedene nach Mombasa konsignierte Kisten mit Gewehrmunition für Mauser-, Mannlicher und Jagdgewehre gefunden hätte; diese waren in dem Ladungsverzeichnis eingetragen, und er glaubte bona fide an ihre gegebene Bestimmung. Er fand ebenfalls an Bord Sendungen von Achsen für Waggons und von Chlorkalk für Delagoa-Bay, was beides im Ladungsverzeichnis aufgeführt war. Der Kapitän des Schiffes gab die Versicherung ab, daß sie dem Konsul Ihrer Majestät in Delagoa-Bay ausgehändigt werden sollten. Auf dem Grunde des Schiffsraumes befand sich eine Ladung von Nahrungsmitteln für Delagoa-Bay. Schwere Maschinen und Kessel scheinen an dem Kopfende des Kohlenlagers, in dem, wie berichtet war, Munition verborgen war, verstaut gewesen zu sein. Die Nachforschung nach den Kisten muß daher unter großen Schwierigkeiten vor sich gegangen sein.

Es schien Grund zu der Annahme vorhanden, daß unter den nach Transvaal gehenden, an Bord befindlichen Passagieren eine Anzahl ausgebildeter Artilleristen war, aber es war nicht genügend Beweismaterial hinsichtlich ihrer Bestimmung vorhanden, um ein weiteres Vorgehen seitens der die Untersuchung leitenden Offiziere zu rechtfertigen.

Bevor die Regierung Ihrer Majestät nicht die ausführlichen Berichte, die ihr durch die Post zugehen werden, erhält, kann sie nicht entscheiden, ob die britischen Seeoffiziere in irgendeiner Hinsicht das Recht der den Kriegführenden durch internationalen Brauch zuerkannten Untersuchung überschritten haben. Sie erkennt indessen an, daß hinsichtlich der Postdampfer dieses Recht mit aller nur möglichen Rücksicht ausgeübt und nur dazu geschritten werden soll, wenn die Umstände so klar liegen, daß der ernsteste Verdacht gerechtfertigt ist. Sie bedauert die Ungelegenheit, die bei dieser Gelegenheit verursacht worden ist. Euer Exzellenz wollen diese Depesche dem deutschen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten vorlesen und ihm eine Abschrift davon belassen.

(gez.) Salisbury

Zu Band XV, S. 516

Nr. 4472

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Reinkonzept nach einem eigenhändigen Entwurfe des Grafen von Bülow

Nr. 41 Berlin, den 3. März 1900

Graf Murawiew hat hier im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus durch Graf Osten-Sacken den Gedanken anregen lassen, ob es nicht möglich sein würde, dem südafrikanischen Kriege durch eine gemeinsame Vermittlung von Rußland, Frankreich und Deutschland ein Ende zu machen. Die hier von Graf Osten-Sacken übergebene Eröffnung lautet folgendermaßen:

„Das Kaiserliche Kabinett ist der Ansicht, daß angesichts der Tagesereignisse und des kürzlichen Erfolges der englischen Waffen für die an den afrikanischen Angelegenheiten in besonderer Weise interessierten Kontinentalmächte der Augenblick gekommen sein sollte, ein Mittel zu suchen, um die ernsten Folgen zu beschwören, die die völlige Vernichtung der südafrikanischen Republiken zum Ergebnis haben könnten. Ein freundschaftlicher Druck der europäischen Regierungen, der dem blutigen Kampfe in Afrika ein Ziel zu setzen bezweckte, würde um so wünschenswerter erscheinen, als die öffentliche Meinung in allen Ländern, die der heroischen Verteidigung des tapferen Burenvolkes für die Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit übereinstimmend wohlwollend

gegenübersteht, sich über die Gleichgültigkeit der Regierungen angesichts dieses ungleichen Kampfes gegen die Macht Groß-Britanniens empört. Der Zeitpunkt hierfür bietet sich unter um so günstigeren Bedingungen dar, als der Schauplatz der Feindseligkeiten von den englischen afrikanischen Besitzungen nach dem Orange-Freistaat verlegt worden ist, wo die englischen Armeen soeben einen Sieg davon getragen haben, der ihre nationale Eigenliebe zu befriedigen vermag. Falls die Regierungen Deutschlands und Frankreichs dem Plane eines auf England auszuübenden freundschaftlichen Druckes günstig gegenüberstehen, würde das Kaiserliche Kabinett, unter Unterstützung des Einvernehmens zwischen Deutschland und Frankreich zur Erreichung des bezeichneten Zieles, es sich nicht versagen, seinerseits seine moralische Unterstützung einem Werke zu leihen, das den humanitären, von den Großmächten auf der internationalen Konferenz im Haag anerkannten Grundsätzen entspricht."

. . . . . .

Bülow

Zu Band XV, S. 523/524

Nr. 4480

Prinz Eduard von Wales an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Marlborough House, 7. März 1900

Mein lieber Wilhelm!

Es ist sehr freundlich von Dir, daß Du mir so bald wieder geschrieben hast, und ich bin Dir sehr dankbar für Deinen Brief vom 3. Deine Lobrede auf Sir G. White wird von ihm sehr hochgeschätzt werden, und sie ist allerdings, glaube ich, wohlverdient — da es keine leichte Aufgabe gewesen sein kann, während dieser langen und ermüdenden Monate ausgehalten zu haben! Was Du mir über Murawiews Verhalten gesagt hast, überrascht mich nicht, da es, wie ich glaube, nichts gibt, was er nicht in Verbindung mit Frankreich tun würde, um uns auf jede mögliche Weise zu ärgern.

Die Friedenskonferenz im Haag ist immer ein sehr nützlicher Haken, um jeden politischen Hut daran aufzuhängen! Was Deine Antwort betrifft, so zweifelte ich ein wenig, — Du hast keine Vorstellung davon, mein lieber Wilhelm, wie wir alle in England die loyale Freundschaft würdigen, die Du bei jeder möglichen Gelegenheit für uns bezeugst. Wir hoffen immer, auf Deutschland als auf unseren besten Freund, solange Du am Ruder bist, blicken zu können. Es ist natürlich tief zu bedauern, daß die Stimmung in ganz Deutschland leider nicht sehr freundlich gegen uns ist. Man kann nur hoffen, daß sie sich mit der Zeit bessern möge, und daß beide Länder vollkommen davon überzeugt werden, daß es uns beiden wechselseitig zum Vorteil gereicht, in freundschaftlichem Wetteifer Hand in Hand zu gehen. Obwohl ich bedauere, daß Großmama sich dieses Frühjahr nicht in dem Sonnenschein eines italienischen Himmels baden kann, fühle ich bestimmt, daß es ein weiser Entschluß von ihr war, nicht auf Reisen zu gehen und mit ihren Ministern in Fühlung zu bleiben, wo ihre Anwesenheit in der Heimat so dringend nötig ist. Es wird, fürchte ich, eine Enttäuschung für Deine liebe Mama sein, sie nicht zu sehen, aber ich weiß, sie hat dieselben Ansichten wie ich, und hoffe zuversichtlich, daß es ihr möglich sein möge, im Verlaufe des Jahres noch einmal nach England zu kommen. Ich bin sehr stolz darauf, mit Dir bei dem Baby Pless „Co Sponsor" gewesen zu sein! In der Hoffnung, daß es Dona und den Kindern gut geht, und mit besten Grüßen von Tante und den Vettern verbleibe ich

Dein Dir sehr zugetaner Onkel

(gez.) Albert Eduard

Zu Band XV, S. 526

Nr. 4484

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven, an Königin Viktoria von England, z. Z. in Windsor

Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Undatiert

Vermittelst meines Konsulats in Pretoria hat die Transvaal-Regierung an das Auswärtige Amt in Berlin in Klarschrift telegraphiert und meine Regierung um eine „freundschaftliche Vermittlung" zugunsten der südafrikanischen Republiken und zur Wiederherstellung des Friedens gebeten. Dieses Ersuchen ist auch an andere Regierungen, unter ihnen an Österreich und die Schweiz, gesandt worden. Ich habe das Auswärtige Amt angewiesen, wie folgt zu antworten: Die erste und höchste zu lösende Frage, bevor Schritte zu einer freundschaftlichen Vermittlung unternommen werden können, wäre, ob beide Gegner sie anzunehmen bereit wären, d. h. ob England auch dazu bereit wäre. Wenn erst diese Frage bejahend beantwortet worden ist, würde meine Regierung glücklich sein, dem Zustandekommen eines friedlichen Ausganges ihre Unterstützung zu gewähren. Meine Regierung rät ferner, daß die Republiken, um zu ermitteln, ob die Regierung Ihrer Majestät gerade jetzt in der Stimmung wäre, eine Vermittlung überhaupt anzunehmen, gut tun würden, sich in London unmittelbar zu erkundigen, oder wenn ihnen das nicht paßt, sich an eine dritte, nicht wesentlich und unmittelbar in Südafrika interessierte Macht zu wenden. Da Deutschland sachlich interessiert ist, war es die Pflicht meiner Regierung, davon Abstand zu nehmen, irgendeinen Schritt in dieser Angelegenheit zu unternehmen, der geeignet wäre, in England mißverstanden zu werden, und der den Verdacht erwecken könnte, als ob er von anderen als rein humanitären Beweggründen angeregt worden sei. Das würde die Sache des Friedens nur aufs Spiel setzen, statt ihr zu dienen.

Wilhelm I. R.

Zu Band XV, S. 553

Nr. 4507

Kaiser Wilhelm II. an den Prinzen Eduard von Wales

Abschrift

Berlin, 4. Februar 1900

Liebster Onkel!

Die freundliche Art, in der Du im Dezember meine Aphorismen über den Krieg gütigst aufgenommen hast, ermutigt mich in dem Unternehmen, eine neue Reihe davon Deiner freundlichen Durchsicht zu unterbreiten. Sie mögen vielleicht von Interesse für Dich sein oder möglicherweise von einigem Nutzen, falls Du auch so denkst. Sie sollen Dir beweisen, wie interessiert und eifrig ich die Operationen der Armee in allen ihren verschiedenen Phasen zu studieren und zu verfolgen versuche. Zugleich sind sie von jemandem niedergeschrieben, der aktives militärisches Leben seit 23 Jahren erlebt hat, und der seit 88, d. h. seit 12 Jahren, die Erziehung der Deutschen Armee befehligt und leitet.

Ich hoffe und vertraue, daß die „Royals" unversehrt aus den letzten Kämpfen hervorgegangen sind, und daß wir keine Toten zu beklagen haben mögen. Die Verluste der Lancaster-Brigade sind wirklich fürchterlich und zeigen, wie mutig sie gekämpft haben.

So hoffe ich denn, daß die liebe Großmama durch die Nachrichten nicht zu sehr beunruhigt und aufgeregt sein mag. Übrigens Geduld, und eine große Menge davon ist nötig, denn kein Ende kann vorher bestimmt werden. Obwohl die Bitte um Sieg beim Gottesdienst in St. Paul nicht erfüllt worden ist, ist die gütige Vorsehung gewillt, diesem Wunsche zu willfahren.

Wir erwarten Heinrich bald zurück, und Mama wird die erste sein, ihn willkommen zu heißen! Glücklicherweise schreibt sie froher und ist wieder an Bord der Yacht, um kleine Fahrten und Ausflüge zu unternehmen.

Bitte mache, wenn es Dir gefällt, jeden Dir beliebigen Gebrauch von meinem Memorandum, vielleicht würde es Großmama interessieren.

Mit besten Grüßen für Tante und die Vettern verbleibe ich

stets Dein Dir sehr ergebener Neffe
(gez.) Willy

Zu Band XV, S. 558

Nr. 4508

Prinz Eduard von Wales an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Marlborough House, 8. Februar 1900

Mein lieber Wilhelm!

Dein Brief vom 4. ds. Mts. ist mir pünktlich durch Hofrat Mahnkopf zugestellt worden, und ich bitte Dich, meinen wärmsten Dank dafür entgegenzunehmen. Ich habe Dein Memorandum mit dem größtmöglichen Interesse gelesen, und Deiner Anregung gemäß werde ich es mit einer englischen Übersetzung Großmama zukommen lassen. Sie ist natürlich sehr besorgt wegen jeder Bewegung unserer Truppen, aber bleibt, wie die ganze Nation es tut, den verschiedenen Rückschlägen gegenüber, die unsere Waffen erlitten haben, standhaft. Wir fühlen indessen vertrauensvoll, daß schließlich der Ausgang erfolgreich sein wird, obwohl diese Ansicht auf dem Kontinent und von Dr. Leyds nicht geteilt wird, der, wie ich bemerke, mit offenen Armen von allen Gesellschaftsklassen in Berlin aufgenommen worden ist! Aus Deinem Memorandum sehe ich, wie eifrig Du die Bewegungen unserer Truppen und ihre Wechselfälle verfolgst. —

Du fragst mich, ob ich irgend etwas über die „Royals" gehört habe — nein, das habe ich nicht, aber ich fühle bestimmt, Du nimmst ein tiefes Interesse an ihrem Wohlergehen. Ich fürchte, daß ich Deine in dem letzten Paragraphen Deines Memorandums ausgedrückte Ansicht nicht teilen kann, in dem Du unsern Konflikt mit den Buren mit unseren Fußball-Wettspielen mit den Australiern vergleichst, in welchen die letzteren siegreich waren und wir unsere Niederlage hinnahmen. Das britische Reich kämpft jetzt geradezu um seine Existenz, wie Du sehr wohl weißt, und für unsere Überlegenheit in Südafrika. Wir müssen daher jede uns verfügbare Kraft benutzen, um am Ende siegreich die Probe zu bestehen!

Ich hoffe zuversichtlich, daß es Dona gut geht, und ich schrieb einige Zeilen, um ihr meine tiefste Teilnahme am Tode ihrer Mutter auszudrücken.

Stets Dein Dich liebender Onkel

(gez.) Albert Eduard

Zu Band XV, S. 559/560

Nr. 4509

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock, an den Prinzen Eduard von Wales

Eigenhändige unsignierte Abschrift

Jagdschloß Hubertusstock, 23. Februar 1900

Liebster Onkel!

Aus einem sehr interessanten Berichte des Grafen Metternich, den ich kürzlich erhielt, konnte ich seine Aufnahme in London und besonders und vor

allem bei Dir beurteilen. Ich beeile mich daher, Dir für die Wärme und offene Freimütigkeit, mit der Du ihn so freundlich empfangen hast, recht herzlich zu danken. Er ist Dir äußerst dankbar für diesen Beweis Deines Vertrauens zu ihm und hat kaum Worte, um seine Gefühle auszudrücken. Du hast Dein Vertrauen keinem gewöhnlichen Manne geschenkt. Er ist aus Überzeugung ein treuer Freund Englands und wurde aus diesem Grunde von mir zu meinem Vertreter gewählt. Aber er ist mir gleichzeitig ein zuverlässiger und treuer Freund, der sich meines vollsten Vertrauens erfreut, und er wird sich sicherlich stets alles, was Du ihm sagst, gewissenhaft für mich einprägen, ebenso wie das, was ich Dich wissen zu lassen wünsche. Er wird alles tun, was in seiner Macht steht, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern, und um auftretende Reibungen und Schärfen, soviel er kann, zu beruhigen und zu mildern; und bei diesem Werke wird er, des bin ich sicher, seine beste und stärkste Stütze in Dir finden. —

Lord Roberts hat in meisterlicher Weise endlich die ihm zur Verfügung stehenden Truppen z u s a m m e n g e z o g e n und hat nach einem wohlerwogenen Plane den Feind umgangen, ihn zurückgedrängt und Kimberley befreit. Dies beweist klar die Richtigkeit meiner Berechnungen in den letzten Nummern meiner „Gedankensplitter", daß Konzentration auf einem Teile des Operationsfeldes zu einem bestimmten Schlage der Anfang sicheren Erfolges ist. Der tapfere alte Soldat wird sicherlich tatkräftig von den Truppen unterstützt werden, die es in bewunderungswürdiger Art möglich machen, zu marschieren und Ermüdungen und Entbehrungen im Vertrauen auf ihre Führer und den späteren Erfolg der Sache, für die sie leiden und bluten, zu ertragen. Es muß auch ein Wort des Lobes gesagt werden über die sehr wirkungsvolle Art, in der der Truppentransport und die Intendantur-Verwaltung gearbeitet haben, die mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten.

Es ist innig zu hoffen, daß die Lage bald geklärt sein und der entscheidende Schlag geführt werde, so daß Britannien diesem Kriege bald ein Ende machen kann und Muße hat, zu beobachten, was sich um Britannien herum ereignet. Denn ich befürchte, daß verschiedene Leute sich darauf vorbereiten, sich Freiheiten herauszunehmen und Intriguen und Überraschungen in verschiedenen Teilen der Welt zu nähren; was sich in Europa fühlbar zu machen beginnt und folglich in der politischen Welt viele Unannehmlichkeiten verursacht! Ich wünsche ein starkes, ungekränktes England, es ist für den Frieden der Welt nötig! Sei auf der Hut! Es ist höchst weise, das Reserve-Geschwader in Portland zusammengezogen zu haben, und das wird einen beruhigenden Eindruck in „verschiedenen Quartieren" hervorrufen! Nach meiner Überzeugung sollte das immer geschehen, sobald die Kanalflotte ihre regelmäßige Fahrt nach Gibraltar usw. unternimmt. Dieser Name ist für jenes Geschwader übrigens auch sehr ungeeignet, da der Kanal die Gegend ist, mit der es sehr selten in Berührung kommt!

Mein letzter Paragraph scheint Dich etwas beleidigt zu haben! Aber ich denke, ich kann Deine Zweifel darüber leicht zerstreuen. Die Anspielung auf den Fußball sollte beweisen, daß ich nicht zu denjenigen gehöre, die, wenn die britische Armee Rückschläge erleidet oder nicht imstande ist, in einer bestimmten Zeit den Feind zu meistern, darüber jammern, daß das britische Ansehen in Gefahr oder verloren sei! Groß-Britannien hat tapfer gekämpft und das ganze Nordamerika gegen Frankreich und Amerika verloren und ist dennoch das mächtigste Land geworden, weil seine Flotte ungeschwächt geblieben ist! Solange Deine Flotte die erste ist und zu ihr aufgesehen wird und sie als unüberwindlich gefürchtet wird, mache ich mir nicht einen Fiedelbogen aus einigen verlorenen Schlachten in Afrika! Aber Deine Flotte muß zeitgemäß und auf dem „qui vive" sein, und sollte es jemals notwendig sein, zu ihr seine Zuflucht zu nehmen, so möge ihr ein zweites Trafalgar beschieden sein. Ich

werde der erste sein, der das wünscht. Viel Glück! Mit übermenschlichen Kräften haben Bülow und ich langsam über unsere Presse den Sieg davongetragen, so überschwemmt sie war mit Artikeln, Rubeln und Franken von beiden Seiten, um anti-britische Empfindungen zu erzeugen, die unsere Nachbarn meistens selbst hegen!

Zu Band XV, S. 560/561

Nr. 4510

Prinz Eduard von Wales an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Marlborough House, 28. Februar 1900

Mein lieber Wilhelm!

Nimm meinen besten Dank für Deinen freundlichen Brief vom 23. Ich freue mich zu hören, daß Graf Metternich Dir über die Besprechung, die ich vor kurzem mit ihm gehabt hatte, da ich wußte, daß er Dein ganzes Vertrauen und Deine Freundschaft besaß, Bericht erstattet hat; ich sprach ganz ohne Vorbehalt zu ihm und gab der Hoffnung Ausdruck, daß seine Anwesenheit im Auftrage der Deutschen Botschaft sich als den guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern dienlich erweisen würde. Da er ein durchaus aufrechter und ehrlicher Mann ist und England liebt, das er so gut kennt, zweifle ich kaum daran, daß seine Stellung nicht nur eine ausgezeichnete sein wird, sondern daß sie ihm auch selbst gefallen wird. Ich muß aufrichtig sagen, daß ich jederzeit, wenn er mich aufzusuchen wünscht, nur sehr glücklich sein werde, ihn zu empfangen und über jeden Gegenstand, der schriftlich immer schwieriger auszudrücken oder zu erörtern ist, mit ihm zu sprechen. Ich freue mich, daß Du unseren tapferen Freund Lord Roberts so lobst, wie er Kimberley zurückgewann und seitdem das furchtbare Kronje „zum besten gehabt hat" — was das letztere zwang, sich mit seiner Armee zu übergeben. Jeder Militär wird, denke ich, zugeben, daß der Feldmarschall nicht nur ein braver Soldat ist, sondern auch beträchtliche strategische Qualitäten bewiesen hat —, wobei er in Lord Kitchener einen tüchtigen Gehilfen gefunden hat. Ich bin sehr dankbar für Dein Telegramm von gestern, das im ganzen Lande Freude hervorrief, und würdige es aufrichtig. — Nach den Telegrammen von Sir R. Buller sind die Schwierigkeiten, denen er auf dem Wege nach Ladysmith begegnet, sehr große, aber nach dem heutigen Telegramm hat er vollständigen Erfolg gehabt und glaubt nicht, daß er jetzt an der Zurückgewinnung der Stadt gehindert werden kann. Allem, was Du betreffs unserer Kontinentalfreunde sagst, stimme ich vollkommen bei, und wir müssen wirklich „keep one's another eye open" (wechselseitig die Augen offenhalten)! Wir sind indessen gezwungen, den uns von gewissen Ländern gegebenen Freundschaftsversicherungen amtlich Glauben zu schenken, die alle dieselben Pläne für etwa eintretende Möglichkeiten betreffen. Unsere Flotte ist zur Mobilisierung zu j e d e m Zeitpunkt bereit.

Ich freue mich, daß ich Deine Anspielung auf die Kricketwettspiele mißverstand, da ich unter dem Eindruck stand, daß Du dachtest, wir sollten trotz unserer Erfolge mit den Buren Frieden machen. Das würde eine einfache Unmöglichkeit gewesen sein, und die Regierung, die das vorgeschlagen hätte, würde nicht 24 Stunden im Amt geblieben sein!

Wir waren letzten Sonntag in Windsor und fanden Großmama (unberufen) sehr gut aussehen. —

Ihre Reise ist bis jetzt nicht bestimmt beschlossen, aber wenn sie sie unternimmt, ist es wegen ihrer Gesundheit und um Deine liebe Mama zu sehen, welche, fürchte ich, dauernd sehr leidend ist. Wir freuen uns, daß Du in der

Lage bist, die deutsche Presse zu bekämpfen, und ich hoffe zuversichtlich auf Erfolg in der Änderung ihres Tones.

Mit besten Grüßen von Tante und den Vettern

Dein Dich sehr liebender Onkel

(gez.) Albert Eduard

Zu Band XVI, S. 29

Nr. 4542

Der Interimistische Leiter des russischen Ministeriums des Äußern Graf Lamsdorff an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift. Von dem russischen Botschafter am 2. Juli mitgeteilt

St. Petersburg, den $\frac{18. \text{ Juni}}{1. \text{ Juli}}$ 1900

Der Kaiser ist in höchstem Maße angenehm berührt gewesen und schätzt die Loyalität der Gefühle hoch ein, die dem Kaiser Wilhelm seine Antwort an das Kabinett von St. James wegen des Vorschlages, Japan die Sorge für die Wiederberuhigung Chinas anzuvertrauen, eingegeben haben. Unser erhabener Herr sieht darin mit Befriedigung eine neue wertvolle Bürgschaft dafür, daß Deutschland weiterhin im äußersten Osten mit uns zusammengehen und den vor vier Jahren gegebenen Versprechungen treu bleiben wird. Der englische Vorschlag scheint uns in keinem Punkte dem zu erreichenden Zwecke zu entsprechen und würde sogar geeignet sein, Mißtrauen zu erwecken. Daraus folgt, daß von einem gesonderten Vorgehen Japans in China keineswegs die Rede sein kann. Die von Kaiser Wilhelm an Admiral Bendemann erteilten Weisungen haben unsere vollste Zustimmung, denn Rußland sieht seinerseits keinen Grund zu einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes der Dinge, noch zu einer Teilung des Himmlischen Reiches. Jede Maßnahme, die neue Verwicklungen nach sich ziehen könnte, dürfte in unserem Programm keine Aufnahme finden, deren große Linien in unserer letzten amtlichen Mitteilung klar aufgezeigt worden sind. Es ist Admiral Alexejew zur Pflicht gemacht worden, sich bezüglich der Maßnahmen, die er zu ergreifen haben würde, dem Gange der Ereignisse anzupassen.

Zu Band XVI, S. 40/41

Nr. 4553

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Brunsbüttelkoog

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Berlin, den 6. Juli 1900

Der russische Botschafter Graf von der Osten-Sacken, welcher mir heute geschrieben hatte, er habe mir „une communication très-importante" zu machen. übergab mir heute mittag im Auftrage seiner Regierung die nachstehende Note:

„Telegramm des Grafen Lamsdorff vom 4. Juli 1900:

Euer Exzellenz werden beauftragt, durch die Vermittlung des Grafen von Bülow die aufrichtigste Teilnahme der Kaiserlichen Regierung gelegentlich des Todes des deutschen Vertreters in Peking zum Ausdruck zu bringen. Wir hoffen, daß, trotz des so kriegerischen Tones der von dem Kaiser in Wilhelmshaven unter dem Eindruck der durch das tragische Ende Seines Vertreters hervorgerufenen Bewegung gehaltenen Rede, sich die politische Richtung[1] Seiner

Majestät hinsichtlich des Himmlischen Reiches in keiner Weise ändert, deren Programm Sie uns in Ihrer letzten Mitteilung auseinandergesetzt haben, und deren Tendenz der deutsche Geschäftsträger uns bestätigt hat[2]. Da wir mit Deutschland in vollem Einverständnis zu handeln wünschen, scheint es uns nötig, im voraus versichert zu sein, daß die dem Admiral Bendemann erteilten Weisungen in Kraft bleiben, und daß Kaiser Wilhelm fortfährt, jede Veränderung im Zustande der Dinge in China als gefährlich anzusehen, und daß er sich bemühen wird, einem jeden Versuche der Teilung des Himmlischen Reiches sich zu widersetzen, indem er mit uns nach der Wiederkehr des status quo ante und einer zentralen Regierung strebt, die fähig wäre, die Ordnung und die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten[3]. Es schiene uns, daß, trotz der empörenden Ausschreitungen der aufgewiegelten Bevölkerung, die Mächte in dem augenblicklichen Zustande der Anarchie keinen Grund zur Kriegserklärung an China und seine rechtmäßige Regierung[4] erblicken sollten, die sich vollständig außerstande sieht, gegen den Aufstand zu kämpfen."

. . . . . Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Im Gegenteil, ich habe klar gezeigt, auf welcher Linie meine Politik sich entwickelt.

[2] !

[3] Ja! aber das berührt in keiner Weise die Rache für die Mordtaten!

[4] Unsinn! Das war bis jetzt die Kaiserin! Sie ist getötet * und die Revolutionäre oder der Revolutionär haben die Macht an sich gebracht! Also besteht gegenwärtig keine gesetzmäßige Regierung! Denn die Leute, die die tatsächliche Regierung gestürzt und die Europäer getötet haben, können niemals als rechtmäßige Regierung auftreten!

Zu Band XVI, S. 72/73

Nr. 4591

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow, z. Z. in Bremerhaven

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 Berlin, den 27. Juli 1900

Der russische Botschafter übergab mir soeben das folgende Schriftstück:

„In Erwiderung auf Ihr gestriges Telegramm teile ich Ihnen auf Befehl des Kaisers den Standpunkt unseres Herrn zu den Fragen, die Sie mir gestellt haben, mit.

1. Nach unserer Auffassung wird der etwaige Marsch auf Peking weniger von der zahlenmäßigen Stärke der fremden Truppen in Peking als von den Ereignissen in China und von der Gestaltung der Lage in dem Augenblick abhängen, wo die Aktion beschlossen werden müßte.

Wenn die Einnahme von Peking unvermeidlich würde, würde Rußland sicherlich nicht zögern, daran teilzunehmen.

2. Die Kommandoeinheit schien uns, um den Erfolg einer gemeinsamen Aktion zu sichern, immer von unabweisbarer Notwendigkeit; aus diesem Grunde haben wir den anderen Mächten einen zur Herbeiführung einer vollkommenen Übereinstimmung über diesen wichtigen Punkt bestimmten Gedankenaustausch vorschlagen zu müssen geglaubt.

3. Indem wir alles sehr würdigen, was Graf Bülow uns hinsichtlich des Gedankens gesagt hat, der russischen Regierung das Oberkommando über die fremden Truppen vorzubehalten, so glaube ich indessen darauf aufmerksam machen zu müssen, daß wir Rußland nicht mehr als in höherem Maße auf dem

* Diese Nachricht bestätigte sich nicht.

Schauplatz der militärischen Operationen in Petschili interessiert ansehen; in jedem Falle schiene es uns praktisch, nachdem die allgemeinen Grundsatze einer gemeinsamen Aktion festgestellt sind, den militärischen Führern an Ort und Stelle die Sorge anzuvertrauen, einen Plan für das zentrale Kommando auszuarbeiten oder vielleicht sogar ihren entsprechenden Regierungen einen unter ihnen gewählten Kandidaten für die Stellung des Oberbefehlshabers vorzuschlagen.

4. Mit lebhafter Zustimmung würde Rußland das vorgeschlagene Gesetz zur Verhinderung der Ausfuhr von Waffen, Kanonen und Kriegsmunition nach China aufnehmen. Es schiene uns wünschenswert, die Kabinette von London, der Vereinigten Staaten und der anderen Mächte zum Anschluß an diese nicht nur zweckmäßige, sondern unentbehrliche Maßnahme zu veranlassen.

Wollen Sie gütigst dem Grafen Bülow vorstehendes übermitteln und ihm die Versicherung erneuern, daß es der beständige Wunsch unseres Erhabenen Herrn ist, den freundschaftlichen Gedankenaustausch über alle schwebenden Fragen fortzusetzen und das vollkommene Einverständnis mit Deutschland aufrechtzuerhalten."

Derenthall

Zu Band XVI, S. 83

Nr. 4602

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Telegramm en clair. Abschrift

Wilhelmshöhe Schloß, den 6. August 1900

Antwort des Kaisers Nikolaus II.: „Nachdem ich viel über Deinen Vorschlag hinsichtlich der Frage des Oberbefehlshabers nachgedacht habe, freue ich mich, Dir mitteilen zu können, daß ich der Ernennung des Feldmarschalls Grafen Waldersee zu diesem Posten durchaus zustimme. Ich kenne ihn gut; er ist sicherlich einer Deiner fähigsten und erfahrensten Generale, dessen Name in der russischen Armee einen guten Ruf hat. Mit ganzem Vertrauen unterstelle ich meine Truppen in Petschili seinem Befehl." . . .

Wilhelm I. R.

Zu Band XVI, S. 88

Nr. 4607

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Unsignierte Verbalnote. Vom englischen Botschafter am 10. August überreicht

Berlin, 10. August 1900

Die Regierung Ihrer Majestät wird eine Anordnung, nach der ein so ausgezeichneter Soldat wie Graf Waldersee an die Spitze der internationalen Streitkräfte gestellt wird, mit großer Befriedigung sehen, und wenn die Mächte, die im Golf von Petschili Truppen haben, sich dazu entschließen sollten, diese unter das Oberkommando des Feldmarschalls zu stellen, wird die Regierung Ihrer Majestät sehr erfreut einer solchen Politik beitreten und ihren Befehlshabern in diesem Sinne Weisungen erteilen.

Es wird notwendig sein, Weisungen, die mehr ins Einzelne gehen, zu entwerfen, wenn der Vorschlag Fortschritte macht.

Zu Band XVI, S. 91

Nr. 4611

Der französische Geschäftsträger in Berlin Boutiron an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandten von Derenthall

Unsignierte Verbalnote. Vom französischen Geschäftsträger am 14. August 1900 überreicht

Die Regierung der Republik hat stets den Erfolg des Verteidigungs- und Schutzwerkes im Auge, das die Mächte in China haben unternehmen müssen, und von Anfang an für den Zusammenklang ihrer militärischen Anstrengungen eingenommen ist sie ganz geneigt, dieses zu erleichtern. Aus diesem Grunde wird der Oberbefehlshaber der französischen Truppen nicht ermangeln, seine Beziehungen zu dem Marschall Grafen Waldersee zu sichern, nachdem der Marschall in China angekommen ist und im Rate der Befehlshaber der internationalen Truppenkörper den hervorragenden Platz eingenommen haben wird, den ihm die Überlegenheit seines Dienstgrades sichert.

Zu Band XVI, S. 93

Nr. 4613

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Berlin, den 21. August 1900

Am 17. d. Mts. hat der russische Botschafter folgendes Telegramm Graf Lamsdorffs vom 16. d. Mts. mitgeteilt:

„Es ist durch den Admiralsrat beschlossen worden, daß im Falle der Ankunft Li-Hung-Changs in Taku ihm jede Verbindung mit dem Binnenlande verwehrt werden wird. Diese Entscheidung scheint uns besonders in dem Augenblick unerklärlich, wo alle Mächte die Notwendigkeit erkannt haben, den letzteren als Vermittler bei der Regelung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu benutzen. Durch seine Isolierung wird der chinesische Bevollmächtigte in die Unmöglichkeit versetzt sein, die Forderungen zu vertreten, die die Mächte vor Beginn der Friedensverhandlungen zu formulieren beabsichtigen.

Folglich wäre es wünschenswert, daß die Admirale Befehle zur Zurücknahme ihres Beschlusses erhielten."

. . . . . Derenthall

Zu Band XVI, S. 113/114

Nr. 4628

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Aide-Mémoire. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet. Am 1. September 1900 dem russischen Botschafter mitgeteilt

Berlin, den 1. September 1900

Die Ansichten der Kaiserlichen Regierung über die Lage in China und über die deutsche, dort zu befolgende Politik sind dem St. Petersburger Kabinett durch den Grafen Bülow und den Fürsten v. Radolin schon im Juni und Juli mitgeteilt worden und sind von seiten der Kaiserlichen Regierung von Rußland einer Zustimmung begegnet, die Ihnen zu wiederholten Malen zum Ausdruck gebracht worden ist. Seit dieser Zeit haben unsere Ansichten keine Veränderung erlitten. Die Kaiserliche Regierung verfolgt und hat seit dem Beginn der

chinesischen Krise kein anderes Ziel verfolgt als die schnelle und dauerhafte Wiederherstellung der Ordnung in China. Die Regierungen von Deutschland und Rußland sind sich über dieses Ziel voll und ganz einig. Jede Maßnahme, die geeignet ist, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen, wird die Billigung und die Unterstützung Deutschlands finden. Jedoch bezweifelt die Kaiserliche Regierung, daß die Zurückberufung der internationalen Truppen aus Peking das gewünschte und erhoffte Ergebnis haben würde. Die Kaiserliche Regierung fürchtet, daß eine überstürzte Räumung der chinesischen Hauptstadt durch die internationalen Truppen von den Chinesen übel ausgelegt würde, und, statt die so sehr gewünschte Wiederherstellung der Ruhe herbeizuführen, die den Fremden feindliche Partei nur zu neuen Massakers und zur Verbreitung ihrer anarchischen Umtriebe ermutigen könnte. Die chinesischen Christen dem entsetzlichen Schicksale zu überlassen, das ihnen in diesem Falle sicher ist, würde außerdem einen der beklagenswertesten Eindrücke in allen Ländern hervorrufen. Diese Betrachtungen müssen zu der Ansicht führen, daß die Abberufung der internationalen Truppen von Peking, die wahrscheinlich der allgemeinen Sache der Zivilisation schädlich wäre, nur in dem Falle ausgeführt werden dürfte, wo gewichtige militärische Gründe eine solche Maßnahme unvermeidlich machten.

Andererseits legt die Kaiserliche Regierung, wie sie es oft erklärt hat, den größten Wert darauf, daß jeder Schein eines Mißklangs zwischen den an China interessierten Mächten sorgfältig vermieden werde, weil sie in der vollkommensten Einigkeit unter den Mächten die hauptsächliche Bürgschaft gegen ernstere Verwicklungen erblickt. Der Kaiserlichen Regierung liegt vor allem am Herzen, den so engen Zusammenklang aufrechtzuerhalten, der glücklicherweise zwischen der deutschen und russischen Regierung in China besteht. Entsprechend diesem Gedankengange ist die Kaiserliche Regierung bereit, das Personal ihrer Gesandtschaft in Peking vor allem in dem Falle abzuberufen, wo die anderen Großmächte das gleiche tun würden.

Was die deutschen Truppen betrifft, die sich gegenwärtig in Peking befinden, so sieht sich die Kaiserliche Regierung aus den oben angeführten Gründen in der Unmöglichkeit, die Verantwortlichkeit für die Folgen einer vorzeitigen Räumung zu übernehmen. Diese Truppen werden daher in Peking verbleiben, solange nicht Gründe militärischer Art ihren Abmarsch unbedingt erfordern.

Zu Band XVI, S. 143/145

Nr. 4654

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 Berlin, den 5. Oktober 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir über den gegenwärtigen Stand der diplomatischen Verhandlungen wegen China nachstehendes ehrfurchtsvoll vorzutragen. (S. 143.)

. . . . . .

(S. 144.) Inzwischen hat die französische Regierung hier gestern folgende Mitteilung machen lassen: „Mit der Entsendung ihrer Streitkräfte nach China bezweckten die Mächte vor allem die Befreiung ihrer Gesandtschaften. Dank ihrer Vereinigung und dem Werte ihrer Truppen ist dieses Ziel erreicht worden. Es handelt sich jetzt darum, von der chinesischen Regierung, die den Prinzen Tsching und Lihungschang Vollmachten gegeben hat, in ihrem Namen zu verhandeln und abzuschließen, angemessene Reparationen für die Vergangen-

heit und ernsthafte Bürgschaften für die Zukunft zu erlangen. Durchdrungen von dem Geiste, der die vorhergehenden Erklärungen der verschiedenen Regierungen beeinflußt hat, glaubt die Regierung der Republik ihre eigenen Ansichten in folgenden Punkten zusammenfassen zu können, die sie als gleich nach der üblichen Prüfung der Vollmachten anzunehmende Verhandlungsbasis vorschlägt: 1. Bestrafung der Hauptschuldigen, die von den Vertretern der Mächte in Peking zu bezeichnen wären; 2. Aufrechterhaltung des Einfuhrverbotes für Waffen; 3. Angemessene Entschädigungen für die Staaten, die Gesellschaften, die Einzelnen; 4. Einrichtung einer dauernden Schutzwache für die Gesandtschaften in Peking; 5. Schleifen der Befestigungen von Taku; 6. Besetzung von zwei oder drei Punkten auf der Straße von Tientsin nach Peking, die auf diese Weise für die Gesandtschaften, die sich nach dem Meere begeben wollten, und für die Streitkräfte, die vom Meere aus die Hauptstadt als Ziel haben würden, stets offen wären. Es scheint der Regierung der Republik unmöglich, daß diese so rechtmäßigen Bedingungen, von den Mächten gemeinsam vorgelegt und durch die Anwesenheit der internationalen Truppen unterstützt, nicht in kurzer Frist von der chinesischen Regierung angenommen würden." . . . . . Bülow

Zu Band XVI, S. 155

Nr. 4663

Der Gesandte in Peking Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 Peking, den 5. November 1900
(eingegangen am 9. November)

1. In heutiger Sitzung setzte Doyen meinen Antrag betreffend Sühne für Freiherrn von Kettelers Ermordung außer der Reihe in warmempfundener Rede als ersten auf Tagesordnung, und nach Begründung durch mich erfolgte ohne Diskussion einstimmige Annahme. Auf englischen Vorschlag erhielt diese Forderung ersten Platz in Gesamtnote:

„Entsendung einer außerordentlichen, von einem Kaiserlichen Prinzen geführten Mission nach Berlin, um das Bedauern Seiner Majestät des Kaisers von China und der chinesischen Regierung wegen der Ermordung des Barons von Ketteler zum Ausdruck zu bringen.

Errichtung eines des Ranges des Verstorbenen würdigen Erinnerungsdenkmals auf dem Platze des Mordanfalls mit einer Inschrift in lateinischer, deutscher und chinesischer Sprache, die das Bedauern des chinesischen Kaisers über den begangenen Mord zum Ausdruck bringt."

. . . . . Mumm

Zu Band XVI, S. 225/226

Nr. 4723

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 613 London, den 27. September 1900

Die mir von Lord Salisbury vorgelegte Übersetzung unseres Entwurfes lautet mit seinem Abänderungsvorschlag:

„Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Ihrer britischen Majestät sind übereingekommen, die folgenden Grundsätze hinsichtlich ihrer gemeinsamen Politik in China zu beobachten:

1. Es ist von gemeinsamem und dauerndem Interesse, daß die Fluß- und Küstenhäfen Chinas für den Handel und jede andere rechtmäßige Art wirt-

schaftlicher Betätigung für die Angehörigen aller Länder ohne Ausnahme frei und offen bleiben sollen.

Dieses gemeinsame und dauernde Interesse soll gemeinschaftlich und beständig geschützt werden.

2. Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Ihrer britischen Majestät werden ihrerseits keinen Gebrauch von der augenblicklichen Verwicklung machen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile in chinesischen Gebieten zu erlangen.

3. Sollte eine andere Macht unter irgendeiner Form sich bemühen, territoriale Erwerbungen dieser Art zu erlangen, und sollte die Kaiserlich Deutsche Regierung oder die Regierung Ihrer Britischen Majestät es infolgedessen für notwendig erachten, selbst zu territorialen Erwerbungen zu schreiten, so werden die beiden Regierungen sich über die Frage vorher verständigen."

. . . . . Hatzfeldt

Zu Band XVI, S. 230

Nr. 4728

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 623 London, den 2. Oktober 1900

. . . . . .

Das Ergebnis der sich hieran knüpfenden Besprechung ist der nachfolgende von Lord Salisbury vorgeschlagene Entwurf:

„Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Ihrer Britischen Majestät sind übereingekommen, die folgenden Grundsätze hinsichtlich ihrer gemeinsamen Politik in China zu beobachten:

1. Es ist von gemeinsamem und dauerndem internationalen Interesse, daß die Fluß- und Küstenhäfen Chinas für den Handel und jede andere rechtmäßige Art wirtschaftlicher Betätigung für die Angehörigen aller Länder ohne Ausnahme frei und offen bleiben sollen, und die beiden Regierungen vereinbaren, ihrerseits dasselbe Recht für alles chinesische Gebiet südlich des achtunddreißigsten Breitengrades aufrechtzuerhalten.

2. Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Ihrer Britischen Majestät werden sich ihrerseits die augenblickliche Verwicklung nicht zunutze machen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile in chinesischen Gebieten zu erlangen, und werden sich jedem Versuche seitens einer anderen Macht, territoriale Vorteile in derartiger Weise zu erlangen, in einer Art, die von den beiden Mächten vereinbart worden ist, widersetzen.

3. Sollte eine andere Macht unter irgendeiner Form sich bemühen, territoriale Erwerbungen dieser Art zu erlangen, und sollte die Kaiserlich Deutsche Regierung oder die Regierung Ihrer Britischen Majestät es infolgedessen für notwendig erachten, selbst zu territorialen Erwerbungen zu schreiten, so werden die beiden Regierungen sich vorher über die Frage verständigen."

. . . . . Hatzfeldt

Zu Band XVI, S. 232

Nr. 4730

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 629 London, den 5. Oktober 1900

Antwort auf Telegramm Nr. 362.

In einem eben von Lord Salisbury erhaltenen Privatbriefe heißt es:

„Graf Bülows Änderung wird sicherlich der Klausel viel von ihrer Stärke nehmen, und daher den Schutz, den wir durch sie erhalten sollen, vermindern.

Wollen Sie freundlichst bei Ihrer Regierung ermitteln, ob sie am Schlusse des Abkommens eine Klausel folgenden Inhalts annehmen würde:

‚Es versteht sich, daß in diesem Instrument nichts enthalten sein wird, was in irgendeinem Grade irgendwelche Rechte, die einer der beiden Regierungen in irgendeinem Teile Chinas gemäß gegenwärtig in Kraft befindlicher Verträge zustehen, vermindert oder berührt.'

Dies wird, denke ich, notwendig sein, um Mißverständnisse zu vermeiden."

. . . . . .

Hatzfeldt

Zu Band XVI, S. 233

Nr. 4732

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 634 London, den 8. Oktober 1900

Lord Salisburys Antwort auf meinen Privatbrief von vorgestern lautet wörtlich wie folgt:

„Ich kann Ihre Abänderung in der Form, in der Sie sie gemacht haben, schwerlich annehmen — denn ihre Folge würde sein, daß, wenn irgendein Geheimvertrag zwischen China und England bestände (der nicht besteht), unser Abkommen ihn unwirksam machen würde.

Ich bekenne, daß ich, seitdem Sie es geändert haben, um es für Rußland annehmbar zu machen, für dieses Abkommen nicht sehr eingenommen bin. Es ist so vielen Mißverständnissen ausgesetzt. Ich muß sicherlich zu seiner Beratung einen Ministerrat berufen, sobald alle meine Kollegen gewählt worden sind.

Ich werde mich sehr freuen, Sie Dienstag um 5 Uhr zu sehen, falls Sie mich zu sehen wünschen."

Ich werde den Premierminister morgen nachmittag sprechen.

Hatzfeldt

Zu Band XVI, S. 239

Nr. 4736

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Nr. 195 Berlin, den 9. Oktober 1900

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich nachstehendes Schreiben ehrfurchtsvollst zu unterbreiten, welches Sir Frank Lascelles soeben an mich gerichtet hat:

„Euer Exzellenz!

Die Regierung Ihrer Majestät hat von dem Vertreter Ihrer Majestät in Peking ein Telegramm erhalten, wonach General Gaselee, der kürzlich von Tientsin nach Peking zurückgekehrt ist, berichtet hat, daß Feldmarschall Graf Waldersee bestimmt habe, daß der Bau und die Kontrolle der Eisenbahn von Taku nach Yangtsun zur Teilung gelangen, und daß die Linie von letzterem Platz nach Peking von Deutschen mit Hilfe anderer Mächte gebaut werden solle. Graf Waldersee hat ferner vorgeschlagen, daß die Linie von Taku nach Shanhaiguan der Kontrolle der Teilung überlassen werden soll. In Anbetracht dessen, daß diese Linie vollständig unter britischer Kontrolle und Oberaufsicht gebaut worden ist, würde es scheinen, als ob diese Bestimmung mit der Ge-

rechtigkeit nicht übereinstimmte, um so mehr als Mr. Kinder und sein Stab darauf vorbereitet sind, die Arbeit zu übernehmen. Es scheint, daß die Franzosen Schritte zum Schutze der Interessen ihrer Obligationsinhaber unternommen haben, und daß, in Übereinstimmung mit den Weisungen von Paris, die Lukan-Linie zu besetzen, die französische Flagge, von einer starken Streitmacht unterstützt, auf der Lukachao-Brücke aufgepflanzt worden ist. Ich bin von dem Ersten Staatssekretär Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten angewiesen worden, bei der deutschen Regierung in dieser Sache ernste Vorstellungen zu erheben, in der die gerechten Forderungen britischer Untertanen mißachtet worden zu sein scheinen."

. . . . . Bülow

Zu Band XVI, S. 248/249

Nr. 4744

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 630 London, 17. Oktober 1900

. . . . . .

Anlage I

Foreign Office, 16. Oktober 1900

Euer Exzellenz!

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung Ihrer Majestät die hier beigefügte Vereinbarung genehmigt, über die zwischen Euer Exzellenz und mir hinsichtlich der Grundsätze, auf die die gemeinsame Politik Groß-Britanniens und Deutschlands in China gegründet werden soll, verhandelt worden ist.

Ich verbleibe mit der größten Hochachtung

Euer Exzellenz
gehorsamster, ergebenster Diener
Salisbury

Vereinbarung

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Ihrer Britischen Majestät, in dem Wunsche, ihre Interessen und ihre Rechte gemäß vorhandener Verträge aufrecht zu erhalten, sind übereingekommen, die folgenden Grundsätze hinsichtlich ihrer gemeinsamen Politik in China zu beobachten: —

1. Es ist von gemeinsamem und dauerndem Interesse, daß die Fluß- und Küstenhäfen Chinas für den Handel und jede andere rechtmäßige Art wirtschaftlicher Betätigung für die Angehörigen aller Länder ohne Ausnahme frei und offen bleiben sollen; und die beiden Regierungen vereinbaren, ihrerseits dasselbe Recht für alles chinesische Gebiet, soweit sie Einfluß ausüben können, aufrechtzuerhalten.

2. Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Ihrer Britischen Majestät werden sich ihrerseits die augenblickliche Verwicklung nicht zunutze machen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile in chinesischen Gebieten zu erlangen, und sie werden ihre Politik darauf richten, die territoriale Beschaffenheit des Chinesischen Reiches unvermindert aufrechtzuerhalten.

3. Falls eine andere Macht sich die Verwicklungen in China zunutze machen sollte, um unter was auch immer für einer Form solche territorialen Vorteile zu erlangen, behalten sich die beiden vertragschließenden Parteien vor, wegen der zum Schutze ihrer eigenen Interessen in China zu unternehmenden etwaigen Schritte zu einer Verständigung zu kommen.

4. Die beiden Regierungen werden diese Vereinbarung den anderen interessierten Mächten mitteilen, und besonders Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, Japan, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika, und sie werden sie auffordern, die darin bezeugten Grundsätze anzunehmen.

16. Oktober 1900.

Salisbury

Zu Band XVI, S. 253

Nr. 4747

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pückler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 363 St. Petersburg, den 29. Oktober 1900

Im Anschluß an Telegramm Nr. 361.

Text der russischen Antwort lautet wörtlich:

„Die zwischen Deutschland und England abgeschlossene Vereinbarung verändert unserer Ansicht nach die Lage in China nicht merklich.

Punkt I dieses Abkommens, der festsetzt, „daß die Fluß- und Küstenhäfen Chinas überall, wo die beiden Regierungen Einfluß haben, dem Handel frei und offen bleiben", kann von Rußland günstig aufgenommen werden, da diese Feststellung dem durch die bestehenden Verträge festgestellten status quo in China keinen Abbruch tut.

Punkt II entspricht um so mehr den Bestrebungen Rußlands, als es, schon bei Beginn der gegenwärtigen Verwicklungen, gleich als erste Macht die Erhaltung der Integrität des Himmlischen Reiches als Fundamentalgrundsatz seiner Politik in China aufgestellt hat.

Im Hinblick auf Punkt III, der sich auf die Möglichkeit einer Verletzung dieses Fundamentalgrundsatzes bezieht, kann die Kaiserliche Regierung unter Bezugnahme auf ihr Rundschreiben vom 12./25. August nur die Erklärung wiederholen, daß eine derartige Verletzung Rußland zwingen würde, seine Haltung nach den Umständen zu ändern.

Der Punkt IV erfordert keinen Kommentar."

. . . . . Pückler

Zu Band XVI, S. 270

Nr. 4770

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 6. Januar 1901

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen:

Sir Frank Lascelles hat hier soeben folgende Mitteilung übergeben: „Nach der Mitteilung, die die Regierung Ihrer Majestät von der Kaiserlich Deutschen Botschaft in London und von den britischen militärischen Autoritäten in China erhalten hat, bereiten die Russen die Abtretung des innerhalb der Mauern gelegenen Teiles der Shanhaikuan-Peking-Eisenbahn vor, unter Bedingungen, die nicht zufriedenstellend sind, und die die Briten in die Stellung von einfachen Mühewaltern bringen würden. Die Regierung Ihrer Majestät erfährt ferner, daß die Russen beabsichtigen, auf der Zurückbehaltung sowohl eines Teiles der Shanhaikuan-Station als auch der dortigen Brückenwerke und einer großen

Menge des rollenden Materials zu bestehen, was alles einen Teil der Sicherheit der britischen Obligationsinhaber bildet; die Russen haben dazu kein Recht, wünschen aber die Zurückbehaltung zum Vorteil des außerhalb der Mauern gelegenen Teiles der Linie.

Sir Frank Lascelles ist von dem Marquess of Lansdowne angewiesen worden zu fordern, daß Graf Waldersee, bis die Regierung Ihrer Majestät Gelegenheit zur Prüfung der Bedingungen der Konvention gehabt hat, Weisung erhalten möge, sie nicht zu unterzeichnen. Die Regierung Ihrer Majestät wird in der Lage sein zu erwägen, was für Vorbehalte zur Sicherung der britischen Interessen zu fordern sind, sobald der Text der Konvention ihr mitgeteilt worden ist."

. . . . . Bülow

Zu Band XVI, S. 300/301

Nr. 4799

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Note. Unsignierte Ausfertigung

Berlin, 17. März 1901

Ein vom 15. März datiertes Telegramm von Sir E. Satow ist eingegangen, wonach auf einem Stück Land bei Tientsin, das als Eigentum der Chinesischen Nord-Eisenbahn beansprucht wird, und wo die britischen Autoritäten ein Nebengeleise gebaut haben, von den russischen militärischen Autoritäten Posten aufgestellt worden sind, um die Briten an der Fortsetzung des Werkes zu hindern. Das in Frage stehende Stück Land bildet einen Teil eines kürzlich von den Russen als Konzession in Besitz genommenen Distriktes. Weisungen sind an den kommandierenden General ergangen des Inhalts, daß Graf Waldersee als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Chi-li die Autorität ist, die am geeignetsten die Frage der Befugnis der britischen und russischen Truppen zur Besetzung gewisser Punkte lösen kann. General Gaselee ist dementsprechend beauftragt worden, Seine Exzellenz zu ersuchen, die unmittelbare Streitigkeit, die zwischen den britischen und russischen militärischen Autoritäten in Tientsin entstanden ist, zu lösen, aber die Frage der Gültigkeit der Konzession als Ganzes oder des Eigentumsrechtes innerhalb der Konzession späterer Prüfung vorzubehalten.

Der britische Befehlshaber ist angewiesen worden, in der Zwischenzeit keine Gewalt anzuwenden, außer um einen Angriff zurückzuweisen; auch sollte er die russischen Posten nicht ablehnen.

Sir Frank Lascelles ist von Lord Lansdowne angewiesen worden, darauf zu dringen, daß sofortige Weisungen, in dem vorgeschlagenen Sinne zu handeln, an Graf Waldersee ergehen möchten.

Zu Band XVI, S. 311/313

Nr. 4808

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 London, den 7. Februar 1901

. . . . . .

. . . Den Sachverhalt faßte der Minister (Lord Lansdowne) folgendermaßen zusammen:

„Die Regierung Seiner Majestät erfährt, daß die russische Regierung die chinesische Regierung drängt, das zwischen Admiral Alexejew und dem chine-

sischen Befehlshaber in der Mandschurei hinsichtlich dieser Provinz geschlossene Abkommen zu ratifizieren. Sie erfährt ferner, daß die chinesische Regierung, wenn sie durch fremde Mächte ermutigt würde, jenes Abkommen gern zurückweisen und den Tataren-General, der es abgeschlossen hat, bestrafen möchte.

Unter diesen Umständen schlägt die japanische Regierung vor, den chinesischen Vertreter in Tokio zu verständigen, daß der Abschluß eines solchen Abkommens eine Quelle der Gefahr für die chinesische Regierung sein würde, und daß keine Abmachung, die territoriale Rechte im chinesischen Reiche berührt, zwischen der chinesischen Regierung und irgendeiner der Mächte geschlossen werden sollte.

Die Regierung Seiner Majestät hat verfügt, dem chinesischen Gesandten in London gleichartige Mitteilung zu machen."

. . . . . .

Hatzfeldt

Zu Band XVI, S. 314

Nr. 4809

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 London, den 7. Februar 1901

Im Anschluß an Telegramm Nr. 124.

Der Unterstaatssekretär zeigte mir heute abend ein soeben eingegangenes Telegramm von Sir Ernest Satow, das, soweit ich mich erinnern kann, etwa folgendermaßen lautete:

„Japanischer Gesandter teilt mir mit, daß Ratifikation des mandschurischen Abkommens nahe bevorsteht.

Folgende Bedingungen.

1. Stadt Kinchow soll in verpachtetes Gebiet auf Liaotung-Halbinsel einbegriffen sein.

2. Generalgouverneur der mandschurischen Provinzen soll nach vorheriger Zustimmung Rußlands bestimmt werden.

3. Rußland und China sollen über die Stärke der von letzterem aufrechtzuerhaltenden Streitmacht übereinkommen.

4. Beim Stabe jedes chinesischen Generalgouverneurs soll ein russischer Offizier mit der Oberaufsicht der genannten Streitmacht beauftragt werden.

5. Entschädigung für militärische Ausgaben ist hier zu verrechnen, Eisenbahnschäden sind aber nicht einzuschließen.

6. Rußland wünscht, Eisenbahn nördlich von Shanhaikuan zu erwerben und die Erwerbungskosten von dem Betrage der Kriegsentschädigung abzuziehen. Der Rest von dieser und Zinsen sind von den in der Mandschurei aufkommenden Steuern zu bezahlen.

Diese Information vom japanischen Gesandten in Petersburg durch Herrn v. Witte erhalten. Japanischer Gesandter meint, daß seine Regierung gemeinsamen Schritt der Mächte gegen das Abkommen wünscht."

Hatzfeldt

Zu Band XVI, S. 322

Nr. 4815

. . . . . .

Vgl. Nr. 4808.

. . . . . .

Zu Band XVI, S. 366/367

Nr. 4850

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 11 Berlin, den 5. Januar 1901

Der amerikanische Botschafter teilt hier das folgende Telegramm seiner Regierung mit:

„Der amerikanische Gesandte in Peking macht auf die Tatsache aufmerksam, daß die chinesische Regierung, da sie die von den Mächten formulierten Forderungen angenommen hat, sofort alle ausführen kann außer Artikel 6 und 11, die sich auf den Ausgleich der Entschädigungen und die Verbesserung bestehender Handelsverträge beziehen. Diese beiden Gegenstände werden notwendigerweise weitschweifige Verhandlungen nötig machen, da sie eingehende Kenntnis und genauen Vergleich der Ansichten der Mächte in jedem Stadium erfordern. Man glaubt, daß es sehr schwierig sein würde, derartige Verhandlungen in Peking zu führen, besonders da solches die Ausführung der anderen bestimmten Forderungen verzögern möchte, die angenommen worden sind, und die auf der Stelle angeordnet werden können. Der Präsident meint, es würde ratsam sein, diejenigen Gegenstände, die die Verhandlung über eine Sonderabmachung oder über Sonderabmachungen erfordern, von den Gegenständen zu trennen, die geregelt und jetzt ausführbar sind, und, während man den Vertretern der Mächte in China die Sorge für die sofortige Ausführung der letzteren Klasse überlassen würde, die Übertragung der ersteren Klasse von konventionellen Verhandlungen nach irgendeiner europäischen Hauptstadt oder nach Washington zu verlegen. Der Präsident würde sehr gern zu einer Konferenz von Bevollmächtigten in Washington einladen und sorgen oder in die Wahl einer anderen, den interessierten Mächten genehmen Hauptstadt einwilligen."

. . . . . Bülow

Zu Band XVI, S. 465

Nr. 4956

Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Ausfertigung

Berlin, 22. September 1902

Ich habe von dem Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät eine Depesche erhalten, die mich verständigt, daß die französische und japanische Regierung ihre Bereitwilligkeit mitgeteilt haben, ihre Streitkräfte von Shanghai gleichzeitig mit der Zurückberufung der anderen fremden Kontingente abzuberufen. Da die Kaiserliche Regierung bereits erklärt hat, daß sie sich auf die Zurückziehung ihrer Streitkräfte unter den oben genannten Bedingungen vorbereitet, bleibt nur noch übrig, daß die vier Mächte wegen des Datums der Räumung zu einer Verständigung kommen, und ich bin dementsprechend von Lord Lansdowne angewiesen worden, Euer Exzellenz vorzuschlagen, daß dies am 1. November stattfinden möchte.

Frank C. Lascelles

Zu Band XVII, S. 68/69

Nr. 5012

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein.

London, den 27. Mai 1901

Im Anschluß an letztes Privattelegramm.

Ich erhalte eben einen vertraulichen Privatbrief von Lord Lansdowne, welcher, nachdem er den Empfang meines Schreibens bestätigt hat, folgendes sagt:

„Vor unserer interessanten Unterhaltung in der Botschaft am 23. d. Mts. hatte ich, wie Sie wissen, verschiedene „akademische" Besprechungen über denselben Gegenstand mit Baron Eckardstein. Gelegentlich der letzten dieser Besprechungen war er so gut, zu versprechen, daß er mir ein Memorandum zukommen lassen wollte, das in allgemeinen Ausdrücken die Grundlage der Abmachung, die seiner Meinung nach zu treffen möglich wäre, feststellt.

Von Einzelheiten war nicht die Rede: diese würden, wie Sie hervorheben, später zu erwägen sein.

Ich meine noch, daß es wichtig ist, daß ich durch ein solches Memorandum imstande sein sollte, meine Eindrücke von dem, was zwischen Ihnen und mir und zwischen Baron Eckardstein und mir während Ihrer Abwesenheit sich ereignet hat, festzulegen. Ich halte diese Ansicht um so entschiedener aufrecht, weil jene „documents antérieurs" *, die, worauf Sie hinzuweisen so gut waren, den Ausgangspunkt bilden, nicht im Besitze des Foreign Office sind.

Sie werden sicherlich meinen Wunsch verstehen, daß ich mit vollständiger Genauigkeit den allgemeinen Grundsatz, von dem wir ausgehen könnten, erfassen muß.

Ich will diesen Brief nicht schließen, ohne Ihnen für den Ausdruck des Vertrauens und Wohlwollens, mit dem Sie den Ihrigen schließen, herzlich zu danken und Ihnen zu versichern, daß diese Gefühle herzlich erwidert werden von usw.

(gez.) Lansdowne"
Hatzfeldt

. . . . . .

Zu Band XVII, S. 72

Nr. 5016

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein.

London, den 29. Mai 1901

. . . . . .

Bitte baldmöglichst um telegraphische Äußerung über den nachstehenden Entwurf, welcher nach einigen einleitenden Worten lautet:

„Ich fürchte, daß ich mich in unserer letzten Unterhaltung schlecht ausgedrückt habe, wenn ich dadurch dem Eindrucke Raum gegeben habe, von dem Sie mir gütigst sprachen, daß ich als Ausgangspunkt ein früheres Dokument angenommen hätte, dessen Inhalt, wie Sie gütigst hinzufügen, im Foreign Office nicht bekannt ist. Das war nicht mein Gedanke, seien Sie davon überzeugt, und was ich habe sagen wollen, war einfach folgendes: Wenn wir über den allge-

* „früheren Dokumente".

meinen Grundsatz, so wie ich ihn aufzuzeigen mir erlaubt habe, übereinstimmten, so könnte das fragliche Dokument nach meiner persönlichen Meinung für die Folge als Grundlage dienen, nicht für die Erörterung dieses Grundsatzes, aber für die Erörterung von Einzelfragen, die sich notwendigerweise daran anschließen müßten.

Ich hoffe, daß Sie mich nach Ihrer Rückkunft freundlichst wissen lassen, wann ich das Vergnügen haben kann, Sie zu sehen und Ihnen meine Gedanken über diesen Gegenstand auseinanderzusetzen. Wenn wir dann zu dem Schluß kommen, daß die Angelegenheit weit genug vorgeschritten sei, um eine schriftliche Redaktion nützlich zu machen, so werde ich mich beeilen, die Frage meiner Regierung zu unterbreiten und von ihr die Genehmigung zu erbitten, die für die Teilnahme an dieser Arbeit erforderlich ist."

. . . . . Hatzfeldt

Zu Band XVII, S. 110/111

Nr. 5029

Kaiser Wilhelm II. an König Eduard VII. von England

Abschrift

Neues Palais, 30. XII. 1901

pp.* Das verflossene Jahr ist eines voll Kummer und tiefer Trauer für uns alle gewesen, und der Verlust von zwei solchen hervorragenden Frauen, Müttern und Königinnen** wie der lieben Großmama und der armen Mutter, ist ein schwerer Schlag, der für lange Zeit eine Lücke läßt, die sich nur sehr langsam schließt! Ich danke Gott, daß ich rechtzeitig da sein konnte, um die liebe Großmama noch einmal zu sehen, und bei Dir und den Tanten sein konnte, um Euch die ersten Wirkungen des entsetzlichen Schlages tragen zu helfen! Was für ein herrliches Reich hat sie Dir hinterlassen und was für eine schöne Stellung in der Welt! In der Tat das erste „Weltreich" seit dem Römischen Reiche! Möge es immer sein Gewicht auf die Seite des Friedens und der Gerechtigkeit legen. Erfreut erwidere ich alles das, was Du über die Beziehungen unserer beiden Länder und unsere persönlichen gesagt hast; sie sind von demselben Blute und sie haben denselben Glauben, und sie gehören zu der großen teutonischen Rasse, die der Himmel mit der Weltkultur betraut hat; denn — ganz abgesehen von den östlichen Rassen — blieb keine andere Rasse für Gott übrig, seinen Willen in und auf dieser Welt zu betätigen, als die unsrigen; das ist, glaube ich, Grund genug, Frieden zu halten, wechselseitige Anerkennung und Gegenseitigkeit zu pflegen in allem, was uns zusammenbindet, und alles zu unterdrücken, was uns trennen könnte! Die Presse ist auf beiden Seiten furchtbar, aber hier hat das nichts zu sagen, denn ich bin der einzige Schiedsrichter und Herr der deutschen Auswärtigen Politik, und die Regierung und das Land müssen mir folgen, sogar wenn ich die Musik zu ändern habe! Möge Deine Regierung dies nie vergessen und mich niemals in die Gefahr bringen, einen Kurs wählen zu müssen, der ein Unglück für uns Beide sein könnte!

Mit meinen aufrichtigsten Wünschen für ein glückliches neues Jahr und in freudiger Erwartung von Georgies Besuch hier verbleibe ich immer

Dein geneigtester Neffe
(gez.) Wilhelm

---

* Der hier nicht mitgeteilte Anfang des Schreibens enthält nur Persönliches ohne politische Bedeutung.

** Die Königin Victoria war am 21. Januar 1901, die Kaiserin Friedrich am 5. August 1901 gestorben.

Zu Band XVII, S. 121/124

Nr. 5033

Aufzeichnung des englischen Staatssekretärs des Äußern Marquess of Lansdowne

Abschrift. Von König Eduard VII. am 11. August 1901 Kaiser Wilhelm II. in Homburg v. d. H. übergeben

Memorandum über Fragen, die zwischen dem deutschen Kaiser und dem Könige erörtert werden könnten

London, 10. August 1901

Chinesische Unterhandlungen

Die Regierung Seiner Majestät hat im Laufe der China-Unterhandlungen auf der Notwendigkeit bestanden, daß mit Rücksicht auf die Entschädigungen irgendein Vorbehalt in die Abmachungen eingeschlossen werde, der China daran hindern würde, künftig mit einzelnen Mächten getrennte Abmachungen für die Rückzahlung seines Schuldenanteils zu treffen. Der gewünschte Zweck war natürlich, auf den Weg der „Hintertreppen"-Transaktionen, denen sich die chinesische Regierung aus Bestechungsgründen hingeben möchte, oder zu denen es zwecks Gebiets-Entäußerung oder Übertragung ausschließlicher Vorrechte in Anbetracht der Ermäßigung von Teilen der Schuld genötigt werden könnte, Schwierigkeiten aufzuhäufen.

Unsere Ansichten wegen dieser Sache sind dem Vertreter der deutschen Botschaft offen auseinandergesetzt worden, und wir hatten allen Grund anzunehmen, daß sie von der deutschen Regierung geteilt werden.

Andererseits kann es nicht klar genug verstanden werden, daß wir letzten Endes nicht wünschen, China an der Tilgung der ganzen Schuld oder eines Teiles der Schuldverschreibungen vor Ablauf der festgesetzten Zeit zu hindern, wenn diese Abmachung mit voller Kenntnis und Mitwirkung der Mächte getroffen wird, um so eine unrechtmäßige Bevorzugung, die einer von ihnen zugestanden sein könnte, zu verhindern.

Wir vernahmen daher mit einem gewissen Erstaunen, daß, als das Protokoll als zur Mitteilung an die Konferenz durch das Komitee beinahe fertig angesehen wurde, der deutsche Vertreter den russischen Gesandten bei der Abstimmung für die Ausmerzung der Klausel unterstützte, die mit den oben genannten Zielen entworfen worden ist, obwohl Sir E. Satow uns mitgeteilt hat, daß der deutsche Gesandte Weisungen hatte, und daß eine befriedigende Formel wahrscheinlich gefunden werden würde.

Wir nahmen gleichfalls mit Bedauern davon Kenntnis, daß der deutsche Vertreter Sir E. Satow bei der Abstimmung gegen eine sehr unbequeme Abmachung nicht unterstützt hat, mit Hilfe deren es beabsichtigt war, die Umwandlung der Einfuhrabgaben von nach dem Wert berechneten* in besondere Abgaben einer schwerfälligen, aus Vertretern aller Mächte zusammengesetzten Kommission anzuvertrauen, von denen jeder Stimmfreiheit haben sollte.

Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan bei den weiteren Verhandlungen mit Groß-Britannien

Wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten, als die an dem Handel des Fernen Ostens am meisten interessierten Mächte, bei den wichtigen Unterhandlungen, die jetzt gemäß Artikel XI der gemeinsamen Note zu beginnen haben werden, hinsichtlich von Handels-Verträgen und Handels-Erleichterungen sich mit uns vereinigen werden.

* ad valorem.

Es ist vorgeschlagen worden, daß die neuen Unterhandlungen in Shanghai stattfinden sollen, und sie werden augenscheinlich bessere Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Vertreter der am chinesischen Handel weniger interessierten Mächte ausgeschlossen sind. Es kann ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich in einem späteren Stadium anzuschließen.

Ansprüche deutscher Aktionäre der niederländischen südafrikanischen Eisenbahngesellschaft

Baron Eckardstein hat mir zu verstehen gegeben, daß Graf v. Bülow ernstlich eine Regelung der Ansprüche der Aktionäre der niederländischen südafrikanischen Eisenbahngesellschaft und der aus den Landesverweisungen von Südafrika entstandenen Ansprüche wünscht.

Diesen beiden Fragen ist Aufmerksamkeit geschenkt worden. Ich habe Baron Eckardstein einen Vorschlag für eine freundschaftliche Regelung mit den deutschen Aktionären vertraulich übermittelt, unter Bedingungen, die er zweifellos der deutschen Regierung berichten wird.

Die Prüfung der Ansprüche der aus Südafrika ausgewiesenen Personen kommt vor die Kommission von Mr. Milvain, aber bis gestern sind keine deutschen Ansprüche den Kommissionsmitgliedern unterbreitet worden. Das ist sehr bedauerlich. Es haben Besprechungen hinsichtlich der Möglichkeit einer außergerichtlichen Regelung aller dieser Ansprüche in einer runden Summe stattgefunden, und grundsätzlich bin ich diesem Plane und der daraus sich ergebenden Vermeidung von Kosten und der Unruhe einer langwierigen Prüfung nicht abgeneigt. Es würde indessen für die Regierung Seiner Majestät sehr schwierig sein, in eine solche Regelung zu willigen, bevor nicht die Kommission Gelegenheit gehabt hat, jedenfalls einige der deutschen Ansprüche zu prüfen und sich ein Urteil darüber zu bilden.

Kueit

Die Frage von Kueit könnte Seiner Majestät gegenüber erwähnt werden.

Seine Majestät ist davon unterrichtet, daß seine Regierung besondere Abmachungen mit dem Scheich eingegangen ist, nach denen es dem letzteren verboten ist, ohne ihre Einwilligung Gebiet zu veräußern. Die Art dieser Abmachung wurde im Jahre 1900 dem Baron v. Marschall in Konstantinopel durch Sir Nikolaus O'Conor ausführlich auseinandergesetzt. Es gehen Gerüchte um, daß die türkische Regierung beabsichtigt, den Scheich anzugreifen, und sollten sich diese Gerüchte als wohlbegründet erweisen, so würde es notwendig sein, die Pforte an die Sprache zu erinnern, die Sir N. O'Conor im Jahre 1900 dem türkischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten gegenüber geführt hat, wenn er sagte, daß die Regierung Ihrer Majestät sich mit dem status quo oder mit der Autorität des Sultans in jenen Teilen nicht zu befassen wünschte, aber daß sie im Hinblick auf ihre großen Interessen im Persischen Golf nicht mit Gleichgültigkeit irgendeine Handlung ansehen könnte, die den gegenwärtigen Zustand der Dinge verändern oder einer anderen Macht besondere Rechte oder Vorrechte über Gebiete verleihe, die dem Scheich von Kueit gehörten, mit dem die Regierung Ihrer Majestät gewisse Abkommen hat. Er fügte hinzu, daß er darauf vertraue, Seine Exzellenz würden sich dieser Bemerkungen erinnern, falls irgendwelche unseren Interessen widerstreitende Vorschläge gemacht würden, und er tat das um so überzeugter, als solche Vorschläge wahrscheinlich gleichfalls mit den Interessen der Türkei in Konflikt geraten würden.

Sollte irgend etwas mit Rücksicht auf die deutschen Interessen in der Umgebung von Kueit zu Seiner Majestät gesagt werden, so schlage ich vor, daß eine Versicherung abgegeben werden möge, daß wir Erleichterungen für die deutsche Regierung, Kueit als Endstation der Transkaspischen Eisenbahn

zu bekommen, nicht zurückzuweisen wünschen, daß aber in diesem Falle eine vorhergehende Verständigung mit Seiner Majestät Regierung unerläßlich sein würde.

Marokko

Die Politik der deutschen und britischen Regierungen würde hinsichtlich Marokkos identisch zu sein scheinen. Beide wünschen die Aufrechterhaltung des status quo, und beide würden wahrscheinlich jede dem maurischen Gesandten, der kürzlich den deutschen und britischen Hof besucht hat und dort mit Ehren empfangen worden ist, zugefügte Beleidigung übel aufnehmen.

(gez.) Lansdowne

Zu Band XVII, S. 127/129

Nr. 5035

Anlage

Deutsches Gegenmemorandum

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Rosen

Ein „Memorandum über Fragen, die zwischen dem deutschen Kaiser und dem Könige erörtert werden könnten", ist von Seiner Majestät dem Könige Seiner Majestät dem Kaiser übergeben worden*. Die Kaiserlich Deutsche Regierung verzeichnet mit Befriedigung den offenkundigen Wunsch der Regierung Seiner Britannischen Majestät, über die hauptsächlichen schwebenden Fragen zu einer Verständigung zu gelangen, und benutzt diese Gelegenheit, um den deutschen Standpunkt hinsichtlich jeder der in dem Memorandum behandelten Fragen darzulegen.

I. Chinesische Unterhandlungen

Die dem deutschen Gesandten in Peking gegebenen Weisungen sind immer versöhnlicher Natur gewesen. Die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät ist, während der ganzen chinesischen Unruhen, von dem Wunsche geleitet gewesen, einen Bruch zwischen den Mächten zu verhindern. Weisungen allzu technischer oder allzu spezieller Art sind, soweit wie möglich, Herrn v. Mumm nicht erteilt worden.

Den letzten Nachrichten aus Peking zufolge ist inzwischen eine Verständigung über die bis jetzt erörterten Fragen erreicht worden, und das Schlußprotokoll ist mittlerweile der chinesischen Regierung zur Unterzeichnung unterbreitet worden.

II. Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan bei den weiteren Verhandlungen mit Groß-Britannien

Der Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen von Deutschland, Groß-Britannien, den Vereinigten Staaten und Japan bei den Verhandlungen, die über Handels-Verträge und Handelserleichterungen jetzt zu beginnen haben werden, verdient seitens der Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät die reiflichste Erwägung und wird sie finden. Zu gleicher Zeit erscheint es unerläßlich — mit Unterstützung des Gesandten Seiner Kaiserlichen Majestät in Peking —, die Frage zu prüfen, ob oder in welchem Umfange der Ausschluß derjenigen

* Siehe Nr. 5033.

Mächte, bei denen ein geringeres Interesse an den chinesischen Angelegenheiten anzunehmen ist, zur Folge haben könnte, daß jene Mächte sich enger zusammenschließen und so eine neue und unerwünschte Gruppierung von europäischen Staaten im Fernen Osten bilden.

III. Ansprüche deutscher Aktionäre der niederländischen südafrikanischen Eisenbahngesellschaft

Bei der ersten Durchsicht der britischen Vorschläge scheinen die folgenden beiden Bedingungen besonders hart zu sein.

1. Daß Aktionäre eine Entschädigung von nur £ 130 erhalten sollen. Dieser Betrag würde einer Notierung von ungefähr 156 Prozent entsprechen, wohingegen, gemäß den Statuten der Eisenbahngesellschaft, die Aktionäre selbst den Preis, zu dem die Aktien zurückzukaufen sein sollten, mit 264⅓ Prozent berechnet haben, und wohingegen die Aktien vor dem Kriege und sogar noch in diesem letzten Frühjahr im Werte von 220 zu 230 Prozent geschwankt haben. Sogar als nach dem Bericht der Transvaal-Konzessions-Kommission der Wechselwert der oben erwähnten Aktien beträchtlich gesunken war, behaupteten sie noch zu gleicher Zeit, als das Memorandum aufgesetzt wurde (d. h. bis zum 12. August), einen Wert von 173½ Prozent. In Anbetracht dessen, daß die Durchschnittsdividende, die während der drei dem Kriege voraufgehenden Jahre, nämlich 1897 bis 1899, gezahlt wurde, auf 12⁵/₁₂ Prozent stieg, bleibt der jetzt von der britischen Regierung angebotene Preis beträchtlich hinter dem zurück, den die Aktionäre zu erwarten sich berechtigt glauben.

2. Gemäß den Vorschlägen der britischen Regierung werden alle Rückzahlung beanspruchenden Aktionäre (unter B) aufgefordert werden, nachzuweisen, daß ihre Aktien vor Ausbruch des Krieges ihr Privateigentum waren. Mit Rücksicht auf diesen Vorschlag muß daran erinnert werden, daß, wenigstens zu der Zeit, als — im Dezember letzten Jahres — die Deutsche Schutzvereinigung gebildet wurde, Transvaal-Eisenbahn-Aktien von allen Kapitalisten als eine gute Kapitalsanlage angesehen wurden, und, da beim Verkauf derselben an allen Börsen keine Schwierigkeit bestand, müssen sie sehr oft von Hand zu Hand gegangen sein. Es wird daher in vielen Fällen sehr schwierig sein, das wahre Eigentumsrecht für die dem Dezember letzten Jahres vorhergehende Periode nachzuweisen.

Mit Rücksicht auf die möglichen weit reichenden Folgen dieser Vorschläge ist die Angelegenheit der „Deutschen Schutzvereinigung" unterbreitet worden. Nachdem diese Körperschaft, die die Interessen der großen Mehrheit der deutschen Aktionäre vertritt, gehört worden ist, wird die deutsche Antwort sowohl auf diese beiden Punkte als auf einige andere von dem deutschen Botschafter in London der britischen Regierung ausführlich dargelegt werden.

Ansprüche deutscher, aus Südafrika ausgewiesener Untertanen

Was die Ansprüche der aus Südafrika ausgewiesenen deutschen Untertanen anbetrifft, so ist eine Liste aller Ansprüche dieser Art, die zur Kenntnis der Kaiserlich Deutschen Regierung gekommen sind, im April durch die Deutsche Botschaft in London für die „Südafrikanische Ausweisung durch die militärischen Behörden-Entschädigungskommission" überreicht worden. Dr. Sieveking, der zur Vertretung dieser deutschen Ansprüche berufene Rechtsvertreter, hat indes anfangs keine Gelegenheit gehabt, diese Ansprüche vor der Kommission geltend zu machen, infolge einer Bestimmung der letzteren, daß der Beanspruchende persönlich vor ihr erscheinen müsse. Diese Bestimmung ist später als unpraktisch fallen gelassen worden. Zu einem späteren Zeitpunkte betrachtete Dr. Sieveking es nicht als zweckmäßig, irgendwelche einzelnen Ansprüche vor die Kommission

zu bringen, weil zu jener Zeit Besprechungen zur außergerichtlichen Regelung aller dieser Ansprüche in einer runden Summe Platz gegriffen hatten.

Da indes in dem Memorandum der Wunsch ausgedrückt ist, daß die Kommission einige der deutschen Ansprüche prüfen möge, um der britischen Regierung Gelegenheit zu verschaffen, sich ein Urteil darüber zu bilden, ist Dr. Sieveking angewiesen worden, solche Fälle, die jetzt genügend vorbereitet sind, unverzüglich der Kommission vorzulegen.

3. Kueit (Koweit)

Hinsichtlich des dritten * Punktes wünscht die deutsche Regierung festzustellen, daß sie irgendwelche Souveränitäts- oder Suzeränitätsrechte oder Vorrechte auf Gebiete, die dem Scheich von Kueit gehören, geltend zu machen nicht beansprucht. Dieser Hafen hat für Deutschland nur als beabsichtigte Endstation der Bagdad-Eisenbahn Bedeutung. Deutschland hat keinen Grund, die Souveränitäts- oder Suzeränitätsfragen hinsichtlich dieses Gebietes zu untersuchen, wünscht aber zu betonen, daß bis jetzt der Sultan in Konstantinopel als der unbestrittene Souverän des Kueit-Gebietes angesehen worden ist. Soweit die Regierung Seiner Britannischen Majestät sich „mit der Autorität des Sultans in jenen Teilen zu befassen wünscht", scheint keine Meinungsverschiedenheit wegen dieses Punktes zwischen der deutschen und der britischen Regierung zu bestehen. Die genaue Art der zwischen der britischen Regierung und dem Scheich von Kueit bestehenden Abmachungen ist der deutschen Regierung nicht völlig klar, trotz der im Jahre 1900 von Sir Nikolaus O'Conor dem Baron v. Marschall in Konstantinopel gegebenen Erklärungen. Da indes diese Abmachungen auf den Verkauf des Grund und Bodens durch den Scheich beschränkt zu sein scheinen, wird Herr Dr. v. Siemens, der Hauptunternehmer der Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft, angewiesen werden, zu einer vorherigen Verständigung mit der britischen Regierung zu gelangen, wenn die Zeit für den Landerwerb für eine Eisenbahn-Endstation und einen Landungsplatz in Kueit gekommen sein wird. Falls diese Abmachung die britische Regierung nicht befriedigen sollte, wird die deutsche Regierung sehr wahrscheinlich ihren Wunsch zum Ausdruck bringen, völlige Kenntnis von den zwischen der britischen Regierung und dem Scheich von Kueit eingegangenen Abmachungen zu erhalten.

4. Marokko

In Marokko befolgen wir eine Politik der Zurückhaltung. Die Marokkofrage an sich ist für uns nicht wichtig genug, um eine Politik zu rechtfertigen, die Deutschland der Gefahr ernster internationaler Verwicklungen aussetzen könnte.

Zu Band XVII, S. 179/180

Nr. 5064

Anlage

Französisch-russische Deklaration über China vom 16. März 1902

Unsignierte französische Note. Vom Botschafter Marquis de Noailles am 19. März dem Reichskanzler übergeben

Den 16. März 1902

Die verbündeten Regierungen von Frankreich und Rußland sind, nachdem sie von der anglo-japanischen Konvention vom 30. Januar 1902 Mitteilung erhalten haben, die zu dem Zwecke abgeschlossen ist, den status quo und den

* Entspricht der Numerierung im Dokument Nr. 5034 (S. 125) des XVII. Bandes.

allgemeinen Frieden im Äußersten Osten zu sichern und die Unabhängigkeit von China und Korea aufrechtzuerhalten, die für den Handel und die Industrie aller Nationen offen bleiben sollen, vollkommen befriedigt, darin die Bestätigung der hauptsächlichen Grundsätze zu finden, die sie selbst zu verschiedenen Malen zu vertreten erklärt haben, und die die Grundlagen ihrer Politik bleiben.

Die beiden Regierungen glauben, daß die Beobachtung dieser Grundsätze gleichzeitig eine Garantie ihrer besonderen Interessen im Äußersten Osten ist. Da sie auch jedenfalls gezwungen sind, den Fall ins Auge zu fassen, wo entweder das aggressive Vorgehen dritter Mächte oder neue Unruhen in China die Integrität und die freie Entwicklung dieser Macht in Frage stellen und zu einer Bedrohung ihrer eigenen Interessen werden würde, behalten sich die beiden verbündeten Regierungen vor, gegebenenfalls auf Mittel bedacht zu sein, um deren Schutz zu sichern.

Zu Band XVII, S. 189/190

Nr. 5069

Anlage

Russisches Promemoria

Unsignierte und undatierte Reinschrift

Vom russischen Geschäftsträger in Berlin von Bulazell am 22. Oktober 1901 dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes überreicht

Die Delegierten der Südafrikanischen Republiken haben sich an das Büro des permanenten Schiedsgerichtshofes im Haag mit der Bitte gewendet, daß dieser dem blutigen Konflikte zwischen Groß-Britannien und diesen Republiken ein Ende machen möge.

Die Kaiserliche Regierung ist lebhaft daran interessiert, daß alle internationalen Streitigkeiten friedlich beigelegt werden, und würde jedes Mittel zur Beendigung des Kampfes, der sich gegenwärtig in Südafrika abspielt, mit der größten Genugtuung aufgenommen haben.

Nach Artikel 26 der Haager Konvention müssen aber alle Parteien sich dorthin wenden, damit die Streitigkeit zum Jurisdiktionsgegenstande des permanenten Schiedsgerichtshofes werden kann. Das ist unglücklicherweise unter den gegenwärtigen Umständen nicht der Fall. Demzufolge könnte der Anrufung des Gerichtshofes durch die Vertreter der afrikanischen Republiken keinerlei Folge gegeben werden.

Die Signatarmächte der Konvention von 1899, die durch ihre Vertreter im Haag von dem Schritt der Buren-Delegierten benachrichtigt sind, würden aber, gemäß Artikel 3 dieser Konvention und sich auf Artikel 27 stützend, bei der ersten günstigen Gelegenheit „ihre guten Dienste und ihre Vermittlung" dem anderen Gegner, das heißt Groß-Britannien, anbieten können, indem sie es daran erinnern, daß sie bereit sind, mit allen Mitteln zur Beendigung des Kampfes beizutragen, ohne daß ein derartiger Schritt ihrerseits „von der einen oder anderen im Streit befindlichen Partei als ein wenig freundschaftlicher Akt angesehen werden könnte".

Überdies könnte man nicht leugnen, daß die Mächte, die die Protokolle der Friedenskonferenz unterzeichnet haben, eine moralische Verpflichtung haben, über die Unverletzlichkeit der durch internationale Verträge bestätigten Gesetze und Gebräuche des Krieges zu wachen, und daß England, das jetzt zu Maßnahmen Zuflucht genommen hat, die mit diesen Grundsätzen wenig übereinstimmen, sich verpflichtet hatte, sie zu beobachten.

Zu Band XVII, S. 192/193

Nr. 5071

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von Mühlberg an den russischen Geschäftsträger in Berlin von Bulazell

Unsignierte Verbalnote, dem russischen Geschäftsträger am 29. Oktober 1901 mündlich mitgeteilt. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

(Berlin, den 27. Oktober 1901)

Ebenso wie die Kaiserlich Russische Regierung würde die Kaiserlich Deutsche Regierung, soweit dieses möglich ist, ohne den Frieden des Reiches in Gefahr zu bringen, dahin mitzuwirken wünschen, daß überall auf dem Erdball die Kriege verhindert, beschränkt und beendet würden. Die Kaiserliche Regierung bezweifelt indessen, ob, was das südliche Afrika anbelangt, das gewünschte Ergebnis mittelst eines gemeinsamen Schrittes erreicht werden könnte. Ein solcher Schritt würde immer, mag er auch auf die freundschaftlichste und versöhnlichste Art getan werden, einen bedrohlichen und daher aufregenden Charakter behalten. Die Drohung, die die Engländer darin zu sehen nicht ermangeln würden, würde, anstatt der Sache des allgemeinen Friedens zu dienen, vielmehr geeignet sein, den englischen Widerstand zu vermehren. Dieser Charakter einer Drohung würde verschwinden, wenn in einem günstigen Moment eine einzelne Macht, z. B. Rußland, unter Berufung auf ihre Eigenschaft als Vermittlerin der Haager Konferenz die Neigung erkennen ließe, ihre guten Dienste für den Fall zur Verfügung zu stellen, wo diese England genehm wären. Unter derartigen Umständen würde eine falsche Auslegung des Schrittes viel schwieriger sein, als in dem Falle, wo mehrere Mächte gemeinsam vorgingen.

Zu Band XVII, S. 212/213

Nr. 5086

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 252 London, den 22. Juni 1902

Graf von Waldersee telegraphiert an Seine Majestät den Kaiser:

„Euerer Majestät melde ich die Rede, die ich heute abend halten werde. Der Wortlaut ist von mir mit dem Botschafter vereinbart und Lord Roberts zur Kenntnis übersandt worden:

‚Ich danke Ihnen vielmals, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, mit Ihnen allen heute abend zusammenzukommen. Es ist eine große Ehre für mich, an den gegenwärtigen Krönungsfeierlichkeiten für Seine Majestät, Ihren allergnädigsten König, teilzunehmen.

Die Tatsache, daß ich letztes Jahr die Ehre gehabt habe, britische Truppen zu kommandieren und mich von ihrer guten Ausbildung und ihrer Tapferkeit zu überzeugen, vermehrt meine Freude und Befriedigung, heute abend der Gast eines so hervorragenden Oberbefehlshabers der britischen Armee zu sein, wie es der stets siegreiche Feldmarschall, mein Gastgeber, ist.

Wir deutschen Soldaten wissen alle sehr wohl, wie schwierig und mühsam die Aufgabe war, die die britische Armee in Südafrika zu erfüllen gehabt hat; wir wissen auch, daß die Offiziere und Mannschaften Ihrer Armee ihre Aufgabe mit äußerster Aufopferung für ihr Vaterland, mit Tapferkeit und mit Humanität erfüllt haben.

Möge es mir gestattet sein, auf die Gesundheit Seiner Majestät des Königs und der tapferen britischen Armee zu trinken.‘ Graf Waldersee.“

Metternich

Zu Band XVII, S. 234

Nr. 5103

König Eduard VII. von England an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Balmoral Castle, 9. Oktober 1902

Mein lieber Wilhelm!

Dein freundlicher Brief vom 5. hat mich sehr gerührt, und ich habe Deine Freundschaft und Loyalität mir gegenüber sehr gewürdigt, die Burengenerale als britische Untertanen zu behandeln, falls sie um eine Audienz bei Dir bitten sollten. Gib ihnen den in ihrem eigenen Interesse besten Rat, daß sie meine loyalen Untertanen werden sollten, und ich werde mich bemühen und meine Regierung ebenfalls, keine harten Lehrmeister zu sein! Ob sie sich an Frank Lascelles wenden werden, um sie bei Dir einzuführen, scheint mir sehr fraglich. Der beste Weg aus der Schwierigkeit würde sein, wenn sie dazu bestimmt würden, Deutschland überhaupt nicht zu besuchen!

Der Viktoria-Hafen wird ein ausgezeichneter Platz für Dich sein, um in Deiner Jacht zu landen, und ich werde einen Zug einrichten, um Dich zur Besichtigung Deines Regimentes, die in großer Uniform stattfindet, nach Shorncliffe zu bringen, um nach dem Frühstück dann nach Sandringham weiterzufahren, und vielleicht würdest Du nichts dagegen haben, Dich im Zuge in Zivilkleider umzuziehen — hoher Hut und Gehrock! Die „Royals" würden natürlich sehr erfreut sein, wenn Du ihre Uniform trügest, wenn Du sie besuchst.

Nach einem hiesigen Aufenthalte von mehr als einem Monat gehe ich heute „südlich". Wir haben im Walde gute Jagd gehabt und 95 Hirsche erlegt.

In der Hoffnung, Dich spätestens in einem Monat zu sehen,

bin ich

Dein Dich liebender Onkel

(gez.) E d w a r d K.

Zu Band XVII, S. 282

Nr. 5141

Der Geschäftsträger in Washington Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Washington, den 29. Januar 1903

. . . . . .

Bowen hat den beiden Botschaftern und mir nach zweistündiger, von seiner Seite zum Teil sehr heftiger Diskussion folgende Erklärung als Antwort diktiert:

„Ich erhebe Einspruch dagegen, erst die Forderungen der alliierten Mächte und später die Forderungen der anderen Nationen zu bezahlen, weil

1. ich es für ungerecht, unanständig und ungesetzlich halte, den genannten anderen Nationen die Hände zu binden für einen Zeitabschnitt von fünf oder sechs Jahren, den die Bezahlung der Forderungen der alliierten Mächte in Anspruch nehmen würde;

2. wenn ich anerkenne, daß allein die rohe Gewalt sich in der Gesamtheit von Forderungen Respekt verschaffen kann, so würde ich die genannten anderen Nationen ermutigen, ebenfalls Gewalt zu gebrauchen;

3. wenn die alliierten Mächte bevorzugte Behandlung verlangten, sollten sie sie im Anfang gefordert haben und sie nicht jetzt vorschlagen, nachdem ich deutlich verstanden habe, daß alle Bedingungen der alliierten Mächte festgesetzt

worden sind. Wenn allerdings diese Forderung nach bevorzugter Behandlung einseitig als ein Ehrenpunkt behandelt wird, bin ich gewillt, zuzugeben, daß die ganzen 30% den alliierten Mächten für den ersten Monat gezahlt werden."

. . . . . Quadt

Zu Band XVII, S. 442/443

Nr. 5262

Anlage

Sir Clinton E. Dawkins an den Direktor der Deutschen Bank Arthur Gwinner

Privatbrief. Abschrift

Vertraulich London, 23. April 1903

Da Sie uns anfänglich mit der Bagdad-Angelegenheit bekannt gemacht haben, fühle ich, daß ich nicht umhin kann, Ihnen persönlich wegen ihrer unglücklichen Beendigung mein größtes Bedauern darüber auszudrücken, was sich ereignet hat. Nach allem, was Sie getan haben, um die verschiedenen aufgeworfenen Punkte in Übereinstimmung zu bringen, werden Sie sich natürlicherweise sehr enttäuscht und berechtigterweise sehr bedrückt fühlen. Aber ich freue mich in dem Gedanken, und ich fühle, Sie werden sich davon überzeugen, daß Ihre Verstimmung sich nicht gegen die britische Gruppe, sondern gegen das britische Auswärtige Amt richtet. Tatsache ist, daß die Angelegenheit hier in die Politik verwickelt worden und der sehr heftigen und bitteren Stimmung gegen Deutschland, die von der Mehrheit unserer Zeitungen bezeigt und von einer großen Anzahl von Leuten geteilt worden ist, zum Opfer gefallen ist.

Das ist eine Stimmung, die, wie die Geschichte neuerlicher Ereignisse Ihnen zeigen wird, von der Regierung nicht geteilt und in offiziellen Kreisen nicht wiedergespiegelt wird. Aber über ihre Stärke außerhalb jener Kreise kann für den Augenblick kein Zweifel bestehen; und im gegenwärtigen Augenblick wird ein Zusammengehen in irgendeinem Unternehmen, das als deutsches dargestellt, oder ich könnte richtiger sagen, f a l s c h dargestellt werden könnte, heftiger Feindseligkeit begegnen, mit der unsere Regierung zu rechnen hätte.

Die Geschichte der neuerlichen Ereignisse ist folgende. Als meine Kollegen von Paris zurückkehrten — Sie werden sich erinnern, daß ich nach Spanien weiterfuhr — und über das Ergebnis unserer Besprechung mit Ihnen Lord Lansdowne berichteten, war er vollkommen befriedigt und gefiel sich in dem Gedanken, daß alle Schwierigkeiten, die den Weg zur Erteilung der gewünschten Zusicherungen noch versperrten, im Begriff wären, beseitigt zu werden.

Wirklich, wenn Sie uns von Berlin sofort den Entwurf der Verpflichtung Ihrerseits, den wir Ihnen in Paris übergeben hatten, mit Ihrer Unterschrift versehen gesandt hätten, so ist überhaupt kein Zweifel, daß Lord Lansdowne ihn angenommen und sofort die von unserer Regierung gewünschten Zusicherungen gegeben haben würde.

Unglücklicherweise trat eine Verzögerung ein, die zweifellos und natürlicherweise dadurch veranlaßt wurde, daß Sie sich mit Ihren Freunden in Berlin zu beraten hatten. Inzwischen setzte ein heftiger Angriff gegen den Vorschlag ein, daß die britische Regierung sich selbst zu einer offiziellen Fassung in dem Bagdad-Plane verpflichten sollte. Der Angriff ging von einer Zeitschrift und von einer Zeitung aus, die sich durch ihre Kritiken an der Haltung des britischen Auswärtigen Amtes in der Venezuela-Frage hervorgetan hatten. Wer diese Blätter aufreizte, von woher sie ihre Nachrichten bekamen, ist eine Sache, über die ich nicht mit Sicherheit sprechen kann. Mein persönlicher Eindruck ist der, daß der Anreiz von der russischen Botschaft in Paris herrührte.

Der von diesen beiden Organen hervorgerufene Lärm wurde sofort von tatsächlich der ganzen englischen Presse aufgenommen, und eine Meinungs-

verschiedenheit in der Regierung wurde auf einmal offenkundig; da die Regierung nicht als Ganzes durch das Auswärtige Amt von den aufeinanderfolgenden Schritten unterrichtet worden war, wurde sie in die Angelegenheit hineingezogen.

Lord Lansdowne, der nicht ohne Unterstützung war, bemühte sich aufrichtig und ernsthaft, seine Ansichten geltend zu machen. Aber er hatte keinen Erfolg. Die anti-deutsche Stimmung herrschte bei der Mehrheit vor, nachdem London einmal in eine Raserei wegen der durch die Zeitungskampagne hervorgerufenen Angelegenheit übergegangen war, die zu verhindern oder zu beeinflussen ganz unmöglich gewesen sein würde.

Sie haben Anspruch darauf, denke ich, daß Sie den ganzen Hergang dessen, was sich ereignet hat, kennen, obwohl Sie natürlich verstehen werden, daß das, was ich Ihnen sage, vertraulich und nur zu Ihrer persönlichen ausschließlichen Information bestimmt ist.

Ich bin sehr ärgerlich über die Lage, in die Sie gebracht worden sind. Ich kann nur hoffen, daß wir in nicht zu ferner Zeit imstande sein möchten, uns in der Zusammenarbeit an irgendeinem Unternehmen zu finden, das nicht durch einen plötzlichen Sturm der feindseligen öffentlichen Meinung gerade, wenn es sich dem Hafen nähert, dem Scheitern ausgesetzt wird.

(gez.) C. E. Dawkins

Zu Band XVII, S. 501/502

Nr. 5312

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 294 Therapia, den 5. Oktober 1901

Antwort auf das Telegramm des Herrn Reichskanzlers vom 4. d. Mts.

Tewfik Pascha hat mir auf meine Bitte nachstehende Aktenstücke vertraulich mitgeteilt:

1. Telegramm Tewfik Paschas an Costaki Pascha vom 6. September:

„Sir Nicholas O'Conor hat mir in unserer heutigen Unterhaltung erklärt, daß die britannische Regierung nicht beabsichtige, Kueit zu besetzen, noch dort sein Protektorat zu errichten unter der Bedingung, daß die Kaiserliche Regierung ihrerseits keine Truppen dorthin schickt, und daß sie den status quo dieses Ortes respektiert. Ich habe ihm geantwortet, daß die Kaiserliche Regierung sich ebenfalls entschlossen hätte, in diesem Augenblick keine Truppen dorthin zu schicken und dort den status quo aufrechtzuerhalten unter der Bedingung, daß die englische Regierung ihrerseits (Kueit) nicht besetzen noch dort sein Protektorat errichten würde.

Da diese Erklärung des englischen Botschafters geeignet ist, die gegenwärtige, Kueit betreffende Kontroverse zu beenden, bitte ich Euer Exzellenz, die Bestätigung derselben durch das Foreign Office zu erreichen."

2. Note des Foreign Office an Costaki Pascha vom 11. September:

„Ich habe . . . von dem Telegramm des türkischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten mit Befriedigung Kenntnis genommen, das von Ihnen am 9. d. Mts. mitgeteilt worden ist, und in dem Seine Exzellenz erklärt, daß die türkische Regierung keine Truppen nach Kueit schicken und dort den status quo aufrechterhalten wird unter der Bedingung, daß die Regierung Seiner Majestät (des Königs) von der Besetzung dieses Platzes oder von der Errichtung eines britannischen Protektorats dort Abstand nehmen wird. Ich freue mich, die Zusicherung, die Seiner Exzellenz von dem Botschafter Seiner Majestät (dem Könige) in Konstantinopel gegeben worden ist, zu bestätigen, nämlich daß, vorausgesetzt daß die türkische Regierung davon Abstand nimmt,

Truppen nach Kueit zu schicken, und dort den status quo respektiert, die Regierung Seiner Majestät (des Königs) diesen Platz nicht besetzen noch dort ein britannisches Protektorat errichten wird."

Marschall

Zu Band XVII, S. 504

Nr. 5317

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Rosen

Nr. 171 Berlin, den 15. November 1901

Zu Ihrer vertraulichen Information.

Der hiesige russische Botschafter hat nachstehendes Telegramm des Grafen Lamsdorff hier mitgeteilt:

„Ich werde darüber unterrichtet, daß trotz der Verständigung, die zwischen der Türkei und England bezüglich der Beobachtung des status quo in Kueit stattgefunden hat, ein Detachement türkischer Truppen sich dieser Stadt nähert, und daß England soeben zwei Kreuzer in den Persischen Golf entsandt hat.

Sie werden gebeten, die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung darauf zu lenken, die, wie es scheint, an der friedlichen Lösung des Kueit-Zwischenfalles Interesse genommen hatte.

Meinerseits habe ich Herrn Zinowiew beauftragt, gegenüber der Pforte auf der Notwendigkeit zu bestehen, sich genau an die Abmachung zu halten, die kürzlich zwischen der Türkei und England abgeschlossen worden ist."

. . . . . Mühlberg

Zu Band XVIII, 1, S. 11

Nr. 5384

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Zarskoje Selo

Telegramm. Abschrift

Kiel, den 20. April 1901

Da ich Dein großes Interesse an allem, was mit unseren Marine- und Militär-Angelegenheiten zu tun hat, kenne, denke ich, es würde für Dich von Interesse sein zu erfahren, daß ich kombinierte Manöver von Flotte und Armee diesen Herbst in der Nähe von Danzig abzuhalten beabsichtige. Solltest Du Lust haben zu kommen, was mich sehr glücklich machen würde, so könntest Du auf Deiner Jacht wohnen, wie ich auf der meinigen, und alles bequem sehen. — Viele Grüße an Alix.

(gez.) Willy

Zu Band XVIII, 1, S. 11/12

Nr. 5385

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Zarskoje Selo, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Abschrift

Zarskoje Selo, den 21. April 1901

Danke Dir für Deine freundliche Einladung. Deine kombinierten Manöver interessieren mich sehr, und ich werde mit Vergnügen kommen, um an Bord

meiner Jacht ihnen beizuwohnen. Hoffe, daß sie nicht mit meinen Manövern zusammenfallen. Alix sendet Dir ihre herzlichsten Grüße.

(gez.) Nicky

Zu Band XVIII, 1, S. 32

Nr. 5397

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Koluszki, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm en clair

Koluszki, den 23. September 1901

Glücklich angekommen. Unser Besuch in Frankreich hat bei uns den besten Eindruck hinterlassen. Ich danke Dir nochmals für alle Deine Freundlichkeit und versichere Dich meiner Gefühle wahrer und aufrichtiger Freundschaft und meiner großen Freude, Dich in Danzig getroffen zu haben. Viele Grüße von Alix. Weidmannsheil!

Nicky

Zu Band XVIII, 1, S. 33

Nr. 5398

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Spala

Telegramm. Abschrift von der Hand des Botschafters Fürsten zu Eulenburg, z. Z. im Kaiserlichen Gefolge

Rominten, den 24. September 1901

Bin sehr erfreut, von Deiner glücklichen Ankunft zu hören, und daß Du solche guten Eindrücke von Frankreich hast. Der Erfolg war sicherlich hauptsächlich den sehr klugen Reden, die Du gehalten hast, zu verdanken, die sehr viel dazu beigetragen haben, ein Gefühl des Vertrauens in Deine Politik hier in Deutschland sowohl als auf dem ganzen europäischen Kontinent hervorzurufen. Sehr glücklich zu hören, daß Danzig Dir so angenehme Erinnerungen hinterlassen hat; wir versuchten nur, unser Bestes zu tun und Dir den Beweis meiner Gefühle wahrer und aufrichtiger Freundschaft zu erbringen, die Du mir gegenüber gerade so freundlich zum Ausdruck bringst. Gestern erhielt die arme Bevölkerung von Wystitten auf dem Marktplatz — umgeben von Ruinen — von mir Deine Sympathie-Mitteilung und die Summe, die Du ihr gütigst sandtest. Die Frauen weinten, Kinder klatschten in die Hände, und die Männer riefen Beifall für ihren Kaiser, bis sie heiser waren. Sie hielten mich für einen hohen russischen General, da ich die Uniform meiner St. Petersburger Grenadiere trug, vielleicht sogar für den Generalgouverneur selbst! 160 Familien — 700 Köpfe im ganzen — sind obdachlos und verloren alles; die Stadt sieht aus, als wenn sie bombardiert worden wäre. Die Ziegel und Mauersteine zum Wiederaufbau kommen wenige Meilen entfernt von unserer Seite der Grenze; vielleicht könntest Du gestatten, daß sie zollfrei kommen?

Ich war gestern zur Jagd, konnte aber nichts bekommen, da ein Wolf kam und dem Wilde arg mitspielte, es ganz rasend machte! Heute morgen erlegte ich zwei schöne Achtzehnender. Ich versuche, Material für meine neue Dragoner-Uniform zu sammeln, und die Stadt Narwa sandte mir ein freundliches Telegramm. Wetter schön. Weidmannsheil. Viele Grüße an Alix.

(gez.) Willy

Zu Band XVIII, 1, S. 67

Nr. 5417

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia

Telegramm. Unsigniertes Konzept

Potsdam (Neues Palais), den 31. Oktober 1902

Einer Einladung von Onkel Bertie folgend gehe ich nächsten Monat mit ihm auf die Jagd. Sollte er oder seine Minister eine Unterhaltung über die Kontinentalpolitik und unsere Begegnung in Reval anfangen, so schlage ich vor, folgendes zu antworten: Seine Majestät der Kaiser von Rußland als Oberhaupt des Zweibundes, ich als dasjenige des Dreibundes, wir Beide haben das eine große Ziel im Auge, den Frieden für unsere Nationen und unsere Freunde zu sichern. Wir arbeiten daher an der Aufrechterhaltung des Friedens und dadurch für die gemeinsamen Interessen der kontinentalen Nationen, die ihren Handel und ihre wirtschaftlichen Stellungen zu befestigen und entwickeln wünschen.

Zu Band XVIII, 1, S. 67

Nr. 5418

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia, an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm en clair

Livadia, den 1. November 1902

Ich stimme Deiner beabsichtigten Antwort herzlich bei und danke Dir, daß Du sie mir mitgeteilt hast. Turkhan Pascha mit Gefolge hält sich als mein Gast bei mir auf. Bin erfreut über schönes Sommerwetter. Viele Grüße von Alix. Weidmannsheil.

Nicky

Zu Band XVIII, 1, S. 67

Nr. 5419

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

(22. 11. 1902)

Bei verschiedenen Gelegenheiten konnte ich die Phrase, über die wir uns verständigt hatten, verantwortlichen Leuten gegenüber gebrauchen und sah, daß sie tiefen Eindruck machte. Ich hoffe zuversichtlich, daß dies dazu beitragen wird, den Frieden zu sichern. Viele Grüße an Alix.

Willy

Zu Band XVIII, 1, S. 68

Nr. 5420

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia, an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Livadia, den 22. November 1902

Sehr dankbar für Deine Mitteilung. Ich hoffe, daß auch bei anderen Gelegenheiten wir uns immer auf unsere gegenseitige aufrichtige Freundschaft und Friedensliebe stützen können.

Nicky

Zu Band XVIII, 1, S. 200

Nr. 5489

Anlage

Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken Der russische Minister des Äußern Graf Lamsdorff an den russischen

Unsignierte und undaerte Abschrift
Vom russischen Botschafter am 15. Dezember 1902 übergeben

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers reise ich am 7./20. Dezember d. J. von der Krim nach Belgrad, Sofia und Wien ab, um zu einem Gedankenaustausch mit den Regierungen von Serbien, Bulgarien und Österreich-Ungarn im Sinne der kürzlich veröffentlichten amtlichen Mitteilung über die Lage auf der Balkanhalbinsel zu gelangen. Am 21. Dezember/3. Januar spätestens gedenke ich in Petersburg wieder eingetroffen zu sein.

Seine Majestät der Kaiser hat mit großer Freude durch ein Telegramm von Herrn Zinowiew erfahren, daß Seine Majestät der Kaiser Wilhelm es seinerseits für notwendig erachtet hat, den deutschen Botschafter in Konstantinopel zu beauftragen, bei dem Sultan freundschaftliche Vorstellungen zu erheben, um die Türkei zur möglichst baldigen Einführung von Reformen in Mazedonien zu veranlassen, dessen unruhige Lage die ernstesten Befürchtungen erregt. Unser Erhabener Herr ist davon überzeugt, daß angesichts der Bande enger Freundschaft, die zwischen ihm und Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland bestehen, und angesichts des Wunsches, der die beiden Herrscher beseelt, ihre Völker die Wohltaten eines gesicherten Friedens genießen zu lassen — es Rußland und Deutschland gelingen werde, ihre gemeinsamen Anstrengungen von Erfolg gekrönt zu sehen, in dem Sinne, daß sie den Sultan veranlassen, die freundschaftlichen, ihm in seinem eigenen Interesse erteilten Ratschläge zu befolgen.

Zu Band XVIII, 1, S. 227/228

Nr. 5507

Anlage

Österreichisch-russische Punktationen, vereinbart zwischen dem russischen Minister des Äußern Grafen Lamsdorff und dem österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen Goluchowski in Wien, Januar 1903

Unsignierte und undatierte Abschrift. Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich dem Reichskanzler Grafen von Bülow am 11. Januar 1903 übergeben

Die Minister der Auswärtigen Angelegenheiten von Österreich-Ungarn und Rußland haben sich, nachdem sie die sechs, von den beiden Botschaftern in Konstantinopel bezeichneten Punkte zur Verbesserung des Standes der Dinge in den Wilajets von Kossowo, Monastir und Saloniki geprüft haben, grundsätzlich über die Zweckmäßigkeit ihrer Anwendung verständigt, indem sie jedoch die Notwendigkeit, ihre Tragweite genau zu bestimmen und sie auf folgenden Grundlagen zu vervollständigen, anerkennen:

General-Inspekteur. Die Rechte und die Pflichten des durch das Iradé des Sultans ernannten General-Kommissars oder -Inspekteurs sollen gemäß dem Zirkular des Groß-Wesirs vom 18. Dezember a. c. klar festgesetzt werden. Ihm „wird in erster Linie die Pflicht obliegen, in den Wilajets die Ordnung und die Ruhe zu sichern und aufrechtzuerhalten, alle wirksamen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, zu verhindern, daß Bedrückungen und Missetaten von den Einen zum Schaden der Anderen begangen werden, und gleichzeitig das Leben, das Gut und die Ehre der christlichen Bewohner zu gewährleisten". Deshalb würde dieser hohe Beamte im Notfalle das Recht haben, über die

türkischen Truppen zu verfügen, indem er sie nach der Notwendigkeit des Augenblicks verlegt oder zusammenzieht, ohne jedes Mal verpflichtet zu sein, sich an die Zentralregierung zu wenden.

Der von dem Sultan ernannte Inhaber dieses Postens wird von den Mächten für die Zeit von . . . angenommen. Während dieser Zeit würde er nicht ohne ihre Einwilligung von der Pforte abgesetzt werden können. Die Walis, die unter der Leitung des Generalinspekteurs und in den Grenzen ihres Machtbereichs mit der diesem hohen Beamten anvertrauten allgemeinen Mission zusammenzuarbeiten haben werden, werden besonders über die Säuberung des Verwaltungs- und Gerichtspersonals und über die zur Niederhaltung der Exzesse und der Gewalttätigkeiten der Arnauten zu ergreifenden Maßnahmen wachen.

Polizei, Gendarmerie, Feldhüter. Die Neuordnung der Polizei und der Gendarmerie soll sich unter der Leitung europäischer Fachmänner, vielleicht unter der Bezeichnung von Instrukteuren vollziehen, die der türkischen Regierung vorschriftsmäßig unterstellt werden. Die Polizeiagenten und die Gendarmen sollen in den Provinzen unter den Muselmanen und den Christen im Verhältnis der muselmanischen und nicht-muselmanischen Bevölkerungsziffer ergänzt werden. Es wäre dabei nicht erforderlich, daß die letzteren das Türkische zu lesen und zu schreiben wissen. In den Landbezirken, wo die Mehrheit der Bevölkerung christlich ist, sollen die Feldhüter Christen sein.

Finanzen. Ein Budget (über Einkünfte und Ausgaben) soll in jedem Wilajet ausgearbeitet werden. Die Erhebung der Zölle, die in erster Linie zur Befriedigung der Bedürfnisse der örtlichen Verwaltung bestimmt sind, die Bezahlung der Zivil- und Militär-Dienststellen eingeschlossen, soll den Verwaltungsorganen der Öffentlichen Schuld (Dette Publique) anvertraut werden, die auch über die Ordnungsmäßigkeit der Verwendung der erhobenen Summen wachen wird.

Die obenerwähnten Angaben sollen den beiden Botschaftern als Richtlinie bei der endgültigen Ausarbeitung des Planes der dem Sultan zur Verbesserung des Standes der Dinge in den oben genannten Wilajets vorzuschlagenden Maßnahmen dienen. Der Entwurf, über den sie sich verständigt haben werden, soll der Genehmigung der wechselseitigen Regierungen unterbreitet werden. —

Zu Band XVIII, 1, S. 397

Nr. 5634

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Rosen

Nr. 939 Berlin, den 27. November 1903

. . . . . .

„Lord Lansdowne sendet mir soeben folgenden Privatbrief:

‚Wir sind äußerst besorgt, keine Zeit zu verlieren, und entsenden daher eine gewisse Anzahl von sorgfältig ausgewählten britischen Offizieren zur Unterstützung bei der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie gemäß dem gemeinsamen Plane (den die Pforte, wie ich mit Freude sehe, grundsätzlich angenommen hat), die auch die türkischen Streitkräfte ins Feld begleiten sollen. Wenn dies indes mit irgendwelcher Aussicht auf gute Ergebnisse unsererseits und von den anderen betreffenden Mächten geschehen soll, so ist es klar, daß ein Abkommen getroffen werden muß hinsichtlich der diesen Offizieren zu übertragenden Pflichten und hinsichtlich des allgemeinen Schemas des Verfahrens, nach dem sie zu handeln haben werden. Ich wage vorzuschlagen, daß zu diesem Zwecke in Konstantinopel ein Komitee gebildet werden soll, bestehend aus den Botschaftern der Großmächte oder aus Persönlichkeiten, die zu diesem

Zwecke von ihnen abgeordnet werden, und daß dieses Komitee einen Plan aufstellen soll in der Art, wie ich es angedeutet habe.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir mitteilen würden, ob dieser Gedanke sich der deutschen Regierung empfiehlt, und ob ich Erlaubnis erhalte, Sir N. O'Conor anzuweisen, mit dem deutschen Botschafter sowohl wie mit seinen anderen Kollegen zu verhandeln."

. . . . . Bülow

Zu Band XVIII, 1, S. 430/431

Nr. 5654

Anlage 1

Der englische Staatssekretär des Äußern Marquess of Lansdowne an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Unsignierte Abschrift

17. Oktober 1902

Der Botschafter Seiner Majestät in Konstantinopel ist telegraphisch verständigt worden, daß wir erfahren, daß die russischen Torpedoboots-Zerstörer bis jetzt noch nicht von Kronstadt abgegangen sind. Nach unserer Meinung würde es wider ihre Vertragsverpflichtungen sein, wenn die türkische Regierung diesen Schiffen die Durchfahrt durch die Meerengen gestatten würde, und, falls ihnen diese Erlaubnis zugestanden wird, werden wir uns das Recht vorbehalten, Vorrechte ähnlicher Art zu verlangen.

Sir N. O'Conor ist angewiesen worden, in diesem Sinne mit der türkischen Regierung zu sprechen, und Sie sollten Schritte unternehmen, die Ansichten der deutschen Regierung festzustellen.

Ich werde in nächster Zeit den italienischen und französischen Botschafter fragen, welche Ansicht ihre Regierungen haben, und habe schon den österreichischen Geschäftsträger ersucht, die Ansichten seiner Regierung zu ermitteln.

Anlage 2

Aide-mémoire

Berlin, den 21. Oktober 1902

. . . . . .

Die Erklärung lautet wörtlich (Protokoll 18, Seite 13):

„Angesichts dessen, daß der Berliner Vertrag einen wichtigen Teil der durch den Pariser Vertrag von 1856 bestätigten Abmachungen verändern wird, und daß die Auslegung des Artikels 2 des Londoner Vertrages, der vom Pariser Vertrag abhängt, demnach Gegenstand von Streitigkeiten sein kann:

erkläre ich von seiten Englands, daß die Verpflichtungen Seiner Britannischen Majestät betreffs der Schließung der Meerengen sich auf eine Verpflichtung gegenüber dem Sultan beschränken etc."

. . . . . .

Zu Band XVIII, 2, S. 547/549

Nr. 5729

Der italienische Botschafter in Berlin Graf Lanza an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 1. März 1902

Auf Befehl Seiner Exzellenz des Herrn Chevalier Prinetti, Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten des Königs, meines Erhabenen Herrn, beehre ich mich, beiliegend Euer Exzellenz den Text der Abänderungen und Zusätze

zu übersenden, den die Regierung Seiner Majestät in den Dreibundvertrag, gelegentlich der Erneuerung dieses letzteren, hineinzubringen wünschen würde.

C. Lanza

Anlage

Handelsverträge

Gegenwärtiger Text:

Protokoll . . . 1. Vorbehaltlich parlamentarischer Genehmigung der endgültigen Festsetzungen, die sich aus der gegenwärtigen grundsätzlichen Erklärung ergeben würden, versprechen sich die Hohen vertragschließenden Parteien von diesem Augenblick an auf wirtschaftlichem Gebiete (Finanzen, Zölle, Eisenbahn) über die Behandlung als meistbegünstigte Nation hinaus alle Erleichterungen und alle besonderen Vorteile, die mit den Forderungen jeder der drei Mächte und mit ihren entsprechenden Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten vereinbar sein würden.

Vorgeschlagener Text:

Protokoll . . . 1. Vorbehaltlich parlamentarischer Genehmigung der endgültigen Festsetzungen, die sich aus der gegenwärtigen Erklärung ergeben würden, versprechen sich die Hohen vertragschließenden Parteien, schon jetzt über die neuen Handels- und Schiffahrtsverträge zu verhandeln und sie abzuschließen, indem sie sie den in Kraft befindlichen Verträgen genau anpassen mit den einzigen Abänderungen, die durch ihre gegenwärtigen Interessen gefordert werden; in diesem Sinne könnten sie sich auf der Grundlage einer vollständigen Entschädigung Vorteile zubilligen, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalten würde, wobei die gegenwärtigen Verträge indessen bis zur Ausführung der neuen Abmachungen in Kraft bleiben.

Was die Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn anbetrifft, so gilt es übrigens als abgemacht, daß die etwaigen Veränderungen am status quo als praktisches Ergebnis nicht die Wirkung haben dürften, die gegenwärtige Behandlung der italienischen Weine bei ihrer Einfuhr in die benachbarte Monarchie mit übermäßigen Steuern zu belasten.

Tripolis

Gegenwärtiger Text:

Vorgeschlagener Text:

Art. . . . (neuer Artikel hinter Artikel X des gegenwärtigen Vertrages einzufügen).

Als Ergänzung der oben genannten Festsetzungen erklären sich die beiden alliierten Mächte Italien gegenüber als durchaus uninteressiert hinsichtlich jeder Aktion, die Italien auf seine Rechnung und Gefahr im Wilajet von Tripolis, das heißt in Tripolitanien und der Cyrenaika, zu unternehmen sich von den Umständen genötigt sehen würde.

Balkan

Gegenwärtiger Text:

Art. VI. Italien und Deutschland, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß in dem Sinne auszuüben, daß sie an den ottomanischen Küsten und auf den ottomanischen Inseln im Adriatischen und im Ägäischen Meere jede territoriale Veränderung verhindern, die der einen oder anderen Signatarmacht des gegenwärtigen Vertrages schaden könnte. Sie werden sich zu diesem Zwecke alle zur gegenseitigen Aufklärung über ihre eigenen und die Pläne anderer Mächte geeigneten Nachrichten mitteilen.

Art. VII. Italien und Österreich-Ungarn, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß dazu zu verwenden, um jede territoriale Veränderung zu verhindern, die der einen oder der anderen Signatarmacht des gegenwärtigen Vertrages schaden könnte. Sie werden sich zu diesem Zwecke alle zur gegenseitigen Aufklärung über ihre eigenen und die Pläne anderer Mächte geeigneten Nachrichten mitteilen.

In dem Falle jedoch, wo infolge der Ereignisse die Aufrechterhaltung des status quo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meere unmöglich werden würde, und wo, sei es infolge des Vorgehens einer dritten Macht, sei es auf andere Art, Italien oder Österreich-Ungarn sich genötigt sehen würden, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu ändern, soll diese Besetzung nur nach einer vorherigen Verständigung zwischen den beiden Mächten stattfinden, die sich auf den Grundsatz gegenseitiger Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil stützt, den jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalten würde, und die den Interessen und wohlbegründeten Ansprüchen beider Parteien Genüge leistet.

Vorgeschlagener Text:

Art. . . . Die Hohen vertragschließenden Parteien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Orient im Auge haben, vereinbaren, sich gegebenenfalls jedem Versuche seitens irgendeiner dritten Macht zur territorialen Veränderung, die der einen oder anderen Signatarmacht des gegenwärtigen Vertrages Schaden zufügen würde, in den Gebieten des Balkans oder auf den Inseln der angrenzenden Meere zu widersetzen und ganz besonders in denjenigen dieser Gebiete und Inseln, die der ottomanischen Herrschaft unterstellt sind. Sie werden sich zu diesem Zwecke alle zur gegenseitigen Aufklärung über ihre eigenen und die Pläne anderer Mächte geeigneten Nachrichten mitteilen.

Art. . . . Italien und Österreich-Ungarn verpflichten sich für den Fall, wo der gegenwärtige Stand der Dinge in diesen Gegenden nicht bewahrt werden könnte und Änderungen sich nötig machen würden, ihre Bemühungen darauf zu verwenden, daß die Veränderungen des status quo sich im Sinne der Autonomie verwirklichen.

Die beiden Mächte verpflichten sich überdies im allgemeinen und als gegenseitige Einrichtung beiderseits, nach den geeignetesten Wegen und Mitteln zum Ausgleich und zum Schutze ihrer beiderseitigen Interessen gemeinsam und in allen Fällen, die dazu Anlaß geben würden, zu suchen. —

Wenn infolge der Ereignisse Italien und Österreich-Ungarn sich in der Notwendigkeit sehen, den status quo in diesen Gebieten durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern, so soll diese Besetzung nur nach einer vorherigen Verständigung zwischen den beiden Mächten stattfinden, die sich auf den Grundsatz einer gegenseitigen Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil stützt, den jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalten würde, und die den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen beider Parteien Genüge leistet.

Zu Band XVIII, 2, S. 562

Nr. 5739

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Venedig, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Venedig, den 28. März 1902

Ganz geheim

. . . . . (S. 560,561)

Meine Erklärungen hinsichtlich der Dreibundfrage resümierte ich dahin:

„Die Abänderungen, die Sie uns vorschlagen, sind in sich sehr wohl begründet und würden vielleicht eine Verbesserung des Vertrages darstellen. Aber da bei so schwerwiegenden Fragen das Beste des Guten Feind ist, würde jede Änderung des Vertrages Mißtrauen, Unruhen, Mutmaßungen das Tor öffnen, die die Ruhe Europas in Gefahr bringen und den Weltfrieden stören könnten, ohne von dem schweren Schlage zu sprechen, den sie dem wechselseitigen Vertrauen zwischen den Herrschern und den großen Kabinetten versetzen würden. Eben aus diesem Grunde können wir keine Veränderung des gegenwärtigen Vertrages zulassen und werden ihn nur in seiner gegenwärtigen Form erneuern." . . .

Bülow

Zu Band XVIII, 2, S. 599/600

Nr. 5762

Italienische Note

Ausfertigung. Dem Botschafter Grafen Karl von Wedel am 4. Mai 1902 übergeben

Rom, den 3. Mai 1902

Da der Allianzvertrag vom 6. Mai 1891 am 17. Mai nächsten Jahres zum Ablauf kommt, sind die drei alliierten Regierungen hinsichtlich der Erneuerung dieses Aktes in einen Gedankenaustausch eingetreten, der glücklicherweise zu einer völligen Verständigung über alle Punkte geführt hat, die Gegenstand ihrer Prüfung gewesen sind.

Ich bin daher jetzt in der Lage, nachdem ich die Befehle Seiner Majestät erhalten habe, Euerer Exzellenz mit der Bitte, Ihrer Regierung davon gütigst Kenntnis geben zu wollen, zu erklären, daß die Regierung des Königs bereit ist, soweit es sie angeht, den Vertrag vom 6. Mai 1891 in seinem gegenwärtigen Wortlaute, ohne jede Veränderung oder Hinzufügung, zu erneuern.

Die Regierung des Königs wünscht und schlägt den verbündeten Regierungen vor, daß die Unterzeichnung des neuen Vertrages am 1. Juli d. Js. erfolgen möge.

Prinetti

Zu Band XVIII, 2, S. 603/604

Nr. 5767

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den italienischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Prinetti

Note. Abschrift

Rom, den 15. Mai 1902

In Erwiderung auf den Brief, den Euer Exzellenz am 3. dieses Monats an mich zu richten die Güte hatten*, habe ich die Ehre, Sie im Namen der Kaiserlichen Regierung zu benachrichtigen, daß letztere von den Erklärungen Euerer

* Siehe Nr. 5762.

Exzellenz Kenntnis genommen hat, und daß sie ihrerseits gleichfalls bereit ist, den Vertrag vom 6. Mai 1891 ohne jede Abänderung oder Hinzufügung zu erneuern, und daß sie, um den Wünschen der Königlich Italienischen Regierung Rechnung zu tragen, einwilligt, daß die Unterzeichnung des formellen Erneuerungsaktes bis zum 1. Juli dieses Jahres als letztem Termin verschoben werde.

(gez.) Wedel

Zu Band XVIII, 2, S. 775/776

Nr. 5869

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 207 Paris, den 15. Juni 1901

Vertraulich

Leon y Castillo* kam kürzlich auf mich zu und sagte mir gerade heraus: „Ich habe mit Herrn Delcassé gesprochen. Ich habe ihn gefragt, ob er noch von denselben versöhnlichen Gefühlen gegenüber Deutschland beseelt wäre wie vor acht Monaten. — Damals war es der Fürst Münster, der gar nicht wohlwollend und auch nicht ermutigend war, während der Fürst von Radolin sicherlich Frankreich sehr geneigt ist.

Der Minister hat mir erwidert, daß er durchaus von denselben Gefühlen wie damals erfüllt wäre, und daß er nichts Besseres wünsche, als sich mit dem deutschen Botschafter über verschiedene Punkte zu unterhalten; er würde sehr wünschen, mit ihm zu einer Verständigung zu gelangen. Da aber er, Delcassé, die besiegte Partei vertrete, so müßte der erste Schritt zu einer Unterhaltung von dem deutschen Botschafter ausgehen, und es würde an ihm sein, die Frage anzuschneiden."

. . . . . .

. . . . . .

„Ich versichere Sie," fuhr der Botschafter fort, „daß die Art, wie Sie von allen Klassen der Pariser Gesellschaft und von der Presse mit offenen Armen aufgenommen worden sind, derartig außergewöhnlich und überraschend ist, daß ich darüber ebenso erstaunt bin wie unsere Kollegen, und daß dies in England Unruhe verursacht. Es ist kaum glaublich, daß der deutsche Botschafter jemals in Paris eine so herzliche Aufnahme hätte finden können, wie Sie sie gefunden haben. Keiner von unseren Kollegen ist so populär, wie Sie es gegenwärtig sind.

Glauben Sie mir, daß die Franzosen nichts Besseres wünschen, als sich Ihnen zu nähern, und daß es tief bedauerlich wäre, wenn Sie nicht das Eisen schmiedeten, solange es heiß ist.

Wenn ich übrigens in irgendeiner Beziehung nützlich sein kann, so verfügen Sie völlig über mich und meine Dienste." —

. . . . . .

Radolin

* Spanischer Botschafter in Paris.

Verzeichnis

der in den

BÄNDEN 13–18

des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente

*

Vorbemerkung

Die an zweiter Stelle stehenden Seitenzahlen des „Wegweisers“ bezeichnen die deutschen Übersetzungen

13. Band

Die Europäischen Mächte untereinander 1897—1899

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 13	
			84. Kapitel		
		1896	**Das deutsch-englische Verhältnis 1897**		
3396	Neues Palais	25. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	3	4
3397	Berlin	— „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	5	4
3398	Sommerberg	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	5	4
3399	Berlin	24. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	7	5
3400	„	30. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	8	5
		(30. „)	Anlage. Marquess of Salisbury an englischen Botschafter Sir Frank Lascelles	9	5, 257
3401	Hannover	2. Dez.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	9	5
3402	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	10	5
	London	3. „	Anlage. Marquess of Salisbury an englischen Botschafter Sir Frank Lascelles	11	5, 257
		1897			
3403	Berlin	17. April	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	12	5
3404	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	16	5
3405	Berlin	2. Mai	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	21	5
3406	Wien	23. April	Botschafter Graf Eulenburg an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	22	6
3407	London	12. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	23	6
3408	Berlin	5. Juni	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	28	6

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 13	
3409	Alt-Aussee	18. Juli	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	28	6
3410	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	29	6
3411	„	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	31	6
3412	„	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	32	7
3413	München	31. „	Gesandter Graf Monts an Minister Fürst Hohenlohe	33	7
3414	—	1. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	34	7
3415	Berlin	3. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	35	7
3416	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	36	7
3417	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	37	7
3418	London	27. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	39	7
3419	Berlin	6. Nov.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	42	7
3420	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	43	7
3421	„	24. „	desgl.	44	7
3422	„	10. Dez.	desgl.	44	7
3423	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	45	7
			85. Kapitel		
			Das deutsch-russische Verhältnis und die französisch-russische Allianz		
			Kaiser Wilhelms II. und Faures Besuche in Rußland 1897		
		1897			
3424	Berlin	27. Jan.	Aufzeichnung des Vortr. Rats v. Holstein	51	8
3425	„	31. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe	55	8
3426	„	31. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	56	8
3427	„	1. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	62	8
3428	Kiel	1. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	63	8

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 13	
3429	Berlin	3. Febr.	Kaiser Wilhelm II. an Botschafter Graf Eulenburg	64	8
3430	Paris	3. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	64	8
3431	„	21. „	desgl.	66	9
3432	„	7. April	desgl.	67	9
3433	Petersburg	31. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	69	9
3434	Paris	3. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	71	9
3435	Petersburg	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	71	9
3436	„	14. „	desgl.	72	9
3437	Paris	22. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	74	9
3438	Peterhof	10. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	75	9
3439	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	77	9
3440	Kiel	13. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	77	9, 257
3441	Peterhof Alexandria	14. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	78	9, 258
3442	Wilhelmshöhe	18. „	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	78	9
3443	Petersburg	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	79	10
3444	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Eulenburg	81	9
3445	Petersburg	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	83	10
3446	Paris	27. „	Geschäftsträger v. Müller an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	83	10
3447	Petersburg	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	84	10
3448	„	29. „	desgl.	85	10
3449	Paris	30. „	Geschäftsträger v. Müller an Auswärtiges Amt	86	10
3450	„	5. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	87	10
3451	Semmering	13. Sept.	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	88	11
3452	Rom	19. Nov.	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	90	11

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 13	
			86. Kapitel		
		1897	**Das deutsch-französische Verhältnis 1897**		
3453	Paris	22. Jan.	Botschafter Graf Münster an Kaiser Wilhelm II.	93	11
3454	Berlin	25. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	94	11
3455	Paris	26. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	95	11
3456	„	8. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	95	11
3457	„	7. April	desgl.	96	12
3458	„	7. Mai	desgl.	97	12
3459	Berlin	28. „	Geschäftsträger v. Müller an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	98	12
3460	Paris	29. „	desgl.	99	12
3461	Berlin	31. „	desgl.	100	12
3462	—	13. Juni	Kaiser Wilhelm II. an den franz. Präsidenten Felix Faure	101	12, 258
3463	Berlin	13. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Münster	101	12
3464	Paris	17. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	102	12
3465	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Münster	103	12
3466	Paris	23. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	104	12
3467	„	24. „	desgl.	105	12
3468	„	13. Nov.	desgl.	106	13
3469	„	11. Dez.	desgl.	108	13
3470	„	31. „	desgl.	109	13
			87. Kapitel		
			Das Vordringen des Tschechentums in Österreich und der Dreibund		
		1898	**Der Zwischenfall Graf Thun 1898—1899**		
3471	Wien	1. März	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	113	14
3472	„	5. „	desgl.	115	15
3473	„	31. Mai	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	117	15
3474	„	13. Juni	desgl.	118	15
3475	Berlin	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an den Geschäftsträger Prinzen Lichnowsky	119	15
3476	Wien	30. Nov.	Botschafter Graf Eulenburg an Auswärtiges Amt	121	15

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 13	
3477	München	1. Dez.	Gesandter Graf Monts an Minister Fürst Hohenlohe	122	16
3478	Berlin	5. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	123	16
3479	„	5. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Eulenburg	124	16
3480	Wien	8. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	126	16
3481	Berlin	10. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	128	16
3482	Potsdam	12. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich	129	16
3483	Wien	12. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	131	17
3484	Berlin	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Eulenburg	132	16
3485	Wien	13. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	134	17
3486	„	15. „	desgl.	135	17
3487	Berlin	16. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II., nebst Anlage	138	17
3488	Wien	16. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	140	18
3489	Schönbrunn	17. „	Kaiser Franz Joseph von Österreich an Kaiser Wilhelm II.	141	17
3490	Berlin	19. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Generalkonsul Prinz v. Hohenlohe-Oehringen	142	17
3491	„	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Eulenburg	142	17
3492	Budapest	22. „	Generalkonsul Prinz v. Hohenlohe-Oehringen an Auswärtiges Amt	144	17
3493	„	24. „	desgl.	144	17
3494	Wien	25. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	145	18
3495	Berlin	27. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Generalkonsul Prinz v. Hohenlohe-Oehringen	147	19
		1899			
3496	Berlin	1. Jan.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Eulenburg	148	19
3497	Wien	11. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	149	19
3498	Berlin	25. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Saurma	150	19
3499	Paris	1. Febr.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	151	18

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 13	
3500	Berlin	3. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	152	18
3501	Wien	13. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	153	18
3502	„	18. „	desgl.	154	18
3503	„	11. März	desgl.	154	18
3504	„	26. „	desgl.	158	18
3505	„	27. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	161	19
3506	„	31. „	desgl.	164	19
3507	Berlin	6 April	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Eulenburg	166	19
3508	Wien	12. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	168	19
3509	„	13. „	desgl.	168	19
3510	Berlin	30. Mai	Aufzeichnung des Fürstbischofs von Breslau Kardinal Kopp	170	19
3511	Wien	16. Juni	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	172	19
3512	„	17. „	Erster Sekretär Prinz v. Lichnowsky an Staatssekretär B. v. Bülow	174	19
3513	„	21. Nov.	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	175	20
			88. Kapitel		
			Deutschlands und Österreichs Verhältnis zu Rußland 1898—1899		
		1898			
3514	Zarskoe Selo	1. Jan.	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	179	20, 258
3515	Petersburg	13. „	desgl.	179	20, 258
3516	Berlin	5. Mai	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	180	20
3517	Petersburg	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	181	20
3518	Berlin	8. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	182	20
3519	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	183	20
3520	Berlin	16. Juni	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	183	21, 259
3521	Petersburg	13. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	184	21
3522	„	2. Aug.	desgl.	185	21
3523	„	5. „	desgl.	187	21
3524	„	14. „	desgl.	188	21
3525	„	26. „	desgl.	188	21

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 13	
3526	Berlin	30. Aug.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	191	21
3527	Kopenhagen	14. Okt.	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	192	22
3528	Wien	26. „	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	193	22
3529	Livadia	14. Dez.	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	195	22, 259
3530	Petersburg	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	196	22
3531	„	26. „	desgl.	199	23
3532	Berlin	28. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	200	23
		1899			
3533	„	2. Jan.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	203	23
3534	Petersburg	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	205	23
3535	Berlin	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	206	23
3536	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	207	23
3537	„	2. April	desgl.	209	22
3538	„	18. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	211	23
3539	Stuttgart	21. Juni	Gesandter v. Derenthall an Minister Fürst Hohenlohe	213	23
3540	Semmering	16. Sept.	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	216	24
3541	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	218	24
3542	Semmering	21. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	220	24
3543	Petersburg	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	221	24
3544	„	20. Okt.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	223	24
3545	Wien	31. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	223	25
3546	„	2. Nov.	desgl.	225	25
3547	Berlin	8. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Graf Bülow	227	25
3548	„	8. „	desgl.	229	25
3549	„	13. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	230	26
3550	„	7. Dez.	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky	231	26

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 13	
3551	Petersburg	13. Dez.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	233	26
			89. Kapitel **Das deutsch-französische Verhältnis 1898—1899**		
		1897			
3552	Paris	31. Dez.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	237	26
		1898			
3553	Berlin	25. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	238	27
3554	Paris	30. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	238	27
3555	„	23. Nov.	desgl.	242	27
3556	„	24. „	desgl.	243	27
3557	„	3. Dez.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	246	27
3558	Berlin	5. „	Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten v. Huhn	247	27
3559	„	6. „	Aufzeichnung des Vortr. Rats Grafen Pourtalès	254	28
3560	Paris	18. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	254	28
		1899			
3561	„	4. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	255	28
3562	Berlin	9. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	257	28
3563	'Algier	10. „	Konsulatsverweser Goetsch an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	258	28
3564	Berlin	11. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	263	28
3565	„	20. „	desgl.	263	28
3566	„	14. März	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	264	28
3567	„	5. Mai	desgl.	265	29
3568	Petersburg	29. Juni	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	266	29
3569	Bergen	6. Juli	Rat Graf Eulenburg an Auswärtiges Amt .	268	29
3570	Paris	10. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	269	30
3571	an Bord	16. „	Kaiser Wilhelm II. an Botschafter Graf Münster	269	30
3572	Scheveningen	17. „	Botschafter Graf Münster an Kaiser Wilhelm II.	270	30

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 13	
3573	Petersburg	29. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	270	30
3574	Wilhelmshöhe	4. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	271	30
3575	Paris	5. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	272	30
3576	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	272	30
3577	Paris	7. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	273	30
3578	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	276	30
3579	Semmering	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	278	30
3580	San Sebastian	12. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	278	31
3581	Paris	18. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	280	31
3582	Semmering	22. Sept.	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	280	31
3583	Petersburg	6. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	281	31
3584	Berlin	10. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Derenthall	282	31
3585	Paris	10. Nov.	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	283	31
			Anhang **Die Dreyfus-Affäre und die inneren Verhältnisse Frankreichs 1896—1899**		
		1896			
3586	Berlin	16. Sept.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Münster	287	31
3587	Derneburg	17. „	Botschafter Graf Münster an Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan	288	31
3588	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Geschäftsträger v. Müller	289	31
3589	Paris	20. „	Bericht des Militärattachés Oberstleutnant v. Schwartzkoppen	290	31
3590	„	22. Nov.	desgl.	291	31
		1897			
3591	„	29. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	292	31
3592	Berlin	23. Nov.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	293	31
3593	Paris	28. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	294	31

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 13	
3594	Berlin	9. Dez.	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	295	31
3595	Paris	12. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	296	31
3596	„	14. „	desgl.	297	31
3597	„	16. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	298	31
		1898			
3598	„	26. Jan.	desgl.	300	31
3599	Berlin	3. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	301	31
3600	Paris	4. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	301	31
3601	Berlin	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	302	31
3602	„	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Saurma	303	31
3603	Rom	15. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	303	31
3604	Berlin	22. Mai	Chef des Generalstabes General Graf Schlieffen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	304	31
3605	Paris	26. Juli	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	304	31
3606	„	9. Sept.	desgl.	305	31
3607	Rom	26. „	Geschäftsträger Graf Pückler an Auswärtiges Amt	306	31
3608	Paris	26. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Auswärtiges Amt	307	31
3609	Semmering	29. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	307	31
3610	Potsdam	9. Okt.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	308	31
3611	Paris	10. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	308	31
3612	Berlin	14. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	310	31
3613	Wien	24. Okt.	Botschafter Graf Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	311	31
3614	Jerusalem	29. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	311	31
3615	Paris	30. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	311	31
3616	Petersburg	11. Dez.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	313	31

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 13	
3617	Paris	17. Dez.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	313	31
3618	„	18. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	314	31
		1899			
3619	"	27. Febr.	desgl.	316	31
3620	Berlin	6. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	317	31
3621	Semmering	13. Aug.	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Graf Metternich	318	31
3622	„	14. „	desgl.	319	31
3623	Berlin	14. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	319	31
3624	Paris	21. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Auswärtiges Amt	320	31
3625	„	24. „	desgl.	320	31
3626	Berlin	25. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger v. Below-Schlatau	321	31
3627	Paris	25. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Auswärtiges Amt	321	31
3628	„	28. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Auswärtiges Amt	322	31
3629	„	29. „	desgl.	322	31
3630	Berlin	29. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger v. Below-Schlatau	323	31
3631	„	5. Sept.	desgl.	324	31
3632	Straßburg	5. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	325	31
3633	Berlin	6. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	326	31
3634	Stuttgart	6. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	326	31
3635	Paris	6. „	Militärattaché Major Frhr. v. Süßkind an Geschäftsträger v. Below-Schlatau	327	31
3636	Stuttgart	6. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	331	31
3637	„	7. „	desgl.	332	31
3638	Karlsruhe	8. „	desgl.	336	31
3639	Paris	10. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Auswärtiges Amt	334	32
3640	„	12. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	335	32
3641	„	12. „	desgl.	337	32
3642	Petersburg	15. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	338	32

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 13	
3643	Paris	19. Okt.	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	338	32
3644	„	4. Dez.	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	339	32

14. Band

Weltpolitische Rivalitäten

Erste Hälfte

			90. Kapitel **Das Vorgehen der Europäischen Mächte in Ostasien**		
			A. Die Vorbereitung der Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1895—1897	Bd. 14, 1	35
		1895			
3645	Berlin	11. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Staatssekretär Vizeadmiral Hollmann	5	36
3646	„	17. April	Staatssekretär Vizeadmiral Hollmann an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	7	37
3647	London	30. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	11	37
3648	Werki	1. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	11	37
3649	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	13	37
3650	„	9. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	14	37
3651	„	15. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Gesandten Frhr. Schenck zu Schweinsberg	15	37
3652	Theerbude	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt . .	16	37
3653	Berlin	25. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	17	37
3654	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	18	37
3655	Peking	29. „	Gesandter Frhr. Schenck zu Schweinsberg an Auswärtiges Amt	20	37
3656	Berlin	11. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	20	37
3657	Peking	30. „	Gesandter Frhr. Schenck zu Schweinsberg an Auswärtiges Amt	21	37
3658	Berlin	6. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	22	37

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 14, 1	
3659	Peking	15. Dez.	Gesandter Frhr. Schenck zu Schweinsberg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . .	23	37
		1896			
3660	Berlin	1. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Gesandten Frhr. Schenck zu Schweinsberg	24	37
3661	Petersburg	15. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	24	37
3662	Berlin	18. März	Aufzeichnung des VortragendenRats Klehmet	25	37
3663	„	19. Juni	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	27	37
3664	Peking	22. Aug.	Gesandter Frhr. v. Heyking an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	34	37
3665	Berlin	9. Nov.	Aufzeichnung des Kommandierenden Admirals v. Knorr	36	37
3666	Petersburg	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	39	37
3667	Berlin	23. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	42	37
3668	Altona	27. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	43	37
3669	Berlin	28. „	Aufzeichnung des VortragendenRats Klehmet	43	37
3670	„	8. Dez.	Staatssekretär Admiral Hollmann an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	47	38
3671	Peking	16. „	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	48	38
3672	Petersburg	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	48	38
		1897			
3673	Berlin	19. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	49	38
3674	Peking	5. Mai	Gesandter Frhr. v. Heyking an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	50	38
3675	Berlin	22. Juni	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin	54	38
3676	Petersburg	3. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	55	38
3677	„	8. „	desgl.	56	38
3678	Alt-Aussee	12. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan	57	38
3679	Petersburg	11. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	58	38
3680	Berlin	17. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Botschafters B. v. Bülow	59	38
3681	„	9. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	60	38

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 14, 1	
		1897			
3682	Petersburg	21. Sept.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	60	38
3683	Berlin	25. „	Stellvertr. Staatssekretär Botschafter B. v. Bülow an Gesandten Frhr. v. Heyking . .	61	38
3684	Peking	1. Okt.	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	61	39
3685	Petersburg	14. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	62	39
			B. Die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1897		
		1897			
3686	Neues Palais	6. Nov.	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt . .	67	39
3687	„ „	6. „	Chiffreur Franceson an Auswärtiges Amt .	67	39
3688	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	68	39
3689	Neues Palais	7. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	69	39
3690	„ „	7. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär B. v. Bülow	69	39
3691	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	71	40
3692	„	8. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Geschäftsträger v. Tschirschky	72	40
3693	„	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Kaiser Wilhelm II.	73	40, 260
3694	„	9. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Staatssekretär B. v. Bülow	75	40
3695	„	11. „	desgl.	77	40
3696	„	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	78	40
3697	„	11. „	desgl.	79	40
3698	„	13. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	81	40
3699	Petersburg	13. „	Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf von der Osten-Sacken . . .	83	40, 261
3700	Berlin	14. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf von der Osten-Sacken	84	40, 261
3701	„	15. „	Aufzeichnung vom 15. November 1897 . . .	85	40
3702	„	16. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	86	40
3703	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	87	40
3704	Berlin	17. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	89	40

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 14, 1	
3705	Berlin	16. Nov.	Vortragender Rat v. Holstein an Staatssekretär B. v. Bülow	89	40, 262
3706	Petersburg	16. „	Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	90	40, 262
3707	Berlin	18. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	90	40
3708	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	92	40
3709	„	18. „	desgl.	94	40
3710	„	20. „	desgl.	96	40
3711	Berlin	22. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	97	40, 263
3712	Peking	21. „	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	98	40
3713	Berlin	21. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	99	40
3714	Kiel	22. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	100	40
3715	„	22. „	desgl.	101	40
3716	Peking	22. „	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	102	40
3717	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	102	40
3718	Petersburg	1. Dez.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	106	40
3719	Berlin	2. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	107	40
3720	Petersburg	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	107	40
3721	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	108	40
3722	Peking	4. „	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	110	40
3723	Petersburg	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	111	40
3724	„	6. „	desgl.	111	40
3725	Berlin	6. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	111	40
3726	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	112	40
3727	Peking	7. „	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	113	40
3728	Berlin	8. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Frhr. v. Heyking	114	40
3729	„	12. „	desgl.	115	40

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 14,1	
		1897			
3730	London	11. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	116	40
3731	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	118	40
3732	Berlin	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	118	40
3733	Petersburg	14. „	Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	121	40, 264
3734	Berlin	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	122	40, 264
3735	Peking	16. „	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	123	40
3736	Berlin	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Frhr. v. Heyking	124	40
3737	„	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	125	40
3738	„	19. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	127	40
3739	—	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	129	40, 265
3740	Berlin	21. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	130	40
3741	„	28. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Treutler	131	40
3742	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	133	40
		1898			
3743	—	2. Jan.	Russisches Promemoria	134	40, 265
3744	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	135	40
3745	„	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	137	40
3746	„	4. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	138	40
3747	„	5. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	140	40
3748	„	8. „	desgl.	142	40
3749	„	12. „	desgl.	145	40
3750	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	146	40
3751	„	22. „	desgl.	147	40
3752	Berlin	23. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	148	40
3753	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	150	40
			C. Die Erwerbungen Rußlands und Englands — Port Arthur — Wei-hai-wei — Das Jangtse-Tal 1898—1899		
		1898			
3754	Peking	6. März	Gesandter Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	155	40

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 14, 1	
3755	Petersburg	12. März	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	155	40
3756	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	156	40
3757	Petersburg	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	157	40
3758	„	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	159	40
3759	„	30. „	desgl.	160	40
3760	Berlin	4. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet für den Staatssekretär B. v. Bülow	161	41
3761	„	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	162	41
3762	„	4. „	desgl.	163	41
3763	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	163	41
3764	Homburg v. d. Höhe	6. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	164	41
3765	„	5. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Staatssekretär B. v. Bülow	164	41
3766	Berlin	7. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	165	41
3767	Schloß Homburg	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär B. v. Bülow	167	41
3768	Homburg v. d. Höhe	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	168	41
3769	Berlin	9. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	169	42
3770	„	21. „	desgl.	171	42
3771	„	30. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	172	42
3772	London	2. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	174	42
3773	„	3. „	desgl.	174	42
3774	Berlin	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	175	42
3775	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	176	42
3776	„	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	178	42
3777	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	180	43
		1899			
3778	„	14. März	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	181	43

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 14, 1	
			91. Kapitel		
		1898	**Englands erste Allianzfühler 1898**		
3779	London	24. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	193	44
3780	Berlin	25. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	194	44
3781	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	195	44
3782	„	29. „	desgl.	196	44
3783	Berlin	30. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	199	45
3784	London	1. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	202	46
3785	Berlin	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	204	46
3786	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	207	46
3787	Berlin	6. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	208	46
3788	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	209	46
3789	„	7. „	desgl.	212	46
3790	Homburg v. d. Höhe	10. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	217	46
3791	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	218	47
3792	Berlin	24. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	218	47
3793	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	221	47
3794	Berlin	30. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	227	47
3795	London	14. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	229	47
3796	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	230	48
3797	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	233	48
3798	„	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	235	48
3799	—	—	Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.	239	48
3800	London	2. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	240	48
3801	„	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	241	48

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 14, 1	
3802	Berlin	5. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	248	49
3803	Zarskoe Selo	3. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	250	49, 266
3804	Berlin	8. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	251	49
3805	„	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	253	49
			92. Kapitel		
			Deutsch-Englisches Abkommen über die portugiesischen Kolonien 1898		
		1898			
3806	Berlin	8. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	259	50
3807	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	261	50
3808	„	15. „	desgl.	263	50
3809	Berlin	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	264	50
3810	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	265	50
3811	Berlin	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Grafen v. Tattenbach	265	50
3812	„	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	266	50
3813	„	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	266	50
3814	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	268	50
3815	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	268	50
3816	Berlin	20. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	269	50
3817	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	270	50
3818	Berlin	22. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	272	50
3819	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	276	50
3820	Petersburg	23. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	280	50
3821	Lissabon	30. „	Gesandter Graf Tattenbach an Auswärtiges Amt	280	50
3822	London	6. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	281	50
3823	„	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	281	50

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 14, 1	
3824	Berlin	8. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	284	50
3825	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	284	50
3826	Berlin	9. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	286	50
3827	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	287	50
3828	Berlin	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	289	50
3829	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	290	50
3830	Berlin	12. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	292	50
3831	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	293	50
3832	„	14. „	desgl.	294	50
3833	Berlin	14. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter B. v. Bülow	295	50
3834	„	16. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	296	50
3835	„	20. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf zu Eulenburg	297	50
3836	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	299	50
3837	„	20. „	desgl.	301	50
3838	„	21. „	desgl.	302	50
3839	Berlin	24. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf zu Eulenburg	303	50
3840	„	23. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	304	50
3841	„	24. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	306	50
3842	„	30. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf zu Eulenburg	307	50
3843	London	3. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	310	50
3844	„	4. „	desgl.	311	50
3845	„	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	313	50, 267
3846	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	314	50
3847	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	315	50
3848	„	11. „	desgl.	316	50

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 14, 1	
3849	London	11. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	317	50
3850	Berlin	12. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	317	50
3851	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	318	50
3852	„	18. „	desgl.	319	50
3853	„	18. „	desgl.	320	50
3854	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	321	50
3855	„	20. „	desgl.	322	50
3856	„	20. „	desgl.	322	50
3857	Semmering	20. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	323	50
3858	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	324	50, 268
3859	„	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	326	50
3860	„	20. „	desgl.	328	50
3861	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	328	50
3862	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	329	50
3863	„	23. „	desgl.	331	50
3864	Berlin	23. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	332	50
3865	Wilhelmshöhe	22. „	Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.	333	50
3866	„	24. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	338	51
3867	Semmering	24. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	339	51
3868	Berlin	26. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	342	52
3869	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	344	52
3870	„	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	345	52
3871	„	30. „	desgl.	346	52
3872	„	30. „	Text der Verträge zwischen der deutschen und der englischen Regierung vom 30. August 1898	347	52
	„	30. „	Geheime Konvention	351	52
	„	30. „	Geheime Note	353	52
3873	Berlin	31. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	356	52
3874	„	31. „	desgl.	356	52

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 14, 1	
3875	London	1. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	357	52
3876	Berlin	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	359	52
3877	„	2. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	360	52
3878	Petersburg	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	362	52
3879	Lissabon	30. „	Gesandter Graf Tattenbach an Auswärtiges Amt	363	52
3880	„	2. Okt.	desgl.	364	52
3881	„	23. „	desgl.	364	53
3882	Berlin	17. Dez.	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Graf Tattenbach	365	53
3883	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	365	53

14. Band

Weltpolitische Rivalitäten

Zweite Hälfte

			93. Kapitel **Der Englisch-Französische Konflikt wegen Faschoda 1898—1899**	Bd. 14, 2	
		1898			
3884	Alexandrien	10. Sept.	Generalkonsulatsverweser Graf v. Oberndorff an Auswärtiges Amt	371	57
3885	„	11. „	desgl.	372	57
3886	„	12. „	desgl.	372	57
3887	„	25. „	desgl.	373	57
3888	Paris	27. „	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	373	57
3889	„	8. Okt.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	374	57
3890	London	13. „	Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	374	57
3891	Paris	16. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	375	58
3892	„	17. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	376	58
3893	„	20. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	377	58

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 14, 2	
3894	Kairo	20. Okt.	Generalkonsul v. Müller an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	377	57
3895	London	22. „	Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	378	58
3896	Wien	24. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	379	58
3897	„	24. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	380	58
3898	London	25. „	Bericht des Marineattachés Korvettenkapitäns Coerper	380	58
3899	„	27. „	Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	381	58
3900	Jaffa	28. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	382	58
3901	Paris	29. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	383	59
3902	„	2. Nov.	desgl.	384	59
3903	„	3. „	desgl.	384	59
3904	London	3. „	Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen an Auswärtiges Amt	385	59
3905	Livadia	3. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	385	59, 270
3906	London	3. „	Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	386	59
3907	Paris	5. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	387	59
3908	Hamburg	6. „	Preußischer Gesandter Graf Metternich an Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	387	59, 270
3909	London	8. „	Geschäftsträger Graf zu Castell-Rüdenhausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	389	60
3910	Kairo	9. „	Generalkonsul v. Müller an Auswärtiges Amt	391	60
3911	Paris	9. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	391	60
3912	Rom	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	393	60
3913	Baalbek	11. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	394	60, 272
3914	Berlin	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staatssekretär B. v. Bülow	395	61
3915	„	11. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	396	61
3916	Rhodos	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	397	61, 273
3917	Grabowo	14. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Auswärtiges Amt	397	61

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks (Bd. 14, 2)	Seite des Wegweisers
		1898			
3918	Berlin	14. Nov.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . .	398	61
3919	Grabowo	14. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	398	61
3920	Malta	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Generalkonsul v. Müller	399	62
3921	Wien	12. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	400	62
3922	Petersburg	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	401	62
3923	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	402	62
3924	Petersburg	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	404	62
3925	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	405	62
3926	Paris	29. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	407	62
		1899			
3927	„	6. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	409	62
3928	„	10. „	desgl.	411	63
3929	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	412	63
3930	„	26. „	desgl.	414	63
3931	Paris	31. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	415	63
3932	London	2. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	415	63
3933	„	17. „	desgl.	416	63
3934	Buschir	12. „	Vizekonsul Hauck an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	416	63
3935	Bombay	22. „	Konsul Graf v. Pfeil an Auswärtiges Amt .	417	63
3936	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	417	63
3937	Paris	27. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	418	63
3938	Petersburg	1. März	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	418	63
3939	Paris	9. „	Erster Sekretär v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	419	63
3940	Cannes	13. „	Botschafter Graf Münster an Staatssekretär B. v. Bülow	420	63
3941	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	421	63
3942	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	422	64

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 14, 2	
		1899			
3943	Paris	22. März	Erster Sekretär v. Below-Schlatau an Auswärtiges Amt	423	64
3944	„	24. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	423	64
3945	London	30. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	425	64
			Anhang		
			Die Dreibundmächte und das Englisch-Französische Abkommen über Zentralafrika 1899		
		1899			
3946	Rom	29. März	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	429	65
3947	„	1. April	desgl.	429	65
3948	„	29. März	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	430	65
3949	Pera	1. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	431	65
3950	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	432	65
3951	Pera	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	433	65
3952	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	434	65
3953	Rom	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	435	65
3954	Berlin	29. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger Frhrn. v. Romberg	436	65
3955	Wien	30. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	436	65
3956	Berlin	30. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhrn. v. Saurma	437	65
3957	Therapia	3. Juni	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	437	66
			94. Kapitel		
			Bagdadbahn 1890—1900		
		1890			
3958	Pera	4. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	441	66
		1891			
3959	„	7. Okt.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	442	66
3960	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	443	66
3961	Therapia	11. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	443	66

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks (Bd. 14, 2)	Seite des Wegweisers
		1891			
	Konstantinopel	6. Okt.	Anlage. Sultan Abdul Hamid II. an türkischen Botschafter Tewfik Pascha . . .	446	66, 273
3962	Therapia	24. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	446	66
		1892			
3963	Pera	23. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf v. Caprivi	447	66
3964	„	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	451	66
		1893			
3965	Berlin	6. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	452	66
3966	„	7. „	desgl.	453	67
3967	Kairo	8. „	Generalkonsul Graf Leyden an Auswärtiges Amt	454	67
3968	„	8. „	Generalkonsul Graf Leyden an Reichskanzler Graf v. Caprivi	454	67
3969	Berlin	9. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	455	67, 274
3970	Pera	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	455	67
3971	„	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	461	67
3972	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	461	67
3973	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	462	67
3974	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	463	67
		1898			
3975	Pera	9. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	464	67
3976	Berlin	17. Mai	Vortragender Rat Mumm v. Schwarzenstein an Botschafter Frhr. v. Marschall	467	68
3977	„	30. Sept.	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	468	68
		1899			
3978	Pera	29. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	472	68
3979	„	3. Febr.	desgl.	473	68
3980	Berlin	17. März	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	474	68
3981	Pera	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	477	68
3982	Petersburg	5. April	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	478	68

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 14, 2	
		1898			
3983	Pera	12. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	480	68
3984	„	14. „	desgl.	482	68
3985	„	3. Mai	desgl.	483	68
3986	Berlin	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	484	68
3987	Therapia	30. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	485	68
3988	„	6. Juni	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	485	68
3989	„	15. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	490	68
3990	Berlin	8. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	490	68
3991	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	491	68
3992	„	27. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	493	68
3993	Sheerness	28. „	Staatssekretär Graf v. Bülow an Auswärtiges Amt	505	68
3994	Wesel	29. „	desgl.	505	69
3995	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	506	69
			Anhang		
			Deutsche Bahnbauten und Kohlenstationen in Persien und Arabien?		
		1899			
3996	Berlin	2. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	509	69
3997	London	17. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	510	69
3998	Teheran	18. „	Gesandter Graf Rex an Auswärtiges Amt	512	69
3999	Berlin	23. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Graf Rex	513	69
4000	Bagdad	10. „	Konsul Richarz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	514	69
4001	Berlin	12. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Konsul Richarz	515	69
4002	„	29. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	515	69
4003	London	4. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	516	69
4004	„	11. „	desgl.	516	69
4005	Berlin	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	517	69

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 14, 2	
4006	London	16. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	519	69
4007	Berlin	23. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	521	70
4008	Therapia	17. Aug.	Geschäftsträger v. Schlözer an 'Auswärtiges 'Amt	522	70
4009	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Schlözer	523	70
4010	Therapia	23. „	Geschäftsträger v. Schlözer an 'Auswärtiges 'Amt	524	70
4011	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an 'Auswärtiges 'Amt	525	70
4012	Berlin	29. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	526	70
4013	Therapia	8. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an 'Auswärtiges Amt	527	70
4014	Karlsruhe	17. „	Staatssekretär Graf Bülow an 'Auswärtiges 'Amt	528	70
			95. Kapitel		
			Der Russische Vorschlag eines Abkommens mit Deutschland über die Meerengen und Kleinasien 1899		
		1899			
4015	Berlin	24. März	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	533	70
4016	„	17. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	534	71
4017	„	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	538	71
4018	„	26. „	desgl.	541	71
4019	London	1. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an 'Auswärtiges Amt	543	71
4020	Berlin	5. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	546	71
4021	„	6. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	548	71
4022	Petersburg	29. Juni	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	549	71
4023	„	29. „	desgl.	555	71
4024	„	3. Juli	Aufzeichnung des Ersten Sekretärs v. Tschirschky	556	72
4025	Berlin	4. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	558	72
4026	„	17. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	561	72
4027	Petersburg	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	562	72

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 14, 2	
			96. Kapitel		
			Das Abkommen über Samoa und die Deutsch-Englischen Beziehungen 1899		
		1898			
4028	Berlin	31. Aug.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	567	73
4029	London	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	568	73
4030	Berlin	1. Sept.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	569	73
4031	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	569	73
4032	„	2. „	desgl.	570	73
4033	Berlin	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	571	73
4034	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	571	73
		1899			
4035	—	20. Jan.	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	572	73
4036	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	573	73
4037	„	22. „	desgl.	574	73
4038	Berlin	22. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	574	73
4039	„	22. „	desgl.	575	73
4040	London	8. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	576	73
4041	Berlin	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	576	73
4042	„	20. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Holleben	577	73
4043	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	578	73
4044	„	23. „	desgl.	579	73
4045	Berlin	24. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	580	73
4046	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	582	73
4047	Berlin	16. März	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	583	73
4048	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	583	73
4049	„	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	585	73

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 14, 2	
4050	London	28. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	588	73
4051	Berlin	29. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Holleben	588	73
4052	„	30. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	589	73
4053	Klein-Flottbeck	1. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	590	73
4054	Berlin	1. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	592	73
4055	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	594	73
4056	„	1. „	desgl.	594	74
4057	Berlin	2. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	597	74
4058	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	597	74
4059	Berlin	5. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	598	74
4060	„	10. „	desgl.	600	74
4061	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	601	74
4062	Berlin	11. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	601	74
4063	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	602	75
4064	Berlin	12. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	603	75
4065	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	604	75
4066	Berlin	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	605	75, 274
4067	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	606	75
4068	„	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	609	75, 275
4069	Berlin	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	610	75
4070	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	611	75
4071	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	611	75
4072	Berlin	6. Mai	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	613	76
4073	„	16. „	desgl.	615	76

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 14, 2	
4074	Neues Palais	22. Mai	Kaiser Wilhelm II. an Königin Viktoria von England	615	76,275
4075	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	619	76
4076	Balmoral Castle	12. Juni	Königin Viktoria v. England an Kaiser Wilhelm II.	620	77, 278
	—	—	Anlage. Aufzeichnung des englischen Premierministers Marquess of Salisbury	621	77, 278
4077	Semmering	13. Juli	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	623	77
4078	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	624	77
4079	Semmering	23. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	625	77
4080	Berlin	15. Aug.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow für Prinz Heinrich v. Preußen	626	77
4081	„	29. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	627	77
4082	London	8. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	628	77
4083	Karlsruhe	11. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	630	77
4084	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	631	77
4085	„	13. „	desgl.	632	77
4086	Berlin	14. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	633	77
4087	Semmering	16. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	635	77
4088	„	16. „	desgl.	636	77
4089	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	637	77
4090	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	638	77
4091	Semmering	22. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	640	77
4092	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	641	78, 279
4093	„	24. „	desgl.	642	78
4094	Semmering	25. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	643	78
4095	London	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	644	78
4096	„	29. „	desgl.	646	78
4097	„	30. „	desgl.	647	78

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 14, 2	
4098	Semmering	2. Okt.	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	648	78
4099	Berlin	3. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt	649	78
4100	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	649	78
4101	Berlin	4. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt	650	78
4102	London	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	651	78
4103	Berlin	8. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	653	78
4104	„	8. „	desgl.	655	78
4105	London	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	656	78
4106	„	10. „	desgl.	658	78
4107	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Tirpitz an Staatssekretär Graf Bülow	660	78
4108	„	13. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	662	78
4109	„	18. „	desgl.	663	78
4110	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	664	78
4111	Berlin	21. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	666	78
4112	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	667	78
4113	„	26. „	desgl.	668	78
4114	Berlin	26. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	670	78
4115	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an englischen Premierminister Lord Salisbury	671	78, 280
4116	Berlin	1. Nov.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	673	79
4117	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	673	79

15. Band

Rings um die Haager Friedenskonferenz

			97. Kapitel **Der Amerikanisch-Spanische Krieg Der Schiedsspruch und die Interventionsfrage 1898**		
		1897		Bd. 15	
4118	Berlin	29. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Rat Botschafter Graf zu Eulenburg	3	83

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 15	
4119	Rominten	30. Sept.	Rat Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	4	83
4120	Semmering	1. Okt.	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	5	83
4121	Berlin	7. „	Stellvertr. Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky	6	84
4122	Rom	15. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt	7	84
		1898			
4123	Berlin	15. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	7	84
4124	Rom	23. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	9	84
4125	Berlin	15. März	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf zu Eulenburg	10	84
4126	„	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	12	84
4127	„	26. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Otto v. Bülow	14	84
4128	„	27. „	desgl.	14	84
4129	Madrid	26. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	16	84
4130	Berlin	28. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	16	84
4131	Rom	29. „	Gesandter Otto v. Bülow an Auswärtiges Amt	17	84
4132	„	30. „	desgl.	17	84
4133	Berlin	31. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	18	84
4134	„	1. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	19	84
4135	„	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Holleben	19	84
4136	„	5. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	20	84
4137	„	7. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	20	84
4138	Washington	7. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	21	84
4139	Madrid	9. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	22	85
4140	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	22	85
4141	„	16. „	desgl.	25	85
4142	„	16. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	27	85
4143	Washington	22. „	Botschafter v. Holleben an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	28	85
		1902			
4144	„	13. Febr.	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	29	86

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 15	
			98. Kapitel		
			Die Philippinen- und die Karolinenfrage Die Englisch-Amerikanische Annäherung 1898—1899		
		1898			
4145	Berlin	14. Mai	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	33	86
4146	„	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	39	86
4147	Washington	13. Juni	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	40	86
4148	„	17. „	Botschafter v. Holleben an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	40	86
4149	Berlin	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	42	87
4150	Hongkong	23. „	Konsul Rieloff an Auswärtiges Amt	43	87
4151	Berlin	1. Juli	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Holleben	44	87
4152	Washington	4. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	45	87
4153	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Holleben	46	87
4154	„	6. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	47	87
4155	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	52	87
4156	Berlin	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	53	87
4157	„	10. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	54	87
4158	Washington	— „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	59	87
4159	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	60	87
4160	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	62	87
4161	Semmering	27. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	64	88
4162	Washington	— „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	65	88
4163	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	66	88
4164	London	3. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	68	88
4165	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	69	88
4166	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	71	88
4167	Madrid	8. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	72	88

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 15	
4168	Berlin	12. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Radowitz	73	88
4169	„	13. „	desgl.	74	88
4170	Madrid	15. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	75	88
4171	Berlin	3. Sept.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	75	88
4172	„	12. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Kaiser Wilhelm II.	76	88
4173	„	22. Okt.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	77	88
4174	Paris	29. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	78	88
4175	Berlin	2. Nov.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	79	88
4176	Madrid	5. „	Geschäftsträger Frhr. v. Seefried an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	80	88
4177	Paris	16. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	81	88
4178	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	82	88
4179	„	22. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	83	89
4180	„	26. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger Frhrn. Speck v. Sternburg	85	89
4181	Washington	30. „	Geschäftsträger Frhr. Speck zu Sternburg an Auswärtiges Amt	86	89
4182	Madrid	2. Dez.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	87	89
4183	Berlin	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	88	89
4184	Madrid	5. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	88	89
4185	„	8. „	desgl.	89	89
4186	„	16. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	90	89
4187	„	19. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	91	89, 281
4188	„	20. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	92	89
4189	„	21. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	94	89
4190	Berlin	28. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Holleben	94	89
4191	Washington	31. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	96	89
		1899			
4192	Berlin	4. Jan.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Holleben	97	89
4193	„	12. „	desgl.	98	89

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4194	Washington	— Jan.	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	98	89
4195	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	99	89
4196	„	4. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	101	89
4197	Madrid	8. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	102	89, 281
4198	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	104	89
4199	Madrid	16. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	104	89
4200	„	4. März	desgl.	105	90
			Anhang		
		1898	**Ein deutscher Stützpunkt auf San Domingo?**		
4201	Berlin	30. Aug.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Holleben	109	90
4202	Hannover	— „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	109	90
4203	Berlin	2. Sept.	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	110	90
4204	Washington	3. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	111	90
			99. Kapitel		
		1899	**Spanien und der Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen England 1899**		
4205	Madrid	15. April	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	115	90
4206	Berlin	27. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	119	90
4207	Madrid	5. Mai	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	122	91
4208	„	10. „	desgl.	123	91
4209	Berlin	16. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter v. Radowitz	124	91
4210	Madrid	28. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	125	91
4211	San Sebastian	12. Aug.	desgl.	127	91
4212	„	5. Okt.	desgl.	130	91
4213	Petersburg	24. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	133	91
		1900			
4214	Madrid	4. Febr.	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	134	91

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 15	
			100. Kapitel		
			Die Erste Haager Friedenskonferenz		
			A. Das russische Friedensmanifest und die Vorbereitung der Konferenz 1898—1899		
		1898			
4215	Petersburg	24. Aug.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	141	92
	„	12. „	Anlage. Russisches Memoire	142	92, 282
4216	„	26. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	143	93
4217	Berlin	26. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	145	94
4218	„	27. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm v. Schwarzenstein	147	94
4219	„	28. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	149	94
4220	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	150	95
4221	Berlin	29. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	151	95
4222	„	29. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	151	95, 283
4223	Petersburg	1. Sept.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	152	96
4224	Wien	4. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	153	96
4225	Therapia	4. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	155	96
4226	Washington	3. „	Botschafter v. Holleben an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	157	96
4227	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	158	96
4228	„	10. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	159	96
4229	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Derenthall an Botschafter Fürst Radolin	160	96
4230	Wien	24. Okt.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	161	96
4231	„	23. „	Botschafter Graf zu Eulenberg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	162	96
4232	Petersburg	20. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	164	96
4233	„	22. „	desgl.	166	96
		1899			
4234	„	11. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	167	96

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4235	Berlin	16. Jan.	Staatssekretär v. Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky	168	96
4236	Petersburg	19. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	169	97
4237	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	170	97
4238	Berlin	8. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	171	97
4239	„	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhrn. v. Saurma	171	97
4240	„	21. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Grafen Pourtalès	172	97
4241	„	25. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf zu Eulenburg	173	97
4242	Petersburg	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	174	97
4243	“	1. März	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	175	97
4244	Berlin	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	176	97
4245	„	5. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	178	97
4246	„	10. „	desgl.	179	97
4247	„	11. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf zu Eulenburg	180	97
4248	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	180	97
4249	„	27. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	181	97
4250	Paris	4. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	182	97
4251	Petersburg	2. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	183	97
4252	Berlin	9. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Gesandten Jonkheer van Tets	185	97, 284
4253	Paris	21. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	186	97
4254	„	1. Mai	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	187	97
4255	Berlin	9. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	188	97
4256	„	12. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	189	97
4257	„	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	193	97

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
	Berlin	14. Mai	Anlage. Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	193	98
			B. Die Rüstungsfrage auf der Konferenz		
4258	Haag	23. Juni	Bericht des Militärdelegierten bei der I. Haager Friedenskonferenz Obersten Groß von Schwarzhoff	199	99
4259	„	26. „	desgl.	200	99
4260	„	27. „	desgl.	203	99
4261	Scheveningen	30. „	Der I. Delegierte bei der I. Haager Friedenskonferenz Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	207	99
4262	Haag	30. „	Bericht des Obersten Groß v. Schwarzhoff	208	99
4263	Berlin	1. Juli	Stellvertr. Kriegsminister Generallt. v. Viebahn an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	211	99
			C. Die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auf der Konferenz		
4264	„	25. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	215	100
4265	„	25. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	215	100
4266	Haag	26. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	216	100
4267	Berlin	27. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	217	100
4268	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	219	100
4269	Scheveningen	3. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	219	100
4270	Berlin	4. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	221	100
4271	Scheveningen	12. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	222	100
4272	Berlin	14. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	223	100
4273	Scheveningen	28. „	Bericht des Marinedelegierten Kapitän z. See Siegel	224	100
4274	„	28. „	desgl.	225	100
			D. Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz		
4275	Berlin	26. Mai	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	233	101
4276	Haag	28. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	234	101

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4277	Berlin	31. Mai	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	237	101
4278	Haag	31. „	Bericht des Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission	238	101
4279	Berlin	2. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Professor Zorn	241	101
4280	„	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	242	101
4281	„	4. „	desgl.	245	101
4282	Haag	2. „	Bericht des Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission	245	101
4283	—	— „	desgl.	249	101
4284	Haag	5. „	Professor Zorn an Staatssekretär B. v. Bülow	253	101
4285	Berlin	6. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	255	101
4286	„	6. „	desgl.	255	101
4287	„	7. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky	256	101
4288	Petersburg	7. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	257	101
4289	Wien	7. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	257	101
4290	Berlin	8. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger Frhrn. v. Romberg	258	101
4291	Wien	9. „	Geschäftsträger v. Romberg an Auswärtiges Amt	259	101
4292	Scheveningen	7. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	259	101
4293	Berlin	7. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	260	101
4294	Scheveningen	7. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	261	101
4295	Haag	6. „	Gesandter Beldiman an Unterstaatssekretär Frhrn. v. Richthofen	262	101
4296	Berlin	8. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky	265	101
4297	„	9. „	Minister Marquis Visconti Venosta an Botschafter Grafen Lanza	266	101, 285
4298	„	9. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	267	101
4299	„	10. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	268	101
4300	„	10. „	Aufzeichnung des Direktors Hellwig	268	101
4301	—	—	Bericht des Professors Zorn über die Arbeiten der dritten Kommission	269	101
4302	Berlin	10. „	Aide-Mémoire für die italienische Regierung	273	101

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4303	Berlin	13. Juni	Aufzeichnung des Direktors Hellwig . . .	274	101
4304	—	—	Bericht des Professors Zorn	275	101
4305	Berlin	14. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	278	101
4306	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	279	101
4307	Scheveningen	14. „	Erster Delegierter Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	280	101
4308	Berlin	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	281	101
4309	„	15. „	Aufzeichnung des UnterstaatssekretärsFrhrn. v. Richthofen	283	101
4310	Scheveningen	16. „	Erster Delegierter Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	284	102
4311	„	16. „	Erster Delegierter Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	284	102
4312	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	285	101
4313	„	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	286	102
4314	—	17. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	290	102
4315	Petersburg	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	290	102
4316	Berlin	18. „	Professor Zorn an Staatssekretär B. v. Bülow	293	102
4317	Petersburg	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	296	102
4318	Helgoland	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär B. v. Bülow	298	102
4319	Berlin	19. „	Aufzeichnung des Direktors Hellwig . . .	298	102
4320	„	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	300	102
4321	„	22. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Münster	307	102
4322	„	23. „	desgl.	308	102
4323	Petersburg	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	309	102
4324	„	24. „	desgl.	309	102
4325	„	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	310	102
4326	Scheveningen	24. „	Erster Delegierter Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe . . .	311	102
4327	„	26. „	Erster Delegierter Botschafter Graf Münster an Staatssekretär Graf Bülow	312	102
4328	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	314	102

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4329	—	—	Bericht des Professors Zorn	315	102
4330	London	30. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	316	102
4331	Berlin	2. Juli	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Münster	317	102
4332	—	—	Bericht des Professors Zorn	318	102
4333	—	—	desgl.	320	102
4334	—	—	desgl.	323	102
4335	Berlin	8. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	325	102
4336	Scheveningen	7. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	326	102
4337	—	—	Bericht des Professors Zorn	327	102
4338	—	—	desgl.	329	102
4339	Scheveningen	12. Juli	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	331	102
4340	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	332	102
4341	„	12. „	desgl.	333	102
4342	Scheveningen	13. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	333	102
4343	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Münster	334	102
4344	„	16. „	desgl.	335	102
4345	—	—	Bericht des Professors Zorn	335	102
4346	—	—	desgl.	338	102
4347	Scheveningen	24. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	341	102
4348	Berlin	26. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf zu Eulenburg	343	102
4349	Scheveningen	30. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	345	103
			E. Abschluß der Konferenz. Epilog		
4350	Petersburg	13. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	349	103
4351	Scheveningen	17. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	354	103
4352	Paris	1. Aug.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	359	104
4353	„	7. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	359	104
4354	Berlin	20. Dez.	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	360	104

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 15	
4355	Petersburg	1. Aug.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	363	105
			101. Kapitel		
			Entstehung und Anfänge des Burenkrieges		
		1899	**Die deutsche Haltung**		
4356	Berlin	10. Mai	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	367	107
4357	„	11. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	369	107
4358	Haag	12. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	370	107
4359	Berlin	12. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	370	107
4360	„	4. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	370	107
4361	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	371	107
4362	Berlin	8. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	372	107
4363	„	12. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	373	107
4364	Haag	14. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	375	107
4365	„	17. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	376	107
4366	„	22. „	desgl.	377	107
4367	Berlin	4. Juli	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	377	107
4368	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	378	107
4369	Semmering	31. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	379	107
4370	London	9. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	380	107
4371	Berlin	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Konsul Biermann	381	107
4372	Semmering	12. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	382	107
4373	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Konsul Biermann	384	107
4374	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Kaiser Wilhelm II.	385	107

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4375	Berlin	29. Aug.	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Frhrn. v. den Brincken	390	108
4376	Haag	30. „	Gesandter Frhr. v. den Brincken an Auswärtiges Amt	391	108
4377	Berlin	31. „	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Frhrn. v. den Brincken	391	108
4378	Haag	1. Sept.	Gesandter Frhr. v. den Brincken an Auswärtiges Amt	392	108
4379	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	392	108
4380	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	393	108
4381	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	394	108
4382	Birmingham	14. „	Englischer Staatssekretär Chamberlain an Legationsrat Frhrn. v. Eckardstein	394	108, 286
4383	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	395	108
4384	Semmering	20. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	395	108
4385	„	25. „	desgl.	396	108
4386	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	397	108
4387	Semmering	2. Okt.	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	398	108
4388	Berlin	3. „	Botschafter Sir Frank Lascelles an Stellvertr. Staatssekretär Gesandten v. Derenthall	398	108, 286
4389	„	8. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Derenthall	399	108
4390	Washington	12. „	Geschäftsträger Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	400	108
4391	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	400	108
4392	Monte Estoril	9. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	401	109
4393	Berlin	16. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger Rücker-Jenisch	405	109
4394	Neues Palais	29. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	406	109
4395	Petersburg	30. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	408	109
4396	London	15. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	410	109
4397	Berlin	15. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	412	109

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 15	
4398	Windsor	24. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	413	110
4399	Wien	24. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	420	110
4400	London	30. „	Legationsrat a. D. Frhr. v. Eckardstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	421	110
4401	„	2. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	422	110
4402	„	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	426	110
4403	Berlin	21. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	427	110
4404	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	428	110
4405	Berlin	22. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	430	111
4406	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	431	110
4407	Berlin	25. „	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Grafen Tattenbach	433	110
4408	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	433	110
4409	„	28. „	desgl.	434	110
4410	„	30. „	desgl.	435	110
		1900			
4411	“	5. Jan.	desgl.	436	111
			102. Kapitel		
			Ein Deutsch-Englischer Zwischenfall im Burenkriege		
			Die Beschlagnahme der deutschen Dampfer 1899—1900		
		1899			
4412	Berlin	30. Dez.	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	441	111
4413	„	31. „	desgl.	441	111
4414	London	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	442	111
		1900			
4415	„	1. Jan.	desgl.	443	111
4416	Berlin	1. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	443	111
4417	„	2. „	desgl.	444	111

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 15	
4418	London	3. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	445	111
4419	Berlin	3. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	445	111
4420	„	4. „	desgl.	446	111
4421	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Marquess of Salisbury	447	111
4422	„	5. „	desgl.	448	111
4423	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	449	111
4424	Berlin	6. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	450	111
4425	„	6. „	desgl.	453	111
4426	„	6. „	desgl.	455	112
4427	„	7. „	desgl.	456	112
4428	„	7. „	desgl.	456	112
4429	„	7. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	457	112
4430	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	457	112
4431	Berlin	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	459	112
4432	„	9. „	desgl.	461	112
4433	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	462	112
4434	Berlin	11. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	463	112
4435	„	12. „	desgl.	464	112
4436	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	465	112
4437	Berlin	13. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	466	112
4438	„	14. „	Sir Frank Lascelles an Staatssekretär Graf Bülow	466	112, 286
4439	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	469	112
4440	Berlin	15. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	470	112
4441	„	14. „	Vortragender Rat v. Holstein an Frhrn. v. Eckardstein	471	112
4442	London	15. „	Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	472	112
4443	„	15. „	desgl.	473	112
4444	„	15. „	desgl.	474	112
4445	Berlin	15. „	Vortragender Rat v. Holstein an die Botschaft London	475	112

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 15	
4446	London	16. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	475	112
4447	Berlin	17. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	476	112
4448	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	477	112
4449	Berlin	19. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	478	112
4450	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	479	112
4451	Berlin	20. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	479	112
4452	London	20. „	Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	480	112
4453	Washington	21. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	481	113
4454	London	17. „	Marquess of Salisbury an Botschafter Sir Frank Lascelles	481	113, 289
4455	Berlin	28. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	483	113
4456	London	19. März	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Staatssekretär Graf Bülow	484	113
4457	Berlin	28. „	Staatssekretär Graf Bülow an Stellvertr. Botschafter Gesandten Grafen Metternich	491	113
4458	London	24. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	493	113
			103. Kapitel		
			Die Interventionsfrage im Burenkriege 1900		
		1899			
4459	Berlin	27. Dez.	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	501	114
	Paris	25. „	Anlage. Botschafter Fürst Münster an Staatssekretär Graf Bülow	502	114
		1900			
4460	Petersburg	2. Jan.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	502	114
4461	Washington	2. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	503	114
4462	Brüssel	10. „	Gesandter Graf v. Alvensleben an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	504	114
4463	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	506	114
4464	„	12. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	508	114
4465	„	13. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	509	114

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 15	
4466	Washington	2. Febr.	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	510	114
4467	London	6. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	511	115
4468	Berlin	7. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger Frhrn. v. Eckardstein	512	115
4469	Petersburg	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Staatssekretär Graf Bülow	513	115
4470	Berlin	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	514	115
4471	London	28. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	515	115
4472	Berlin	3. März	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	516	115, 290
4473	„	3. „	desgl.	517	116
4474	„	3. „	desgl.	517	116
4475	London	— „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	518	116
4476	Petersburg	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	519	116
4477	Berlin	7. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	520	116
4478	London	7. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	521	116
4479	Haag	6. „	Gesandter Graf Pourtalès an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	522	116
4480	Marlborough House	7. „	Prinz Eduard v. Wales an Kaiser Wilhelm II.	523	116, 291
4481	Pretoria	10. „	Konsul Biermann an Auswärtiges Amt	524	116
4482	Berlin	10. „	Staatssekretär Graf Bülow an Konsul Biermann	525	116
4483	Wilhelmshaven	10. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	525	116
4484	—	—	Kaiser Wilhelm II. an Königin Viktoria v. England	526	116, 292
4485	London	11. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	527	116
4486	Petersburg	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	527	116
4487	„	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Vortragenden Rat v. Holstein	530	116
4488	London	13. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	531	116
4489	„	13. „	desgl.	532	116
4490	„	14. „	desgl.	532	116

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 15	
4491	Petersburg	14. März	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	532	116
4492	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	533	116
4493	London	20. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	534	116
4494	Berlin	27. „	Kaiser Wilhelm II. an Königin Wilhelmina v. Holland	535	116
4495	London	28. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	539	116
4496	Berlin	31. „	Staatssekretär Graf Bülow an Stellvertr. Botschafter Gesandten Graf Metternich	540	116
4497	„	1. April	desgl.	542	116
4498	„	28. „	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Graf Pourtalès	543	117
4499	„	28. Mai	desgl.	544	117
4500	„	2. Juni	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	545	117
4501	„	20. „	desgl.	546	117
4502	„	7. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Gesandten Grafen Metternich	547	117
4503	Wilhelmshöhe	8. „	Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	547	117
4504	Berlin	29. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	548	117
4505	„	5. Nov.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Lindenau	549	117
4506	„	1. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten v. Tschirschky	549	117
			Anhang		
		1900	**Kaiser Wilhelms II. Aphorismen über den Krieg in Transvaal**		
4507	„	4. Febr.	Kaiser Wilhelm II. an Prinz Eduard v. Wales	553	117, 292
	—	—	Anlage. Aphorismen über den Krieg in Transvaal	554	117
4508	Marlborough House	8. „	Prinz Eduard v. Wales an Kaiser Wilhelm II.	558	117, 293
4509	Jagdschloß Hubertusstock	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Prinz Eduard v. Wales	559	117, 293
4510	Marlborough House	28. „	Prinz Eduard v. Wales an Kaiser Wilhelm II.	560	117, 295

16. Band

Die Chinawirren und die Mächte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 16	
			104. Kapitel		
			Der Boxeraufstand und die Mächte		
			Die Frage des Oberkommandos		
			Vorfriedensverhandlungen 1900—1901		
		1900			
4511	Berlin	29. Mai	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	3	121
4512	„	31. „	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Frhrn. v. Ketteler	4	122
4513	Peking	2. Juni	Gesandter Frhr. v. Ketteler an Auswärtiges Amt	5	122
4514	Berlin	5. „	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Frhrn. v. Ketteler	6	122
4515	Peking	4. „	Gesandter Frhr. v. Ketteler an Auswärtiges Amt	6	122
4516	Berlin	6. „	Staatssekretär Graf Bülow an Gesandten Frhrn. v. Ketteler	7	122
4517	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	8	122
4518	Berlin	8. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter v. Holleben	8	122
4519	Petersburg	9. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	9	122
4520	Washington	11. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	9	122
4521	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	10	122
4522	Tokio	— „	Geschäftsträger Graf Wedel an Auswärtiges Amt	11	122
4523	Berlin	18. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	11	122
4524	„	18. „	desgl.	12	122
4525	Helgoland	18. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	12	122
4526	Wilhelmshaven	18. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Staatssekretär Graf Bülow	13	122
4527	Oldenburg	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	14	122
4528	Berlin	19. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	15	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4529	Kiel	22. Juni	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	18	122
4530	Petersburg	25. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	19	122
4531	Berlin	26. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	20	122
4532	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	20	122
4533	Petersburg	27. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	21	122
4534	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	21	122
4535	Kiel	27. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	22	122
4536	Berlin	28. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	23	122
4537	„	30. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	24	122
4538	„	30. „	Staatssekretär Graf Bülow an Admiral v. Diederichs	24	122
	—	—	Anlage. Aufzeichnung des Staatssekretärs Graf Bülow für Admiral v. Diederichs	25	122
4539	Berlin	1. Juli	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	26	122
4540	Brunsbüttelkoog	2. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	27	122
4541	Petersburg	2. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	28	122
4542	„	1. „	Graf Lamsdorff an Botschafter Graf v. d. Osten-Sacken	29	122, 296
4543	Berlin	3. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Tschirschky	29	122
4544	Petersburg	2. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	30	122
4545	Berlin	3. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	30	122
4546	Wilhelmshaven	3. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	31	122
4547	„	4. „	desgl.	33	122
4548	Berlin	4. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	34	122
4549	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	36	122
4550	Bremen	4. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	37	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4551	Petersburg	4. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	37	122
4552	„	3. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	38	122
	„	2. „	Anlage. Bericht des Militärattachés Majors Lauenstein	39	122
4553	Berlin	6. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	40	122, 296
4554	Tokio	6. „	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Auswärtiges Amt	43	122
4555	Kiel	7. „	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Staatssekretär Graf Bülow	43	122
4556	Berlin	7. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	43	122
4557	Paris	7. „	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	44	122
4558	Kiel	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	45	122
4559	Berlin	8. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	46	122
4560	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	47	122
4561	Tokio	—	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Auswärtiges Amt	47	122
4562	Berlin	10. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel	48	122
4563	Kiel	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	48	122
4564	Berlin	12. „	Staatssekretär Graf Bülow an Admiral v. Diederichs	49	122
4565	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	50	122
4566	Berlin	13. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	50	122
4567	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	51	122
4568	„	12. „	desgl.	52	122
4569	Berlin	15. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	53	122
4570	„	16. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	54	122
4571	„	17. „	desgl.	55	122
4572	„	17. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	56	122
4573	„	18. „	desgl.	57	122

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4574	Berlin	18. Juli	Stellvertr. Unterstaatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt	58	122
4575	„	18. „	desgl.	58	122
4576	Drontheim	18. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	59	122
4577	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	60	122
4578	„	20. „	desgl.	60	122
4579	„	20. „	desgl.	62	122
4580	Berlin	21. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	62	122
4581	„	21. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	62	122
4582	„	22. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	63	122
4583	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	65	122
4584	„	21. „	desgl.	66	122
4585	Molde	22. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	66	122
4586	Berlin	22. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Pückler	68	122
4587	Wien	23. „	Geschäftsträger Graf Pückler an Auswärtiges Amt	69	122
4588	Berlin	25. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	70	122
4589	„	27. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow	70	122
4590	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	71	122
4591	Berlin	27. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow	72	122, 297
4592	„	29. „	desgl.	73	122
4593	Helgoland	29. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	73	122
4594	„	29. „	desgl.	74	122
4595	Berlin	31. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt	75	122
4596	London	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	75	122
4597	Bremerhaven	1. Aug.	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	77	122
4598	„	3. „	desgl.	78	122
4599	Bebra	4. „	desgl.	79	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4600	Petersburg	4. Aug.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	80	122
4601	Berlin	5. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	81	122
4602	Wilhelmshöhe	6. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	83	122, 298
4603	Berlin	8. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow	84	122
4604	„	7. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt	84	122
4605	„	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow	86	122
4606	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	87	122
4607	„	10. „	Botschafter Sir Frank Lascelles an Stellvertr. Staatssekretär Gesandten v. Derenthall	88	122, 298
4608	Norderney	10. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	88	122
4609	Berlin	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Fürst Radolin	90	122
4610	„	11. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Geschäftsträger v. Schlözer	91	122
4611	—	(14.) „	Geschäftsträger Boutiron an Stellvertr. Gesandten v. Derenthall	91	122, 299
4612	Petersburg	20. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	92	122
4613	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Rat Gesandten Grafen Metternich	93	122, 299
4614	Wilhelmshöhe	21. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	94	122
4615	„	21. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	95	122
4616	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow	96	122
4617	Wilhelmshöhe	22. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	97	122
4618	„	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	99	122
4619	Norderney	23. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	99	122
4620	Berlin	25. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt	100	122
4621	Petersburg	26. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	101	122
4622	Berlin	27. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Gesandten v. Derenthall	103	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4623	Berlin	28. Aug.	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	105	122
4624	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	106	122
4625	„	30. „	desgl.	107	122
4626	„	30. „	desgl.	110	122
4627	Berlin	30. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	110	122
4628	„	1. Sept.	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Grafen v. der Osten-Sacken	113	122, 299
4629	London	31. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	114	122
4630	Petersburg	31. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	115	122
4631	London	4. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	116	122
4632	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	119	122
4633	„	7. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Rat Gesandten Grafen Metternich	120	122
4634	Petersburg	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	121	122
4635	Berlin	9. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	123	122
4636	Norderney	10. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	124	122
4637	„	10. „	desgl.	125	122
4638	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	126	122
4639	Berlin	10. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Rat Gesandten Grafen Metternich	127	122
4640	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	127	122
4641	Paris	14. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	128	122
4642	Petersburg	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	129	122
4643	Berlin	16. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	130	122
4644	„	16. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	132	122
4645	Norderney	16. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	133	122
4646	„	17. „	desgl.	134	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4647	London	18. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	135	122
4648	„	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	135	122
4649	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Rat Botschafter Fürst zu Eulenburg	136	122
4650	„	21. „	desgl.	138	122
4651	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	140	122
4652	Altona	25. „	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	142	122
4653	Berlin	1. Okt.	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	142	122
4654	„	5. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	143	122, 300
4655	„	9. „	desgl.	146	122
4656	„	9. „	desgl.	147	122
4657	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	147	122
4658	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	148	122
4659	„	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	148	122
4660	„	23. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	150	122
4661	Peking	26. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	152	122
4662	Berlin	6. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	153	122
4663	Peking	5. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Austiges Amt	155	122, 301
4664	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	157	122
4665	„	9. „	desgl.	158	122
4666	Peking	9. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	160	122
4667	„	16. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Graf Bülow	161	122
4668	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	163	122
4669	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	163	122
4670	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	164	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4671	Peking	23. Nov.	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	165	122
4672	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	165	122
4673	„	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	166	122
4674	Peking	30. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	167	122
4675	London	4. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	168	122
4676	Peking	4. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	169	122
4677	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	170	122
4678	London	5. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	170	122
4679	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	171	122
4680	„	6. „	desgl.	172	122
4681	„	6. „	desgl.	173	122
4682	Berlin	7. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	174	122
4683	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	176	122
4684	„	12. „	desgl.	177	122
4685	Berlin	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	178	122
4686	„	14. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	179	122
4687	London	14. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	182	122
4688	Berlin	15. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	183	122
4689	London	15. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	184	122
4690	Berlin	16. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Hatzfeldt	184	122
4691	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	185	122
4692	Peking	13. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Graf Bülow	185	122
4693	„	24. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	190	122
4694	„	30. „	desgl.	190	122
4695	„	31. „	desgl.	190	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4696	Berlin	1. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen für Reichskanzler Graf Bülow	191	122
4697	Peking	7. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Graf Bülow	193	122
4698	„	17. „	desgl.	194	122
			105. Kapitel **Das Deutsch-Englische Jangtse-Abkommen Deutschland als ehrlicher Makler zwischen Rußland und England (Eisenbahnfragen, Tientsinfrage) 1900—1901**		
		1900			
4699	Berlin	30. Juni	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	199	123
4700	„	2. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	200	123
4701	„	27. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow . .	201	123
4702	„	28. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Fürst Radolin . .	202	123
4703	„	29. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Geschäftsträger v. Schlözer .	203	123
4704	Paris	1. Aug.	Geschäftsträger v. Schlözer an Auswärtiges Amt	204	123
4705	Petersburg	30. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	205	123
4706	Berlin	1. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Botschafter Graf Hatzfeldt . .	206	123
4707	Petersburg	2. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	208	123
4708	Berlin	5. „	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger v. Schlözer	209	123
4709	Wilhelmshöhe	10. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	209	123
4710	Berlin	15. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Generalkonsul Knappe	210	123
4711	„	20. „	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Staatssekretär Graf Bülow . .	211	123
4712	Wilhelmshöhe	22. „	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt . .	212	123
4713	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	213	123
4714	Berlin	1. Sept.	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	214	123

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4715	Berlin	1. Sept.	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	215	123
4716	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	216	123
4717	Berlin	4. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	217	123
4718	„	5. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	218	123
4719	„	12. „	desgl.	219	123
4720	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	221	123
4721	Berlin	22. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	222	123
4722	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	224	123
4723	„	27. „	desgl.	225	123, 301
4724	„	28. „	desgl.	226	123
4725	Berlin	28. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	227	123
4726	London	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	227	123
4727	Berlin	29. „	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär Graf Bülow	228	123
4728	London	2. Okt.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	229	123, 302
4729	Berlin	3. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	231	123
4730	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	232	123, 302
4731	Berlin	5. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	232	123
4732	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	233	123, 303
4733	Berlin	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	233	123
4734	Tientsin	8. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	235	123
4735	„	7. „	desgl.	236	123
4736	Berlin	9. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	239	123, 303
4737	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	240	123
4738	„	10. „	desgl.	242	123
4739	Berlin	12. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	243	123

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4740	Homburg	11. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Generalfeldmarschall Graf Waldersee	244	123
4741	Berlin	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	245	123
4742	„	12. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Graf Bülow	246	123
4743	„	14. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	246	123
4744	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	248	123
	Foreign Office	16. „	Anlage 1	248	123, 304
	London	16. „	Anlage 2	249	123
4745	„	22. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	250	123
4746	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Graf Pückler	252	123
4747	Petersburg	29. „	Geschäftsträger Graf Pückler an Auswärtiges Amt	253	123, 305
4748	Berlin	30. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	254	123
4749	London	31. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	255	123
4750	Berlin	17. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	255	123
	—	—	Anlage	256	123
4751	Berlin	31. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	256	123
4752	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	257	123
4753	„	9. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	258	123
4754	Peking	9. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	258	123
4755	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	259	123
4756	„	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	259	123
4757	„	11. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	261	123
4758	Peking	7. Nov.	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	262	123
4759	„	8. „	desgl.	263	123
4760	„	9. „	desgl.	263	123
4761	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	263	123
4762	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	264	123

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 16	
4763	London	30. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	264	123
4764	Berlin	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	265	123
4765	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	265	123
4766	Berlin	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Vizeadmiral v. Diederichs	266	123
4767	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	268	123
4768	Peking	23. Dez.	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	269	123
4769	„	—	desgl.	269	123
		1901			
4770	Berlin	6. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	270	123, 305
4771	Peking	8. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Reichskanzler Graf Bülow	272	123
4772	„	9. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	273	123
4773	„	12. „	desgl.	273	123
4774	„	12. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	274	123
4775	„	— „	desgl.	276	123
4776	„	16. „	desgl.	276	123
4777	„	17. „	desgl.	277	123
4778	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	277	123
4779	„	2. Febr.	Kaiser Wilhelm II. an Generalfeldmarschall Graf Waldersee	279	123
4780	London	21. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	280	123
4781	„	24. „	desgl.	281	123
4782	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Direktors Stuebel	282	123
4783	„	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	283	123
4784	„	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Grafen Metternich	284	123
4785	„	28. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	286	123
4786	„	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	286	123
4787	London	1. Febr	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	288	123

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4788	London	1. Febr.	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	289	123
4789	„	2. „	desgl.	290	123
4790	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	292	124
4791	London	3. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	293	124
4792	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Grafen Metternich	294	124
4793	Windsor	4. „	Rat Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	295	124
4794	„	4. „	desgl.	296	124
4795	Berlin	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	297	124
4796	Peking	8. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	298	124
4797	London	12. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	299	124
4798	„	16. „	desgl.	299	124
4799	Berlin	17. „	Botschafter Sir Frank Lascelles an Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen	300	124, 306
4800	„	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	301	124
4801	„	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	302	124
4802	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	303	124
4803	„	20. „	desgl.	304	124
4804	Petersburg	20. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	305	124
4805	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	306	124
4806	„	21. „	desgl.	306	124
4807	Peking	21. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	307	124
			106. Kapitel		
			Das Russisch-Chinesische Mandschureiabkommen und die Mächte 1901		
		1901			
4808	Rom	7. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	311	125, 306
4809	„	7. „	desgl.	314	125, 307
4810	Berlin	9. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	315	125

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4811	Homburg v. d. H.	9. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	316	126
4812	„	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	317	126
4813	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	319	126
4814	Berlin	13. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Graf Bülow	320	126
4815	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	322	126
4816	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	323	126
4817	London	16. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Reichskanzler Graf Bülow	323	126
4818	Berlin	17. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	325	126
4819	London	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	326	126
4820	„	28. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	327	126
4821	Berlin	1. März	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	329	126
4822	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	331	126
4823	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	333	126
4824	Helgoland	5. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	333	126
4825	Berlin	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	335	127
4826	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	337	127
4827	„	6. „	desgl.	339	127
4828	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	341	127
4829	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	341	127
4830	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	343	127
4831	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	344	127
4832	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	345	127
4833	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	346	127

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4834	Berlin	22. März	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Hatzfeldt	347	127
4835	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	347	127
4836	Berlin	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	348	127
4837	„	27. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	350	128
4838	„	4. April	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	351	128
4839	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	353	128
			107. Kapitel **Die Kriegsentschädigungsfrage 1901**		
		1900			
4840	Berlin	23. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	357	128
4841	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	357	128
4842	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	358	128
4843	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	358	128
4844	London	28. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	359	128
4845	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	360	128
4846	„	29. „	desgl.	361	129
		1901			
4847	London	2. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	364	129
4848	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	365	129
4849	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	366	129
4850	Berlin	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	366	129, 308
4851	London	6. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	368	130
4852	Peking	7. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Graf Bülow	369	130
4853	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	369	130

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4854	Berlin	6. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	370	130
4855	Peking	9. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	371	130
4856	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	371	130
4857	„	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	372	130
4858	Peking	23. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	373	130
4859	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	374	130
4860	Peking	4. Febr.	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	375	130
4861	Berlin	8. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Graf Bülow	377	130
4862	Peking	15. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	378	130
4863	„	16. „	desgl.	378	130
4864	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	379	130
4865	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	380	130
4866	„	19. „	desgl.	381	130
4867	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	381	130
4868	„	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	382	130
4869	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	383	130
4870	Peking	21. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	384	130
4871	Berlin	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Metternich	385	130
4872	„	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	385	130
4873	Peking	—	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	386	130
4874	„	2. März	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	386	130
4875	Petersburg	1. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	387	130
4876	Peking	11. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	389	130
4877	„	12. „	desgl.	389	130

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4878	Berlin	18. März	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	390	130
4879	„	25. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	391	131
4880	Peking	23. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	392	131
4881	„	23. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	392	131
4882	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	393	131
4883	„	25. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	394	131
4884	London	27. „	Direktor Stuebel an Auswärtiges Amt	395	131
4885	„	28. „	desgl.	396	131
4886	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	396	131
4887	London	30. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	397	131
4888	Berlin	30. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Direktor Stuebel	398	131
4889	London	2. April	Direktor Stuebel an Auswärtiges Amt	399	131
4890	„	2. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	400	131
4891	Peking	4. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	401	131
4892	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Direktors Stuebel	401	131
4893	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	404	131
4894	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	404	131
4895	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	405	131
4896	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	406	131
4897	Kiel	18. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	407	132
4898	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	407	132
4899	„	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	408	132
4900	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	409	132
4901	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	409	132

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4902	London	20. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	410	132
4903	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	412	132
4904	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	414	132
4905	Peking	24. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	415	132
4906	„	24. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Graf Bülow	416	132
4907	„	29. „	Generalfeldmarschall Graf Waldersee an Kaiser Wilhelm II.	417	132
4908	Berlin	1. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	417	132
4909	Peking	7. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	418	132
4910	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	419	132
4911	„	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	419	132
4912	„	11. „	desgl.	422	132
4913	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	422	132
4914	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	423	132
4915	Peking	10. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	423	132
4916	„	11. „	desgl.	424	132
4917	Urville Schloß	14. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	424	132
4918	Berlin	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	426	132
4919	Peking	14. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	427	132
4920	„	14. „	desgl.	428	132
4921	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	428	132
4922	Urville	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	429	133
4923	Titisee	23. „	desgl.	430	133
4924	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	430	133
4925	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	431	133

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 16	
4926	Berlin	30. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	432	133
4927	„	21. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Auswärtiges Amt	433	133
4928	Petersburg	1. Juli	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	434	133
4929	London	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	435	133
4930	Berlin	26. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Graf Bülow	436	133
4931	Norderney	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	438	133
4932	Berlin	6. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein	439	133
4933	Homburg	7. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	440	133
4934	London	8. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	440	133
4935	Peking	8. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	441	133
4936	Berlin	9. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	443	133
4937	Homburg	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	443	133
4938	Peking	11. „	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	444	133
4939	„	12. „	desgl.	445	133
4940	„	— „	desgl.	446	133
4941	Berlin	16. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Graf Bülow	446	133
			108. Kapitel **Die Räumung von Schanghai 1900—1902**		
		1901			
4942	Peking	15. Juni	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	451	134
4943	„	9. Juli	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Reichskanzler Graf Bülow	452	134
4944	Berlin	9. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	454	134
4945	„	29. Sept.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Sir Frank Lascelles	455	134
		1902			
4946	Peking	21. Jan.	Gesandter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	456	134

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 16	
4947	Berlin	10. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Holleben	457	134
4948	„	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	458	134
4949	Peking	30. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. der Goltz an Auswärtiges Amt	460	134
4950	Berlin	1. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. der Goltz	460	134
4951	Reval	8. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	461	134
4952	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Schlözer	462	134
4953	Paris	14. „	Geschäftsträger v. Schlözer an Auswärtiges Amt	463	134
4954	Berlin	21. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger v. Schlözer	464	134
4955	Petersburg	27. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	465	134
4956	Berlin	22. Sept.	Botschafter Sir Frank Lascelles an Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen	465	134, 308
4957	„	27. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen für den Reichskanzler Grafen Bülow	465	134
4958	„	1. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	467	134
4959	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Sir Frank Lascelles	468	134
4960	Paris	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	469	134
4961	Peking	— „	Geschäftsträger Frhr. v. der Goltz an Auswärtiges Amt	469	134
4962	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	470	134
4963	London	23. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	473	134
4964	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	474	134
4965	London	27. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	476	134
4966	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhrn. v. der Goltz	477	134
4967	Berlin	31. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	478	134
4968	„	1. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	481	134
4969	„	12. „	desgl.	482	134

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 16	
4970	Berlin	12. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	484	134
4971	Lowther Castle	19. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	486	134
4972	London	20. „	Botschafter Graf Metternich an Staatssekretär Marquess of Lansdowne	487	134
4973	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. der Goltz	489	134
4974	Washington	26. „	Geschäftsträger Graf Quadt an Auswärtiges Amt	489	134
4975	Berlin	2. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Grafen Metternich	490	134
4976	„	7. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	491	134

17. Band

Die Wendung im Deutsch-Englischen Verhältnis

			109. Kapitel	Bd. 17	
		1900	**Das Englische „Bündnisangebot" 1901**		
4977	Berlin	15. Juni	Gesandter Graf Metternich an Staatssekretär Graf Bülow	3	137
4978	Kiel	24. „	desgl.	8	137
		1901			
4979	London	18. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	14	138
4980	„	18. „	desgl.	16	138
4981	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	17	138
4982	London	20. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	19	139
4983	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	21	139
4984	„	21. „	Vortragender Rat v. Holstein an Gesandten Grafen Metternich	22	139
4985	„	21. „	Vortragender Rat v. Holstein an Frhrn. v. Eckardstein	23	140
4986	London	29. „	Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	23	140
4987	Osborne	29. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	24	140
4988	London	10. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	30	141

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 17	
4989	Berlin	11. Febr.	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	33	141
4990	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Graf Bülow	37	141
4991	London	16. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	38	141
4992	Berlin	5. März	Reichskanzler Graf Bülow an Frhrn. v. Eckardstein	39	141
4993	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	40	141
4994	London	19. „	Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	41	141
4995	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	43	141
4996	„	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	44	141
4997	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	46	142
4998	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	48	142
4999	London	6. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	50	142
5000	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	51	142
5001	„	14. „	desgl.	53	142
5002	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	53	142
5003	Berlin	11. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	54	142
5004	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	57	142
5005	„	16. „	desgl.	57	142
5006	„	17. „	desgl.	59	142
5007	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	60	142
5008	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	63	142
5009	Berlin	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	64	142
5010	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	65	142
5011	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	67	143
5012	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	68	143, 309
5013	„	28. „	desgl.	71	143

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 17	
5014	—	28. Mai	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	71	143
5015	Berlin	29. „	desgl.	71	143
5016	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	72	143, 309
5017	„	31. „	desgl.	73	143
5018	Hamburg	1. Juni	Gesandter Graf Metternich an Minister Graf Bülow	74	143
5019	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	83	143
5020	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf Bülow	88	143
5021	„	29. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	90	143
5022	Berlin	2. Aug.	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	92	143
5023	Wilhelmshöhe	23. „	Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.	94	144
5024	Norderney	16. Sept.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	98	145
5025	„	16. „	desgl.	100	145
5026	Berlin	31. Okt.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	101	145
5027	„	1. Nov.	desgl.	106	145
5028	„	27. Dez.	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	109	145
5029	Neues Palais	30. „	Kaiser Wilhelm II. an König Eduard VII.	110	145, 310
5030	Berlin	28. „	Aufzeichnung des Botschafters Grafen Metternich	111	145
		1902			
5031	Sandringham	12. Nov.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	115	146
5032	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	117	146
			Anhang **Lord Lansdownes Memorandum vom 10. August 1901**		
		1901			
5033	London	10. Aug.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Marquess of Lansdowne	121	147, 311
5034	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II. Nebst Anlage	124	147
5035	„	20. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Stellvertr. Botschafter Gesandten Grafen Metternich	126	147
	—	—	Anlage. Deutsches Gegenmemorandum	127	147, 313

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 17	
			110. Kapitel **Das Englisch-Japanische Bündnis und die Russisch-Französische Gegenaktion 1901—1902**		
		1901	**A. Englisch-Japanisches Bündnis 1901—1902**		
5036	Tokio	—	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Auswärtiges Amt	135	147
5037	London	16. April	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	136	147
5038	„	17. „	desgl.	137	147
5039	Berlin	27. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Grafen Arco-Valley	139	147
5040	London	19. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	141	147
5041	„	26. „	desgl.	143	148
5042	Petersburg	4. Dez.	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	144	148
		1902			
5043	London	3. Febr.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	145	148
5044	Berlin	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	146	148
5045	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	148	148
5046	„	13. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	149	148
			B. Russisch-Französische Gegenaktion Deutschlands Zurückhaltung		
		1902			
5047	Petersburg	13. Febr.	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	155	149
5048	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	156	149
5049	Petersburg	19. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	156	149
5050	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	157	149
5051	„	25. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	160	149
5052	Petersburg	26. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	162	149
5053	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	164	149

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 17	
5054	Petersburg	2. März	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	165	149
5055	Berlin	4. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	166	149
5056	Petersburg	2. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	167	149
5057	„	4. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	169	149
5058	Berlin	7. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	170	149
5059	„	9. „	desgl.	171	149
5060	Petersburg	12. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	172	149
5061	„	14. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	174	150
5062	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	175	150
5063	„	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	177	150
5064	„	20. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	179	150
	—	16. „	Anlage	180	150, 315
5065	London	21. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	181	150
			111. Kapitel		
			Der Burenkrieg und die öffentliche Meinung		
		1901			
5066	Berlin	23. Aug.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	185	151
5067	„	5. Sept.	desgl.	186	151
5068	London	25. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	188	151
5069	Berlin	22. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	189	151
	—	—	Russisches Promemoria	189	151, 316
5070	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	190	151
5071	„	27. „	Unterstaatssekretär v. Mühlberg an russischen Geschäftsträger v. Bulazell	192	151, 317
5072	„	26. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	193	151
5073	London	19. Nov.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	194	151

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 17	
5074	Berlin	26. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	195	151
5075	London	26. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	197	151
5076	Haag	21. „	Gesandter Graf Pourtalès an Reichskanzler Graf Bülow	200	151
		1902			
5077	Berlin	7. Jan.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	202	151
5078	„	16. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	203	151
5079	„	17. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Fürsten Lichnowsky	204	151
5080	London	2. Juni	Botschafter Graf Metternich an Kaiser Wilhelm II.	207	151
5081	„	2. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	208	152
5082	„	3. „	desgl.	209	151
5083	„	15. „	desgl.	210	151
5084	„	14. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	211	152
5085	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	212	152
5086	London	22. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	212	152, 317
5087	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	213	152
5088	London	9. Juli	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	214	152
5089	„	17. „	desgl.	214	152
5090	Norderney	12. Sept.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	216	152
5091	„	12. „	desgl.	217	152
5092	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Graf Bülow	218	152
5093	Norderney	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	219	152
5094	London	14. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Reichskanzler Graf Bülow	221	152
5095	Klein-Flottbek	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	225	152
5096	London	30. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	226	152
5097	Berlin	1. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. Eckardstein	227	152

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 17	
5098	Klein-Flottbek	3. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	227	152
5099	„	3. „	desgl.	228	152
5100	Berlin	3. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	228	152
5101	London	4. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Reichskanzler Graf Bülow	229	152
5102	Klein-Flottbek	8. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	231	152
5103	Balmoral Castle	9. „	König Eduard VII. an Kaiser Wilhelm II.	234	153, 318
		1903			
5104	London	19. Jan.	Botschafter Graf Metternich an Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen	234	153
5105	„	12. März	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	235	153
			112. Kapitel		
			Das gemeinsame Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela 1902—1903		
		1902			
5106	Berlin	20. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	241	154
5107	„	1. Sept.	desgl.	244	154
5108	„	3. Nov.	desgl.	246	154
5109	„	5. „	desgl.	249	154
5110	Sandringham	11. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	250	154
5111	„	12. „	desgl.	252	154
5112	Berlin	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	253	154
5113	Sandringham	13. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	254	154
5114	London	17. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt	254	154
5115	„	19. „	desgl.	255	154
5116	Washington	25. „	Geschäftsträger Graf Quadt an Auswärtiges Amt	256	154
5117	London	26. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	256	154
5118	Berlin	5. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	257	154
5119	London	9. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	257	154

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 17	
5120	Berlin	12. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	258	154
5121	„	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	260	154
5122	London	13. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	261	154
5123	„	15. „	desgl.	262	154
5124	New York	16. „	Botschafter v. Holleben an Auswärtiges Amt	264	154
5125	London	16. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	265	154
5126	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	266	154
5127	Washington	18. „	Geschäftsträger Graf Quadt an Auswärtiges Amt	269	154
5128	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	269	154
5129	„	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	270	154
5130	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	271	154
		1903			
5131	„	20. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Quadt	272	154
5132	Washington	20. „	Geschäftsträger Graf Quadt an Auswärtiges Amt	273	154
5133	„	23. „	desgl.	274	154
5134	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Graf Quadt	274	154
5135	„	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	275	154
5136	Washington	24. „	Geschäftsträger Graf Quadt an Auswärtiges Amt	276	154
5137	London	27. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	277	154
5138	„	27. „	desgl.	278	154
5139	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	279	154
5140	London	29. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	281	154
5141	Washington	29. „	Geschäftsträger Graf Quadt an Auswärtiges Amt	282	154, 318
5142	London	30. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	283	154
5143	„	31. „	desgl.	284	154

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 17	
5144	Washington	31. Jan.	Gesandter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	285	154
5145	„	3. Febr.	desgl.	285	154
5146	Berlin	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	286	155
5147	Washington	4. „	Gesandter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	287	155
5148	„	6. „	desgl.	287	155
5149	London	4. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	288	155
5150	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	289	155
5151	Washington	19. „	Gesandter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	291	155
			113. Kapitel		
			Die Marokkofrage 1899—1904		
			Englische Hinwendung zu Frankreich		
		1899			
5152	London	8. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Staatssekretär B. v. Bülow	295	155
5153	„	3. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	297	155
		1900			
5154	Berlin	28. Febr.	Staatssekretär Graf Bülow an Stellvertr. Botschafter Gesandten Graf Metternich	298	155
5155	London	1. März	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	299	155
5156	Berlin	27. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Fürst Münster	299	155
5157	Paris	9. Mai	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	301	155
5158	Berlin	14. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	302	155
5159	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	303	155
5160	Berlin	23. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	308	155
5161	„	23. „	desgl.	308	155
5162	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	309	155
5163	Berlin	28. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	311	155
5164	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	312	155

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1900		Bd. 17	
5165	Berlin	29. Mai	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	313	155
5166	London	1. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	314	155
5167	Berlin	5. "	Staatssekretär Graf Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky	318	155
5168	"	13. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	321	155
5169	„	30. „	desgl.	323	156
5170	"	2. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Gesandter v. Derenthall an Gesandten Frhrn. v. Mentzingen	325	156
5171	Tanger	18. Sept.	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	325	156
		1901			
5172	Berlin	15. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	325	156
5173	„	13. April	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	326	156
5174	„	20. „	desgl.	328	156
5175	Tanger	22. „	Ministerresident Graf Hohenwart an Minister Graf Goluchowsky	328	156
5176	Berlin	23. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	331	156
5177	London	19. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	332	156
5178	Berlin	8. Juli	Vortragender Rat v. Holstein an 1. Sekretär Frhrn. v. Eckardstein	333	156
5179	—	—	Aufzeichnung des Gesandten Frhrn. v. Mentzingen über die Unterredungen des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen mit dem marokkanischen Botschafter	334	156
5180	Berlin	19. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Frhrn. v. Mentzingen	336	156
5181	„	19. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Eckardstein . .	337	156
5182	London	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	338	156
5183	Berlin	8. Aug.	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	339	156
5184	„	8. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	341	156
5185	Homburg	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	341	156
		1902			
5186	London	30. Jan.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	342	156

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 17	
5187	Berlin	3. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Frhrn. v. Mentzingen	343	156
5188	Tanger	14. Sept.	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Auswärtiges Amt	344	156
5189	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. Eckardstein . . .	345	156
5190	London	4. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen . .	346	156
5191	Fez	29. Sept.	Verweser Maenß an Gesandten Frhrn. v. Mentzingen	347	156
5192	London	31. Dez.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	347	156
		1903			
5193	Berlin	20. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	348	156
5194	London	25. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	349	156
5195	Petersburg	25. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	349	156
5196	Berlin	7. März	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Frhrn. v. Mentzingen	350	156
5197	„	19. Juli	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger v. Humbracht	352	156
5198	Paris	17. Sept.	Geschäftsträger Graf von der Groeben an Auswärtiges Amt	353	156
5199	Wien	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	354	156
5200	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Radowitz	354	156
5201	San Sebastian	26. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	356	156
5202	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Radowitz	357	156
5203	San Sebastian	29. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	359	156
5204	London	30. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt	360	156
5205	San Sebastian	4. Okt.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	360	156
5206	Paris	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	361	156
5207	London	26. Nov.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	362	156
		1904			
5208	Vigo	16. März	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	363	156
5209	Madrid	23. „	Botschafter v. Radowitz an Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen	364	157

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 17	
		1904			
5210	Paris	30. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	365	157
			114. Kapitel		
			Die Vorderasiatischen Angelegenheiten Hinwendung Englands zu Rußland?		
		1900	**A. Die Bagdadbahn 1900—1903**		
5211	Berlin	16. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	371	157
5212	London	22. „	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Staatssekretär Graf Bülow	372	157
5213	Berlin	31. „	Vortragender Rat v. Mühlberg an Sekretär Frhrn. v. Eckardstein	374	157
5214	Pera	11. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	376	157
5215	Berlin	12. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	377	157
5216	Pera	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	379	157
5217	„	26. „	desgl.	380	157
5218	„	28. „	desgl.	381	157
5219	„	10. März	desgl.	382	157
5220	„	4. April	desgl.	383	157
5221	„	4. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	383	157
5222	„	7. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	385	157
5223	Wilhelmshöhe	19. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt . .	386	157
5224	Berlin	29. „	Finanzminister v. Miquel an Staatssekretär Graf Bülow	386	157
5225	Therapia	5. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	388	157
5226	„	8. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	391	157
		1901			
5227	London	9. Jan.	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Reichskanzler Graf Bülow	392	157
	—	—	Anlage. Aufzeichnung des Direktors Dr. Georg v. Siemens	393	157
5228	Therapia	16. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	397	157
5229	Berlin	14. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	398	157
5230	Berlin	4. Juni	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	399	157

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 17	
5231	Therapia	1. Juli	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	400	157
5232	—	3. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	401	157
5233	Berlin	2. Aug.	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	403	157
5234	Therapia	15. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	404	157
5235	Klein-Flottbek	28. Sept.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	405	157
5236	Berlin	19. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Pückler	407	157
5237	„	2. Nov.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhrn. v. Marschall	408	157
5238	„	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Pückler	409	157
		1902			
5239	„	2. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	409	157
5240	Pera	17. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	411	157
5241	„	17. „	desgl.	412	157
5242	„	17. „	desgl.	412	157
5243	London	24. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	414	157
5244	Berlin	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	414	157
5245	Pera	31. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	415	157
5246	„	2. Febr	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	417	157
5247	„	2. „	desgl.	418	157
5248	„	1. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	429	157
5249	„	3. „	desgl.	429	157
5250	London	18. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	431	157
5251	Berlin	14. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	431	157
		1903			
5252	„	31. Jan.	desgl.	432	157
5253	Pera	12. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	432	157
5254					
5255	„	13. „	desgl.	433	157
	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	434	157

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 17	
5256	Berlin	16. März	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	435	157
5257	London	4. April	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	436	157
5258	„	9. „	desgl.	437	157
5259	„	12. „	desgl. (mit Nachschrift vom 14. 4. 1903)	438	157
5260	Pera	13. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	439	157
5261	London	24. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	440	157
5262	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	441	157
	London	23. „	Anlage. Sir Clinton Dawkins an Direktor Arthur Gwinner	442	158,319
5263	Pera	25. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	444	158
5264	„	28. „	desgl.	445	158
5265	Berlin	4. Mai	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Graf Bernstorff	446	158
5266	Pera	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	446	158
5267	„	21. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	447	158
5268	London	12. Juni	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	448	158
5269	Therapia	16. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	449	158
5270	„	24. „	desgl.	450	158
5271	„	30. „	desgl.	452	158
5272	„	3. Aug.	desgl.	453	158
5273	Berlin	8. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Alvensleben	454	158
5274	„	29. Okt.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	456	158
5275	Pera	17. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	458	158
5276	„	4. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	459	158
		1904			
5277	Berlin	14. März	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	460	158
		1899	**B. Die Kueitfrage 1900—1904**		
5278	Pera	23. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	465	158
5279	Berlin	26. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	467	158

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 17	
5280	Pera	27. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	468	158
		1900			
5281	„	18. Jan.	desgl.	468	158
5282	„	1. Febr.	desgl.	469	158
5283	„	9. April	desgl.	470	158
5284	Berlin	11. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	470	158
5285	Pera	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	471	158
5286	Bagdad	19. „	Konsul Richarz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	473	158
5287	„	27. „	desgl.	476	158
5288	Berlin	14. Juni	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	477	158
		1901			
5289	„	6. März	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	477	158
5290	„	30. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	480	158
5291	London	16. Aug.	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	481	158
5292	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhrn. v. Eckardstein	482	158
5293	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	483	158
5294	„	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Stellvertr. Botschafter Gesandten Graf Metternich	484	158
5295	London	4. Sept.	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	484	158
5296	„	4. „	desgl.	486	158
5297	„	5. „	desgl.	487	158
5298	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	488	158
5299	„	6. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	489	158
5300	„	6. „	StaatssekretärFrhr.v.Richthofen anStellvertr. Botschafter Gesandten Graf Metternich	490	158
5301	Therapia	6. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	490	159
5302	London	7. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	491	159
5303	Berlin	7. „	Vortragender Rat v. Holstein an Stellvertr. Botschafter Gesandten Graf Metternich	492	159
5304	Therapia	8. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	493	159
5305	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Graf Bülow	494	159

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 17	
		1901			
5306	Berlin	14. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	495	159
5307	Therapia	27. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	496	159
5308	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	497	159
5309	Klein-Flottbek	1. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	498	159
5310	Therapia	2. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	499	159
5311	Lehmkuhlen	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	500	159
5312	Therapia	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	501	159, 320
5313	Berlin	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Stellvertr. Botschafter Gesandten Graf Metternich . . .	502	159
5314	London	15. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	502	159
5315	„	16. „	desgl.	503	159
5316	Therapia	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	503	159
5317	Berlin	15. Nov.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhrn. v. Marschall	504	159, 321
5318	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	505	159
5319	Berlin	23. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhrn. v. Marschall	506	159
5320	Pera	15. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	507	159
5321	„	18. „	desgl.	508	159
5322	„	31. „	desgl.	508	159
		1902			
5323	„	28. Jan.	desgl.	509	159
5324	„	10. Febr.	desgl.	510	159
5325	Berlin	29. März	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	512	159
5326	„	2. Juni	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	512	159
5327	„	17. Juli	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	513	159
		1903			
5328	Petersburg	26. Nov.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	514	159
		1904			
5329	Pera	2. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	515	159
5330	„	9. Nov.	desgl.	515	159

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 17	
		1904			
5331	Berlin	23. Nov.	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Frhr. v. Marschall	516	159
			C. Die Persische Frage 1899—1904		
		1899			
5332	Tadjrisch	5. Juli	Gesandter Graf Rex an Verweser Reinhardt	519	159
5333	Teheran	24. Aug.	Gesandter Graf Rex an Auswärtiges Amt .	520	159
		1900			
5334	Petersburg	30. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	520	159
5335	London	13. Febr.	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	523	159
5336	Berlin	27. „	Aufzeichnung des 1. Sekretärs v. Tschirschky	524	159
5337	London	28. „	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	526	159
5338	Simla	28. Sept.	Generalkonsul v. Waldthausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	527	159
		1901			
5339	London	2. Jan.	1. Sekretär Frhr. v. Eckardstein an Reichskanzler Graf Bülow	528	159
5340	„	5. „	desgl.	529	159
5341	Berlin	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	531	160
5342	Petersburg	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	531	160
5343	London	1. Nov.	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow . .	532	160
5344	Teheran	2. „	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Graf Bülow	534	160
5345	London	14. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	534	160
5346	„	3. Dez.	desgl.	535	160
5347	Neudeck	8. „	Rat Gesandter v. Tschirschky an Reichskanzler Graf Bülow	536	160
5348	Teheran	9. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	537	160
		1902			
5349	„	6. Jan.	desgl.	539	160
5350	—	—	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	539	160
5351	London	14. März	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	542	160
5352	Petersburg	12. April	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	545	160
5353	London	11. Juli	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	547	160

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 17	
		1902			
5354	Berlin	17. Juli	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	548	160
5355	Petersburg	30. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	548	160
5356	Teheran	5. Nov.	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Graf Bülow	551	160
		1903			
5357	Berlin	26. März	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	553	160
5358	„	3. April	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	554	160
5359	Teheran	5. „	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Graf Bülow	555	160
5360	„	14. „	desgl.	556	160
5361	London	25. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	557	160
5362	„	6. Mai	desgl.	558	160
5363	„	9. „	desgl.	559	160
5364	Buschir	20. „	Vizekonsul v. Mutius an Reichskanzler Graf Bülow	560	160
5365	Teheran	21. Sept.	Gesandter Graf Rex an Auswärtiges Amt .	561	160
5366	Petersburg	7. Nov.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	561	160
5367	„	26. „	desgl.	563	160
		1904			
5368	Rom	26. April	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	564	160
			115. Kapitel		
			Akademische Erörterungen über eine drohende Englisch-Französisch-Russische Tripel-Entente 1903		
		1903			
5369	Berlin	10. Mai	Legationsrat z. D. Frhr. v. Eckardstein an Reichskanzler Graf Bülow	567	161
5370	„	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	570	161
5371	London	17. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	573	161
5372	Petersburg	18. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	577	162
5373	Paris	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	581	162
5374	„	18. „	desgl.	585	162

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 17	
5375	Berlin	20. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	588	162
5376	London	2. Juni	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	590	163

18. Band

Zweibund und Dreibund 1900—1904

Erste Hälfte

			116. Kapitel **Deutsch-Russische Beziehungen 1900—1903**		
			Die Entrevuen von Danzig, Reval und Wiesbaden	Bd. 18, 1	
		1900			
5377	Kiel	22. Juni	Staatssekretär Graf Bülow an Auswärtiges Amt	3	167
5378	Berlin	13. Sept.	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Graf Bülow	4	167
5379	Norderney	13. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	4	167
5380	Berlin	20. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Pückler	5	167
5381	„	4. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	6	167
		1901			
5382	Petersburg	11. Febr.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Graf Bülow	9	168
5383	„	20. „	desgl.	10	168
5384	Kiel	20. April	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	11	168, 321
5385	Zarskoje-Selo	21. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	11	168, 321
5386	Berlin	11. Juni	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	12	168
5387	Homburg	7. Aug.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	13	168
5388	Wilhelmshöhe	20. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	14	168
5389	Norderney	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	16	168
5390	„	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	17	168
5391	„	22. „	desgl.	19	168
5392	„	7. Sept.	desgl. nebst Anlage	20	169

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 18, 1	
5393	Danzig	12. Sept.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	28	169
5394	Schneidemühl	14. „	desgl.	28	169
5395	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	29	169
5396	Petersburg	16. „	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Graf Bülow	31	169
5397	Koluszki	23. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	32	170, 322
5398	Rominten	24. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	33	170, 322
5399	Berlin	4. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	34	170
5400	„	18. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	35	170
5401	Petersburg	26. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	37	170
		1902			
5402	„	27. Febr.	desgl.	38	170
5403	Berlin	9. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	42	170
5404	Petersburg	15. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	43	170
5405	Berlin	17. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	45	170
5406	„	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	45	170
5407	Petersburg	19. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	46	170
5408	Berlin	3. April	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen für den Reichskanzler Grafen Bülow	47	170
5409	Venedig	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	50	171
5410	Petersburg	6. Juni	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	51	171
5411	Berlin	9. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Rat Gesandten v. Tschirschky	52	171
5412	Petersburg	23. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	53	171
5413	Norderney	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg	55	171
	Berlin	11. „	Anlage 1. Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	55	171
	Petersburg	5. „	Anlage 2. Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	57	171
	Sogne Fjord	15. „	Anlage 3. Rat Gesandter v. Tschirschky an Reichskanzler Graf Bülow	58	171

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 18, 1	
	Norderney	22. Juli	Anlage 4. Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	60	171
5414	„	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	62	171
5415	Petersburg	30. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	62	171
5416	Reval	8. Aug.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	63	171
5417	Potsdam	31. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	67	171, 323
5418	Livadia	1. Nov.	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	67	171, 323
5419	—	[22. „]	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	67	171, 323
5420	Livadia	22. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	68	171, 323
		1903			
5421	Berlin	16. April	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	68	172
5422	„	7. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	70	172
5423	Petersburg	7. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	76	172
5424	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	78	172
5425	Petersburg	26. „	Geschäftsträger v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	81	172
5426	„	30. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	83	173
			117. Kapitel **Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1900—1902** **Das Russisch-Österreichische Reformprogramm 1902**		
		1900			
5427	Wien	19. März	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	87	173
5428	Sofia	26. „	Generalkonsul v. Reichenau an Auswärtiges Amt	88	173
5429	Berlin	29. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	89	173
5430	„	30. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	90	173
5431	Petersburg	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	92	173
5432	Wien	1. April	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	92	173
5433	Sofia	4. „	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	93	173

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 1	
		1900			
5434	Petersburg	25. April	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	98	173
5435	Berlin	7. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen Bülow	99	174
5436	Petersburg	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	101	174
5437	Berlin	26. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	103	174
5438	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	104	174
5439	„	10. Juni	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	106	174
5440	Bukarest	23. Nov.	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Graf Bülow	109	174
5441	„	16. Dez.	desgl.	112	174
5442	Berlin	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst zu Eulenburg	114	174
		1901			
5443	Wien	6. Jan.	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	115	174
5444	Pera	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	117	174
5445	„	16. „	desgl.	122	174
5446	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst zu Eulenburg	125	174
5447	Wien	19. „	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	126	174
5448	Berlin	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	128	174
5449	Wien	23. „	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	128	174
5450	Berlin	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst zu Eulenburg	131	174
5451	Bukarest	1. Febr.	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Graf Bülow	133	174
5452	„	9. „	desgl.	136	174
5453	Pera	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	137	174
5454	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	138	174
5455	„	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	142	174
5456	Berlin	13. März	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Fürst Radolin	142	174

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 1	
		1901			
5457	Berlin	8. April	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Generalkonsul v. Below-Rutzau	143	174
5458	Therapia	25. Juni	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	144	174
5459	Petersburg	21. Okt.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Graf Bülow	148	174
5460	Pera	5. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	149	174
		1902			
5461	Berlin	3. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	157	174
5462	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	158	174
5463	Sofia	22. „	Generalkonsulatsverweser v. Jacobs an Auswärtiges Amt	159	174
5464	Berlin	1. April	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	159	174
5465	Therapia	17. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	160	174
5466	„	31. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	163	174
5467	Wien	13. Aug.	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	164	174
5468	Therapia	2. Sept.	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	165	174
5469	„	7. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	167	174
5470	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	173	174
5471	Sofia	18. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	174	174
5472	Berlin	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	175	174
5473	Therapia	24. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	176	174
5474	Rom	2. Nov.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	177	174
5475	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	180	174
5476	„	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	181	174
5477	Pera	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	182	174
5478	„	24. „	desgl.	184	174
5479	„	26. „	desgl.	184	174

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 1	
		1902			
5480	Pera	26. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	185	174
5481	„	28. „	desgl.	186	174
5482	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	187	174
5483	„	29. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	191	174
5484	„	3. Dez.	desgl.	193	174
5485	„	4. „	desgl.	194	174
5486	„	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	196	174
5487	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	197	174
5488	„	15. „	desgl.	198	174
5489	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	199	175
	—	—	Anlage. Russischer Minister Graf Lamsdorff an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	200	175, 324
5490	Pera	17. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	201	175
5491	Berlin	17. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	202	175
5492	Pera	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	202	175
5493	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	205	175
5494	Pera	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	205	175
5495	„	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Vortragenden Rat Rosen	211	175
5496	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	213	175
5497	„	20. „	desgl.	214	175
5498	Sofia	21. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Reichskanzler Graf Bülow	215	175
5499	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Frhrn. v. Waecker-Gotter	216	175
5500	„	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	217	175
5501	Pera	28. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	217	175
		1903			
5502	Wien	1. Jan.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	219	175

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 18, 1	
5503	Pera	4. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	221	175
5504	Berlin	4. „	Unsignierte Note, vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt übergeben	222	175
5505	Pera	6. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	223	175
5506	„	11. „	desgl.	225	175
5507	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	226	175
	—	—	Anlage. Österreichisch-russische Punktationen	227	175, 324
5508	Pera	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	229	175
5509	„	28. „	desgl.	230	175
5510	„	31. „	desgl.	232	175
5511	„	1. Febr.	desgl.	233	175
5512	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	234	175
5513	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	237	175
5514	Wien	18. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	238	175
5515	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	240	175
			118. Kapitel **Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1903** **Das Mürzsteger Programm**		
		1903			
5516	Berlin	28. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	245	175
5517	Pera	13. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	245	175
5518	„	17. „	desgl.	247	175
5519	„	21. „	desgl.	247	175
5520	„	3. April	desgl.	248	175
5521	Berlin	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	249	175
5522	„	9. „	desgl.	251	175
5523	Petersburg	11. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	253	175
5524	Pera	11. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	254	175

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 18, 1	
5525	Pera	11. April	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	255	175
5526	„	13. „	desgl.	256	175
5527	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	257	175
5528	Pera	15. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	258	175
5529	„	16. „	desgl.	259	175
5530	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	260	175
5531	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Graf Bülow	261	175
5532	Pera	17. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	262	176
5533	„	17. „	desgl.	263	176
5534	„	18. „	desgl.	266	176
5535	„	19. „	desgl.	267	176
5536	„	22. „	desgl.	268	176
5537	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	269	176
5538	Pera	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	270	176
5539	Wien	29. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	271	176
5540	Pera	3. Mai	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	272	176
5541	Berlin	3. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	274	176
5542	Pera	4. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	277	176
5543	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	278	176
5544	Wien	5. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	279	176
5545	Pera	7. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	281	176
5546	„	7. „	desgl.	281	176
5547	Berlin	7. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	282	176
5548	Petersburg	10. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	283	176
5549	„	13. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	284	176
5550	Pera	15. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	285	176

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 18, 1	
5551	Wien	18. Mai	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	285	176
5552	Therapia	23. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	287	176
5553	Petersburg	11. Juni	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	290	176
5554	Therapia	13. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	292	176
5555	Sofia	27. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	296	176
5556	Berlin	3. Juli	Aufzeichnung	297	176
5557	„	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	298	177
5558	Petersburg	4. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	299	177
5559	„	5. „	desgl.	300	177
5560	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Alvensleben	301	177
5561	Therapia	6. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	302	177
5562	Berlin	7. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Alvensleben	303	177
5563	Therapia	7. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	306	177
5564	Berlin	9. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim .	307	177
5565	Sofia	11. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	308	177
5566	Therapia	15. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	309	177
5567	Berlin	23. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Alvensleben	312	177
5568	„	23. „	desgl.	314	177
5569	Petersburg	29. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	315	177
5570	Therapia	31. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	316	177
5571	Berlin	1. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim .	317	177
5572	„	2. „	desgl.	318	177
5573	Petersburg	31. Juli	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	318	177
5574	„	4. Aug.	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	324	177

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 18, 1	
5575	Norderney	5. Aug.	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	325	177
5576	Berlin	8. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Alvensleben	325	177
5577	„	8. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	328	177
5578	„	14. „	desgl.	328	177
5579	„	15. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Alvensleben	329	177
5580	„	17. „	desgl.	330	177
5581	„	18. „	desgl.	331	177
5582	Therapia	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	331	177
5583	Berlin	20. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	333	177
5584	„	21. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel	334	177
5585	Petersburg	22. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	334	177
5586	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	335	177
5587	Therapia	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	336	177
5588	„	25. „	desgl.	337	177
5589	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	338	177
5590	Petersburg	26. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	338	177
5591	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	339	178
5592	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	340	178
5593	„	28. „	desgl.	341	178
5594	„	28. „	desgl.	343	178
5595	Petersburg	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	345	178
5596	Therapia	29. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	346	178
5597	„	30. „	desgl.	347	178
5598	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	348	178
5599	„	1. Sept.	desgl.	350	178
5600	„	2. „	desgl.	351	178
5601	Petersburg	4. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	352	178

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd. 18, 1	
5602	Petersburg	5. Sept.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	353	178
5603	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen für Reichskanzler Graf Bülow	354	178
5604	Petersburg	14. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	355	178
5605	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen für Reichskanzler Graf Bülow	356	178
5606	London	16. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt	357	178
5607	Petersburg	16. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	358	178
5608	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. Romberg	360	178
5609	Wien	20. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	360	178
5610	Therapia	22. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	362	178
5611	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	364	179
5612	Wien	5. Okt.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	365	179
5613	Therapia	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	367	179
5614	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	369	179
5615	Therapia	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	369	179
5616	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	372	180
5617	Therapia	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	373	180
5618	„	21. „	desgl.	375	180
5619	„	23. „	desgl.	377	180
5620	Berlin	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	377	180
5621	Therapia	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	378	180
5622	Berlin	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	379	180
5623	„	30. „	desgl.	380	180
5624	Therapia	30. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	381	180
5625	Berlin	7. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	382	180

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1903		Bd.	
5626	Pera	6. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	18, 1 384	180
5627	Berlin	8. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	385	180
5628	Pera	8. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	386	180
5629	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	388	180
5630	Petersburg	14. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	388	180
5631	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	390	180
5632	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	391	180
5633	„	17. „	desgl.	394	180
5634	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	397	180, 325
5635	„	5. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	399	180
5636	Pera	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	400	180
5637	Berlin	10. „	Österreich-ungarische Note	401	180
5638	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	402	180
5639	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	403	180
			119. Kapitel		
			Die Dardanellenfrage 1899—1903		
		1899			
5640	Berlin	10. Okt.	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	409	181
5641	Therapia	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	411	181
5642	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	412	181
5643	Berlin	18. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	414	181
		1900			
5644	Pera	6. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	415	181
5645	London	28. März	Stellvertr. Botschafter Gesandter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	416	181
		1902			
5646	Pera	29. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	417	181

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 1	
		1902			
5647	Berlin	30. Aug.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim . . .	417	181
5648	Therapia	1. Sept.	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	418	181
5649	„	15. „	desgl.	419	182
5650	„	11. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	420	182
5651	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	422	182
5652	Therapia	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	424	182
5653	London	18. „	Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein an Auswärtiges Amt	427	182
5654	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	427	182
	—	17. „	Anlage I. Staatssekretär Marquess of Lansdowne an Botschafter Sir Frank Lascelles	430	182, 326
	Berlin	21. „	Anlage II. Aide-mémoire	431	182, 326
5655	„	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	433	182
5656	London	6. Nov.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	434	182
5657	„	7. „	desgl.	435	182
5658	Berlin	10. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	436	182
5659	Lowther Castle	17. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	437	182
5660	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	438	182
5661	„	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	439	182
5662	Pera	24. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	441	182
5663	London	27. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	442	182
5664	Berlin	4. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	442	182
		1903			
5665	Pera	4. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	443	182
5666	„	4. „	desgl.	444	182
5667	Berlin	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhrn. v. Marschall	445	182

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			120. Kapitel **Der Französisch-Türkische Konflikt** **1901**	Bd. 18, 1	
		1901			
5668	Therapia	12. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Reichskanzler Graf Bülow	449	183
5669	„	15. „	desgl.	451	183
5670	„	22. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	453	183
5671	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhrn. v. Wangenheim	454	183
5672	Therapia	30. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	455	183
5673	Berlin	6. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	456	183
5674	Therapia	8. „	Geschäftsträger Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	456	183
5675	„	22. „	desgl.	457	183
5676	„	19. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	458	183
5677	Pera	24. „	desgl.	459	183
5678	„	1. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	459	183
5679	„	3. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	461	183
5680	Rom	3. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	462	183
5681	Berlin	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	464	183
5682	Rom	6. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	465	183
5683	Berlin	5. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Graf Pückler	466	183
5684	Pera	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	467	183
5685	„	6. „	desgl.	468	183
5686	Berlin	7. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	469	183
5687	„	7. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhrn. v. Marschall	470	183
5688	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	471	183
5689	Rom	8. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	472	183
5690	Petersburg	7. „	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Graf Bülow	473	183

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 1	
		1901			
5691	Berlin	8. Nov.	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	474	183
5692	Pera	10. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	474	183
5693	„	10. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf Bülow	475	183

18. Band
Zweibund und Dreibund 1900—1904
Zweite Hälfte

			121. Kapitel		
			Das Protokoll über die Fortdauer des Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses 1902	Bd. 18, 2	
		1902			
5694	Berlin	16. Jan.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	485	187
5695	„	19. „	Österreich-ungarisches „Promemoria pro domo“	488	187
5696	„	19. „	Österreich-ungarisches Promemoria	490	187
5697	„	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	492	187
5698	„	27. „	desgl.	493	187
5699	„	13. Febr.	Österreich-ungarische Note	494	187
5700	—	(24. Mai)	Mitteilung des österreich-ungarischen Botschafters v. Szögyényi	494	187
5701	Berlin	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	495	187
5702	„	1. Juni	Protokoll über die Fortdauer des Vertrags vom 7. Oktober 1879 und des Protokolls vom 22. März 1883	496	188
			122. Kapitel		
		1900	**Der vierte Dreibundvertrag 1902**		
5703	Petersburg	31. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	501	188
5704	Berlin	30. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	502	188
		1901			
5705	Rom	14. Mai	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	503	188
5706	„	16. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	505	188

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1901		Bd. 18, 2	
5707	Berlin	29. Juli	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	506	188
5708	„	17. Dez.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Richthofen	507	188
5709	„	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	508	188
		1902			
5710	Wien	1. Jan.	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	510	189
5711	Rom	5. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	512	189
5712	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	515	189
5713	„	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst zu Eulenburg	518	189
5714	Rom	9. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	522	189
5715	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	523	189
5716	Wien	12. „	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	525	189
5717	„	14. „	desgl.	527	189
5718	Rom	18. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	529	189
5719	„	19. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	531	189
5720	„	22. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	533	189
5721	Wien	23. „	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	534	189
5722	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	535	189
5723	Wien	5. Febr.	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	537	189
5724	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	538	189
5725	„	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	539	189
5726	„	23. „	desgl.	541	189
5727	„	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	543	189
5728	Rom	26. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	545	189
5729	Berlin	1. März	Botschafter Graf Lanza an Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen	547	189, 326
	—	—	Anlage. Traités de Commerce	547	189, 327

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 18, 2	
5730	Rom	6. März	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	549	189
5731	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	551	189
5732	Rom	12. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	553	189
5733	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	554	189
5734	Rom	18. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	554	189
5735	„	19. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	555	189
5736	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	558	189
5737	Rom	21. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	559	189
5738	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	559	189
5739	Venedig	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	560	189, 329
5740	Rom	2. April	Botschafter Graf Karl von Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	563	189
5741	Liegnitz	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	567	189
5742	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	569	189
5743	Rom	15. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	571	189
5744	„	16. „	desgl.	574	189
5745	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	575	189
5746	„	18. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	577	189
5747	Wien	18. „	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Auswärtiges Amt	577	189
5748	Rom	20. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	578	189
5749	Berlin	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	582	189
5750	„	23. „	desgl.	584	189
5751	Rom	23. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	584	189
5752	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	585	189

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 2	
		1902			
5753	Rom	24. April	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	586	189
5754	Berlin	25. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Graf Bülow	589	189
5755	Karlsruhe	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	590	189
5756	Rom	28. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	591	189
5757	„	30. „	desgl.	592	189
5758	„	30. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	594	189
5759	„	2. Mai	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	595	189
5760	Rom	2. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	597	189
5761	Wien	3. „	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Auswärtiges Amt	598	189
5762	Rom	3. „	Italienische Note	599	189,329
5763	„	5. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	600	189
5764	„	7. „	desgl.	601	189
5765	Berlin	8. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	602	189
5766	Wien	10. „	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	602	189
5767	Rom	15. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Minister Prinetti	603	189,329
5768	„	22. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	604	190
5769	Berlin	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	605	190
5770	Rom	25. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	606	190
5771	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	607	190
5772	Rom	6. Juni	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	608	190
5773	Berlin	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	608	190
5774	„	28. „	desgl.	609	190
			Anhang		
		1903	**Die Dreibundmächte 1903—1904**		
5775	Berlin	9. Mai	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	613	190

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks (Bd. 18, 2)	Seite des Wegweisers
		1903			
5776	Berlin	9. Juni	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	616	190
5777	Rom	10. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	618	190
5778	„	11. „	desgl.	621	190
5779	Wien	14. Sept.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	621	191
5780	„	20. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	624	191
5781	Berlin	10. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Jagow	626	191
5782	Rom	11. „	Geschäftsträger v. Jagow an Auswärtiges Amt	627	191
5783	Wien	20. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	627	191
5784	Rom	22. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	628	191
5785	„	5. Nov.	desgl.	629	191
5786	Wien	16. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	630	191
5787	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	631	191
5788	Rom	12 Dez.	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	633	191
5789	„	15. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	633	191
5790	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Monts	636	192
5791	Rom	31. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	637	192
		1904			
5792	„	18. Febr.	desgl.	638	192
5793	„	19. „	desgl.	641	192
5794	Wien	26. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	643	192
5795	Rom	26. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	646	192
5796	„	5. März	desgl.	647	192
			123. Kapitel		
			Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1902		
		1901			
5797	Berlin	26. April	Gesandter Beldiman an Reichskanzler Graf Bülow	651	192
	Bukarest	20. „	Anlage. Geheime Denkschrift	651	192
5798	—	—	Aufzeichnung des Gesandten Beldiman	655	193

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 2	
		1901			
5799	Berlin	25. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten v. Kiderlen	657	193
5800	„	22. Juli	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Graf Bülow	659	193
	„	22. „	Anlage. Gesandter Beldiman an stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg	662	193
5801	Norderney	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	663	193
5802	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	664	193
5803	„	24. „	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhrn. v. Romberg	665	193
5804	Wien	26. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	667	193
5805	Berlin	1. Aug.	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	668	193
5806	Sinaia	5. „	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Graf Bülow	669	193
5807	„	9. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	670	193
5808	Wien	28. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	671	193
5809	Berlin	6. Sept.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten v. Kiderlen	672	193
5810	Wien	11. Nov.	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Graf Bülow	674	193
5811	Berlin	5. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	675	193
5812	„	14. April	Note	677	193
5813	Bukarest	22. „	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Graf Bülow	677	194
5814	—	—	Mitteilung des Botschafters v. Szögyényi-Marich	678	194
5815	Bukarest	28. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	678	194
5816	Berlin	26. Mai	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	679	194
			124. Kapitel		
			Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1901—1902		
		1901			
5817	Rom	5. Febr.	Militärattaché Major v. Chelius an Botschafter Graf Karl v. Wedel	683	194
5818	„	24. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	684	195
	„	23. „	Anlage. Militärattaché Major v. Chelius an Botschafter Graf Karl v. Wedel	687	195

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 2	
		1901			
5819	Berlin	12. März	General d. Kav. Graf Schlieffen an Reichskanzler Graf Bülow	691	195
5820	„	16. „	General Graf Schlieffen an Major v. Chelius	695	195
5821	Rom	20. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	696	195
5822	„	30. „	Militärattaché Major v. Chelius an General d. Kav. Graf Schlieffen	697	195
5823	„	15. April	desgl.	701	196
5824	Berlin	20. Juli	Aufzeichnung des Stellvertr. Staatssekretärs v. Mühlberg	702	196
		1902			
5825	„	7. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	702	196
5826	Rom	18. Nov.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	703	196
		1903			
5827	„	1. Dez.	Militärattaché Major v. Chelius an Generaloberst Graf Schlieffen	705	196
5828	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generaloberst Graf Schlieffen	707	196
5829	„	14. „	Generaloberst Graf Schlieffen an Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	708	196
			125. Kapitel **Italiens „Extratouren“ Die Tripolisfrage**		
		1901			
5830	Rom	20. Febr.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	711	197
5831	„	31. März	desgl.	712	197
5832	„	10 April	desgl.	714	197
5833	Paris	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	716	197
5834	Rom	12. Dez.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	717	197
5835	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	720	197
5836	Rom	17. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	721	198
5837	„	18. „	desgl.	723	198
5838	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	724	198
5839	„	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	725	198
5840	London	21. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	726	198

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 2	
		1901			
5841	Petersburg	26. Dez.	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	727	198
5842	Rom	26. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	728	198
5843	„	27. „	desgl.	732	198
5844	Berlin	31. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	735	198
		1902			
5845	Rom	5. Jan.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	738	199
5846	„	9. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	740	199
5847	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	742	199
5848	Rom	10. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	743	199
5849	„	11. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	745	199
5850	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen Bülow	746	199
5851	Rom	19. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	747	199
5852	„	15. Febr.	desgl.	749	199
5853	London	14. März	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	750	199
5854	Pera	29. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	751	199
5855	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	753	200
5856	Pera	1. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	754	200
5857	Berlin	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	755	200
5858	Rom	27. Juni	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	756	200
5859	„	6. Juli	desgl.	757	200
			126. Kapitel		
			Deutsch-Französische Beziehungen 1900—1903		
		1900			
5860	Paris	5. Febr	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	763	201
5861	Wien	15. „	Botschafter Fürst zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	764	201

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 18, 2	
		1900			
5862	Paris	3. März	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	765	201
5863	Berlin	8. „	Staatssekretär Graf Bülow an Botschafter Frhrn. v. Marschall	766	201
5864	Paris	25. Juni	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	767	201
5865	Berlin	30. „	Staatssekretär Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	769	201
5866	Paris	3. Aug.	Geschäftsträger v. Schlözer an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	770	201
5867	„	10. Okt.	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	771	201
		1901			
5868	„	5. Juni	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	772	201
5869	„	15. „	desgl.	775	201, 330
5870	„	15. „	desgl.	777	202
5871	Berlin	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	778	202
5872	„	5. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Hatzfeldt	781	202
5873	Paris	27. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	782	202
5874	Berlin	6. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	785	202
		1902			
5875	Paris	22. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	785	202
5876	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	786	202
5877	Paris	20. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	787	202
5878	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	789	202
5879	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	792	202
5880	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	794	202
5881	„	30. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	795	202
5882	„	18. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Fürst Radolin	796	202
5883	Paris	22. Sept.	Geschäftsträger v. Schlözer an Auswärtiges Amt	797	202

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks (Bd. 18, 2)	Seite des Wegweisers
		1902			
5884	Paris	15. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	797	202
5885	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	799	202
5886	Rom	4. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	801	202
		1903			
5887	Berlin	19. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	801	203
5888	„	19. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	802	203
			127. Kapitel		
			Russisch-Französische Beziehungen 1900—1903		
		1900			
5889	Paris	5. Sept.	Geschäftsträger v. Schlözer an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	811	203
5890	„	10. Okt.	Botschafter Fürst Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	812	203
		1901			
5891	Petersburg	26. Febr.	Botschafter Frhr. v. Aehrenthal an Minister Graf Goluchowski	814	203
5892	„	1. März	Bericht des Militärattachés Hauptmanns Frhrn. v. Lüttwitz	815	203
5893	„	6. Juni	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	816	204
5894	„	6. „	desgl.	817	204
5895	„	23. Aug.	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	817	204
5896	„	7. Sept.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Graf Bülow	818	204
5897	Paris	19. „	Geschäftsträger v. Schlözer an Auswärtiges Amt	819	204
5898	Petersburg	21. Okt.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Graf Bülow	820	204
5899	„	27. „	desgl.	822	204
		1902			
5900	„	18. Febr.	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	823	204
5901	Paris	21. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	825	204
5902	Petersburg	22. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	826	204
5903	Paris	29. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	827	204

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1902		Bd. 18, 2	
5904	Berlin	1. Juni	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	829	204
5905	Petersburg	7. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	830	204
5906	Paris	14. Nov.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	831	205
		1903			
5907	Bukarest	14. Febr	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Graf Bülow	833	205
5908	Petersburg	21. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	834	205
5909	„	12. März	desgl.	834	205
5910	Berlin	2. April	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	838	205
5911	Sorrento	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	839	205
5912	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Kaiser Wilhelm II.	840	205
5913	Paris	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	842	205
5914	„	8. Aug.	Bericht des Militärattachés Majors v. Hugo	844	206
5915	„	17. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	845	206
5916	Berlin	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	847	206
5917	Paris	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	851	207
5918	Stettin	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	853	207
5919	Petersburg	7. Nov.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	854	207

Druckfehlerverzeichnis zum „Wegweiser“, Band 2

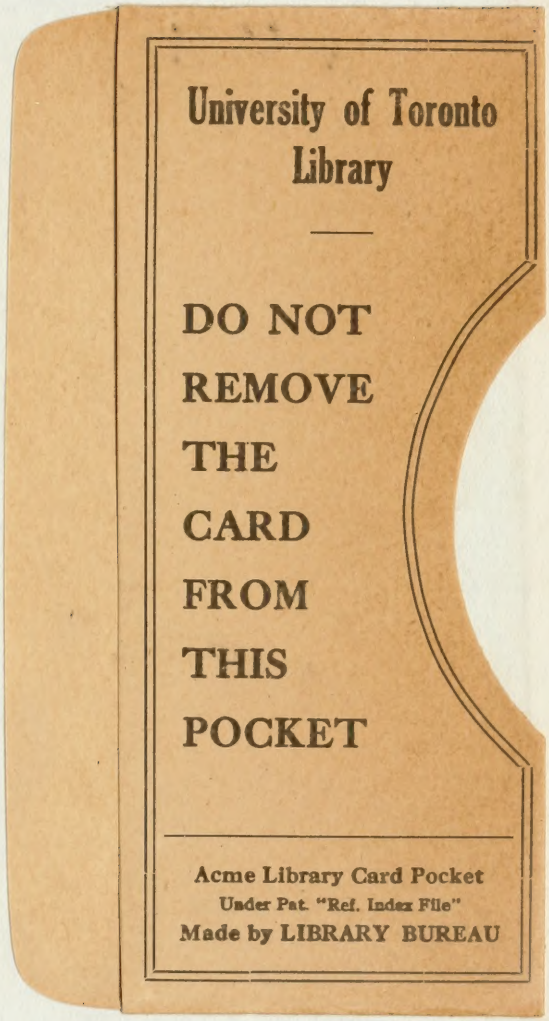
S. 186 Unter 4. Januar 1891 setze: 1492, 1544.
S. 186 Unter 6. Januar 1891 streiche: 1901.
S. 188 Unter 2. Juli 1891 setze: 1800 (statt 1780).
S. 202 Unter 28. August 1895 streiche: 2490 (Band X).
S. 202 Unter 30. August 1895 streiche: 2491 (Band X).
S. 203 Setze hinzu: 28. Oktober 1895, 2490 (Band X).
S. 203 Setze hinzu: 30. Oktober 1895, 2491 (Band X).
S. 204 Unter 3. Dezember 1895 setze (2557) statt 2557.
S. 204 Unter 21. Dezember 1895 setze (2574) statt 2574.
S. 380 Setze hinzu: 23. Juni 1884, 636 (Band III).
S. 384 Unter 2. Dezember 1887 setze (1146) statt 1146.
S. 384 Unter 10. Dezember 1887 setze (1146) statt 1146.
S. 385 Setze hinzu unter 28. April 1888: 819 (Band IV).

224427 HMod.
S4157d

Author Schwertfeger, Bernhard

Title Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, 1871-1914. Vol.3.

DATE.	NAME OF BORROWER.
26/1/50	Thomas F. Bredin (grad)
July 25/50	T. F. Bredin gr ~~902 Bannerg St~~ ~~Winnipeg~~
	MAY 29 1951 ~~Res. Stack~~ JUN 6 1951
	JUL 24 1951 ~~Local Jun~~ JUL 18 1951
	N.L. JUL 31 1951
	~~Winnipeg Tribune~~ ~~Winnipeg Jun~~ AUG 2 1951 N.L.
	AUG 8 1951


University of Toronto
Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU